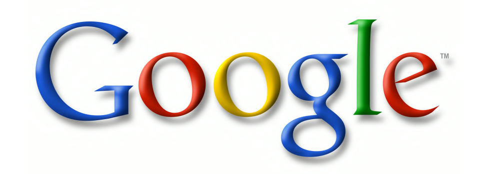
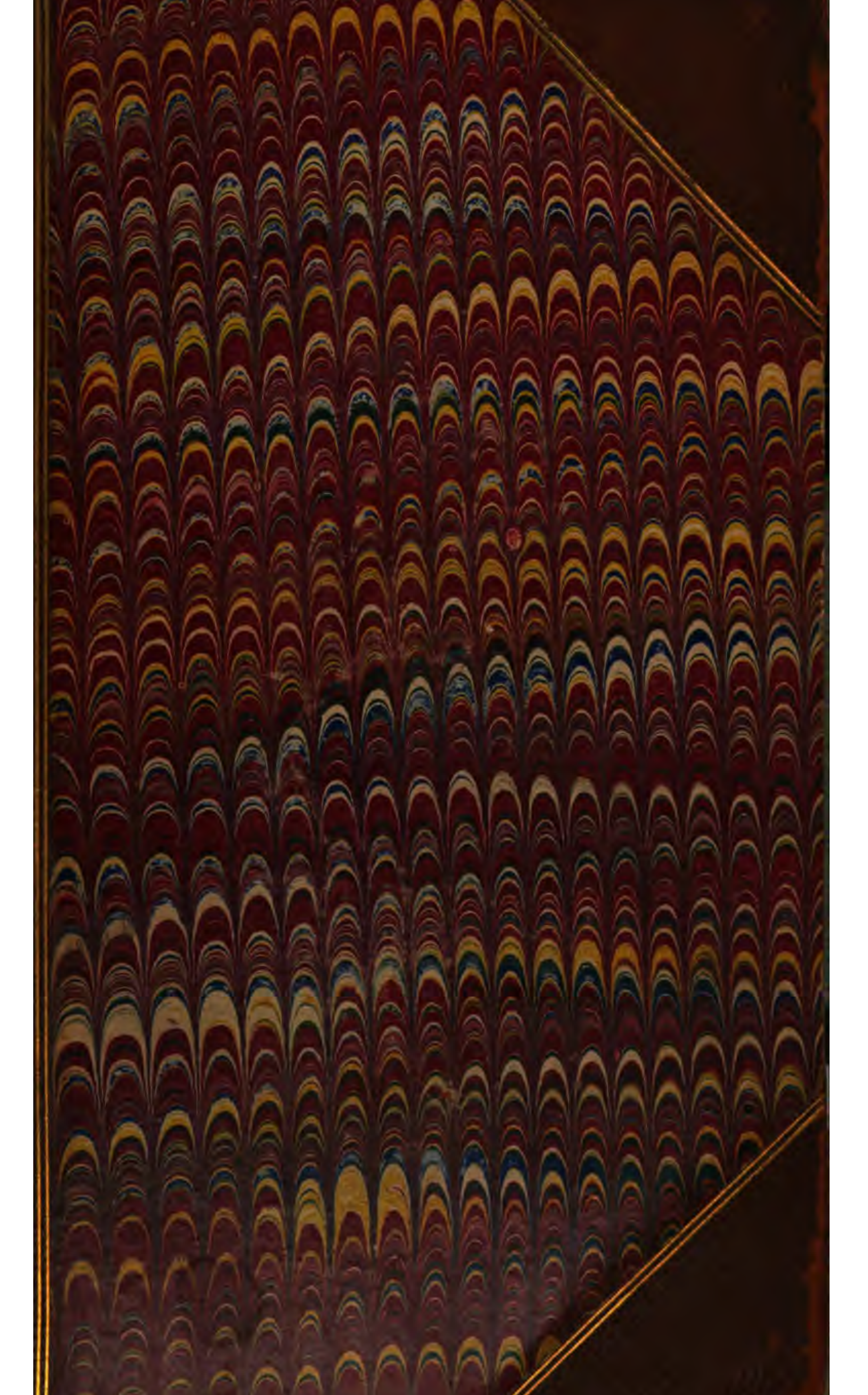
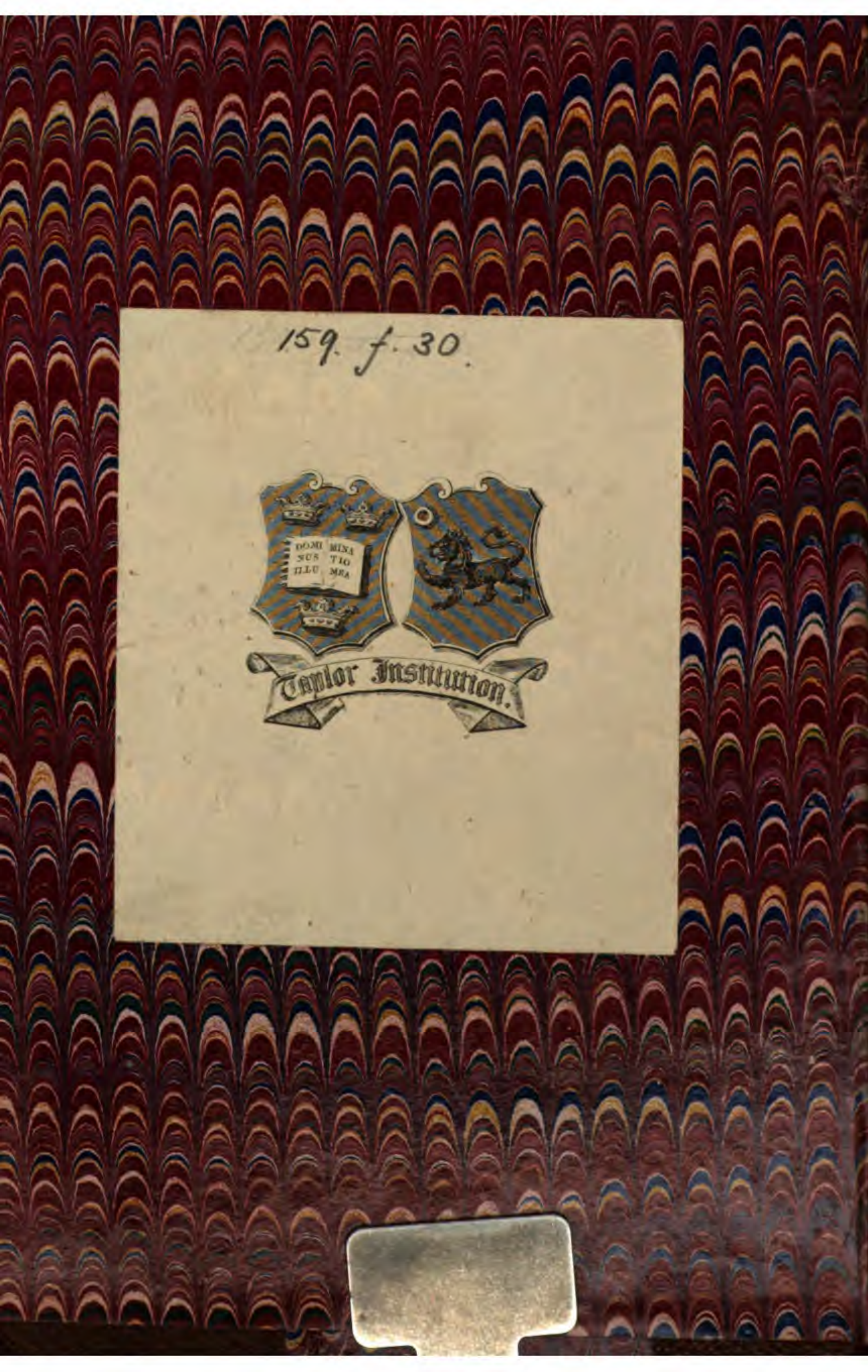





159. f. 30.
DOMI NUS ILLU
MINA TIO MEA
Taylor Institution.









Denkwürdigkeiten

des Staatskanzlers

Fürsten von Hardenberg.

Herausgegeben

von

Leopold von Ranke.

Vierter Band.



Leipzig,
Verlag von Duncker & Humblot.
1877.

Denkwürdigkeiten

des Staatskanzlers

Fürsten von Hardenberg

vom Jahre 1806 bis zum Jahre 1813.

Von

Leopold von Ranke.

Mit einer Denkschrift Hardenberg's über die Reorganisation des preußischen Staates vom Jahre 1807.

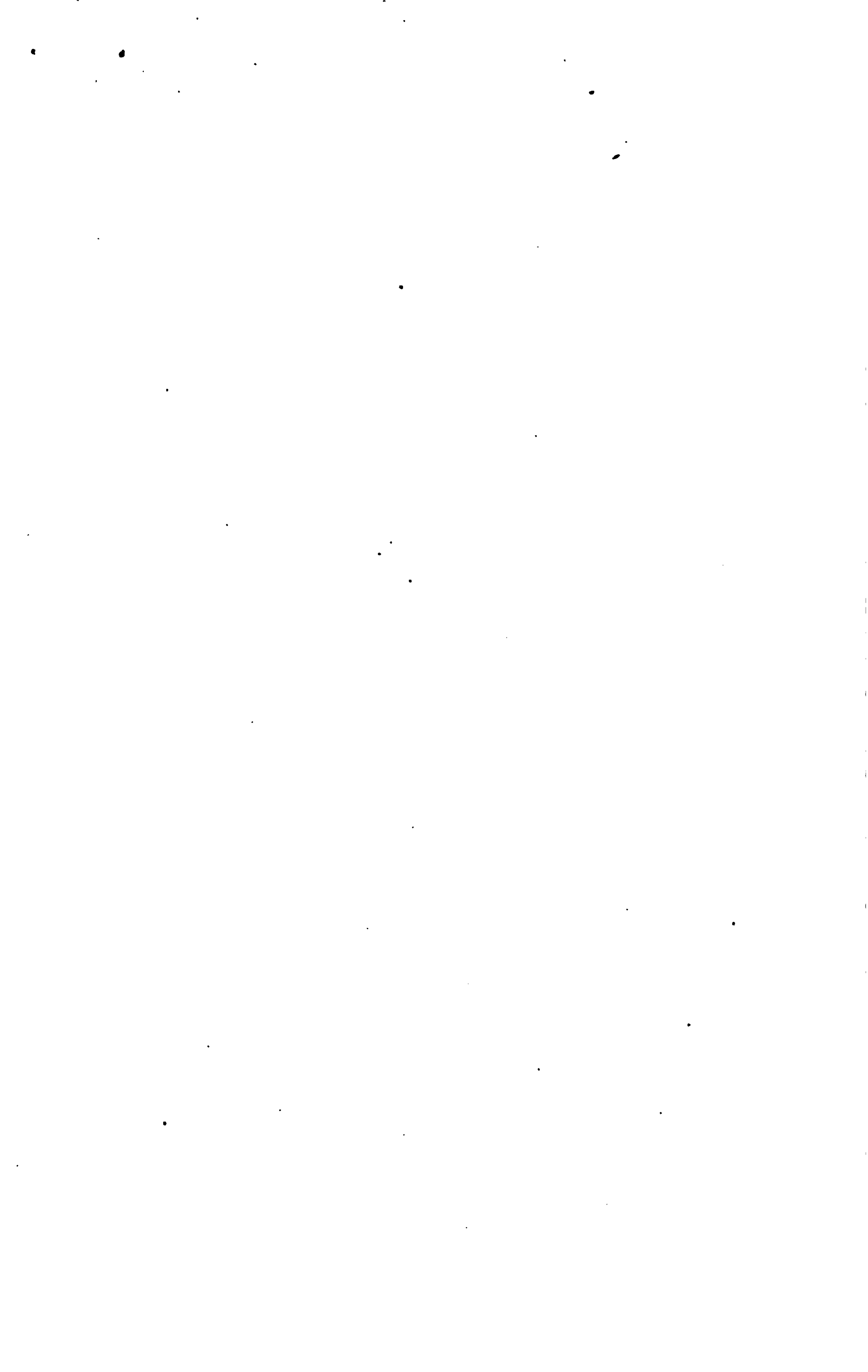


Leipzig,
Verlag von Duncker & Humblot.
1877.

Inhaltsverzeichniß.

Viertes Buch.

Niederlage Preußens und Beginn seiner Wiederaufrichtung (1806—1813).



Viertes Buch.

Niederlage Preußens und Beginn seiner Wiederaufrichtung (1806—1813).

Erstes Capitel.

Ausbruch des Krieges.

Wenn man dem Ursprung der Feindseligkeiten zwischen Frankreich und dem preußischen Staate, die im Jahre 1806 zum Ausbruch kamen, nachforscht, so kann derselbe zunächst nicht mehr in jenem Kriege von 1792, obwohl er immer im Gedächtniß blieb, durch welchen Friedrich Wilhelm II. das legitime Königthum aufrecht zu erhalten beabsichtigt hatte, gesucht werden. Vorlängst war man in Preußen von diesem Gedanken zurückgekommen; seit vielen Jahren bestand ein friedliches und selbst freundschaftliches Verhältniß zwischen den beiden Staaten. Frankreich hatte in Folge jenes ersten Zusammentreffens nie etwas Anderes gefordert, als das, was man die constitutionellen Grenzen nannte, und diese erlangt. Der preußische Staat, der davon selbst betroffen wurde, mußte sich, wie ungern auch immer, in diese Nothwendigkeit fügen. Wenn dann aus diesem Abkommen selbst eine Umgestaltung des deutschen Reiches hervorging, so waren auch hieraus zwar mancherlei vorübergehende Irrungen, doch kein eigentliches Mißverständniß entstanden.

Die Grundideen des revolutionären Frankreichs und des protestantischen Preußens berührten einander gewissermaßen in den Säkularisationen, welche endlich auch das deutsche Reich adoptirte. In die enge Verbindung Preußens mit Rußland wurde Frankreich selbst hineingezogen: die neue Einrichtung von Deutschland war das gemeinschaftliche Werk der drei Mächte.

Frankreich und ein in Deutschland mit einer überwiegenden Autorität, wenngleich nicht mit dem Kaiserthum, bekleidetes Preußen hätten, so schien es, neben einander bestehen können. Denn daß Preußen in dem Antagonismus der revolutionären Macht und der Coalitionen sich neutral halten werde, lehrte die Erfahrung.

Da trat nun aber in Frankreich der große General auf, der es verstand, die revolutionäre Leidenschaft zu bändigen, indem er die socialen Principien der Revolution im Allgemeinen aufrecht erhielt. Er combinirte sie mit einer fest begründeten Autorität und schuf einen Staat, der auf vier starken Fundamenten beruhte: auf der Herstellung der Religion in der Form des Katholicismus, einem gesicherten Finanzwesen, einer eisernen Administration und der Aufrichtung eines allezeit schlagfertigen Heeres. In der Verbindung dieser Elemente besteht die geniale Größe Napoleons; aber sie durchdrang sich in ihm mit der Idee einer universalen Herrschaft. Mit der Gesammtkraft von Frankreich erfocht er seine Siege; durch diese beherrschte er wieder Frankreich.

Ob sich nun eine Autorität dieser Art würde behaupten lassen, ohne die Persönlichkeit, welche sie geschaffen hatte, war der Natur der Sache nach sehr zweifelhaft. Napoleon faßte den Gedanken, die revolutionäre Monarchie durch die Einführung der Erblichkeit des Thrones auf immer zu befestigen; sein Ehrgeiz war, eine neue Dynastie zu gründen. Ihm schwebte das karolingische Reich vor Augen, welches die drei großen Nationalitäten des abendländischen Continents, die französische, italienische und deutsche umfaßt hatte. Er war Meister in Frankreich; mit der französischen Krone verband er die italienische; Holland und die Schweiz, die alten Bollwerke des europäischen Gleichgewichts, beugten sich unter sein Scepter. Alles das machte ihn noch nicht zum Meister des europäischen Continentes, der ihm in großen unabhängigen Staatsbildungen, den Hervorbringungen der letzten Jahrhunderte, gegenüber stand. Jede von ihnen fühlte sich in ihrer Machtsphäre durch das Emporkommen der napoleonischen Monarchie bedroht:

Preußen trotz seiner neutralen Haltung doch nicht minder als die übrigen.

Was nun aber Allem seine eigenthümliche Gestalt gab, war das Verhältniß zu England. So sehr sich die Franzosen in der Erwerbung einer universalen Macht gefielen; so sehr sie sich auch ihrem Kaiser anschlossen, dessen Dasein eine Gewährleistung der revolutionären Institutionen in sich schloß, so lag ihnen doch auch, wie schon einst im siebenjährigen Kriege, ebensoviel daran, dem Seekrieg gegen England ein Ende zu machen und dadurch für ihre commerciellen Bestrebungen wieder eine freie Bahn zu eröffnen. An und für sich war das, wie die Verhandlung in Amiens zeigte, nicht so unmöglich. Aber die unheilvolle Verflechtung der Dinge lag darin, daß die Engländer das fortwährende Umsichgreifen des französischen Reiches auf dem Continent nicht dulden wollten. Der Friede mit England und der Fortschritt des revolutionären Imperiums ließ sich nicht combiniren; daher rührte es, daß der Friede von Amiens, der eigentlich nie recht zu Stande kam, sogleich wieder gebrochen wurde. Eben diese Epoche war es nun aber, in welcher sich die englische Seeherrschaft mehr als je festsetzte und in den weitesten Regionen ausbreitete. Die ägyptische Unternehmung Napoleons war vollkommen mißlungen: er hatte Ostindien zu erreichen gemeint, jetzt erst waren die Engländer Ostindiens vollends Meister geworden. In dem Augenblicke, wo in Europa Napoleon sein Kaiserthum aufrichtete, hatten sie in Ostindien ein Reich von unermeßlichem Umfang gegründet. Nicht gerade unmittelbar, aber mittelbar wirkte dies auf Europa zurück. Mit der Energie, mit der die Engländer Seringapatnam eroberten, hatten sie auch bei Trafalgar gesiegt. Alle occidentalischen Seemächte erlagen dem englischen Uebergewicht. Eine der großen welthistorischen Fragen war nun, wie sich Frankreich und England gegen einander stellen würden.

Das vornehmste Bestreben der Franzosen ging dahin, der zur See überlegenen Macht, durch welche ihnen ihre Colonien entrissen

worden waren, nicht eigentlich Schranken zu setzen, aber in ein solches Verhältniß mit ihr zu kommen, daß ihnen eine freie maritime Entwicklung möglich würde. Die Nation setzte Napoleon in den Stand, jene Küsten-Bewaffnung auszurüsten, durch welche England zum Frieden mit Frankreich genöthigt werden sollte. Napoleon hatte so ganz Unrecht nicht, wenn er behauptete, von der Ausführung dieses Entwurfs durch den Einfluß Englands auf die continentalen Mächte und deren feindselige Regungen gegen ihn abgehalten zu werden. Allein überdies: das maritime Unternehmen selbst zu wagen, wohnte ihm doch kein persönlicher Impuls bei. Der Landkrieg war das Element, in welchem er groß geworden war. Er wendete die gesammelten Kräfte doch wieder gegen die continentalen Mächte, die ihm noch Widerstand leisten konnten, — auf den Grund ihrer Verbindung mit England. Unleugbar ist es, daß alle Mächte, die noch aufrecht standen, ein Interesse hatten, welches sie unter einander verknüpfte, wiewohl sie sich desselben keineswegs immer bewußt waren. An der Niederwerfung Englands konnte ihnen nicht gelegen sein, und ihrerseits durften sie immer auf die Hülfe von England rechnen. Dem Kaiser der Franzosen gelang es, Oesterreich niederzuwerfen und die dritte Coalition zu zersprengen. Die Absichten der beiden verbündeten Hauptmächte, Rußland und Oesterreich, waren keineswegs auf einen Umsturz der damaligen Verfassung in Frankreich gerichtet gewesen. In einem Artikel des in das tiefste Geheimniß gehüllten Vertrags, der sie vereinigte, ward von der Herstellung der alten Zustände in Frankreich Abstand genommen. Es war nur der Umfang und Fortschritt des napoleonischen Imperiums, dem sie entgegenzutreten und dem gegenüber sie eine haltbare Position zu erlangen dachten. Der rasche und entscheidende Sieg, den die französische Armee, die jetzt den Namen der großen annahm, über Oesterreicher und Russen davontrug, machte diesem Vorhaben ein plötzliches Ende.

Die napoleonische Macht erhob sich auf eine Höhe, die sie ein-

lud, nach der vollen Herrschaft über den Continent zu streben. Der nächste Erfolg war, daß der französische Kaiser auch das überrheinische Deutschland nicht mehr blos indirekt unter seine Autorität zu bringen unternahm: der Rheinbund, den er schloß, kann eigentlich als eine Art von Kaiserthum, das ja in Deutschland niemals weit über eine Conföderation hinausgegangen war, betrachtet werden. Wie er das um dieselbe Zeit in Italien und in Holland that, so gab er seiner Gewalt über Deutschland eine dynastische Färbung. Einige deutsche Höfe mußten einwilligen, sich mit seiner Familie zu verbinden. Man hat sich damals gewundert, daß er sich so lange in München aufhielt, die Vermählung seines Stiefsohnes mit einer baierischen Prinzessin zu Stande zu bringen[1]); aber darin lag für ihn eine sehr wesentliche Rücksicht. Durch Familien-Verbindung mit einer oder der andern alten Dynastie meinte er der seinen Glanz und Sicherheit zu verschaffen. Sein Schwager vereinigte Cleve und Berg, um welches die Häuser Brandenburg und Pfalz so lange gehadert. Der Mann, der die Reichserzkanzlerwürde vertrat, wurde der getreueste Satellit des neuen Imperators.

Durch diesen Gang der Ereignisse wurde nun, abgesehen von allen weiteren Verflechtungen, die Stellung Preußens wesentlich verändert und erschüttert. Im Gedränge der Umstände hatte Graf Haugwitz den Gedanken gefaßt, die bedrohte Macht des preußischen Staates nicht im Gegensatz, sondern im Bund mit dem neuen Imperium zu befestigen. Wenn er Hannover erwarb, wozu Napoleon die Hand bot, und es ihm dann gelang, dem südlichen Deutschland gegenüber eine Conföderation im Norden zu schließen, so lag darin eine neue Befestigung des preußischen Staates, seiner Selbständigkeit und Machtstellung.

Wie hätte aber Napoleon sich selbst eine neue Gegenmacht schaffen sollen. Seine Absicht war nur, durch Concessionen, die er an Preußen machte, und die er dann wieder zurücknehmen zu

1) Segur, Histoire et Mémoires II. S. 488.

können glaubte, seine Pacifikation mit England zu erleichtern. Und zugleich unterhandelte er auf das Eifrigste mit Rußland. Jener Vertrag kam zu Stande, der, wenn er ratificirt und dann von England verworfen worden wäre, diesen Staat isolirt haben würde. Die Ratifikation des Oubril'schen Vertrages oder seine Verwerfung wurde nun der Angelpunkt der europäischen Politik überhaupt: aus den Verhandlungen in Constantinopel ergiebt sich, daß die Franzosen schon auf den Fall Bedacht nahmen, daß die Ratifikation vielleicht doch nicht erfolge.

Wir kennen die Mißverhältnisse, welche besonders der deutschen Angelegenheiten wegen zwischen Frankreich und Preußen eintraten. Preußen hatte sich zu einer großen bewaffneten Demonstration zur Wahrung seiner Rechte entschlossen. Es überredete sich, daß der Kaiser der Franzosen sich zu Unterhandlungen herbeilassen würde. Aber Napoleon sah die Sache noch aus einem anderen Gesichtspunkte an. Als die Ratifikation sich verzögerte und zweifelhaft wurde, urtheilte er, daß die Mobilmachung der preußischen Truppen damit zusammenhänge. Unerträglich war es für ihn, in Preußen eine Vorhut für Rußland zu dulden; es schien nicht unmöglich, daß durch russische Dazwischenkunft eine Verständigung zwischen Preußen und England über Hannover zu Stande gebracht würde. In demselben Augenblicke, daß die Nichtratifikation des Oubril'schen Vertrages bekannt wurde, war er entschlossen, die Waffen gegen Preußen zu ergreifen [1]). Schon am 5. September hat er einen

1) Der Zusammenhang ergiebt sich aus folgenden Stellen der Correspondenz Napoleons. Am 3. September schreibt er an Berthier: j'allais vous expédier les ordres pour le retour de l'armée, quand j'ai appris que l'Empereur de Russie avait refusé de ratifier le traité. Am 5. schreibt er an denselben: Les nouvelles circonstances de l'Europe me portent à penser sérieusement à la situation de mes armées. — — Causez avec le Roi de Bavière, et faites-lui sentir de quelle importance il est qu'il ne soit pas exposé à une agression de la Prusse ou de la Russie, et que l'armée ne quitte pas l'Allemagne que tout ne soit pacifié. An demselben Tage schreibt er dann ferner an Berthier: Envoyez des officiers du génie faire de bonnes

Entwurf gemacht, wie er Preußen über den Haufen werfen könne.

Und auf der anderen Seite ist nicht in Abrede zu stellen, daß die Wahrscheinlichkeit eines neuen Bruches zwischen Rußland und Frankreich den König von Preußen und seinen Minister in dem Entschluß bestärkte, eine feste Haltung gegen Frankreich zu nehmen. In der allgemeinen Kombination der Verhältnisse war ihre Lage nicht ungünstig; denn sie konnten auch ihrerseits auf eine Theilnahme von Rußland und vielleicht von England an der Sache der preußischen Unabhängigkeit rechnen; sie konnten hoffen, daß für Napoleon grade in der ihm entgegengesetzten Bewegung, die sich voraussehen ließ, ein Grund liegen würde, auf ihre Forderungen Rücksicht zu nehmen. Von jeher hat man bemerkt, daß Preußen sein Verhältniß zu den übrigen Mächten zu einer wirklichen Verbindung hätte ausbilden sollen. Aber das entsprach doch wieder der Absicht nicht, und wie hätte sich über alle die streitigen Punkte leicht und kurz eine Vereinbarung treffen lassen? Die Absicht war, die eigne Sache durchzuführen, ohne nach andern Seiten hin gebunden zu sein.

An Stelle Lucchesinis, der abberufen werden mußte, war noch einmal ein preußischer Gesandter, General Knobelsdorff, der sich allezeit, namentlich bei seiner Mission in Constantinopel, als ein Anhänger der französischen Tendenzen erwiesen hatte, nach Paris geschickt worden. Er erfreute sich der besten Aufnahme. Napoleon machte ihm sogar ein prächtiges Geschenk. Wenn aber der Gedanke von Haugwitz gewesen ist, Napoleon durch diese Sendung zu täuschen, — denn Knobelsdorff war in völliger Unkunde über die genommenen kriegerischen Entschließungen und in den Friedensversicherungen, die er mitbrachte, doppelt eifrig — so diente die Benommenheit desselben auch wieder dazu, daß er sich täuschen ließ.

reconnaissances, à tout hasard, sur les débouchés de chemins qui conduisent de Bamberg à Berlin. (Corresp. XIII, S. 171, n° 10,730; S. 183, n° 10,744).

Gegen Ende September aber hatte er entscheidende Instruktionen bekommen; und alle Aufmerksamkeit verdient das Memorandum, das er am 1. Oktober bei Napoleon einreichte. Er bemerkt darin, daß man aus den gewechselten Schriftstücken erkenne, wie der König aus einem loyalen Verbündeten Frankreichs ein Nachbar geworden, der, für seine Existenz besorgt, sich habe waffnen müssen, um seine theuersten Interessen zu wahren. Niemand könnte so verblendet sein, um zu glauben, daß der König, nachdem er neun Jahre lang mit einer gewissen Folgerichtigkeit Partei für Frankreich genommen habe, jetzt zu einer andern Politik übergehe, ohne dazu gezwungen zu sein. Preußen habe keinen Vortheil davon gehabt, daß es neutral, Freund, selbst Alliirter Frankreichs gewesen sei. Durch das gigantische Wachsthum einer wesentlich erobernden und militärischen Macht werde es in den wichtigsten Interessen verletzt, in allen bedroht. Der König sehe um sich her nur französische Armeen oder Vasallen Frankreichs, die bereit seien, gegen ihn zu marschiren, und höre von dem Anrücken immer neuer Truppen aus dem Innern von Frankreich. Die Eingabe Knobelsdorffs, die man als Ultimatum bezeichnete, die aber die Möglichkeit einer Unterhandlung noch voraussetzte, wird nun immer dringender. Man müsse sich jetzt verständigen oder man werde sich nie verstehen. Frankreich werde an Stärke nicht verlieren, wenn es gerecht sei. Preußen verlange nichts als Unabhängigkeit und Sicherheit für sich und seine Alliirte. Hiefür stellte Knobelsdorff zwei präcise Forderungen auf: die französischen Truppen sollen Deutschland räumen, und zwar von dem Tage an, an welchem der König eine Antwort erwarten könne (8. Oktober); der unverzügliche und vollständige Rückzug derselben sei das einzige Pfand der Sicherheit, das der König anerkennen könne; — zweitens soll Napoleon der Bildung des nordischen Bundes kein Hinderniß in den Weg legen; dieser soll alle die deutschen Staaten umfassen, welche in der Fundamental-Akte des Rheinbundes nicht erwähnt sind. Wenn in der ursprünglichen dem König vorgelegten Denkschrift des Grafen

Haugwitz diesen Forderungen noch die weitere hinzugefügt war, daß Napoleon zur Eröffnung von Negociationen für Herstellung und Sicherung des allgemeinen Friedens die Hand bieten sollte, so wurde das in dem Memorandum nicht in dürren Worten wiederholt: denn man fürchtete, es werde die Erinnerung an 1792 aufwecken und in der französischen Nation einen schlechten Eindruck machen. Man war überzeugt, daß die Nation den Krieg gegen Preußen nicht wolle, und behandelte sie aus diesem Grunde mit einer gewissen Rücksicht. Man erwähnte nur einer Unterhandlung für die Beilegung der noch streitigen Interessen, unter denen die Trennung Wesels von dem französischen Reiche, die Wiederbesetzung der drei Abteien durch preußische Truppen namhaft gemacht wurden.

Niemand könnte einen Augenblick daran zweifeln, daß Preußen in seinem Rechte war. Sehr begründet waren seine Beschwerden, sein unabhängiges Dasein, seine Macht in Deutschland bereits sehr geschmälert; es befand sich in dringender Gefahr. Daß man sich bewaffnete, um sich zu behaupten, könnte kein Mensch tadeln. Es hätte nur mit besserer Voraussicht der unmittelbaren Folgen geschehen sollen. Man hätte das ganze Land zu einer nachhaltigen Defensive in Stand setzen müssen. Daran aber dachte man nicht. Der Krieg war seit langer Zeit nur in der Ferne geführt worden; in dem Lande fürchtete man keine Invasion. Unter der Aegide einer starken bewaffneten Macht glaubte man vor einer solchen vollkommen sicher zu sein; keine Festung wurde in Stand gesetzt. Der König hat, wie seine Gemahlin später erzählte, die Vorkehrungen, die man traf, nicht für genügend gehalten; aber von allen Seiten habe man ihm versichert, daß sie das seien.

Eine Kriegsankündigung lag in dem Memorandum Knobelsdorffs nicht, aber es enthielt Forderungen, die etwas Provocirendes hatten. Nach dem Antrag von Haugwitz, dessen Motive wir kennen, wurde die unmittelbare Gewährung dieser Forderungen verlangt, und ein peremptorischer Termin für eine Antwort in dem Hauptquartier des Königs festgesetzt. Das hatte den Grund,

daß die französischen Rüstungen in der Zwischenzeit nicht so weit fortgesetzt werden sollten, daß Frankreich sein natürliches Uebergewicht vollkommen entwickeln könne. Man vergaß dabei ganz, mit wem man es zu thun hatte. Die großen Erfolge Napoleons in den letzten Kriegen beruhten auf der Raschheit seiner Angriffe, der Rapidität seiner militärischen Bewegungen. In den preußischen Anforderungen sah Napoleon eine Beleidigung, die er die Miene annahm, ebenso hoch anzuschlagen, als das berufene Manifest vom Juli 1792 [1]). Anzukündigen, daß man Städte demoliren wolle, sei vielleicht unsinnig, aber fast unglaublich sei es, daß man eine Armee von braven Leuten auffordere, Deutschland zu verlassen in bestimmten Etappen: das heiße, ihnen ihre Ehre rauben wollen. Besonders macht er daraus dem Herzog von Braunschweig einen Vorwurf, dessen Haare unter den Waffen bleich geworden, und der gelernt haben sollte, die militärische Ehre zu schonen; er hätte den König warnen sollen, dem Kaiser der Franzosen die Wahl zwischen Schande und Krieg anzumuthen; als Nestor im preußischen Kriegsrath hätte er die unbedachte Jugend zur Ruhe verweisen müssen. Für Napoleon war es ein Ungedanke, daß seine Adler vor einer Macht zurückweichen sollten, der er sich überlegen fühlte.

Noch ließ man jedoch nicht alle Hoffnung auf eine Verständigung schwinden. Friedrich Wilhelm erklärte mit voller Wahrhaftigkeit, sein Wunsch gehe auf Frieden. Der französische Gesandte Laforest meinte, wenn die beiden Hauptquartiere einander nahe gekommen, so würde man Explikationen austauschen können, um den wirklichen Ausbruch des Krieges noch zu vermeiden.

Es ist vielleicht nicht ohne Bedeutung, daß Laforest, als er etwas später in dem preußischen Hauptquartier eintraf, Wohnung in der Behausung des Herzogs von Braunschweig nahm, der ihn un-

1) Bulletin de la Grande Armée. Wittenberg, 23 octobre 1806. Correspondance de Napoléon, XIII. S. 492. (n° 11,065).

bedeckten Hauptes empfing und ihn einlud, bei ihm zu bleiben [1]). Die Gedanken des Herzogs entsprachen den Versicherungen des Gesandten. Man darf voraussetzen, daß der König von Preußen damit einverstanden gewesen wäre, aber Napoleon war es nicht. Wie Haugwitz von Anfang an darauf rechnete, daß die Armee einen Erfolg im Feld erfechte, um damit die Theilnahme anderer Mächte für Preußen zu erwecken; so sah Napoleon in der Schilderhebung Preußens den Vorboten einer neuen allgemeinen Coalition. Die Forderungen, welche Knobelsdorff aussprach, wären vielleicht zu erfüllen gewesen, aber das lag nicht im Interesse Napoleons. Für ihn war der Krieg mit Preußen sogar wünschenswerth. Man behauptet, er würde die Entwaffnung des Königs nur ungern gesehen haben [2]).

Er war entschlossen, den preußischen Staat niederzuwerfen, um alsdann auf den Trümmern der beiden deutschen Mächte oder ihrer Autorität sein Uebergewicht auf immer zu begründen, selbst in den Formen, die er soeben in Holland und Neapel versucht hatte. Denn er sah den Krieg, den er unternahm, in dem Licht des allgemeinen Kampfes an, der sich wieder erneuerte, da der Oubrilsche Vertrag nicht ratificirt worden war. An sich war Preußen ihm nicht feindselig. Aber in allen seinen Elementen hatte es doch einen zu engen Zusammenhang mit dem Bestand des alten Europa, und befand sich in zu offenbarem natürlichem Gegensatz gegen sein revolutionäres Reich, als daß er es in der Stellung, die es noch besaß und die es anstrebte, hätte dulden können. Der Anlaß, den es ihm zum Kriege gab, war ihm willkommen. Und mit voller Sicherheit zählte er auf seinen Sieg. „Ich habe solche Kräfte", schrieb er an Friedrich Wilhelm III., „gegen welche die Kräfte E. M. nicht lange

1) S. Carl Wilhelm Ferdinand, Herzog zu Braunschweig-Lüneburg. Ein biographisches Gemälde. 1809. S. 238.

2) Napoléon semble craindre que Frédéric Guillaume terrifié ne prenne trop au sérieux, et ses paroles au général Knobelsdorff, et la reprise des conférences avec lord Lauderdale, qu'en dépit des cris de son armée ce prince ne recule et ne désarme. Lefebvre II, 363.

Stand halten werden. E. M. wird besiegt werden; Sie werden die Ruhe Ihrer Tage, die Existenz Ihrer Unterthanen compromittirt haben. Europa weiß, daß Frankreich drei Mal so viel Volkes zählt, als die Staaten E. M., und militärisch ebenso ausgebildet ist, wie diese. Sie haben meine Antwort zum 8. Oktober gefordert: als guter Ritter stelle ich mich dar, um sie selbst zu bringen" [1]).

Die preußische Armee war indessen aus den verschiedenen Provinzen, in denen sie ihre Quartiere hatte, zusammengezogen worden. Die schlesischen Regimenter sammelten sich bei Glogau, die westpreußischen, die pommerschen und die märkischen in Magdeburg, wohin auch die Truppen aus Westfalen und Hannover beordert wurden. Man machte sich auf eine Gegenwehr gefaßt, die aber möglicherweise in eine Offensive überzugehen bestimmt war.

Es ist immer gesagt worden: die Armee hätte sich, mit den Hessen vereinigt, nach dem südlichen Deutschland werfen, und die französischen Truppenkorps, die daselbst standen, auseinander jagen sollen. Allein daran wurde man durch die einmal angenommene Haltung verhindert: allem Schlagen sollte die Unterhandlung vorausgehen.

Einer der wichtigsten der vorliegenden Gegenstände der Politik war, Sachsen und Hessen bei dem nordischen Bunde festzuhalten; man mußte eine Stellung nehmen, in der man zugleich sich selber und diese Verbündeten vertheidigen, und von welcher aus man, wenn man vom Glück begünstigt wurde, auch in das südliche Deutschland vordringen könne.

Im Allgemeinen betrachtet, kann es als ein unausführbares Unternehmen erscheinen, daß eine deutsche Territorialmacht, die doch nur etwa die Hälfte der deutschen Streitkräfte in sich schloß, zu einem Kampfe mit der gigantischen Macht schritt, welche

[1]) Au Roi de Prusse, Géra, 12 octobre 1806. Corresp. XIII, 420 (nº 10,990).

Frankreich, Italien und einen großen Theil von Deutschland umfaßte. Es war in ethnographischer Beziehung der Sachse Wittekind gegen Karl den Großen; nur daß der neue Imperator alles das gewaltsam zerstörte, was einst Karl der Große umsichtig und sorgsam begründet hatte; der preußische Staat hielt dagegen eben das fest, was der bisherigen Entwicklung des Abendlandes auf der karolingischen Grundlage ihren Charakter gegeben hatte. Die universalhistorische Frage konnte nur sein, auf welchem Elemente die Fortbildung der Welt mehr beruhen solle: ob auf der Erhaltung der bisherigen Grundbestandtheile des europäischen Lebens oder auf ihrer Zersetzung und Umbildung.

Zweites Capitel.

Niederlage von Jena und Auerstädt.

Die preußische Armee genoß noch ihres alten Rufes, den sie vor zehn Jahren, wenngleich im Nachtheil, doch im Ganzen noch einmal behauptet hatte; sie war nicht ohne innere, freilich noch nicht ganz durchgeführte Verbesserungen geblieben; sie erfreute sich des Vertrauens des Königs und hatte Vertrauen zu sich selbst. In Bezug auf die Führung aber stellten sich von Anfang an große Schwierigkeiten heraus. Man hatte den Gedanken gehabt, dem König, welcher militärische Qualitäten besaß, aber nicht als ein Stratege betrachtet werden konnte, noch sich selbst dafür hielt, einen Rath aus den vornehmsten Generalen der Armee beizuordnen, mit welchem er die entscheidenden Entschlüsse für die Kriegführung hätte fassen sollen. Allein das ließ sich doch nicht ausführen, so lange ein General von altem Verdienst, noch immer berühmt, ein Neffe Friedrichs des Großen und dessen Waffengefährte, der Herzog von Braunschweig seine Dienste nicht versagte. Aber dieser Fürst gehörte nicht zu den Naturen, deren Energie in dem Alter sich behauptet oder vielleicht noch wächst. Ueberdies wurde er durch die Politik, welche ihm ein gewisses Zaudern auferlegte, in Allem, was er hätte unternehmen können, beschränkt und gelähmt. Persönliches Vertrauen genoß er überhaupt nicht. Er galt für eifersüchtig nach unten, für hofmännisch und allzu nachgiebig dem König gegenüber. In den ihm zunächst stehenden Unterfeldherren bildete sich eine Opposition gegen ihn aus, die um so mehr um sich griff, je weniger er es liebte, gebie-

terisch aufzutreten. Zu seiner Seite erschien der Fürst von Hohenlohe, der sich im Jahre 1794 Ehre erworben hatte, und, vom König aufgefordert, aus seinem Sitz Oehringen aufgebrochen war, um ihm zu dienen. Er war niemals recht im Verständniß mit dem Herzog. Die Umgebungen des Einen und die des Anderen stießen einander ab. Kam es nun auf die allgemeine Kriegführung an, so legte das Verhältniß zu den beiden deutschen, noch allein verbündeten Staaten Rücksichten auf, welche für große strategische Gesichtspunkte keinen Raum ließen.

In dieser Beziehung verdient der erste Kriegsplan gewürdigt zu werden, der bereits am 8. September abgefaßt worden ist: er zielte vor Allem darauf, Sachsen und Hessen zu vertheidigen. Dieser Plan war auf den Grund einer Vorlage des Herzogs von Braunschweig, nicht ohne Zuziehung des Fürsten von Hohenlohe, in einem Kriegsrath festgesetzt und vom König genehmigt worden. Um Dresden zu schützen, sollte sich der Fürst von Hohenlohe, mit den Sachsen vereinigt, am Erzgebirge aufstellen. So sollte Rüchel sich mit den Hessen vereinigen, um Hessen zu sichern und Rücken und Flanke der Franzosen zu bedrohen. Man verbarg sich nicht, daß es die Absicht Napoleons sein könne, durch Thüringen und Sachsen nach Berlin vorzudringen. Aus diesem Grunde sollte sich die preußische Hauptarmee bei Naumburg an der Saale zusammenziehen, in enger Kantonirung verharren und es auf eine Schlacht ankommen lassen, die man nicht allein nicht fürchtete, sondern wünschte, um den heimlichen Feinden Frankreichs Muth zu machen, sich zu erklären. Ein Observationskorps unter Blücher, an der Ems aufgestellt, sollte den Niederrhein und Holland beobachten und vielleicht Rüchel unterstützen. Durch eine Aufstellung der Armee bei Naumburg, nahe dem Zusammenfluß von Saale, Unstrut, Ilm, meinte man im Stande zu sein, einem Feinde, der von Frankfurt über Erfurt oder von Bayreuth über Koburg und Hof nach Berlin vordringen wollte, direkt entgegenzutreten; für den Fall aber, daß man geschlagen würde, den Rückzug frei zu behalten.

Die leitenden Gesichtspunkte des Königs erhellen aus einem Schreiben an den Kurfürsten von Hessen. Er bezeichnet darin den Krieg als einen vielleicht nicht mehr ganz zu vermeidenden; er hält es für nothwendig, Stellung zu nehmen, um die Alliirten gegen die Verwüstung ihrer Länder zu schützen und mit ihnen gemeinschaftlich zur Abwendung sowohl ihrer eigenen, als auch der dem nördlichen Deutschland allgemein drohenden Gefahr kräftig zu agiren.

Die Ausführung dieses Planes wurde jedoch dadurch unmöglich, daß der Kurfürst von Hessen, dem das Kommando über den rechten Flügel der Armee angetragen war, nicht allein dies ablehnte, sondern den preußischen Truppen den Eintritt in sein Land verweigerte [1]). Der Kurfürst, noch in voller Rüstung begriffen, hatte die Prätention, neutral zu sein und unterhandelte darüber mit Napoleon, der ihm die Neutralität zugestand, unter der Bedingung jedoch, daß er entwaffne und keine Preußen in das Land kommen lasse. Wir erörtern hier nicht die Motive und Gesinnungen des Kurfürsten. Augenscheinlich aber ist, wie sehr die Selbständigkeit eines kleineren Fürsten, der, so eng er auch sonst verbündet war, doch vor Allem auf seine eigne Rettung dachte, der Gesammtheit der militärischen Unternehmungen lähmend in den Weg trat. Hätten sich Rüchel und Blücher mit den Hessen vereinigen können, so würde im westlichen Deutschland eine Armee von 50,000 Mann die Thätigkeit Napoleons auf sich gezogen und dem Feldzug eine andere Richtung gegeben haben. Der Kurfürst von Sachsen hatte kein Bedenken getragen, dem Fürsten von Hohenlohe den Oberbefehl über seine Truppen, die eben auch in volle Kriegsbereitschaft gebracht wurden, zu übertragen. Bei den Bewegungen Hohenlohes, die sich nach dem Voigtlande richteten, lag die Hoffnung zu Grunde, daß sich Oesterreich schon in diesem Augenblicke für Preußen erklären würde. Der

1) Das Schreiben des Königs an den Kurfürsten vom 8. September und dessen Erklärung vom 15. September bei Höpfner Geschichte des Krieges von 1806 und 1807 I. 1. S. 132. 133.

König urtheilte jedoch, daß darauf so bald nicht zu rechnen sei; er sagt, er sei entschlossen, mit seinen Preußen und den Sachsen allein den Kampf gegen Napoleon aufzunehmen; das werde dazu gehören, um alles Mißtrauen zu entfernen und die Unthätigkeit der anderen in Thätigkeit zu verwandeln.

Die Hauptarmee konzentrirte sich in der zweiten Hälfte des September in der Gegend von Naumburg, wo der Herzog von Braunschweig und bald darauf auch der König, ihm zur Seite die Königin, erschienen.

Scharnhorst, der als Generalquartiermeister in das Hauptquartier berufen war, mußte die äußerste Thätigkeit aufbieten, um die eben aus den verschiedenen Standquartieren herbeigezogenen Regimenter zu einem zusammenhaltenden Körper zu vereinigen. Die überwiegende Meinung, der sich auch Scharnhorst anschloß, war, dem Feinde entgegenzugehen und sobald die Stunde der Entscheidung gekommen (8. Oktober), mit demselben zu schlagen, ehe der Eifer der Armee durch kleine Ermüdungen und Mängel geschwächt sei, wie es denn auch den Preußen anstehe, anzugreifen, nicht aber sich angreifen zu lassen. Man faßte die Hoffnung, die feindliche Linie in der Mitte durchbrechen zu können. Man wollte über den Thüringer Wald vorgehn, sich bei Hildburghausen und Meiningen sammeln und den Main zu erreichen suchen. Von Hof her sollten Demonstrationen gegen Nürnberg und Amberg gemacht werden.

Der Herzog von Braunschweig führte das Commando in alter Art; er besprach seine Pläne mit den Generalen und hielt dann Kriegsrath. Die Idee, die in den Berathungen die Oberhand behielt, und die er selbst zu der seinen gemacht hatte, trug er dann dem Könige vor. Er fühlte wohl, daß der Feind ihm an Streitkräften überlegen sei, aber er hielt noch an dem Gedanken des französischen Gesandten fest, daß, wenn die beiden Hauptquartiere einander nahe gekommen, eine Unterhandlung eröffnet werden könne, die den Frieden erhalte. Die Idee einer Unterhandlung unter den Waffen beherrschte die Situation; die

Festsetzung des Termins, durch die man Napoleons Rüstungen in Deutschland zu beschränken gedacht hatte, diente nur dazu, die eigenen Bewegungen zu hemmen. Diese Häsitationen schrieb man dem Charakter des Herzogs, seinem hohen Alter und häuslichen Verstimmungen zu, was dann wieder das Vertrauen der Offiziere in ihn schwächte, und die Opposition in dem Hauptquartier des Fürsten von Hohenlohe, der gegen Hof vorgerückt war, belebte. Das Hauptmoment lag aber darin, daß man noch immer zwischen Krieg und Frieden schwankte. Die Entscheidung darüber hatte man eigentlich in die Hände Napoleons gegeben, die dann nicht lange auf sich warten ließ: die preußische Armee drohte mit dem Krieg, Napoleon suchte ihn. Aber auch in der preußischen Armee empfand man es als eine Befreiung aus einem unerträglichen Zustand der Unentschiedenheit, als Napoleon am 7. Oktober in das preußische Gebiet von Bayreuth vordrang: nun wisse man doch, sagte der König, daß man im Kriege sei. Scharnhorst bezeichnete es fast als ein Glück, daß Napoleon den Bewegungen der Preußen entgegenkomme.

Mit einer Geschwindigkeit, die nur mit dem verglichen werden konnte, was er selbst darin geleistet, die man hätte erwarten müssen, aber nicht erwartete, führte Napoleon eine überlegene Armee mitten in Deutschland ins Feld. Dadurch geschah, daß für die Offensive der Preußen, welche damals noch im Plane lag, kein Raum mehr gelassen wurde; überall aber, wo der Feind sie angriff, begegneten die preußischen Truppen ihm mit freudigem Kriegsmuthe, der jedoch nur unglückliche Erfolge herbeiführte. General Tauenzien, der zum Mißvergnügen Hohenlohes den Auftrag erhalten hatte, die Saalübergänge bei Kösen, Naumburg und Weißenfels zu besetzen, hielt es doch für rathsam, als die Franzosen gegen ihn herandrangen, ihnen bei Schleiz Widerstand zu leisten, selbst nicht ohne die Hoffnung, wie das eines seiner Billete ausweist, die Oberhand zu behalten; aber er wurde geschlagen und auf die Hohenlohe'sche Armee, zu der er gehörte, zurückgeworfen.

Unter ähnlichen Impulsen ging, den Tag darauf (10. Oktober), Prinz Louis von Preußen den heranrückenden Franzosen bei Saalfeld schlachtbegierig entgegen. Er hatte die Meinung, daß er den Krieg muthig eröffnen müsse, um alle weitere Unterhandlung unmöglich zu machen und den Beistand der Mächte, die sich noch nicht erklärt hatten, zu gewinnen. Die Anordnungen, die er traf, zeugen von militärischem Talent und sogar von einer gewissen Gelassenheit, die man nicht bei ihm zu suchen pflegt, aber das Unternehmen selbst beruhte auf der Voraussetzung der natürlichen Ueberlegenheit der preußischen Truppen, die es ihm selbst möglich machen werde, mit seiner Division einem ganzen Armeecorps des Feindes zu widerstehn. Die Stelle, an der er schlug, war gerade geeignet, die Ueberlegenheit der französischen Waffen, inwiefern eine solche vorhanden war, zu Tage zu bringen. Sie bestand hauptsächlich in der Ausbildung des kleinen Kriegs durch die französischen Tirailleurs, denen die preußischen Schützen nicht gewachsen waren. Es war ein Unglück, daß man den Franzosen nicht auf dem Blachfelde begegnete, sondern an den Abhängen der oberen Saale, eben einem geeigneten Boden für die französischen Tirailleurs. Die Franzosen waren geübter, rascher und hatten bessere Gewehre. Der Prinz, der wahre Repräsentant des in den Preußen glühenden Kriegseifers, wurde geworfen und auf dem Rückzug getödtet; vergebens hat man ihm noch zuletzt Pardon angeboten, wenn er sich ergäbe. Die zurückgeworfenen Zersprengten waren unerschöpflich in der Schilderung der feindlichen Ueberlegenheit, schon um sich selbst zu rechtfertigen.

In dem großen Hauptquartier machte der Unfall von Saalfeld, den man der Unbotmäßigkeit in der Hohenlohe'schen Armee zuschrieb, einen erschreckenden Eindruck. Noch bei weitem wichtiger war jedoch die Nachricht, die am 12. eintraf, daß die französischen Truppen bereits im Rücken der preußischen bei Naumburg erschienen seien. In diesem Gedränge faßte der Herzog die Absicht, mit der ganzen Armee eine retrograde Bewegung einzuschlagen, und sie über Auer-

städt nach der Unstrut zu führen, wo bei Freiburg und Laucha ein Lager bezogen werden sollte[1]), um dann über die Saale zu gehen und zwischen Elbe und Saale eine entscheidende Schlacht anzunehmen. Der Fürst von Hohenlohe wurde beauftragt, die Uebergänge über die obere Saale zu besetzen; in keinem Falle sollte er sich von der Hauptarmee abschneiden lassen.

Der kriegskundige Clausewitz führt aus: wenn man an Ort und Stelle geblieben wäre, und sich zu einer großen Feldschlacht gerüstet hätte, so würde man eine solche unter günstigen Bedingungen haben liefern können[2]). Es ist nicht dieses Ortes, darüber ein Urtheil abzugeben, das militärische Wenn und Aber zu erwägen. Wir suchen nur die Thatsachen in ihrem Gange und in ihren einfachsten Motiven zu erkennen. Da war nun das Entscheidende, daß man die Richtung des feindlichen Angriffs nicht kannte.

Der Linksabmarsch, den der Herzog von Braunschweig anordnete, war darauf berechnet, das Kriegstheater nach einer anderen Region hin zu verlegen. Um diese Bewegung auszuführen, setzte sich am 13. Oktober die Vorhut der Hauptarmee in Bewegung. Indem sie sich dem Paß von Kösen näherte, stieß sie bereits auf französische Patrouillen, die von Naumburg her denselben überschritten hatten, und auf der Hochebene in der Flanke der Armee erschienen. Man konnte erwarten, daß noch stärkere Truppenmassen, vielleicht die feindliche Hauptmacht selbst dieser Richtung folgen und sich auf den Höhen zum Kampfe darstellen würde, vor dem die preußische Armee nicht zurückscheute.

Allein das waren nicht die Gedanken des großen Generals, der gegen sie heranzog. In seinem Hauptquartier zu Gera hatte

1) Dem beabsichtigten Marsch nach Freiburg wollte sich die Königin anschließen: doch erhielt sie von dem Herzog die Nachricht, daß man dort ohne Schlagen nicht durchkommen werde. Hierauf kehrte sie nach Weimar zurück, um am nächsten Morgen in einer anderen Richtung, welche Rüchel angab, abzureisen. Das geschah denn allerdings unter Thränen.

2) Nachrichten über Preußen in seiner großen Katastrophe. Kriegsarchiv des Generalstabes.

er, so viel man weiß, über den ferneren Zug keinen definitiven Beschluß gefaßt, als ihm von Lannes, der sich in diesem Augenblicke der Stadt Jena bemächtigt hatte, der Bericht zukam, daß auf den Höhen vor ihm ein ansehnliches Lager aufgeschlagen sei. Nach Allem, was vorgegangen, konnte Napoleon nicht zweifeln, daß sich hier entscheidende Erfolge erwarten ließen, wenn er mit überlegenen Streitkräften angriff.

Er zögerte keinen Augenblick, diesen Gedanken auszuführen; er selbst setzte sich nach Jena in Bewegung und ließ die größte Masse seiner Streitkräfte dahin vorrücken. So konnte es zu jener Doppelschlacht kommen, die ihren Namen von Jena und von Auerstädt hat, deren Erfolg so wichtig ist, daß wir ihrer mit wenigen Worten gedenken müssen.

Die Schlacht von Jena kann fast nicht als eine Gesammtschlacht betrachtet werden. Das Treffen begann damit, daß Tauenzien, der sich von Jena auf die nahen Anhöhen zurückgezogen hatte, daselbst aufgesucht, und der tapfern Gegenwehr, die er leistete, ungeachtet geschlagen und gegen Vierzehnheiligen hin zurückgetrieben wurde. Eine Truppenabtheilung, die unter Holtzendorff heranrückte, um sich Tauenzien zu nähern, wurde von der französischen Cavallerie angegriffen, der die sächsisch-preußische an dieser Stelle nicht gewachsen war, und zu einer rückgängigen Bewegung genöthigt. Dann erschien General Grawert auf dem Kampfplatz, und zwar auf eigne Hand, so daß seine Aufstellung erst nachträglich vom Fürsten gebilligt wurde. Er trieb den Feind aus Vierzehnheiligen zurück, ohne es jedoch selbst zu besetzen. Ihm gegenüber nahmen nun die Franzosen eine starke Aufstellung; leicht hatten sie eine preußische Batterie erobert und ihrerseits einen sehr wirksamen Geschützpark zu beiden Seiten des Ortes aufgestellt. Auch hier entwickelte sich besonders von dem Isserstädter Forst her die Ueberlegenheit ihrer Tirailleure; ein Cavallerieangriff, mit welchem Hohenlohe umging, wurde durch die Uebermacht des Feindes unmöglich. Grawert selbst wurde durch einen Prellschuß verwundet.

Die Hauptsache war bereits zum Nachtheil der Preußen entschieden, als Rüchel mit seinem Truppencorps anlangte. Muthig anrückend wurde es von einem heftigen Kartätschenfeuer empfangen, gegen das es nicht Stand zu halten vermochte. Rüchel selbst wurde verwundet; er wich jedoch nicht vom Schlachtfelde, ehe er den Rückzug seiner Leute gesichert hatte. Nun kamen auch die Sachsen ins Gefecht, die, mißvergnügt über die Zurücksetzung, die sie zu erfahren meinten, abzuziehen gedroht hatten, aber auch in dieser mißlichen Lage tapfer schlugen, jedoch nothwendig zurückweichen mußten.

Der Rückzug, den der Fürst hierauf anordnete, wurde durch unerwartete Angriffe der Franzosen in Verwirrung gebracht. Und wie sehr hatte sich Hohenlohe getäuscht, wenn er bei der großen Armee einen Rückhalt zu finden meinte.

Kommen wir nun auf Auerstädt, wo auch keineswegs eine regelmäßige Bataille stattgefunden hat. Noch am Morgen des 14. Oktober dachte der Herzog nur an den Abmarsch nach Thüringen. Er sprach von nichts Anderem. Dafür aber war es nothwendig, zunächst gegen den Paß von Kösen gedeckt zu sein. Der Herzog setzte sich an die Spitze der dazu bestimmten dritten Division. Bei alle dem, was man schon erfahren hatte, war man doch nicht auf die Nachricht gefaßt, die der zum Recognosciren abgeschickte Scharnhorst zurückbrachte, daß eine Linie Infanterie mit klingendem Spiele heranrückte. Es waren die Truppen des Marschall Davout, der am frühsten Morgen den Thalrand erstiegen; die Division Gudin und die ihr folgenden Morand und Friant rückten gegen Auerstädt heran. Die Franzosen waren auf der Hochebene in so ansehnlicher Stärke erschienen, daß man sich gegen sie aufstellen mußte. Als der Nebel sich hob, gegen 10 Uhr, war die ganze Front formirt, die sich ausnahm, wie bei einem Manöver bei Potsdam. Auf dem linken Flügel, wo eigentlich Scharnhorst das Commando führte, wies man einen Anfall der französischen Cavallerie mit Kartätschen zurück. Denn von Reiterei war dieser Flügel entblößt; die Cavallerie hatte

sich auf dem rechten Flügel gesammelt, wo man den Angriff auf den Feind unternahm. Hier aber ging die Sache nicht so gut; ein verhängnißvolles Unglück trat ein. Der Herzog, der eben vor dem Bataillon Hanstein Befehle ertheilte, wurde von einer feindlichen Kugel getroffen, die ihn des Augenlichts beraubte. Er mußte vom Schlachtfelde weggebracht werden [1]). Bei dem Zusammentreffen mit dem Feinde, das doch nicht vorbereitet war, fehlte es nun an aller wirksamen Direktion in dem Augenblicke, wo sie am nöthigsten gewesen wäre. Es gab Truppenabtheilungen, die gar keinen eigentlichen Befehl erhalten haben; die Unsicherheit der Führung hatte ein Widerstreben der Mannschaften zur Folge.

Der preußischen Cavallerie gegenüber rechnete Napoleon auf die Quarrés seiner Infanterie und ihr Feuer, vor welchem die Russen bei Austerlitz zurückgewichen waren. Einige Schwadronen der preußischen Cavallerie haben sich geweigert, vorzugehen, als sie diesem mörderischen Feuer entgegengeführt wurden. Ueberhaupt that nicht Jedermann seine Pflicht. Der König zeigte sich persönlich muthvoll und tapfer, aber er hatte die Sache nicht mehr in seinen Händen.

Auch Scharnhorst entschloß sich mit dem linken Flügel zum Rückzug; doch konnte die Schlacht nicht eigentlich als verloren gelten [2]). Auerstädt, wo man sich viel geschlagen, wurde von den Franzosen in Brand gesteckt. Im Angesicht dieses Dorfes stellte sich die preußische Armee nochmals auf, bis sie dann ihren Rückzug antrat; der König dachte mit den noch nicht ins Gefecht geführten Bataillonen, die eine ansehnliche Streitmacht bildeten, am anderen

1) Vergl. C. W. F. v. Braunschweig. S. 248. Von größtem Werthe ist der Schlachtbericht Scharnhorsts, abgedruckt bei Pertz, Gneisenau, I, 658 flg., leider ohne die Beilagen, die darin citirt werden. Auffallend ist es, wie mancherlei Dinge Scharnhorst nicht zu wissen bekam; doch wird man über das, was bei dem linken Flügel vorkam, sehr wohl unterrichtet.

2) „Die Armee des Königs siegte nicht, wurde aber auch nicht eigentlich geschlagen". Scharnhorst in einem Brief an seine Tochter bei Klippel III. S. 158.

Tage den Angriff zu erneuern. Hiebei aber stieß er auf die Flucht des Corps von Hohenlohe; die bei Auerstädt noch nicht geschlagene Hauptarmee wurde in die Niederlage desselben gleichsam mit fortgerissen.

In der Kriegsgeschichte hat man es immer als unheilvoll für eine Armee betrachtet, in dem Moment einer Veränderung der Stellung angegriffen zu werden. Hier war das preußische Heer schon dadurch im Allgemeinen in Nachtheil gerathen, daß es sich zum Angriff anschickte und in die Defensive zurückgeworfen wurde. Da war nun weiter das Entscheidende, daß der Herzog von Braunschweig den Entschluß faßte, eine andere, zu einem großen Treffen geeignetere Stellung zu suchen, als die war, welche er inne hatte. In dem Augenblick des Aufbruchs wurde er angegriffen; die Hauptarmee erlitt eine Niederlage, eigentlich ohne recht geschlagen zu haben.

Napoleon hatte, wenn wir recht unterrichtet sind, indem er nach dem Siege bei Vierzehnheiligen zur Ruhe gegangen war, noch keine Ahnung von den Ereignissen bei Auerstädt. Er wurde aus dem ersten Schlummer aufgeweckt, um davon benachrichtigt zu werden [1]). Nicht durch den Kampf bei Vierzehnheiligen, sondern durch die Coincidenz eines Rückzuges, bei dem man noch auf erneuerten Widerstand rechnete, und einer Flucht, in welche eine erlittene Niederlage ausartete, war das preußische Kriegsheer niedergeworfen. Der Rückzug von Auerstädt gehörte dazu, um den Sieg bei Vierzehnheiligen zu vollenden.

Welches die Folgen dieser Niederlage sein würden, sah man sogleich den folgenden Tag in Erfurt. Man zählte daselbst 8000 Mann kampffähige Truppen, sie kapitulirten noch an demselben Abend. Der Ruf der Unüberwindlichkeit Napoleons, der vor ihm hergegangen, und nun vor Aller Augen, ohne daß man wußte wie, bestätigt worden war, nahm den Befehlshabern ihre ruhige Besinnung. Es war ihnen nie in den Sinn gekommen, daß die von altem Ruhme umstrahlte preußische Armee niederge-

1) Segur, Histoire et Mémoires III, 29.

worfen werden könne. In dem plötzlich hereinbrechenden Unglück liegt eine dämonische Gewalt. Man fühlte sich beschämt, bestürzt und niedergeschmettert. Der Rückzug, der unter den General Kalckreuth gestellt war, ging über den Harz nach Magdeburg. Kalckreuth wäre sehr geneigt gewesen, eine Kapitulation mit dem Feinde zu treffen, wie die Erfurter war: denn die Truppen seien von den Feinden umringt und der König habe ausdrücklich befohlen, nicht zu schlagen. Aber, entgegnete ihm der Prinz August, wenn der König verboten hat, zu schlagen, so hat er uns doch auch nicht befohlen, uns zu ergeben ohne zu schlagen, was unerhört wäre in der preußischen Geschichte [1]). Es zeigte sich bald, daß die Gefahr nicht so dringend war, wie Kalckreuth glaubte. Er unterhandelte dann nicht mehr über Kapitulation, sondern über einen partiellen Stillstand. General Blücher stellte ihm vor, daß bei einem solchen die Truppen dem Angriff anderer stärkerer feindlicher Heerhaufen immer ausgesetzt bleiben würden. Der Zug ward dann unter mannichfaltigen Beschwerden und Verlusten, die der tapfere und ausharrende Prinz Kalckreuth zur Last legt, fortgesetzt. An den Ufern der Elbe bei Magdeburg fanden sich doch noch einmal wieder 37,000 Mann zusammen.

Die Reserve, welche in Halle die Ankunft der Hauptarmee erwartete, um ihren Uebergang auf das rechte Saalufer zu unterstützen, war eben im Begriff, nachdem das Unglück von Auerstädt bekannt geworden, sich nach Magdeburg in Marsch zu setzen, als sie von Bernadotte, der von Querfurt kam, angegriffen und geworfen wurde. Das Corps führte seinen Rückzug über Roslau nach Magdeburg aus, versäumte aber die Roslauer Brücke zu zerstören; wenigstens konnte sie von den Franzosen baldigst hergestellt werden, wie das auch mit der Brücke bei Wittenberg der Fall war. Der Herzog von Weimar, der mit seinem Heerhaufen, den er zusammenzuhalten wußte, bis nach Stendal gelangt war, übergab denselben, auf die Forderung Napoleons, nach seinem Lande zurückzu-

1) Tagebuch des Prinzen August. Manuskript.

kehren, jedoch nicht ohne ausdrückliches Geheiß des Königs, dem General Winning.

Die große Armee, welche nicht allein Preußen zu behaupten, sondern den Widerstand und die Unabhängigkeit von Norddeutschland zu verfechten und eine allgemeine Bewegung gegen Napoleon herbeizuführen bestimmt gewesen war, war plötzlich nicht mehr im Felde. Durch Einen Schlag war die Gestalt der Welt verändert, oder sollte es doch werden.

Drittes Capitel.

Unterhandlung über einen Waffenstillstand.

Wie einst bei seinem Vorrücken von Italien nach Inner-Oesterreich, so hatte Napoleon auch jetzt, indem er aus dem südlichen nach dem nördlichen Deutschland vordrang, eine Epistel vorausgeschickt, voll von freundschaftlichen Erbietungen und Ergüssen über die Segnungen des Friedens. Der König empfing dieses Schreiben in dem Moment, als man bei Auerstädt handgemein wurde. Er antwortete erst nach erlittener Niederlage, am 15. Oktober früh von Sömmerda aus; er würde, schrieb er, in den Augen Napoleons verloren haben, wenn er den Kampf hätte abbrechen wollen; allerdings sei er in demselben unterlegen [1], aber es tröste ihn, daß seine Truppen ihre Tapferkeit bewiesen und gezeigt haben, wozu man sie verwenden könne. Er spricht die Erwartung aus, daß der Kaiser die früheren Verhältnisse, in denen sie gegenseitig gestanden, wieder herstellen werde, und versichert, daß auch er dies gethan haben würde, wenn das Glück ihn begünstigt hätte; er fordert Napoleon auf, ihm zu sagen, unter welchen Bedingungen er Alles das der Vergessenheit anheim geben wolle, wodurch das Mißverständniß zwischen ihnen herbeigeführt worden sei; er werde zu Allem bereit sein, was ein gutes Vernehmen zwischen ihnen zu begründen vermöge. Der Kaiser werde nichts von ihm fordern, was seiner Ehre und der Sicherheit

1) In der ursprünglichen Abfassung lauten die Worte: En ne point emportant les (débouchés) points dont il m'importait de me rendre maître.

seiner Staaten entgegenlaufe. Zu dem Ende schlage er einen Waffenstillstand vor, um nicht noch mehr Unglückliche zu machen, während sie beide beschäftigt seien, das Glück ihrer Unterthanen auf immer zu gründen [1]).

Die Haltung des Königs war, wie man sieht, vor allen Dingen militärisch und würdig. In dem großen Zweikampfe der Armeen war er unterlegen; aber nach seiner Vorstellung hatte es sich dabei nicht um Sein oder Nichtsein der beiden Staaten gehandelt, sondern um Mißverständnisse, die er nun nach erfolgter Waffenentscheidung in Gemeinschaft mit dem französischen Kaiser zu heben suchen würde [2]). Napoleon seinerseits hatte bereits die ersten Resultate seines Sieges gesichert. Noch in Jena brachte er die Frage, über welche der Krieg hauptsächlich ausgebrochen war, zur Entscheidung. Den gefangenen Sachsen gestattete er die Rückkehr nach ihrem Lande; die Offiziere derselben entließ er auf ihr Ehrenwort; er kündigte seine Absicht an, Sachsen vollständig von Preußen zu emancipiren. Noch entschiedener war, und zwar in ganz anderer Weise, sein Verfahren gegen Hessen; auf die vorgebliche Neutralität nahm er keine Rücksicht; er sprach unbedenklich aus, daß der Kurfürst aufgehört habe zu regieren; er hielt ihn für allzu genau mit England verbunden, als daß er ihn hätte dulden mögen. Das war das Schicksal der nächsten Bundesgenossen des Königs Friedrich Wilhelm. Napoleon erklärte [3]): Preußen solle auf sich selbst beschränkt bleiben, während es eben das Bestreben der preußischen Politik gewesen war, eine von Frankreich unabhängige Conföderation im Norden zu Stande zu bringen.

1) Die zwischen dem König und Napoleon gewechselten Schreiben sind bei Hoepfner, der Krieg von 1806 und 1807 I. Thl. II. Bd. mitgetheilt.

2) Dasselbe war der Eindruck des Herzogs von Braunschweig, der indem man ihn von Ort zu Ort durch Thüringen weiter trug, bei der Nachricht von dem Ausgang der Schlacht, in die Worte ausbrach: Quelle honte! Er ist, nachdem er noch einmal sein Braunschweig besucht hatte, an den Folgen seiner Verwundung in Ottensen gestorben, am 10. November.

3) que les Prussiens restassent en Prusse et qu'ils ne se mêlassent en rien des affaires de l'Allemagne.

Wenn es eine der preußischen Forderungen gewesen war, daß der Rheinbund nicht vergrößert werden dürfe, so war nach dem Siege die Antwort darauf, daß Sachsen, der Hauptverbündete Preußens, dem Rheinbund einverleibt wurde.

In Weimar, wohin Napoleon sich begab, empfing er am Morgen des 16. Oktober den Flügeladjutanten des Königs, Grafen Dönhoff, der ihm den Brief desselben überbrachte. Den Hauptantrag, einen Waffenstillstand einzugehen, lehnte Napoleon ab: denn seine Vortheile seien zu groß, als daß er sie nicht bis Dresden und Berlin verfolgen sollte; eher in Berlin als in Weimar denke er auf Friedensunterhandlungen einzugehen, bei denen alles darauf ankomme, zu welchen Aufopferungen sich der König entschließen werde.

Es scheint, als sei Dönhoff nicht selbst zur Unterhandlung bestimmt gewesen, ein anderer Bevollmächtigter sollte ihn vertreten; allein von Unterhandlungen war für's Erste überhaupt nicht die Rede. Ungehindert zog jetzt Napoleon auf der großen Straße durch Sachsen daher; von allen Seiten kamen ihm Botschaften von seinen Siegen und den schweren Nachtheilen der Preußen zu: die preußische Armee erschien ihm wie eine Flotte nach erlittenem Schiffbruch. In der That war die Lage dazu angethan, sein ohnehin reges Selbstgefühl noch mehr anzuschwellen. Die prächtige Armee, die sich seinen Entwürfen noch allein auf dem Continent entgegensetzen konnte, die Armee des großen Friedrich, war von ihm so gut wie vollkommen überwältigt worden. Man darf behaupten, daß gerade die unerwartete Leichtigkeit des Sieges, und der ungeheure Erfolg seiner mit ebenso viel Umsicht wie Feuer eingeleiteten Verfolgung desselben, ihm wie eine Bestätigung der großen Mission, in der er begriffen war, erschien. Einen nicht geringen Eindruck machte es auf ihn, daß alle die, denen er Feindseligkeit gegen Frankreich und die Urheberschaft dieses Krieges zuschrieb, umgekommen waren; er sah darin gleichsam ein göttliches Strafgericht, eine Parteilichkeit des Schicksals für die Sache, die er verfocht, die nicht allein seine eigene war, sondern die der revo-

lutionären Idee; von Stund an wollte man bemerken, daß er unzugänglicher, herrischer werde: vor ihm lag ein unabsehbares Feld neuer Unternehmungen, gegen die er keinen Widerstand erwarten durfte. Den Krieg gegen Preußen hatte er hauptsächlich deshalb provocirt und unternommen, weil diese Monarchie bei aller Unentschiedenheit ihrer Haltung dennoch einen Theil des alten Europa bildete, welches er zu bekämpfen überhaupt für seinen Beruf hielt, namentlich nachdem die letzten Versuche den Frieden herzustellen gescheitert waren. Die Niederlage, welche Preußen erfahren hatte, betrachtete er keineswegs allein in Beziehung auf diesen Staat, sondern unter dem Gesichtspunkt der allgemeinen politischen Entwürfe, unter denen er zum Kriege geschritten war. Wie er schon immer die Verbindung Preußens mit Rußland als eine Feindseligkeit gegen die Alleinherrschaft Frankreichs im südlichen und westlichen Europa ansah, so wurde er durch die Nachricht, daß die Russen sich anschickten, in die Moldau einzudringen, so entfernt diese Angelegenheiten einander lagen, doch wieder gegen Preußen animirt; denn man vernahm, daß russische Heere sich zugleich den preußischen Grenzen näherten. Unter diesem Gesichtspunkt ist die Antwort abgefaßt, die er auf das erwähnte Schreiben des Königs von Halle aus (19. October) an denselben erließ [1]). Er bezeichnet darin die Annäherung der Russen als den Grund, weswegen er dem Kriege noch kein Ende machen könne; er bemerkte dem König, er fürchte sie nicht, sie seien für ihn kein dunkles Gewölk mehr, er habe sie bei Austerlitz kennen gelernt [2]); er machte den König aufmerksam, daß sein Gebiet das Theater eines Krieges werden könne, den er als den der vierten Coalition bezeichnet.

In einem ganz anderen Gedankenkreis bewegte sich Friedrich Wilhelm III.; er hatte nur die unmittelbare Zukunft seines Staates im Auge; er sah den Krieg als einen lediglich preußischen an.

1) Au Roi de Prusse 19 octobre 1806. Corresp. XIII. S. 157. (nº. 11034.)
2) Je ne crains point les armées russes, ce n'est plus un nuage.

Noch ehe er den letzten Brief Napoleons empfangen, schickte er an denselben von Magdeburg aus den Marquis Lucchesini ab, der am besten wisse, wie hoch er die Freundschaft des französischen Kaisers anschlage, um die früheren Beziehungen wieder herzustellen, unter der Voraussetzung, daß Napoleon nichts fordern werde, was mit der Sicherheit seiner Völker und der Ehre seiner Waffen unverträglich sei. In der Instruktion geht er davon aus, daß der Waffenstillstand, der dem weiteren Vorrücken der Franzosen ein Ende machen soll, das Wünschenswürdigste wäre; da man aber schon wisse, daß Napoleon auf denselben nicht eingehen werde, ohne eine Grundlage für die Pacifikation zu gewinnen, so macht der König die Aufopferungen namhaft, zu denen er bereit sei: es waren Hannover, Bayreuth, die preußischen Besitzungen links von der Weser mit Ostfriesland.

Napoleon, der von der Sendung Lucchesinis im Voraus unterrichtet war, hatte Duroc beauftragt, ihn zu hören. Lucchesini bemerkte demselben: Erinnerung an das Vergangene und Voraussicht des Kommenden müsse den Kaiser bestimmen, annehmbare Bedingungen zu bewilligen: wenn er Preußen allzu sehr schwäche, so werde es in Abhängigkeit von Rußland gerathen; durch die gewonnene Schlacht sei der Kaiser in den Stand gekommen, seinen Frieden mit England zu machen: denn er könne nun Hannover dem König von Großbritannien zurückgeben.

Allein es zeigte sich sogleich, daß Napoleon die Sache aus diesem Gesichtspunkt nicht ansah: die Wiedererwerbung von Hannover schlug er nicht so hoch an. Unmittelbar nach seiner Ankunft in Wittenberg (22. Oktober) ließ er durch Duroc die Bedingungen angeben, unter denen er seinen Frieden mit Preußen schließen wolle. Er forderte die Abtretung aller preußischen Gebiete auf dem linken Ufer der Elbe, ausgenommen Magdeburg, vollständige Ausschließung Preußens von allen Beziehungen zu anderen deutschen Staaten, welche fortan einen Bund unter dem Schutze Frankreichs bilden würden; überdies aber eine Contribution von 100 Millionen Franks. Hiervon unterrichtet und in Schrecken

darüber, hat König Friedrich Wilhelm einen Gegenentwurf in Vorschlag gebracht, nach welchem die Abtretung von Bayreuth an Stelle der Kriegscontribution treten sollte, sowie denn auch Ostfriesland und die westfälischen Landschaften abgetreten werden würden; er acceptirte die Verzichtleistung Preußens auf seine bisherigen Beziehungen zu den deutschen Fürsten, jedoch mit dem Vorbehalt, daß die nächsten Verwandten des preußischen Hauses, Braunschweig und Oranien, bestehen bleiben und nur in die neue französische Conföderation eintreten sollten.

Aber Napoleon hatte seine Absicht unwiderruflich gefaßt. Schon am 23. erließ er ein Dekret, in welchem die Besitzergreifung von Hannover, Braunschweig, und der Besitzungen des Hauses Oranien, und der preußischen Lande bis an die Elbe verfügt wurde [1]). In der unbeschränkten Disposition über die deutschen Gebiete bis an die Elbe sah er den Preis des Sieges, den er erfochten; die Altmark wollte er noch dem König lassen. Unmöglich konnte ihm entgehen, in welche Schwierigkeiten die Zahlung einer so hoch gegriffenen Contribution, wie die geforderte unter den damaligen Umständen war, den preußischen Staat verwickeln werde. Das war jedoch sein letztes Wort; er ließ erklären: dem König bleibe nur die Wahl, diese Bedingungen anzunehmen oder sich über die Oder zurückzuziehen und die Russen zu erwarten; Napoleon wünsche das letztere, denn er werde dann Gelegenheit haben, die Russen zu schlagen; neue Kämpfe würden ihm alsdann das Recht geben, seine Forderungen noch viel weiter auszudehnen.

Es war auf seinem Wege nach Potsdam, daß er die letzten Anträge Lucchesinis, der sich ebenfalls dahin begab, zurückwies. König Friedrich Wilhelm III. hatte sich indessen nach Küstrin begeben, wo aber auch seines Bleibens nicht war. In dem Mo-

1) Il sera pris possession en notre nom de tous les états prussiens situés entre le Rhin et l'Elbe. Il sera pris possession des états du duc de Brunswick, du prince d'Orange. Il sera pris possession des pays de Hanovre et d'Osnabrück.

mente, daß er diese Festung verließ, am 26. wandte er sich noch einmal an Napoleon. Er drückte demselben sein Erstaunen über die Härte der Bedingungen, die man ihm vorschlage, aus; sie seien nicht in Uebereinstimmung mit den Erwartungen, welche die Aufnahme Dönhoffs bei ihm erregt habe; er habe eine Aussöhnung gehofft, mit weniger schweren Aufopferungen verbunden; dennoch überwiege bei ihm der Wunsch, die den beiden Nationen so nützlichen Beziehungen wiederherzustellen, und dem Kriege ein Ende zu machen. Da nun Lucchesini gefordert hatte, daß er in den Stand gesetzt werde, zu unterzeichnen, wurde ihm General Zastrow zu nochmaliger Unterhandlung und endlichem Abschluß beigegeben; die beiden Bevollmächtigten wurden ermächtigt, auf die Hauptbedingungen, Abtretung aller Besitzungen auf dem linken Elbufer und eine neue Disposition über die deutschen Reichslande einzugehen; sie sollten sich besonders die Conservation von Halberstadt, Hildesheim, des Saalkreises und von Mansfeld angelegen sein lassen, wogegen sie auf Lauenburg Verzicht leisten können. Vornehmlich wünscht der König noch der drückenden Contributionsforderung zu entgehen. Die Gesandten werden ermächtigt zehn Millionen sofort anzubieten, aber unter der Bedingung, daß die französischen Truppen sich jenseit der neubestimmten Grenzen zurückziehen.

Zastrow kam am 27. in Charlottenburg in dem Augenblick an, als Napoleon zu Pferde steigen wollte, um seinen Einzug in Berlin zu halten. Er deutete dem Kaiser den Zweck seiner Sendung an, der dahin ziele, Frieden herzustellen. Napoleon fragte, ob die Russen schon auf preußischem Territorium stünden? Zastrow antwortete: nach den letzten Nachrichten seien sie in Grodno, sehr möglich, daß die Spitzen ihrer Bataillone in diesem Augenblick in das preußische Gebiet einrückten; der König erwarte nur ein ihn sicher stellendes Wort, um den Rückmarsch derselben zu veranlassen. Eine sehr falsche Berechnung wäre es gewesen, wenn man preußischerseits gehofft hätte, daß Napoleon durch die Annäherung eines zweiten Feindes friedlicher gestimmt würde. „Oh",

rief er aus, „wenn die Russen kommen, so marschiere ich gegen sie und will sie schlagen.“

Die Stimmung Napoleons kann man aus der Erklärung abnehmen, die er nach der Erzählung Lucchesinis einer Deputation der Hauptstadt und der märkischen Stände gemacht haben soll. Ich drücke mich darüber nur zweifelhaft aus, halte aber doch nicht dafür, daß die Mittheilung des mit den Geschäften betrauten Staatsmannes an den dirigirenden Minister verworfen werden kann. Lucchesini berichtet: Napoleon habe mit den Deputirten von der Nothwendigkeit gesprochen, eine National-Repräsentation einzurichten, um in derselben ein Gegengewicht gegen die königliche Autorität zu bilden, so daß künftighin ein Krieg nicht durch Intriguen oder Animositäten herbeigeführt werden könn[illegible] er habe dem König zugleich einen Vorwurf daraus gemacht, daß er seine Hauptstadt der Gnade oder Ungnade des Siegers überlassen habe; von den Deputirten sei das eine, wie das andere mit tiefem Schweigen aufgenommen worden: denn davon wenigstens hatte Jedermann ein Bewußtsein, daß die Schuld an dem Kriege eine allgemeine gewesen war. Von politischer Opposition war hier keine Spur zu finden; man hatte nur das Gefühl des erlittenen öffentlichen Unglückes. Die Frauen, die dem Einzug zusahen, haben nicht, wie man erwartete, mit ihren Tüchern ge-

1) L'Empereur a entretenu les députés de la ville de Berlin et ceux des États de la Marche de la nécessité d'y établir une représentation nationale qui puisse, en cas de besoin, en balançant l'autorité royale, empêcher des guerres que l'intrigue ou l'animosité pourraient amener. Il leur a dit qu'il en ferait un article du traité de paix. Les Députés n'ont presque rien répondu. Ils ont aussi gardé la silence lorsque l'Empereur a imputé au roi d'avoir abandonné à la merci du vainqueur la capitale et ses intérêts. Schreiben Lucchesinis an Haugwitz. In anderen Erzählungen aus diesen Tagen findet sich diese Angabe nicht, aber im Tumult der Zeit hat man überhaupt keine authentischen Aufzeichnungen gemacht. Was sich bei Bassewitz findet, ist meistens aus unverbürgten Angaben entnommen. Seine authentischen Mittheilungen stammen großentheils wörtlich aus der Relation eines königlichen Kammerdieners, in dessen Gesichtskreis Vorfälle, wie die oben angeführten, nicht fielen.

weht, sondern oft mit denselben die Thränen von den Augen gewischt.

Die Gesandten waren angewiesen, mit Duroc zu unterhandeln. Aber ihre Vorstellungen bei demselben waren vergebens. Sie vernahmen von Duroc, daß Napoleon Preußen in die Unmöglichkeit zu versetzen denke, in den nächsten Jahren wieder die Waffen gegen ihn zu erheben. Napoleon schlug die Provinzen, die er dem König lasse, selbst höher an, als ihre wahren Kräfte betrugen. Von Anfang an hat sich in ihm die Besorgniß geregt, daß die Preußen, von den Gefühlen der Rache entflammt, die Waffen gegen ihn ergreifen würden, sobald es ihnen nur möglich sei. Auf den Entwurf, den die Gesandten einreichten, wurde weiter keine Rücksicht genommen. Die Bedingungen, die Napoleon vorlegte, waren dieselben, welche er schon in Wittenberg ankündigte: denn er hatte nur immer den Kampf gegen die große europäische Combination im Sinne, die ihm gegenüberstand; es hatte das Ansehen, als wolle er lieber vermeiden, mit Preußen einen Frieden zu schließen. Darin, was für die Monarchie als die tiefste Herabwürdigung und Schwächung erschien, sahen die Gesandten in diesem Augenblicke die einzige Möglichkeit der Rettung; sie haben die Bedingungen am 30. Oktober zu Charlottenburg wirklich unterschrieben.

Dazu trug ohne Zweifel bei, daß die preußische Militärmacht indessen vollends niedergeworfen war. Hohenlohe, der eine noch immer ansehnliche Truppenmacht von der Elbe nach der Oder zu führen unternommen hatte, aber auf dem Wege allenthalben den Franzosen hatte ausweichen müssen, wurde zu Prenzlau auf die Vorstellung, daß er von denselben völlig umringt sei, zu einer Capitulation vermocht, die um so schimpflicher war, da sie auf falschen Voraussetzungen beruhte. Die Festungen des Landes wurden eine nach der andern dem Feinde überliefert, Spandau, Küstrin, hierauf auch die großen Plätze Stettin und Magdeburg. Die Festungen waren allerdings zur Vertheidigung wenig vorbereitet,

und zur Entmuthigung trug die Nachricht von den Unterhandlungen des Königs und dem bevorstehenden Frieden bei.

In den Tagen dieser gleichsam vollständigen Vernichtung seines Feindes lernte Napoleon die Absichten kennen, die bei der preußischen Waffenerhebung obgewaltet hatten. In dem Kabinet des Königs, das ihm eröffnet wurde, wie es verlassen worden war, fand er über die dem Ausbruch des Krieges vorangegangenen inneren Verhandlungen Denkschriften, Pläne, Correspondenzen, aus denen man abnehmen konnte, daß die antifranzösische Gesinnung, die zuletzt zum Kriege geführt hatte, sehr ausgebreitet, tief und weit verzweigt war. Auch in der Wohnung des Grafen Haugwitz hatte man nachgesucht und eine Anzahl ähnlicher Schriftstücke gefunden, die denselben Eindruck hervorbrachten [1]). In einem der vorgefundenen Memoiren meinte Napoleon sogar die Arbeit eines erbitterten Emigranten Antraigues wieder zu finden. Die Ueberlieferung ist, daß er auch in den Papieren der Königin, die er indiskreter Weise durchsuchen ließ [2]), Aeußerungen gefunden habe, die ihn in der schon gefaßten Meinung bestärkten, daß die Königin die Haupturheberin der Zerwürfnisse und des Kriegs gewesen sei. In einem deutschen Blatte, das ihm zu Gebote stand, ließ er sie absichtlich verunglimpfen. Den Zusammenhang mit den übrigen europäischen Mächten, dessen Entwickelung Preußen vielleicht hätte erwarten sollen, ehe es zu den Waffen griff, setzte er als bereits vorhanden und zweifellos voraus. Unter diesen Eindrücken wollte

1) L'Empereur ayant passé à cheval devant votre hôtel, il lui prit fantaisie de faire rechercher s'il y avait quelques papiers intéressants à recueillir. Le général Duroc et M. de Talleyrand furent chargés de la perquisition, et dans un de vos secrétaires, dont ils forcèrent honnêtement la serrure, ils se vantent d'avoir trouvé, à côté de beaucoup de papiers insignifiants, des pièces fort intéressantes. Ils citent plusieurs lettres de la reine au sujet de la guerre actuelle, un projet de traité de subsides avec l'Angleterre, une liasse de papiers sur la Pologne etc. Lucchesini an Haugwitz, 17. November.

2) Die Thatsache berichtet auch Segur Histoire et Mémoires III, 52.

er bei den Friedensbedingungen, die er selbst vorgelegt hatte, nicht stehen bleiben.

Die Unterhandlung ging jetzt in die Hände Talleyrands über, der zum Zweck eines definitiven Abschlusses in Berlin eintraf. Unverweilt von Lucchesini angegangen, erklärte Talleyrand, der Kaiser habe sich noch nicht definitiv weder über die Epoche des Friedensschlusses, noch über die Art und Weise desselben ausgesprochen.

Viertes Capitel.

Fernere Unterhandlungen und ihr Abbruch.

Am 30. Oktober, dem Tag, an welchem die Nachricht von der Capitulation von Prenzlau eintraf, — trat Duroc, der die Unterhandlungen mit dieser Nachricht eröffnete, mit einer neuen und umfassenden Bedingung hervor. Wenn die Russen in die Moldau einrücken würden, so forderte Napoleon, daß die preußischen Truppen sich mit den französischen vereinigen sollten, um die Russen in Polen zu bekämpfen. Die Bevollmächtigten gaben ihr Erstaunen darüber zu erkennen, daß Preußen nicht allein geschwächt, sondern in einen neuen Krieg verwickelt werden sollte. Aber an dem Ernst der Forderung ließ sich nicht zweifeln: Duroc hatte sie mit aller Bestimmtheit ausgesprochen. Die beiden Bevollmächtigten geriethen in die größte Verlegenheit; sie urtheilten: wenn man sie ablehne, so werde man des Friedens nicht theilhaftig werden; sollte man sie aber annehmen, so werde die französische Armee zunächst in den preußischen Provinzen verbleiben, und man werde später die Rache der Russen zu fürchten haben.

Für die Regierung des preußischen Staates war der Augenblick gekommen, über das Verhältniß, in welches sie unter ganz veränderten Umständen zu Napoleon treten wolle und könne, sich selbst klar zu werden und einen Entschluß darüber zu fassen.

Am 6. November fand eine Versammlung in Graudenz statt, bei der die vornehmsten Mitglieder des Hofs und der Staats-

verwaltung, die Prinzen Heinrich und Wilhelm, die Minister Schulenburg und Stein zugegen waren, sowie einige hervorragende Militärs. Graf Haugwitz setzte die unglückliche Lage auseinander; er gedachte der Verhandlung zu Charlottenburg nicht allein, sondern auch der Anmuthung, daß sich Preußen, im Falle Rußland die Moldau und Wallachei überziehe, mit dem Kaiser von Frankreich vereinigen solle. Wir kennen die rasche Beweglichkeit der Politik des Grafen Haugwitz. Von den Bestimmungen des Vertrages vom 3. November 1805, welche die Theilnahme an einem universalen Kampf gegen Frankreich in Aussicht stellten, war er in dem Gedränge der Umstände zu der engsten Vereinigung mit Napoleon übergegangen. Dem Vertrage von Schönbrunn war dann selbst noch ein schwererer gefolgt, dem er sich, wiewohl widerstrebend, fügte, und bei dem er nur die norddeutsche Suprematie von Preußen aufrecht zu erhalten suchte. Als diese bedroht wurde, hatte er sich in unerwarteter Aufregung zum Kriege gegen Frankreich entschlossen, wobei eine Verbindung mit Rußland und Oesterreich zwar ins Auge gefaßt, aber keineswegs vorbereitet war. Nach den Unfällen, welche dieser Schilderhebung ein plötzliches Ende machten, sah er die neue Rettung nicht sowohl in einem partikularen Frieden, als in völligem Anschluß an die Politik Napoleons und in dem Beitritt zum Rheinbunde. Seine Idee mag dabei gewesen sein, sich für den Fall der Feindseligkeit von Rußland Anlehnung an ein großes staatsrechtliches Verhältniß zu sichern. Freilich hatte er eben gegen die Ausdehnung des Rheinbundes die Schilderhebung provocirt. Er ergab sich in die Entscheidung der Waffen und nahm sie selbst für Preußen an. War aber damit nicht auch die Verpflichtung verbunden, die Waffen gegen Rußland zu ergreifen? In der Versammlung fand der Vorschlag des dirigirenden Ministers hauptsächlich aus diesem Grunde Widerspruch. Die Anwesenden waren der Meinung, daß die von den Bevollmächtigten zu Charlottenburg vereinbarten Abtretungen angenommen werden könnten, jedoch ohne jede fernere Bedingung; mit Frankreich dürfe sich Preußen auch in dem ange=

deuteten Falle der Invasion der Fürstenthümer nicht gegen Rußland verbinden, und von dem Beitritt zum Rheinbund könne die Rede nicht sein, weil durch das Eine und das Andere der Zweck, Frieden zu erlangen, vereitelt werde. Schulenburg bemerkte, daß der Beitritt zum Rheinbunde nur dann stattfinden könne, wenn dieser selbst lediglich zur Erhaltung des Friedens auf dem Continent bestimmt bleibe; zur Offensive gegen Rußland dürfe man sich unter keinen Umständen anheischig machen. Oberst Kleist gab den Rath, daß sich die preußische Armee, so weit eine solche noch bestehe, mit den Russen vereinen solle, falls man auf die Mitwirkung Oesterreichs zählen dürfe; sonst bleibe nichts als der Anschluß an Frankreich übrig: eine unbestimmte Handlungsweise würde den Untergang der Monarchie herbeiführen.

König Friedrich Wilhelm III., der sich jetzt unfähig sah, den Krieg fortzusetzen, gelangte wirklich zu dem schweren Entschluß, die zu Charlottenburg festgesetzten Bedingungen zu genehmigen, nicht jedoch ohne noch immer die Hoffnung festzuhalten, daß sich Napoleon Halberstadt und den Saalkreis wie Mansfeld abgewinnen lassen werde. Das Zugeständniß selbst motivirte er damit, daß es das Heil seines Volkes erheische. Um die Evakuation der ihm gebliebenen Landschaften von den Franzosen auszuwirken, war er selbst geneigt, dem Rheinbunde beizutreten, unter der Bedingung, die Graf Schulenburg ausgesprochen hatte. Friedrich Wilhelm meinte, sein Freund Kaiser Alexander werde ihn deshalb nicht befehden; er glaubte sogar, denselben durch dringende Vorstellungen dahin bringen zu können, von einer Invasion der Donaufürstenthümer abzusehen.

Des Königs Gedanken waren einzig auf Wiederherstellung des Friedens gerichtet. In diesem Sinne ist sein Brief an Napoleon vom 7. November abgefaßt, der den äußersten Schritt der Annäherung an denselben enthält. Bemerkenswerth darin ist die Stelle, worin es heißt, durch eine weitere Schwächung Preußens werde auch Napoleon seinen Zweck nicht erreichen, eine neue kriegerische Erhebung Preußens zu verhindern; es werde da-

durch in Abhängigkeit von Rußland und Oesterreich gerathen. Auf das dringendste empfahl der König zugleich die Schonung Berlins und der Marken, deren Wohlfahrt die Schöpfung Friedrichs des Großen sei.

Wie weit aber war Napoleon davon entfernt, dem preußischen Staate eine friedliche und unabhängige Existenz gewähren zu wollen. Von Moment zu Moment trat er mit immer schwereren Bedingungen der militärischen Uebermacht hervor. Die erste Forderung war, daß der König die russischen Truppen nicht in sein Gebiet vorrücken lassen, oder wenn dies schon geschehen, für ihre Entfernung Sorge tragen sollte. Die Franzosen sollen nur nicht über die Weichsel gehen; der Thalweg dieses Flusses soll eine Demarkation zwischen der preußischen und der französischen Armee bilden; auch die Befestigungen von Danzig auf dem linken Weichselufer nahmen die Franzosen in Anspruch. Ebenso soll eine Demarkationslinie in Schlesien von der Lausitz bis nach Böhmen gezogen, Glogau aber den Franzosen überlassen werden. Ferner forderte Napoleon die Einräumung von Magdeburg, Nienburg, Hameln. Die beiden Bevollmächtigten entschlossen sich, diese Bedingungen, so drückend sie waren, dennoch anzunehmen. Nur in Bezug auf Magdeburg schalteten sie einen Vorbehalt ein, auf dessen Berücksichtigung sie jedoch ebenfalls Verzicht leisteten, da die Capitulation Magdeburgs so gut wie sicher war. Napoleon aber zögerte auch dann noch, die von ihm vorgeschlagenen Stillstandsbedingungen zu unterzeichnen. Erst am 15. November ließ sich Duroc wieder bei den Gesandten sehen; aber aus seinen ersten Eröffnungen erkannte man den veränderten Stand der Dinge. Magdeburg war indeß gefallen, Blücher hatte capitulirt: nun erst schien das Ereigniß von Jena wahrhaft vollendet. Vier Armeekorps (Augereau, Ney, Soult, Lannes) rückten gegen die Weichsel vor. Die Vorschläge Napoleons waren darauf berechnet, die Uebergänge über diesen Strom in seine Gewalt zu bringen. Er verlangte Thorn mit einem Rayon auf dem rechten Weichselufer, den Besitz von Graudenz, die Vorstadt

Praga und einen Brückenkopf bei Warschau. Die Gesandten wagten nicht, sich dem entgegenzusetzen; sie zogen in Betracht, daß Napoleon unter allen Umständen über die Weichsel gehen, Graudenz belagern und Preußen zum Schauplatz des Krieges gegen die Russen machen werde. Sie mußten jedoch erleben, daß Duroc auch dann die Unterzeichnung verzögerte, bis er weitere Befehle von Napoleon empfangen habe. Eines Tages speisten sie bei Talleyrand, aber Duroc, den sie zu finden erwarteten, war nicht zugegen; sie vernahmen selbst, daß er an diesen Tagen nicht im Stande sein werde, zu unterzeichnen. Napoleon erschwerte seine Bedingungen nochmals. In Schlesien forderte er noch Breslau; jenseit der Weichsel sollten sich die preußischen Truppen auf Königsberg zurückziehen; sie sollten Danzig und Colberg den Franzosen überlassen.

Die Gesichtspunkte Napoleons waren noch besonders durch das Erscheinen einer sogleich näher zu erörternden englischen Deklaration fixirt worden, durch welche jede Hoffnung auf den Frieden vernichtet wurde. Wenn nun aber an dem Verständniß Englands mit Rußland kein Zweifel sein konnte, so boten dagegen die Bewegungen der Polen und die beginnende Insurrektion derselben ein erwünschtes Hülfsmittel zum Kampfe gegen Rußland dar. Es war nun dahin gekommen, was Caillard im Jahre 1793 als eine entfernte Eventualität bezeichnet hatte, daß Frankreich die Russen der alten Politik gemäß von Polen und der Türkei her, auf deren Widerstand gegen die Russen man jetzt wieder rechnete, angreifen könne. Dombrowski befand sich im französischen Hauptquartiere; es erschienen bereits Proklamationen im Sinne der Polen. In der Umgebung Napoleons bildeten sich hierüber zwei verschiedene Ansichten. Leute, die ihr Glück noch zu machen dachten, empfahlen ihm die Deputation der Polen anzunehmen. Die Polen meinten, wenn die Sache einmal in Gang gesetzt sei, einen König aus Napoleons Hand zu bekommen. Damit würden denn die Russen genöthigt werden — so rechnete man — einen Frieden im Sinne der Franzosen abzuschließen. Andre aber waren

der Meinung, daß man die Erinnerung an die extremen revolutionären Grundsätze, die in der Verbindung mit Polen liegen, vermeiden und einen Frieden mit Preußen, zunächst einen Waffenstillstand schließen müsse. In ihrem Sinne lag es nicht, den Krieg über die Weichsel zu tragen: sie faßten vielmehr die Hoffnung, durch die Vermittlung von Preußen den Kaiser von Rußland zu einem Frieden zu vermögen. Das Motiv, das auf den Kaiser Alexander wirken sollte, war die Conservation von Preußen selbst, welche die Franzosen nur eben unter der Bedingung des Friedens mit Rußland zu bewilligen gedachten. Man hielt dafür, Alexander werde die Erhaltung des befreundeten Königs von Preußen der Herrschaft über die Donau-Fürstenthümer vorziehen. Diese Gesichtspunkte erhellen aus einer Note von Talleyrand (vom 16. November), in der er ausspricht, daß Napoleon kein Land, das durch die Entscheidung der Waffen in seine Hand gefallen, freigeben könne, bevor nicht die Unabhängigkeit der Türkei, an der Frankreich den größten Antheil nehme und die durch die Eingriffe Rußlands in Moldau und Walachei beeinträchtigt werde, wieder hergestellt sei. Demgemäß soll der König dem Kaiser vorstellen, in welche Gefahr Preußen gerathe, wenn Napoleon nicht in einem baldigen Frieden mit Rußland Sicherheit gegen eine neue Coalition und eine Garantie des türkischen Besitzes der Donaufürstenthümer finde; der König möge deßhalb die Sendung eines russischen Bevollmächtigten nach Berlin, behufs Eröffnung von Friedensunterhandlungen, veranlassen. Die Unterzeichnung der Bedingungen, so sagte man, werde nur deßhalb verzögert, weil durch dieselben die Hoffnungen der polnischen Revolutionäre getäuscht werden würden.

Man wird bei dem Berichte, dem wir dies entnehmen, an eine Scene erinnert, welche Segur erwähnt [1]). Caulaincourt und Duroc billigten nicht den freudigen Eifer, mit welchem St. Aignan die Nachricht von der Capitulation von Magdeburg überbrachte. Sie sagten ihm: er müsse wissen, wenn Magdeburg sich vertheidigt

1) Segur, Histoire et mémoires III, 72.

hätte, würde der Frieden zu Stande gekommen sein; die errungenen Erfolge und die Entwicklung der politischen Verhältnisse trieben Napoleon jeden Augenblick weiter vorwärts. Hienach wäre die Begünstigung der polnischen Insurrektion und andererseits die Anbahnung eines allgemeinen Friedens davon abhängig gewesen, ob Preußen die Bedingungen des Waffenstillstandes verwerfen oder aber, so höchst ungünstig sie auch waren, dennoch annehmen und zugleich die Friedensunterhandlung mit Rußland zu Stande bringen werde.

Aber so innig war doch das Verständniß Alexanders mit Friedrich Wilhelm nicht, daß er aus Rücksicht für denselben seine Politik hätte ändern sollen. Alexander fürchtete damals vielmehr eine Accession Preußens zu der französischen Offensive gegen Rußland. Er sagte dem preußischen Gesandten: Napoleon werde den Februar-Vertrag zur Ausführung bringen wollen, in welchem Preußen sich für die Unabhängigkeit der ottomanischen Pforte habe aussprechen müssen; der König werde wider seinen Willen in Kriege fortgerissen werden, welche die letzten Hülfsquellen seines Reiches aufzehren müßten; bei weitem besser sei es doch für ihn, den Kampf gegen Frankreich fortzusetzen, welcher mit der Hülfe von Rußland noch glückliche Eventualitäten darbiete. Nicht allein durch Freundschaft, sondern durch das Interesse seines Reiches sei er mit Preußen verbunden: der König möge nur so lange widerstehen, bis die russischen Hülfstruppen herangerückt seien. Er mahnte von jedem Frieden mit Frankreich ab. Sollte der König dennoch einen solchen eingehen, so werde darin liegen, daß er zugleich seine Unabhängigkeit aufgebe; danach werde auch Rußland sich genöthigt sehen, sein Verhalten gegen ihn zu ändern. Von dem Gedanken, daß eine Aussöhnung der Franzosen mit Preußen auch den Frieden derselben mit Rußland habe sichern können, wollte Alexander nichts hören. Nachdem ihn Napoleon soeben in Krieg mit den Türken verwickelt habe, würde es ganz unmöglich sein; um der Feindseligkeit der Osmanen zuvorzukommen, lasse er seine Truppen in das Gebiet derselben einrücken;

Napoleon werde Oesterreich auffordern, sich in seinem Sinne zu entscheiden, aber die Nähe einer russischen Armee werde Oesterreich bestimmen, sich für Rußland und dann auch für Preußen zu erklären.

Alexander fühlte, indem er seine allgemeinen Verhältnisse erwog, daß er in voller Feindseligkeit gegen Napoleon begriffen sei. Es war sein eigenstes Interesse, Preußen von jeder Pacification mit Napoleon abzuhalten und dem König mit großer Macht (er versprach 140,000 M.) zu Hülfe zu kommen[1]).

So hatte Alexander selbst dem König bereits geschrieben; das Unglück von Preußen verdoppele in ihm die Gefühle der Freundschaft; schon habe er dem Corps von Bennigsen Befehl gegeben, vorzurücken. „Vereinigen wir uns enger als jemals, schließt er, vertheidigen wir die Sache der Ehre. Die Vorsehung wird zuletzt der Usurpation ein Ende machen, und unsre Sache begünstigen, die beste, die es geben kann"[2]). Mit diesem Schreiben traf die Nachricht zusammen, daß der russische General Bennigsen sich mit 69,000 M. bei Pultusk aufgestellt habe; daß eine andre Armee bei Grodno, eine dritte bei Brezz versammelt werde, um dem König, sobald er es verlange, zu Hülfe zu kommen.

In einem Rathe der preußischen Staatsmänner und Kriegsführer, der am 20. November in Osterode gehalten wurde, zeigte sich eine energischere Stimmung als früher; man rieth dem König, den Anmarsch der russischen Truppen keinen Augenblick aufzuhalten, sondern vielmehr zu beschleunigen: denn die Unterhandlungen mit Frankreich würden dadurch nicht schwerer werden; eher könne Napoleon in dem Anrücken der russischen Truppen das einzige Gegengewicht gegen seine über Preußen erhaltenen Vortheile erblicken.

1) Depesche von Goltz de d. 6. November.

2) Réunissons-nous plus étroitement que jamais; restons fidèles aux principes de l'honneur et de la gloire, et abandonnons le reste à la Providence, qui ne peut manquer de mettre enfin un terme aux succès de l'usurpation et de la tyrannie, en faisant triompher la plus juste et la plus belle des causes. (Höpfner III., 4).

Nunmehr erst kamen die zuletzt von Napoleon vorgelegten Stillstandsbedingungen an; sie wurden in einer neuen Conferenz am 21. November erwogen. Kalckreuth, Geusau, Schrötter stimmten für Annahme des Waffenstillstandes, weil dadurch die Möglichkeit gegeben werde, 40,000 M. im Felde zu erhalten, was mehr werth sei, als die Festungen, die Napoleon forderte. Dem schloß sich Kleist an, besonders auch aus Mißtrauen gegen die russischen Operationen, welche nur zum Unglück führen können, wenn Oesterreich sich nicht anschließe. Haugwitz, der alle seine Lebtage von der Unabhängigkeit und selbständigen Macht Preußens geredet hatte, war jetzt so weit gebracht, den Waffenstillstand, der beide vernichtete, annehmen zu wollen; auch deshalb, wie er sagte, weil es so den militärischen Mitgliedern der Conferenz rathsam erscheine.

Dagegen aber erklärten sich die anwesenden Civil-Minister Voß und Stein und der Cabinetsrath Beyme. Beyme faßte die Gegengründe wohl am besten zusammen. Sie waren, daß Napoleon das bereits erfolgte Vorrücken der Russen in Südpreußen nicht kenne, und wenn er es erfahre, daraus einen Grund hernehmen werde, den Stillstand sogleich zu kündigen: die Festungen würden dann ohne allen Nutzen aufgegeben sein. Ueberdies werde Neu-Ostpreußen durch Insurrektionen verloren gehen, da nach einem Vorschlag Napoleons keine Truppen sich daselbst aufhalten durften. Stein hatte auf eine Aeußerung Talleyrands aufmerksam gemacht, aus welcher hervorgehe, daß die Existenz Preußens von dem Frieden mit England und Rußland abhängig gemacht werde. Beyme wiederholte das. So hatte auch Voß bemerkt, daß man sich durch Annahme der Bedingungen von Rußland trenne und zur Vernichtung der Monarchie beitragen werde.

Stein schrieb an Hardenberg: alle Vortheile, die man Napoleon bewillige, seien gegen Rußland, folglich auch gegen Preußen gerichtet [1]). Hardenberg erwiederte, dahin gehe auch

1) Tous les avantages que nous accordons à Napoléon doivent tourner

seine Meinung: durch den Waffenstillstand würde der größte Theil des Landes in die Hände Napoleons gerathen; was übrig bleibe, werde Rußland nehmen; weit schlimmer sei der Waffenstillstand als der Krieg [1]). Man müsse also Himmel und Erde bewegen, damit man sich auf dem rechten Weichselufer mit Hülfe der Russen behaupten könne.

In der Gesammtgeschichte der Monarchie einer der größten Augenblicke, in dem die Existenz auf dem Spiele stand, wie bei dem Eintritt des großen Kurfürsten und in den bedrängtesten Tagen des großen Königs. Gewiß, man kann Friedrich Wilhelm III., besonders wie er sich bis dahin gezeigt hatte, diesen beiden Heroen nicht zur Seite stellen. Er war so weit zurückgewichen als nur immer möglich, aber bei diesen Vorschlägen erwachte in ihm das Selbstgefühl des Hauses Brandenburg. Er wurde inne, daß es nicht allein auf Territorialabtretungen abgesehen sei, sondern auf die Vernichtung seiner politischen Stellung, auf die Unterjochung Preußens: denn die Unabhängigkeit Preußens werde dem unersättlichen Ehrgeiz Napoleons immer im Wege stehen, besonders auch seinen gegen Rußland gefaßten Plänen; der König sagt: er sei schon entschlossen gewesen, auf die vorgeschlagenen Bedingungen nicht einzugehen; in diesem Entschlusse habe ihn die Nachricht von dem ungewöhnlich raschen Anrücken russischer Truppen bestärkt. Es war das allgemeine politische Verhältniß, welches auf der im Osten wie im Westen eingreifenden Stellung des preußischen Staats beruhte und gleichsam dessen Unentbehrlichkeit in dem System der europäischen Mächte constituirte, was hier die Entscheidung gab. Wohl wurde die Einwendung gemacht, daß Preußen gleichsam eine Hülfsmacht von Rußland werde; allein dabei fiel doch in die Augen, daß Rußland die Unabhängigkeit Preußens zu erhalten

contre les Russes et par conséquent contre nous. Schreiben Steins vom 18. November.

1) La Russie nous ôtera ce que Napoléon nous laisse. L'abominable armistice est pire que la guerre. Schreiben Hardenbergs vom 18. November.

suchen mußte, welche Napoleon zu vernichten beabsichtigte. Nichts Anderes ließen die Bedingungen erwarten, die Napoleon vorschrieb. Preußen konnte geschlagen und geschmälert werden, aber dabei wäre noch immer Friede, selbst Freundschaft mit Frankreich möglich gewesen, allein unmöglich konnte sich Preußen dazu verstehen, zur Ausführung der einseitigen napoleonischen Pläne mitzuhelfen und zu dienen; es würde damit sein politisches Dasein aufgegeben haben. Preußen hatte bisher immer einen Rückhalt an Rußland gesucht, aber doch ein absolutes Bündniß noch vermieden. Napoleon war es, der ihm ein solches zur Nothwendigkeit machte. Indem König Friedrich Wilhelm den Waffenstillstand verwarf, trat er entschieden in die entgegengesetzte Direktion ein. Er erklärte es für seine Pflicht, dem Feinde der Unabhängigkeit aller Staaten im Bunde mit Rußland entgegenzutreten. Die allgemeinen Gesichtspunkte überwogen jetzt bei ihm die partikularen. Napoleon hatte gesagt, Preußen könne nur existiren, insofern er Frieden mit Rußland und mit England habe; die Antwort darauf war — und eine andere ließ sich nicht erwarten — daß sich Friedrich Wilhelm III. an Rußland anschloß, wie er denn gleich damals sich persönlich von Osterode nach Pultusk begab, wo die Russen standen. Er hatte Freude an der guten Haltung dieser Truppen. Dem russischen General selbst übertrug er den Oberbefehl über die Preußen, die unter L'Estocqs Commando gestellt wurden: denn Kalckreuth, der immer eine antirussische Tendenz an den Tag gelegt hatte, wäre dazu untauglich gewesen. Auch Haugwitz konnte sich nicht länger im Amte behaupten. Kaiser Alexander hatte angedeutet, daß Haugwitz wohl selbst absichtlich den Ruin des alten Systems herbeigeführt habe. Der König sprach ihn von diesem Verdacht frei: er versicherte, von seinem Patriotismus und seiner guten Absicht überzeugt zu sein [1]). Aber Haugwitz fühlte, daß er sich bei der verän-

1) La confiance que ses talents, ses longs services et son patriotisme éclairé m'ont fait placer en lui. 30. November.

derten Richtung der Politik nicht zu behaupten vermöge und bat um seinen Abschied. Auch für den König war dies erwünscht; er schreibt dem Kaiser, er werde fortan jeder Zeit mit ihm die nämliche Politik befolgen. Alles, was geschehe, bestärke ihn darin; denn alle Tage trete für die noch freien Mächte die Nothwendigkeit, sich gegen den Feind ihrer Unabhängigkeit zu vertheidigen, offenbarer ins Licht. Oesterreich und das bereits angegriffene Dänemark dürften keinen Augenblick verlieren, um mit Rußland und Preußen gemeinschaftliche Sache zu machen. Schon seien nicht ohne Vermittlung Rußlands Eröffnungen von England angelangt, in Bezug auf Subsidienzahlung, zwar sehr allgemein gehalten, aber doch sehr erwünscht. Um das Vertrauen, das zwischen ihm und dem Kaiser obwalten müsse, nicht zu stören, habe er die Bitte seines bisherigen Ministers, ihm seine Entlassung zu geben, erfüllt.

Indem Preußen verloren zu sein schien, wenn es sich nicht in die durch die Ereignisse herbeigeführte Abhängigkeit von Napoleon fügte, entschloß sich der König, das bisherige System der Isolirung zu verlassen, und sich, selbst in Widerspruch mit seinem Minister, an das gemeinsame Interesse der europäischen Staaten anzuschließen. Er hatte bis jetzt zwischen Rußland und Frankreich geschwankt; nun schloß er sich mit Entschiedenheit an Rußland an.

Duroc hatte die Ratifikation des Waffenstillstandes in Osterode auszuwirken gehofft. Er hat auf die Frage, warum denn Napoleon Preußen so sehr hasse, geantwortet: Napoleon hege keinen Haß; er berechne nur[1]). Er begab sich mit der Nachricht, daß ihm sein Vorhaben nicht gelungen sei, zu Napoleon, der sich damals in Posen aufhielt. „Ew. M.", schreibt Napoleon hierauf dem König, „haben alle Negotiation abgebrochen; Ew. M. haben Ihre Bevollmächtigten desavouirt und mir erklärt, daß Sie sich ganz

1) Il ne hait point, il calcule.

auf Seite der Russen gestellt haben. Wir sind also entfernter von einander als je; ich muß alle meine Kräfte gegen diese neuen Gegner wenden. Die Zukunft wird entscheiden, ob Sie die bessere und wirksamere Partei ergriffen haben. Es war Ihre eigenste Wahl: denn der russische General hat erklärt, daß er Ew. M. zu Hülfe komme und unter Ihrem Befehle stehe" [1]).

1) Au Roi de Prusse 6. décembre 1806. Camp impérial de Posen Correspondance XIV, S. 74. (n° 11394).

Fünftes Capitel.

Vorschlag eines Partikularfriedens.

Um die allgemeine Lage zu fassen, müssen wir der erwähnten Deklaration des Königs von England und ihrer Folgen, die noch weit über den preußischen Gesichtskreis hinausreichten, näher gedenken. In derselben werden die Ursachen des neuen Bruches mit Frankreich aus den allgemeinen Verhältnissen hergeleitet: namentlich der Ueberwältigung Deutschlands gegen alle Versprechungen, und dem Versuch, die Türkei gegen Rußland in die Waffen zu bringen. England habe neue Vorschläge gemacht unter der Bedingung, daß Rußland sie annehme; eben darum seien sie von der französischen Regierung verworfen worden. Der Verhältnisse zu Preußen wird darin nicht besonders gedacht; wohl eben deshalb, weil sie England gegenüber noch sehr zweifelhafter Natur waren. Aber der Wortlaut der Deklaration setzte sie gleichsam voraus. Ihr vornehmstes Motiv ist, daß der Kampf der Freiheit Aller gelte. Der englischen Nation wird zu Gemüthe geführt, in welchen Zustand von Knechtschaft sie bei weiterer Nachgiebigkeit gerathen werde; nicht allein ihr besonderes theuerstes Interesse stehe dabei auf dem Spiele: England wird als das Bollwerk der Freiheit des Menschengeschlechtes bezeichnet. So wird die Erneuerung des Krieges mit pathetischer Feierlichkeit angekündigt, und die Nation aufgefordert, alle ihre Kräfte zum Kampfe anzustrengen.

Napoleon hatte bereits Preußen überwältigt, als diese Deklaration erschien. Sie rief sein Selbstgefühl zu einer Feindseligkeit auf, die in ihrer Art kein Beispiel hatte. Unmittelbar vor seiner Ab-

reise aus Berlin erließ er ein Dekret, welches als die Grundlage des Kontinentalsystems zu betrachten ist.

Er erklärt darin die britannischen Inseln in aller Form in Blokadestand; nicht allein der Handelsverkehr mit England wird verboten, sondern selbst der Briefwechsel. Die Engländer, deren man auf dem Continent habhaft wird, sollen als öffentliche Feinde behandelt; jeder Handelsartikel, der aus England stammt, sei es aus den Fabriken oder aus den Kolonien, soll als gute Prise betrachtet werden. In einer Botschaft an den Senat bezeichnet Napoleon den Krieg, in dem er begriffen sei, als den Krieg gegen die vierte Coalition, zu dem er auch deshalb genöthigt werde, weil er nach der Ueberwindung der drei früheren die größte Mäßigung bewiesen habe. Noch immer übe England großen Einfluß auf die kontinentalen Höfe aus; aber es denke nicht daran, sein Wohlergehen mit der Wohlfahrt der übrigen Welt vereinigen zu wollen. Es beharre in einer Politik, die besonders für Frankreich verderblich sei. Daher, sagt er, habe er die Absicht gefaßt, Berlin und die von seiner Armee okkupirten Länder nicht aus seiner Hand zu geben, bevor nicht ein fester und dauernder Friede geschlossen sei. Dieser müsse darauf beruhen, daß die Kolonien, französische, spanische und holländische von den Engländern herausgegeben, und daß die Unabhängigkeit des ottomanischen Reiches, an der den Franzosen so viel gelegen sei, befestigt werde. Er verhehlt nicht, daß die von ihm verhängte Maßregel im Widerspruch mit der Civilisation des Jahrhunderts stehe. Allein zur Erreichung des Friedens sei sie nothwendig. „Wir sind", sagt er, „bereit, Frieden mit England, Preußen und Rußland zu schließen; aber unter der Bedingung, daß Niemand, wer es auch sei, ein Suprematsrecht gegen uns auszuüben versucht, und daß dem französischen Handel und seiner Industrie die freie Entwicklung gestattet wird, welche für Frankreich nothwendig ist" [1]. Nur

1) **Message au Sénat, Berlin, 21 novembre 1806. Correspondance XIII, 678. (n° 11280.)**

in einem allgemeinen Frieden erblickt er das Heil für Frankreich.

Um einen solchen herbeizuführen, forderte der Kaiser der Franzosen die Konskription, die erst im nächsten September eintreten sollte, gleich für den Anfang des folgenden Jahres. Mit Freuden werde die französische Jugend über die Schlachtfelder ziehen, deren Namen die bisherigen Siege ins Gedächtniß zurückrufe. Die oben erwähnten Dekrete wurden in Hamburg, Holland, Madrid, Toscana, Neapel mitgetheilt. Sie sollen gleichsam das Gesetz für den Kontinent bilden. Für Weser und Elbe, Ostfriesland, die Hansestädte, Mecklenburg werden Vorkehrungen zur Ausführung desselben unverzüglich angeordnet. Dänemark wird zu gleichförmigen Maßregeln aufgefordert.

So knüpfte sich an die Niederwerfung der preußischen Macht die Absicht einer allgemeinen kontinentalen Feindseligkeit gegen England, für welche nun auch eine Niederwerfung Rußlands nothwendig wurde. Es liegt vor Augen, daß die Fortsetzung des Krieges eben in diesem Sinne von Napoleon unternommen worden ist.

In dem nehmlichen Sinne faßten auch die Russen den Krieg auf; indem sie Preußen vertheidigten, war es doch die allgemeine und hauptsächlich die eigne Sache, die sie verfochten.

Die welthistorische Frage war nun, inwiefern die Verbindung zwischen Preußen und Rußland bessere Erfolge im Felde haben würde, als die Verbindung zwischen Russen und Oesterreichern in dem letzten Kriege.

Von den beiden russischen Armeen, die schon im Jahre 1805 zur Unterstützung von Preußen bestimmt worden waren, rückte die stärkere unter Bennigsen in das preußische Gebiet vor, um mit den zur Gegenwehr bestimmten preußischen Brigaden verbündet die Weichselübergänge zu vertheidigen. Gleichwohl gingen die Franzosen ohne Schwierigkeit über Weichsel und Narew. Dann aber fanden sie Widerstand, zuerst bei den Russen, zu denen auch das zweite Corps unter Buxhöwden gestoßen war, allein, nachher in der Verbindung der Russen und Preußen. In die-

ser Beziehung hat die Schlacht von Eylau eine große Wichtigkeit. Russen und Preußen leisteten den Angriffen der Franzosen einen Widerstand, wie ihn Napoleon noch nicht gefunden hatte. Unter winterlichem Schneegestöber wogten die Cavalleriemassen der Franzosen und der Russen gegen einander an; zuweilen verwandelte sich die Schlacht in eine Kanonade; die Franzosen schienen obzusiegen, da neue Verstärkungen eingetroffen waren, deren Andrang die Russen entmuthigte, so daß sie sich zum Rückzug anschickten. In diesem Augenblick trafen die preußischen Bataillone unter General L'Estocq ein, deren Führung unter den mannichfaltigsten Beschwerden der mit Intelligenz gepaarten Ausdauer Scharnhorsts zugeschrieben wird. Der heftige Kampf, der sich eben um den Besitz eines Birkenwäldchens entsponnen hatte, wurde von den Preußen entschieden, die mit klingendem Spiele, ohne einen Schuß zu thun, mit dem Bajonett das Wäldchen eroberten. Das Entscheidende war, daß sich L'Estocq in der Flanke von Davoust aufstellte, von dem die Russen eben am heftigsten bedrängt wurden und ihn zwang, seinen Angriff aufzugeben[1]).

In der Verflechtung der Begebenheiten ist das Treffen von Preußisch-Eylau hoch anzuschlagen; Napoleon hatte, so werden wir versichert, jenseit der Weichsel eine Schlacht zu liefern gemeint, wie Marengo oder Austerlitz oder Jena. Und wer könnte aussprechen, was er alsdann unternommen haben würde: seine Aeußerungen über Polen deuten an, daß er ein großes Ereigniß erwartete, welches, wie auf göttliches Geschick, auch ihre Sache entscheiden sollte. Aber diesen Erwartungen entsprach der Erfolg mit Nichten; Preußisch-Eylau war vielmehr ein Gegenschlag gegen Austerlitz: dort waren Oesterreicher und Russen vollkommen auseinander geworfen worden; hier wirkten Preußen und Russen zusammen und behaupteten sich. Auch die Franzosen konnten sich wohl den Sieg zuschreiben. Die Thatsache ist jedoch, daß die vordringende französische Macht auf einen Widerstand gestoßen war, den sie zunächst nicht zu überwinden vermochte.

1) Vergl. Denkwürdigkeiten des Prinzen Eugen von Würtemberg I, 111.

Unter dem Eindruck dieser Schlacht ließ Napoleon den Gedanken fallen, der ihn bisher am meisten beschäftigt hatte, über einen allgemeinen Frieden mit Einschluß von England und Rußland zu unterhandeln; zumal da auch England jetzt in nähere Beziehung zu Preußen trat. Es hatte Subsidien hoffen lassen. Ein englischer Gesandter war in Königsberg erschienen, um sich mit der preußischen Regierung zu verständigen; er sollte nur dafür sorgen, daß keine Abkunft, die den englischen Interessen entgegenliefe, geschlossen würde. Eine nordische Coalition, zu der auch Schweden und Dänemark gezogen werden sollten, stand in Aussicht. Und von der Theilnahme an der Unterhandlung über einen allgemeinen Frieden zeigte sich Rußland noch weit entfernt.

Noch einmal war Krusemarck nach Petersburg geschickt worden, mit dem Auftrag, die höchst gefährdete Lage vorzustellen, in der sich der König von Preußen befinde. Napoleon habe die mecklenburgischen Herzogthümer in Besitz genommen als Garantie für die Herstellung der türkischen Autorität in der Moldau und Wallachei und die Wiederabsetzung der von Rußland wiederhergestellten Hospodare; Sachsen sei ihm vollkommen zu Diensten und von Oesterreich erwarte er keine Feindseligkeit mehr, sondern sogar Unterstützung; unter diesen Umständen wäre eine erneuerte Unterhandlung über einen allgemeinen Frieden, die Napoleon fordere, nicht zurückzuweisen [1]).

Hardenberg, der sich damals in Memel befand und von Krusemarck gebeten wurde, ihm ein Gutachten mitzugeben, das er in Rußland vorzeigen könne, drückte darin noch einmal aus, wie sehr er die bisher befolgte Politik und Kriegführung Preußens verwarf; war aber doch schließlich dafür, daß Rußland einen Bevollmächtigten für die von Napoleon vorgeschlagenen Unterhandlungen absenden möge, wie denn auch England alles thun müsse, um Napoleon nicht zum Meister des Continents werden zu lassen, was der eigne Ruin desselben werden würde.

1) Instruktion an Krusemarck vom 22. Dezember.

Das Antwortschreiben Alexanders an Friedrich Wilhelm athmet das tiefste Mitgefühl für die Lage des Königs[1]; aber er trug Bedenken, auf Negotiationen einzugehen, bevor Napoleon sich nicht näher erkläre; er sollte wenigstens eine neutrale Landschaft für die dazu erforderliche Zusammenkunft bestimmen. Rußland schlug Galizien vor.

Napoleon selbst jedoch gelangte zu der Ueberzeugung, daß von dem in Aussicht genommenen Congreß nichts zu erwarten sei; mit England, sagte er, würde man ein paar Jahre unterhandeln müssen. Dagegen faßte er die ernstliche Absicht, mit Preußen einen besonderen Frieden zu schließen, um es von Rußland zu trennen. Darauf bestand er nicht mehr, daß die Preußen ihm gegen die Russen Beistand leisten sollten; an dieser Forderung waren, wie wir wissen, die früheren Unterhandlungen gescheitert. Er habe sich jetzt, sagt er, überzeugt, daß die Existenz eines unabhängigen Preußens für Frankreich nothwendig sei. General Bertrand, den er in das königliche Hoflager zu Memel schickte, hatte den Auftrag, dem General Zastrow, welcher damals das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten verwaltete, die Ideen Napoleons mitzutheilen. Er betonte, daß der Thron in Berlin nicht gleichsam vacant bleiben, das Land einer geordneten Administration nicht entbehren dürfe. Für Europa sei ein mehr oder minder starkes preußisches Königreich nothwendig; er selbst müsse jetzt wünschen, daß eine Barriere zwischen Frankreich und Rußland bestehe; er wolle nicht, daß Preußen durch die Einwirkung von Rußland wieder hergestellt werde, welches dann den Anspruch erheben dürfte, eine gewisse Oberhoheit über dasselbe auszuüben. Napoleon selbst wünsche, das Haus Brandenburg aufrecht zu halten. Er werde demselben das ganze Gebiet bis an die Elbe zurückgeben, überhaupt ungefähr die Bedingungen bewilligen, die er in Charlottenburg ange-

1) Le lieutenant-colonel de Krusemarck a été témoin de la douleur profonde que je ressens sur la position dans laquelle Votre Majesté se trouve à la suite de tous les malheurs qu'elle a essuyés. Alexander an Friedrich Wilhelm, Petersburg, 6./18. Januar 1807.

boten hatte. Er kam jetzt auf die früher so oft ausgesprochene Idee zurück, daß Frankreich und Preußen natürliche Verbündete seien [1]. So sollte auch dem König gesagt werden. Davon also, daß die Existenz von Preußen von dem Frieden mit England und Rußland abhänge, oder daß der Kampf zwischen Frankreich und Rußland auf dem preußischen Gebiete ausgefochten und Preußen zur Seite Frankreichs an demselben Antheil nehmen solle, war jetzt nicht mehr die Rede. Und ein Zugeständniß von größtem Umfang lag doch darin, daß das von feindlichen Heeresmassen okkupirte Land dem König zurückgegeben und wieder in einen geordneten Zustand gesetzt werden sollte.

Das stimmte nun ganz mit den politischen Gedanken Zastrows zusammen, der schon in diesem Sinne an die französischen Minister geschrieben hatte. Napoleon ließ ihn wissen, er möge nur mit der nöthigen Vollmacht kommen, so werde man abschließen.

Sollte nun aber König Friedrich Wilhelm III. darauf eingehen? Man dürfte sagen, in Osterode war ihm die Entschließung leichter geworden, weil der Stillstand, den ihm Napoleon damals anboi, keinen Frieden enthielt, noch auch erwarten ließ; jetzt aber wurde ihm in allem Ernst die Hand zum Frieden geboten. Napoleon versprach ihm selbst, sich der Polen, die er jetzt besser kennen gelernt habe, nicht gegen ihn anzunehmen.

Bertrand hatte bei dem russischen Heerführer Bennigsen einige Schwierigkeit gefunden, seine Reise nach Memel fortzusetzen. Dieser selbst eröffnete dem König die nahe bevorstehende Ankunft Bertrands, in der Meinung, er werde einen Waffenstillstand anbieten, wogegen der russische General dem König den Anmarsch anderer russischen Hülfstruppen in Aussicht stellte, durch die, wenn man nur einige Zeit habe, die beste aller Sachen vollkommen durchgeführt werden könne. Dem König war der Besuch Bertrands eigentlich unangenehm. Daß er denselben erwartete und

1) Instructions pour le général Bertrand. Eylau 13 février 1807. Correspondance de Napoléon XIV, 376. (nº 11810).

Notizen über ihn zu erhalten wünschte, gab den ersten Anlaß, daß er mit Hardenberg, den er zur Tafel zog, wieder über Geschäfte sprach. Bertrand hatte am 10. August (1792) als Nationalgardist an der Vertheidigung Ludwig XVI. Antheil genommen, später aber sich an Napoleon angeschlossen; er hatte ihn nach Aegypten begleitet und ihm in den letzten Jahren geheime und nützliche Dienste geleistet: er war zuvorkommend und liebenswürdig in der Unterhaltung. Am 16. Februar 1807 hatte er seine Audienz bei dem König. Er drückte sich selbst noch unumwundener aus, als seine Instruktion lautete. Wenn der Krieg fortdauere, sagte er, werde der König sein Land nur in einem Zustand der Zerstörung wieder erlangen. Von den Polen habe sich der Kaiser überzeugt, daß sie unfähig seien, einen unabhängigen Staat zu bilden. Er werde seine Ehre darin suchen, den König in den Besitz seiner Landschaften und seiner Rechte wieder einzusetzen, aber er wolle sich allein den Dank davon verdienen, ohne die Dazwischenkunft eines Anderen. Der Kaiser werde ihm Alles zugestehen, was dazu gehöre, daß er seinen Rang unter den europäischen Mächten wieder einnehme. Der König antwortete im Allgemeinen eingehend, aber er bezog sich auf die Verpflichtungen gegen Alexander, in die er im Laufe der Ereignisse eingetreten sei, und den er erst consultiren müsse. Friedrich Wilhelm drückte die Hoffnung aus, Napoleon werde damit zufrieden sein.

Am 29. Februar fand über die Anträge des General Bertrand eine Conferenz statt, zu welcher Hardenberg, der noch immer Kabinetsminister, aber seit langer Zeit von allen Geschäften ausgeschlossen war, gezogen und Rüchel aus Königsberg herbeigerufen wurde. Zastrow legte darin den Entwurf eines Schreibens an Alexander vor, in welchem derselbe auf das Dringendste ersucht werden sollte, seine Beistimmung zu dem Abschluß eines Separatfriedens zwischen Preußen und Frankreich zu geben. Denn unbeschreiblich sei die Schwierigkeit, die Armeen in Stand zu halten. Auch das russische Kriegsheer habe viel gelitten; und Niemand könne sagen, was aus Preußen werden solle, ohne die

erheblichste Unterstützung an Truppen und Geld. Gegen England, welches nicht das Mindeste für den König thue, habe derselbe keine Verpflichtung.

Indem Zastrow noch die Miene annahm, Alexander um Rath zu fragen, gab er doch deutlich zu erkennen, daß er die Auskunft eines partikularen Friedens mit Freuden ergreifen würde. Ganz anderer Meinung war Hardenberg. Er hatte sich indessen, um über die Lage urtheilen zu können, die nöthigen Informationen aus dem Ministerium geben lassen. Er verwarf die Politik, die nach dem 14. Oktober eingehalten worden, ebenso wie die, welche diesem Tage vorangegangen war. Den Gedanken, einen Partikularfrieden zu schließen, erklärte er für verderblich[1]). Denn man würde sich dabei von Rußland trennen müssen und die Achtung der übrigen Mächte vollends verlieren; Preußen gerathe in die Sklaverei Napoleons und in die Gefahr, sobald es ihm nicht in seine weiteren Kriege folgen wolle, durch überlegene Macht zu Grunde gerichtet zu werden. Es habe Zeiten gegeben, in denen man von einer Allianz mit Frankreich habe reden können. Jetzt aber müsse man, abgesehen von der Unzuverlässigkeit Napoleons, seinem Despotismus und seiner Falschheit[2]), berücksichtigen, daß seine Macht in Deutschland zu unbedingter Herrschaft angewachsen sei. Preußen werde zur blindesten Folgsamkeit verurtheilt sein, so lange es durch die französischen Armeen von der Elbe, von Sachsen und Franken bedroht werde. Preußen habe auf diesem Wege seine Unabhängigkeit bereits verloren; aber sie sei das größte der Güter einer Nation und an der Seite von Rußland könne man sie wieder erobern. Man hat damals den Zweifel wieder angeregt, ob die Unabhängigkeit nicht ebenso gut von Rußland, als von Frankreich gefährdet sei. Har-

1) Ma conviction est: que toute démarche pour parvenir à une paix séparée avec la France, serait ce que nous pourrions faire de plus nuisible pour les intérêts du Roi et de sa monarchie.

2) Le caractère ambitieux et despotique de Napoléon et l'insigne fausseté de sa politique.

denberg antwortete, daß der Kaiser von Rußland, der Freund des Königs, die Waffen für die Unabhängigkeit der europäischen Staaten ergriffen habe. Auch andere Staaten würden sich mit Preußen vereinigen, wenn es standhaft bleibe. Für sehr möglich hielt Hardenberg, mit England eine Allianz zu schließen, bei welcher die alten Differenzen geschlichtet und Preußen einer zum Ziele führenden Assistenz versichert werde. Dem Kaiser von Rußland auch nur den Vorschlag zu machen, einen Separatfrieden gut zu heißen, würde allen gegebenen Versicherungen entgegenlaufen. Nimmermehr könne derselbe darauf eingehen: denn er würde dadurch den Franzosen Gelegenheit geben, ihn mit ihren besten Kräften von der Türkei her anzugreifen.

Diese und andere Reflexionen stellte Hardenberg in einer Denkschrift zusammen, welche den König überzeugte und ihn bei dem Entschluß festhielt, den er ohnehin gefaßt hatte. In dem Schreiben an Alexander, das am 20. Februar abging, wurde Alles vermieden, was die Absicht, auf die Vorschläge Napoleons einzugehen, hätte andeuten können. Der König brachte wohl die unendlich schwierige Lage, in der er sich befand, zur Sprache; aber er fügte hinzu; niemals werde sein besonderes Interesse bei ihm mehr Gewicht haben, als das allgemeine [1]).

Wir wollen nicht auf den ersten Blick zwischen Zastrow und Hardenberg aburtheilen: denn für einen besonderen Frieden, der das Gebiet bis an die Elbe wieder in die Hände des Königs von Preußen gebracht hätte, ließ sich doch viel sagen, wenn man nur auf Napoleon einiges Vertrauen setzen konnte; der weitere Ruin des Landes wäre vermieden, die Festungen würden gerettet oder zurückgegeben worden sein. Aber darüber kann doch kein Zweifel obwalten: man hätte sich damit der Selbständigkeit begeben, welche die Idee des Staates fordert. Es war von Werth, daß Napoleon diese selbst zur Sprache brachte. Daß sie auch von seiner Seite nicht verkannt, sondern als eine europäische Nothwendigkeit be-

1) Soyez persuadé que jamais mon intérêt personnel ne l'emportera sur l'intérêt général.

zeichnet wurde, gab ihr ein inneres Gewicht. Aber die Verbindung mit Rußland war zugleich die Verbindung mit den noch unabhängigen Mächten. Alle Gefühle des Königs waren dafür, wie sie immer dafür gewesen waren; seine Gesichtspunkte bestimmten die Wahl seiner Räthe; wie er einst Haugwitz aus Schlesien zurückberufen und nach dessen Abgang Zastrow mit dem Ministerium betraut hatte, weil ihre Gesinnungen der Politik entsprachen, die er selbst in jedem Moment für nothwendig hielt, so nahm er jetzt Hardenberg wieder auf, der, wie der König, das einzige Heil in der Verbindung mit Rußland sah.

In einem Privatschreiben an Alexander spricht Hardenberg demselben nicht allein seine dankbare Hingebung und Anhänglichkeit aus, wobei er es jedoch vermeidet, seines Antheils an der Verwerfung des Partikularfriedens im mindesten zu gedenken, sondern er fordert den Kaiser auf, die Hülfsquellen seiner Macht so rasch wie nur immer möglich anzuwenden, damit seine Armeen den Kampf mit möglichster Energie fortsetzen können, namentlich auch dahin zu wirken, daß Diversionen im Rücken der napoleonischen Armeen gemacht würden; durch Engländer und Schweden an der Oder, oder in Hannover; ferner Oesterreich über sein wahres Interesse aufzuklären und vor Allem England zur Unterstützung Preußens mit Waffen und Geld zu vermögen, ohne die es den Krieg nicht werde fortsetzen können.

Dem Obersten Kleist, der mit einem königlichen Schreiben das ebenfalls erst im Sinne Zastrows abgefaßt, dann im Sinne Hardenbergs verändert war, bei Napoleon eintraf, zeigte dieser einiges Mißvergnügen darüber, daß der König ihm so wenig Vertrauen beweise. Auf die Erinnerung des Obersten an das, was früher geschehen, ging er nicht ein: damals könne er vielleicht andere Zwecke gehabt haben; jetzt habe er nur die Gegenwart vor Augen. Nochmals bot Napoleon den Partikularfrieden an: er werde dem König dann binnen vier Wochen seine Staaten bis an die Elbe zurückgeben, sammt Festungen und Munitionen, Rußland möge seine Truppen über den Niemen zurückführen; Preußen, wieder

zu einer starken Macht geworden, könne zwischen ihnen vermitteln. Aber auch die Unterhandlung über einen allgemeinen Frieden wollte er zulassen, vorausgesetzt einen Waffenstillstand: er sei dann bereit, sich über die Weichsel zurückzuziehen, wie die Russen über den Niemen, die preußischen Truppen sollten sich am Pregel aufstellen. Er erschien ziemlich aufgeregt; besonders gedachte er des Fortschrittes der Russen in der Türkei, den er nicht dulden könne.

Wohl ist eine Mittheilung dieser Auslassungen nach Petersburg gelangt, aber weder dort noch in Memel konnten sie Eindruck hervorbringen. Noch war hier das System nicht mit Entschiedenheit geändert; der Minister Zastrow gab den Particularfrieden nicht völlig auf. Mit um so größerem Eifer war Hardenberg dagegen; er setzte ihm ein ganzes System von Gedanken entgegen.

In einem Vortrag, den er am 5. März allein beim König hatte, beschwör er denselben festzuhalten und seine Regierung nach dem Princip einzurichten, das der gefaßte Beschluß erfordere. Das Gutachten, das er verlas, ist insofern von hoher Bedeutung für die Folgezeit, als darin innere und äußere Angelegenheiten zusammengefaßt wurden. Für die inneren wird großer Nachdruck auf die öffentliche Meinung und die Idee einer dereinstigen Regeneration des Staates gelegt[1]). Das Hauptaugenmerk ist auf die auswärtigen Angelegenheiten gerichtet; auf Verständigung mit England, Schweden, Oesterreich, auf Vorbereitung zu einer Reaktion in Deutschland, Beseitigung aller Mißverhältnisse, welche das gute Vernehmen mit Rußland stören können, Zusammenwirken der russischen Heerführer mit den preußischen Provinzialbehörden. Alles zeugt von einem umfassenden Blick, der das Große erwägt, wie das Kleine, von diesem aber sich nicht beengen

1) „Eine Radicalkur der Mängel unserer Geschäftsführung ist durchaus nothwendig und dringend. Sie ist es in Absicht auf die Form; sie ist es in Absicht auf die Personen. — Jetzt kommt es auf außerordentliche Mittel und Rettung, künftig auf eine gänzliche Regeneration an“.

läßt. Der Vortrag enthält zugleich ein Programm der künftigen Politik, dem Friedrich Wilhelm III. beistimmte. Die Bemerkung des Königs, daß man ihm bei seinen Verbesserungsanordnungen häufig entgegengetreten sei, beantwortete Hardenberg damit, daß er ihn bat, nur König und Herr zu sein. Er selbst behielt sich freilich dabei die Direktion der inneren und äußeren Geschäfte vor, von deren einheitlichem Zusammenwirken er allein das Heil hoffte [1].

Allerdings hatte der König ein Ministerconseil eingerichtet; die anwesenden Minister hielten einer nach dem anderen Vortrag bei ihm, aber die Einheit in der Verwaltung konnte dadurch nicht hergestellt werden; selbst in französischen Zeitungen wurde ein gewisses Erstaunen ausgedrückt, daß der flüchtige Hof in Memel zu keinem Verständniß in sich selbst gelangen könne. Hardenberg, der sich von jeder Mitwirkung noch immer fern gehalten sah, entschloß sich, dem König eine neue Remonstration vorzulegen, in der er die Unzuträglichkeit, welche durch Zastrow in die Verwaltung der auswärtigen Geschäfte gebracht würde, energisch nachwies. Doch hat er es nicht übergeben, weil Alexander in diesem Augenblick bei dem preußischen Hoflager anlangte. Die Anwesenheit des Kaisers aber mußte allen Dingen eine andere Gestalt geben.

1) „Die äußeren und inneren Verhältnisse müssen aufs Genaueste en rapport gesetzt sein, um mit Einheit behandelt zu werden; sie müssen sich wechselseitig unterstützen. Der Vortheil der Einheit überwiegt unter den gegenwärtigen Umständen alles Andere".

Sechstes Capitel.

Ideen der allgemeinen Restauration. Bartenstein.

Alexander hatte dem König ausgedrückt, wie sehr er ihm durch die Hingebung und das Vertrauen, welches er bei der Mittheilung über die Mission Bertrands bewiesen habe, verpflichtet sei; auch ihm thue es unendlich leid, daß auf die Unterthanen des Königs die schwere Last des Krieges falle. Aber die Verluste, die sie bereits erlitten, so reflektirt Alexander, seien so stark, daß sie nur dann vergessen werden könnten, wenn Preußen seinen alten Rang wieder einnehme; dann aber würde man der Opfer nicht mehr gedenken und der König das Idol seines Volkes werden. Er verspricht unmittelbare Verstärkung seiner Truppen, auch durch seine Garde, und die thätigste Förderung der gemeinschaftlichen Interessen bei den Höfen von England und Oesterreich. „In der That sind wir so weit gelangt, den Strom aufzuhalten, dem bisher nichts widerstehen zu können schien; und noch sind unsre Hülfsquellen bei weitem nicht erschöpft; wir besitzen die Mittel, den Kampf energisch fortzusetzen". Als das Ziel, das man erreichen müsse, bezeichnet Alexander einen zwiefachen Erfolg; einmal, daß Preußen zu seiner ganzen alten Macht wieder gelange; sodann daß Napoleon genöthigt werde, über den Rhein zurückzugehen [1]).

1) An Friedrich Wilhelm, Petersburg, 4. März. Il faut que non-seulement Votre Majesté soit rétablie dans la pleine possession de ses États, mais que l'Allemagne soit affranchie du joug des Français, et qu'ils soient repoussés au delà du Rhin.

Die Idee, durch welche Napoleon zu seinem Angriff auf Preußen veranlaßt worden war, tritt ihm hier, dem großen Siege, den er bei Jena erfochten, zum Trotz, nochmals entgegen. Kaiser Alexander hegte muthige Zuversicht, daß er sie im Verein mit Preußen durchführen werde; aber er fügte dem doch noch ein Wort hinzu, welches eine Drohung enthält für den Fall, daß Preußen einen partikularen Frieden mit Frankreich eingehe. Dann, sagte der russische Kaiser, werde er nur die eigenen Interessen seines Reiches vor Augen haben können.

Diesem Schreiben gingen mündliche Aeußerungen gegen den preußischen Bevollmächtigten Schöler zur Seite, die den Sinn Alexanders noch näher erläuterten [1]). Alexander meinte: bei der Erklärung Preußens blicke der Gedanke durch, daß seine Lage durch einen besonderen Frieden verbessert werden könne. Aber selbst wenn die Fortsetzung des Krieges zu keinem glücklichen Ausgang führen sollte, was könne dies ändern?

„Kann eine Unterwerfung an Frankreich wohl ein anderes Resultat führen, als ein Unterliegen im Kriege; ein Frieden, der nicht auf dem Uebergewicht der Waffen beruht, was ist er anders, als eine Unterwerfung? Wenn hienach ein Separatfrieden Preußens mit Frankreich das politische Verschwinden des ersteren aus der Reihe der selbständigen Mächte zur unfehlbaren Folge haben, und dieses auf Rußland sehr nachtheilig zurückwirken muß, so ergiebt sich aus meiner Pflicht für Rußlands Interesse zu wachen, daß ich in einen Separatfrieden von Preußen, so wie Frankreich ihn zu schließen gedenkt, nie einwilligen kann."

Man konnte fürchten, daß durch die Vorschüsse, welche Preußen dem russischen Heerführer leistete, und die Lieferungen zur Verpflegung der Armee, welche die Unterthanen trugen, eine Differenz zwischen Preußen und Rußland hervorgerufen wurde; der Kaiser aber erklärte sich bereit, die Vorschüsse zurückzu-

1) Aus einem Bericht Schölers, 4. März 1807.

zahlen: denn der Grundsatz sei, daß Rußland alle zum Unterhalt seiner Armee erforderlichen Unkosten ohne Ausnahme selbst trage. Für Bennigsen sei monatlich 1 Million Rubel bestimmt. Auch auf die Naturalleistung zur Verpflegung der Truppen soll der oben ausgesprochene Grundsatz seine Anwendung finden. Der Kaiser genehmigte die von Schöler hierüber gemachten Vorschläge.

Auch Zastrow versäumte dagegen nicht, Versicherungen der Festigkeit Preußens in seinem Verhalten nach Petersburg gelangen zu lassen. In dem aber traf die Nachricht ein, daß Kaiser Alexander selbst bei seiner Armee und an dem preußischen Hoflager erscheinen werde. Seine Absicht dabei soll gewesen sein, den Unordnungen, die in der Heerführung eingerissen waren, zu steuern. Aber überhaupt war dieser Krieg nun seine vornehmste Aufgabe, die er, wie wir wissen, in einem die Welt umfassenden Sinne begriff. Hier im Norden unter seiner eigenen Theilnahme sollte das große Unternehmen durchgeführt werden, der Alles bedrohenden napoleonischen Uebermacht Grenzen zu setzen.

Seine damaligen Gesichtspunkte erhellen aus einem Schreiben, das er am 25. März an den König richtete. Er entwickelt darin aufs Neue die Unannehmbarkeit der von Napoleon gemachten Propositionen. Welche Arroganz sei es überhaupt, zu behaupten, daß die Herstellung der preußischen Monarchie nur von ihm abhänge, ohne deren eigene Hülfsquellen oder die Unterstützung ihrer Verbündeten in Betracht zu ziehen. Die Unbestimmtheit der Anträge Napoleons verrathe, daß sein Sinn nur darauf gehe, was ihm so oft gelungen, seine Feinde zu entzweien, ohne sich gegen den einen oder den andern definitiv zu verpflichten[1]). Ueber eine mit England und Rußland zu treffende Abkunft drücke sich Napoleon höchst unbestimmt aus; Rußland und England wollen den Frieden, aber nicht auf Bedingungen, die nur

1) L'excès même de son impudence ne me parait qu'une raison de plus pour placer cette offre insidieuse au nombre de ces subterfuges dont il aime tant à faire usage, et dont il s'est servi si souvent avec succès pour ralentir les efforts dirigés contre lui, et pour semer la méfiance entre ses ennemis.

zum Vortheil von Frankreich ausschlagen würden. Wenn der französische Kaiser davon spreche, — wie es geschehen war —, Memel zum Sitze eines Congresses zu bestimmen, so beweise das nur, daß es ihm nicht Ernst damit sei: denn wie wolle man einen Ort in dem Rücken der Armeen zum Mittelpunkt einer allgemeinen Correspondenz machen. Noch einen Schritt weiter geht der russische Minister Budberg in einer Note vom 26. März. Er spricht seine Bewunderung darüber aus, daß der König die Absichten, in denen er den Krieg begonnen, trotz des ihm widerfahrenen Unglücks, nicht aufgebe; an diesem weisen Entschluß werde der König gewiß festhalten, nachdem glückliche Ereignisse eine Aussicht auf die glänzendsten Erfolge eröffnet haben. Einen Partikularfrieden einzugehen, könne höchstens zu einer Situation führen, wie sie vor dem Kriege bestanden, die eben eine solche war, aus der der Krieg entspringen mußte. Um einen erträglichen Zustand in Europa herzustellen, bleibe nichts übrig als der Weg der Waffen.

Voll von diesen Gesinnungen und Entschlüssen langte der Kaiser am 1. April in Polangen an, wohin ihm der König entgegenkam. Am 2. April erschien er in Memel. Vom Hofe wurde er als ein alter Bekannter empfangen. Sein Verhältniß zu demselben war das angenehmste im Privatleben, daß man die Freundschaft der beiden Ehegatten, welche die Familie constituiren, genießt. Der liebenswürdige und mächtige Gast wurde am Hofe mit Herzlichkeit und Freude bewillkommt. Noch am Nachmittage suchte er Hardenberg auf, um mit ihm die ganze Lage der Dinge durchzusprechen. Er hatte sich von ihm Bericht über seine persönliche Stellung erstatten lassen, woraus sich ergab, daß er in derselben nicht länger bleiben könne. Zastrow, in dessen Händen die Leitung der Geschäfte sei, erkläre sich zwar jetzt für den Krieg, aber in seinem Herzen trage er nur den Separat-Frieden von Preußen und dessen Sonderstellung; er sei noch gefährlicher als Haugwitz, da er mehr Charakterstärke habe. Der Kaiser versprach, den König zu bitten, Hardenberg mit der Leitung der auswärtigen Geschäfte

wieder ausschließlich zu betrauen. Dahin ging auch der Wunsch der Engländer, die sich aber nicht geradezu aussprachen, sondern durch die Vermittlung Alexanders auf Friedrich Wilhelm wirken wollten. Hardenberg erschien als der Mittelpunkt der allgemeinen Combination, durch welche der Krieg gegen Napoleon fortgesetzt werden sollte. Der König, der ohnehin die Rathschläge Hardenbergs nicht entbehren mochte, zögerte nun nicht länger, denselben zur Leitung der auswärtigen Geschäfte wieder förmlich herbeizuziehen [1]). Hardenberg erschien am 6. April in Kydullen, wohin König und Königin gegangen waren. Alexander hatte in einem nahen Edelhofe Quartier genommen; er führte dem König zuerst die Gardeinfanterie, die ihn begleitete, dann die prächtige Gardecavallerie vor, zusammen 17,000 Mann, eine kleine Armee für sich. Dann setzten sich die Truppen in Marsch, um den Franzosen entgegenzugehen.

Bei dieser Zusammenkunft nun in dem fast namenlosen Ort Kydullen hat Hardenberg Gedanken gefaßt und ausgesprochen, welche die Zukunft der Welt umfaßten. Vor Allem erklärte er für nothwendig, daß man bei Oesterreich darauf dringe, an dem Kriege Antheil zu nehmen, bei England und Schweden darauf, die erforderliche Unterstützung zu leisten. Oesterreich müsse man über die Gefahr, die dem osmanischen Reiche von Rußland her drohe, beruhigen. Unentbehrlich sei ein militärischer Plan, um die Operationen der Preußen und Russen und die Augmentation der ersteren in dem Maße, als man der preußischen Provinzen wieder Herr werde, zu bestimmen und in Verbindung damit die Kooperation der übrigen Mächte. Zugleich müsse ein politischer Plan festgesetzt werden, um Jedermann zu überzeugen,

1) Aus dem Journal ergiebt sich Folgendes: (3 avril) l'Empereur demande de me faire aller avec lui. Je reçus l'ordre d'être du voyage par Koeckritz, et on m'annonça que Zastrow en serait aussi. (4 avril) Zastrow ne va pas et se dit malade. Pourparlers avec lui pour le persuader par les autres ministres. Il persiste et dit à Koeckritz qu'il ne veut pas être ministre en second avec moi. (10 avril) Après le rapport, le Roi me dit qu'il me réintégrait dans ma place als erster Kabinetsminister.

daß es das allgemeine Interesse sei, was man verfolge; gewiß müsse dabei das besondere Interesse jedes Einzelnen berücksichtigt werden, aber nur so weit, als das allgemeine Wohl daraus hervorgehen könne. Preußen und Rußland werden die Initiative ergreifen, in der Voraussetzung, zu der man allen Grund habe, daß die übrigen Mächte accediren. Die vier Mächte müssen sich gleichsam als die Vormünder von Europa betrachten[1]). Die Absicht müsse auf die Herstellung eines festen Zustandes von Europa gerichtet sein: Sicherheit der Besitzungen und des Eigenthums eines jeden und Entschädigung derer, welche Schaden gelitten haben. Man habe ein Gebäude aufzurichten, das nicht durch den ersten Anlauf des napoleonischen Ehrgeizes umgestürzt werden könne; Hardenberg gedenkt dabei Neapels und Sardiniens; vor Allem aber schwebt ihm der künftige Zustand von Deutschland vor Augen.

Die alte deutsche Reichsverfassung wieder herzustellen, würde nur eine Quelle neuen Unglücks sein; man bedürfe einer Conföderation, stark genug, um den Franzosen Widerstand zu leisten. An ihrer Spitze müssen Oesterreich und Preußen stehen, England und Rußland müssen sie garantiren. Die Unabhängigkeit Deutschlands, so sagt er, ist nothwendig für die von Europa. Aber sie kann nicht bestehen bei getheilten Interessen und den kurzsichtigen Gesichtspunkten der kleinen Höfe. In Bezug auf Krieg und Frieden dürfen dieselben keine Souverainetät besitzen. Man mag Eigenthum, Rang, Glanz der regierenden Häuser respektiren, aber man muß die Zahl der Truppen, die sie halten sollen, bestimmen; sie mögen dieselben zur Erhaltung der inneren Ordnung benutzen; die gemeinschaftliche Vertheidigung aber muß unter der Protektion von Preußen und Oesterreich stattfinden. Diese haben über die Aufstellung der Truppenzahl zu wachen, sowie über die Mittel, sie zu erhalten.

1) Kydullen, 7. April. Il faut que les quatre puissances s'envisagent comme les tuteurs de l'Europe.

Ein Programm für die Neugestaltung von Deutschland noch von weiter Ferne her, aber doch von großer Wichtigkeit, das die wesentlichen Momente enthält: die Vereinigung zwischen Preußen und Oesterreich soll die Grundlage von Allem sein. Für Preußen fordert Hardenberg eine bessere Bestimmung der Grenzen, um Frankreich Widerstand leisten zu können. Wenn der König Friedrich August aus Sachsen nach Polen verpflanzt werde, so würde man damit mehr als einen Zweck von großem Belang erreichen.

Schon in Kydullen bei einer Conferenz der Monarchen hat Hardenberg diesen Plan in Erwähnung gebracht und deren Zustimmung erlangt. Ein Aufsatz liegt vor, in welchem das allgemeine Resultat dieser Conferenz verzeichnet wird [1]). Demnach war der Beschluß, einen doppelten Plan zu Stande zu bringen, einen militärischen für den Krieg und einen politischen für den Frieden, den man zu schließen gedenke. Die Pläne müssen auf drei verschiedene Fälle berechnet sein; der erste ist, daß England, Schweden, Oesterreich accediren, der zweite, daß Oesterreich bei seiner Neutralität bleibt, der dritte, daß auch England und Schweden nicht beitreten, so daß Rußland und Preußen allein bleiben. Man beschloß, Napoleon auf seine Anträge zu antworten, aber dabei die Grundlage zu bestimmen, auf die man eingehen will. Es muß ein ehrenvoller Frieden sein, in welchem die Ruhe von Europa durch allseitige Uebereinkunft begründet und vornehmlich die Unabhängigkeit von Deutschland festgesetzt wird, sowie eine Entschädigung für alle die, welche Verlust erlitten haben, um ein dauerhaftes politisches Gebäude zu errichten. Das unmittelbar Nothwendigste sind Eröffnungen in Wien sowohl wie in London über die gefaßten Pläne. Aus den Antworten, die man von dort erhält, wird man abnehmen, ob man sich nochmals mit einer besonderen Abkunft, die doch nur ein Stillstand wäre, zu begnügen habe, oder ob man auf eine allgemeine Pacifikation, die eine Restauration in sich schließen würde, mit vereinigten Kräften hinarbeiten könne.

1) Vom 10. April 1807.

Das Letzte war nun der eigenste Gedanke Hardenbergs. Auf der langen und beschwerlichen Reise von Kydullen nach Schippenbeil in dem beginnenden Frühlingsthauwetter auf schlechtesten Wegen hat er daran gearbeitet. Der Kaiser hat ihm gesagt, bis zur Ankunft Budbergs möge Hardenberg ihn selbst als Minister der auswärtigen Angelegenheiten Rußlands betrachten. Alexander bezog sich gern auf Phull, der mit Erlaubniß des Königs in russischen Dienst übergegangen war und die Gesinnungen Hardenbergs theilte. In einem Gutachten Phulls wird ein allgemeines Kriegsunternehmen, bei dem die maritimen Operationen Englands mit den kontinentalen Rußlands zusammengreifen müßten, angerathen. Der Zweck ist, Frankreich in solche Grenzen einzuschließen, bei welchem andre Staaten über ihre Existenz beruhigt sein können. „Die Herrschaft der Franzosen über den Rheinstrom und die gegenseitige Eifersucht von Preußen und von Oesterreich haben die schimpfliche Unterjochung Deutschlands herbeigeführt, sodaß jetzt die Franzosen ihren Krieg zwischen Weichsel und Niemen führen können[1]). Das Geringste, was man sich vornehmen kann, ist die Entfernung der Franzosen über den Rhein und die Begründung eines Defensivsystems in Deutschland". Frankreich solle sich in die deutschen Angelegenheiten fortan nicht mischen.

Die Ministerialveränderung, welche Ende März in London aus Gründen der inneren Politik vor sich ging (bei welcher Hawkesbury für das Innere, Canning für das Aeußere eintraten), machte den Eindruck, daß sie eine lebendigere Theilnahme Englands an den Unternehmungen gegen den gemeinschaftlichen Feind hoffen lasse; Canning habe den Ruf eines Gentleman von gutem Charakter und Principien.

Die von Hardenberg entworfene Convention wurde in Schlippenbeil schon am 18. vom Kaiser und König genehmigt.

In Bartenstein, dem Hauptquartier Bennigsens, vereinigten

1) Kydullen, 11. April. La possession du Rhin, jointe à la jalousie qui sépara malheureusement les intérêts de la Prusse de ceux de l'Autriche, donnèrent à la France une supériorité décidée sur les deux États.

sich denn alle politischen und militärischen Gewalten. Nicht ohne Bedeutung war es, daß auch ein schwedischer Bevollmächtigter, Hermann von Engelbrechten, daselbst erschien. Denn was wäre wohl daraus geworden, wenn der König von Schweden den Anträgen, die ihm Napoleon zur Herstellung oder zur Begründung einer engeren Allianz machte, Gehör gegeben hätte? Napoleon hatte die Absicht, die alte Verbindung zwischen Frankreich und Schweden zu erneuern und diese Macht den Russen entgegenzusetzen; er stellte dabei den Schweden die Erweiterung ihrer Grenzen und, wie wenigstens König Gustav behauptet, die Erwerbung von Norwegen in Aussicht. Allein dieser Fürst war viel zu enge mit England verbunden, viel zu sehr ein principieller Widersacher Napoleons, als daß er dem Antrag Gehör gegeben hätte. Er dachte vielmehr von seinem Pommern her eine Reaktion gegen die Herrschaft Napoleons einzuleiten; den Schweden, die er dahin überführte, sollte sich ein starkes englisches Hülfscorps zugesellen. In Bartenstein vereinbarte man am 20. April eine militärische Convention, in welcher der König von Preußen sich anheischig machte, eine kleine, aber nach den Umständen zu verstärkende Armee nach Rügen zu schicken, um mit den Schweden zur Entfernung der Franzosen von der pommerschen Küste zusammenzuwirken.

Wohl war nun nochmals von einem Congreß für die allgemeine Pacifikation, der sich in Kopenhagen versammeln würde, die Rede. Der Vorschlag ging von Preußen aus; Napoleon wies ihn nicht gerade zurück; aber er forderte die Theilnahme der Osmanen an demselben, was die Russen nicht annahmen, da sie an den von ihnen mit den Türken geschlossenen Verträgen mit Nachdruck festhielten. Die Zukunft hing doch nur von der Uebereinkunft zwischen Rußland und Preußen ab.

Am 26. April schlossen Rußland und Preußen einen neuen Vertrag zu Bartenstein, weitaussehenden Inhalts, der auf eine allgemeine Emancipation von der französischen Uebermacht hinzielt. Die beiden Mächte vereinbarten, daß keine die Waffen

ohne die andre niederlegen solle. Der Zweck des Kriegs wird dahin bestimmt, der Menschheit das Glück eines dauerhaften Friedens zurückzugeben. Jeder Macht sollen ihre Besitzungen gesichert und alsdann unter eine allgemeine Garantie gestellt werden. Man beabsichtige nicht, sich in die inneren Angelegenheiten von Frankreich einzumischen, aber unumgänglich sei es, die französische Regierung in Schranken einzuschließen, wie sie zur Sicherung des Gleichgewichts der Mächte erforderlich seien. Die Veränderungen, durch die man einen festen Zustand zu begründen dachte, sollen durch Abtretungen, zu denen man den Feind nöthigen wird, bewirkt werden. Preußen solle in den Besitz der Landschaften, die es im Jahre 1805 besaß, hergestellt werden und eine bessere Grenze erlangen, sowohl um sich selbst, als um Deutschland zu vertheidigen. Den Hauptgesichtspunkt überhaupt bildet die Unabhängigkeit von Deutschland. Man darf die Rheinlinie nicht in den Händen der Franzosen lassen, noch denselben die Occupation deutscher Länder gestatten. Die alte deutsche Verfassung wird man nicht herstellen, sondern eine constitutionelle Föderation schließen, die durch eine dem Rhein parallel laufende Vertheidigungslinie gegen Frankreich sicher gestellt werden muß. Man wird zwischen Oesterreich und Preußen eine Union gründen, und Alles vermeiden, was Eifersucht zwischen ihnen hervorbringen könnte. Die Grenzen sollen bestimmt werden, innerhalb deren die eine und die andre Macht die gemeinschaftliche Vertheidigung von Deutschland zu leiten haben. Wenn sich Oesterreich anschließt, wird man Alles anwenden, um ihm Tyrol und die Linie des Mincio wieder zu verschaffen. Von England wird man die zum Kriege erforderliche Unterstützung an Geld zu erlangen suchen; dann aber dem König Georg III. eine Vergrößerung seiner deutschen Besitzungen verschaffen im Zusammenhang mit seinem Eintritt in die obgedachte Conföderation und mittelst einer dauernden Defensivallianz mit Preußen. Aehnliche Anerbietungen sollen Schweden gemacht werden. Man denkt auf Entschädigungen für Nassau-Oranien, Sardinien und Neapel.

Man wird auf Trennung der Krone von Italien von der französischen dringen [1]).

Das Charakteristische bei der Verhandlung ist die Rücksicht auf eine Neugestaltung von Deutschland, worüber noch ein Wort gestattet sei. Schon bei der zweiten Sendung des Grafen Haugwitz nach Paris hat Hardenberg, wie oben erwähnt, einen Entwurf dazu gemacht. Sein Gedanke war damals, das Uebergewicht Preußens in Deutschland zu sichern, und zwar durch einen Vertrag mit Frankreich. Ganz anders war jetzt das Verhältniß. Hardenberg hielt an dem Gesichtspunkt fest, an Stelle des Reiches eine Conföderation zu setzen. Nur mußte man sich jetzt bei Weitem mehr auf Oesterreich lehnen, dessen Zustimmung das nächste Object der Unterhandlung war. Hardenberg hatte bei jenen Entwürfen vom Februar 1806 angenommen, daß die Souverainetät der Fürsten bei der neuen Conföderation nicht bestehen könne; das hatte er auch noch in Kydullen vorgeschlagen; aber bei der Verhandlung in Bartenstein zeigte sich, daß man daran nicht festhalten könne. Man durfte sich nicht schmeicheln, England zu gewinnen, wenn man nicht auch auf die Interessen König Georgs III. als Kurfürsten von Hannover Rücksicht nahm. Hannover sollte demselben nicht allein wiedergegeben, sondern durch neue Besitzungen verstärkt werden. Wenn er nun, wie auch der König von Schweden, welchem ähnliche Anerbietungen gemacht wurden, in die Conföderation eintreten sollte, so war es unmöglich, die Fürsten der Souverainetät, deren sie sich erfreuten, zu berauben. Die Idee einer Neugestaltung von Deutschland wurde schon in dieser Ferne der Zeiten von anderweiten Gesichtspunkten näher bestimmt, einmal durch die Nothwendigkeit, sich mit Oesterreich zu verständigen, sodann durch das Verhältniß zu England.

Vor Allem suchte Hardenberg eine allgemeine Allianz, die wahrhaft eine solche sei, zu Stande zu bringen. In einem Schreiben an den Herzog von York giebt er die Gesichtspunkte an, auf die es dabei ankomme und zu deren Unterstützung er diesen

1) Vergl. Garden X, 405.

seinen alten Gönner auffordert. Sie gehen dahin, daß man alles Mißtrauen verbannen, und vollkommenes Einverständniß zwischen den wohlgesinnten Mächten begründen und alle Mittel mit Energie, Raschheit und Festigkeit zur Ausführung von wohlüberlegten Plänen aufbieten müsse[1]).

Durch Jakobi, wie durch den Herzog, soll den Engländern vorgestellt werden, daß der Schlag, den Napoleon vorbereite, über den Continent entscheiden, und daß, wenn er obsiege, ihm auch England schwerlich werde widerstehen können.

So erinnerte Hardenberg auch den Kaiser Alexander: indem er die Waffen zu dem allgemeinen Besten und für seinen Freund, den König von Preußen ergriffen habe, kämpfe er doch zugleich für seinen eigenen Ruhm und seine eigne Existenz. Die Feuersbrunst, die den Süden zu Grunde richte, bedrohe auch den Norden, wenn der Usurpator aus diesem letzten Kampfe siegreich hervorgehe. Wie oft habe derselbe schon gesagt, Rußland sei eine asiatische Macht. Er ermahnt Kaiser Alexander zur Standhaftigkeit; es dürfe Napoleon nicht gelingen, seine Gegner unter einander zu entzweien nnd sie der großen gemeinschaftlichen Sache, wenn ein Unglück sie betroffen habe, zu entfremden. Er scheint nicht ohne Besorgniß gewesen zu sein[2]).

Wir werden noch darauf zurückkommen, daß Hardenberg in dieser Epoche nicht allein ausschließend mit dem auswärtigen Ministerium betraut wurde, sondern damit auch die wichtigsten Angelegenheiten der inneren Verwaltung verband. Er erfreute sich eines ungewöhnlichen Vertrauens der höchsten Persönlichkeiten.

1) Faire disparaître de la politique les défiances avec l'art de tromper, établir une confiance entière et réciproque, hâter un concert parfait entre les puissances qui veulent le bien, mettre à la place des lenteurs, des irrésolutions, de l'incohérence, dans l'emploi des moyens, la célérité, l'énergie, la persévérance et des plans sagement combinés.

2) Journal de Hardenberg, 29 avril. Nous voilà près d'un mois ensemble et rien n'est avancé que la branche politique. Nous faisons de beaux plans, mais où en est l'exécution? L'Empereur est trop bon et y met trop peu d'énergie.

Da die zögernde Kriegführung Bennigsens bereits Mißbehagen und Besorgniß erweckte, so hatte die Königin ein Schreiben an Alexander abgefaßt, worin sie die Frage einfließen ließ, warum der Kaiser nicht selbst das Commando der Armee übernehme. Aber sie war doch vorsichtig genug, um den Brief an Hardenberg mitzutheilen, der ihn durchsehen und nur dann abgehen lassen möge, wenn er ihn billige. Hardenberg machte eine Erinnerung gegen diese Anmuthung; denn damit würde eine sehr empfindliche Saite berührt; ein solcher Schritt des Kaisers würde sich nicht gerade einer großen Popularität im russischen Reiche erfreuen; zuletzt werde es freilich doch geschehen; aber die Vokation dazu müsse aus Alexander selbst kommen.

Siebentes Capitel.

Schlacht bei Friedland. Friede von Tilsit.

Wie von Anfang dieser Geschichte, so sind es auch in ihrem Fortgang fast in steigendem Verhältniß die allgemeinen Gegensätze, welche Alles bestimmen. Die aus der Revolution hervorgegangene militärische Monarchie bildete ein Weltelement, wie es in Europa noch nie dagewesen war; durch welches die alten Staaten mit dem Untergang ihrer Unabhängigkeit bedroht wurden. Für Hardenberg wird es immer ein Moment, auf das sich sein Ruhm bei der Nachwelt begründet, ausmachen, daß er mitten in dem Unglück seines Staates die Unvereinbarkeit dieser Gegensätze begriff und, wie so eben gezeigt, eine universale Restauration der französischen Uebermacht entgegenzusetzen, den Versuch wenigstens plante. Es scheint ein starker Widerspruch zu sein, daß er es ja war, der die erste Annäherung Preußens an die französische Politik hervorrief. Aber wir wissen, als dies geschah, im Jahre 1795, konnte man noch hoffen, daß die zahlreiche Partei der Gemäßigten in Frankreich, welche den Frieden wünschte, selbst mit Beibehaltung der alten Grenzen, die Oberhand erlangen und einer friedlichen Entwickelung von Europa Raum gewähren würde; man konnte erwarten, daß die Eroberungsbegier, die sich freilich schon regte, durch eine allgemeine Pacifikation in Schranken gehalten würde; und wenn der Krieg fortdauerte, wie das geschah: so würde doch Preußen eine neutrale und vermittelnde Stellung haben einnehmen können. Aber der Fortgang der Eroberung war überwältigend. Er gewann durch Sinn und Art des neuen

Imperators eine immer weitere Ausdehnung, — so daß Preußen, um sein selbständiges Dasein zu retten, genöthigt wurde, ihm in den Weg zu treten, in der Hoffnung, Unterstützung in dem übrigen Europa zu finden. Man hatte jedoch die Uebermacht des Gegners nicht berechnet und wurde geschlagen, ehe man noch recht wußte, daß man im Kriege war. Da nun Napoleon ohne Rücksicht auf die Lebensbedingung des niedergeworfenen Staates denselben nur zu einem Mittel zur Begründung seiner Weltherrschaft benutzen wollte, so blieb nichts übrig, als sich an die europäischen Mächte anzuschließen, in deren Natur und Situation es lag, die Unabhängigkeit der Staaten zu schützen. Eigentlich dies ist der Streitpunkt zwischen Zastrow und Hardenberg, vor dem alle kleine Eifersüchtelei zurücktritt. Der Eine wollte die fernere Existenz des Staates an das französische System anknüpfen, der Andre sie durch Widerderstand im Verein mit dem noch unbesiegten Europa retten. Wie wir angedeutet haben, es muß als eine der vornehmsten Handlungen Friedrich Wilhelm's III. betrachtet werden, daß er eben diesen Gedanken ergriff und ihn zu vollstrecken unternahm. Es war nicht der Rath Hardenbergs allein, was ihn dazu vermochte; er zog diesen Minister erst zu den Geschäften heran, indem in ihm selbst die Idee des Widerstandes zur Reife gedieh. Wenn unter den Beweggründen dafür das persönliche Verhältniß des Königs zu Kaiser Alexander, und dessen Versicherung, sich von der preußischen Sache nicht zu trennen, in erster Reihe stand: so folgte er dabei doch auch dem Impuls, der ihm aus dem Gemeingefühl der Nation erwuchs. Um ihn her gab es eine Partei, die in einer Abkunft mit Frankreich das Heil sah; aber er wurde von derselben nicht mit fortgerissen. Die lebenskräftigsten Elemente des preußischen Staates und der Rückhalt, den ihm Rußland bot, wirkten zu dem Entschluß zusammen. Der Entschluß war hochherzig, aber auch die Gefahr, die er in sich trug, unermeßlich.

Als man den Vertrag von Bartenstein vereinbarte, durfte man noch große Hoffnungen hegen. Alles beruhte auf dem erfolg=

reichen Widerstand, welchen Russen und Preußen bei Preußisch-Eylau geleistet hatten. Die beiden Mächte hielten sich für fähig, nochmals die Weichsel zu überschreiten und Napoleon zurückzudrängen. Noch war Danzig in preußischen Händen. Die Engländer versprachen, mit Hülfe der Schweden, zu denen auch ein preußisches Corps stoßen würde, den Krieg im Rücken der von Napoleon eingenommenen Stellung zu eröffnen. Man glaubte auf eine Insurrektion in Deutschland rechnen zu können[1]). Oesterreich gab mehr Hoffnung, als bisher, daß es an dem Kampfe Theil nehmen werde.

Vergleicht man nun aber die Kräfte, welche von beiden Seiten in das Feld geführt wurden, so waren die napoleonischen offenbar die stärkeren. Durch eine Combination administrativer und militärischer Maßregeln, welche sein weites Reich umfaßten, wußte er 400 Lieues von der französischen Grenze entfernt ein Heer von 150,000 Mann ins Feld zu stellen, während die activen preußisch-russischen Truppen sich nicht höher als auf 88,000 Mann beliefen. Und wieder war das Glück vollkommen auf seiner Seite. Die Versuche, Danzig zu entsetzen oder auch nur diesen Platz durch Zufuhr von Munition widerstandsfähig zu machen, mißlangen wie durch ein ungünstiges Geschick. Kalckreuth, der mit der Vertheidigung des Platzes beauftragt war, und sie mit Geschicklichkeit leitete, hielt es zuletzt für einen Ruhm, daß er eine im Ganzen ehrenvolle Capitulation erlangte, ungefähr eine solche, wie sie den Franzosen bei ihrem Abzuge aus Mainz im Jahre 1793

1) Ein Herr von Lochsberg, der zu dem im Lippenschen angesiedelten Zweige dieses Geschlechtes gehört, giebt von der patriotischen Aufregung Kunde, die in dem Kurfürstenthum Hessen vorwaltete, wo zwar der erste Versuch der Opposition mit Gewalt unterdrückt worden, allein der Haß gegen Frankreich und die Liebe zu dem angestammten Fürst so allgemein sei, daß man auf die größten Anstrengungen aller Kräfte rechnen könne, sobald sich eine Gelegenheit zur Herstellung zeige; und vielleicht noch eifriger seien die Einwohner der von Preußen losgerissenen westfälischen Landschaften; sie seien voll von Enthusiasmus für das Haus Brandenburg, und durstig danach, sich an den Franzosen zu rächen. Vergl. Castlereagh Papers VI, 214.

bewilligt worden war. Die Unternehmungen in Schwedisch-Pommern griffen nicht auf die beabsichtigte Weise zusammen und mißlangen; die Oesterreicher zeigten eine Haltung gegen die Franzosen, welche drohend war, aber doch nicht gefährlich wurde; und den Unternehmungen der Engländer gegen Constantinopel und Aegypten, die der russischen Politik entsprachen, setzten sich die Osmanen selbst unter französischen Antrieben und die Mamelucken mit glücklichem Erfolg entgegen. Die Serben, die sonst durchaus sich an Rußland anschlossen, suchten jetzt die Unterstützung des französischen Kaisers nach. Die Perser traten in Bund mit Frankreich. Eine höchst umfassende Stellung, die nun mit einer unvergleichlichen Energie behauptet wurde.

Von allen Seiten hatte Napoleon die Hände frei, als der Krieg in Ost-Preußen wieder in vollen Flammen ausbrach. An und für sich faßten die Russen den Krieg eben als einen russischen auf. Der Gedanke regte sich, daß Rußland am Besten thue, wenn es Ost-Preußen ganz aufgebe und den Angriff Napoleons in dem eigenen Gebiet erwarte. Eine ähnliche Ansicht, wie die, welche der Minister Zastrow auf preußischer Seite mit ausschließlicher Berücksichtigung der Bedürfnisse Preußens verfocht. Die beiden Herrscher theilten diese Auffassungen nicht. Kaiser Alexander, der den Krieg als einen allgemein europäischen ansah und den zu Bartenstein gefaßten Plänen beistimmte, trieb die russische Armee in eine offensive Bewegung hinein. Die Russen waren stark genug, um bei Heilsberg eine geeignete und gut gewählte Position zu behaupten, aber doch nicht im Stande, die Franzosen aus Ost-Preußen zu verjagen, oder dieses Land gegen Napoleon zu vertheidigen. Man hat es als einen Fehler gegen alle Regeln der Strategie betrachtet, daß Napoleon, indem er den Russen eine entscheidende Schlacht zu liefern beabsichtigte, zugleich einen Theil seiner Truppen gegen Königsberg abgehen ließ: doch hat gerade das vornehmlich zu seinem Siege beigetragen. Denn indem Bennigsen, durch falsche Berichte verführt, sich überredete, die Hauptmacht Napoleons habe sich gegen Königsberg gewendet, hielt er es für möglich, den auf Friedland vor-

rückenden Feinden, die er nur für ein vereinzeltes Armeekorps ansah, erfolgreichen Widerstand zu leisten. Er würde, sagte er später, wenn er die Lage der Dinge gekannt hätte, sich niemals zu einer großen Schlacht entschlossen haben. Napoleon sah seinen Glücksstern nochmals über sich; als er vernahm, daß es am 14. Juni sei, an welchem er sich mit den Russen schlagen müsse, erweckte die Erinnerung, daß dies der Jahrestag der Schlacht von Marengo war, eine gleichsam fatalistische Zuversicht zu seiner Sache in ihm.

Hören wir den kurzen Bericht, den Bennigsen über den Verlauf der Schlacht seinem Kaiser erstattete. Die Franzosen sind, schreibt er, den ersten Tag zurückgeworfen worden; den andern haben die Russen die erneuerten Angriffe derselben standhaft ausgehalten und starke Colonnen zurückgetrieben. Aber am Abend um 7 Uhr hat der Feind einen allgemeinen Angriff begonnen. Dabei haben die Russen ihre besten Generale und Offiziere verloren; und diesem Verlust ist es zuzuschreiben, wenn die Truppen gegen den letzten Angriff nicht Stand gehalten haben[1]. Er schreibt dies in Allenburg, von wo er, sobald die Truppen sich ein wenig erholt haben, nach Wehlau gehen und sich am Pregel aufstellen wolle, um die Verstärkungen zu erwarten, welche aus Rußland anzurücken im Begriff sind. Der Ton dieses Briefes ist sehr gehalten; die Niederlage erscheint wie ein auf dem Rückzug, der jedoch nicht weiter erwähnt wird, beinahe zufällig erlittener Verlust. Aber schon, um für das Heranrücken der Verstärkungen Zeit zu gewinnen, hielt Bennigsen eine Unterhandlung mit dem Feind für nothwendig.

L'Estocq konnte nicht daran denken, Königsberg zu vertheidigen, er hätte fürchten müssen, vereinzelt und vernichtet zu werden. Am 16. nahm Soult die ostpreußische Hauptstadt in Besitz. Hierauf begegneten einander Franzosen und Russen am

1) Ein anderer Bericht meldet, daß die Russen vor dem überlegenen Feldgeschütz der Franzosen zerstoben seien.

Pregel. Am Niemen maßen sich einen Augenblick die Pfeile der Kalmücken mit den Gewehren der Tirailleure, die älteste Waffe mit der neuesten; die erste erschien in ihrer geringen Wirkung beinahe lächerlich.

Welch ein Umschlag aller Gesichtspunkte lag nun hierin für Preußen; man könnte die Bestürzung nicht beschreiben, welche die Nachricht von der Schlacht bei Friedland und von der Einnahme von Königsberg in Memel hervorbrachte, wo man sich auch von den eigenen Truppen entfernt und der Uebermacht eines gereizten Feindes wehrlos ausgesetzt sah. Eine Hoffnung bot noch die bereits beschlossene Wiederzusammenkunft zwischen dem Kaiser und dem König dar; sie fand am 21. Juni in Sczawl, einem alten Jagdschloß der Könige von Polen statt. Es war damals im Besitz eines russischen Magnaten, aber ohne die geringste Einrichtung; man war genöthigt, die unentbehrlichsten Mobilien von Juden zu erborgen. Auch Hardenberg war dahin geeilt, noch immer in der Hoffnung, daß seine Politik an der zwar geschlagenen, aber noch keineswegs vernichteten Streitmacht eine Stütze finden würde. Allein er mußte mit Schrecken erfahren, daß sich bereits das ganze russische System verändert hatte. Wir wissen, er war nie ohne Besorgniß gewesen, daß es Napoleon gelingen werde, Kaiser Alexander von der preußischen Sache, von der großen zu Bartenstein geschlossenen Verbindung loszureißen; er traute ihm nicht genug Energie zu, um im Falle eines Unglücks Widerstand zu leisten. Das Unglück aber der Waffen war es nicht allein, was den Kaiser Alexander bestimmte. Er war seines Kriegsheeres nicht mehr mächtig.

In der russischen Armee hatte sich im Laufe der letzten Monate eine starke Opposition gegen die Politik des Kaisers gebildet. Hardenberg hat wohl den Kaiser darauf aufmerksam gemacht, dieser Anfangs es nicht glauben wollen; dann aber, nachdem er mit seinem Bruder Constantin gesprochen, sich überzeugt erklärt, daß dem so sei. Constantin selbst stand an der Spitze dieser Opposition, man könnte sagen, eines russischen Partikularismus, der

sich nach der Entscheidung von Friedland in doppelter Stärke erhob. Es ist damals mit Bestimmtheit erzählt worden, der Großfürst habe den Kaiser an seinen Vater erinnert, der durch seine politische Halsstarrigkeit eine gräßliche Katastrophe über sich hereingezogen habe. Wäre dem auch nicht so, so wurde doch der Kaiser durch die Stimmung, welche seine Armee kundgab, dahin gebracht, daß er den Krieg in der angefangenen Weise nicht mehr fortsetzen zu können glaubte.

Bei dieser unerwarteten Wendung der Dinge stieg in Hardenberg der Gedanke auf, daß, wenn Preußen überhaupt gerettet werden solle, es nur durch eine Vereinbarung zugleich mit Frankreich und Rußland geschehen könne. Er faßte die weitaussehende Hoffnung, zu einer solchen dadurch zu gelangen, daß Preußen auf die letzten polnischen Erwerbungen Verzicht leiste, wozu denn auch die beiden anderen Mächte vermocht werden sollten. Polen sollte in dem Umfang wiederhergestellt werden, den es vor der zweiten Theilung gehabt hatte, Friedrich August von Sachsen sollte König von Polen werden, aber dafür den größten Theil von Sachsen an Preußen aufgeben, das sich wieder zu einer stattlichen norddeutschen Macht erhoben haben würde. Es war ein schon in Bartenstein gemachten Vorschlag, den er aber nun weiter ausbildete. Da Rußland und Oesterreich für die von ihnen herauszugebenden polnischen Landestheile entschädigt werden mußten, so richtete Hardenberg hiefür sein Augenmerk auf die Türkei, wo so eben Sultan Selim durch eine blutige Revolution entsetzt worden war — zur Strafe dafür, daß er die rechtgläubige Nation der ungläubigen ähnlich mache: so sagte man in Constantinopel, wo jetzt die Janitscharen die Oberhand behaupteten. Wie der letzte Krieg immer mit einer Beziehung auf die Türkei durchsetzt worden war, so gab Hardenberg dem Gedanken Raum, daß Eroberungen in der Türkei die Mittel zur allgemeinen Pacifikation darbieten würden.

Die Russen, die im Kriege mit den Osmanen begriffen waren, hatten nichts dagegen; sie sagten nur, der Vorschlag dürfe

nicht von ihnen herzukommen scheinen. Napoleon, der die Sache der Türken führte, hatte diesen Gedanken wohl schon selbst gefaßt; er machte ihn ganz zu dem seinen; er hat das damit entschuldigt, daß er mit Selim verbündet gewesen sei, nicht mit den Osmanen. In dem heftigen Conflikt zwischen Frankreich und Rußland, der eben in den Beziehungen zur Türkei seinen unmittelbarsten Ursprung hatte, erhob sich dieser Plan auch aus dem Grunde, weil weder die eine, noch die andere Macht in diesem Augenblick, wie die Sachen standen, auf die Osmanen rechnen konnte. Doch täuschte sich Hardenberg, wenn er meinte, daß daraus ein Vortheil für Preußen entspringen könnte. Seine Combination enthielt einen genialen, aber doch chimärischen Gedanken, der sich nur dadurch erklären läßt, daß Preußen durch die Pacifikation zwischen Frankreich, von dem es sich nochmals entfrembet, und Rußland, bei dem es Unterstützung zu finden geglaubt hatte, in eine verzweiflungsvolle Lage gerieth, in der man irgend eine rettende Auskunft zu finden suchte. Aber nicht auf den Vortheil Preußens waren die Intentionen der paciscirenden Mächte gerichtet. Zwischen Frankreich und Rußland war bereits ein Waffenstillstand geschlossen, bei dem auf Preußen keine Rücksicht genommen war. Die Aeußerungen des anwesenden russischen Ministers lauteten jetzt feindselig gegen England, nicht mehr gegen Frankreich. Kaiser Alexander erklärte dem König, er könnte nichts mehr thun. Die Abwandlung der Gesichtspunkte war ebenso durchgreifend, als sie rasch vor sich ging. Nicht allein von einer Pacifikation mit Frankreich war jetzt bei den Russen die Rede, sondern von einer Verbindung mit demselben. Die Nachgiebigkeit Alexanders kann nicht eigentlich als Charakterschwäche betrachtet werden. Es war zugleich Politik, die nicht zwar in ihm entstanden, aber doch von ihm ergriffen wurde. Eine Abkunft mit Napoleon bot auch für ihn große und unbestreitbare Vortheile dar, wenn er nur die Ideen von Bartenstein fallen ließ. Diese waren durch das Ereigniß von Friedland unausführbar geworden. Der revolutionäre Kaiser hatte

nochmals einen Sieg über die Coalition, an deren Wiederherstellung man arbeitete, davongetragen. Daß es nur auf ihn angekommen wäre, die Russen bei weiterem Vordringen vollends zu zersprengen, läßt sich nicht behaupten. Auch für Napoleon bot es eine große Aussicht, wenn er Rußland bewog, sich seinem System überhaupt anzuschließen. Hatte er nicht den Krieg gegen Preußen hauptsächlich deshalb unternommen, weil er in demselben eine Vorhut von Rußland und, wie die Dinge damals standen, zugleich von England erblickte? In der erwähnten Botschaft an den Senat wird diese Absicht, nach welcher sein Krieg gegen Rußland zugleich gegen England gerichtet war, mit Bestimmtheit ausgesprochen. Da kam es ihm nun zu Statten, daß auch zwischen Rußland und England Zwistigkeiten ausgebrochen waren.

Kaiser Alexander hatte eine Anleihe von sechs Millionen Pfund von England verlangt, wovon eine Million sogleich gezahlt werden sollte, um bei seiner Rüstung verwendet zu werden. Die Bedingungen waren denen ähnlich, welche einst bei der Entzweiung der Engländer mit Preußen dem Kaiser Franz bewilligt worden waren; dabei aber hatten sich mannichfaltige Schwierigkeiten ergeben, und in England schlug man eine ähnliche Verpflichtung gegen Rußland einzugehen gradezu ab. Es ist doch auffallend, wie sehr diese englische Sparsamkeit der französischen Uebermacht mehr als einmal nützlich gewesen ist. Wären im Jahre 1794 die englischen Subsidien nicht sistirt worden, so würde Friedrich Wilhelm II. nochmals ins Feld gegangen sein: an den Frieden von Basel wäre nimmermehr zu denken gewesen. Jetzt versagten sie auch dem russischen Kaiser die Mittel, deren er bedurfte, um seine Kriegsmacht in Preußen in einen Stand zu setzen, der einen beharrlichen Kampf gegen Napoleon möglich gemacht hätte. Ueberdies war der alte Hader, der sich auf das Seerecht bezog, zwischen Russen und Engländern aufs Neue ausgebrochen. Einige russische Fahrzeuge waren an der französischen Küste genommen worden; die Engländer bestanden auf der strengen Ausübung ihrer Herr-

schaft über die See, ohne Rücksicht auf die Rechte der Neutralen.

Wenn nun Napoleon immer die Absicht kundgegeben hatte, die englische Seeherrschaft von dem Continent her zu bekämpfen, so bot sich ihm jetzt eine kaum erwartete Gelegenheit dazu dar. Die Russen waren es müde, den Krieg gegen Frankreich in Verbindung, wie einst mit Oesterreich, so jetzt mit Preußen zu führen. In der Armee gab sich, wie erwähnt, ein Widerwille gegen die Fortsetzung des preußischen Krieges kund, den man an dem preußischen Hofe bitter empfand, wie er denn auch in Bezug auf die Waffengemeinschaft sehr ungerechtfertigt war. Die Russen begehrten eine Abkunft mit Napoleon, vor welcher die Ideen ihres Kaisers zu Gunsten einer allgemeinen Restauration zurücktreten mußten. Den Russen war es genug, wenn sie in ihren türkischen Unternehmungen von den Franzosen nicht gehemmt wurden. Man traf darüber eine Uebereinkunft, durch welche die beiden Fürstenthümer neutralisirt und die früheren Ansprüche der Russen, wenngleich nicht ausdrücklich anerkannt, doch auch nicht für ungültig erklärt, vielmehr einer ferneren Convention vorbehalten wurden. Unter diesen Umständen konnte Alexander auf den Vorschlag Napoleons eingehen, sich dem Continental-System anzuschließen, in dessen Ausbildung dieser Fürst soeben mit einem Eifer begriffen war, als liege darin die Wohlfahrt der Welt. Der Friede, welchen Rußland und Frankreich zu Tilsit schlossen, war zugleich Allianz gegen England. Man vereinbarte, daß den Engländern Vorschläge in Bezug auf das Seerecht und die Rückgaben der Colonien gemacht werden sollten, von denen sich mit Gewißheit voraussehen ließ, daß sie dieselben niemals annehmen würden. In diesem Falle aber versprachen Rußland und Frankreich einander, gemeinschaftliche Sache zu machen, nicht allein gegen England, sondern gegen alle die Staaten, die mit England verbündet seien und es bleiben würden. Welche Eventualitäten aber lagen hierin? Frankreich und Rußland nahmen Bedacht, auch die Höfe von Schweden, Portugal, Dänemark, zu ihren

Maßregeln herbeizuziehen. Die Absicht ging auf die Ausdehnung der kommerziellen Feindseligkeit Frankreichs gegen England über den Continent. Wie nun aber, wenn die Mächte an England festhielten, wie man dies von Portugal und Schweden nicht anders als erwarten konnte? Dann traten neue politische Verhältnisse im Norden und Süden ein.

Der König von Schweden hatte seinen Krieg gegen Frankreich erst eröffnet, als bereits Alles verloren war; es war nur ein Nachspiel des Feldzuges, wenn er genöthigt wurde, Pommern und Rügen zu verlassen. Der König von Preußen konnte ihn nicht unterstützen; Rußland nahm sogar eine feindselige Richtung gegen Schweden, mit dem es in uraltem nationalen Gegensatze begriffen war. Peter der Große lebte gleichsam wieder auf, wenn der russische Hof den Gedanken faßte, sich der schwedischen Colonie Finnland, die noch mehr als einmal für Petersburg gefährlich erschienen war, auf immer zu versichern; dazu bot nun die mit Schweden von jeher verbündet gewesene Macht Frankreich selbst die Hand. In dessen eigenem Interesse lag es jetzt, wenn Rußland die Schweden angriff.

Den Franzosen ihrerseits war nicht viel weniger an der Besetzung von Portugal gelegen. Vor den letzten Ereignissen war von einer gemeinschaftlichen Occupation Portugals zwischen Frankreich und Spanien die Rede gewesen. Wenn seitdem die Spanier doch auch wieder Abneigung gegen die französische Politik gezeigt hatten, indem sie Sicilien dem Hause Bourbon nicht entreißen lassen wollten, so lag darin für Napoleon ein Motiv, keine neuen Verwicklungen zu erwarten, sondern das alte Projekt unmittelbar auszuführen. Auch Rußland fügte sich jetzt in die Besitznahme Siciliens durch einen Napoleoniden, so daß das Einverständniß Napoleons mit Rußland die Bourbonen vollends isolirte. Napoleon durfte darauf rechnen, daß er bei der Besitznahme von Portugal keinen Widerstand von den spanischen Bourbonen zu fürchten habe; auch diesen sollte vielmehr ein Antheil an der Beute zufallen; ein spanisches Kaiserthum, das sich über Europa und Amerika aus-

dehnen sollte, wurde in Aussicht gestellt. Es waren Absichten, welche sich über die beiden Hemisphären erstreckten.

Zugleich mußte Rußland, wenn es Frieden haben wollte, auf die Umgestaltung Deutschlands, gegen welche es die Waffen erhoben hatte, eingehen; es mußte den Umfang des napoleonischen Reiches dem Oubrilschen Vertrage gemäß mit einigen Modifikationen anerkennen. Es trat den Besitz der sieben Inseln an Napoleon ab, der die Erwerbung der Herrschaft im Mittelmeer unverrückt im Auge behielt. Auch von einer Gewährleistung der beiderseitigen Interessen in Bezug auf das osmanische Reich ist hiebei die Rede gewesen. Wer hat nicht von den Entwürfen gehört, welche Napoleon und Alexander dort unter sich vereinbart haben sollen?

Man nimmt an, daß der französische Kaiser dem russischen den Vorschlag dazu gemacht, durch diesen Vorschlag seinen Ehrgeiz und seine Phantasie angeregt und ihn gewonnen habe. Die allgemeine Meinung geht dahin, daß Rußland Moldau und Wallachei, Bessarabien und Bulgarien habe erhalten sollen, Frankreich dagegen Albanien, Thessalien, Morea und Candia [1]). So lautet auch in der Hauptsache der Entwurf von Sczawl, nur daß für Rußland auch Rumelien, für Frankreich Livadien und die Inseln des Archipel bestimmt werden.

Wir stehen jedoch davon ab, Pläne zu erörtern, die einen phantastischen Beigeschmack haben. Zuverlässig ist nur das, was der Allianz=Vertrag zwischen Rußland und Frankreich enthält. In dem achten Artikel desselben sind die Fälle bestimmt worden, von denen doch sehr wahrscheinlich war, daß sie eintreten würden, in welchen Frankreich und Rußland gemeinschaftliche Sache gegen die Osmanen zu machen und denselben ihre Provinzen in Europa zu entreißen, nur mit Ausnahme von Constantinopel und Rumelien, vereinbarten [2]).

Indem die beiden großen Mächte gleichsam die Herrschaft über Europa mit einander zu theilen den Anlauf nahmen, muß=

1) Thiers, 7, 517.

2) La France fera cause commune avec la Russie contre la Porte

ten ihnen die Angelegenheiten eines so machtlosen Staates, wie damals der preußische war, in den Hintergrund treten. Für Preußen war der Umschwung der Dinge, die Vereinigung der Mächte, die so eben noch im heftigsten Kampfe gestanden, verhängnißvoll. Vor der Schlacht von Friedland konnte sich Hardenberg schmeicheln, sein Ziel, das Zustandebringen einer großen Coalition gegen Napoleon, demnächst wirklich zu erreichen. Er zweifelte nicht, daß England seinem System der Sparsamkeit entsagen, effektive und nachhaltige Hülfe leisten würde. Die in London eingeleiteten Unterhandlungen führten soeben zu einem Vertragsentwurf, der die engste Vereinigung anzukündigen schien. Die Differenzen über Hannover waren bereits geschlichtet. Preußen hatte sich bereit erklärt, nicht nur das ihm gebliebene Gebiet auf das Aeußerste zu vertheidigen, sondern auch alle Kräfte zur Wiedererlangung des Verlorenen anzustrengen. Dazu verhieß England die für die damaligen Verhältnisse sehr beträchtliche Summe von einer Million Pfund in verschiedenen Raten beizusteuern[1]). Jetzt aber ließ sich diese Convention nicht mehr ausführen.

An sich war es dem Minister Hardenberg erwünscht, daß ein englischer Bevollmächtigter Lord Gower in diesem Augenblick in Memel eintraf. Er hatte die Absicht, denselben zu den Conferenzen in Sczawl herbeizuziehen. Schon war jedoch die Abneigung der Russen gegen eine Verbindung mit England eine so ausgesprochene, daß Hardenberg selbst den englischen Bevollmächtigten bitten mußte, nicht zu kommen.

Ottomane, et les deux H. P. conviendront pour soustraire toutes les provinces de l'Empire Ottoman en Europe, la ville de Constantinople et la province de Roumelie exceptées, au joug et aux vexations des Turcs. Unbedingt authentisch sind diese Worte nicht; dem Redakteur der neuesten Sammlung der französischen Verträge Declercq sind sie nicht im Original mitgetheilt worden. Er folgt dabei den Notizen, welche Bignon gegeben hat; er bezeichnet diese als Aufzeichnung à peu près littérale.

1) Traité de subsides signé le 27 juin 1807 par le Baron de Jacobi-Kloest avec l'Angleterre, non avenu par les circonstances.

Statt mit England die beabsichtigte Coalition gegen Napoleon zu Stande zu bringen, wurde Preußen vielmehr genöthigt, sich der Allianz Frankreichs und Rußlands gegen England anzuschließen. Der preußische Staat hatte eben keinen selbständigen Willen mehr; sein Schicksal hing überhaupt von dem Verhältniß der beiden Kaiser und der beiden Reiche ab.

Auf seine Weise hatte Napoleon eine Zusammenkunft mit dem Czaren, wie denn von einer solchen schon vor der Schlacht bei Austerlitz die Rede gewesen war, in Vorschlag bringen lassen. Alexander ging jetzt mit einer Art von hastiger Begier, den großen Gegner, der ihm in der Welt gegenüberstand, kennen zu lernen, auf diesen Vorschlag ein. Die Zusammenkunft fand am 25. Juni statt; nach einer Sitte der ältesten Zeit, auf dem Fluß, der die Gebiete scheiden sollte. Auf dem Niemen war eine Flöße hergerichtet, auf der man einen anmuthig verzierten Pavillon angebracht hatte, in welchem zuerst Napoleon und Alexander zusammentrafen, denen sich später Friedrich Wilhelm III. beigesellte. Daß dabei von den großen Geschäften gesprochen worden sei, ist doch nicht so gewiß, als man annimmt; bei seiner Rückkehr hat Alexander ausdrücklich versichert, es sei von nichts Wichtigem die Rede gewesen. Auf den König von Preußen hatte es fast den meisten Eindruck gemacht, daß Napoleon die preußische Militär-Verfassung kritisirte, besonders die Stellung der Hauptleute, welche ihnen Gelegenheit zur Bereicherung verschaffe. Der König bemerkte: das habe er ja immer gesagt; aber er zeigte doch einige Verstimmung darüber.

Abgesehen von allem Nebensächlichen, muß die Zusammenkunft als eine der großartigsten Erscheinungen der neueren Weltgeschichte betrachtet werden: das Oberhaupt des revolutionären Frankreich, der kriegsgewaltige Corse, erschien in der Mitte der Nachfolger Friedrichs II. und Katharinas II. nicht allein als ebenbürtig, sondern als ihr Besieger. Der Kaiser von Rußland und der König von Preußen begleiteten ihn bei seinen Truppenbesichtigungen, wie man damals gesagt hat, gleich als seien sie

seine Adjutanten. Napoleon machte in der Mitte seiner Generale den Eindruck unüberwindlicher Energie und Superiorität; patriotische Preußen, die ihn sahen, haben ausgesprochen[1]): Niemand werde ihn zu Grunde richten, er werde Alles zermalmen; sie betrachteten ihn als den Mann des Schicksals. Weniger wurde er an dem Hofe der Königin von Preußen bewundert. Die Damen derselben haben ihn als den incarnirten Erfolg bezeichnet, mit einer Art von Widerwillen. Das Allerfalscheste war es wohl, die stolze und schöne Königin von Preußen mit ihm in Berührung zu bringen; das Gemüth, welches sich über erfahrene Beleidigungen hinwegsetzt, um dem Lande zu nützen, mit dem Manne des Calcüls, der nur die zukünftigen Erfolge berechnet. Auf den Grund, daß Napoleon geäußert hatte, er wolle den König gut behandeln, wenn man ihm nur Vertrauen beweise, hat die Königin denselben zu großherziger Mäßigung aufgefordert: denn nur dadurch werde er den König zu seinem Freunde machen, aber unmöglich werde das sein, wenn er ihn schwäche und erniedrige. Napoleon war liebenswürdig, wie er zu sein wußte; er ließ freundschaftliche Versicherungen verlauten, welche die Königin mit Hoffnung erfüllten. Aber des andern Tages sagte er laut, das seien Alles nur Phrasen der Höflichkeit gewesen; er sah es als einen Triumph an, daß die vielgerühmte, noch immer in Schönheit strahlende Fürstin, der er Geist und Beredtsamkeit zuschreibt, sich bewegen ließ, ihn zu bitten; er gefiel sich darin, daß er standhaft genug gewesen sei, deren Bitten kein Gehör zu geben[2]).

Wie er seine imperatorischen und dynastischen Gedanken an der Saale und Elbe gefaßt hatte, so wollte er sie jetzt zur Aus=

1) Altenstein an Schön, den 5. Juli 1807: „diesen werdet ihr nicht zermalmen, war mein Gedanke, als ich ihn betrachtet hatte und die anderen Herren um ihn stehen sah. Er ist von Gott gesandt, die Schwäche zu zermalmen und Kraft zu erregen." Aus Schöns Papieren II, S. 24.

2) Vergl. Bd. III S. 501 und A. v. R. Sophie Schwerin S. 324. Die Erzählungen über diese Zusammenkunft sind mit Ueberlieferungen ausgeschmückt, die zugleich eine politische Tendenz und eine poetische Färbung haben.

führung bringen. Hardenberg hatte sich geschmeichelt, durch persönliche Unterhandlungen noch etwas auszurichten. Graf Kalckreuth, der zuerst zu Napoleon geschickt wurde, war eigentlich nur bestimmt, die Unterhandlung zu eröffnen, die Hardenberg dann führen sollte.

Aber die Art und Weise Napoleons war es, die Handlungen seiner Gegner und ihrer Minister zu verfolgen. So hat er den Cardinal Consalvi aus dem Staatssekretariat des römischen Stuhles vertrieben und später einmal in Preußen selbst die Entlassung des Ministers Stein beinahe zu einer Friedensbedingung gemacht. Hardenberg war ihm vorlängst widerwärtig gewesen; er war der Vermittler einer werdenden Coalition, die jetzt auseinandergesprengt worden war. Mochte nun Napoleon von der Convention zu Bartenstein Kenntniß haben, oder nicht, so viel leuchtete aus der ganzen Haltung Hardenbergs hervor, daß er in den Ideen einer künftigen Restauration lebte. Genug, Napoleon weigerte sich, mit Hardenberg zu unterhandeln: er wollte ihn nicht als Minister der auswärtigen Angelegenheiten am preußischen Hofe dulden. Der Grund, den er angab, war, daß Hardenberg einst, indem er einen Besuch Laforests zu empfangen vermied, die französische Nation und ihn selbst beleidigt habe. Zu den Erfolgen des Sieges gehörte es, daß der Mann, in dem sich die Idee der Theilnahme Preußens an dem Widerstande gegen die allgemeine Domination Frankreichs hauptsächlich repräsentirte, aus den Geschäften entfernt wurde. Kalckreuth war nun gewiß der Mann nicht, um den französischen Anforderungen Widerstand leisten zu können; er nahm einen Waffenstillstand an, wie man ihn von französischer Seite verlangte, so viel sich auch dagegen einwenden ließ. Man gesellte ihm den aus Petersburg zurückgekommenen Grafen Goltz bei; aber auch der konnte nicht zu der mindesten Einwirkung gelangen.

Alles wurde dadurch bestimmt, daß Napoleon aus dem Machtbereich und Gebiet von Preußen zwei neue Staaten bildete: aus den polnischen Provinzen das Herzogthum Warschau, das dem

König von Sachsen zu Theil wurde, und im Westen der Elbe das Königreich Westfalen, dem er seinen jüngsten Bruder Hieronymus zum König gab. Das neue Königreich wurde aus den Gebieten der alten verbündeten Häuser, Hessen und Braunschweig, und den preußischen Landschaften jenseit der Elbe zusammengesetzt. Es waren die ältesten unvermischtesten deutschen Populationen, die jetzt einem französischen Machthaber unterworfen wurden. Dadurch nun wurde der Rheinbund, den Preußen hatte bekämpfen wollen, mächtig verstärkt. Napoleon benachrichtigte seinen Bruder von seiner Erhebung auf den Thron am 7. Juli unmittelbar nach dem Abschluß mit Rußland, ehe er mit Preußen abgeschlossen oder auch nur unterhandelt hatte. Ueber den Frieden von Tilsit, insofern er Preußen betraf, ist eigentlich mit dieser Macht gar nicht unterhandelt worden.

Die Bedingungen des Friedens wurden von Napoleon in einigen Diktaten festgesetzt, die er zuerst an Kaiser Alexander gelangen ließ. Alle Erinnerungen, die an diesen ergingen, um ihn an seine Verpflichtungen gegen Preußen zu mahnen, waren vergeblich. Hardenberg sagt, er habe das Steuerruder verloren und sich gestellt, als führe er es noch. Die Bedingungen wurden dem Grafen Goltz, von Talleyrand, der sie auf einzelnen Blättern aus seinem Portefeuille hervorzog, eingehändigt, mit der Aeußerung, daß darin keine Aenderung vorgenommen, noch auch Verzug für ihre Annahme gestattet werden könne; am 9. Juli sind sie von Kalckreuth und Goltz unterschrieben worden.

Napoleon nahm recht geflissentlich die Miene an, daß es nur die Rücksicht auf Rußland sei, durch die er bewogen werde, dem König von Preußen den Besitz der Landschaften, die er ihm ließ, zu gönnen. Alles aber, was zwischen Elbe und Rhein zu Preußen gehört hatte, wurde aufgegeben. Das neue Königreich Westfalen und seinen Bestand erkannte der König von Preußen an. Es war der erste Gedanke Napoleons gewesen, Preußen von Deutschland auszuschließen. Jetzt verkündigte er seinem Senate mit Selbstgefühl, daß ein französischer Prinz an der Elbe herrschen

werde. Preußen sollte nur eben eine intermediäre Macht zwischen Frankreich und Rußland sein; die Elbe und der Niemen sollten seine natürlichen Grenzen bilden. Rußland wurde sogar auf Kosten von Preußen vergrößert, um diese Grenze zu consolidiren. Sich der Sache der Polen, wie diese es wünschten, im Großen und Ganzen anzunehmen, wurde Napoleon durch die mit Rußland eingegangene Allianz verhindert. Nur die aus den späteren Theilungen für Preußen erwachsenen Vergrößerungen wurden demselben entrissen und zu dem Herzogthum Warschau gestaltet; was insofern doch eine Bedeutung für die Ausbildung der revolutionären Ideen hat, als französische Einrichtungen, wiewohl mit großer Schonung des Bestehenden, eingeführt wurden und die ihnen zu Grunde liegenden Begriffe sich weiter Bahn machten. Der Verlust der Provinz und die Auseinandersetzung darüber waren für Preußen gleich empfindlich; selbst das Privateigenthum wurde davon betroffen.

Bei alledem blieben doch dem König die vier großen Provinzen, die den Kern der Monarchie ausmachten: Preußen, Pommern, Schlesien und die Mark Brandenburg. Diese Provinzen haben das Gemeinsame, daß sie deutsche Colonien auf dem altslavischen Boden bilden, sodaß die Ausdehnung der deutschen Nation nach dem Osten in ihnen besonders sich darstellt; sie blieben in dem geographischen Zusammenhange, den ihnen Friedrich der Große gegeben hatte.

Dieser Besitz wurde aber dadurch verkümmert, daß wenige Tage nach dem Friedensabschluß von Tilsit ein Vertrag zu Königsberg eingegangen werden mußte, der, an einen Artikel des Friedens anschließend, zwar die Räumung der Provinzen nach und nach verfügte, allein unter der Bedingung, daß die dem Lande auferlegte Contribution abgezahlt, oder für den Rest derselben solche Sicherheiten ausgestellt würden, die der General-Intendant Daru für gültig anerkenne. Man versäumte die Summe der Contribution zu bestimmen, sowie die Art und Weise der Zahlung, während doch die Einziehung der landesherrlichen Steuern für

den König davon abhing. Drei französische Armeecorps blieben auf preußischem Gebiete stehen.

So wurde dem Verlust der westlichen Landschaften ein Druck auf den Staat, inwiefern er conservirt wurde, hinzugefügt, der die Kräfte desselben fesselte und großentheils verzehrte. Von der Zahlung der Contribution, die nicht aufzubringen war, wurde die Befreiung des Landes von der Occupation abhängig gemacht. Die Lage war verzweiflungsvoll.

Eben an diesen Moment der tiefsten Erniedrigung von Außen knüpfte sich die Idee der Regeneration von Innen her.

Denn nicht ein Spielball zwischen den beiden großen Mächten sollte Preußen werden, sondern auf seinen eigenen Füßen mußte es stehen, wenn es jemals in der Welt etwas bedeuten wollte.

Achtes Capitel.

Umbildung der inneren Regierung.

Die Meinung, daß in der Civilverwaltung in den ersten Jahren Friedrich Wilhelms III. Alles verdorben und zum Untergange reif gewesen, darf man nicht gradehin wiederholen. Auch die, welche dieselbe reformiren wollten, erkannten doch an, daß darin mehr Ordnung und Ehrlichkeit geherrscht habe, als in den meisten anderen Staaten der Zeit. Wenn dem preußischen Beamtenwesen der Vorwurf gemacht wird, daß die Anstellungen zugleich als persönliche Versorgungen betrachtet worden seien, so kann man fragen, wo und wann das in einem monarchischen Staat anders gewesen ist. Aber wie schon oben berührt, nach dem Tode Friedrichs II. fehlte es an der starken Hand, die das ganze System nach Einem Ziele leitete. Die Ausdehnung, die es bei den Erweiterungen des Staates erfuhr, wirkte dazu mit, die Beamtenwelt selbständiger zu machen. Ein allgemeiner Formalismus nahm überhand, gegen den wenig auszurichten war. Nicht als ob es an Bestrebungen zur Verbesserung gefehlt hätte: in allen Zweigen der Administration gab es gute Köpfe, welche nach einer Verbesserung trachteten; allein sie konnten nicht durchdringen. Die Minister selbst konnten es nicht; häufig waren sie unter einander entzweit.

Bei diesem Verhältniß der Behörden war nun das Kabinet des Königs zu einer großen Wirksamkeit gelangt. Wie Beyme einmal sagt, die Kabinetsräthe mußten den Streit der Behörden unter einander verhüten; indem sie aber auch die Minister selbst

unter ihrer Einwirkung zu halten suchten, gaben sie den untergeordneten Behörden ein Gefühl von Widerstandskraft gegen diese, was eine gewisse Insubordination veranlaßte, sodaß alle wichtigen Entscheidungen an die Kabinetsräthe gelangten. Sie repräsentirten die höchste Autorität, sie handelten unter dem persönlichen Einfluß des Monarchen. Aber dieser selbst kam in den Fall, mit seinen Ideen, die in vielen Beziehungen auf Reformen zielten, nicht durchdringen zu können. Das Kabinet griff in Alles ein, ohne jedoch zu einer eigentlichen Leitung der Geschäfte zu gelangen. Alles war von Rücksichten bedingt, welche Gedanken durchgreifender Verbesserungen zwar nicht erstickten, aber doch lähmten und nicht zur Ausführung kommen ließen. Auch die Autorität, welche Graf Haugwitz in den auswärtigen Angelegenheiten ausübte — denn in die inneren griff er wenig ein — beruhte auf seiner Verbindung mit dem Kabinet, besonders mit dem Kabinetsrath Lombard. Der ganze Zustand entsprach dem System des Friedens und der Mediation, in welchem man lebte und das man aufrechtzuerhalten bemüht war. Auch ließ sich wohl denken, daß es einer schwankenden und nicht eben starken französischen Regierung gegenüber, wie die des Direktoriums war, sich behauptet haben würde; nicht aber im Kampfe mit Napoleon, der die kriegerischen Tendenzen der französischen Republik durch das Glück seiner Waffen verdoppelte und eine universale Herrschaft auf dem Kontinent anstrebte.

Indem in Frankreich alle Kräfte zu dem Einen Zweck des Krieges zusammen genommen wurden, kam in Preußen die militärische Organisation, welche das Wesen der Monarchie constituirte, doch nicht zu voller Erscheinung. Civil-Verfassung und militärische Einrichtungen griffen nicht gehörig in einander. Ich will davon nur ein Beispiel anführen, welches schlagend ist. Dem kampfgerüsteten und unzuverlässigen Feinde gegenüber blieben die preußischen Festungen vernachlässigt, nicht weil die Militärbehörden ihre Aufmerksamkeit nicht darauf gerichtet hätten, sondern weil es die finanzielle Verwaltung nicht gestattete. Die Einrichtung

war, daß die Erträge der Kassen und die für die Ueberschüsse angemessen scheinende Verwendung zusammen alljährlich dem König vorgelegt wurden, nach den verschiedenen Zweigen der Administration. Von den Summen der Ueberschüsse aber hing es ab, was man etwa vornehmen könne: Da hatten sich nun seit einiger Zeit keine Ueberschüsse gefunden, die zur Verbesserung der Mängel in den Festungen, wiewohl man sie kannte, hätten verwendet werden können, was keine Gefahr zu haben schien, so lange das System des Friedens und der Neutralität anhielt. Auch in anderen Zweigen ließ sich Aehnliches wahrnehmen. Es gab eben kein Mittel, um die Centralverwaltung in Stand zu setzen, dem augenscheinlichen Bedürfniß gerecht zu werden. Der Fehler des Grafen Haugwitz lag vor Allem darin, daß er in einer plötzlichen Aufwallung den Krieg, den er eigentlich nicht wollte, doch provocirte, ohne eine nachdrückliche Vertheidigung irgend wie vorbereitet zu haben. Mit der Doppelschlacht von Jena und Auerstädt war die Sache, die man verfocht, überhaupt so gut wie verloren. In jeder anderen Beziehung wurde der militärische Staat ungerüstet gefunden. Der unerwartete und schimpfliche Fall der Festungen trug zu dem Verderben nicht weniger bei, als die Niederlage selbst. Der allgemeine Ruin brachte es mit sich, daß das ganze System, wie es vor dem Kampf gewesen war, nicht behauptet werden konnte, sondern zu Grunde gehen mußte.

Schon vor der Katastrophe ist, wie oben erwähnt worden, das Ungenügende dieses Zustandes sehr ernstlich zur Erwägung gekommen. Der Finanzminister Freiherr von Stein, der in seinem eigenen Fache, besonders bei den Geldgeschäften und dem Bankwesen die obwaltenden Schäden schonungslos angriff, brachte auch die Unzuträglichkeit der allgemeinen Verwaltungszustände mit der ihm eingeborenen Energie zur Sprache. Was ihn dazu bewog, waren nicht allein die inneren Mängel, sondern auch die äußeren Gefahren, — das allgemeine Mißtrauen, welches die Politik des Grafen Haugwitz und sein Einverständniß mit dem Kabinetsrath Lom-

erweckte. Wir bemerkten schon, daß weder Stein noch die Mitglieder des Hofes und der Verwaltung, die sich ihm einige Zeit darauf anschlossen, einen vollkommenen Begriff von der Politik des Königs hatten; sie urtheilten nach den Eindrücken, welche das politische Verhalten der Regierung in aller Welt hervorrief. Aber die hieraus entspringende Remonstration war in ihrem allgemeinen Inhalt, der das Innere und das Aeußere umfaßte, keineswegs ohne Grund. Man wollte sich der Kabinetsräthe entledigen, die einen überwiegenden Einfluß, aber keine Verantwortlichkeit hatten, und denen die öffentliche Stimme alles Unheil zuschrieb.

Nachdem die großen Unglücksfälle erfolgt waren, traten diese Tendenzen in den Vordergrund. Den nächsten unmittelbarsten Anlaß dazu gab der Rücktritt des Grafen Haugwitz nach den Berathungen von Osterode (November 1806) und die dadurch eintretende Nothwendigkeit, das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten anderweitig zu besetzen. Lombard, von allgemeinem Haß betroffen, einmal gefangen gesetzt, dann wieder befreit, erschien nicht mehr in der Nähe des Königs; aber Beyme hatte sich im Kabinet gehalten. Eigentlich auf dessen Rath war es, daß das vakante Ministerium dem Minister Stein angeboten wurde. Stein lehnte die Stellung, zu der er nicht hinreichend vorbereitet sei, ab und richtete die Aufmerksamkeit wieder auf Hardenberg, der immer noch Kabinetsminister, doch damals von allen Berathungen fern gehalten wurde. Seinerseits aber brachte nun Stein die früheren gegen die Kabinetsregierung erhobenen Beschwerden wieder zur Sprache. Nicht gegen die königliche Autorität waren dieselben gerichtet, sondern gegen die Dazwischenkunft einer intermediären Behörde in der Gewalt. Die Minister, sagte er in seinem Antwortschreiben an den König, die entschlossen sind, alle ihre Kräfte dem königlichen Interesse und dem Wohle der Nation zu widmen, fühlen sich auch werth, mit der Verantwortlichkeit für die in ihren Geschäftskreis fallenden Maßregeln die freie Einleitung und eine unmittelbare Erwägung derselben mit dem König selbst zu erhalten. Aber zwischen König und Minister habe sich

eine Kabinetsregierung eingedrängt, die auf das Verhältniß der Minister selbst zu ihren Beamten zurückwirke. Er erinnert daran, daß man auf Vernichtung dieser Form angetragen habe, sobald ihre Unzuträglichkeit erkannt worden sei. Schrecklichen Ereignissen, so fährt er fort, seien schrecklichere gefolgt. Vereinzelt, wie sie seien, vermögen die Minister nicht, die Kraft zu vereinigen, welche den ersten Anfang besserer Zeiten bereiten könnte. Denn nicht allein auf Weiterführung der Regierung, sondern zugleich auf Wiederherstellung der Macht war die Absicht gerichtet. Wenn der König, so sagt Stein ferner, seine Minister in ein Conseil versammle, und die ihm vorgelegten Pläne mit der ihm eigenen väterlichen Liebe zu seinen Unterthanen leite, so würden die abgerissenen Provinzen zum Entschluß gefahrvoller Anstrengung aufgerichtet und in den andren, die man noch inne habe, der trüben Hoffnungslosigkeit gesteuert werden, die allem edlen wie guten Willen Feind sei.

Die Einreden gegen das Kabinet waren, wie man sieht, dergestalt von Anfang an mit der Idee zur Herstellung der Monarchie verbunden. Der Kabinetsrath Beyme, ein wissenschaftlich gebildeter Mann, im Allgemeinen einer liberalen Richtung zugewandt, war nicht unempfänglich für die Idee der Wiederherstellung, noch auch blind gegen die Mängel der Verfassung. Aber das Uebel erblickte er in der Mannichfaltigkeit der neben einander aufgerichteten Behörden, zwischen denen ein innerer Krieg ausbrechen würde, wenn das Kabinet nicht über ihnen bestände. Er behauptete, niemals sei durch das Kabinet etwas Gutes verhindert worden, vielmehr habe es die Abschaffung der Mißbräuche, allgemeine Verbesserungen angestrebt; es habe in dem steifen Festhalten der Behörden an dem einmal Hergebrachten Hindernisse gefunden. Die Minister sämmtlich in ein Conseil zu vereinigen, würde keinen Vortheil bringen; aber sehr nützlich könne es werden, die drei Vornehmsten derselben, den Minister der auswärtigen Angelegenheiten, den Kriegsminister und einen dritten, den er als Direktorial-Minister für das Innere bezeichnet, um den König zu ver-

sammeln, mit denen derselbe alle großen Angelegenheiten des Staates, besonders jede neue Einrichtung, unmittelbar erwägen könne. Beyme hielt für möglich, eine solche Einrichtung mit dem bisherigen System zu vereinigen; ein Kabinetsrath sollte das Protokoll in den Sitzungen führen und die Ausfertigung der unmittelbar zu vollziehenden königlichen Befehle übernehmen[1]).

Durch diese Erklärung Beymes wurde nun aber Stein bei weitem nicht befriedigt. Die Verbindung eines Ministerconseils mit dem Institut der Kabinetsräthe verwarf er unbedingt. Er sagt: der König wähle und entlasse seine Minister; weshalb solle er sich vertrautere Räthe als sie zur Beurtheilung eines jeden von ihnen vorgetragenen Planes und Entschlusses für seinen näheren Zutritt wählen?

Die Frage ist von einer universalen Bedeutung für die Monarchie. Sollte der Fürst an die Gutachten der Verwaltungsbehörden, von denen jede doch nur einen Zweig umfaßt, und bei denen auf keine volle Uebereinstimmung zu zählen ist, gebunden sein? oder soll er in seinem Kabinet noch Räthe haben, um dieselben zu prüfen und eine unabhängige persönliche Entscheidung zu fassen? Die beiden Unzuständigkeiten: die eine, daß Beschlüsse ohne Theilnahme der Minister gefaßt werden, und die andre, daß die Minister unter einander nicht zusammenstimmen, führten, wohlbetrachtet, zu dem Schlusse, daß es einen dirigirenden Kabinetsminister geben müsse, der in ununterbrochener Beziehung zu dem Monarchen zugleich über die andren Ministerien eine leitende Autorität ausübe. Das wurde jedoch nicht unumwunden ausgesprochen. Ob es aber auch nicht gedacht worden ist?

Von Hardenberg, der an der offenen Opposition niemals Theil genommen, aber auch ihre Tendenzen nicht mißbilligt hatte, liegt eine Aeußerung vor, in der er zwischen Regierung aus dem Kabinet und durch das Kabinet unterscheidet. Ein Kabinetsrath,

1) Pertz, Stein, I. 369. Hardenberg behauptet, nachgehends sei dem protokollführenden Kabinetsrath auch die Ausführung der Vertheilung der zu behandelnden Geschäfte zugesprochen worden.

ohne Verantwortlichkeit, ein unsichtbarer Kabinets- und Premier-Minister, der Alles leitet, befehlend, ohne Antheil an der Ausführung, steht mit der Regierung des Königs aus dem Kabinet sogar im Widerspruch. In einem Gutachten, das von Hardenberg nach gemeinschaftlicher Berathung mit Stein und Rüchel aufgesetzt worden ist, wurde nun ein Kabinetsministerium, aus den von Beyme bezeichneten Geschäftszweigen genommen, vorgeschlagen; jedoch ohne alle und jede Theilnahme des bisherigen Kabinets. Zu dem, was gemeinschaftlicher Berathung der drei Minister vorbehalten bleibt, gehört Alles, wobei es auf Grundsätze ankommt, nach denen verfahren werden soll, also die Gesetzgebung und die allgemeinen wichtigen Vorschriften, die das Geschäft des Regenten selbst sein sollen. Die Minister sollen sich unter einander und mit dem König darüber verständigen, so daß in ihnen die gesetzgebende Gewalt zur Erscheinung kommt.

Das Gutachten enthält einen Versuch, die Staatsgewalt zu centralisiren, und sie zugleich von allen persönlichen Nebeneinflüssen zu befreien. Auch die Fälle der Abwesenheit des Königs und anderweiter Behinderung desselben werden darin in Betracht gezogen: das Kabinetsministerium soll berechtigt sein, auf seine eigne Verantwortung zu verfügen [1]).

Dies Gutachten wurde dem König am 14. Dezember 1806 übergeben [2]). Es ist eine Wiederholung und Erweiterung jener Eingabe, die ihm vor dem Ausbruch des Krieges eingehändigt war, nur ohne Beziehungen auf die Politik des Tages. Sie ward aber jetzt nicht mehr so entschieden zurückgewiesen, wie damals. Der König war nunmehr entschlossen dazu, ein Conseil einzurichten; er wurde ungehalten, wenn die Vermuthung durchblickte, er thue es wider seinen Willen und würde dann doch wieder

1) In dem ursprünglichen Entwurf von Hardenbergs Hand ist auch noch das Wort enthalten, daß alle Behörden einem solchen Befehl zu gehorchen verpflichtet seien Im Ganzen sind aber diese Abweichungen von keiner wirklichen Bedeutung.

2) Pertz, Stein I, S. 377.

anders verfahren. Aber den vertrauten Kabinetsrath wollte er nicht aufopfern noch entbehren. Auch über die ministeriellen Ernennungen entstanden Schwierigkeiten: man suchte Hardenberg zu bewegen, das Innere zu übernehmen, was dieser ablehnte; denn wenn man etwa meine, mit dieser Ernennung bei Napoleon weniger Anstoß zu erregen, als wenn man ihm die auswärtigen Geschäfte übertrage, so sei diese Erwartung unbegründet: Napoleon werde bei Allem was geschehe seinen, Hardenbergs, Einfluß voraussetzen. Stein erklärte mit Bestimmtheit nicht eintreten zu wollen, ohne Hardenberg. Auf die Entfernung des Kabinetsraths bestanden sie beide mit gleichem Eifer. „Ich bleibe fest", heißt es in einem Briefe von Stein, „kein subalterner Einfluß, kein Conseil ohne Hardenberg; durch unsre Union müssen wir die Intriguen des Herrn Beyme und seiner Freunde vernichten". Hardenberg legte noch besonderes Gewicht darauf, daß Beyme und Lombard alles Vertrauen bei den auswärtigen Höfen verscherzt hätten und das Volk sich einbilde, daß die Regierung allein von den Kabinetsräthen abhänge.

Wohl nahm der König die Einrichtung eines Conseils aus Ministern der drei vornehmsten Departements an, welche die Angelegenheiten gemeinschaftlich berathen, ihm darüber Bericht erstatten, und auch die Ausführung des Beschlossenen leiten sollten. Er ernannte Stein, Rüchel und für die auswärtigen Geschäfte Zastrow, den Hardenberg selbst wenigstens flüchtig als geeignet bezeichnet hatte. Doch blieb er dabei, daß Beyme als Protokollführer zu den Berathungen gezogen werden solle. Aber auch damit war Stein so wenig einverstanden, daß vielmehr eben hiebei sein Neuerungseifer zu vollem Ausbruch kam. Unverzüglich verbat er sich die ihm angetragene Stelle: denn der Hauptzweck, die Entfernung der allgemein verhaßten Kabinetsräthe, sei nicht erreicht. Der König scheint hievon keine Notiz genommen zu haben. Bei einer Frage, welche die Bank betraf, die unter Steins Direktion stand, forderte er dessen Gutachten, und da dies nicht alsbald einging, forderte er es zum zweiten Male, stärker und dringender,

für eine Sitzung des angeordneten Conseils. Hierauf erklärte Stein, er betrachte nach seiner Ablehnung das Conseil als nicht constituirt. Der König gerieth hierüber in eine Aufwallung, die man an ihm nicht gewohnt war. In einem eigenhändigen Schreiben stellte er den Minister aufs Ernstlichste zur Rede. Er recapitulirt die Beweise, die er ihm von seiner bisherigen Nachsicht gegeben; jetzt aber erkenne er, daß Stein als ein widerspenstiger, trotziger, hartnäckiger und ungehorsamer Staatsdiener anzusehen sei, der, auf sein Genie und seine Talente pochend, ohne auf das Ganze zu achten, nur aus persönlicher Erbitterung handle. Stein war nicht gemeint, das ruhig hinzunehmen [1]). Er erwiderte: wenn er ein solcher Staatsbeamter sei, wie ihn der König schildere, so könne er auch nicht länger in dessen Diensten bleiben, und bat nun in aller Form um seine Entlassung. Man darf nie vergessen: die Entzweiung zwischen dem König und dem Minister betraf nicht sowohl die Einrichtung eines Conseils, als vielmehr dessen völlige Unabhängigkeit von dem Einfluß eines Kabinetsraths. Auch Hardenberg hatte indeß seine Entlassung eingegeben, aber in Formen, welche den König nicht geradezu verletzten, sodaß er darauf keine Rücksicht nahm; vielmehr wurden unter der Hand mancherlei Schritte gethan, um ihn zur Wiederannahme des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheit zu vermögen. Dazu kam es nicht; aber allmählich begann doch eine erneuerte Thätigkeit für Hardenberg.

In Königsberg wurde noch ein Versuch gemacht, die gefaßten Pläne über ein Minister-Conseil auszuführen, der jedoch zu weiter nichts als zu erweiterten Berathungen des Kabinets führte, an denen Minister Zastrow und General Rüchel Theil nahmen. In Memel dagegen gewann Alles eine regelmäßigere Gestalt. In einem Erlaß an die fungirenden Minister sprach der König seine Ueberzeugung aus, daß der bisherige Geschäftsgang dermalen unzulänglich sei; durch die eingetretenen Umstände werde mehr

1) Das Schreiben des Königs und Steins, beide vom 3. Januar 1807 bei Pertz, Leben Steins I., S. 392 flg.

Einheit und schnellere Ausführung erforderlich, um mit größerer Energie wirken zu können. Ohne übrigens in dem Wesentlichen des Geschäftsgangs um seine Person etwas zu ändern, ordnete er an, daß die anwesenden Minister sich täglich bei ihm versammeln, und den Vorträgen des Kabinets, zu dem altem Herkommen gemäß der Generaladjutant des Königs für die Militärsachen gehörte, beiwohnen sollten; nach geschehenem Vortrage würden die Minister ihre Gutachten abzugeben und darüber zu discutiren haben. Es wird ihnen erlaubt, Einsicht von den vorliegenden Aktenstücken zu nehmen und darüber in Berathung zu treten. Die Ordre war eine Combination von Kabinetsvorträgen und Ministerial-Berathungen; sie enthielt einige Incohärenzen; bei ihrer Ausführung zeigten sich die größten Schwierigkeiten. Beyme erlaubte sich in seinem Vortrage Ausfälle gegen Männer wie Schuckmann, deren Protektion er Hardenberg Schuld gab. Es kam zu einem Wortwechsel in Gegenwart des Königs, welchen Hardenberg, der den Berathungen beiwohnte, ohne doch eigentlich daran Theil zu nehmen, sehr unanständig findet. Er vergleicht das Conseil mit einem polnischen Reichstag. Ein andrer Streit rührte daher, daß der Militär-Kabinetsrath Kleist sich weigerte, nach gemachtem Vortrag abzutreten. Kleist zog es vor, gar nicht zu den Sitzungen zu kommen. Um Kleist zu befriedigen, dachte man an den Vorschlag, daß Beyme nach gehaltenem Vortrage allein abtrete. Dagegen aber sprach sich der König selbst aus; denn er wolle Beyme nicht beleidigen. Ueberhaupt ließ er vernehmen, daß er mit dem Conseil nur einen Versuch machen und nicht etwa seine Kabinetsräthe außer Wirksamkeit setzen wolle [1]).

1) S. M. se déclare en général sur le conseil que ce n'est qu'une mesure provisoire, qu'il est loin de ne pas vouloir conserver des conseillers de cabinet; Journal Hardenbergs, aus welchem sich einige Notizen ergeben, durch die die Memoiren ergänzt werden. Die Sitzungen begannen am 13. März, am 14. März fand der Ausfall von Beyme statt, welchen die Minister übel nahmen; am 15. ein Wortwechsel Beymes mit Schrötter und das Ausbleiben Kleist's; am 16. der Versuch, Kleist zu begütigen; am 17. erfolgte die obige Erklärung des Königs. Unter dem 28. bemerkt Hardenberg: Les conseils

Hardenberg spricht die Ueberzeugnng aus, daß der Zweck, Einheit und Kraft in die Staatsverwaltung zu bringen, auf diesem Wege nicht erreicht werde. Dazu würde vielmehr gehören, daß die Minister die Gegenstände übersehen, reiflich überlegen und vorbereiten können, noch vor den Vorträgen; sie müßten auch die Uebersicht und Controlle der Ausfertigungen erhalten und die „Execution" eifrig und im Detail verfolgen können. Noch war nichts erreicht, vielmehr Alles, wie Beyme selbst sagt, in einem chaotischen Zustand, als Hardenberg, der bisher noch nicht eigentlich in das Ministerium wieder aufgenommen war, den Befehl erhielt, wie oben erwähnt, den König in das Hauptquartier des Kaiser Alexander zu begleiten. Hiebei gewann nun Alles eine andere Gestalt. Ein Kabinetsrath war nicht mit dem König. Hardenberg hatte Vortrag, nicht allein über die auswärtigen, sondern auch über alle anderen Angelegenheiten, wobei sich denn der König an ihn gewöhnte. Die Abwesenheit des Kabinetsrathes scheint Friedrich Wilhelm wenig empfunden zu haben, der Minister war zugleich Kabinetsrath, doch war dessen eigne Stellung noch nicht fest bestimmt; nicht allein war Zastrow nicht völlig von den Geschäften ausgeschlossen, sondern es stellte sich auch heraus, daß die Verwaltung des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten als eines abgesonderten Geschäftszweiges der Lage der Dinge nicht genügte. Schon früher hatte Hardenberg eine Verbindung der auswärtigen Geschäfte mit den durch den Krieg überhaupt erforderlichen Anordnungen in Vorschlag gebracht. Darauf ging der König jetzt ein [1]). Am 20. April sprach er seinen Entschluß aus, neben dem auswärtigen Departement auch die Leitung aller auf den Krieg Bezug habenden Geschäfte an Hardenberg zu übertragen. Eigenhändig hat er auf die Ordre geschrieben: „die

continuent, mais n'offrent aucun intérêt que les nouvelles de l'armée. Kleist a cependant cédé.

1) Journal de Hardenberg, 23 avril. Le roi me conféra aujourd'hui les branches de finance appartenant au militaire et à la guerre, la banque, société maritime.

Militärsachen ausgenommen.“ Zugleich wurde dieser Entschluß dem Ministerium, das sich noch zu Memel befand, durch Kabinetsordre bekannt gemacht. Bei dieser Ordre trat noch die Differenz ein, daß der ursprüngliche Ausdruck, das Ministerium gehe ganz an Hardenberg über, von dem König doch für die Ausfertigung nicht beliebt wurde; ja er strich das Wort „ganz“ und ließ nur stehen, er übertrage das Ministerium an Hardenberg als den ältesten Kabinetsminister [1]. Hardenberg war damit nicht zufrieden, er bemerkte: wenn er das Ministerium nicht ganz habe, so werde er dem König nichts nützen können; das unentbehrliche Vertrauen der Höfe werde nicht gewonnen werden. Wir wissen, daß Zastrow einer andren politischen Richtung angehörte. Er war für jenen partikularen Frieden mit Frankreich gewesen, gegen welchen grade Hardenberg seine ganze Thätigkeit eingesetzt hatte. Unmöglich konnten sie beide an den auswärtigen Geschäften Antheil haben. Friedrich Wilhelm entschloß sich nun wirklich, die eingeschaltete Clausel zu streichen und die ursprüngliche Phrase herzustellen, durch welche das Ministerium ganz an Hardenberg übertragen wurde. So ging die Kabinetsordre nach Memel ab. In dem Worte „ganz“, das sie enthielt, lag eine Staatsveränderung von größtem Belang; denn nicht allein wurde die Richtung, die jetzt in der allgemeinen Politik ergriffen war, bestätigt, sondern dem Minister, der dieselbe vertrat, wurden nun auch andre ausgedehnte Befugnisse ertheilt. Unter den Zweigen, welche Hardenberg besonders übertragen wurden, erscheint das Verpflegungswesen der russischen sowohl wie der preußischen Truppen, inwiefern dabei die preußischen Behörden concurriren, obenan. Ferner folgt Getreideankauf, Oberaufsicht über das Kassenwesen, Bank und Seehandlung, Postwesen, allgemeine Correspondenz, Zeitungen, auch geheime Polizei. Hardenberg bekam die Erlaubniß, aus den preußischen Beamten die zu wählen, die er für seine Zwecke am tauglichsten halte. Die Summe

1) Journal de Hardenberg, 27 avril; le roi avait changé une expression dans l'ordre de cabinet, qui laissait à (Zastrow) l'espoir de rester en second. 28 avril; Zastrow dispensé du ministère.

ist, daß dem auswärtigen Minister eine Reihe von Thätigkeiten zugesprochen wird, die sonst mehrere Departements beschäftigten, sodaß er den Centralpunkt für auswärtige und innere Angelegenheiten bildet.

Der Widerspruch, den vornehmlich Zastrow, der sich plötzlich aus der hohen Stellung, die er einnahm, verdrängt sah, hiegegen erhob, diente vielmehr dazu, Hardenberg zu befestigen. Zastrow beklagte sich in einem Schreiben an den König in so unangemessenen Ausdrücken darüber, daß die Königin fragte, ob er nicht in die Festung gesetzt oder aus dem Lande verwiesen werden solle. Es war Hardenberg selbst, den sie darüber befragte; der aber hielt es für rathsamer, ihm eine Entfernung nach Rußland anzubefehlen; zugleich aber drang er darauf, daß der König sich fest und streng zeigen möge; er müsse seine Autorität behaupten oder vielmehr wiederherstellen[1]. Die Aufstellung eines ersten Ministers erschien dergestalt als ein Bedürfniß der königlichen Gewalt selbst.

Unendlich wichtig sind jene Tage in Bartenstein, in denen auf eine allgemeine Restauration der großen politischen Verhältnisse Bedacht genommen, zugleich aber, ohne daß man viel davon gesprochen hätte, ein erster Minister aufgestellt wurde. In den Besitz der höchsten Autorität unmittelbar unter dem König trat der Mann ein, der für die inneren Zustände keineswegs eine Restauration, sondern eine durchgreifende Umbildung im Sinne hatte. Der König war vollkommen davon unterrichtet.

Indem Hardenberg, wie erwähnt, im Anfang des März auf die Verbindung der auf den Krieg bezüglichen Thätigkeiten mit dem auswärtigen Ministerium antrug, hat er noch weiter ausgreifende Ideen geäußert und empfohlen[2]. Vor allem, die öffentliche Meinung müsse mehr als bisher berücksichtigt werden. Man müsse diejenigen, die sich hervorgethan, belohnen und auszeichnen, die Pflichtvergessenen strafen, Klagen und Kleinmüthige entfernen.

1) Journal de Hardenberg: La fermeté est absolument nécessaire pour soutenir l'autorité du Roi ou pour la lui rendre enfin, 22 mai.

2) Gutachten vom 5. März 1807.

Er dringt auf eine Radicalcur der Mängel der Geschäftsführung und spricht bereits das Wort aus „Regeneration der Verfassung“. Jetzt komme es auf Mittel der Rettung, künftig auf eine gänzliche Wiedergeburt an. Er verschweigt nicht, daß ohne eine Reorganisation der Armee schlechterdings kein Ansehen in Europa erlangt werden könne; als Hauptgrundsatz dabei empfiehlt er die Aufhebung aller Exemptionen bei der Gestellung und Avancement allein nach Verdienst.

Nach der Rückkehr von Bartenstein nach Memel blieb der gesammte Geschäftscomplex in den Händen Hardenbergs vereinigt. Zur Verwaltung desselben berief er für die inneren Angelegenheiten Altenstein, Schön, Niebuhr, Stägemann in seine Nähe. Welch' ein Ereigniß für das gesammte Staatswesen war es nun, daß Napoleon bei dem Frieden von Tilsit die Entfernung Hardenbergs von dem auswärtigen Ministerium zu einer unerläßlichen Bedingung machte. Man hielt es Anfangs noch für möglich, daß er das Departement des Innern beibehalten könne; ein ähnlicher Vorschlag war schon früher erwogen worden. Hardenberg dagegen war überzeugt, daß sein längeres Verweilen in welcher Eigenschaft auch immer dem König und dem Staate nachtheilig sein werde. Seine Meinung war auf der Stelle gefaßt, daß Alles geschehen müsse, um Stein für die inneren Angelegenheiten wieder zurückzurufen. Um aber für den Fall, den man voraussetzte, daß Stein den Ruf annähme, die Continuation der Geschäfte in dem einmal eingeleiteten Sinne zu erhalten, schlug Hardenberg vor, seine vier Mitarbeiter, die seine Ansichten theilten, zu einer Immediatcommission zu vereinigen. Am 10. Juli schrieb er hierüber dem König: er behalte sich vor, demselben seine Ansichten über die künftige Administration überhaupt mitzutheilen. Aber höchst nöthig sei es, die ihm anvertraut gewesenen inneren Geschäftszweige mit der äußersten Sorgfalt und Energie zu leiten. Das sicherste Mittel liege darin, daß dieselben sämmtlich einem ihnen ganz gewachsenen Manne anvertraut würden; durch die Wiederherbeiziehung des Minister von Stein, in welche der König bereits gewilligt habe, und die An-

stellung desselben als Minister des Inneren und der Finanzen werde das am besten geschehen; bis zu dessen Ankunft könne für die Fortführung der Geschäfte nicht besser gesorgt werden, als wenn sie in den Händen der Männer belassen würden, von denen sie mit so vieler Sachkenntniß, Treue und anspruchslosem Eifer unter ihm bearbeitet worden seien. Er habe dieselben sorgfältig gewählt und könne für sie einstehen. Der König möge auf Ansprüche des Alters und des Ranges, die sonst verdienstvolle Staatsmänner machen könnten, keine Rücksicht nehmen: denn dadurch werde nur eine unter den gegenwärtigen Umständen doppelt nachtheilige Störung erfolgen.

Diese Räthe nun waren eben die Geheimen Finanzräthe von Altenstein, Schön und Stägemann, der Geheime Seehandlungsrath Niebuhr, für das Verpflegungswesen besonders der Geheime Finanzrath von Quast und der Geheime Kriegsrath Wilkens.

Noch an demselben Tage thut Hardenberg den von ihm Genannten zu wissen, daß er bei dem König darauf angetragen habe, die Leitung der von ihnen mit Sachkenntniß und wahrem patriotischen Eifer bisher verwalteten Geschäfte unter einigen erforderlichen Modifikationen so lange in ihren Händen zu lassen, bis eine andre Verfügung getroffen werde. Dabei versichert er sie, die nähere Geschäftsverbindung mit ihnen habe zu seinen angenehmsten Verhältnissen gehört.

Der König trug kein Bedenken, die Vorschläge Hardenbergs zu genehmigen. Sämmtliche durch die Ordre vom 26. April an Hardenberg neben dem Ministerium des Auswärtigen übertragenen Angelegenheiten wurden der neuen Commission überwiesen, welche als die combinirte Immediat-Commission für sämmtliche Geldoperationen des Staats und die Armeeverpflegungsangelegenheit bezeichnet wurde.

Ueber die Form der Geschäftsführung erfahren wir [1]), daß die auf die vorbehaltenen Geschäftszweige bezüglichen in das

1) Aus Schöns Papieren I, 38; bei Schön erscheint die Commission unter dem ihr doch eigentlich nicht gebührenden Titel Conseil.

Kabinet eingegangenen Sachen von dem Kabinetsrath Beyme jeden Morgen vorgetragen wurden, worauf die Commission ihr Gutachten abgab.

Niebuhr lehnte die Theilnahme an der Commission ab. In seiner Antwort an Hardenberg heißt es, er fühle sich nicht stark genug zu den Aufopferungen, die ein Zutritt zu den Geschäften in der dermaligen Zeit nothwendig machen könne. Die Sache hatte an sich seinen Beifall nicht. In einem Briefe an Stein sagt er, er habe überhaupt keine Neigung, sich der Administration, die er hinreichend kennen gelernt habe, anzuschließen; aber auch die Ernennung zur Immediat-Commission lehne er ab, denn in dieser Form könne die Sache nicht gehen: er würde sich mit befreundeten Männer entzweien, deren Grundsätze gar zu ungeheuer, und ihre Consequenz noch fürchterlicher sei, „denn es ist auf große Veränderungen abgesehen, die ich mir theils nicht zu übersehen getraue, theils gar nicht beurtheilen kann“ [1]).

In diese Kategorie dürfte das Gutachten fallen, welches Schön in Beziehung auf einen vom preußischen Staatsminister von Schrötter gemachten Vorschlag zur Unterstützung der Provinz Preußen, welcher der Commission mitgetheilt war, in derselben einbrachte. Er erörtert hauptsächlich die Nothwendigkeit, die Prärogative in Bezug auf den Besitz der Rittergüter aufzuheben. Seine Signatur erhält das Gutachten durch die allgemeinen Ansichten, die darin mehr angedeutet, als ausgeführt werden: von dem Verhältniß des aktiven Bürgers zum König und der unmittelbaren Verbindung des Bürgerstandes mit der Monarchie. Wir halten hier inne, um die allgemeinen Ideen, welche hiebei zu Grunde lagen, die auch Hardenberg theilte, im Zusammenhang kennen zu lernen.

1) Briefe Niebuhrs an Stein vom 29. Juli 1807, bei Pertz Stein I, 588.

Neuntes Capitel.

Ideen der Regeneration.

Es war in Riga, ferne von der unmittelbaren Einwirkung der Tagesereignisse und Tagesbeschäftigungen, wo die Ideen, die bei der letzten administrativen Thätigkeit bereits vorgeschwebt hatten, von dem Minister Hardenberg, der sich dahin flüchtete, seiner dem König gegebenen Zusage gemäß, und dem Geheimen Finanzrath Freiherrn von Altenstein, damals seinem intimen Freund und Rathgeber, überlegt und in zwei verschiedenen Gutachten, die doch mit einander aufs Genaueste in Verbindung stehen, zusammengefaßt wurden [1]. Die Aufgabe für sie lag darin, die Mittel zu einer Wiederherstellung der Macht und Größe von Preußen an die Hand zu geben. Altenstein bemerkt ohne Umschweif, die Herstellung des Alten überhaupt mit den durch die Umstände aufgenöthigten Veränderungen könne doch zu nichts führen, als zu wiederholtem Verderben. Auch die Verfolgung einzelner noch so schöner Ideen würde nur eben einen Kampf im Innern hervorrufen. Er spricht aus, daß eine neue Schöpfung nothwendig sei, eine durchgreifende Umbildung, ausgehend von Einer beherr-

1) Das Gutachten Hardenbergs hat die Aufschrift: Ueber die Reorganisation des preußischen Staates, verfaßt auf höchsten Befehl Sr. Majestät des Königs; das Altensteins führt den Titel: Ueber die Leitung der Staatsregierung nach dem Frieden; beide Gutachten tragen das Datum des 12. September 1807.

schenden Idee [1]). Der oberste Gesichtspunkt ist immer der Gegensatz zu Napoleon. Auf Altenstein machte die persönliche Erscheinung des französischen Kaisers den Eindruck, daß derselbe recht eigentlich dazu da sei, um das Schwache und Untaugliche zu zermalmen: er habe die Tendenz der Revolution, das Alte und Ruhende umzustürzen, um neue Kräfte zu wecken und zu einer unaufhaltsamen Aeußerung zu bringen, zu seiner eignen gemacht [2]). So bezeichnet es auch Hardenberg als die Mission Napoleons: das Schwache, Kraftlose, Veraltete überall zu zerstören, und neue Kräfte zu wecken. Altenstein sieht in Napoleon einen Mann des Fatums, Hardenberg ein Werkzeug der Vorsehung, deren Zweck eben die Vernichtung des Abgestorbenen sei, wie dasselbe in der physischen Welt begegne. Es sei ein Wahn, der Revolution durch starres Festhalten an dem Herkömmlichen widerstehen zu wollen: man befördere sie vielmehr dadurch und verfalle dem Untergang. Altenstein findet, daß man nur durch höhere Kraftentwicklung, durch Hingebung an das höchste Gut Widerstand leisten könne: also durch eine Revolution, aber mit Aufrechthaltung von Religion und Moralität. Durch das Ergreifen dieses Gedankens werde eine von gleichem Geist wie die Revolution durchdrungene, aber höhere Idee gebildet werden, durch deren Ausführung der Staat zur Ueberlegenheit über alle anderen gelangen müsse. Hardenberg braucht unumwunden den Ausdruck „demokratische Grundsätze in einer monarchischen Regierung".

Indem der Druck der napoleonischen Einwirkungen erst recht

1) „Es muß eine neue Schöpfung eintreten; diese setzt nothwendig eine klare Idee von dem, was der Zweck sein und zum Ziele führen soll, voraus. Nur eine solche klare, in sich abgeschlossene Idee, welche als Einheit ein organisches Ganzes ist und alle in solcher aufgehenden, untergeordneten Ideen in sich faßt, kann als leitendes Princip ein lebendiges fruchtbares Schaffen bewirken, in dessen Verfolg eine neue Schöpfung hervorgeht."

2) „Napoleon hat die bei der Revolution in Frankreich zu Grunde liegende Idee der Zerstörung alles Alten und Ruhenden zur Erweckung neuer Kräfte und deren unaufhaltsamen Aeußerung beibehalten und deren Wirkung nur auf ganz Europa oder vielmehr auf die ganze Welt in anderer Gestalt übertragen."

empfunden wurde, die gewaltsamen Bewegungen der Politik selbst den Untergang drohten, die Zukunft dunkel und fast verzweifelt erschien, sahen Hardenberg und Altenstein die einzige Rettung in einer Umbildung von Grund aus, durch welche gleichsam eine neue Nation geschaffen und der Staat wieder zu einer selbständigen Haltung fähig werden sollte. Die extreme Lage rief nahezu extreme Tendenzen hervor, die jedoch wieder ihre Grenze in den ewigen Ideen haben sollen. Es war gleichsam eine öffentlich und praktisch gewordene Philosophie des Gemeinwesens, von der man das Heil erwartete. Daß die Idee nicht so, wie sie geboren wurde, zur Ausführung gebracht werden konnte, liegt in der Natur menschlicher Dinge. Aber von großer Wichtigkeit ist es doch, die Entwürfe kennen zu lernen, in denen sie sich manifestirte. Die innere Politik fällt mit der äußeren insofern zusammen, als man durch Umbildung in dem angegebenen Sinne auch andre Staaten elektrisiren zu können glaubt, so daß das eiserne Scepter, das auf Allen lastet, gebrochen werde. Man muß verzweifeln oder die kühnste Hoffnung fassen.

Das vornehmste staatsrechtliche Verhältniß sieht Altenstein in der Grundverfassung. Als ein unantastbares Heiligthum dürfe sie, so meinte er, wie sie bestehe, nicht angesehen werden; er betrachtet sie nur als eine Stufe, welche wieder überschritten werden müsse, um zu dem höchsten Zweck zu führen [1]). Sein Hauptgrundsatz ist, „daß der Staat selbst eine Revolution im Inneren bewirke: dann würden alle wohlthätigen Folgen einer solchen eintreten, ohne die schmerzhaften Zuckungen, welche mit einer

1) „Jede Grundverfassung ist das Resultat menschlicher Handlungen, aber zugleich die Erfüllung eines Gesetzes des Weltplans; sie ist eine Stufe, durch welche das menschliche Geschlecht gehen muß, allein eine Stufe, welche sie demnächst überschreiten soll. Es muß Alles weggeschafft werden, was die höchste Kraftäußerung lähmen und der Menschheit die Ergreifung des höchsten Zweckes erschweren kann. Dieser Grundsatz läßt sich auch füglich so darstellen, daß der Staat eine Revolution im Innern selbst so bewirke, daß alle wohlthätigen Folgen einer solchen eintreten, ohne daß solches mit so schmerzlichen Zuckungen, wie bei einer selbst sich bildenden Revolution der Fall ist, bewirkt werde“.

eigenmächtig hervortretenden Revolution verbunden seien." Hardenberg ist damit ganz einverstanden: er schreckt vor „Freiheit und Gleichheit" nicht zurück; nur müsse die Forderung nach den weisen Grundsätzen eines monarchischen Staates durchgeführt werden, welche die natürliche Freiheit und Gleichheit der Staatsbürger nicht mehr beschränken, als es die Stufe ihrer Cultur und ihr eignes Wohl erheischen.

Eine der bedeutendsten Fragen, die hiebei entstehen können, ist gleich die erste, die sich auf den Adel bezieht. Altenstein trägt nicht etwa auf Abschaffung des Adels an, aber er will ihm die Bevorzugungen entziehen, die auf dem Begriffe beruhen, daß er mehr Ehre habe, als andre Stände. Die Ehre müsse eben ein Gemeingut aller sein; das Gefühl dafür werde in den andren Ständen in demselben Grade wachsen, als die Vorrechte des Adels nicht ausschließende wären. Zu diesen gehöre vor Allem das exclusive Recht Rittergüter zu besitzen und seine Abgabenfreiheit, zu den Auflagen soll derselbe durch einen neuen Kataster herbeigezogen werden; nur den bevorzugten Gerichtsstand will er ihm etwa lassen. Der Staat mache an den Adel den Anspruch, daß er sich auszeichne: die Ertheilung desselben müsse Belohnung des Verdienstes sein. Dem Allen stimmt Hardenberg vollständig bei. Er legt Werth darauf, daß gerade zwei Männer vom ältesten Adel, er selbst und Freiherr von Altenstein [1]), die Vorrechte des Adels bekämpfen. Die Nachahmung der Revolution hätte zur Aufhebung des Adels geführt. Nicht weit davon entfernt ist die Behauptung von Schön: der wahre Adel, das sei der Bürgerstand. Es ist immer von Bedeutung, daß den beiden Gutachten zufolge der Adel als eine Auszeichnung der Geburt bestehen bleiben soll. Hardenberg fordert es nicht so unbedingt, wie Altenstein, aber er giebt dem Adel den Rath, auf Vorrechte Verzicht zu leisten, welche dem Gemeinwesen schädlich seien.

Den ausschließenden Besitz der Rittergüter hatte Schön bereits in der Immediat-Commission mit allen den Gründen, die

1) Das Haus Altenstein gehört zum fränkischen Adel.

hier vorkommen, bekämpft. An die unglückliche hülfsbedürftige Lage der Gutsbesitzer in Preußen anknüpfend, führt Schön aus: den Gutsbesitzern könne nicht durch Unterstützung des Staates, sondern nur dadurch geholfen werden, daß dieser die Hindernisse der Herstellung des Kredits und der Erwerbung von Kapital hinwegräume. Dadurch, daß nur der Adel Güter besitzen dürfe, werde der Werth derselben verringert, mithin auch der Kredit. Wenn der Fall eintrete, daß ein Gut verkauft werden müsse, so könne es unter dem Adel, der seine Kapitalien, wenn er überhaupt deren habe, anderweit brauche, keinen Käufer finden. Hiedurch falle der allgemeine Werth der Güter. Ganz anders, wenn der Mittelstand, der Geld in den Händen habe, die Berechtigung, Rittergüter zu erwerben, erhalte; dann werde das verkaufte Gut wieder hergestellt werden können und der Werth der Güter erhalten bleiben. So habe auch Friedrich II. bei der Besitzergreifung von Westpreußen die Prärogative des Adels für den Güterbesitz aufgehoben [1]). Bei Altenstein heißt es: die Ausschließung vermindere den Werth der Güter; dadurch komme die Landwirthschaft in die Hände von Männern, die dazu nicht geeignet seien; die Besitzer von Kapitalien würden von dem Erwerb solcher Güter fern gehalten.

Hardenberg dringt auf die Aufhebung der Exemptionen des Adels bei den Abgaben: denn er leiste die Dienste nicht mehr, um derentwillen ihm die Exemption gewährt worden sei. Die öffentliche Meinung verlange diese Gleichstellung; man solle ihr folgen. Die Aufstellung neuer Kataster empfiehlt er nicht, da ein solcher doch auch keine volle Gleichheit herbeiführen werde und eine lange Zeit zur Vorbereitung in Anspruch nehme, in der sich Alles verändern könne.

Unmittelbar an diese Erörterung knüpft nun die große Frage über die Aufhebung der Erbunterthänigkeit an. Altenstein betrachtet die Fortdauer derselben als einen Schandfleck des Staates, von dem er sich wundert, wie er so lange habe bestehen können.

1) Aus Schöns Papieren. II, 125.

So erklärt sich Schön gegen die Ungerechtigkeit, „kraft deren man einen Mit-Unterthan eines Staats, ein vernünftiges Wesen bloß deshalb, weil er auf dieser oder jener Scholle geboren ist, verhindern will, seine Kräfte zu seinem Besten auf eine dem Staate nicht nachtheilige Weise anzuwenden“ [1]). Die Vorstellung von dem Rechte eines vernünftigen Wesens, welches bei den socialen Bewegungen im 18. Jahrhundert eine so große Rolle spielt, tritt in Preußen in dieser Angelegenheit hervor. Vielleicht darf man dem Philosophen Kant einen Antheil an der Abschaffung der Erbunterthänigkeit vindiciren. Er hat seinen Schülern immer gesagt, ihm kehre sich das Herz im Leibe um, wenn er daran denke. Einer von diesen Schülern war Schön: er ist einer der eifrigsten und wirksamsten Bekämpfer der Vorrechte des Adels gewesen. Die allgemeine Stimme war in diesem Punkte sehr entschieden; wir erfahren, daß König Friedrich Wilhelm III. von Anfang seiner Regierung an auf die Abschaffung der Erbunterthänigkeit gedacht hat. Damals kam nun die Rückwirkung der französischen Gesetzgebung in den von Napoleon eingenommenen deutschen Landschaften hinzu. In dem ersten Briefe, in welchem Napoleon seinem Bruder Jerome dessen Erhebung zum König von Westfalen anzeigt, kündigt er zugleich eine Constitution an, welche alle eitlen Standesunterschiede vernichten solle [2]); er weist ihn bald darauf sehr ausdrücklich an, bei allen seinen Anstellungen dem dritten Stande den Vorzug zu geben und das Uebergewicht zu verschaffen [3]); er möge jede intermediäre Gewalt, die sich zwischen den Souverain und das Volk setze, abschaffen; das werde eine

1) Bericht der combinirten Immediatcommission. Aus den Papieren des Ministers von Schön. II, S. 109.

2) Napoléon à Jérôme. Tilsit, 7 juillet 1807, Mon intention d'ailleurs, en vous établissant dans votre royaume, est de vous donner une constitution régulière qui efface dans toutes les classes de vos peuples ces vaines et ridicules distinctions. Mémoires et Correspondance du roi Jérôme III. S. 3.

3) Napoléon à Jérôme, Fontainebleau, 15 novembre 1807. Mémoires III, 102.

bessere Barrière für ihn sein, als der Elbstrom[1]). So im Westen. In dem benachbarten Curland haben die Bauern gesagt, sie wüßten, Napoleon sei nur gekommen, um ihrer Unterthänigkeit ein Ende zu machen. Um Napoleon Widerstand zu leisten, also für den äußeren Krieg, war es nöthig, eine Grundverfassung abzustellen, deren Bestehen ihm den Beifall der Menge verschaffen konnte. Eben in diesen Dingen mußte der revolutionären Idee Raum gegeben werden. Hardenberg forderte, daß die Aufhebung kurz und gut durch ein Gesetz sogleich verfügt werde. Bereits am 23. August 1807 hat Friedrich Wilhelm eine die Hauptsache entscheidende Kabinetsordre erlassen und die Vorlegung eines Entwurfs zu einem Gesetz über diesen Gegenstand angeordnet. Der Kanzler von Schrötter versichert, daß die Stände von Westpreußen bereits selbst auf Aufhebung der Erbunterthänigkeit angetragen haben. Der Minister Schrötter sprach darüber mit den ostpreußischen Ständen und hielt sich für ermächtigt, die Hoffnung auszusprechen, sie würden die Königliche Verordnung mit Dank annehmen (28. August). Besonders eifrig zeigten sich einige Mitglieder der Ritterschaft, die dem König ihre Willfährigkeit in einem Privatschreiben kundgaben. Das Edikt wurde hierauf entworfen und in der Immediat-Commission revidirt[2]).

Mit der Umbildung der Grundverfassung gingen entsprechende Entwürfe über die Gewerbe, welche vornehmlich die Städte betrafen, Hand in Hand. Altenstein geht dabei von dem Grundsatz aus, daß Jedem der möglichst freie Gebrauch seiner persönlichen Kräfte, seines Kapitals, seiner Hände und seines Kopfes, soweit es ohne Nachtheil eines Dritten geschehen kann, gestattet werde. Er behauptet, die Zünfte seien auch der Ausbildung des Handwerks schädlich; die Einrichtung koste zu viel und halte bei dem einmal Eingewohnten fest; sie verhindere die Theilung der Arbeit, welche zu

1) Napoléon à Jérôme roi de Westphalie. Fontainebleau, 15 novembre 1807. Correspondance XVI, S. 161. (Nr. 13,361)

2) Leider sind die Akten des Archivs, die sich auf diese Verhandlungen beziehen, sehr unvollständig.

größerer Kunstfertigkeit den Anlaß geben könnte: sie möge einst nützlich gewesen sein, aber sie passe nicht mehr zu dem Geist und den Instituten der Zeit. Wenn nun Altenstein die Zünfte für ein Monopol erklärt, das unter keiner Form zu dulden sei, so nimmt auch Hardenberg diesen Grundsatz an; doch legt er mehr Nachdruck darauf, daß die Abschaffung nur allmählich geschehen dürfe.

Beide Gutachten stimmen darin überein, daß überhaupt Alles abgestellt werden müsse, was dem Individuum eine behagliche Existenz, wie man sagte, gutes Leben, verschaffe. Altenstein bezeichnet solche Bevorzugungen als Polster der Trägheit. Auch Hardenberg fordert, daß alle Pfründen, die mit keiner Dienstleistung verknüpft, oder nicht Belohnung für geleistete Dienste sind, und geistliche Ritterorden, namentlich Stifts-Stellen, abgeschafft werden sollen.

Allem liegt der Gedanke der Arbeit zu Grunde, die hier nicht allein als Grundlage der Volkswirthschaft, sondern als eine Bedingung des Lebens im Staate betrachtet wird.

Eine in ihrer Art einzige Erscheinung ist es doch, daß in einem so niedergedrückten und gleichsam zur Vernichtung bestimmten Lande Ideen erwachen und Eingang finden, welche das Zusammengreifen einer allgemeinen Thätigkeit zu den höchsten Zwecken der Gesellschaft und des Staates, die zugleich Ideale der Menschheit sind, moralischer, intellektueller und socialer Natur, als Lebensbedingung für die Zukunft aufstellen. Es ist eine Regeneration von Grund aus, wonach man strebt, frei von allem Herkömmlichen, sodaß gleichsam, wie angedeutet, eine neue Nation gebildet werden soll.

So verlangt Altenstein, daß auch die Armee von Grund aus neu gebildet werde; er bekämpft besonders die isolirte Existenz derselben: sie müsse vielmehr, da sie die Kraftäußerung der Nation nach Außen bedinge, in dem engsten Zusammenhang mit dem Gemeinwesen stehen.

Alles zielt dahin, ein auf das Engste vereintes Volksthum zu

bilden. Altenstein meinte das zu erreichen, indem er die Provinzialverschiedenheiten zu conserviren, aber zu veredeln rieth. Hardenberg ist nicht dieser Meinung. Man hat auch später wieder zuweilen von Provinzial-Ministerien geredet; es hat eine Zeit gegeben, in welcher man von acht verschiedenen Königreichen in der Monarchie Preußen sprach. Hardenberg nahm eine entschiedene Richtung hiegegen. Der tiefere Grund, daß man Fachministerien, unter denen sich die verschiedenen Provinzen concentriren sollten, den Provinzial-Ministerien vorzog, lag darin, daß man sich in der Bildung des Begriffes einer Nation bewegte; die großen Provinzen, deren wir gedachten, sollten doch nicht als Besonderheiten existiren, sie sollten alle nur eben Ein Preußen ausmachen. „Der ganze Staat heiße künftig Preußen. In diesen Namen fließe der Schlesier, der eigentliche Preuße, der Pommer, der Brandenburger zusammen; der König nenne sich blos König von Preußen und nehme das einfache Wappen davon an, zumal da er so manche alte treue Provinz verloren hat, und Titel und Wappen derselben wird weglassen müssen".

Zugleich aber faßte man die Idee einer National-Repräsentation, allerdings in einer sehr eigenthümlichen Gestalt. In dem Kreise der im Allgemeinen einverstandenen Staatsmänner war es der Gedanke, sowohl von den Kabinetsräthen, wie von der steifen Hierarchie der Behörden, auch von den Landständen abzusehen und eine neue Regierung zu constituiren, die von Oben her geleitet werden sollte, mit Hülfe einer Repräsentation des Volkes zu ihrer Seite. Man blieb also von der Idee einer National-Versammlung, in welcher sich alle Gewalten vereinigt haben würden, weit entfernt; die Direktion sollte immer vom König und den Ministern kommen. Die Autorität des Königthums bleibt intakt, da ja die Veränderung eben von ihm ausgehen soll.

So hat auch Immanuel Kant bei aller Hinneigung zur Gleichheit der Individuen, doch das Staatsoberhaupt von derselben ausgenommen, weil diesem ein Zwangsrecht zukomme. Aber nicht von einer patriarchalischen Verfassung hatte Kant hiebei geredet,

sondern von einer patriotischen Regierung, bei der jedes besondere Belieben ausgeschlossen sein soll und die nur von der Sorge für das Land geleitet wird, aus dem das Oberhaupt entsprungen ist. Man wird dabei an die Idee des patriotischen Königs erinnert, welche Bolingbroke in England ausgesprochen und zu einer gewissen Geltung gebracht hat, eines Königs nämlich, der frei von allen Parteibeziehungen nur das Wohl des Ganzen im Auge haben sollte [1]). In den vorliegenden Gutachten wird das Verfahren als Amalgam der Repräsentation mit den Regierungsbehörden bezeichnet; die Repräsentanten sollen keinen constitutionellen Körper bilden. Nach Hardenberg würden Communitäts-Verwaltungen und Obrigkeiten blos aus Gewählten bestehen; — den Kreisvorstehern, den Verwaltungskammern, den Ministern und dem König selbst würden Repräsentanten beizugeben sein. Sie sollen keine Instruktionen, aber Vollmachten erhalten; sie sollen berathen und auf ihre Committenten wirken. Sie würden decisive Stimme bei den Kammern, eine consultative bei den Kreisvorstehern und den Ministern haben, da dies exekutive Behörden sind. Bei aller dieser Beschränkung würden die Repräsentanten doch eine sehr weitreichende Wirksamkeit, namentlich bei dem Finanzwesen, haben erhalten können. Denn auch dies dachte man von Grund aus umzuschaffen.

Das bisherige System beruhte, wie erwähnt, darauf, daß die regelmäßigen Abgaben und regelmäßigen Ausgaben in einem Etat zusammengestellt und die resultirenden Ueberschüsse dem König zu weiterer Verwendung vorbehalten wurden. Aber es hatte sich herausgestellt, daß dieselben nur geringfügig waren und zur Erledigung der dringendsten Bedürfnisse bei weitem nicht hinreichten. Die Absicht wurde nun gefaßt, nicht die bisherigen Erträge, sondern die unabweislichen Bedürfnisse zu Grunde zu legen. Man wollte ein Budget des Staates aufstellen, nach welchem dann die Abgaben regulirt werden sollten. Sehr augenscheinlich tritt hierin der Unterschied der neuen Ideen von dem bisherigen Her-

1) Englische Geschichte S. W. XXI, S. 92, 103.

kommen hervor. Um nun aber hiebei nicht ganz der Willkür zu verfallen, hatte man den Gedanken, die Repräsentanten dabei zu Rathe zu ziehen. Von einer eigentlichen Bewilligung war dabei nicht die Rede; aber man darf zweifeln, ob eine solche auf die Länge vermieden werden konnte. Von consultativen Gutachten bis zur Bewilligung der Steuern war nur ein Schritt. Die eigentliche Bewilligung setzte freilich noch ein ganz anderes System von Gedanken voraus, die als revolutionär betrachtet wurden. Wir heben nur die Idee hervor, die nicht in ihrer ganzen theoretischen Consequenz aufgefaßt wurde, wenn sie auch zu einer solchen hätte führen können. Der Sinn der Minister ging nur dahin, für den Kampf mit den Ständen, der bei dem ergriffenen System unvermeidlich war, in den Repräsentanten eine Hülfsmacht zu gewinnen. Als Urheber des Gedankens darf der Minister Stein angesehen werden, in dessen Eingabe vom Frühjahr 1806, wie oben erwähnt, schon das Bedürfniß einer Repräsentation ausgedrückt wird. Altenstein versichert ausdrücklich, daß er die Idee dem Minister Stein verdanke, der demnach doch als intellektueller Urheber des Repräsentativ-Systems in Preußen anzusehen ist. Auf Altensteins Vorschläge gründet Hardenberg die seinen. Wir werden noch darauf kommen, wie dieser Minister selbst einige Jahre später zur Einrichtung einer Landesrepräsentation schritt, auf die dann das Edikt vom 22. Mai 1815 folgte, bei welchem Hardenberg und Stein zusammenwirkten.

Damals aber im Jahre 1807 kam es nicht so sehr auf Bildung einer Verfassung, als auf die Umbildung der Verwaltung an.

Einen ganz besondern Werth legt Altenstein auf die neue Einrichtung der Verwaltung, von deren Bedeutung und Wirksamkeit er sich seinem System gemäß einen überaus hohen Begriff gebildet hatte. Er sieht in der Verwaltung das Gesetz und die Kraft, welche die mit innerem Leben erfüllten Theile erfassen und zu gleichmäßiger Bewegung und Kraftanstrengung veranlassen. Er nimmt eine Geschäftspolitik an, deren Beruf es sei, die Wirksamkeit der Idee in den passenden Richtungen zu

realisiren. Damit aber konnte ein mechanisches Beamtenwesen nicht bestehen. Altenstein ist weit entfernt, eine Nachahmung des französischen Systems zu empfehlen, welches auf Begründung der Gewalt gerichtet ist, während hier Alles von freier Mitwirkung abhängen soll. Zur Leitung des Staates kann nur ein Staatsmann von höchster Begabung berufen werden. Altenstein erkennt Hardenberg als einen solchen an. Da er nun aber aus dem Staate scheiden muß, so muß man darüber Beschluß fassen, ob die Fortsetzung seines Werkes einem Staatsrathe aufgetragen werden soll, oder wieder einem gleich hoch begabten Staatsmann.

Nach der Meinung Altensteins soll ein neuer Minister an der Spitze der ganzen Administration stehen. Sein Verhältniß muß so bestimmt werden, daß er mit Recht Premier-Minister genannt werden kann. Ein solcher Minister hat ein doppeltes Amt: er beräth den König und sorgt für die Ausführung seiner Befehle. Diese besteht entweder in direkter Ausführung oder in der Controle mit mehr oder weniger Antheil an der Ausführung; der Minister soll der Vermittler zwischen dem König und der Administration sein. Für jeden Zweig der Administration müßte dem ersten Minister ein Rath zur Seite stehen, der die ganze Leitung desselben mit voller Autorität führt und ihn behufs des Vortrages bei dem König unterstützt, oder doch von dem Minister die Befehle zur Führung des ihm übertragenen Zweiges der Administration empfängt; deren Befolgung hat dann der Minister zu controliren. Gewisse Zweige der Verwaltung aber, so bemerkt auch Altenstein, giebt es, für welche die allgemeine Stimme eine größere Selbständigkeit fordert; einmal das Militärwesen, welches Kenntnisse verlangt, die mit anderen staatswissenschaftlichen Zweigen nur wenig in Zusammenhang stehen; dann die auswärtigen Geschäfte, für welche die Voraussetzung der Unabhängigkeit und eine gewisse Repräsentation nothwendig ist.

Auch für Justiz und Religion verlangt die allgemeine Meinung einen selbständiger Chef. Was die für diese beiden Fächer erforderlichen Qualitäten anbelangt, so schlägt sie Altenstein nicht

sehr hoch an; es scheint ihm zu genügen, wenn der Minister ein rechtlicher und religiöser Mann ist. Hardenberg schließt sich auch hier Altenstein vollkommen an.

Zwischen ihm und Altenstein war von der Verfassung der Behörden oft die Rede gewesen. Hardenberg bemerkt, wenn er seine eignen Ideen mittheilen wolle, würde er doch nur Altenstein abschreiben. Lebhaft spricht er sich für Einen Minister aus, namentlich in der gegenwärtigen Zeit, wo es so sehr auf Einheit und Kraft ankomme, damit das Nothwendige rasch erfolgen könne, ohne die Hindernisse, welche Beschränktheit und Verschiedenheit der Ansichten in den Weg legen; die Verantwortlichkeit der Fachminister soll sich nur auf die besonderen Zweige erstrecken.

Zehntes Capitel.

Eintritt des Minister Stein. Organisatorische Thätigkeit des General Scharnhorst.

Die beiden Gutachten sind durch Altenstein, der von Riga nach Memel zurückging, noch im September 1807 dem König überliefert worden. In einem diese Gutachten begleitenden Schreiben sagt Hardenberg: nicht leicht habe ein Regent einen schwereren Stand gehabt, als der sei, in welchen ein ungünstiges Geschick den König versetzt habe. Seine harten Prüfungen seien noch nicht erschöpft: sie könnten noch härter werden. Er möge nur nie die hohe Standhaftigkeit und Fassung verlieren, mit denen er sein Unglück bisher getragen habe, noch die Zuversicht, daß die gute Sache endlich siegen werde. Dem Minister Stein, dessen Zurückberufung er dem König empfohlen hatte, möge er sein Vertrauen ganz schenken und das lebhaft äußern: damit werde er sich dessen Anhänglichkeit sichern und die entgegengesetzten Kabalen zerstreuen. Ohne dem künftigen Minister vorgreifen zu wollen, machte doch Hardenberg den König auf die Persönlichkeiten aufmerksam, die er für vorzüglich geeignet hielt, den großen Zweck zu fördern. Vornehmlich nennt er folgende: Altenstein, der mit reinem Sinne und voller Hingebung ausgebreitete Wissenschaft und rastlosen Fleiß verbinde; Schön, der durch Reisen und Studien gebildet, sich dem Guten hingebe, schnell und leicht arbeite; Stägemann, dem er Gewandtheit und einsichtsvolle Beurtheilung zuschreibt; Niebuhr, einen der reinsten und edelsten Menschen, einen Mann von der seltensten und ausgebreitetsten Gelehrsamkeit,

von vorzüglicher praktischer Kenntniß des Handels, was er übernehme, könne man ihm mit vollem Vertrauen übergeben; auch Nagler, den er in inneren und auswärtigen Geschäften viel gebraucht habe; er verbinde Geschäftskenntniß, Diensteifer, Rechtlichkeit und Ehrgefühl. Ferner nennt er Haenlein, Schladen, Sack, Auerswaldt, Gruner und Klewitz. Er warnt den König vor denen, welche starke und genialische Männer verschreien und Anstoß an ihrer rauhen Außenseite nehmen. Ein eigenthümliches Geschick war es doch, daß der Mann, der die Centralisation der ministeriellen Gewalt hauptsächlich gegründet hatte, sie nun andren Händen überlassen mußte. Hardenberg hatte sich selbst an Stein gewendet, um ihn zum Wiedereintritt aufzufordern. Er schreibt ihm: „Ich hatte nur Ein Mittel, dem König nützlich zu werden, es bestand darin, ihn zu bewegen, Sie zurückzurufen. Von den vorgefallenen Mißverständnissen soll keine Rede mehr sein. Der König hat viel gewonnen durch seine Standhaftigkeit in dem Unglück. Wenn Sie ihn richtig behandeln, werden Sie ihn zu Allem, was gut und nützlich ist, bewegen, ebenso wie es mir gelungen ist. Er hat die gute Eigenschaft, Widerspruch zu ertragen, vorausgesetzt, daß es mit der Rücksicht geschieht, die man dem Souverän schuldig ist, ohne Bitterkeit und mit Hingebung"[1]).

Höchst außerordentlich ist es, mit welcher Sicherheit auch die meisten Andern das öffentliche Heil von der Rückkehr Steins erwarteten. Niebuhr hat wohl die Worte der Vulgata: Du bist Petrus, und auf diesen Stein will ich meine Kirche bauen, auf den Minister Stein angewandt. Nur unter ihm wollte er dienen. Er verabscheue das vielstimmige Concert, in welchem — so drückt er sich aus — ein Paar Dudelsäcke die Flöten ersticken; er ziehe eine volltönende Orgel vor, welche den Gesang der Gemeinde leitet, der dazu stimmt. Ihn schreckten die revolutionären Anklänge, die in der Kommission laut wurden. In diesem Sinne forderte er Stein auf, das Unternehmen zu wagen, das er als gigantisch und dunkel bezeichnete.

1) Der Brief Hardenbergs an Stein bei Pertz, Leben Steins, I. 452.

Auf Stein, der sich damals auf seinem Gute in Nassau befand, mußte es wohl Eindruck machen, daß zur Durchführung einer zum Theil von ihm selbst eingeleiteten Verbesserung seine kräftige Hülfe nöthig wurde. Er war noch in der Genesung von einer schweren Krankheit begriffen, zögerte aber keinen Augenblick, seinen Entschluß zu fassen. Am 30. September traf er in Memel ein. Der König sprach die Hoffnung aus, daß seine kraftvolle Geschäftsführung das Chaotische des bisherigen Zustandes baldigst zu ordnen im Stande sein werde. Doch hatte Stein vor seinem Eintritt noch einen ziemlich harten Strauß zu bestehen. Vor Allem forderte er die Entfernung des Kabinetsraths Beyme, den der König schätzte und gern sah. Beyme trug jetzt selbst auf seine Entlassung an. Sein Schreiben hierüber beweist Hingebung für die allgemeine Sache und einen gewissen Schwung. Beyme bemerkt, daß er persönlich die öffentliche Meinung gegen sich habe, namentlich die des Adels, — sodaß es fast den Anschein gewinnt, als sei der Eintritt des Freiherrn von Stein dem Adel angenehm gewesen. Hierauf fand eine neue Conferenz zwischen dem König und Stein statt, welche Köckritz als hin und wieder etwas stürmisch bezeichnet; doch gab der König nach. Köckritz, dem die Erbrechung aller im Kabinet eingehenden Sachen oblag, wurde angewiesen, dieselben nicht an Beyme, sondern unmittelbar an den Minister Stein gelangen zu lassen. Am 5. Oktober trat Stein sein Amt an: Beyme wurde nicht entfernt, aber er bearbeitete nur die ihm von Stein zugewiesenen Sachen. Durch eine Ordre vom 7. Oktober erklärte der König: da die jetzige Lage des Staates und seine künftige Wiedereinrichtung eine Einheit der Geschäftsführung erfordere, so habe er dem Minister von Stein die Leitung aller Civil-Angelegenheiten anvertraut, sodaß derselbe alle laufenden Eingaben dem König unmittelbar vortragen solle. Zugleich drückt er die Voraussetzung aus, daß Stein mit den Ideen, die Hardenberg geäußert hatte, übereinstimme, wie sich das auch, wenn nicht in jeder Einzelheit, doch im Allgemeinen verhielt. Das Verhältniß zeigt sich unter An-

derem in den Bemerkungen, die Stein über die Verfassung der Behörden dem Gutachten Altensteins hinzufügte [1]).

Auch er erörtert die Frage, ob ein Premierminister oder ein Staatsrath vorzuziehen sei. Für das erste spreche die Nothwendigkeit von Einheit und Kraft; das zweite würde später das Bessere sein, weil es eine größere Mannichfaltigkeit der Ansichten herbeiführe, während bei Einem Minister für individuelle Freiheit kein Spielraum eintrete. Auch sein Gedanke ist, daß die Umformung der Verfassung Einem übertragen werden soll, die spätere Verwaltung dagegen einem Staatsrath. Die erste ministerielle Handlung Steins war die Entscheidung der noch unerledigten Frage, ob das Gesetz über die Aufhebung der Erbunterthänigkeit nur auf Preußen beschränkt oder auf die ganze Monarchie ausgedehnt werden solle. Das letzte wurde durch die Idee des Staates als einer Einheit unbedingt gefordert. Der König machte die Erwägung: der Grundsatz, daß einem Jedem der freie Gebrauch seiner Person und seines Eigenthums zustehen solle, sei auf alle Provinzen gleich anwendbar und für Alle gleich wohl thätig. Demgemäß wurde das Edikt am 9. Oktober publicirt. Es war das Signal zu der bevorstehenden Umgestaltung der bürgerlichen Verhältnisse.

So trat Stein in die von Hardenberg vorbereitete Stellung, jedoch mit dem Unterschiede, daß bei diesem das auswärtige Ministerium, dem nur andere Angelegenheiten aggregirt wurden, zu Grunde lag; bei Stein dagegen die Direktion auf das Innere allem Anderen voranging. Stein gehörte einem reichsfreiherrlichen Geschlecht an, das seit unvordenklichen Zeiten die Burg zu Nassau besaß; er wuchs auf im Gefühl der zwiefachen Pflicht, seine Standesehre zu wahren und in der Welt etwas Nützliches zu leisten. Wie Hardenberg, war auch Stein ursprünglich dazu bestimmt, in den Reichsbehörden zu arbeiten, und einen Augenblick hat er sich zu diplomatischen Geschäften angeschickt; doch

1) Promemoria zu den Vorschlägen des Geheimen Finanzrathes von Altenstein bei Pertz; Stein, II, S. 55.

stand er bald von dem Einen und dem Andern ab und widmete sich unter der Leitung desselben Mannes, dem auch Hardenberg so viel verdankte, des Ministers von Heynitz, dem innern Dienste von Preußen. Wenn der Ruhm Friedrichs des Großen in Hardenberg früh eine Hinneigung zu Preußen hervorrief, so war das bei Stein noch in höherem Grade der Fall. Die Haltung Friedrichs in dem bairischen Erbfolgekrieg, die als eine Vertheidigung alter deutscher Rechte erschien, bestimmte ihn, in die preußische Administration zu treten, in der er von unten auf diente, aber dann noch in frischen Jahren zu den höchsten Stellen zur Seite Hardenbergs empor stieg. Persönlich waren sie doch sehr verschieden. Von Stein behauptet man, Napoleon selbst habe ihn zum Nachfolger Hardenbergs bestimmt und ihn als einen Mann von Geist bezeichnet; er kannte nicht die Identität der Principien, die zwischen beiden obwaltete, nur daß Hardenberg allezeit mehr von den europäischen Combinationen, in denen er sich bewegte, Stein dagegen von den Bedürfnissen der inneren Reform, denen er schon bisher in seinem Kreise alle Kräfte gewidmet hatte, ausging. Hardenberg war keineswegs korrekt in seinem Privatleben; an Stein hätte Niemand auch nur den geringsten Tadel in dieser Beziehung entdecken können. Er lebte in dem von seinen Altvordern überkommenen sittlichen und religiösen Begriff. Er mochte nicht alles das besitzen, was man zur Bildung des Jahrhundertes rechnete. Er war eben ein eigenthümlicher Geist aus tiefen Wurzeln hervorgewachsen; und das altväterische Deutsch, das er schreibt, wie wird es unter seiner Feder so markig, edel und großartig. Seiner Geschäfte war er vollkommen Meister und wollte es sein. Ich möchte nicht wiederholen, daß er seine Gedanken niemals verändert habe; aber, wie er sie in jedem Augenblicke faßte, so sprach er sie nachdrücklich und fortreißend aus. In der Discussion erschien er unwiderstehlich, durchgreifend, schlagend und witzig. Durch und durch praktisch zeigte er sich zugleich immer von Idealen erfüllt. Auch Hardenberg verlor nie die germanische Gesammtheit aus den Augen; in Stein schlug

noch mehr ein deutsches Herz; die sittliche Macht des deutschen Gedankens wohnte in seiner Seele.

Wenn nun die Civilverwaltung in die Hände eines Mannes von dieser Sinnesweise gelangte, so war es von doppeltem Werthe, daß auch in der Militärverwaltung ein Mann von sittlichem Adel und unendlichem Talent einen entscheidenden Einfluß gewann; es ist Scharnhorst. Er war nicht ein Schloßgesessener des alten Adels; seine ersten Jahre hat er in einem von seinem Vater gepachteten Vorwerk zugebracht, die Elemente alles Wissens in einer armseligen Dorfschule erlernt; den übrigen Tag hindurch hat er wohl die Schafe seines Vaters gehütet, oder sich mit den kleinen Dienstleistungen des Landlebens beschäftigt, und dann zur Erholung in einem nahen See geangelt. Unmittelbar von da hinweg war er in die Militärschule des Grafen Wilhelm von Lippe-Bückeburg auf Wilhelmstein versetzt worden, in welcher ernstes Studium der militärischen Wissenschaften mit praktischen Uebungen verbunden war. In dem Feldzuge von 1794, den er in der hannöverschen Armee mitmachte, lernte er die neue Kriegsart der Franzosen kennen und durchdrang sich von der Nothwendigkeit einer entsprechenden Reform in dem diesseitigen Heereswesen, ungefähr wie man dasselbe von dem jüngern Wellesley berichtet. Scharnhorst wurde von dem Herzog von Braunschweig, der ihn schätzte und liebte, in den preußischen Dienst gezogen. Er verband mehr als irgend ein Anderer Theorie und Praxis. In Berlin erwarb er sich besonders durch militärischen Unterricht nach den neuen Ansichten, die in ihm erwachten, einen nicht geringen Einfluß auf die Ausbildung der Offiziere; er selbst wurde hauptsächlich als gelehrter Militär geschätzt. Denn die Aeußerlichkeiten, auf welche man bei dem Soldaten am meisten zu sehen pflegt: stramme Haltung zu Pferde und zu Fuß, in Worten und Geberden, waren ihm nicht eigen. Sein Gang war indolent; er senkte gern seinen Kopf auf die Brust; sein Ausdruck war mehr nachgiebig, als gebieterisch. Aber im Reiche der militärischen Gedanken war er unabhängig, sowohl von dem Hergebrachten, als von den alle

Tage sich ausbildenden charlatanartigen Theorien. Sein Vortrag litt an einer gewissen Unbehülflichkeit, aber wenn man ihm nur folgte, so gelangte man zu präcisen Vorstellungen, welche überzeugten. Denn nicht zu glänzen war sein Sinn, sondern zu unterrichten. Er vermied selbst den Anschein der Genialität und suchte immer an das Gewohnte und historisch Anerkannte anzuknüpfen. Sein tapferes Verhalten im Felde, mit einsichtsvollen Rathschlägen gepaart, denen Blücher die guten Erfolge, die er noch im Jahre 1806 errang, zuschrieb [1]), verschafften ihm Credit als Soldat. Es fiel ihm schwer, daß er es in der Armee doch nicht zu einer von fremdem Befehl unabhängigen Stellung, nicht Einen Tag lang, wie er klagte, zu einem anerkannten Commando brachte. Dagegen ward ihm das Glück zu Theil, zu dem engsten Einverständniß mit dem König zu gelangen: denn Soldat von Profession war dieser Fürst. Den Krieg gegen Frankreich sah er, wie berührt, unter dem Gesichtspunkt eines militärischen Wettstreites an, in welchem er unterlegen war. Wie Napoleon auf sein Glück pochte, so fürchtete der König, daß ihn persönlich ein unglückliches Gestirn verfolge, was jedoch seine Seele niemals niederbeugte; er war immer mit einer stolzen Bitterkeit erfüllt. Nie verschwand ihm der Gedanke, bei der Fortsetzung des Krieges oder nach demselben, von dem Frieden begünstigt, zu einer selbständigen Militärmacht zu gelangen, auf welche die Unabhängigkeit des Staates allein gegründet werden könne. Das bescheidene und gediegene Wesen Scharnhorsts, dessen mit Vorsicht gepaarte Entschlossenheit erwarben ihm des Königs volles Vertrauen. Zwischen dem sonst einsilbigen König und dem wissenschaftlichen Offizier, der offene Augen hatte, bildete sich ein das ganze Militärwesen umfassendes Einverständniß. Scharnhorst wurde zum Vorsitzenden einer zur Reorganisation der Armee niedergesetzten Commission ernannt. Der vertraute und kundige Freund Scharnhorsts, Clausewitz, bezeichnet Folgendes als die Hauptgesichtspunkte,

1) Bericht Blüchers an den König, mitgetheilt in der historisch-politischen Zeitschrift I, S. 175.

die dieser dabei verfolgt habe: eine der neuen Kriegsart entsprechende Eintheilung, Bewaffnung und Ausrüstung der Armee; Veredelung der Bestandtheile und Erhebung des Geistes derselben; daher die Abstellung des Systems der Anwerbung von Ausländern, allgemeine Verpflichtung zum Kriegsdienst, Abschaffung der körperlichen Strafen, Errichtung guter militärischer Bildungsanstalten, sorgfältige Auswahl derjenigen Offiziere, welche an die Spitze der größeren Abtheilungen gestellt werden, — ohne die Rücksicht auf das Alter, die bisher vorgewaltet hatte; — veränderte Kriegsübungen[1]). Unmittelbar nach dem Frieden wurde die Commission eingesetzt; der König ließ ihr eine von ihm selbst schon vor dem Frieden niedergeschriebene Vorlage zugehen, welche alle diese Punkte berührt, nur mit Ausnahme desjenigen, der sich auf die Bildungsanstalten bezieht. Die Armee soll überhaupt nicht wieder auf den alten Fuß gesetzt; alle diejenigen sollen bestraft werden, die offenbar ihre Schuldigkeit nicht gethan haben; bei dem Avancement soll eine Veränderung eintreten, um die Wiedereinsetzung solcher zu vermeiden, die an Körper und Geist invalide geworden sind. Der König denkt darauf, den Eintritt der Nichtadeligen in die Armee zu erleichtern, eine Absicht, die er gleich in einem der ersten militärischen Erlasse nach der Katastrophe kund gegeben hat. Man soll ein richtiges auf neue Erfahrungen gegründetes Verhältniß unter den Truppengattungen einrichten, besonders die leichte Infanterie nach dem Beispiel der Franzosen vermehren. Das Rekrutirungssystem soll gänzlich abgeändert werden, namentlich der etatsmäßige Ausländerstamm aufhören; die Cantons sollen nach Bedürfniß der verschiedenen Truppengattungen, so daß sie schon im Frieden zusammenwirken können, verändert, und die Exemtionen aufgehoben werden[2]).

1) Ueber das Leben und den Charakter von Scharnhorst. Aus dem Nachlaß von Clausewitz. Historisch-politische Zeitschrift I, S. 181.

2) In dieser Aufhebung lag eigentlich die allgemeine Dienstpflicht. Eigenhändige Vorlage des Königs in neunzehn Punkten. Abgedruckt im Militärischen Wochenblatt 1854—55. S. 19.

Auch die Bekleidung soll man zeitgemäß verändern und besonders dafür sorgen, daß die Hauptleute an der Beschaffung der kleinen Montirungsstücke keinen Antheil haben. Die Vorlagen des Königs sind nicht als Anordnungen gefaßt; häufig sind sie Anfragen; sie enthalten nur die Gesichtspunkte, welche die Commission ebenfalls im Auge zu behalten und worüber sie ihre Vorschläge zu machen hat. Man könnte in Erstaunen gerathen, daß die auf die Einrichtungen des großen Friedrich gegründete Armee doch so vieles zu wünschen übrig ließ. Friedrich hatte eben nur die Elemente, die er vorfand, und die er vollkommen zu beherrschen wußte, nach seinem Sinne zusammengehalten und geleitet. Wie Ludwig XIV. das feudale System beibehielt und nur eben dessen Kräfte zu vereinigen trachtete, so war es auch von Friedrich II. an seiner Stelle geschehen. Er hatte sich den Franzosen überlegen gezeigt. Aber nun war in Frankreich die Revolution dazwischen gekommen. Die Abschaffung aller Vorrechte hatte, wie die politische, so auch die militärische Verfassung umgestaltet. Da sollten nun auch in Preußen alle vorhandenen Kräfte besser zusammengenommen werden, um eine größere Gesammtkraft zu erzielen.

In den beiden Gutachten über die Reorganisation des Staates war auf die für die Armee erforderliche Umbildung besondere Rücksicht genommen worden. Altenstein und Hardenberg bekämpften die Aufnahme von Ausländern, die Isolirung der Offiziere von den Gemeinen, die nothwendig erfolgen müsse, wenn die Offiziere nicht aus den Soldaten genommen würden. In der demokratischen Constituirung der Armee gehen sie so weit wie möglich: nicht allein soll das Avancement bloß nach Verdienst erfolgen, die Gemeinen sollen die Unteroffiziere, die Unteroffiziere die Offiziere der ersten Grade wählen. Sie verlangen Aufhebung aller Exemtionen namentlich derjenigen der Hauptstädte. Auch von anderen Seiten her waren energische Anmahnungen gleicher Tendenz eingegangen. So hatte Prinz August, damals französischer Gefangener in Soissons, von dort her dem König ein Gut-

achten in umfassendem Sinne zugehen lassen [1]). Der tapfere Prinz gehörte der Reformpartei an. In seinem Gutachten heißt es: das preußische Kriegswesen habe mit den Verbesserungen, die andere Nationen vorgenommen, nicht Schritt gehalten, und man müsse sich darüber klar werden, inwiefern diese Verbesserungen in Preußen eingeführt werden könnten oder nicht; so sei von den Römern die Castramentation von Pyrrhus, Cavallerie und Galeeren von den Karthagern herübergenommen worden. Auch über die Anführung des Heeres verbreitet sich das Gutachten: mit Rücksicht auf das militärische Vorbild von Frankreich wird es als das Beste bezeichnet, wenn der Regent selbst die Armee führe; wo nicht, so müsse der Feldherr auch das gesammte Kriegswesen verwalten. Man dürfe bei der Führung der Heere und der Leitung der Militärangelegenheiten nicht nach verschiedenen Grundsätzen verfahren; man dürfe z. B. nicht die Militäreinrichtung auf einen Angriff berechnen und sie dann doch zu einer Defensive gebrauchen wollen. Darin sahen wohl der Prinz und sein damaliger Gefährte in der Gefangenschaft, der Kapitän Clausewitz, der an diesem Gutachten ohne Zweifel vielen Antheil hatte, den vornehmsten Fehler des letzten Feldzugs. Unumwunden wird der Grundsatz aufgestellt, daß es die Pflicht eines jeden Bürgers sei, den Staat zu vertheidigen; dieser Grundsatz, in der Theorie anerkannt, leide in der Praxis in der Regel große Ausnahmen; nur in dem französisch-italienischen Reiche sei derselbe vollkommen durchgeführt; eben dadurch werde die militärische Macht des Staates ungemein verstärkt. Der Vortheil liege nicht allein in der Vermehrung der Truppenzahl, sondern besonders darin, daß die wohlhabenderen und gebildeteren Klassen herbeigezogen werden, welchen das größte Interesse an der Erhaltung des Staates innewohne. Dazu sei denn auch wieder ein unbeschränktes Avancement nothwendig; ein Jeder müsse auch in Preußen hoffen können, Feldmarschall zu werden. In Beziehung

1) Mitgetheilt bei Klippel, Leben des Generals von Scharnhorst, III, S. 764.

auf die bisherige Bevorzugung des Adels warf der Prinz die Frage auf, ob es dem Staate auch dann nicht freistehe, die Vorrechte, welche er ertheilt hat, zurückzunehmen, wenn seine Erhaltung davon abhängt. Das Wohl des Staates sei nun einmal das oberste Gesetz; eine Maxime, die bereits in den meisten Staaten anerkannt werde; aus dem Beispiel der Franzosen sehe man, daß auch den Bürgerlichen das Gefühl der Ehre keineswegs abgehe. Von der mechanischen Kriegskunst unterscheidet Prinz August die höhere, welche nicht auf Erfahrung, sondern auf Abstraktion von derselben und deren Anwendung beruht. Die Eintheilung der Armee in Divisionen nach französischer Weise erfordere talentvolle Unterbefehlshaber. Auf Anciennetät dürfe man keine Rücksicht nehmen, da im Alter der Unternehmungsgeist sich abschwäche; nur müsse man Sorge tragen, bei der Auswahl zu den höheren Stellungen Parteilichkeit zu vermeiden. Grundsätze, die aus dem allgemeinen Ideenkreis der Reformpartei entspringen, die aber dadurch ein besonderes Gewicht erhielten, daß sie von einem Prinzen des königlichen Hauses, der in dem letzten Kriege sich auf das Tapferste geschlagen hatte, vorgetragen wurden.

Auch Scharnhorst näherte sich ihnen in einigen besondern Gutachten. Das erste derselben vom 31. Juli 1807 [1]) ist noch ganz auf den vorliegenden Zustand berechnet; die Defensive ist ihm die Hauptsache. Den größten Werth habe es, die Festungen an der Weichsel, an der Oder und in Schlesien in gutem Stand zu erhalten; sie werden dem Staate immer eine gewisse Bedeutung zwischen den kampfführenden Mächten geben und selbst für seine Existenz von Wichtigkeit sein, wie man das in Piemont und den Niederlanden im vorigen Jahrhundert erlebt habe; dazu gehören aber auch Truppen, die den vordringenden Feind zurückzuweisen bereit gehalten werden. Die Volksmenge des Staates würde eine Armee von 120,000 Mann aufzustellen erlauben, nämlich $2^1/_2$ pC. bei einer Bevölkerung von 5 Millionen, doch würde eine

1) Memoire Scharnhorsts vom 31. Juli 1807 über Landesvertheidigung und Errichtung einer National-Miliz im Milit. Wochenblatt. A. a. O. S. 78.

so große Zahl für den Defensivzweck nicht nothwendig sein; 65—70,000 Mann würden dazu hinreichen, im freien Felde 55,000 Mann verwendbar sein. Bemerkenswerth ist die Art und Weise, wie Scharnhorst schon in jenem Augenblick zur Vermehrung der Streitkräfte zu gelangen meint. Von jeder Compagnie Infanterie sollen jährlich zwanzig Mann entlassen und andere für sie eingestellt werden. Die entlassenen Leute werden in den Cantons jährlich revidirt. Die Armee könnte dann nach drei Jahren mit 17,000 Mann verstärkt werden, die Offiziere gehören immer zum Etat. Es sind ihrer genug vorhanden, sie werden dafür sehr dankbar sein. Außer dieser Augmentation der stehenden Truppen faßt Scharnhorst die Errichtung einer Landmiliz ins Auge, und zwar zu einem doppelten Zwecke, einmal, um die Ordnung im Lande aufrecht zu erhalten, und sodann um in Verbindung mit der stehenden Armee zur Vertheidigung des Landes zu dienen. Für eine solche Einrichtung hält Scharnhorst die jungen Leute für verwendbar, die von der Kantonspflichtigkeit eximirt sind, zuerst zu dem einen, dann auch zu dem anderen Zwecke. Sein Vorschlag ist zunächst folgender: jede Stadt mit den sie umgebenden Dörfern soll eine Milizcompagnie bilden; die Compagnien sämmtlicher Bezirke einer Provinz sollen sich jährlich vor dem commandirenden General der Provinz, den Landständen und ersten Civilbeamten, zu einem Scheibenschießen versammeln, welches einige Tage dauert. Die Milizen würden im Frieden den Dienst der Truppen verringern und im Falle des Krieges diese ansehnlich vermehren; im Felde würden sie den Dienst guter leichter Truppen versehen. Noch umfassender, jedoch auf derselben Grundlage beruhend, ist ein Gutachten Scharnhorsts vom 31. August. Er geht dabei von dem Grundsatz aus, daß alle Einwohner geborene Vertheidiger des Staates seien. Die stehende Armee besteht aus denen, welche auf Kosten des Staates gekleidet, bewaffnet und geübt werden; alle übrigen streitbaren Männer zwischen dem 18. und 30. Jahr, von denen vorausgesetzt wird, daß sie sich selbst bewaffnen und bekleiden, bilden die Reserve.

Diese Reserve, an sich zur Erhaltung der inneren Ruhe und zur Defensive bestimmt, soll doch auch ihre Provinz verlassen, wenn die Deckung der Monarchie es erfordert.

Wenn es unleugbar ist, daß diese Entwürfe, welche die Theilnahme der ganzen Nation an dem Kriegsheere in sich schlossen, die Grundlage der späteren Verfassung enthalten, so war diese selbst damit doch noch nicht zu Stande gekommen. Die Entwürfe Scharnhorsts wurden von der Reorganisationscommission geprüft und im Allgemeinen angenommen. Auf den ausdrücklichen Befehl des Königs wurden sie Stein mitgetheilt, der denn auch Schön zu Rathe zog.

Stein verwarf nun einige der wichtigsten der angenommenen Punkte; er erklärte sich dagegen, daß alle die, welche sich bewaffnen, kleiden und während der Waffenübungszeit auf eigne Kosten ernähren können, vom Dienst in der stehenden Armee frei sein sollen; denn diese Armee würde alsdann zu klein werden; die Exemtionen, inwiefern sie örtlich seien, müsse man ganz aufheben; inwiefern man sie gewissen Gewerben beigelegt, durch strengere Prüfung beschränken [1]; man setze fest, daß alle Bewohner des Staates zwischen 18 und 25 Jahren schuldig sind, in der Linien-Armee nach Bestimmung des Looses zu dienen, und daß alle diejenigen, die nicht dazu einberufen werden, es sei entweder, weil man ihrer nicht zur Linienarmee bedarf, oder weil sie die Dienstjahre überschritten, oder ihr Gewerbe sie eximirt, zum Dienst in der Reservearmee verpflichtet sind.

Schön ist nicht für das Loos; mit besonderem Nachdruck aber bekämpft er den Vorzug, der den Wohlhabenden gegeben werden sollte. Rede und Gegenrede hierüber bieten ein großes Interesse dar; doch noch mehr für die folgenden Zeiten, als für die damaligen, in welchen von der Aufstellung einer großen stehenden Armee aus politischen Gründen nicht die Rede sein konnte.

1) Scharnhorsts Entwurf zur Bildung einer Reserve-Armee und die Bemerkungen Steins und Schöns im Milit.-Wochenblatt a. a. O. S. 82.

Die Thätigkeit der Kommission wird in folgenden Worten Scharnhorsts charakterisirt: „Man muß der Nation das Gefühl der Selbständigkeit einflößen. Wir haben auf eine innere Reorganisation des Militärs, in Hinsicht sowohl auf die Formation, das Avancement, die Uebung, als auch insbesondere den Geist hingearbeitet. Der König hat ohne alle Vorurtheile nicht allein sich willig gezeigt, sondern uns sehr viele dem Geist und den neuen Verhältnissen angemessene Ideen gegeben."

Elftes Capitel.

Sendung des Prinzen Wilhelm nach Paris. Ereigniß von Bayonne.

Man könnte versucht sein, die Politik, die Napoleon bei dem Frieden von Tilsit einschlug, zu kritisiren. Um Rußland gegen England heranzuziehen, gab er die Verbindung mit den Mächten auf, welche bisher meistens mit Frankreich gegen Rußland einverstanden gewesen waren. Schweden, das in früheren Zeiten als der vornehmste Verbündete der Franzosen im Norden betrachtet wurde, überließ er in Bezug auf das Land, welches den Mittelpunkt des nationalen Haders zwischen Russen und Schweden bildete, den russischen Feindseligkeiten. Die Osmanen, welche Frankreich als ihren ältesten Verbündeten zu bezeichnen liebten, wurden durch die Abkunft, welche die Donaufürstenthümer dem russischen Einfluß überlieferte, auf das Tiefste beleidigt. Wie weit wich diese Politik von allen Traditionen des französischen Reiches ab. Sie war durch die momentane Lage eingegeben; den allgemeinen und unveränderlichen Verhältnissen der Staaten lief sie eigentlich entgegen.

Auch in Bezug auf Brandenburg-Preußen hätte man Rücksichten auf ein früheres freundliches Verhältniß oder auf die Neutralität erwarten können. Aber Preußen wurde mit rücksichtslosester Gewaltsamkeit behandelt. Man darf darin wohl nicht Aufwallung des Hasses oder Grausamkeit suchen; Alles hing mit dem politischen System zusammen, das nach dem Frieden von Tilsit überhaupt ergriffen wurde. Wenn dem preußi-

schen Staate in diesem Frieden die Hälfte seines Bestandes entrissen worden war, so fügte dem der Vertrag von Königsberg solche Bestimmungen hinzu, welche die übrig gebliebenen Landestheile in allen ihren Beziehungen fesselten. Unter allen Umständen sollte Preußen verhindert werden, eine autonome Stellung einzunehmen, um etwa künftigen Plänen Napoleons hinderlich zu werden.

Schon im Juli 1807 sendete der König Knobelsdorf nach Paris, um dem Kaiser die Unmöglichkeit vorzustellen, in der sich sein Land befinde, die stipulirten Leistungen aufzubringen, namentlich die von Daru nach seinen Voraussetzungen geforderte Summe von 154 Millionen Francs [1]). Unter den Gründen für diese Vorstellung erscheint auch der Krieg mit England: denn auf den Verkehr mit England sei Preußen, namentlich auch Schlesien angewiesen. Der Gesandte sollte eine Contribution von 30 Millionen anbieten, zahlbar in drei Jahren.

Knobelsdorf kam am 4. August in Paris an. Napoleon ließ ihm durch Talleyrand erklären, daß er von den geforderten Contributionen nichts nachlassen könne, da sie das Eigenthum seiner Armeen seien. Talleyrand hörte auf keine Gegenrede: denn der Wille des Kaisers sei unerschütterlich. Aus der Erzählung von Bignon [2]) ersieht man, wie gegründet das war. Bignon versichert, daß keine Vorstellung, die von Daru oder von ihm selbst ausgegangen, die mindeste Wirkung auf den Kaiser gehabt habe. Knobelsdorf erhielt in der Sache selbst keine Audienz bei Napoleon. Der Minister Champagny, der in der Mitte August, als Talleyrand zu einem Großwürdenträger des Reichs erhoben wurde, an Stelle desselben die Verwaltung der auswärtigen Geschäfte erhielt, erklärte dem preußischen Bevollmächtigten, in Bezug auf die Contributionen über nichts verhandeln zu können, da der Kaiser die ganze Sache an Daru übertragen habe. Man sah, daß der Ge-

1) Vergl. M. Duncker, eine Milliarde Kriegsentschädigung, welche Preußen Frankreich gezahlt hat; in: Aus der Zeit Friedrichs des Großen und Friedrich Wilhelm III, S. 503 ff.

2) VI, 355.

sandte nie etwas ausrichten würde. Statt Erleichterungen zu erzielen, erfuhr die preußische Regierung neue Erschwerungen des gesammten Zustandes.

Indem sie noch von Knobelsdorf eingehende Antwort erwartete, traf ein Schreiben von Berthier bei Kalckreuth mit den Forderungen ein, die eine weitere Vorbedingung für die Räumung des Landes enthielten. Sie bezogen sich auf das Herzogthum Warschau, das noch nicht stark genug war, um Rußland zu gefährden, aber unter der Protektion Napoleons die Bedrängnisse Preußens wesentlich vermehrte. Berthier brachte einem Artikel des Friedens gemäß die Errichtung einer Militärstraße zwischen Sachsen und Warschau durch das preußische Gebiet in Antrag; zugleich aber auch Vorkehrungen für einen freien Handelsverkehr zwischen dem Königreich Sachsen und dem Herzogthum Warschau. Die Forderungen Berthiers hatten dann drei Conventionen zur Folge, die vom 13. Oktober, 10. November und 6. Dezember 1807. Außer einer Militärstraße über Krossen und Züllichau wurden drei Handelsstraßen eingerichtet. Für die sächsischen Waaren wurde der Verkehr mit Polen gegen einen leichten Transitzoll zugestanden, eine die Industrie und Verwaltung von Schlesien sehr beeinträchtigende Neuerung. Und zugleich bestimmte Marschall Soult die Grenzen zwischen Warschau und Ostpreußen auf eine Weise, die allem preußischen Anspruch entgegenlief. Das der Republik Danzig zugestandene Gebiet wurde durch die Ausdehnung, die man dem festgesetzten Rayon gab, ansehnlich erweitert. Für das Herzogthum Warschau wurde der Michelauer Kreis und Neuschlesien in Anspruch genommen. Der König mußte sich in Alles fügen.

Daß er das aber auf immer zu thun gemeint habe, darf man doch nicht annehmen. In einem Schreiben an Kaiser Alexander spricht er den Entschluß aus[1]), das alte intime Verhältniß mit ihm aufrecht zu halten; indem er sich über die Eigenmächtigkeiten des Generals Rapp, der bei der Festsetzung des

1) Schreiben des Königs an den Kaiser vom 30. Juli 1807.

Territoriums der Stadt Danzig die Bestimmungen des Friedens weit überschritten habe, ohne auch nur die Ankunft der königlichen Commissäre abzuwarten beklagt, und die Vermittelung des Kaisers bei diesen und ähnlichen Vergewaltigungen in Anspruch nimmt, bezieht er sich nicht allein auf die persönliche Freundschaft Alexanders, sondern auch auf das Interesse von Rußland. Noch in Tilsit hatte Alexander dem Grafen Goltz Versicherungen gegeben, aus denen Friedrich Wilhelm abnahm, daß Rußland immer für die Erhaltung seiner Unabhängigkeit sein werde. „Ich bin überzeugt, schrieb ihm der König, Ew. M. wird sich immer dafür verwenden, daß ich künftig einmal eine Compensation für die Verluste erhalte, die ich gegenwärtig in Folge der gewissenhaften Erfüllung meiner Verpflichtungen erleide" [1]).

Alexander, der damals Tolstoy nach Paris sandte, ertheilte dem König die bestimmte Versicherung, daß dieser Gesandte den Auftrag erhalten solle, die Reklamationen Preußens auf das Beste zu unterstützen [2]). Ueber sein Verhältniß zum König drückte sich Alexander mit der lebhaftesten Theilnahme aus. Er versicherte ihn der unbeschränkten Hingebung, die er in ihren gegenseitigen Beziehungen allezeit zeigen werde. „Meine Anhänglichkeit und Freundschaft für Ew. Majestät werden nur mit meinem Leben enden [3])."

Man sieht, daß der Friede von Tilsit in den persönlichen Beziehungen zwischen Alexander und Friedrich Wilhelm keine wesentliche Veränderungen hervorgebracht hatte. Friedrich Wil-

1) Je me tiens assuré que V. M. emploiera toujours avec plaisir à me faire obtenir dans la suite une compensation proportionnée à la perte sensible que je viens d'éprouver dans le moment par une suite de mon scrupuleux attachement à mes engagements.

2) Il recevra l'ordre de soutenir de tous ses moyens les réclamations de la Prusse.

3) L'abandon sans réserve, que je désire maintenir éternellement dans nos relations. Mon attachement et mon amitié pour elle ne finiront qu' avec ma vie (22. September).

helm rechnete in seinen Bedrängnissen allezeit auf die Unterstützung und die Rathschläge des Kaisers. In einem Schreiben vom 15. September, mit dessen Uebereichung Major Schöler beauftragt war, dem ein Memoire über alles das, was man von den französischen Generalen zu dulden habe, beigegeben war, fragte der König an, ob er gegen diese Uebergriffe protestiren und eine starke und feste Haltung annehmen solle, in der Erwartung, daß die Vorstellungen des Kaisers von Rußland eine Aenderung hervorbringen würden, oder ob es besser sei, nachzugeben, in der Hoffnung, daß ihm der Kaiser von Rußland eine Entschädigung auswirken werde.

Alexander suchte der Entzweiung Preußens mit Frankreich vorzubeugen. Eine Protestation und demgemäß feste Haltung des Königs hat er demselben doch nicht empfohlen. Vielmehr rieth er zur Nachgiebigkeit, selbst zum Eintritt in den Rheinbund, wenn derselbe gefordert werde.

Tolstoy, der seinen Weg über Königsberg nahm, wo er noch besonders über die französischen Gewaltsamkeiten informirt wurde, hat dann in der That erreicht, daß die Franzosen auf die Besetzung von Colberg und Graudenz verzichteten. Die Forderung selbst wird von Napoleon freilich als eine Sottise Darus bezeichnet, Tolstoy machte geltend, daß Frankreich auf Plätze nicht bestehen dürfe, deren Besetzung nur gegen Rußland gerichtet sein könne; Stettin, Cüstrin, Glogau seien zu seiner Sicherheit hinreichend. Im Oktober langte der neue preußische Gesandte Brockhausen, ein Mann, in dem sich noch die Traditionen von Herzberg fortsetzten, in Paris an. Die Wahl hatte nicht den Beifall Champagnys, doch war Napoleon nicht dagegen: es genüge ihm schon, wenn nur Niemand komme, der den letzten Krieg mitveranlaßt habe. Brockhausen mißbilligte das Verhalten Knobelsdorfs, der wenig gethan und ihm einen ungebahnten Weg zurückgelassen habe, aber er selbst richtete so wenig aus, als dieser. Gegen Knobelsdorf hatte Napoleon geäußert, daß die Geringfügigkeit der preußischen

Leistungen ihn nöthige, das Land besetzt zu halten [1]). Brockhausen sah den Minister Champagny Ende Oktober zu Fontainebleau, und reichte ihm diplomatische Noten dringendsten Inhalts ein. In der ersten stellt er die Unerschwinglichkeit der von Daru geforderten Summe in Ausdrücken dar, die von Bekümmerniß und Schmerz zeugen. Er betont die Zuverlässigkeit seines ökonomischen und loyalen Fürsten, der alle Verpflichtungen erfüllen werde, wenn man ihm nur den Gebrauch seiner Revenuen einräume. Schon bringe die Maßregel, die man ergriffen habe, indem man den König der Verwaltung seiner Landschaften beraube, die schlimmsten Folgen hervor; das Band zwischen Souverän und Unterthanen werde dadurch gelockert. Und indem man mit dem Intendanten Daru über die Mittel, den Forderungen gerecht zu werden, unterhandle, trete derselbe mit zwei neuen Anmuthungen auf, welche ein Todesurtheil für Preußen enthielten. Er fordre als Sicherheit fünf Festungen und die Erhaltung von 32,000 Mann französischer Truppen in denselben; überdies verlange er Ueberlieferung von Domänen bis zum Gesammtbetrag von 50 Millionen Francs. Die Unterhaltung der Truppen erheische so große Summen, daß dem König für seine Existenz und für seine Administration keine hinreichenden Mittel übrig bleiben. Niemals habe ein Volk eine dunklere Zukunft vor sich gehabt, als das preußische: „das Land kann nicht besäet werden, der Landmann hat keine Aussicht auf eine Erndte. Die Härte der Exekutionen macht die Leiden der armen Einwohner vollends unerträglich". Brockhausen provozirt auf das Interesse, welches Napoleon für einen Staat gezeigt habe, der die Schöpfung eines großen Mannes sei.

Alles das aber waren vergebliche Worte. In der Antwort Champagnys liest man nur, daß der Kaiser der Franzosen, dem er in der Sache Vortrag gehalten, dem preußischen Kabinet selbst die Schuld von der Nichtausführung des Königsberger Vertrages

1) Napoleon sagte zu Knobelsdorf beim Abschiede: Il faut qu'on en finisse chez vous le séjour prolongé de mes troupes ruine vos provinces; mais on ne fait rien chez vous, on ne fait que dormir.

beimesse: er erkläre, er könne Preußen nicht räumen, bevor dies geschehen sein würde [1]).

Indem diese Noten gewechselt wurden, war in dem König von Preußen, noch ehe er davon erfuhr, die Ueberzeugung gereift, daß sich auf diesem Wege nichts werde erreichen lassen; er hatte beschlossen, seinen Bruder, den Prinzen Wilhelm, der dem Kaiser Napoleon als ein Mann von Talent und gutem Betragen geschildert worden war, zu ihm zu schicken, um ihm hierdurch einen Beweis zu geben, daß sein Bestreben, ein freundschaftliches Verhältniß mit Frankreich einzugehen, ernstlich gemeint sei [2]). Vor einigen Jahren war Alexander von Humboldt von seiner transatlantischen Reise zurückgekommen. Der König hatte ihm die Muße gewährt, die zur Ausführung seiner literarischen Arbeiten nothwendig war. Man kannte die mannichfaltigen gesellschaftlichen Beziehungen, in denen Humboldt in der französischen Hauptstadt stand, und hielt ihn deshalb für besonders geeignet, den Bruder des Königs daselbst einzuführen. Mit Vergnügen willigte Humboldt ein; sein Brief an den König darüber athmet Dankbarkeit und Hingebung, sowie Anerkennung der Standhaftigkeit, die der König im letzten Jahre bewiesen. Es schien ihm am Herzen zu liegen, den Vater des Volkes wieder in seine Hauptstadt zurückführen zu helfen. Nicht so ganz war Brockhausen mit dieser Mission zufrieden, welche die seine unterbrach, oder doch ihre Bedeutung schwächte. Man schreibt es den Zögerungen desselben zu, daß Napoleon seine Reise nach Italien antrat, ohne von der Absicht des Königs Nachricht erhalten zu haben. Erst in Mailand wurden die Pässe für den Prinzen Wilhelm ausgefertigt, der nun am 8. Januar 1808 in Paris anlangte.

1) Il a constamment déclaré que, tant que les conditions de la convention de Kœnigsberg ne seraient pas remplies, la Prusse ne pourrait pas être évacuée (4. November).

2) pour constater mon sincère désir de rétablir avec V. M. J. et R. les termes de la plus étroite union. So heißt es in dem Schreiben von Memel aus, in welchem für den Prinzen die zur Reise erforderlichen Papiere verlangt werden.

In der Instruktion des Prinzen wird als Zweck seiner Sendung angegeben: Abschluß einer engen Allianz mit Frankreich, um dagegen des ungestörten Besitzes der Provinzen, die dem König gelassen worden, und der Räumung durch die Franzosen versichert zu werden. Der Prinz soll den Kaiser von dem Wunsche des Königs, in die intimste Verbindung mit ihm zu treten, überzeugen. Er soll eine defensive und offensive Allianz anbieten; in Folge deren Preußen ein Hülfscorps von 10,000 Mann dem Kaiser der Franzosen in seinen continentalen Kriegen stellen werde, in der Voraussetzung jedoch, daß er Preußen in eine Situation bringe, bei der es in den Stand komme, erheblichere Dienste zu leisten. Wird die Allianz abgelehnt, so ist der Prinz ermächtigt, selbst den Eintritt in den Rheinbund anzubieten, wie der Kaiser Alexander, der mit der Sendung einverstanden war, ausdrücklich angerathen hatte.

Wenn man im Voraus die Möglichkeit eines Erfolges dieser Mission erwägt, so ist dieselbe bei den damaligen Umständen nur gering anzuschlagen. Napoleon sah in den preußischen Landschaften nur ein Mittel für seine anderweiten politischen Zwecke. Man weiß, daß er eben in dieser Zeit dem Kaiser Alexander die volle Einräumung der türkischen Grenzprovinzen angeboten hat, wenn ihm dieser dagegen eine Compensation aus der einen oder anderen preußischen Provinz zugestehe; sein Augenmerk war damals auf Schlesien gerichtet.

Kaiser Alexander war von einem solchen Zugeständniß weit entfernt. Sehr wahr, daß die Russen nichts eifriger wünschten, als den Besitz der Donaufürstenthümer; allein dem französischen Kaiser eine Position einzuräumen, durch welche er Rußland anzugreifen in den Stand gesetzt worden wäre: darin lag doch — denn noch war die französische Armee sehr zahlreich in Norddeutschland und dem Herzogthum Warschau versammelt — eine zu große Gefahr, als daß Alexander auch gegen ein anderweites Zugeständniß darauf hätte eingehen können. Man erfuhr in Memel kaum, welchem Schicksal man entronnen war. Wie aber

aus der großen Politik immer neue Gefahren entsprangen, so traten auf der andren Seite in Folge der Verwicklungen, die aus dem Frieden von Tilsit hervorgingen, und der unerwarteten Ereignisse, die sich daran anknüpften, Verhältnisse ein, die eine Erleichterung für Preußen möglich machten.

Der Friede von Tilsit involvirte, wie berührt, einen Krieg mit England. Es trat ein Augenblick ein, wo sich die Engländer von verschiedenen Seiten bedroht fühlen konnten, von dem Norden, dem Süden und den französischen Küsten her; sie setzten sich dem mit der rücksichtslosen Entschlossenheit entgegen, welche damals ihre Politik charakterisirt. Sie trugen kein Bedenken, der dänischen Flotte, welche gegen sie dienen sollte, sich zum zweiten Male zu bemächtigen. Schweden hielt auf ihrer Seite fest. Dasselbe geschah, wie man vorausgesehen hatte, auch in Portugal; dadurch wurde aber eine Verwicklung von unermeßlicher Aussicht eröffnet. Noch im November 1807 nahm Napoleon, einverstanden mit König Karl IV. von Spanien, der ihm den Durchzug durch spanische Provinzen bewilligte, Portugal in Besitz. Es war ganz im Sinne von England, wenn der Prinz-Regent sich nach Brasilien begab: die Engländer begrüßten die Idee eines transatlantischen Reiches portugiesischen Ursprungs mit Freuden. Zugleich aber meinten sie, Portugal nicht aufzugeben: die siegreiche Flotte kam vom Norden nach Süden, um an der Mündung des Tajo Station zu nehmen. In Kurzem zeigte sich, daß das größere Wichtigkeit für sie selbst und die Welt hatte, als man hätte meinen sollen.

Schon hatte auch Spanien bei dem Ausbruch des preußischen Krieges insgeheim mit England angeknüpft; ohne äußerlich darauf Rücksicht zu nehmen, war Napoleon sehr entschlossen, die spanische Regierung nicht unter den Einfluß von England gerathen zu lassen. Ein inneres Zerwürfniß der spanischen Regierung zwischen dem König Karl IV. und dem Kronprinzen Ferdinand kam ihm hiebei zu Statten. König Karl IV., die Königin und ihr Günstling empfanden was ihnen von Napoleon drohe, wagten aber doch nicht, mit Entschiedenheit zu widerstreben. Die Popu-

lation schloß sich hierüber an den Kronprinzen an; und es kam zu jenen tumultuarischen Scenen von Aranjuez (18. März 1808), durch welche der König zur Abdankung genöthigt, der Günstling mit dem Tode bedroht und dem Gefängniß überwiesen wurde.

Welches auch früher die Beziehungen Napoleons zu dem Kronprinzen gewesen sein mochten, er konnte nicht bezweifeln, daß eine patriotische Partei, die sich zu England hinneigte, denselben auf den Thron zu setzen suche. Es erhellt nicht mit Bestimmtheit, was bis dahin seine Pläne gewesen; aber die Nachrichten, die ihm Monthyon, der von einer Mission nach Aranjuez zurückkam, von den Aufwallungen des Königs und seiner Gemahlin gab, die die Krone lieber aufgeben, als das Attentat ihres Sohnes ungerochen lassen wollte, wurden entscheidend für ihn [1]). Er beschloß die Autorität in Spanien selbst in seine Hand zu nehmen; wie in Frankreich, so sollten auch in Spanien die Bourbons durch die Bonaparte ersetzt werden. In Bayonne, wohin die spanische Königsfamilie sich begab, trat der bezeichnende Moment ein, daß der König von dem Kronprinzen gefragt wurde, ob er nach Spanien zurückkehren und die Krone wieder annehmen wolle; in diesem Falle sei er, der Kronprinz bereit, ihm dieselbe zurückzugeben. Der Vater hatte kein Hehl damit, daß er weder nach Spanien zurückkehren, noch die Krone wieder annehmen wolle. Hierauf schwieg Ferdinand, und das Geschick mußte sich vollziehen. Die französischen Truppen setzten sich in den Besitz von Spanien: Napoleon verfügte über die Krone. In demselben Augenblick aber erhob sich eine nationale Feindseligkeit gegen ihn, wie er eine solche bisher noch nicht erfahren hatte, in Folge deren die Engländer wieder Einfluß auf Spanien gewannen. Bei den ersten Nachrichten von Bayonne hatten sie ihr Augenmerk unverzüglich auf eine Emancipation des südlichen Amerika gerichtet. Bald darauf aber kamen ihnen die Dekrete der Junta von Asturien zu, die den Entschluß kund gab, im Besitz ihrer uralten Souverainetät sich zu behaupten, bis die

1) Segur, III, 226.

rechtmäßige Dynastie wiederhergestellt sei, und hiezu die Hülfe von England aufrief; sie erklärte Krieg gegen Napoleon, der nur nach einer universalen Gewaltherrschaft strebe. Die Engländer faßten dagegen die Absicht, Spanien von dem französischen Joche loszureißen; sie rechneten dabei auf das Zusammenwirken der Kolonien und des Mutterlandes: denn nicht allein Asturien, sondern alle spanischen Provinzen waren in einer insurrektionellen Bewegung, die sich selbst auf die unter französischer Führung in Dänemark dienenden Truppen erstreckte. Napoleon hatte durch sein spanisches Unternehmen seine Weltherrschaft fest zu begründen gemeint; in seiner Laufbahn bildet der Moment, wo er die Nachricht von der Kapitulation, zu welcher 25,000 Franzosen genöthigt worden waren (22. Juli 1808), erhielt, einen unvergeßlichen Wendepunkt. Er hatte kurz vorher gesagt, sein Siegeswagen sei in vollem Laufe; wehe dem, der sich ihm entgegenstelle. Jetzt war dies doch geschehen: er war, wie seine Umgebung bemerkte, wie vom Donner getroffen; aber er blieb entschlossen, alle seine Kraft zur Unterwerfung der Empörten zu verwenden.

Wir berühren diese großen Ereignisse nur, weil sie mit den zwischen Frankreich und Preußen schwebenden Unterhandlungen zusammenhängen. In eine Unternehmung verwickelt, die einen ansehnlichen Theil seiner Streitkräfte beschäftigte, mußte Napoleon Bedacht nehmen, die Ruhe in Deutschland zu erhalten und Preußen zu pacifiziren.

Die Mission des Prinzen Wilhelm hatte Anfangs nicht viel Aussicht gehabt, zu einem erwünschten Erfolge zu führen. Napoleon vermied es, den Prinzen, dessen von Kaiser Alexander gerühmte Eigenschaften er bereitwillig anerkannte, öfter zu sehen oder von Politik mit ihm zu verhandeln. Dem Antrag auf eine Allianz begegnete er damit, daß er die preußische Regierung zu denen zähle, welche der Bewegungen ihrer Unterthanen nicht sicher seien: er kannte den Haß, den man in Preußen gegen ihn hegte. Die Ereignisse in Spanien, welche Napoleon nöthigten, alle übrigen disponiblen Kräfte dahin zu wenden, brachten in

Deutschland die Wirkung hervor, daß man zum Widerstand gegen ihn Muth faßte; der nationale Gedanke erwachte und stärkte sich in Deutschland an diesem Beispiel. Der Minister Stein versichert, es habe ihm Mühe gekostet, einen unzeitigen Ausbruch zurückzuhalten: nicht, als ob er dieses Gefühl der tiefen Entrüstung und des erwachenden Muthes nicht getheilt hätte, sie waren in ihm so stark, wie in irgend Jemand; allein sein Beruf war es vielmehr die inneren Kräfte zu einen Kampfe vorzubereiten, als einen solchen unverzüglich hervorzurufen. Alle seine ministeriellen Handlungen waren zugleich von diesem Impuls geleitet. Dem schon erwähnten Gesetze über die Erbunterthänigkeit, welches dahin zielte, die Leibeigenschaft aufzuheben, mit allen ihren Folgen, besonders dem drückenden Gesindezwang, so daß die persönliche Freiheit dadurch unerschütterlich begründet wurde, fügte er nach einiger Zeit die Städteordnung hinzu, deren Zweck es war, dem bloß mit den Angelegenheiten des Privatlebens beschäftigten Thun und Treiben eine höhere Richtung zu geben, und lebendige Theilnahme an dem Gemeinwesen, dem jeder angehörte, hervorzurufen. Auf den Domänen wurden die Bauern in freie Eigenthümer verwandelt; man wollte deren in Kurzem 30,000 zählen. In allen Zweigen wurde die strengste Sparsamkeit eingeführt; empfindliche Einschränkungen bei der Hofhaltung, wozu der König gern die Hand bot; denn alle Kräfte mußten zu den allgemeinen Zwecken aufgeboten werden. Die in der Militärcommission unter Steins Theilnahme beschlossenen Anordnungen wurden ins Werk gesetzt; die Herbeiziehung der höheren Klassen zum Kriegsdienst hatte die Folge, daß die Ausländer aus dem Heere ausschieden Es war ein Ereigniß, daß die Stockprügel abgeschafft wurden. Was man aber auch thun und vorkehren mochte, über Allem lag der Druck, welcher die Anwesenheit der französischen Truppen veranlaßte. Ohne Zahlung der Contributionen konnte der König nicht wieder Herr in seinem eigenen Lande werden. Bei dem General-Intendanten Daru, dem Napoleon die definitive Entscheidung in

dieser Angelegenheit übertragen zu haben behauptete, blieben Vorstellungen triftigster Art ohne alle Frucht. Man weiß, daß er bei einem Mittagsmahle auf die Bemerkung des aus seiner Gefangenschaft zurückgekehrten Prinzen August, die von den Franzosen den Einwohnern zugefügten Bedrängnisse seien so groß, daß diese darüber würden zu Grunde gehen müssen, geantwortet hat: sie würden die Lasten tragen und dabei weiter fortleben [1]).

Der Minister Stein, der sich nach Berlin begab, brachte es am 9. März, auf Grund des von der Immediat-Friedenscommission vorgelegten Entwurfes, zu einer vorläufigen Convention, in welcher die geforderte Summe von 154½ Millionen zwar anerkannt, aber dagegen die von den Franzosen seit dem Frieden eingezogenen Landeseinkünfte in Abzug gebracht wurden. In Folge dieser und andrer Ermäßigungen wurde die Summe, die Preußen zu zahlen hatte, um 50 Millionen Francs verringert. Der ursprüngliche Vorschlag Darus war gewesen, daß diese Summe durch freiwillige Ueberlassung der Domänen abgezahlt werden sollte. Nimmermehr konnte man darauf eingehen, da dann die Administration der Domänen in die Hände französischer Beamte gekommen sein, und diese jede freie Bewegung erstickt haben würden. Stein erlangte vielmehr, daß Daru sich mit Pfandbriefen und Promessen begnügte, welche von Termin zu Termin eingelöst und von der Pariser Bank discontirt werden sollten.

Napoleon war jedoch nicht dahin zu bringen, diese Convention zu ratificiren. Wie die Verhältnisse zwischen beiden Staaten überhaupt standen, sieht man daraus, daß die Franzosen die Absicht kund gaben, ein bewaffnetes Lager von 35,000 Mann in der Nähe von Berlin zu errichten. Die Friedenskommission machte besonders darauf aufmerksam, daß es bei solchen Aussichten unmöglich werde, die Kontribution abzuzahlen. Napoleon hat zwar dem Prinzen Wilhelm gesagt, er denke nicht daran, dem König seine Hauptstadt zu entreißen, aber er befinde sich in

1) Et ils vivront encore. Bassewitz, I, 512.

der Nothwendigkeit, Angriffen auf die von ihm in Besitz genommenen Landschaften, namentlich auf das neue Königreich Westfalen zuvorzukommen. Wenn man in Betracht zieht, daß zu einer solchen Besorgniß in diesem Augenblick kein Grund vorlag; so geräth man auf den Gedanken, daß das Vorhaben mit den erwähnten Combinationen, die sich auf das Verhältniß von Rußland zur Türkei bezogen, auf eine oder die andere Weise zusammenhing.

Aber der russische Gesandte Tolstoy, der es eigentlich nicht billigte, daß der Prinz nach Paris gekommen war, weil das bei der Sinnesweise Napoleons doch keinen Eindruck auf denselben machen werde, wiederholte dagegen auf das Lauteste seine Reklamationen gegen die Vermischung der türkischen und der preußischen Angelegenheiten. Rußland, sagte er, habe einen unbezweifelten Anspruch auf die Besetzung der Fürstenthümer, weil die Türkei den Frieden verzögere; Napoleon aber sei durch den Frieden von Tilsit die Verbindlichkeit eingegangen, die preußischen Provinzen zu räumen.

Und unmöglich konnte Napoleon diese Vorstellungen unbeachtet lassen; bei der Lage der spanischen Angelegenheiten war er in der Nothwendigkeit auf Rußland doppelte Rücksicht zu nehmen. Die weit aussehenden Unterhandlungen, die zwischen Napoleon und Alexander über die orientalischen Angelegenheiten gepflogen wurden, hatten doch den Erfolg, daß von jener widerwärtigen Verbindung der Sache der Donaufürstenthümer mit der Sicherheit Schlesiens nicht mehr die Rede sein konnte. Alexander erklärte es für einen Beweis von Freundschaft, den ihm Napoleon geben möge, wenn er seinem Freunde, dem König von Preußen, größere Schonung angedeihen lasse[1]); zugleich empfahl Alexander die Annahme der von Stein entworfenen Konvention, für welche er selbst noch einige für Preußen günstige Modifikationen zu erwirken hoffte.

1) Je regarderais l'évacuation de la Prusse et le rétablissement du gouvernement du Roi comme la marque la plus signalée de l'amitié de V. M. J.

Prinz Wilhelm säumte nicht, auch seinerseits eine Vorstellung über die unglückliche und unverdiente Lage von Preußen einzugeben: die Annahme der Konvention werde endlich bewirken, daß der König zur Verwaltung seiner Länder gelange und daran denken könne, die Uebel zu heilen, welche der Krieg ihnen geschlagen habe [1]). Ohne Antwort geblieben, erneuerte der Prinz seine Bitten am 20. Juni 1808. Von Napoleon, sagte er, erwarte Preußen glücklichere Tage [2]): eine Hoffnung, die doch noch sehr im Weiten lag. Der Prinz meinte zuweilen selbst Ursache zu haben, für den Thron seines Bruders zu fürchten.

In der That hatte sich diese Furcht in Folge der Ereignisse von Bayonne auch in Königsberg geregt. In einem Briefe der Königin heißt es, daß das Verfahren Napoleons gegen seine Freunde vollends für seine alten Feinde eine verderbliche Vorbedeutung in sich schließe. Aber auch eine entgegengesetzte Wirkung entsprang aus den spanischen Ereignissen. Diese bewirkten mit Nothwendigkeit, daß die Fürsten und die Völker der zwischen ihnen bestehenden, unauflöslichen Verbindung, aufs Lebendigste inne wurden. In der Erhebung der Population mit dem Vorbehalt der legitimen Regierung, wie es in Spanien zu Tage trat, lag ein Moment, der auch für Deutschland, vor Allem für Preußen anwendbar und die Gemüther zu ergreifen geeignet war. Es konnte nicht anders sein, als daß Napoleon diese Bewegungen bemerkte und ihnen zuvorzukommen suchte. Ueberhaupt nöthigte ihn der Fortgang des spanischen Ereignisses zu einer Modifikation seiner Gesammtstellung, die auch für Preußen von unmittelbarer Wichtigkeit war. Er fand sich veranlaßt, einen Theil seiner Truppen, welche die Mark und Schlesien beherrschten, über den Rhein zurückzuziehen, um sie fortan in Spanien zu verwenden. Wie tief mußte es ihn berühren, daß ein zahlreiches spanisches Truppen-

1) Le Roi, rentré dans l'administration de ses États et dans la jouissance de ses revenus, pourra enfin entreprendre de guérir les plaies du pays.

2) C'est de vos mains, Sire, que nous attendons des jours plus heureux.

corps, das unter Della Romana in Dänemark diente, den günstigen Moment ergriff, um eigenmächtig seine Positionen zu verlassen, und sich mit englischer Hülfe nach Spanien einschiffte. Als Napoleon Mitte August nach Paris zurückkam, gab er den Entschluß kund, die Differenzen mit Preußen so weit zu schlichten, daß er von dort her nichts zu besorgen brauche. Er kam jetzt auf die Konvention vom März zurück, nicht als ob er sie hätte annehmen wollen, wie sie war, aber er dachte sie doch wirklich zu realisiren. An dem Rechte, das er gehabt habe, die Revenuen in Preußen einziehen zu lassen, hielt er fest; er wollte sie nicht mit der Kontribution, die man ihm schulde, in Verbindung bringen; einige andre Abzüge gab er nach, sodaß die geforderte Summe auf 140 Millionen fixirt wurde; er bestand jedoch dann auf unverzögerte Bezahlung derselben in kurzen Fristen. Champagny forderte eine weitere Sicherstellung des Kaisers durch Vermehrung der in den drei Festungen, Stettin, Küstrin, Glogau, zu verpflegenden französischen Garnisonen und durch die Festsetzung einer Truppenzahl, über welche hinaus die preußische Armee nicht vermehrt werden dürfe.

Hof und Regierung in Königsberg geriethen hierüber in nicht geringe Agitation. Ein neues Incidenz bildeten die Bewegungen in Oesterreich; die Zeit schien gekommen zu sein, in der sich Napoleon entschließen müsse, um Preußens sicher zu sein, den Kontributionsbedrängnissen ein Ende zu machen. Man war geneigt, selbst in Allianz mit Napoleon zu treten und ihm ein Truppencorps zu Hülfe zu stellen, wenn er sich nur zur Evakuation des Landes und zu erträglichen Bedingungen entschließe: denn von dieser hing die Rückkehr des Königs nach Berlin, und die Herstellung der königlichen Regierung ab.

Prinz Wilhelm hatte keine leichte Stellung; nachdem er auf die Vorschläge Champagny's eingegangen war, sodaß er dem Abschluß nahe zu sein glaubte, bekam er plötzlich Anweisungen, welche ihn veranlassen konnten, die Verhandlung wieder von vorn anzufangen. Er berieth sich darüber mit Brockhausen

und mit Humboldt: das Resultat war der Beschluß, auf dem bereits eingeschlagenen Wege zu verharren, was denn auch der russische Gesandte für das Beste hielt. In Dem hatte sich Napoleon entschlossen, der Sache definitiv ein Ende zu machen. Er war in den Besitz eines Schreibens gelangt, durch welches der Minister Stein dem Fürsten Wittgenstein, der sich in Dobberan befand, von den in Deutschland zu ergreifenden insurrektionellen Maßregeln Nachricht gab. Er benutzte den aufgefangenen Brief, um den Prinzen Wilhelm für das Schicksal von Preußen besorgt zu machen und ihn zur Unterzeichnung des entworfenen Vertrages zu drängen. Dazu kam, daß ein anderer Brief in seine Hände gefallen war, in welchem gesagt war, daß der preußische Staatsbedarf bis zum nächsten Februar gesichert sei; Napoleon bestand — denn daraus ergebe sich, daß Preußen noch disponible Mittel habe — um so entschiedener auf der Forderung von 140 Millionen in der von ihm geforderten Zahlungsmethode. Er verlangte zugleich, daß der König den Minister Stein aus seiner Nähe entferne und dies in dem Vertrage selbst verspreche, worauf denn einer der geheimen Artikel besonders berechnet ist. Champagny setzte dem Prinzen nur eine kurz bemessene Frist, binnen deren der Vertrag abgeschlossen werden müsse. Der Prinz unterzeichnete am 8. September 1808; er glaubte seinem Vaterlande damit am besten zu dienen.

Der Traktat enthält in seinen offenen Artikeln die Festsetzung der Geldsumme, wie sie Napoleon gefordert hatte, nämlich auf 140 Millionen. Von dem Tage der Unterzeichnung an sollen die Revenuen des Landes wieder vom König erhoben werden, und ihm gehören. Nach Auswechselung der Ratifikationen sollen die französischen Truppen binnen 30—40 Tagen die preußischen Staaten räumen, mit Ausnahme jedoch der Festungen Stettin, Küstrin, Glogau. Glogau soll geräumt werden, wenn die Hälfte der bestimmten Summe abgetragen ist, die beiden anderen nach Zahlung der Gesammtsumme. Binnen 20 Tagen soll die Gesammtsumme in Wechseln

und Pfandbriefen auf die Domänen an den Generaleinnehmer der Armee abgeführt und dann in monatlichen Raten eingelöst werden; von dem Diskontiren der letzteren durch die Bank von Frankreich war jedoch nicht mehr die Rede.

Wenn man den Gründen nachforscht, durch welche Napoleon zum Abschluß dieses Vertrages bewogen wurde, so lag der vornehmste gewiß in dem Bedürfniß von Geld und Truppen, welches die Ereignisse auf der pyrenäischen Halbinsel herbeiführten. Aber ein andrer Momeut ergab sich aus der zweifelhaften Haltung von Oesterreich. In den geheimen Artikeln verpflichtete sich der König, gemeinschaftliche Sache mit Frankreich gegen Oesterreich zu machen, und sogar in dem folgenden Jahre ein Hülfscorps von 12,000 Mann zu diesem Zweck ins Feld zu stellen: eine zumal bei der Bewegung der Geister in Norddeutschland höchst lästige Bestimmung, auf die man aber in Preußen einging, weil es nothwendig sei, eine feste Stellung in dem Conflikt der beiden Mächte zu nehmen, um dann weiter nach den Umständen verfahren zu können. Ueberdies war sie noch sehr eventueller Natur; in dem Artikel heißt es: bei den freundschaftlichen Beziehungen zwischen Frankreich und Oesterreich stehe ein Ausbruch des Krieges zwischen ihnen keineswegs zu befürchten. Zugleich sorgte Napoleon dafür, daß die preußische Kriegsmacht für alle Fälle eine sehr beschränkte bleibe. In der Absicht, Alles zu vermeiden, was in Frankreich Besorgniß erwecken könne, verpflichtete sich der König, zehn Jahre lang den Effektivbestand seiner Armee nicht über 42,000 Mann zu erhöhen, und genehmigte die Festsetzung dieses Armeestandes nach den verschiedenen Waffengattungen [1]).

Es war ein Vertrag, bei welchem die Präponderanz Napoleons zugleich in aller ihrer Stärke erschien und auf immer befestigt werden sollte. Dennoch war Prinz Wilhelm mit dem Vertrag, der noch vor zwei Monaten unmöglich gewesen wäre, wie er nunmehr zu Stande kam, sehr zufrieden: denn darin sei von

1) 22,000 Mann Infanterie, 8000 Mann Cavallerie, 6000 Artillerie, 6000 Garde.

keiner Territorial-Abtretung, noch auch von einer Entfremdung der Domänen, auch nicht von dem Beitritt zum Rheinbunde die Rede; der König erhalte vielmehr die Garantie seiner Staaten von Frankreich, was von größter Wichtigkeit sei. Der Prinz verbarg sich jedoch nicht, daß die Ausführung dieses Traktates viele Schwierigkeit haben werde. Bei seinem Abschied hat er dem französischen Kaiser davon gesprochen. Dieser versicherte, er werde bei der Einhaltung der vorgeschriebenen Fristen nicht allzu streng sein; es komme nur darauf an, daß Preußen ihm seinen guten Willen beweise. Vor allem möge sich der König vor den Einflüssen einer antifranzösischen Faktion hüten, wie das Kaiser Alexander thue; die preußische Monarchie sei jetzt in einem Territorialstand, wie bei der Thronbesteigung Friedrichs des Großen; mit Oekonomie und einer vereinfachten Administration könne sie in den Stand kommen, einen Staatsschatz zu sammeln und nach einigen Jahren eine Armee von 50—60,000 Mann aufstellen und damit die vierte Stelle unter den kontinentalen Mächten Europas einnehmen.

Abgesehen von diesen doch immer nur sehr beschränkten Aussichten muß man jedoch eingestehen, daß die Abkunft eine Möglichkeit eröffnete, das Land von der Last, unter der es zu erliegen schien, wieder zu befreien. Sie gehörte dazu, um für die Verbesserungen, zu denen man großartige Entwürfe gemacht hatte, erst einen festen Boden zu gewinnen.

Zwölftes Capitel.

Zusammenkunft von Erfurt. Finanzielle und politische Bedrängnisse Preußens im Spätjahr 1808.

Noch beherrschte die Allianz zwischen Rußland und Frankreich die Geschicke der Welt. Wenn die spanischen Ereignisse mit den in Tilsit getroffenen Verabredungen zusammenhingen, — denn alles Andre ging aus der dort verabredeten Feindseligkeit gegen England hervor — so war in Folge derselben auch im Norden eine große Veränderung vor sich gegangen. König Gustav IV. war vor den Angriffen der Franzosen aus Pommern und Rügen gewichen; aber die dem französischen Reiche widerstrebende Stellung, die er in Deutschland aufgab, hielt er in Schweden um so eifriger fest. Er war eigentlich zufrieden damit, daß die Engländer die Kräfte, die ursprünglich zu seiner Unterstützung bestimmt waren, gegen Dänemark wandten; er meinte im Bunde mit ihnen sich Norwegens bemächtigen zu können. In der Verbindung Alexanders mit Napoleon erblickte Gustav IV., wenn nicht gradezu ein Verbrechen, doch ein Vergehen, an dem er keinen Theil nehmen dürfe. Die Aufforderungen, die ihm zugingen, sich mit Dänemark und Rußland gegen England zu verbinden, gemäß den alten Tendenzen der bewaffneten Neutralität, oder gar das Kontinentalsystem anzunehmen, wies er mit Entrüstung zurück.

Es war in Folge der mit Frankreich für einen solchen Fall getroffenen Verabredungen, daß die Russen in Finnland einrückten,

dessen Hauptplätze sie ohne viel Mühe eroberten. Diese Eroberung wurde als ein Sieg der kontinentalen Allianz über England betrachtet: es ist bezeichnend, daß bei der Kapitulation in Sweaborg den Schweden die Rückgabe der ihnen entrissenen Schiffe versprochen wurde, unter der Bedingung, daß die dänische Flotte von den Engländern herausgegeben würde.

In diesem Sinne der gemeinschaftlichen Aktion gegen England war es nun, daß die schon in Tilsit in Aussicht genommene Zusammenkunft zwischen Napoleon und Alexander in Erfurt abgehalten wurde (27. September bis 14. Oktober 1808). Diese Tage brachten noch einmal das Uebergewicht Napoleon Bonapartes zu voller Anschauung. Er selbst war gleichsam der Gastgeber: denn noch gehörte ihm Erfurt. Um über gewöhnliche Festlichkeiten hinauszukommen, brachte er die Schauspieler des Theatre français nach Erfurt mit. Die großen dramatischen Werke der klassischen Zeit, welche doch alle von dem Ruhme Frankreichs erfüllt sind, führte er den deutschen Fürsten, die sich zahlreich um ihn versammelt hatten, vor. Seine Aeußerungen, seine Gespräche mit Goethe und Wieland zeigen die ganze Energie seiner Intelligenz. Mitten in den Ruinen der früheren Epoche bildet diese Zusammenkunft eine großartige und glänzende Erscheinung.

Ihren historischen Charakter aber bekamen die Tage von Erfurt durch die Abkunft mit Rußland, die nun am 12. Oktober wirklich zu Stande kam. Darin geht alles von dem Gesichtspunkte des fortdauernden Krieges gegen England aus, den gemeinschaftlichen Feind der beiden Kaiser und den Feind des Kontinents. Napoleon und Alexander erneuern ihre Allianz und versprechen einander, keinen besonderen Frieden mit England zu schließen. Wenn es ja noch zu Friedensverhandlungen mit England kommt, so will keiner von beiden irgend einem Vorschlag Gehör geben, der auf einen Nachtheil des andren hinauslaufe. Die Bedingung aber, an welche der Friede mit England geknüpft wird, ist die Anerkennung des gegen-

wärtigen Zustandes auf dem Kontinent: in Bezug auf Rußland, des Besitzes von Finnland und der Donaufürstenthümer; in Bezug auf Frankreich, der neuen Ordnung der Dinge, welche es in Spanien eingeführt hat. Napoleon seinerseits erkennt die von dem russischen Kaiser ausgesprochene Reunion der Donaufürstenthümer mit seinem Reiche in aller Form an. Wenn Unterhandlungen darüber mit der Pforte nöthig sind, so soll dabei das Verhältniß der Franzosen im Orient möglichst geschont werden. Auch soll von einer weiteren Besitznahme türkischer Provinzen fortan nicht die Rede sein. Um die guten Dienste des Königs von Dänemark anzuerkennen, sollen ihm die Erwerbungen, die er im gegenwärtigen Kriege gegen Schweden macht, auf immer zugestanden werden. Bei diesen den ganzen Kontinent umspannenden Plänen trat nun aber eine feindselige Tendenz gegen Oesterreich hervor. Für den Fall, daß Oesterreich in die russische Besitznahme der Moldau und Wallachei nicht einwilligen, sondern sich derselben widersetzen würde, was allerdings zu erwarten war, versprach der Kaiser der Franzosen, gemeinschaftliche Sache mit Rußland gegen Oesterreich zu machen. Die Verbindung zwischen Rußland und Frankreich war so intim, daß auch Preußen dadurch in einem Anrecht benachtheiligt wurde: Kaiser Alexander ließ eine geheime Stipulation des Tilsiter Vertrags fallen, kraft deren bei der Reunion von Hannover mit Frankreich ein Gebiet von etwa 400,000 Einwohnern an Preußen abgetreten werden sollte.

Die Allianz von Erfurt ist noch enger, als die Uebereinkunft von Tilsit: sie erstreckt sich auch auf Oesterreich und sanktionirt die von beiden Seiten erfolgten oder noch zu erwartenden Besitzergreifungen; sie ist selbst auf einen Angriff gegen England gerichtet, eine Eventualität, für welche eine zweite Zusammenkunft in Aussicht genommen wird. Es sah beinahe aus, als wollten die beiden großen Mächte den Kontinent unter einander theilen: Alexander schien den napoleonischen Ideen vollkommen beizupflichten.

Europa war erstaunt, daß der russische Kaiser seine antirevolutionären Ansichten und Versprechungen so ganz und gar aufgebe.

War das aber auch wirklich der Fall? Wir vernehmen, daß es in der Umgebung Napoleons hochgestellte Männer gab, unter andern auch Talleyrand, welche wünschten, er möchte einigen Widerstand bei Alexander finden: er würde dann nicht so rücksichtslos zur Unterwerfung von Spanien und Portugal schreiten. Alexander, dem dies wohl auch durch Vermittlung des Herzogs von Oldenburg hinterbracht worden ist, wurde dadurch zu keiner Aenderung seiner Politik bestimmt; denn das Anerbieten der Donaufürstenthümer hätte er um der russischen Nation willen nicht zurückweisen können. Aber einverstanden war er darum mit der napoleonischen Weltmacht nicht; er hat im Vertrauen gesagt: man müsse den Bergstrom vorüberfluthen lassen [1]). Denn über eine immerwährende Dauer der napoleonischen Uebermacht regten sich schon damals mancherlei Zweifel. Prinz Wilhelm hat dem Verfasser dieser Geschichte mehr als einmal wiederholt: er habe bei seinem Aufenthalt in Paris unter dem Triumphbogen selbst den Eindruck erhalten, — er wisse nicht wie —, das Alles werde keinen Bestand haben. In Fontainebleau, bei dem Anblick des unter der Abendsonne erglänzenden Schlosses, haben französische Staatsmänner die Empfindung gehabt und geäußert, daß alle diese Pracht bald zu Grunde gehen werde.

Die Politik Napoleons, immer auf den Augenblick gerichtet, ging nun dahin, ohne Verzug eine unwiderstehliche Macht jenseit der Pyrenäen zusammenzubringen, um der Insurrektion der Spanier ein Ende zu machen. Unmittelbar nachdem er des Einverständnisses mit Rußland sicher geworden war, ließ er den Abzug seiner Truppen über den Rhein beginnen. Die große Armee in Deutschland hörte auf. Nicht als ob Deutschland darum sich selbst überlassen worden wäre; das Heer, welches zurückblieb, war stark genug, um eine etwa vorkommende Bewegung zu erdrücken: es nahm eine Stellung, um jeder Regung von Oesterreich energisch begegnen zu können.

1) C'est un torrent qu'il faut laisser passer. F. v. Müller, Erinnerungen aus den Kriegszeiten. S. 234.

Dem Kaiser der Franzosen lag Alles an der Niederwerfung von Spanien, die ihm dann im November und Dezember 1808 auf das Glücklichste gelang. Die Spanier hatten ein Phantom ihrer alten Monarchie hergestellt; es war eben ein Schattenbild; der Militärmacht und der Strategie Napoleons wirklich zu widerstehen, waren sie nicht fähig. Nur einmal haben sie dazu den Versuch gemacht, aber sie erlagen den raschen Bewegungen des französischen Feldgeschützes und dem Schwung der jungen Polen, die mit dem Kaiser herbeigekommen waren (30. November). Napoleon führte seinen Bruder nach Madrid zurück und betrachtete sich noch einmal als Beherrscher von Spanien; er hat wohl gesagt: die Säulen des Herkules würden für ihn keine Grenze bilden. Aber in der That erreichte er sie nicht; er wendete sich vielmehr gegen die von Portugal her eingedrungenen Engländer, denen er einen großen Schlag beizubringen gedachte, durch den sie zum Frieden genöthigt werden würden. Die Engländer wußten dem auszuweichen: sie schifften sich in Coruña ein. Ihm aber ließen die Nachrichten, die er von Oesterreich empfing, keine Zeit mehr übrig, jenseit der Pyrenäen zu verweilen. Er überließ die Vollendung seiner Eroberungen seinen Marschällen; er selbst eilte nach Paris, um sich gegen den großen kontinentalen Feind, der sich wieder rüstete, zu wenden, was um so nothwendiger für ihn war, da jetzt in seiner Hauptstadt selbst Abweichungen der öffentlichen Meinung von seinem System bemerkt wurden, deren er nur durch einen neuen Sieg vollkommen Meister werden konnte.

Während dieser Entwickelungen, welche die Welt umfaßten, blieb Preußen, wiewohl es von jeder Abwandlung mitbetroffen wurde, doch nur auf eine untergeordnete Rolle angewiesen. An eine unabhängige Theilnahme an der großen europäischen Politik durfte es nicht denken. Die beiden Mächte, zwischen denen es sich in den früheren Jahren mit einer gewissen Freiheit bewegen konnte, hatten jetzt eine Verbindung geschlossen, die jede autonome Regung verhinderte. Die Thätigkeit konnte sich nur

auf innere Reformen und finanzielle Maßregeln richten, durch welche die Verwaltung in regelmäßigem Gang erhalten und die Zahlung der Contribution an Frankreich möglich gemacht wurde. Stein zählt einmal die Mittel auf, die er zur Herstellung der Finanzen anwandte[1]). Er erwähnt dabei, daß der König auf seine Chatoullengelder freiwillig Verzicht leistete; die anderen Mittel waren: Ersparungen, welche alle Gehälter trafen, Benutzung der noch vorhandenen Kassenbestände, Einziehung der während des Krieges an Rußland gemachten Vorschüsse durch eine Aversional-Summe, zu welcher sich die Russen verstanden; auch über den Verkauf von Domänen wurde unterhandelt. Eine der schwierigsten Fragen betraf die Tresorscheine, welche, da sie von der französischen Verwaltung nicht angenommen wurden, tief herabsanken. Es gab Männer im Staate, welche die Einziehung derselben verlangten; wie es denn überhaupt für einen kleinen Staat, der fast keinen selbständigen Kredit habe, besser wäre, sich des Papiergeldes nicht zu bedienen. Dagegen aber sprach die Nothwendigkeit eines Zahlungsmittels; und der Bankdirektor Niebuhr machte darauf aufmerksam, daß der Cours von Papiergeld nicht von dem Staatskredit im Allgemeinen, sondern von der Verwendbarkeit desselben abhänge. Hievon überzeugt verfügte Stein, daß die Tresorscheine nach dem Cours, der in den Hauptstädten festgesetzt werden müsse, in den Staatskassen angenommen und in dem Privatverkehr gebraucht werden sollten. Man berechnet, daß er dadurch mehr als drei Millionen an Zahlungsmitteln, deren man nicht entbehren konnte, für den inneren Verkehr gerettet habe. Und so weit gesunken war doch der Kredit des Staates nicht, daß man nicht hätte hoffen dürfen, eine Anleihe im Auslande, deren man für die Zahlungen der Contribution nicht entbehren konnte, zu bewerkstelligen. Niebuhr ward ausersehen, um sich zu diesem Zwecke nach Holland zu begeben.

1) Stein in der Selbstbiographie bei Pertz, Bd. VI, Th. 2. Beilagen S. 166.

Es waren mancherlei Erkundigungen über den Zustand des Geldmarktes vorausgegangen; aber die Versuche Niebuhrs, durch Vermittlung des Hauses Hope und Smith eine Anleihe zu Stande zu bringen, erwiesen sich vergeblich. Die Schwierigkeit, die aus den politischen Verhältnissen hervorging, wurde noch dadurch vermehrt, daß dort eine besondere Auflage auf ein im Auslande auszuzahlendes Anlehen gelegt wurde. Einmal jedoch ist der Trübsinn, der sich über diese Negociationen ausbreitete, durch eine unerwartete Annäherung unterbrochen worden.

Der preußische Hof hatte in Holland einen Freund. Es war der von Napoleon eingesetzte König, sein eigener Bruder Ludwig. Dieser Fürst meinte wirklich, nicht blos ein Präfekt des französischen Kaisers, sondern König der Niederlande sein zu sollen. Er schloß sich den nationalen Bestrebungen, die dort mit einer gewissen Mächtigkeit wieder hervortraten, noch einmal an. Den holländischen Patrioten, von denen die ganze Staatsveränderung ausgegangen war, muß man zugestehen, daß sie dabei die Größe ihres Landes aufrecht zu halten geträumt hatten. Um König Ludwig gruppirten sich die verschiedenen Parteien: er nahm sich der Literatur und wissenschaftlichen Studien eifrig an und suchte die Bedrückungen des französischen Systems zu mildern. König Ludwig nun hatte bei einem früheren Aufenthalt in Berlin in den Zeiten des Consulats eine freundliche Aufnahme bei Hofe gefunden; die Würde des Königs, die Anmuth und Herzlichkeit der Königin hatten auf ihn Eindruck gemacht. Das Schicksal, von welchem Preußen seitdem betroffen worden war, und die Bedrängnisse, denen es unterlag, erweckten sein lebhaftestes Mitgefühl.

In dem Moment der drückenden Verlegenheiten des preußischen Hofes faßte er den Gedanken, einen Theil des Anlehens, das er für sich selbst zu Stande zu bringen beflissen war, wenn es eingehe, dem König von Preußen zu überlassen. „Ich bitte Eure Majestät," so schrieb er an Friedrich Wilhelm III., „direkt von mir, ohne irgend Jemandes Dazwischenkunft die erste

Million Gulden, die von meinem Anlehen eingeht, anzunehmen. Wenn die Angelegenheiten von Europa und die eigenen von Preußen sich herstellen, so werden mir Eure Majestät die Summe zurückbezahlen, sobald es thunlich ist. Sollten sich aber die Dinge in Europa nochmals verwirren, so werde ich mich glücklich schätzen, Eurer Majestät einen Beweis gegeben zu haben, daß ich Ihnen ein wahres und dauerndes Mitgefühl widme". In dieser Welt der einander widerstreitenden Interessen und Anforderungen eine unerwartete Erscheinung herzlicher Sympathie. Dem König Ludwig, der mit seinem Bruder keineswegs einverstanden war und den Thron von Spanien, der ihm angeboten wurde, zurückgewiesen hatte, mochte daran gelegen sein, sich in Preußen einen Rückhalt zu verschaffen; aber unleugbar ist doch, daß seine Gefühle ächt und persönlich waren.

König Friedrich Wilhelm befand sich in einer Lage, die ihm verbot, das Anerbieten zurückzuweisen. Es that seinem Herzen wohl. „Wenn man", schreibt er, „lange Zeit verkannt, ungerecht beurtheilt, dem Mißtrauen und selbst dem Tadel ausgesetzt gewesen ist, so liegt ein Trost darin, die Gerechtigkeit, die man verdient, in dem Zeugniß der Unparteiischen wiederzufinden" [1]. Er erklärte sich bereit, im tiefsten Geheimniß die Million Gulden, die ihm der König von Holland darbiete, anzunehmen. Dem König Ludwig war es jedoch nicht möglich, die ganze Summe zusammenzubringen: denn auch in seinen eigenen Geldoperationen fand er mannichfaltige Hindernisse; doch war er im Stande, bei einer Audienz, die Niebuhr am 27. September 1808 bei ihm hatte, demselben die Hälfte der Summe zu übergeben; er könne nicht mehr thun, er könne auch bei seinem Bruder nichts für Holland erreichen. Er zeigte eine Mischung von Melancholie und herzlicher Hingebung; die Thränen standen ihm in den Augen, was auf Niebuhr einen Eindruck machte, den er nicht zu beschreiben vermag [2].

1) Schreiben des Königs vom 28. August 1808.

2) Niebuhr hat dem König Ludwig eine anerkennende Erinnerung gewidmet. Nachgelassene Schriften S. 273.

Die Zeit ist ungefähr dieselbe, in der Prinz Wilhelm in Paris die harte Konvention, die ihm Napoleon vorlegte, zu unterzeichnen genöthigt war. Diese selbst aber konnte wieder nicht anders, als den Kredit des preußischen Staates schwächen und die holländischen Banquiers abgeneigt machen, das projektirte Anlehen zu übernehmen. Auch aus diesem Grund schien das einzig mögliche Mittel zu sein, wenn man auf Napoleon selbst einwirke, in dessen Interesse es liegen mußte, Preußen zahlungsfähig zu machen. Und wirklich sprach der Minister Champagny die Absicht aus, den französischen Botschafter in Holland in diesem Sinne zu instruiren. Dies war Alexander de La Rochefoucauld, ein Emigrant, der sich unter dem Consulat an Napoleon angeschlossen, und bereits die Gesandtschaftsposten in Dresden und Wien bekleidet hatte. Er galt für störrisch und hart. So fand ihn auch Niebuhr, der ihn am 9. Dezember aufsuchte. Niebuhr meinte: der Kredit von Preußen könne nur dadurch hergestellt werden, daß Napoleon erkläre, auch wenn Preußen die in den Verträgen bestimmten Termine nicht einhalte, es dennoch nicht feindselig behandeln zu wollen. Larochefoucauld erwiederte: die Existenz von Preußen könne von Frankreich nicht so gradehin garantirt werden; sie hänge von der regelmäßigen Erfüllung aller übernommenen Verpflichtungen ab [1]).

Eben indem die Dinge in diese Krisis geriethen, mußte nun der Mann, der vielleicht fähig gewesen wäre, dieselbe zu bestehen, der Minister Stein, aus dem Dienste scheiden. Bei seinem Abgange schien auch Alles zweifelhaft zu werden, was er für die innere Reform angebahnt hatte. Die Zukunft von Preußen aber hing davon ab, daß ein mit der Stein'schen Sinnesweise verwandtes Ministerium gebildet wurde. Unter Steins Mitwirkung wurde

1) Il me dit en toutes lettres que jamais la France ne paraîtrait vouloir garantir notre existence, celle-ci devant uniquement dépendre de la régularité avec laquelle nous acquitterions, dans toute leur étendue, les engagements contractés; que la convention serait exécutoire de droit rigoureux, non, comme dans les transactions entre particuliers où l'on se contente d'abord de saisir l'hypothèque, mais de manière que, en cas de non-payement, il y aurait état de guerre et nullité de tout ce qu'on nous avait accordé.

erreicht, daß Graf Dohna-Schlobitten, Beyme, Scharnhorst als Minister eintraten; der König wählte Altenstein selbst für die Finanzen. Es waren alles Männer, von denen man voraussetzen durfte, daß sie das bisherige System aufrecht erhalten würden. Damit aber nicht etwa doch der einmal eingeschlagene Weg der Reform wieder verlassen würde, hat Stein noch ein Rundschreiben an die Minister und die Mitglieder des Staatsrathes erlassen, welches als sein politisches Testament bezeichnet wird. Er bemerkt darin, daß er, unfähig auf die äußeren Verhältnisse bestimmend einzuwirken, sein Ziel in der inneren Verwaltung des Staates, für den er lebe und leben werde, gesucht habe. Er erinnert an die durch ihn publicirten Gesetze über die Abschaffung der Erbunterthänigkeit und die Städteordnung, durch welche Jedermann in den Städten und auf dem Lande zum freien Gebrauch seiner Kräfte Raum erlangt habe, so daß das Volk um so mehr auf Leben und Tod an König und Vaterland festhalten werde. In dem Willen freier Menschen sei der unerschütterliche Grundpfeiler des Thrones gegründet. Er gedenkt der Aufhebung der Patrimonialgerichtsbarkeit, die er bereits eingeleitet habe. Schön erzählt: das sei nur dadurch möglich geworden, daß Stein eine ministerielle Generalconferenz gebildet und für diese Maßregel gewonnen habe; denn auf anderen Seiten habe er großen Widerstand gefunden. Die Idee, die dabei zu Grunde lag, war, daß nur die höchste Gewalt das Richteramt ausüben und, wem sie wolle, verleihen könne; aber unthunlich sei es, Unterthanen von anderen Mitunterthanen in Bezug auf die Rechtspflege abhängig zu machen. Als das Nächste, worauf die Aufmerksamkeit gerichtet werden müsse, bezeichnet das politische Testament eine Nationalrepräsentation, nicht um die Macht des Königs zu schwächen, sondern um sie zu verstärken, indem Niemand sich den Aufopferungen entziehen könne, bei denen die Repräsentanten zu Rathe gezogen seien; jeder aktive Bürger müsse Theil daran haben, nur auf diese Weise könne der Nationalgeist erweckt werden. Zur Ausgleichung des Unterschiedes der Stände

fordert Stein die Ablösung der persönlichen Dienste. Damit aber die neuen Einrichtungen ihre Früchte tragen, Treue und Glauben, Liebe zu König und Vaterland gefördert werde, müsse man für die Erweckung des religiösen Sinnes im Volke Sorge tragen durch Einsetzung würdiger Geistlichen, Verbesserung der theologischen Lehranstalten und durch anständige Feierlichkeit des äußeren Gottesdienstes. Wenn dazu eine solche Erziehung der Jugend komme, daß jede Geisteskraft entwickelt und die Liebe zu Gott, König und Vaterland gepflegt werde, so könne man hoffen, ein physisch und moralisch kräftiges Geschlecht aufwachsen und eine bessere Zukunft sich eröffnen zu sehen. Stein fügt hinzu, daß man dabei auf den Willen des Königs, der durch die neuen Civil- und Militäreinrichtungen bewährt sei, und auf seinen beharrlichen Sinn rechnen könne [1]).

Ohne Zweifel ein Aktenstück, dem die größte Bedeutung zukömmt. Es schließt sich unmittelbar an die Hardenberg-Alten-

1) Bei dem Regierungsantritt Friedrichs Wilhelms IV. hat Schön dies Dokument in seinem eigenhändigen, facsimilisirten Entwurfe eingereicht. Er legt Werth darauf, daß darin von einer Repräsentation nach der Kopfzahl nicht die Rede sei. Der Adel werde dadurch nicht vernichtet, sondern begründet; die fundamentalen Ideen der Jahre 1807—9 seien darin enthalten; die gewählten Wege sollten durch Akte des Wohlwollens und der Klarheit von Seiten des Monarchen „allmählig auflösend, nicht zerbrechend, fördernd dahin führen, wohin in anderen Staaten, weil man da nicht der Stimme des Gewissens und der Vernunft folgte, Blut und Gräuel aller Art geführt haben". (Schreiben Schöns an König Friedrich Wilhelm IV. vom 14. Dezember 1840. Aus Schöns Papieren III. S. 219). Bei der Vergleichung des Textes des politischen Testamentes, wie er vorlängst publicirt war (Oppositionsblatt 1817, Beilage X), mit dem von Schön aufgesetzten Entwurfe stellt sich heraus, daß der Minister in demselben nur wenig und nicht sehr bedeutende Aenderungen vorgenommen hat, z. B. wenn von der Vervollkommnung des Staates die Rede ist, so spricht der Minister selbst nur von der Verwaltung; wenn es in dem Entwurf heißt, jeder müsse seine Kraft nach Gefallen in moralischer Richtung entwickeln können; so setzt der Minister statt „nach Gefallen" „frei". Aber diese und ähnliche Aenderungen selbst zeigen doch, daß Stein den Entwurf billigte und ihn durch die Verbesserungen als sein eigenes Werk adoptirt hat. Leider verrathen die Mittheilungen Schöns persönliche Antipathie und Anwandlungen von Eitelkeit; doch enthalten sie vieles Gute.

steinschen Entwürfe an, welche Stein sich aneignet und seinen Nachfolgern als die Linie ihres Verhaltens vorzeichnet. Es mag wohl sein, daß das Dokument eine andere Form gewonnen haben würde, wenn es von Stein selbst niedergeschrieben worden wäre. Der eigentliche Concipient desselben ist Schön, dessen Sinn und Art sich in einzelnen Ausführungen erkennen läßt; doch ist es von ihm nicht ohne vorgängige Berathung mit Stein abgefaßt worden, und dieser hat es unterschrieben. Bei der Beurtheilung darf nicht außer Acht gelassen werden, daß man im Kampfe begriffen war. Der Grundgedanke, daß man unvermeidliche innere Reformen nicht durch revolutionäre Macht, sondern durch die legale Autorität des Königs durchführen solle und wolle, beherrschte die ganze Situation. Indem Stein aus dem preußischen Staate schied, wollte er doch dieses große Unternehmen nicht rückgängig werden lassen. Die liberalen Ideen, die er äußert, mögen nicht in jedem Wort als die eigenste Produktion seines Geistes anzusehen, aber er adoptirte sie, und die Verbindung dieser Ideen mit der Fürsorge für Religion und Unterricht, die alle zur Erziehung der Nation zusammenwirken sollen, hat etwas Großartiges und ist seiner würdig. Er unterschrieb das Aktenstück an dem Tage, an welchem er Königsberg verließ.

Die auswärtigen Angelegenheiten blieben nach wie vor in den Händen des Grafen Goltz, der nun nicht eben als ein Anhänger liberaler Ideen, wie Stein sie aussprach und empfahl, betrachtet werden kann, aber doch keineswegs zu den Freunden von Frankreich gehörte. Er sah sich damals in der Nothwendigkeit, eine sehr beschwerliche Konvention einzugehen. Der französischer Intendant war mit der Sicherheit, welche die Pfandbriefe gewährten, nicht zufrieden und verlangte eine Verzinsung der rückständigen Summe, eine Forderung, die der Minister Goltz, der sich vergebens dagegen sträubte, durch den Vertrag vom 5. November 1808 anzunehmen genöthigt war. Der Staat befand sich in der augenscheinlichen Unmöglichkeit, ohne eigne Zerrüttung die übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen. Die Erfüllung

derselben zeigte man ihm aber auf der andern Seite als Bedingung seiner Existenz. In dieser Gefahr hat Goltz seine Aufmerksamkeit auf die eben in Oesterreich hervortretende antifranzösische Bewegung gewendet.

Ehe sie noch zu wirklichem Ausbruch kam, faßte der Minister der auswärtigen Angelegenheiten in Preußen den Gedanken, sich derselben anzuschließen. Wir finden einen Entwurf von Ende Dezember 1808, in dem er einer Verbindung mit Oesterreich das Wort redet. Goltz geht darin von der prekären Lage aus, in der sich Preußen befinde, so lange Frankreich die Oderfestungen besetzt habe. Die Erschöpfung des Landes, die Besorgniß, welche Napoleon wegen der Gesinnung der Nation und ihrer Anhänglichkeit an den König hege, sein Verhältniß zu Rußland und Oesterreich, alles das lasse wenig Hoffnung, daß es mit der durch den Vertrag vom 8. September angebahnten vermeintlichen guten Harmonie zwischen Preußen und Frankreich Bestand haben werde. Man müsse sich also entweder ganz in die Arme von Frankreich werfen, oder sich vorbereiten, auf die Seite desjenigen der beiden großen Nachbarn zu treten, welcher zuerst in Kampf mit Frankreich gerathe. Sich an Frankreich anzuschließen, würde das Grab aller Unabhängigkeit sein. Man würde genöthigt werden, den Impulsen Napoleons ausschließend zu folgen. Vielmehr müsse man sich auf der Stelle über einen Plan vereinigen, wie, wenn Zeit und Gelegenheit komme, die Unabhängigkeit des Staates zu behaupten sei. Goltz will dazu die Minister der Finanzen, des Krieges und des Inneren herbeiziehen. Der Minister der Finanzen müsse für die Geldmittel sorgen; der Minister des Innern bei der Leitung der inneren Bewegungen sich hüten, die äußere Lage zu compromittiren; der Kriegsminister müsse die Reorganisation der Armee in die Hand nehmen und die Festungen in Stand halten.

In Bezug auf die auswärtigen Angelegenheiten erklärt es Goltz für nothwendig, die Höfe der Brüder Napoleons in Westfalen und Holland zu schonen, dabei aber doch mit den großen

Mächten in ein engeres Verhältniß zu treten. Rußland müsse zu dem Versprechen bewogen werden, im Fall einer Entzweiung zwischen Frankreich und Preußen, nicht gegen Preußen zu sein, wenn es nämlich nicht für dasselbe sein wolle, was allerdings das Rathsamste wäre. Die Engländer solle man durch eine geheime Mission wissen lassen, daß man bei einem Bruch zwischen Oesterreich und Frankreich sich auf die Seite von Oesterreich zu schlagen gedenke. Man müsse den Subsidien-Traktat erneuern, oder vielmehr den sanktioniren, der kurz vor dem Frieden von Tilsit verabredet worden sei. Entsprechende Anträge müßten durch eine andere geheime Mission, zu welcher Major Goltz empfohlen wird, der unter Vorwänden, die seine Gesundheit biete, dahin abgehen könne, an Oesterreich gerichtet werden. Man müsse sich darüber Sicherheit verschaffen, daß Oesterreich, wenn es zu den Waffen greife und Hülfe von Preußen dabei erlange, diesem dagegen die Unabhängigkeit und den Bestand der Monarchie garantiren, und ihm bei einem glücklichen Ausgang des Kriegs eine Kompensation zugestehen wolle. Von Oesterreich erwartete man Allianz, von England Geld, von Rußland Neutralität.

Auf einen allgemeinen Umsturz des napoleonischen Systems wird bei diesem Plane noch nicht Bedacht genommen. Indem man sich äußerlich an Frankreich hielt, hat man doch, von dessen Forderungen und Uebergriffen bedrängt, den Gedanken ergriffen, die Unabhängigkeit des Staates durch anderweite Verbindung und durch eventuelle Theilnahme an dem Widerstand Oesterreichs gegen Napoleon zu behaupten. Der König schloß sich diesem System im Allgemeinen an.

Die damaligen Verhandlungen zwischen Preußen und Oesterreich haben zu keinem Resultat geführt; sie sind aber doch historisch von hohem Werth, inwiefern sie die erste wirkliche Annäherung der beiden Höfe und die Anerkennung eines ihnen gemeinschaftlichen Interesses begründeten. Die preußischen Eröffnungen machten den besten Eindruck auf den Kaiser Franz, zumal sie, wenn sie Napo-

leon mitgetheilt wurden, dessen Feindseligkeit gegen Preußen verdoppelt hätten, also ein großes Vertrauen bewiesen. Er hat damals gesagt, daß die Existenz des einen der beiden Staaten von der des andern abhänge. Die Oesterreicher versicherten, ihre Absicht sei, das Herzogthum Warschau zu zerstören; sie rechneten dabei auf die Hülfe Preußens. Auch gegen Sachsen wollte man gemeinschaftliche Sache machen.

Wenn nun Preußen sehr geneigt war, Oesterreich gegen Frankreich zu unterstützen, so war doch auch hiefür von größtem Gewicht, in welches Verhältniß Rußland sich bei dem bevorstehenden Kampfe zu den beiden deutschen Mächten stellen würde.

Am 27. Dezember 1808 trat König Friedrich Wilhelm eine Reise nach Petersburg an, zu der ihn Alexander eingeladen hatte. Die Reise war nicht eigentlich populär in Preußen; Stein war dagegen gewesen, weil sie zu viel Kosten veranlasse, und wenn Scharnhorst den König begleitete, so hat er sich nicht gerade gern dazu verstanden, weil er wohl wußte, daß eine Betheiligung daran ihm keine Freunde machen werde. Von Verhandlungen, die zwischen dem Kaiser und dem König stattgefunden haben werden, finden wir keine bestimmte Nachricht: der Augenschein zeigt, daß sie für die Entwürfe des Grafen Goltz nicht günstig ausfielen. Kaiser Alexander verhehlte nicht, daß er an dem Kriege gegen Oesterreich zu Gunsten Frankreichs Theil nehmen werde, wodurch nothwendig die Absicht Preußens, für Oesterreich gegen Frankreich aufzutreten, in den Hintergrund gedrängt wurde. Doch ist darum die Zusammenkunft für die großen Zwecke eines europäischen Verständnisses keineswegs unnütz gewesen. Vor seiner Abreise beauftragte der König seine Bevollmächtigten, Schladen und Schöler, nichts zu versäumen, um den Kaiser zu einer Defensiv-Allianz mit Oesterreich und Preußen zu vermögen. Kaiser Alexander hatte nichts gegen eine geheime Unterhandlung über eine Defensiv-Allianz der drei Höfe, die der König von Preußen in Vorschlag gebracht hatte; er hielt sich aber streng an das Wort Defensive. Er hatte dem Kaiser

Napoleon in Erfurt positiv versprochen, Oesterreich nicht zu unterstützen, wenn es der angreifende Theil sei. Dabei blieb er auch jetzt: er werde keinen Theil an diesem Kriege nehmen, wenn Napoleon, wie er pflege, den ersten Angriff mache; sollte aber Oesterreich zur Offensive schreiten, so werde der Fall ein anderer sein.

Damals ist viel von einer gegenseitigen Garantie der drei Kaiserhöfe von Frankreich, Oesterreich und Rußland die Rede gewesen; und ein Projekt darüber war in Umlauf. Schöler wünschte die Aufnahme Preußens in diese Tripelgarantie. Alexander sagte: wenn sie zu Stande komme, sei er bereit, nicht allein selbst in die Aufnahme Preußens zu willigen, sondern auch Oesterreich dazu zu vermögen[1]). Er war der Ueberzeugung, daß Preußen von Frankreich nichts zu fürchten habe, so lange Napoleon nicht entschlossen sei, mit Rußland selbst Krieg zu führen; aber er wollte nicht versprechen, für Preußen einzutreten, wenn es durch die Nichterfüllung der eingegangenen Verpflichtungen den Franzosen zu neuen Maßregeln der Strenge Anlaß gebe[2]). Schöler erwiederte: das sei der Ruin von Preußen, denn es sei für Preußen unmöglich, die ungeheure Kontribution in den festgesetzten Terminen abzuzahlen. Alexander behauptete, in Erfurt hätten Graf Goltz und Prinz Wilhelm vernehmen lassen, Preußen könne noch mehr leisten, als man fordere. „Und", fügte er hinzu, „was man nicht erfüllen kann, soll man nicht unterzeichnen."

1) Aussitôt que la triple garantie sera arrêtée, je suis prêt non-seulement à l'étendre de ma part à la Prusse, mais aussi de requérir l'Autriche d'en faire de même.

2) Si par le non-accomplissement d'obligations contractées envers la France, la Prusse lui fournissait un motif de prendre contre elle des mesures de rigueur, je ne pourrais pour cela impliquer la Russie dans une guerre; en revanche, si la France voulait gratuitement vexer la Prusse, je défendrais celle-ci de toutes mes forcés. Aus Schölers Berichten. S. 175.

Dreizehntes Capitel.

Zeiten des österreichischen Krieges von 1809.

Was bei den früheren Kriegen bezweifelt werden kann, ist von dem damaligen außer Zweifel: Oesterreich ergriff die Waffen zur Behauptung der Unabhängigkeit der europäischen Staaten. Das Ereigniß von Bayonne hatte in Wien den tiefsten Eindruck hervorgebracht. Daß man daran gedacht hätte, einen Erzherzog auf den spanischen Thron zu bringen, wovon allerdings einmal in einer englischen Depesche die Rede gewesen ist, läßt sich nicht behaupten; man meinte in Wien vielmehr, die Absicht Napoleons, die alten Dynastien zu vernichten und neue an ihre Stelle zu setzen, trete nun unverholen an den Tag; man müsse sich rüsten, ihr zu widerstehen. Stadion sagte: der Krieg sei beschlossen, weil Oesterreich den Angriff Napoleons früher oder später erwarten müsse; der Kaiser ließ vernehmen: „er wird über mich herfallen, sobald die Angelegenheiten Spaniens es ihm erlauben" [1]).

Wenn der Gang der Dinge in Spanien überhaupt die Rückwirkung hatte, daß die alten Dynastien wieder populärer wurden, so zeigte sich das nirgends mehr, als in Oesterreich. Ungarn entsagte der gewohnten Opposition: der Reichstag erklärte sich bereit, die allgemeine Insurrektion des Adels zu bewilligen. Da sich aber bei der Ausführung dieses Beschlusses mannichfaltige Inconvenienzen herausstellten, so zogen die Stände des Königreichs selbst eine ansehnliche Vermehrung des stehenden Heeres vor: sie boten dieselbe ihrem König als ein freies Geschenk dar.

1) Il me tombera sur le corps dès que les affaires de l'Espagne le lui permettront.

„Ganz Europa wird sehen," so lautete die Rede, mit welcher der Kaiser-König Franz den Reichstag schloß, „daß Euer König mit Euch zur Vertheidigung unserer alten Constitution verbunden ist, daß wir den letzten Blutstropfen dafür vergießen werden. Wir waren vereinigt, wir sind jetzt vereinigt und werden es immer bleiben, bis der Tod uns trennt" [1]). In den Erblanden war man, ziemlich in demselben Sinne, in welchem sich Staatsmänner und Militärs in Preußen vereinigten, zur Errichtung einer nationalen Reserve, die man als Landwehr bezeichnete, geschritten. Das ganze waffenfähige Volk, nach Provinzen geordnet, wurde zum Kampf der Vertheidigung aufgerufen. Worte verlauteten, die einen Anklang an die revolutionären Ideen in sich zu schließen schienen. Darin bestand eben das Wesen der Sache, daß die volksthümlichen Ideen, die einst in Frankreich im Gegensatz zu der damaligen Regierung und dem Eingreifen der europäischen Mächte aufgerufen worden, sich jetzt zur Vertheidigung der alten Dynastien und ihrer Länder gegen eine französische Invasion zu regen anfingen. Man berechnete in der österreichischen Monarchie, daß man eine Gesammtmacht von einer halben Million Streiter unter Führung der Erzherzöge ins Feld stellen könne. Der Fortgang der Rüstungen gab der Regierung ein erhöhtes Selbstgefühl, sodaß sie nicht meinte, dem Kontinental-System beitreten zu sollen. Zwischen den vorwaltenden größeren Mächten Frankreich und Rußland glaubte Oesterreich seine Unabhängigkeit retten zu können. Eben diese Aufstellung aber war es nun, was Napoleon, der, indem er Spanien eroberte, sein Uebergewicht in Deutschland nicht verlieren wollte, dazu bewog, unerwartet nach Paris zurückzukehren. Er forderte Oesterreich auf, seine Rüstungen einzustellen; wo nicht, werde er es angreifen. Eine kurze Zeit wurde es noch für möglich gehalten, den Krieg zu vermeiden, wenn Oesterreich zugleich durch Rußland in seinem Besitzstand garantirt werde: Rußland versprach, wie gesagt, für Frankreich nur dann Partei zu nehmen, wenn Oesterreich der angreifende Theil sei.

1) Springer, Geschichte Oesterreichs, I, 8.

Aber in Wien sah man darin keine Sicherheit: denn von allen Seiten sei das Land offen; einem Angriff Napoleons würde es nicht widerstehen können; es würde schon halb verloren sein, ehe Rußland seine Garantie realisiren könne; der Garant selbst werde in das Verderben mit fortgerissen werden. Anfang März 1809 erfolgten Deklarationen von beiden Seiten, die keine Hoffnung auf ein Verständniß übrig ließen. Die Franzosen beschwerten sich darüber, daß Oesterreich den König Joseph nicht anerkenne, noch seine Rüstungen einstelle; von österreichischer Seite antwortete man: durch die Rüstungen Frankreichs, namentlich durch eine an die Rheinbundsfürsten ergangene Aufmahnung Napoleons sei man genöthigt worden, die Truppen auf den Kriegsfuß zu setzen. Napoleon nahm an, daß die Feindseligkeiten in der Mitte April ausbrechen würden. Schon in der ersten Hälfte desselben aber überschritten die österreichischen Truppen die Grenzen in Franken und in Baiern. Napoleon hatte, um ein Jahr vorgreifend, bereits die Konskription vom Jahr 1810 unter die Fahnen gerufen. Da diese aber zunächst nur im inneren Dienste verwendet werden konnte, so griff er auf die beiden Konskriptionen der in den letzten vier Jahren nicht ausgehobenen Mannschaften (1806—9) zurück, was ihm eine Vermehrung der aktiven Armee von 80,000 Mann lieferte. Man sieht wohl, daß die Kräfte der nationalen Bewaffnung in Frankreich auf das Aeußerste angestrengt wurden, um die nationale Bewaffnung von Oesterreich über den Haufen zu werfen, im Dienst des Imperators, nicht in dem der Nation, die vielmehr die Verwicklung von einem Krieg in den andern mißbilligte. Ueberdies aber führte Napoleon die Kontingente des Rheinbundes und der deutschen Reichsfürsten gegen ihr früheres Oberhaupt, den Kaiser von Oesterreich, ins Feld. Mit dem Mark von Frankreich und der Kraft von Deutschland meinte er die neue Regung der Unabhängigkeit zu besiegen. Als Hardenberg in seiner Zurückgezogenheit davon hörte, daß Oesterreich in politische Verbindungen mit England und der Türkei getreten sei, rief er aus: „Möchten sie nur eine Allianz mit der

Energie und dem Genie schließen: denn mit denen werden sie zu kämpfen haben" [1]).

Die Bewegungen des Erzherzog Karl, um die Franzosen noch unvorbereitet zu überraschen, waren geschickt angelegt; als Napoleon, durch den Telegraphen rasch herbeigerufen, in Donauwörth anlangte, fand er seine Truppen sehr gefährdet. Aber bei dem ersten Blick auf die Landkarte, auf der die Stellungen der Oesterreicher bezeichnet waren, zeigte sich wie ein Leuchten des Blitzes auf seiner Stirn: augenblicklich überschaute er, wie er sie schlagen könne und werde. Es folgte jener fünftägige Waffengang, durch welchen der Erzherzog genöthigt wurde, nach Böhmen zurückzuweichen. Napoleon war einen Augenblick zweifelhaft, ob er die feindliche Armee verfolgen oder den Weg nach Wien einschlagen solle. Nach der Hand hat er wohl gemeint, das erste würde für den Feldzug das Beste gewesen sein. Damals aber zog er in Betracht, daß es für die allgemeinen Verhältnisse von Europa einen großen Moment bilden würde, wenn er rasch nach Wien gelange [2]). Er nahm wieder Quartier in Schönbrunn.

Daß er sich aber Wiens bemächtigt hatte, machte ihn noch nicht zum Meister des Kampfplatzes. Bei dem Versuch, auf das linke Donauufer überzugehen, stellte sich ihm der Erzherzog Karl mit einer wieder gesammelten und trefflich gerüsteten Streitmacht entgegen, an der Napoleon zurückprallte. Der Erzherzog hatte den Uebergang ruhig geschehen lassen [3]), dann aber dem weiteren Vordringen der Franzosen bei Aspern unüberwindlichen

1) Journal, 24 février 1809.

2) So heißt es in seinem Gespräch mit Bubna: J'aurais peut-être mieux fait de suivre l'archiduc Charles à Cham, et de ne pas vous laisser de repos. Comme général on peut me faire des reproches, puisqu'apparemment alors la bataille d'Esling n'aurait pas eu lieu; quelques moments même j'ai balancé, mais je pensais à la situation de l'Europe, et quel effet que ça ferait quand j'entrerais si vite à Vienne, et je me suis décidé à la dernière marche.

3) Welden, Der Krieg von 1809 zwischen Oesterreich und Frankreich, S. 39.

Widerstand entgegengesetzt; es war der glänzendste Moment seines Lebens, — auch er sah in dem Kampfe vor allen Dingen einen militärischen Wettstreit —, daß er die Franzosen nöthigte, über den Fluß zurückzugehen; er war es doch, der die Meinung, Napoleon sei allemal unüberwindlich, wenn er selbst erscheine, zuerst gebrochen hat.

Hiedurch kam, allen erlittenen Verlusten zum Trotz, die universelle Bedeutung des Kampfes erst recht zur Erscheinung. Der Rheinbund war nicht zersprengt, wie man vorgehabt hatte; dem alten Kaiserthum war auch nicht wieder Bahn gemacht: aber Oesterreich behauptete sich, und seine Bewaffnung und Macht erschienen noch einmal der französischen ebenbürtig. Auch in Preußen haben sich sogleich die niedergehaltenen Hoffnungen lebhaft erhoben.

Zwischen Goltz und dem österreichischen Gesandten Wessenberg hatten, noch unmittelbar vor dem Ausbruch des Krieges, in Berlin Konferenzen stattgefunden, in deren Folge sich der erste sehr geneigt zu einer Allianz mit Oesterreich aussprach. Seine vornehmsten Argumente nahm er aus dem inneren Zustande von Preußen her. In seinem Berichte heißt es: wenn der König vor Allem Ruhe wünsche, um seine Staaten wieder herzustellen, so liege doch am Tage, daß die Behauptung dieser Ruhe nicht von ihm allein abhänge. Die Aufregung nicht nur in der Hauptstadt, sondern auch in den Provinzen sei so stark, daß man bei dem Kriege der Oesterreicher und Franzosen eine Explosion befürchten müsse, die für die legitime Autorität gefährlich werden könne. Der französische Kaiser werde auf den Gegensatz der Meinungen keine Rücksicht nehmen, sondern der Regierung ihre Schwäche zum Vorwurf machen, und unter Vorwänden, die dann einen guten Anschein haben würden, den König mit Krieg überziehen. Goltz meinte, in dem Anschluß an Oesterreich, zumal nach den Erklärungen von Wessenberg, liege die einzige Möglichkeit zur Rettung der Monarchie. „Der Krieg wird Eure Majestät suchen,

wenn Sie ihn nicht suchen" [1]). Oesterreich werde siegen; alsdann werde auch Alexander durch die Stimme seines Volkes genöthigt werden, zu accediren.

Nicht Alle theilten diese Erwartungen. Man sagte: ohne die Hülfe von Preußen und Rußland werde Oesterreich verloren sein; werde aber Oesterreich vernichtet, so werde auch die preußische Monarchie nicht bestehen können; sie werde das Schicksal von Hessen haben.

Auch der König hatte im Grunde kein Zutrauen zu der Sache Oesterreichs. Bei der freudigen Aufregung, welche die Erhebung der Oesterreicher an seinem Hof erweckte, sagte er nur: „sie werden doch geschlagen werden." Aber die allgemeine Stimmung und die Vorstellungen von Goltz, daß das Schicksal der Monarchie auf dem Spiele stehe, machten ihm doch einen ergreifenden Eindruck. In einem Briefe an Kaiser Alexander [2]), der ihn vor einer Verbindung mit Oesterreich, als welche ohne Zweifel zum Verderben ausschlagen werde, gewarnt hatte, gab er demselben gleichwohl eine große Hinneigung zu einer solchen zu erkennen; denn das Volk dränge ihn nach dieser Seite; die Kontribution werde er in den auferlegten Terminen doch nicht herbeischaffen können, von der kurmärkischen Landschaft sei in dieser Beziehung keine genügende Erklärung auszubringen; und der Ruin von Oesterreich werde auch der von Preußen sein. Er macht den Kaiser aufmerksam, daß auch Rußland in das allgemeine Verderben gezogen werden würde.

Kaiser Alexander erschrak über die Absicht des Königs, sich an Oesterreich in dieser Krisis anzuschließen. Er wiederholte ihm, er werde damit nichts ausrichten, sondern nur sich selbst verderben und ihm die Mittel entziehen, Preußen zu unterstützen; er, der Kaiser, sei an seine Verträge gebunden; Oesterreich würde er jetzt doch nicht retten können. Er warnt den König, der Aufwallung

1) La guerre cherchera Votre Majesté, si elle ne la cherche pas. Goltz au Roi; 5 avril 1809.

2) Vom 30. April, also schon nach dem ersten Erfolg Napoleons.

der Gemüther Raum zu geben: die sei es, was Oesterreich jetzt zu Grunde richte.

Wenn aber Alexander in den Verhältnissen, in denen er sich befand, sogar zu einer Kriegserklärung gegen Oesterreich schreiten zu müssen glaubte, so hat er doch damit keine eigentlich feindselige Gesinnung verbunden. In Kaiser Alexander lassen sich immer zwei verschiedene Tendenzen unterscheiden, von denen die eine nur auf die Erhaltung und Wohlfahrt von Rußland zielte, selbst in Verbindung mit Napoleon; die andere aber den Gegensatz gegen den französischen Imperator und seine Macht allezeit im Auge behielt. Man darf vielleicht sagen, daß die Koalition zwar nie recht zu Stande kam, aber doch niemals eigentlich aufgegeben wurde. Sie hatte ihre Wurzel in dem Gegensatz der Legitimität gegen die Usurpation. Den österreichischen Gesandten, General Schwarzenberg, ließ Alexander auffordern, doch Petersburg nicht zu verlassen, auf den Grund gestützt, daß er nicht allein Gesandter, sondern zugleich österreichischer General sei. Er beauftragte ihn, seinem Hofe zu melden, daß er nichts Ernstliches gegen Oesterreich zu unternehmen beabsichtige; selbst sein Eindringen in Galizien werde nichts zu bedeuten haben. Das Schreiben, worin Schwarzenberg dies nach Wien meldete, wurde dem Kaiser Alexander vorgelegt und von diesem gebilligt, ehe es abging [1]).

1) Le prince de Schwarzenberg vient de me faire, sous le sceau du plus grand secret, une confidence très importante. Deux jours avant sa déclaration de guerre, l'Empereur cherchant un moyen de le conserver ici sans se compromettre vis-à-vis de la France, lui parla de sa double qualité d'ambassadeur et de général, et combien il désirait qu'il restât ici, malgré l'interruption de l'ambassade qui suivrait la déclaration de guerre. Il le chargea d'écrire à son maître que la Russie ne ferait rien contre l'Autriche, que supposé même qu'elle fût forcée à des démonstrations, elles seraient dirigées contre la Galicie, et ne devaient pas effrayer, quand même les troupes russes entreraient dans ce royaume. L'ambassadeur désirant pouvoir fournir à sa cour la preuve qu'il eût été chargé d'une commission si importante, lui demanda la permission de soumettre à son approbation la lettre par laquelle il ferait connaître à sa cour les dispositions de l'Em-

So war also die Lage in der ersten Epoche des Krieges von 1809: Rußland durch seine offene Politik auf Seiten Napoleons, insgeheim jedoch durch eine Verpflichtung nichts Ernstliches zu thun gebunden; Preußen offiziell verpflichtet für Frankreich, aber seine Minister insgeheim entschlossen, auf die österreichische Seite zu treten.

Eine Rückwirkung von großem inneren Gewicht lag in den spontanen Erhebungen, die in Hessen, in der Altmark, in Berlin selbst zum Vorschein kamen. Ein verwegener Husarenmajor, Schill, verließ eigenmächtig die Hauptstadt und wußte seine Leute mit sich fortzureißen, in der Absicht, einer volksthümlichen Bewegung in dem neuen Königreich Westfalen zu Hülfe zu kommen. Er meinte das Schwert nicht niederzulegen, bevor er nicht seinem König das letzte verlorene Dorf wieder erobert habe. Aber indem er aufbrach, waren die an sich unbedeutenden Empörungsversuche schon niedergeworfen. Schill schwankte eine Zeit lang zwischen den Entschlüssen, sich nach Böhmen oder nach der See zu werfen. Als er das letzte versuchte, in der Hoffnung, englische Hülfe an sich zu ziehen, und nach Stralsund gelangte, wurde er von der napoleonischen Uebermacht, der die Dänen Beistand leisteten, umfaßt und erdrückt: eine holländische Kugel hat ihn getödtet. Eine lebensvolle Episode des Krieges von tragischem Ausgang. Ganz vergeblich war sie insofern nicht, als Sinn und Schlachtbegier der Truppen, die dabei zu Tage kamen, dem preußischen Minister den Anlaß gaben, den König zu einer Entscheidung zu drängen.

In einem gemeinschaftlichen Berichte des Minister Goltz und der Generale L'Estocq und Tauenzien wird dem König vorgestellt, daß er mit Napoleon doch keinen wahren Frieden haben werde. Die Correspondenz des Minister Stein, die Verzögerung seiner Entfernung aus dem Dienst, die Beibehaltung seiner Anhänger in

pereur. Cette lettre fut rédigée dans les termes les plus précis et les plus positifs, elle fut envoyée à l'Empereur qui, après en avoir pris lecture, la renvoya avec un billet écrit de sa main, où il déclara que la lettre contenait l'exacte vérité. Schladen au Roi, Saint-Pétersbourg, 2 mai 1809.

den wichtigsten Stellen, die täglich lauter werdende Volksaufregung gegen die Franzosen, der Antheil verabschiedeter preußischer Offiziere an den Empörungsversuchen in Westfalen, — alles das werde Napoleon veranlassen, unter dem Vorwande der Nichtbezahlung der Kontribution Preußen zu vernichten, sobald er könne. Auf der andern Seite dürfe man sich nicht verhehlen, daß unter den Offizieren eine starke antifranzösische Gährung herrsche; daß das Band zwischen Regierung und Volk seit 1806 überhaupt gelockert sei und wieder enger geknüpft werden müsse, auch um im Auslande Ansehen und Kredit wieder zu gewinnen.

Die Nachrichten von den ersten Unfällen der Oesterreicher hatten die Aufregung in Berlin in einem solchen Grade vermehrt, daß der französische Gesandte Marsan daran dachte, sich nach Stettin zu begeben, den König selbst aber aufforderte, wieder nach seiner Hauptstadt zurückzukommen. Auch Goltz verlangte dies, um der Regierung eine größere Spannkraft zu geben und die Faktionen und besonders die Hitze der jungen Offiziere zu mäßigen[1]).

Goltz wendete sich auch an die Königin Louise (5. Mai), um ihr die Nothwendigkeit vorzustellen, sich der nationalen Bewegung anzuschließen. Ueber die letzte Verwaltung des Minister Stein drückte er sich nicht ohne Bitterkeit aus: denn durch dessen kecke und gehässige Schritte sei eine Revolution angebahnt, die zum Ausbruch kommen werde, wenn der König noch länger zögere, einen der öffentlichen Meinung, die sich laut gegen Frankreich äußere, entsprechenden Entschluß zu fassen; Alles sei verloren, wenn der König nicht nach Berlin zurückkehre, um die Ungeduldigen im Zaume zu halten und dabei doch durch entschiedene Maßregeln ihre Hoffnungen zu beleben[2]).

König Friedrich Wilhelm III. befand sich diesen Bewegungen gegenüber in einer mit peinlichen Zweifeln erfüllten Lage: als

1) Pour donner de la tension aux ressorts relâchés du gouvernement, pour comprimer les factions et surtout la fougue des jeunes officiers.

2) Pour relever les espérances par des préparatifs annonçant un parti déterminé.

Kriegsherr und Oberhaupt der Regierung konnte er nicht anders, als sie verdammen. In diesem Sinne sprach er sich in einem Reskripte vom 9. Mai aus. „Die beispiellose Insubordination des Major von Schill gereicht seinen Vorgesetzten zu schwerer Verantwortung. Ich habe daher L'Estocq und Tauenzien und den Commandanten Grafen Chazot von ihren Funktionen suspendirt und letzterem hier Arrest gegeben. Wenn die oberen Autoritäten in Berlin, anstatt zu seufzen und zu klagen und dem Pöbel und den Narren zu schmeicheln, mit Einheit und Kraft gemeinschaftlich dem Geiste der frevelhaften Unruhe entgegengewirkt hätten, so würden dergleichen unerhörte Vergehen unterblieben sein. Das Uebel zu beseufzen hilft gar nichts; wer ihm steuern will, muß es beherzt anzugreifen wissen".

Indem er sich so ausdrückte, konnte es doch nicht in seinem Sinne liegen, eine absolute Repression von Gesinnungen, die er in der Tiefe seiner Seele selbst theilte, zu verfügen. Dem ostensiblen Schreiben ging ein anderes zur Seite, in welchem der König bei weitem mehr Rücksicht auf die allgemeine Stimmung nimmt. „Ich autorisire Euch hiedurch", schreibt er an Goltz nach Berlin, „zur Dämpfung der dortigen brausenden Stimmung, welche die oberen Militär- und Civilbehörden theils sogar durch pflichtwidrige Theilnahme befördert haben, die vorzüglichsten Urheber und Lenker dieser überspannten Stimmung durch vorsichtige Winke und die Entwicklung der Hauptsache entweder selbst oder durch Andere zu beruhigen". Wenn wir die wörtlich angeführte Weisung richtig verstehen, so sollte nicht durch Strenge allein, sondern durch freundliche Zurede und Aussicht auf eine Veränderung des Systems die höchste Autorität behauptet werden.

Zwei zusammentreffende Nachrichten werden den König bestimmt haben, mit einer größeren Entschiedenheit hervorzutreten. Aus dem Hauptquartier Napoleons vernahm man, daß er gesagt habe, auf Schill und seine Handlung könne er jetzt keine Rücksicht nehmen; aber die Zeit werde schon kommen, wo er Preußen für seine Verräthereien züchtige. Und zugleich traf die erwähnte Nachricht aus

Petersburg ein, daß Kaiser Alexander keine ernstlichen Feindseligkeiten gegen Oesterreich beabsichtige. Der König faßte selbst die Hoffnung, den Kaiser Alexander zu einer aktiven Kooperation gegen Frankreich zu vermögen. Goltz, welcher lange ohne Antwort gelassen war, empfing ein Schreiben vom 14. Mai, in welchem der König aussprach, in diesem Falle werde auch er sich für Oesterreich erklären. Er sagt, die Aufforderungen Oesterreichs seien viel zu spät gekommen, als daß er bei dem ganz erschöpften Zustande seiner Monarchie eine Armee hätte aufbringen oder eine Volksbewaffnung veranlassen können. Aber Oesterreich solle nur ausharren. Darüber könne man sich nicht täuschen, daß Napoleon damit umgehe, die regierenden Dynastien zu vernichten. Auch er hege diese Meinung und sei entschlossen, an dem österreichischen Kriege Theil zu nehmen, sobald es ihm irgend möglich sei[1]). Goltz soll sich mit Wessenberg verständigen; der König will dann einen seiner Adjutanten nach Wien schicken, um einen Vertrag zu Stande zu bringen, der folgenden Inhalt haben soll: Preußen wird mit allen Kräften, über die es disponiren kann, Oesterreich beistehen; seine Armee wird etwa acht Wochen nach Annahme des Vertrages dazu bereit sein. Der König wird dann vor Allem seine verlorenen Landschaften in Besitz nehmen, und hierauf den Oesterreichern so kräftig wie möglich zu Hülfe kommen. Oesterreich verspricht seinerseits die Restitution der verlorenen Provinzen an Preußen und eine gute Grenze; Preußen wird dahin wirken, daß Rußland nichts gegen Oesterreich thue, Oesterreich dagegen England vermögen, Subsidien und andere Hülfe zu leisten. Keine der beiden Mächte wird ohne die andere Waffenstillstand oder Friede machen. Der König läßt Wessenberg wissen, daß viele gute Offiziere insgeheim unter die Waffen gerufen worden sind, und daß man den Krieg mit dem größten Eifer vorbereitet.

1) Je ne me fais pas d'illusion sur le projet de Napoléon de subjuguer tous les États existants et d'éteindre ou d'humilier les anciennes dynasties. Je ne veux pas retarder le combat jusqu'au dernier moment où le désespoir donne de la force, mais je suis résolu à prendre part à la guerre, tandis qu'il en est temps encore et aussitôt que cela me sera possible.

Sehr energisch lautete die Antwort der Königin an Goltz. Sie versichert ihn nicht allein, daß der König mit seinen Principien einverstanden sei; sie zeigt sich selbst auf das Aeußerste gefaßt: „Das Unglück, das uns niederdrückt, kann so weit gehen, uns vollkommen zu vernichten, aber wir werden den Trost haben, unsre Laufbahn mit Ehren zu beschließen" [1]).

Zwischen Goltz und Wessenberg kam es nun zu Unterhandlungen, die in den meisten Punkten zu einem vorläufigen Verständniß führten. Doch gab es noch einige Schwierigkeiten. Wenn von preußischer Seite gefordert wurde, daß Oesterreich dem König Remonte für seine Cavallerie und Schießgewehre und andre Waffen unentgeltlich zukommen lasse und ihm Subsidien von England verschaffe, so versprach Wessenberg nur im Allgemeinen, Oesterreich werde sich bei England zu Gunsten von Subsidien verwenden. Von universaler Wichtigkeit ist der Artikel, der sich auf das Herzogthum Warschau bezog. Die Oesterreicher waren in dem Herzogthum eingerückt, hatten aber immer die Absicht kundgegeben, die früheren preußischen Besitzungen, aus denen es zusammengesetzt war, zurückgeben zu wollen. König Friedrich Wilhelm III. war eigentlich nicht geneigt, dieselben so schlechthin wieder anzunehmen. Sein Vorschlag ging vielmehr dahin, dem Herzogthum eine wirkliche Unabhängigkeit zu verschaffen, jedoch unter anderer Einwirkung als der französischen. Die Einrichtung, die er im Sinne hatte, sollte vielmehr dahin führen, die Freischaaren der Polen von Napoleon loszureißen. Warschau sollte als ein selbständiges, souveränes, keinem fremden Regenten unterworfenes Herzogthum, unter preußischer, russischer, österreichischer Garantie bestehen. Die Wahl eines Herzogs sollte dem Reichstage gänzlich und ohne alle fremde Einwirkung überlassen bleiben [2]). Der völlige Untergang Polens wäre

1) Le malheur qui nous accable peut finir par nous écraser entièrement, mais du moins nous aurons la consolation de finir notre carrière avec honneur.

2) Der von Goltz vorgeschlagene Artikel lautet folgendermaßen: Wenn aber der königlich Preußische Hof für räthlich halten sollte, zu Abreißung der Gemüther der vormaligen Polen von Napoleons Interesse und Einfluß, auf die

von Friedrich Wilhelm III., so gut wie einst von seinem Vater, lieber vermieden worden. Nur behielt er sich die Gebietsstrecken vor, die zur Verbindung von Preußen und Schlesien unentbehrlich wären, und machte zugleich auf Ersatz seiner Verluste durch anderweite Erwerbungen in dem überelbischen Deutschland Anspruch. Wessenberg war nicht ermächtigt, auf diese Vorschläge einzugehen: denn seine Instruktion enthielt nur eben, daß Warschau an Preußen zurückfallen solle. Und der Anspruch auf Entschädigung hatte wohl auch eine bedenkliche Seite für Oesterreich; Wessenberg erklärte nur: sein Kaiser werde sich darüber mit dem preußischen Hof verständigen.

Indem sich Friedrich Wilhelm III. mit so vieler Entschiedenheit dem österreichischen Hofe näherte, suchte er doch jedem Anschein einer Verbindung mit demselben auszuweichen: er erschrak, als der österreichische Oberst Steigentesch in Königsberg erschien. Er fühlte sich immer in der Mitte zweier großer schicksalsvoller Eventualitäten: entweder Erneuerung der alten Koalition, oder Untergang bei dem ersten Versuch, sich mit Oesterreich zu verbinden im Falle eines Unglücks. Dem österreichischen Oberst erklärte er, man

Wiederbesitznahme des Herzogthums Warschau ganz Verzicht zu thun, und solches unter österreichischer und künftig preußischer und russischer Garantie als ein selbständiges, souveränes, keinem fremden Regenten unterworfenes Herzogthum, unter einem eigenen Herzog, dessen Wahl dem Reichstage gänzlich und ohne alle fremde Einwirkung zu überlassen wäre, zu constituiren, so verspricht Oesterreich:

1. Diesen Plan zu genehmigen, wenn anders Rußland seine Einstimmung dazu geben sollte;

2. Die von dieser Restitution zu machenden Ausnahmen des vorhin zu Westpreußen gehörigen und eines anderen zur Verbindung zwischen Westpreußen und Schlesien nöthigen Distrikts, mit Vorbehalt billiger Handels- und anderer Vortheile, besonders aber mit Sicherstellung alles öffentlichen und Privatvermögens, welches in gedachtem Herzogthum Warschau angelegt ist, zu Beförderung des allgemeinen Interesses aller angrenzenden Staaten zu sanktionniren;

3. Für den Verlust dieses Landes Preußen einen anderweitigen äquivalenten Ersatz jenseits der Elbe oder in Deutschland zu verschaffen, und

4. Durch die Vertheilung der jetzt französischen Generalen gehörigen polnischen Besitzungen unter die kräftigsten Vertheidiger des bisherigen Systems die Ausführung dieses Planes zu erleichtern.

möge den Krieg nur fortsetzen und gegen den Feind noch einen Schlag ausführen. „Ich hoffe zu kommen, und ich hoffe sogar, nicht allein zu kommen.“ Aber dabei verhehlte er auch die Besorgniß nicht, daß eine Niederlage Oesterreichs oder ein einseitiger Friedensschluß desselben seinem politischen Dasein gefährlich werden könne. Welche Zweifel seine Seele erfüllten, zeigt eine Note von seiner Hand [1]), in der er sagt: „eine politische Existenz, sie sei noch so klein, ist immer besser, als keine.“

Nach kurzer Frist begann nun der militärische Zweikampf zwischen Frankreich und Oesterreich aufs Neue. Die Schlacht bei Wagram (5. u. 6. Juli) ist nur eben eine Fortsetzung des doch nicht völlig zu Ende geführten Kampfes bei Aspern. Von der Insel Lobau her, welche den Franzosen damals nicht wieder entrissen worden war, machten sie den Versuch, auf das linke Ufer überzugehen. Napoleon hatte alle seine Kräfte dazu gesammelt; auch der Erzherzog hatte sich auf das Beste in Stand gesetzt, um ihn abzuwehren. Wir erörtern nicht die Einzelheiten der Schlacht; es waren zwei taktische Systeme, die hier auf einander stießen: das alt-österreichische aus den Zeiten Lascy's herrührende, und das napoleonische in Bezug auf die Benutzung des Terrains. Napoleon hat sie selbst einmal einem österreichischen Offizier geschildert. „Ihr pflegt“, so sagte er demselben, „in kleinen Corps vorzurücken, die durch euren Schlachtplan zu einem Ganzen verknüpft werden, aber ihr macht diesen Plan den Tag vor der Schlacht, ohne die Bewegungen des Feindes zu kennen. Ihr könnt dabei nur das Terrain berechnen. Man muß gestehen, daß man keine dem Terrain besser angepaßten Manöver sehen kann, als die euren. Ich dagegen halte meine Streitkräfte zusammen; bei den ersten Strahlen der Sonne recognoscire ich den Feind, um über die Stellungen desselben sicher zu sein. Dann erst, sobald ich es bin, treffe ich meine Disposition, immer mehr mit Rücksicht auf die Bewegung des Feindes, als auf das Terrain. Ich falle

1) Vom 24. Juni.

dann wie der Blitz in seine Colonnen und zerstöre seine Dispositionen, indem ich mich des Terrains bediene" [1]). Was man hier liest, ist wie eine generalisirte Beschreibung des zweiten Tages von Wagram. Besonders war es das Feldgeschütz Napoleons, durch welches er in dem gigantischen Kampfe, der sich dort entspann, den Sieg errang [2]), ohne jedoch den Oesterreichern eine vollständige Niederlage beizubringen; diese waren noch im Stande, die Schlacht abzubrechen, sobald sie es nothwendig fanden, und sich mit vieler Ordnung zurückzuziehen. Der Erzherzog Karl, der jetzt seiner Ehre genug gethan zu haben glaubte und überzeugt war, nicht mehr ausrichten zu können, trug zunächst auf einen Stillstand an, der in Znaym, wo die Armeen bereits wieder handgemein geworden waren, abgeschlossen wurde, während Andre und der Kaiser

1) Je vous dirai franchement mon système, et la faute que vous répétez toujours. Vous vous avancez en petits corps dont votre disposition doit former l'ensemble; puis vous faites votre disposition, le jour avant la bataille, où vous ne connaissez pas encore la manœuvre de votre adversaire. Vous n'avez donc que le terrain, aussi votre disposition est toujours bien formée d'après le terrain, mais jamais d'après la manœuvre de votre adversaire, et il faut avouer qu'on ne peut pas voir des manœuvres mieux adaptées au terrain que les vôtres. Pour moi, au contraire, je ne me disperse jamais avant le combat, je reste sur la défensive, et particulièrement pendant la nuit je suis craintif, je me tiens en masse et ensemble, c'est comme ça que j'attends le jour. Avec les premiers rayons du soleil j'envoie mes éclaireurs, je fais mes reconnaissances pour bien voir et être bien sûr des mouvements de mon ennemi. Jusqu'à ce que je ne le suis pas, le gros reste ensemble. Sitôt que je le suis, ma disposition est formée, et toujours plus sur la manœuvre de mon adversaire que sur le terrain. Je tombe dans ses colonnes comme un coup de foudre, et c'est comme cela que je combats sa disposition en me servant du terrain. Eine für die Geschichte der Taktik sehr wichtige Gegeneinanderstellung. Man wird dabei an die Theorie von Lloyd erinnert, welche das geographische Moment allen andren voranstellt und in den deutschen Armeen, vor Allem in der österreichischen noch herrschte. Napoleon folgte mehr seinem Genius und der Eingebung des Moments.

2) C'est en son artillerie surtout qu'il espère, car les rangs de nos bataillons sont pleins d'étrangers et de recrues; c'est donc aux boulets et à la mitraille, que rien ne fait hésiter, de décider la victoire. Segur, III, 379.

selbst das Feld noch so lange zu behaupten sich getrauten, bis die europäischen Combinationen, auf die sie rechneten, sich vollziehen könnten. Auf diesem Zwiespalt wird es beruhen, daß der Erzherzog den Oberbefehl aufgab, ohne daß ihm ein Nachfolger gesetzt worden wäre; Kaiser Franz erklärte, er selbst wolle der General seiner Truppen sein.

Und in der That: nicht eben ungünstig lagen die europäischen Verhältnisse. Aus einem Schreiben Friedrich Wilhelms an Alexander nimmt man die Besorgnisse und die Hoffnungen ab, die in ihm selbst einander bekämpften. Um rüsten zu können, war die Zahlung der Kontributionen eingestellt worden; er fürchtete nun, daß Napoleon diese Suspension als Grund zu neuen Feindseligkeiten benutzen werde; er nimmt die Intercession Alexanders in Bezug auf die Kontribution aufs Neue in Anspruch. Zugleich aber meldete er ihm, daß er mit dem allgemeinen Wunsche seines Volkes, die Waffen zu ergreifen, zu kämpfen habe. „Meine Unterthanen können nicht verschmerzen, daß sie ihr Idol, den Kriegsruhm, verloren haben; sie wollen denselben wieder erwerben, und glauben damit ihre alte Wohlfahrt wieder herzustellen." Der Brief war schon geschrieben, als die Nachricht von dem Waffenstillstand von Znaym eintraf. Der König spricht in einer Nachschrift, die er zu vernichten bittet, den Wunsch aus, daß Rußland sich für Oesterreich erklären möge: denn für die eigene Lage desselben, auch für die Sicherung seiner Eroberung, werde das nothwendig. Dann meint auch er zu den Waffen greifen und der Volksbewegung in Deutschland gerecht werden zu können. In seinem Rücken gegen Polen gesichert, werde er seine Waffen nach einer andren Seite hin zu wenden im Stande sein.

Von Napoleon selbst ist augenscheinlich, daß er bei allen seinen früher erfochtenen und zuletzt erneuerten Vortheilen über Oesterreich doch noch nicht zum Ziele seines Unternehmens gekommen war. Sehr gefährlich hätte es ihm werden können, wenn die Engländer ihr Unternehmen auf Antwerpen und die Schelde, auf welches ihre Landung in Walcheren berechnet war, durchzuführen

vermocht hätten. Aber durch eine Verbindung französischer Linientruppen und Nationalgarden wurden sie genöthigt zurückzuweichen.

Von größter Bedeutung dagegen war die Stellung, die sie auf der pyrenäischen Halbinsel nahmen. In Wellesley, der sich eben damals durch die Schlacht von Talavera (27. 28. Juli) den Titel Herzog von Wellington erwarb, erschien ein dem Kaiser Napoleon auch in strategischer Hinsicht ebenbürtiger Widersacher; König Joseph und die französischen Marschälle traten gegen ihn von Anfang an in Schatten. Die dringendste Angelegenheit für Napoleon war es nun, sich den Engländern daselbst zu widersetzen; unmöglich aber konnte er alsdann den Krieg gegen Oesterreich bis auf das Aeußerste fortführen. Noch immer war die österreichische Monarchie im Stande, hartnäckigen Widerstand zu leisten; sie hatte überdies Aussicht, auf dem Kontinent Verbündete zu finden. Napoleon mußte daran denken und dachte daran, nicht allein Frieden zu schließen, sondern ein freundliches Verhältniß mit Oesterreich anzubahnen.

Dem österreichischen General Bubna, den Kaiser Franz ihm zusandte, um vertraulichere Unterhandlungen anzubahnen, als die waren, die offiziell zu Altenburg gepflogen wurden, versicherte Napoleon, daß er an Bedingungen, wie sie Champagny dort vorgelegt, gleichwohl niemals gedacht habe. Seine wirklichen Forderungen seien weit gemäßigter; möglich, daß er sie noch herabsetze, wenn er bei einem wieder erneuerten Kampfe den Kürzeren ziehe; sollte er aber nochmals siegen, so werde er sie um vieles verstärken. Charakteristisch ist es, wie er sich gegen Bubna, der ihm Vertrauen einflößte, über seine gesammte Lage vernehmen ließ. „Ich will den Frieden, und will ihn aufrichtig, denn ich habe in andren europäischen Ländern noch viel zu thun, und vor Allem: ich habe mich überzeugt, daß ihr verteufelt stark seid. Ich habe nicht geglaubt, daß euch so viele Hülfsquellen zu Gebote stehen; ihr schlagt euch sehr gut. Ich weiß, ich habe wenig Freunde in diesem Lande, aber ich könnte mir deren leicht verschaffen." Er meinte, er brauche nur die Landeseigenthümer zu belasten, das

heißt, den Ideen von 1789 auch hier Bahn zu machen, um das Volk für sich zu gewinnen.

In der Diskussion über das Verhältniß der Armeen bemerkte Napoleon, wie stark auch seine Gegner sein möchten, so habe er immer große Vortheile voraus. „Meine Armee hält sich für unüberwindlich, wo sie weiß, daß ich bin. Bei Aspern habe ich allzu sehr meinem Gestirn vertraut, und bin dafür bestraft; das Vertrauen meiner Armee ist dadurch nicht erschüttert worden. Und ein gewaltiger Unterschied ist es, ob man Kaiser oder bloßer General ist. Ich kenne das aus Erfahrung". Offen und treffend erklärte er sich über diesen Unterschied: „Wenn ich einst als General von dem Direktorium Truppen forderte, so antwortete man mir: das Land sei erschöpft, und habe nicht Menschen genug; Geld versagte man mir, weil keins vorhanden sei". Jetzt wenn man ihm vorstelle, die Feinde seien stärker, so könne er das eine oder das andre Korps anweisen, zu ihm zu stoßen; und wenn man ihm sage, Frankreich habe nicht Menschen genug, so antworte er, einem Land von 30 Millionen Einwohnern könne es an Menschen nie fehlen: diese oder jene Konskription müsse sich in Bewegung setzen. Wenn ihm der Finanzminister einwende, er habe kein Geld, so sage er: Verkauft die Spitzen der Kaiserin. „Es fehlt mir nie, weder an Menschen noch an Geld. Bei euch geschieht Alles langsam und unter tausend Schwierigkeiten, für mich giebt es keine". Auf seine Frage, warum man in Oesterreich so viele Kanonen anschaffe, antwortete Bubna, daß man dabei das Beispiel des Kaisers selbst befolge, der in der letzten Schlacht durch seine Kanonen obgesiegt habe. Napoleon zeigte sich nicht unempfindlich gegen das Schreckliche dieser Waffe; „aber was soll ich thun", sagte er, „meine beste Infanterie steht in Spanien; die, welche ich bei mir habe, ist des Krieges müde und wünscht den Frieden". Er faßte dabei vertraulich den Arm Bubnas. „Ich wünsche aufrichtig den Frieden. Bis jetzt habe ich die Unterstützung von Rußland gehabt; der Kaiser hält gegen den Wunsch seiner Nation die Verbindung mit mir fest, was ich an ihm lobe: denn ein Souverän soll sich um die Meinung seiner

Unterthanen nicht kümmern; aber wer bürgt mir dafür, daß es so bleiben wird? Von Preußen weiß ich, daß es seit lange zwischen euch und mir schwankt".

Außer dem Zustand der Dinge in Spanien war es also einmal Rücksicht auf das noch immer starke Oesterreich, und sodann das Mißtrauen in die Zuverlässigkeit Rußlands und eine erwachende Besorgniß vor Preußen, was Napoleon zu Nachgiebigkeiten gegen Oesterreich vermochte.

Die Annäherung Preußens an Oesterreich war indeß immer weiter gegangen. Um das wahre Verhältniß zwischen den kriegführenden Mächten zu erkunden, wurde Knesebeck, damals Oberst-Lieutenant, den man als einen Freund Scharnhorsts und des Minister Goltz betrachtete und der auch das Vertrauen des österreichischen Gesandten genoß, nach dem Hauptquartier des Kaiser Franz gesendet; wenn er sich überzeuge, daß Oesterreich nur deshalb Waffenstillstand geschlossen habe, um sich zu neuem kräftigen Kampfe zu rüsten, und zwar mit Hülfe anderer europäischer Mächte, besonders Preußens, so sollte er eine solche Assistenz in naher Frist versprechen.

Knesebeck traf in Olmütz mit dem Minister Stadion zusammen, der ihm zu erkennen gab, Kaiser Franz sei allerdings bereit, Frieden zu schließen, aber zu einer Macht zweiten Ranges werde er Oesterreich nicht herabsinken lassen. Metternich und Bellegarde, mit denen Knesebeck später zusammentraf, bemerkten ihm: wenn man den Waffenstillstand aufkündige, so müsse man sich auf eine neue Schlacht gefaßt machen; wie auch der Ausgang sein möge, immer werde die preußische Hülfe zu spät kommen. Der Anblick der Armee, die Stimmung des Volkes und Alles, was man von Kaiser Franz hörte, machte auf Knesebeck den Eindruck, daß der Kaiser gesonnen sei, den Krieg fortzusetzen; er rieth dem König mit Entschiedenheit zu einer Allianz mit Oesterreich. In diesem Sinne war bereits ein Schreiben des Königs abgefaßt, das Knesebeck unter dem Siegel des tiefsten Geheimnisses dem Kaiser überlieferte. Der König knüpft darin an die zwischen Goltz und

Wessenberg gepflogenen Unterhandlungen an, von denen wir sahen, wie umfassend für alle künftigen Verhältnisse sie waren. Die Oesterreicher hätten an sich nur eine Militär-Convention gewünscht, aber das konnte der Sinn von Preußen nicht sein, welches durch sein Hervortreten seine ganze Existenz gefährdete und dagegen seiner zukünftigen Wiederherstellung sicher zu werden verlangte. Knesebeck legte dem Minister Stadion einen Vertragsentwurf vor, der ungefähr dem entsprach, was man einst in Bartenstein beabsichtigt hatte. Das Ziel der Verbindung beider Staaten sollte die feste Begründung ihrer Freiheit und Unabhängigkeit sein. Die beiden Monarchien sollten einander einen solchen Umfang und eine solche politische, militärische und geographische Situation garantiren, daß die eine und die andere den Rang einer großen europäischen Macht behaupten könne. Die Leitung der deutschen Angelegenheiten sollten beide zugleich in die Hand nehmen, Oesterreich im Süden, Preußen im Norden, der Main sollte die Grenzlinie der beiden Machtbereiche bilden. In dem gegenwärtigen Kriege solle Oesterreich die Direktion führen, wenn man sich über den Plan vereinbart haben werde. Preußen wird Alles anwenden, um Rußland über seine eigenen Interessen aufzuklären und es zum Beitritt zu der Allianz zu vermögen. Oesterreich soll die Differenzen zwischen England und Preußen zu heben suchen. Der deutschen Konföderation sollen Dänemark und Holland für den Norden, die Schweiz für den Süden aggregirt werden. Im Fall eines unglücklichen Ausschlages der Waffen solle man niemals zugeben, daß die eine oder die andre Macht zerstückelt werde. Keiner von beiden Staaten dürfe in seinem Bestande geschmälert oder gar vernichtet werden, ohne daß der andre die äußersten Anstrengungen dagegen gemacht habe. Durch die engsten Bande vereinigt, werden die beiden Staaten mit einander leben oder sterben. Der Entwurf drückt die Gesinnung der patriotischen Partei in Preußen aus, die nur im Kampfe gegen Frankreich und in der Vereinigung mit Oesterreich das Heil erblickte.

In Oesterreich war man zu einer Verbindung geneigt, aber

bei weitem kühler gestimmt. In dem Gegenentwurf Stadions ist von der Behauptung der Freiheit und Unabhängigkeit die Rede, nicht jedoch von den Erwerbungen, durch welche Preußen wieder eine Großmacht zu werden erwartete. Oesterreich hatte lediglich gemeinschaftliche Vertheidigung und Conservation im Sinne. Ueber die Zukunft von Deutschland konnte man sich nur im Allgemeinen dahin verständigen, daß man die Einheit und Harmonie herstellen wolle; aber die Ausdrücke, durch welche Preußen als dominirende Macht im deutschen Norden anerkannt zu werden forderte, wurden von Oesterreich vermieden. Von Dänemark, Holland und der Schweiz war überhaupt nicht die Rede [1]).

Als der militärische Gesandte das Hoflager verließ, war man noch weit entfernt, einverstanden zu sein. Knesebeck hielt sich überzeugt, daß Oesterreich Preußen noch nicht zu einer gleichen Stufe der Macht, wie es selbst besaß, und zu gleichem Einfluß in Deutschland kommen zu lassen gedenke. Bei dem ersten Schritt war eigentlich der große Plan, mit dem man sich in Preußen trug, gescheitert. An eine Waffengemeinschaft wurde überhaupt nicht mehr ernstlich gedacht; in Oesterreich überwogen die friedlichen Entschlüsse.

Man stellte sich dort die Frage, ob man den Krieg in der Absicht, das dem Kaiser der Franzosen feindselige Europa um sich zu schaaren, fortführen, ob man sich den Folgen eines neuen Kriegsausbruches aussetzen wollte, der, wenn Napoleon die Oberhand behielt, für Oesterreich verderblich werden mußte. Die Fortsetzung des Krieges war eine europäische, die Beendigung desselben eine österreichische Sache. Man ging darüber viel zu Rathe. Denn auch die gemäßigteren Forderungen Napoleons waren doch sehr umfassend: die Entscheidung beruhte hauptsächlich auf dem Zustande der Armee. Von maßgebendem Einfluß mußte es nun sein, daß der Fürst Liechtenstein, der jetzt die Direktion derselben

1) Aus diesem Gegensatze sind die Expektorationen Knesebecks entsprungen, die man in einem Auszug aus seinem Bericht bei Oncken, Oesterreich und Preußen im Befreiungskriege I, S. 114 liest.

in seiner Hand hatte, die Erklärung abgab, bei einem neuen Anfall Napoleons getraue er sich nicht, nachhaltigen Widerstand zu leisten. Er selbst ging dann nach Wien, um die definitive Abkunft zu Stande zu bringen. In diplomatischen Kreisen hat man behauptet, er habe die Bedingungen, die ihm Champagny vorlegte, nach einer langen und ermüdenden Konferenz unterschrieben, jedoch mit Vorbehalt der Ratifikation des Kaisers; Napoleon habe keine Rücksicht auf diesen Vorbehalt genommen[1]). Am 14. Oktober wurde der Abschluß des Friedens zwischen Oesterreich und Frankreich durch Kanonensalven angekündigt. Die Bedingungen schlossen noch immer große Verluste für Oesterreich in sich ein: es waren die Uebergänge über die Alpen nach Italien, das rechte Ufer der Sau bis an die türkische Grenze, die Innlinie für Baiern, ein großer Theil von Galizien zur Verstärkung des Herzogthums Warschau und Rußlands.

Trotz aller dieser Verluste behauptete sich doch Oesterreich als große europäische Macht: es hatte nicht ohne Erfolg Widerstand geleistet. Allein die Ideen einer allgemeinen Reaktion gegen die napoleonische Herrschaft, die man in Deutschland und Preußen an den Krieg geknüpft hatte, mußten aufgegeben werden.

1) So verhielt es sich auch ohne Zweifel; doch betraf die Differenz keine der Hauptbedingungen, sondern nur die Summe der zu bezahlenden Contributionen. Die Franzosen forderten zuletzt 85 Millionen Francs, Kaiser Franz bewilligte 30 Millionen. Der Vertrag wurde geschlossen, ehe der Kaiser sich definitiv darüber entschieden hatte. Dem Fürsten Lichtenstein schien die Summe von 55 Millionen zu gering, um ein so großes Werk, wie den Frieden aufzuhalten. Auch in allen anderen Punkten war der Friede den Oesterreichern diktirt. Kaiser Franz erscheint als der einzige Mann in seinem Reiche, der den Frieden mißbilligte. Vergl. den précis de la marche des négociations qui ont amené le traité de Vienne in Aus der alten Registratur der Staatskanzlei: Briefe politischen Inhalts an und von Friedrich von Gentz, herausgegeben von Klinkowström S. 155, und Journal politique von Gentz in Tagebücher von Gentz. Aus dem Nachlasse Varnhagen's von Ense I, S. 70 ff.

Vierzehntes Capitel.

Preußisch-französische Verhältnisse in den Jahren 1809 und 1810.

An den Ereignissen von 1809 hat Preußen keinen thätigen Antheil genommen; aber es wurde von denselben doch auf das Tiefste berührt: zuerst durch die Erhebung des patriotischen Geistes, den es theilte, und hernach durch die verstärkten Prätensionen der Uebermacht, die den Sieg davontrug.

Die großartigen Bestrebungen und Gedanken, die in dem Jahre 1809 gehegt wurden, haben in Preußen ein Denkmal ersten Ranges unter den Denkmälern zurückgelassen: es ist die Universität Berlin. Ihre Begründung fällt in die nämliche Zeit, in der man mit der Erneuerung des großen Kampfes gegen Napoleon in Verbindung mit Oesterreich und zur Wiedererwerbung einer europäischen Machtstellung durch Waffen und Politik umging.

Der Gedanke an sich ist von älterem Ursprung. Schon vor der Katastrophe von 1806 war von der Stiftung einer höheren Lehranstalt in Berlin die Rede gewesen. Man berief sich dabei auf die nicht geringe Anzahl bedeutender Gelehrter, die sich bereits in der Hauptstadt befanden, und die mannichfaltigen wissenschaftlichen Institute, welche sie besaß. Man hatte die Absicht, dem Zunftwesen, das an den Universitäten noch vielfach herrsche, gegenüber eine Lehranstalt zu gründen, welche unabhängig in sich selbst den großen Bewegungen der Wissenschaft und Literatur einen freien Spielraum eröffnen sollte. Nach der Katastrophe von 1806 war man nun weit entfernt, diesen Entwurf fallen zu lassen. Bei den Berathungen über die Regeneration des

Staates gewann er vielmehr eine noch größere Bedeutung; die Ausführung wurde als eine Nothwendigkeit für das Staatsleben und selbst als ein Mittel des Widerstandes betrachtet. Unter diesem Gesichtspunkte faßte Altenstein die Pflege der Wissenschaft und Kunst überhaupt auf. Sie seien, sagt er, das Produkt und der Ausdruck des höchsten Zustandes der Menschheit; da es nun den Zweck des Staates bilde, die Menschheit der höchsten Güter theilhaftig zu machen: so sei für ihn Nichts wichtiger, als die Pflege der Wissenschaft und Kunst: denn von denen werde Alles, was sich mit ihnen beschäftige, mit Allgewalt ergriffen. Selbstverständlich könne dabei nur von echter Wissenschaft die Rede sein: sie fordere von dem, der sich ihr widme, volle Hingebung. Man müsse ihr aber eine unbeschränkte Freiheit gestatten: in politischen und socialen Beziehungen könne die Censur geduldet werden, nicht in den wissenschaftlichen Bestrebungen, zu denen man die besten Köpfe vereinigen müsse. Diese höhere Auffassung sei den Franzosen fremd; Napoleon erniedrige und entweihe die Wissenschaften, indem er sie zu untergeordneten Zwecken gebrauchen wolle. Aber Wissenschaft und Kunst werden sich dereinst an ihm rächen; sie werden sich dem Staate anschließen, der durch sie reges und kräftiges Leben und ein Emporsteigen zu dem Höheren bewirke: der Pflege derselben werde sich auch der fremde Machthaber nicht entgegensetzen, da er die Tendenz nicht ahne. Die Ideale der Menschheit, die Regeneration des Staates und der Widerstand gegen die Fremdherrschaft greifen hier unmittelbar in einander. In diesem Sinne empfiehlt Altenstein die Gründung einer höheren Lehranstalt in der Hauptstadt des Landes. Hardenberg stimmt ihm darin bei, in seiner weniger hochfliegenden, mehr aufs Praktische gerichteten Weise; er legt den größten Werth auf eine bessere Methode und die volle Freiheit des Unterrichts. Bestimmter als Altenstein spricht er sich für die Errichtung einer Universität in Berlin aus [1]).

1) Auch über diese Angelegenheit werden die Denkschrift Hardenbergs und die derselben beizufügenden Auszüge aus dem Gutachten Altensteins nähere Mittheilungen bringen.

Den nächsten Anlaß zur Verwirklichung dieses Gedankens gab es, daß bei der Abtretung der überelbischen Landschaften im Frieden von Tilsit auch die Universität Halle von dem Staate getrennt worden war. Diese Universität hatte keine enge Verbindung mit dem Herzogthum Magdeburg, dem sie zugehörte; sie meinte fast, in der Abtretung nicht begriffen zu sein, da sie großentheils auf die königliche Dispositionskasse und Erträge entfernter geistlicher Güter angewiesen war; sie hatte immer gemeint, eine allgemeine Landesuniversität, frei von lokaler Beschränkung, bereits zu bilden, und eben aus ihrer Mitte gingen nun die lebhaftesten Anregungen hervor, eine solche wirklich in Berlin zu gründen. Mit den Tendenzen der Regeneration hing dieser Gedanke auf das Innigste zusammen. Es erinnert lebhaft an die Ausführung Altensteins, wenn man in einem Gutachten, das der Philolog Wolf zu diesem Zwecke eingab, auf die Worte stößt: dem preußischen Staate müsse daran liegen, alle irgendwo vorhandenen Kräfte zu sammeln, von neuem zu beleben und keine versteckte Sprungfeder ohne Wirksamkeit zu lassen. Einer Deputation hallischer Professoren, die zur Förderung dieser Sache nach Memel kamen, antwortete der König in verwandtem Sinne: was man an materiellen Kräften verloren, müsse man durch geistige ersetzen. Es war in dem Augenblicke, daß Beyme, der schon früher die Idee einer in Berlin zu errichtenden allgemeinen Lehranstalt gepflegt hatte, nach dem Abgange Hardenbergs wieder zu größerem Antheil an der Leitung der Staatsgeschäfte gelangte. Unter seinem Einfluß gab der König durch eine Kabinetsordre den Entschluß zu erkennen, durch die Stiftung einer allgemeinen Lehranstalt in Berlin den Verlust der Universität Halle zu ersetzen. In den Tagen, in welchen die Entlastung des bäuerlichen Grundeigenthums und die Umbildung der Armee im Gegensatz gegen die Mängel des Bestehenden unternommen wurde, ist auch der Beschluß gefaßt worden, eine große Lehranstalt in Berlin zu errichten: die Ausfüllung der entstandenen Lücke müsse bei der Reorganisation des Staates eine der

ersten Sorgen ausmachen. Daran wurde nun auch unverzüglich Hand angelegt; Professoren von Halle, auf deren Thätigkeit man besonderen Werth legte, wurden eingeladen, ihren Wohnsitz in Berlin aufzuschlagen. Allein zu einem praktischen Resultat konnte man nicht gelangen, so lange man noch nicht einmal einig darüber war, ob eine Universität errichtet, oder ob die Akademie der Wissenschaften durch Hinzufügung neuer Klassen zu einem umfassenden Lehrkörper ausgebildet, und welches Princip überhaupt befolgt werden sollte. Die Verhandlungen wurden gleichsam öffentlich geführt. Fichte knüpfte an seine Ideen vom Wesen des Gelehrten an: eben das Lernen sollte man lernen; Schleiermacher bekämpfte die auftauchende Absicht, Specialschulen einzurichten: denn wer den Zusammenhang der Wissenschaften, deren Ausgleichung mit der Erfahrung er für möglich hielt, zerreiße, werde bald empfinden, daß Unterdrückung der höchsten freisten Bildung die Folge sei.

Alles blieb unbestimmt und schwankend, bis Wilhelm von Humboldt, von seiner Gesandtschaft in Rom zurückkommend, von dem nach Steins Abgange gebildeten Ministerium an die Spitze der Sektion für den öffentlichen Unterricht gestellt wurde.

Stein war zu sehr mit den großen Fragen der inneren Politik und den Bedrängnissen der Finanzen beschäftigt gewesen, als daß er der Idee einer neuen Lehranstalt eine nachhaltige Aufmerksamkeit gewidmet hätte. Für diese Sache gehörte ein Mann, der, von der Politik berührt, doch zugleich einen eigenthümlichen wissenschaftlichen Geist in sich nährte. Ein solcher war der neueintretende Sektionschef Humboldt. Wir werden noch auf seine staatsmännische Thätigkeit zu reden kommen, die einige Jahre später in die großen Geschäfte sehr wirksam eingegriffen hat. Aber zugleich war er ein Gelehrter, der sich die umfassendsten Lebensaufgaben in Bezug auf seine Studien stellte. Er bewegte sich auf den Höhen des geistigen Lebens, wo sich Kunst und Literatur berühren; seine Bildung gehörte der Epoche an, welche der deutschen Cultur überhaupt eine neue Farbe und selbst einen neuen Inhalt gab. Er verband Schwung und Methode. Seine

Sinnesweise erhellt aus dem Plan, der Sektion des Unterrichtes eine wissenschaftliche Deputation beizugeben, welche der Verwaltung, die durch die laufenden Geschäfte zerstreut werde, unverrückt die Zwecke der allgemeinen Bildung, auf die ihre Thätigkeit sich bezieht, in Erinnerung halten soll, — der Bildung, die zur Erreichung des höchsten allgemein Menschlichen führt, und deren Förderung der Zweck des öffentlichen Unterrichtes ist [1]. In dem Streit über die Errichtung einer Lehranstalt oder einer Universität hatte er sich vorlängst für die letzte Form ausgesprochen. Er unterschied den Beruf der Akademie zur Förderung der Wissenschaften an sich von dem Berufe der Universität zu unmittelbarer Lehrthätigkeit; er wollte sie vereinigen, aber nicht verschmelzen. Auf diese Vorschläge gingen die damaligen Staatsminister ein. Von Altenstein, der damals die Finanzen verwaltete, versteht es sich gleichsam von selbst, da er diese Ideen fast zuerst systematisch durchdacht und ausgeführt hatte; er rühmte in Humboldt besonders die Reinheit jener Bestrebungen. Von dem Minister des Innern, Grafen Dohna-Schlobitten weiß man, daß er schon in seinen früheren Verhältnissen großen Werth auf die Hebung des Unterrichtswesens gelegt hatte. Obgleich damals die Möglichkeit und das Bedürfniß einer allgemeinen antifranzösischen Erhebung die Gemüther erfüllte, so entschlossen sich die drei Minister (Beyme, Dohna, Altenstein) dennoch, das Gutachten zu unterstützen, welches Humboldt über die Stiftung der Universität eingab. Es ist am 10. Juli 1809 abgefaßt, am 24. überreicht worden. Humboldt bringt die Errichtung einer Universität in aller Form in Antrag: denn der alte Name der Universität zugleich mit dem Recht, akademische Würden zu verleihen, gehöre dazu, um Zöglinge aus der Fremde heranzuziehen, und der Welt einen Begriff von dem zu geben, was sie zu erwarten habe. Er gedenkt der anderen Versuche, dem Staate eine neue Gestalt zu geben; unter den Entwürfen, die dazu gemacht wurden, habe besonders

1) W. von Humboldts Ges. W. V, S. 333. Ideen zu einer Instruktion für die wissenschaftliche Deputation bei der Sektion des öffentlichen Unterrichts.

die Absicht, eine Universität zu errichten, dem preußischen Staate allgemeines Vertrauen erworben; in Zeiten, wo fremde Gebieter und eine fremde Sprache in Deutschland herrschen, werde dadurch der deutschen Wissenschaft eine kaum gehoffte Freistatt eröffnet [1]). Auffallend ist es doch, daß eben in der Zeit, in welcher man in dem Königreich Westfalen Universitäten aufhob, und selbst die Kapitalien, auf die sie gegründet waren, zu Staatszwecken verwendete, so daß nur noch eine Rente davon übrig blieb —, unser Johann von Müller sträubte sich vergeblich dagegen —, daß in derselben Zeit der König von Preußen sich entschloß, eine neue große Universität zu gründen, zu der er die bei dem damaligen Geldwerth sehr bedeutende Summe von 150,000 Thalern des Jahres bestimmte. Johann Müller hat dort gesagt, die Ausschmückung eines königlichen Palais koste so viel wie der Zuschuß zu den Universitäten [2]); in Berlin wurde ein großes fürstliches Palais, vielleicht das schönste von allen, in dem wohlgelegensten Theile der Stadt, der neuen Universität zum Geschenke gemacht. Auch von den übrigen deutschen Hochschulen waren die meisten in einem Zustande des Verfalles oder des innern Streites, der einen solchen ankündigte; es war ein großartiger Akt, daß inmitten des allgemeinen Unglücks der preußische Staat dieses neue Institut schuf, welches von Anfang an dazu bestimmt wurde, das bedeutendste und glänzendste in Europa zu werden: denn auch die französischen Bildungsanstalten waren den militärisch-revolutionären Antrieben verfallen. Hier sollte der Wissenschaft an sich ein Asyl eröffnet werden. Die Kabinetsordre, welche die neue Stiftung begründet hat, ist vom 16. August 1809. Die Durchführung hatte noch mancherlei Schwierigkeiten; aber sie war in die rechten Hände gelegt: Humboldt hat sich mit gutem Grunde das Verdienst zugeschrieben, daß die Sache ohne ihn nicht zu Stande gekommen wäre. Im Herbst des

1) Vergl. Köpke, die Gründung der Friedrich-Wilhelmsuniversität zu Berlin, S. 189 flg.

2) Mémoires du Roi Jérôme. III, 338.

Jahres 1810 war es so weit, daß die Universität mit den trefflichsten Lehrkräften ausgestattet eröffnet werden konnte.

Zu derselben Zeit aber war nun der Staat in die schwersten Agonien, die selbst seine Existenz gefährdeten, gerathen. Das Verhältniß zu Frankreich beruhte auf der Zahlung der Kontribution in monatlichen Raten zu vier Millionen. Vom November 1808 bis April 1809 waren diese Zahlungen wirklich geleistet worden. Dann aber, bei dem Beginne der Bewegungen, welche der österreichisch-französische Krieg veranlaßte, fand es die preußische Regierung unthunlich, damit fortzufahren, und beantragte eine Herabsetzung der monatlichen Zahlung auf 2 Millionen: denn nichts sei unversucht geblieben, um die geforderten Summen aufzubringen; das königliche Silbergeräth, selbst die alten Ersparnisse seien dazu verwendet worden; die Zahlungsmittel des Landes seien erschöpft; man habe den Versuch gemacht, eine Anleihe in Holland aufzubringen, aber dort habe eine andere, für innere Bedürfnisse erforderliche Anleihe das Zustandekommen der preußischen unmöglich gemacht. Die fernere Zahlung der vollen Summe an Frankreich erklärte man für eine Unmöglichkeit, bis eine auswärtige Anleihe wirklich zu Stande gekommen sei; den Vertrag vom 8. September 1808 würde der König nie unterschrieben haben, wenn er nicht durch Napoleon und dessen Minister versichert worden wäre, daß man nicht denke, das Unmögliche zu fordern; der Friede von Tilsit werde illusorisch, wenn man die Evacuation des preußischen Gebietes, inbegriffen die Festungen, an seine Bedingung knüpfe, deren Erfüllung unmöglich bleibe[1]).

Champagny nahm die Vorstellungen, die ihm während des österreichischen Krieges gemacht wurden, mit dem größten Mißtrauen auf; er ließ bemerken: die Anleihe in Holland werde doch, wenn sie gelinge, von Preußen nur für die Armee und andere Ausgaben, die er als unnütz bezeichnete, verwendet werden. Mit

1) Je ne penserai jamais que Napoléon ait voulu rendre illusoire le traité solennel, conclu à Tilsit, en faisant dépendre la restitution de mes États d'une condition complétement impossible.

den pekuniären Interessen verband sich auf beiden Seiten auch ein politisch-militärisches. Wenn die preußische Regierung im September 1809 die Wiederaufnahme der Zahlungen in monatlichen Raten von nur Einer Million beantragte, so ließ sich doch nicht hoffen, daß dies bewilligt werden würde. Es schien nicht anders, als daß Napoleon die Einstellung der Zahlungen zum Motiv offner Feindseligkeiten gebrauchen werde, wie dies der König immer vorausgesetzt hatte. Er war unzufrieden mit dem, was sein Ministerium gethan, selbst mit dem, was er ihm nachgegeben hatte, und voll Besorgniß für die Zukunft.

Die trüben Gedanken, die hiebei in Friedrich Wilhelm erwachten, seine tiefe Verstimmung erkennt man aus dem Entwurf eines Schreibens an Goltz, das nach seinen Anweisungen aufgesetzt wurde, und hauptsächlich aus den Randbemerkungen, die er demselben hinzufügte. Der Waffenstillstand war geschlossen, doch der Krieg blieb in Aussicht. Knesebeck hatte eine Vereinigung militärischer Streitkräfte in Schlesien angerathen, der König jedoch eine solche abgelehnt; hierauf lief von Goltz eine Abmahnung gegen alle halben Maßregeln ein. Der König bemerkte dagegen, wie gefährlich alle verfrühten Maßregeln sein würden. Was er schreibt, ist wie eine Art Monolog inmitten der von allen Seiten drohenden Gefahren. Er spricht die Besorgniß aus, auch in Bezug auf die Mission von Steigentesch, daß er compromittirt werden solle, zugleich aber auch seine Empfindlichkeit darüber, daß er auf den oben erwähnten Brief an Kaiser Franz keine Antwort erhalten habe. Ansammlung von Truppen würde eine große Unvorsichtigkeit sein. „Wenn der Kampf wieder beginnt, so wird Oesterreich nicht zu unserer Hülfe herbeikommen, sondern es wird Hülfe von uns erwarten [1])". Seit dem Frieden von Tilsit, sagt der König, sei seine Idee immer dahin gegangen, eine intime Allianz mit Rußland und Oesterreich aufrecht zu

1) Si la lutte recommence, ce ne sera pas l'Autriche qui viendra à notre secours, elle aura assez de besogne elle-même; ce n'est donc au contraire que de nous que l'Autriche en attend.

halten, indem man alle mögliche Zuvorkommenheit gegen Frankreich beweise, zugleich jedoch die bewaffnete Macht herstelle, um mit derselben dem Interesse gemäß dem einen oder dem anderen dieser beiden Reiche beizutreten; das Gewicht, das er in die Wagschale legen könne, werde nur als accessorisch erscheinen, aber doch nicht ohne Bedeutung sein; die Mission Knesebecks nach Oesterreich habe er nur auf den Antrag aller seiner Minister genehmigt; er habe sie aber immer für unklug und höchst gefährlich gehalten. In dem Entwurf war geschrieben worden, der König erwarte von dem Ehrgefühl und der Einsicht Knesebecks, daß er nichts abgeschlossen haben werde, was ihn bedauern machen könne, demselben seine Vollmacht gegeben zu haben. An dieser Stelle schrieb der König an den Rand: „Ich wünsche das, aber ich bezweifle es [1])". Knesebeck gehörte seiner Gesinnung nach eben den ministeriellen Kreisen an, aus welchen der König kriegerische Rathschläge empfing. Friedrich Wilhelm besorgte, daß bei denselben Unbesonnenheiten und Uebertreibungen zu Grunde lägen. Sehr unerwartet ist, daß er Knesebeck als fanatisirt bezeichnet, das heißt ihn zu denen zählt, welche von den volksthümlichen Regungen selbst ergriffen seien.

Der politische Gedanke des Königs war immer gewesen, vor Allem die militärische Organisation auszuführen und alsdann eine Partei zu ergreifen.

Dieser Gedanke erwachte jetzt bei der Unentschiedenheit des österreichisch-französischen Kampfes in voller Stärke; der König tadelte das Verhalten seiner Minister, welche Frankreich verlassen und sich Oesterreich allzu sehr genähert hätten, selbst das seiner Gesandten in Rußland: sie hätten die Garantie des gegenwärtigen Besitzstandes von Preußen öfter in Anregung bringen sollen; aber Schladen und Schöler seien beide so sehr für den Krieg enthusiasmirt, daß sie am russischen Hofe ihren Credit eingebüßt hätten; auch eine volle Hingebung an Napoleon würde denselben jetzt doch von der Aufrichtigkeit Preußens nicht mehr über-

1) Je le désire, mais j'en doute.

zeugen [1]). Der König will Alles halten, was Knesebeck verspreche. Aber wenn Oesterreich die preußische Allianz nicht hoch genug anschlägt, wenn es seinen Frieden schließt, so will er auf sein früheres System zurückkommen. Wie aber, wenn Napoleon dabei blieb, die Abtragung der Kontribution in den versprochenen Raten zu verlangen, und zu neuen Gewaltsamkeiten schritt? Der König hielt für möglich, daß der französische Kaiser seine Truppen in die Provinzen vorrücken lassen oder gar das Land zerstückeln werde: er war entschlossen, das nicht zu dulden; dann, ruft er aus, müssen wir uns zu einem Kampf auf Leben und Tod rüsten und unsre Seele Gott befehlen. Der Abschluß des Wiener Friedens konnte ihm nicht durchaus unangenehm sein: denn noch hätte er für den Krieg nicht auf Rußland zählen dürfen, und seine Rüstungen waren nicht so weit gediehen, um einen Angriff der Franzosen mit einiger Zuversicht bestehen zu können. Dagegen bedauerte Goltz, daß es nicht zu eigentlicher Theilnahme Preußens am Kriege gekommen sei; denn die Ungewißheit des politischen Systems, die brausende Gährung der Menge führe doch nur die größten Schwierigkeiten herbei. Er fürchtete, Napoleon werde durch die Widersprüche in dem Verhalten Preußens aufgereizt, eine preußische Provinz verlangen. In der Mark und Schlesien müsse man sich zum Widerstand dagegen fertig machen. Wie wir eben sahen, der König selbst erwartete dies, und war in einem solchen Falle zum Aeußersten entschlossen. Vor allem Weiteren war es doch nothwendig, sich über die Absichten Napoleons zu unterrichten. Noch einmal schickte der König den bewährten Krusemarck nach Paris, um, wie die Worte seiner Instruktion [2]) lauten, mit den Freundschaftsbezeugungen und dem Glückwunsch für den beendigten Feldzug Vorstellungen über eine Erleichterung in der Zahlung der Kontributionen zu verbinden. Krusemarck kam am 1. November in Paris an und hatte am 5. seine erste Audienz bei Napoleon

1) Il trouverait peut-être dans nos relations avec la Russie une sorte de gêne pour ses desseins contre cette puissance; der König: Il n'y aurait pas de mal à cela.

2) 18. Oktober 1809.

in Fontainebleau. Die Umstände lagen damals doch nicht so, daß eine unmittelbare Feindseligkeit gegen Preußen zu befürchten gewesen wäre. Napoleon war mit den Vorbereitungen zu einem neuen Feldzug in Spanien beschäftigt, zu dem ihm nun der Friede mit Oesterreich Kräfte, die er dazu verwenden konnte, und Zeit ließ.

Zugleich traten noch andere Angelegenheiten von größtem Belang in den Gesichtskreis. Inmitten des österreichischen Feldzuges hatte Napoleon seine Ansprüche auf ein allgemeines Kaiserthum, welches auch Rom umfassen müsse, ausgesprochen. Aber er war darüber in feindselige Verwickelungen mit dem römischen Stuhle gerathen, die für beide Theile unerträglich waren. In dem Moment der Schlacht von Wagram wurde der Papst Pius VII. aus Rom weggeführt: ein Bruch mit dem eben zu hohem Ansehn wiederhergestellten Oberhaupt der Kirche, der in Frankreich nicht ohne alle Wirkung bleiben konnte, zumal da die Gemüther, auch noch unabhängig hievon, von Gährungen ergriffen waren.

Aus dieser Rücksicht hatte Napoleon die Idee gefaßt, dem Throne, den er aufrichtete, eine Sicherheit auf immer durch eine neue Vermählung, die ihm einen Thronerben verschaffen sollte, zu verleihen. Ueberdies aber: der Friede von Wien hatte in Rußland eine unangenehme Rückwirkung hervorgerufen. Man schlug in St. Petersburg die Vergrößerung, die Rußland selbst darin davongetragen hatte, nicht hoch an; das größte Mißfallen aber erregte es, daß das Herzogthum Warschau mit zwei Millionen Einwohnern verstärkt worden war, was um so mehr zu bedeuten hatte, da das Gefühl der polnischen Nationalität in dem Kriege wieder erweckt worden war.

Unter diesen Umständen konnte es nicht im Sinne Napoleons liegen, Feindseligkeiten gegen Preußen auszuüben; allein von seinen Forderungen stand er darum nicht ab. Die Audienz Krusemarcks war ziemlich stürmisch: Napoleon beschwerte sich über die Unternehmung von Schill, über den Prinzen von

Oranien, der eine Verbindung Preußens mit Oesterreich zu vermitteln bemüht gewesen war, und über die in Preußen gegen ihn herrschende feindselige Stimmung. Aber er versicherte, er werde deshalb Preußen nicht mit Krieg überziehen; er brauche seine Truppen anderweit und wolle nicht mit Rußland in Zwist gerathen [1]). Er erklärte sich bereit, neue Vorschläge zu einem Arrangement, die ihm der preußische Hof in Betreff der Zahlungen machen werde, entgegenzunehmen. In der Antwort, die Krusemarck zurückbrachte, ist von der administrativen Reorganisation Preußens die Rede, welche dem König allein Credit verleihen würde. Napoleon bittet denselben zugleich, Niemandem Gehör zu schenken, der ihn über seine Gesinnungen beunruhigen wolle.

Diese friedlichen Erklärungen Napoleons haben ohne Zweifel dazu beigetragen, den König in dem Entschluß zur Rückkehr nach seiner Hauptstadt zu bestärken: denn eine unmittelbare Gefahr war nun für die Mark nicht mehr zu befürchten.

Am 23. Dezember hielt Friedrich Wilhelm III. seinen Einzug in Berlin, unter einer Theilnahme der Population, welche das patriarchalische Verhältniß des alten Königthums kennzeichnet. Er erschien in der That wie der Hausvater in seiner Familie; was ihn am meisten freute, war die musterhafte Ordnung, die bei alle dem herzlichen Enthusiasmus, der ihn empfing, beobachtet worden war. Der Hof wurde wieder in der alten Weise eingerichtet, der erste fremde Gesandte, den der König sah, war der französische. Brockhausen war von Paris abberufen, und Krusemarck, nunmehr General, mit einem zweiten Schreiben des Königs an Napoleon geschickt worden. Als Ursache der herrschenden Gährung bezeichnet der König in demselben die große Anzahl von Offizieren und Soldaten, die er habe entlassen müssen, das Elend und die Verzweiflung dieser Leute, und die Unzufriedenheit der Unterthanen über die Drangsale, mit denen man sie heimsuche: er habe sie mit Strenge, aber Mäßigung im Zaume gehalten; an

1) Je ne ferai pas la guerre à la Prusse, parce que j'ai besoin de mes troupes ailleurs et que je ne veux pas me brouiller avec la Russie.

dem System der Allianz mit Frankreich halte er fest. Er verspricht in Bezug auf die noch obwaltenden Schwierigkeiten Alles zu thun, was menschenmöglich sei, um den Erwartungen Napoleons zu genügen.

Von maßgebender Wichtigkeit für die Haltung Friedrich Wilhelms war auch jetzt sein Verhältniß zu Alexander. Wohl eingedenk der in Petersburg gepflogenen Unterhandlungen und Gespräche hatte Alexander versichert, er habe Oesterreich so wenig Schaden gethan als möglich. Dem König hatte er schon immer den Rath gegeben, er solle nach Berlin zurückkehren, jede Bewegung ersticken und sich ganz an Frankreich anschließen. Schöler sagte, der König mache einen Unterschied zwischen einem französischen und einem französisch-russischen System; Alexander erwiderte, die Unterscheidung möge er in seinem Herzen machen, aber öffentlich sich so verhalten, als beobachte er ein rein französisches System.

Der schwierigste Punkt in dem Verhältniß zu Frankreich war und blieb die Zahlung der Kontributionen. Napoleon sprach sich darüber eines Tages gegen Krusemarck nicht allein mit Entschiedenheit, sondern mit Härte aus: Preußen schließe Verträge, aber wolle sie nur durch Phrasen erfüllen; könne man nicht zahlen, so dürfe man auch nicht unterzeichnen; unterzeichne man aber, so müsse man auch zahlen; ohne befriedigt zu sein, werde er seine Soldaten aus den Festungen nicht zurückziehen; er müsse vielmehr die verbündeten Truppen in den preußischen Festungen durch französische ersetzen und 30,000 Mann nach Magdeburg schicken. Als ein Motiv des Drohens erscheint doch wieder die preußische Armee, auch in dem damaligen Verhältniß ihrer Zahl. „Wozu, sagte Napoleon, 40,000 Mann? 6000 Mann Garde werden genügen". Durch diese und andere Ersparnisse werde Preußen in den Stand kommen, seine Verpflichtungen zu erfüllen. Ohne zurückzuhalten, fügte Napoleon hinzu: „Wenn der König mich nicht bezahlen kann, so mag er mir eine Provinz abtreten, wo nicht die Domänen" [1]).

1) Si le Roi ne peut pas me payer, qu'il me cède une province; si cela ne lui convient pas, qu'il me donne les domaines.

Noch glaubte man auf beiden Seiten, in der holländischen Anleihe eine Auskunft zu finden. Champagny forderte, daß die gesammte durch die Anleihe zu erlangende Geldsumme an Frankreich überwiesen werden solle, nicht successive, sondern mit Einem Male; es sei Preußens Sache, auf seine Kosten die Obligationen der Banquiers zu escomptiren; für den Rest könne sich der Kaiser zu Erleichterungen herbeilassen, die aber nur die Termine, nie die Summen selbst betreffen würden. Am 15. Februar 1810 hatte Krusemarck eine längere Unterredung mit Champagny hierüber. Er ersuchte ihn, selbst ein Auskunftsmittel vorzuschlagen: Preußen werde alles annehmen, was mit der Erhaltung des Staates vereinbar sei. Der französische Minister erwiderte, er habe dazu keinen Auftrag, äußerte aber vertraulich als seinen eigenen Gedanken, daß die Differenz sich nicht ohne eine territoriale Abtretung werde schlichten lassen; dem Kaiser wäre baares Geld lieber, aber er wünsche mit der Sache zu Ende zu kommen. Dem Verdacht, den Krusemarck äußerte, als sei es auf einen Theil der Mark, wohl gar die Hauptstadt selbst abgesehen, widersprach Champagny: die Absicht sei nicht, den König seiner Hauptstadt zu berauben. Aber er deutete an, daß dem Kaiser ein Stück von Schlesien convenire; — alles unter der Versicherung, daß er keinen Auftrag zu einem solchen Vorschlag habe, — für Preußen biete das selbst eine wünschenswerthe Auskunft in seiner so unglücklichen Lage dar. „So lange es dabei bleibt", sagte er, „seid ihr mit einer Schuld, die ihr nicht bezahlen könnt, gepeinigt; eure Festungen werden durch fremde Truppen besetzt bleiben, sodaß der König nicht mehr Herr in seinem Hause ist" [1]). Er wiederholte: dem Kaiser liege nichts an der Abtretung. Und es ist gewiß, daß sich einige Bedenken dagegen regten; die Aktenstücke zeugen von einem auffallenden Schwanken Napoleons in seinen Entschlüssen.

1) La situation de la Prusse est la plus mauvaise possible; tant qu'elle restera telle, vous serez tourmentés par une dette que vous ne pouvez payer, vos forteresses resteront occupées par des troupes étrangères, et le Roi ne sera plus le maître chez lui.

Schon war ein Schreiben unter dem 6. Februar an den französischen Gesandten Marsan in Berlin entworfen, nach welchem dieser angewiesen ward, die Souveränetät von Glogau und einen Theil von Schlesien zu verlangen. Ein Paar Tage darauf wurde Champagny angewiesen, diese Stelle in der Instruktion zu streichen. Marsan sollte nur mündlich bemerken: wenn man nicht zahlen könne, so solle man eine Provinz abtreten. Auch Champagny sollte dieselben Forderungen gegen Krusemarck nur mündlich äußern.

Am 27. Februar erhielt Krusemarck eine auf den 22. zurückdatirte Note, worin es wörtlich heißt; wenn Preußen seine Verpflichtungen nicht erfüllt habe, während des österreichischen Krieges, so liege das nur daran, daß es sie nicht habe erfüllen wollen. Napoleon forderte peremtorisch Zahlung von vier Millionen Franken alle Monat (vom 1. Januar 1810 ab) und Ueberlassung des holländischen Anlehens von 38 Millionen, wenn es zu Stande komme[1]). Champagny versicherte, daß dieser Beschluß unerschütterlich sei. Krusemarck machte ihn aufmerksam, Zwangsmaßregeln anzuwenden würde nur dazu dienen, den Credit von Preußen vollends zu Grunde zu richten.

Aber auf die Anfrage des dänischen Gesandten, was die Verstärkung der französischen Truppen in Norddeutschland bedeute, ist doch aus Paris die Antwort gegeben worden, man wolle Preußen zwingen, seine Verpflichtungen zu erfüllen. Die Prinzessin von Thurn und Taxis überreichte dem Kaiser einen Brief ihrer jüngern Schwester, der Königin von Preußen, und ließ dabei einige Worte über die unglückselige Lage Preußens fallen. Diese äußerste Annäherung der Königin erwiderte Napoleon gereizt und unumwunden: „Wenn der König nicht zahlen kann, so bleibt ihm

1) Sa Majesté Impériale et Royale me charge de demander que la Prusse affecte au payement de sa dette, en y comprenant les 22 millions de lettres de change protestées depuis la déclaration de guerre de l'Autriche 1° pendant la présente année 1810 et à compter du 1er janvier, quatre millions chaque mois; 2° les 38 millions de l'emprunt de Hollande, si toutefois cet emprunt peut se réaliser.

nichts übrig, als mir Schlesien abzutreten [1])". Krusemarck schrieb dem König: Niemand wisse besser als der Kaiser, daß der König in der physischen Unmöglichkeit sei, seine Verpflichtungen in Bezug auf die Kontribution zu erfüllen; wenn er trotz Allem, was bei dem letzten Abschluß vorgekommen, auf strikter Erfüllung derselben bestehe, so solle das nur dahin führen, daß ihm eine Abtretung in Schlesien angetragen werde; aber selbst wenn der König auf eine solche Anforderung einginge, so würde er gegen fernere Prätentionen Napoleons nicht gesichert sein; schon rege sich die Besorgniß, daß es zu einem Bruche mit Rußland kommen dürfte; für einen solchen Fall setze Napoleon voraus, daß Preußen gemeinschaftliche Sache mit Rußland machen werde; aus diesem Grunde fordere Napoleon die Entwaffnung Preußens. Und gewiß durfte Preußen die Rückgabe der Festungen an der Oder vor dem allgemeinen Frieden nicht erwarten. Krusemarck rieth, Kalckreuth nach Paris zu schicken, weil dieser den Kaiser wahrscheinlich öfter sehen werde und dann mehr erfahren könne, als sich aus einer einzigen Audienz abnehmen lasse. Die preußischen Minister waren in diesem Augenblick so gut wie entschlossen, auf die letzten französischen Vorschläge einzugehen.

Die Politik des Grafen Goltz schwankte zwischen zwei Extremen: er hatte zu einer Allianz mit Oesterreich vorwärts getrieben und die allgemeine Agitation in diese Bahn zu leiten gedacht. Da aber hiebei Preußen sich compromittirt hatte, während Oesterreich zu einem einseitigen Frieden gezwungen wurde, so war nun Goltz, der jetzt einen Bruch mit Napoleon über Alles fürchtete, um demselben zu entgehen, dazu entschlossen, dessen Forderungen zu bewilligen. Und so weit waren die finanziellen Verlegenheiten und die Besorgnisse gestiegen, daß die übrigen Minister ihm beistimmten. So viel man sieht, war es besonders Beyme, der den Anstoß gab. Sie vereinigten sich am 12. März 1810 nach reiflicher Erwägung zu einem Gutachten, welches diese Unterwerfung in sich schloß. Sie gehen darin von der

1) Si le roi ne peut pas payer, il n'a qu'à me céder la Silésie.

Idee aus, daß die Existenz von Preußen nur durch die engste Verbindung mit Frankreich gerettet werden könne; diese aber hänge von der Zahlung der Kontribution ab, welche für den Staat eine Unmöglichkeit sei; wenn nun von französischer Seite, um die Sache auszugleichen, eine territoriale Abtretung gefordert werde, so lasse sich nicht einsehen, wie man diesen Anspruch zurückweisen könne; Preußen habe weder in sich selbst noch durch seine Allianzen die Mittel, sich einer solchen Intention zu widersetzen; Rußland werde nicht helfen wollen; wenn es wolle, es nicht können. Sie betrachten die Nothwendigkeit einer Cession als so unbedingt, daß sie nur darüber zu Rathe gehen, wie es zu bewirken sei, daß der Werth einer solchen den Betrag der rückständigen Forderung nicht viel übersteige — sie sagen nicht viel, —: denn die Lage der Dinge sei so beschaffen, daß ein gewisses Uebersteigen unmöglich zu verhüten wäre, und Alles müsse geschehen, um eine intime Allianz mit Frankreich und dessen Verbündeten herbeizuführen [1]).

1) Vergl. den Auszug aus dieser Denkschrift bei Duncker, Aus der Zeit Friedrichs des Großen und Friedrich Wilhelms III., S. 315. Die Grundlage derselben stammt von Beyme, in dessen Gutachten es wörtlich heißt: „Besorgniß, daß Napoleon jetzt nicht sowohl Geld, als Land haben wolle. Eine Territorial-Cession, die das Mittel würde, die engste Verbindung zwischen Frankreich und Preußen zu begründen, wäre zu verantworten. Unter keiner andern Bedingung wäre sie zu rathen. Um jene Besorgniß zu ergründen, und im Fall sie bestätigt gefunden würde, diese Vereinigung zu schließen, ist die Sendung eines Mannes von gründlicher Kenntniß der Lage mit vollkommner Vollmacht der Dinge nöthig".

Fünfzehntes Capitel.

Wiedereintritt Hardenbergs.

Ein stärkerer Gegensatz läßt sich kaum denken, als der war, den die politischen Zustände von Preußen in diesem Moment darbieten: auf der einen Seite das Bestreben, alle Kräfte zum Widerstand gegen die französische Uebermacht auf eine noch nie vorgekommene Weise zusammenzunehmen; die wichtigsten Reformen in dieser Hinsicht angebahnt und bereits im Gange; grade damals auch die Gründung einer Universität beschlossen, in der sich der deutsche wissenschaftliche Geist dem Einfluß der Franzosen recht eigentlich widersetzen sollte; — und nun auf der andern Seite: die Gefahr, einen Theil des Gebietes zu verlieren, und zugleich an einen übermächtigen Gegner durch eine ihm unterwürfige Politik gefesselt zu werden. Was man früher in jeder Krisis dieser Art vermieden hatte, ein Bündniß mit Frankreich, wurde in Aussicht gestellt, dessen Spitze sich auch gegen Rußland richten konnte: denn gegen alle und jeden sollte es geschlossen werden, Niemand ausgenommen. Eine Mission nach Paris, welche sich Graf Goltz, wenngleich ungern, zu übernehmen bereit erklärte, sollte dazu dienen, um in Erfahrung zu bringen, ob die Allianz mit Napoleon auf keine andere Weise zu erlangen sei. Sollte die Verbindung durch Zahlungsmodalitäten, Ministerialveränderung, Armeereduktion sich erreichen lassen, so würde das vorzuziehen sein[1]; wenn aber die Territorial-Cession das einzige Mittel

[1] Aus dem Gutachten von Beyme.

Idee aus, daß die Existenz von Preußen nur durch die engste Verbindung mit Frankreich gerettet werden könne; diese aber hänge von der Zahlung der Kontribution ab, welche für den Staat eine Unmöglichkeit sei; wenn nun von französischer Seite, um die Sache auszugleichen, eine territoriale Abtretung gefordert werde, so lasse sich nicht einsehen, wie man diesen Anspruch zurückweisen könne; Preußen habe weder in sich selbst noch durch seine Allianzen die Mittel, sich einer solchen Intention zu widersetzen; Rußland werde nicht helfen wollen; wenn es wolle, es nicht können. Sie betrachten die Nothwendigkeit einer Cession als so unbedingt, daß sie nur darüber zu Rathe gehen, wie es zu bewirken sei, daß der Werth einer solchen den Betrag der rückständigen Forderung nicht viel übersteige — sie sagen nicht viel, —: denn die Lage der Dinge sei so beschaffen, daß ein gewisses Uebersteigen unmöglich zu verhüten wäre, und Alles müsse geschehen, um eine intime Allianz mit Frankreich und dessen Verbündeten herbeizuführen [1]).

1) Vergl. den Auszug aus dieser Denkschrift bei Duncker, Aus der Zeit Friedrichs des Großen und Friedrich Wilhelms III., S. 315. Die Grundlage derselben stammt von Beyme, in dessen Gutachten es wörtlich heißt: „Besorgniß, daß Napoleon jetzt nicht sowohl Geld, als Land haben wolle. Eine Territorial-Cession, die das Mittel würde, die engste Verbindung zwischen Frankreich und Preußen zu begründen, wäre zu verantworten. Unter keiner andern Bedingung wäre sie zu rathen. Um jene Besorgniß zu ergründen, und im Fall sie bestätigt gefunden würde, diese Vereinigung zu schließen, ist die Sendung eines Mannes von gründlicher Kenntniß der Lage mit vollkommner Vollmacht der Dinge nöthig".

Fünfzehntes Capitel.

Wiedereintritt Hardenbergs.

Ein stärkerer Gegensatz läßt sich kaum denken, als der war, den die politischen Zustände von Preußen in diesem Moment darbieten: auf der einen Seite das Bestreben, alle Kräfte zum Widerstand gegen die französische Uebermacht auf eine noch nie vorgekommene Weise zusammenzunehmen; die wichtigsten Reformen in dieser Hinsicht angebahnt und bereits im Gange; grade damals auch die Gründung einer Universität beschlossen, in der sich der deutsche wissenschaftliche Geist dem Einfluß der Franzosen recht eigentlich widersetzen sollte; — und nun auf der andern Seite: die Gefahr, einen Theil des Gebietes zu verlieren, und zugleich an einen übermächtigen Gegner durch eine ihm unterwürfige Politik gefesselt zu werden. Was man früher in jeder Krisis dieser Art vermieden hatte, ein Bündniß mit Frankreich, wurde in Aussicht gestellt, dessen Spitze sich auch gegen Rußland richten konnte: denn gegen alle und jeden sollte es geschlossen werden, Niemand ausgenommen. Eine Mission nach Paris, welche sich Graf Goltz, wenngleich ungern, zu übernehmen bereit erklärte, sollte dazu dienen, um in Erfahrung zu bringen, ob die Allianz mit Napoleon auf keine andere Weise zu erlangen sei. Sollte die Verbindung durch Zahlungsmodalitäten, Ministerialveränderung, Armeereduktion sich erreichen lassen, so würde das vorzuziehen sein[1]; wenn aber die Territorial-Cession das einzige Mittel

1) Aus dem Gutachten von Beyme.

halten, indem man alle mögliche Zuvorkommenheit gegen Frankreich beweise, zugleich jedoch die bewaffnete Macht herstelle, um mit derselben dem Interesse gemäß dem einen oder dem anderen dieser beiden Reiche beizutreten; das Gewicht, das er in die Wagschale legen könne, werde nur als accessorisch erscheinen, aber doch nicht ohne Bedeutung sein; die Mission Knesebecks nach Oesterreich habe er nur auf den Antrag aller seiner Minister genehmigt; er habe sie aber immer für unklug und höchst gefährlich gehalten. In dem Entwurf war geschrieben worden, der König erwarte von dem Ehrgefühl und der Einsicht Knesebecks, daß er nichts abgeschlossen haben werde, was ihn bedauern machen könne, demselben seine Vollmacht gegeben zu haben. An dieser Stelle schrieb der König an den Rand: „Ich wünsche das, aber ich bezweifle es[1]". Knesebeck gehörte seiner Gesinnung nach eben den ministeriellen Kreisen an, aus welchen der König kriegerische Rathschläge empfing. Friedrich Wilhelm besorgte, daß bei denselben Unbesonnenheiten und Uebertreibungen zu Grunde lägen. Sehr unerwartet ist, daß er Knesebeck als fanatisirt bezeichnet, das heißt ihn zu denen zählt, welche von den volksthümlichen Regungen selbst ergriffen seien.

Der politische Gedanke des Königs war immer gewesen, vor Allem die militärische Organisation auszuführen und alsdann eine Partei zu ergreifen.

Dieser Gedanke erwachte jetzt bei der Unentschiedenheit des österreichisch-französischen Kampfes in voller Stärke; der König tadelte das Verhalten seiner Minister, welche Frankreich verlassen und sich Oesterreich allzu sehr genähert hätten, selbst das seiner Gesandten in Rußland: sie hätten die Garantie des gegenwärtigen Besitzstandes von Preußen öfter in Anregung bringen sollen; aber Schladen und Schöler seien beide so sehr für den Krieg enthusiasmirt, daß sie am russischen Hofe ihren Credit eingebüßt hätten; auch eine volle Hingebung an Napoleon würde denselben jetzt doch von der Aufrichtigkeit Preußens nicht mehr über-

1) Je le désire, mais j'en doute.

zeugen [1]). Der König will Alles halten, was Knesebeck verspreche. Aber wenn Oesterreich die preußische Allianz nicht hoch genug anschlägt, wenn es seinen Frieden schließt, so will er auf sein früheres System zurückkommen. Wie aber, wenn Napoleon dabei blieb, die Abtragung der Kontribution in den versprochenen Raten zu verlangen, und zu neuen Gewaltsamkeiten schritt? Der König hielt für möglich, daß der französische Kaiser seine Truppen in die Provinzen vorrücken lassen oder gar das Land zerstückeln werde: er war entschlossen, das nicht zu dulden; dann, ruft er aus, müssen wir uns zu einem Kampf auf Leben und Tod rüsten und unsre Seele Gott befehlen. Der Abschluß des Wiener Friedens konnte ihm nicht durchaus unangenehm sein: denn noch hätte er für den Krieg nicht auf Rußland zählen dürfen, und seine Rüstungen waren nicht so weit gediehen, um einen Angriff der Franzosen mit einiger Zuversicht bestehen zu können. Dagegen bedauerte Goltz, daß es nicht zu eigentlicher Theilnahme Preußens am Kriege gekommen sei; denn die Ungewißheit des politischen Systems, die brausende Gährung der Menge führe doch nur die größten Schwierigkeiten herbei. Er fürchtete, Napoleon werde durch die Widersprüche in dem Verhalten Preußens aufgereizt, eine preußische Provinz verlangen. In der Mark und Schlesien müsse man sich zum Widerstand dagegen fertig machen. Wie wir eben sahen, der König selbst erwartete dies, und war in einem solchen Falle zum Aeußersten entschlossen. Vor allem Weiteren war es doch nothwendig, sich über die Absichten Napoleons zu unterrichten. Noch einmal schickte der König den bewährten Krusemarck nach Paris, um, wie die Worte seiner Instruktion [2]) lauten, mit den Freundschaftsbezeugungen und dem Glückwunsch für den beendigten Feldzug Vorstellungen über eine Erleichterung in der Zahlung der Kontributionen zu verbinden. Krusemarck kam am 1. November in Paris an und hatte am 5. seine erste Audienz bei Napoleon

1) Il trouverait peut-être dans nos relations avec la Russie une sorte de gêne pour ses desseins contre cette puissance; der König: Il n'y aurait pas de mal à cela.

2) 18. Oktober 1809.

in Fontainebleau. Die Umstände lagen damals doch nicht so, daß eine unmittelbare Feindseligkeit gegen Preußen zu befürchten gewesen wäre. Napoleon war mit den Vorbereitungen zu einem neuen Feldzug in Spanien beschäftigt, zu dem ihm nun der Friede mit Oesterreich Kräfte, die er dazu verwenden konnte, und Zeit ließ.

Zugleich traten noch andere Angelegenheiten von größtem Belang in den Gesichtskreis. Inmitten des österreichischen Feldzuges hatte Napoleon seine Ansprüche auf ein allgemeines Kaiserthum, welches auch Rom umfassen müsse, ausgesprochen. Aber er war darüber in feindselige Verwickelungen mit dem römischen Stuhle gerathen, die für beide Theile unerträglich waren. In dem Moment der Schlacht von Wagram wurde der Papst Pius VII. aus Rom weggeführt: ein Bruch mit dem eben zu hohem Ansehn wiederhergestellten Oberhaupt der Kirche, der in Frankreich nicht ohne alle Wirkung bleiben konnte, zumal da die Gemüther, auch noch unabhängig hievon, von Gährungen ergriffen waren.

Aus dieser Rücksicht hatte Napoleon die Idee gefaßt, dem Throne, den er aufrichtete, eine Sicherheit auf immer durch eine neue Vermählung, die ihm einen Thronerben verschaffen sollte, zu verleihen. Ueberdies aber: der Friede von Wien hatte in Rußland eine unangenehme Rückwirkung hervorgerufen. Man schlug in St. Petersburg die Vergrößerung, die Rußland selbst darin davongetragen hatte, nicht hoch an; das größte Mißfallen aber erregte es, daß das Herzogthum Warschau mit zwei Millionen Einwohnern verstärkt worden war, was um so mehr zu bedeuten hatte, da das Gefühl der polnischen Nationalität in dem Kriege wieder erweckt worden war.

Unter diesen Umständen konnte es nicht im Sinne Napoleons liegen, Feindseligkeiten gegen Preußen auszuüben; allein von seinen Forderungen stand er darum nicht ab. Die Audienz Krusemarcks war ziemlich stürmisch: Napoleon beschwerte sich über die Unternehmung von Schill, über den Prinzen von

Oranien, der eine Verbindung Preußens mit Oesterreich zu vermitteln bemüht gewesen war, und über die in Preußen gegen ihn herrschende feindselige Stimmung. Aber er versicherte, er werde deshalb Preußen nicht mit Krieg überziehen; er brauche seine Truppen anderweit und wolle nicht mit Rußland in Zwist gerathen [1]). Er erklärte sich bereit, neue Vorschläge zu einem Arrangement, die ihm der preußische Hof in Betreff der Zahlungen machen werde, entgegenzunehmen. In der Antwort, die Krusemarck zurückbrachte, ist von der administrativen Reorganisation Preußens die Rede, welche dem König allein Credit verleihen würde. Napoleon bittet denselben zugleich, Niemandem Gehör zu schenken, der ihn über seine Gesinnungen beunruhigen wolle.

Diese friedlichen Erklärungen Napoleons haben ohne Zweifel dazu beigetragen, den König in dem Entschluß zur Rückkehr nach seiner Hauptstadt zu bestärken: denn eine unmittelbare Gefahr war nun für die Mark nicht mehr zu befürchten.

Am 23. Dezember hielt Friedrich Wilhelm III. seinen Einzug in Berlin, unter einer Theilnahme der Population, welche das patriarchalische Verhältniß des alten Königthums kennzeichnet. Er erschien in der That wie der Hausvater in seiner Familie; was ihn am meisten freute, war die musterhafte Ordnung, die bei alle dem herzlichen Enthusiasmus, der ihn empfing, beobachtet worden war. Der Hof wurde wieder in der alten Weise eingerichtet, der erste fremde Gesandte, den der König sah, war der französische. Brockhausen war von Paris abberufen, und Krusemarck, nunmehr General, mit einem zweiten Schreiben des Königs an Napoleon geschickt worden. Als Ursache der herrschenden Gährung bezeichnet der König in demselben die große Anzahl von Offizieren und Soldaten, die er habe entlassen müssen, das Elend und die Verzweiflung dieser Leute, und die Unzufriedenheit der Unterthanen über die Drangsale, mit denen man sie heimsuche: er habe sie mit Strenge, aber Mäßigung im Zaume gehalten; an

1) Je ne ferai pas la guerre à la Prusse, parce que j'ai besoin de mes troupes ailleurs et que je ne veux pas me brouiller avec la Russie.

dem System der Allianz mit Frankreich halte er fest. Er verspricht in Bezug auf die noch obwaltenden Schwierigkeiten Alles zu thun, was menschenmöglich sei, um den Erwartungen Napoleons zu genügen.

Von maßgebender Wichtigkeit für die Haltung Friedrich Wilhelms war auch jetzt sein Verhältniß zu Alexander. Wohl eingedenk der in Petersburg gepflogenen Unterhandlungen und Gespräche hatte Alexander versichert, er habe Oesterreich so wenig Schaden gethan als möglich. Dem König hatte er schon immer den Rath gegeben, er solle nach Berlin zurückkehren, jede Bewegung ersticken und sich ganz an Frankreich anschließen. Schöler sagte, der König mache einen Unterschied zwischen einem französischen und einem französisch-russischen System; Alexander erwiderte, die Unterscheidung möge er in seinem Herzen machen, aber öffentlich sich so verhalten, als beobachte er ein rein französisches System.

Der schwierigste Punkt in dem Verhältniß zu Frankreich war und blieb die Zahlung der Kontributionen. Napoleon sprach sich darüber eines Tages gegen Krusemarck nicht allein mit Entschiedenheit, sondern mit Härte aus: Preußen schließe Verträge, aber wolle sie nur durch Phrasen erfüllen; könne man nicht zahlen, so dürfe man auch nicht unterzeichnen; unterzeichne man aber, so müsse man auch zahlen; ohne befriedigt zu sein, werde er seine Soldaten aus den Festungen nicht zurückziehen; er müsse vielmehr die verbündeten Truppen in den preußischen Festungen durch französische ersetzen und 30,000 Mann nach Magdeburg schicken. Als ein Motiv des Drohens erscheint doch wieder die preußische Armee, auch in dem damaligen Verhältniß ihrer Zahl. „Wozu, sagte Napoleon, 40,000 Mann? 6000 Mann Garde werden genügen". Durch diese und andere Ersparnisse werde Preußen in den Stand kommen, seine Verpflichtungen zu erfüllen. Ohne zurückzuhalten, fügte Napoleon hinzu: „Wenn der König mich nicht bezahlen kann, so mag er mir eine Provinz abtreten, wo nicht die Domänen" [1].

1) Si le Roi ne peut pas me payer, qu'il me cède une province; si cela ne lui convient pas, qu'il me donne les domaines.

Noch glaubte man auf beiden Seiten, in der holländischen Anleihe eine Auskunft zu finden. Champagny forderte, daß die gesammte durch die Anleihe zu erlangende Geldsumme an Frankreich überwiesen werden solle, nicht successive, sondern mit Einem Male; es sei Preußens Sache, auf seine Kosten die Obligationen der Banquiers zu escomptiren; für den Rest könne sich der Kaiser zu Erleichterungen herbeilassen, die aber nur die Termine, nie die Summen selbst betreffen würden. Am 15. Februar 1810 hatte Krusemarck eine längere Unterredung mit Champagny hierüber. Er ersuchte ihn, selbst ein Auskunftsmittel vorzuschlagen: Preußen werde alles annehmen, was mit der Erhaltung des Staates vereinbar sei. Der französische Minister erwiderte, er habe dazu keinen Auftrag, äußerte aber vertraulich als seinen eigenen Gedanken, daß die Differenz sich nicht ohne eine territoriale Abtretung werde schlichten lassen; dem Kaiser wäre baares Geld lieber, aber er wünsche mit der Sache zu Ende zu kommen. Dem Verdacht, den Krusemarck äußerte, als sei es auf einen Theil der Mark, wohl gar die Hauptstadt selbst abgesehen, widersprach Champagny: die Absicht sei nicht, den König seiner Hauptstadt zu berauben. Aber er deutete an, daß dem Kaiser ein Stück von Schlesien convenire; — alles unter der Versicherung, daß er keinen Auftrag zu einem solchen Vorschlag habe, — für Preußen biete das selbst eine wünschenswerthe Auskunft in seiner so unglücklichen Lage dar. „So lange es dabei bleibt", sagte er, „seid ihr mit einer Schuld, die ihr nicht bezahlen könnt, gepeinigt; eure Festungen werden durch fremde Truppen besetzt bleiben, sodaß der König nicht mehr Herr in seinem Hause ist"[1]). Er wiederholte: dem Kaiser liege nichts an der Abtretung. Und es ist gewiß, daß sich einige Bedenken dagegen regten; die Aktenstücke zeugen von einem auffallenden Schwanken Napoleons in seinen Entschlüssen.

1) La situation de la Prusse est la plus mauvaise possible; tant qu'elle restera telle, vous serez tourmentés par une dette que vous ne pouvez payer, vos forteresses resteront occupées par des troupes étrangères, et le Roi ne sera plus le maître chez lui.

Schon war ein Schreiben unter dem 6. Februar an den französischen Gesandten Marsan in Berlin entworfen, nach welchem dieser angewiesen ward, die Souveränetät von Glogau und einen Theil von Schlesien zu verlangen. Ein Paar Tage darauf wurde Champagny angewiesen, diese Stelle in der Instruktion zu streichen. Marsan sollte nur mündlich bemerken: wenn man nicht zahlen könne, so solle man eine Provinz abtreten. Auch Champagny sollte dieselben Forderungen gegen Krusemarck nur mündlich äußern.

Am 27. Februar erhielt Krusemarck eine auf den 22. zurückdatirte Note, worin es wörtlich heißt; wenn Preußen seine Verpflichtungen nicht erfüllt habe, während des österreichischen Krieges, so liege das nur daran, daß es sie nicht habe erfüllen wollen. Napoleon forderte peremtorisch Zahlung von vier Millionen Franken alle Monat (vom 1. Januar 1810 ab) und Ueberlassung des holländischen Anlehens von 38 Millionen, wenn es zu Stande komme[1]). Champagny versicherte, daß dieser Beschluß unerschütterlich sei. Krusemarck machte ihn aufmerksam, Zwangsmaßregeln anzuwenden würde nur dazu dienen, den Credit von Preußen vollends zu Grunde zu richten.

Aber auf die Anfrage des dänischen Gesandten, was die Verstärkung der französischen Truppen in Norddeutschland bedeute, ist doch aus Paris die Antwort gegeben worden, man wolle Preußen zwingen, seine Verpflichtungen zu erfüllen. Die Prinzessin von Thurn und Taxis überreichte dem Kaiser einen Brief ihrer jüngern Schwester, der Königin von Preußen, und ließ dabei einige Worte über die unglückselige Lage Preußens fallen. Diese äußerste Annäherung der Königin erwiderte Napoleon gereizt und unumwunden: „Wenn der König nicht zahlen kann, so bleibt ihm

1) Sa Majesté Impériale et Royale me charge de demander que la Prusse affecte au payement de sa dette, en y comprenant les 22 millions de lettres de change protestées depuis la déclaration de guerre de l'Autriche 1° pendant la présente année 1810 et à compter du 1er janvier, quatre millions chaque mois; 2° les 38 millions de l'emprunt de Hollande, si toutefois cet emprunt peut se réaliser.

nichts übrig, als mir Schlesien abzutreten [1])". Krusemarck schrieb dem König: Niemand wisse besser als der Kaiser, daß der König in der physischen Unmöglichkeit sei, seine Verpflichtungen in Bezug auf die Kontribution zu erfüllen; wenn er trotz Allem, was bei dem letzten Abschluß vorgekommen, auf strikter Erfüllung derselben bestehe, so solle das nur dahin führen, daß ihm eine Abtretung in Schlesien angetragen werde; aber selbst wenn der König auf eine solche Anforderung einginge, so würde er gegen fernere Prätentionen Napoleons nicht gesichert sein; schon rege sich die Besorgniß, daß es zu einem Bruche mit Rußland kommen dürfte; für einen solchen Fall setze Napoleon voraus, daß Preußen gemeinschaftliche Sache mit Rußland machen werde; aus diesem Grunde fordere Napoleon die Entwaffnung Preußens. Und gewiß durfte Preußen die Rückgabe der Festungen an der Oder vor dem allgemeinen Frieden nicht erwarten. Krusemarck rieth, Kalckreuth nach Paris zu schicken, weil dieser den Kaiser wahrscheinlich öfter sehen werde und dann mehr erfahren könne, als sich aus einer einzigen Audienz abnehmen lasse. Die preußischen Minister waren in diesem Augenblick so gut wie entschlossen, auf die letzten französischen Vorschläge einzugehen.

Die Politik des Grafen Goltz schwankte zwischen zwei Extremen: er hatte zu einer Allianz mit Oesterreich vorwärts getrieben und die allgemeine Agitation in diese Bahn zu leiten gedacht. Da aber hiebei Preußen sich compromittirt hatte, während Oesterreich zu einem einseitigen Frieden gezwungen wurde, so war nun Goltz, der jetzt einen Bruch mit Napoleon über Alles fürchtete, um demselben zu entgehen, dazu entschlossen, dessen Forderungen zu bewilligen. Und so weit waren die finanziellen Verlegenheiten und die Besorgnisse gestiegen, daß die übrigen Minister ihm beistimmten. So viel man sieht, war es besonders Beyme, der den Anstoß gab. Sie vereinigten sich am 12. März 1810 nach reiflicher Erwägung zu einem Gutachten, welches diese Unterwerfung in sich schloß. Sie gehen darin von der

1) Si le roi ne peut pas payer, il n'a qu'à me céder la Silésie.

Idee aus, daß die Existenz von Preußen nur durch die engste Verbindung mit Frankreich gerettet werden könne; diese aber hänge von der Zahlung der Kontribution ab, welche für den Staat eine Unmöglichkeit sei; wenn nun von französischer Seite, um die Sache auszugleichen, eine territoriale Abtretung gefordert werde, so lasse sich nicht einsehen, wie man diesen Anspruch zurückweisen könne; Preußen habe weder in sich selbst noch durch seine Allianzen die Mittel, sich einer solchen Intention zu widersetzen; Rußland werde nicht helfen wollen; wenn es wolle, es nicht können. Sie betrachten die Nothwendigkeit einer Cession als so unbedingt, daß sie nur darüber zu Rathe gehen, wie es zu bewirken sei, daß der Werth einer solchen den Betrag der rückständigen Forderung nicht viel übersteige — sie sagen nicht viel, —: denn die Lage der Dinge sei so beschaffen, daß ein gewisses Uebersteigen unmöglich zu verhüten wäre, und Alles müsse geschehen, um eine intime Allianz mit Frankreich und dessen Verbündeten herbeizuführen [1]).

1) Vergl. den Auszug aus dieser Denkschrift bei Duncker, Aus der Zeit Friedrichs des Großen und Friedrich Wilhelms III., S. 315. Die Grundlage derselben stammt von Beyme, in dessen Gutachten es wörtlich heißt: „Besorgniß, daß Napoleon jetzt nicht sowohl Geld, als Land haben wolle. Eine Territorial-Cession, die das Mittel würde, die engste Verbindung zwischen Frankreich und Preußen zu begründen, wäre zu verantworten. Unter keiner andern Bedingung wäre sie zu rathen. Um jene Besorgniß zu ergründen, und im Fall sie bestätigt gefunden würde, diese Vereinigung zu schließen, ist die Sendung eines Mannes von gründlicher Kenntniß der Lage mit vollkommner Vollmacht der Dinge nöthig“.

Fünfzehntes Capitel.

Wiedereintritt Hardenbergs.

Ein stärkerer Gegensatz läßt sich kaum denken, als der war, den die politischen Zustände von Preußen in diesem Moment darbieten: auf der einen Seite das Bestreben, alle Kräfte zum Widerstand gegen die französische Uebermacht auf eine noch nie vorgekommene Weise zusammenzunehmen; die wichtigsten Reformen in dieser Hinsicht angebahnt und bereits im Gange; grade damals auch die Gründung einer Universität beschlossen, in der sich der deutsche wissenschaftliche Geist dem Einfluß der Franzosen recht eigentlich widersetzen sollte; — und nun auf der andern Seite: die Gefahr, einen Theil des Gebietes zu verlieren, und zugleich an einen übermächtigen Gegner durch eine ihm unterwürfige Politik gefesselt zu werden. Was man früher in jeder Krisis dieser Art vermieden hatte, ein Bündniß mit Frankreich, wurde in Aussicht gestellt, dessen Spitze sich auch gegen Rußland richten konnte: denn gegen alle und jeden sollte es geschlossen werden, Niemand ausgenommen. Eine Mission nach Paris, welche sich Graf Goltz, wenngleich ungern, zu übernehmen bereit erklärte, sollte dazu dienen, um in Erfahrung zu bringen, ob die Allianz mit Napoleon auf keine andere Weise zu erlangen sei. Sollte die Verbindung durch Zahlungsmodalitäten, Ministerialveränderung, Armeereduktion sich erreichen lassen, so würde das vorzuziehen sein[1]); wenn aber die Territorial-Cession das einzige Mittel

1) Aus dem Gutachten von Beyme.

wäre, die engste Verbindung zwischen Frankreich und Preußen zu begründen, so wäre sie zu verantworten.

Es bedarf keiner Auseinandersetzung, welch eine Bedeutung für die allgemeinen Angelegenheiten diese Entschließung des Ministeriums in sich trug. Preußen würde faktisch in ein Verhältniß zu Napoleon getreten sein, wie die Könige von Sachsen und Westfalen. Die intendirte Abtretung eines Theils von Schlesien würde dem Herzogthum Warschau durch die unmittelbare Verbindung mit Sachsen eine verdoppelte Macht gegeben haben. Daß nun aber König Friedrich Wilhelm darin eingewilligt haben würde, läßt sich doch nicht annehmen. Auf ein französisches Bündniß einzugehen, welches eben nicht ein russisch-französisches war, widersprach seinen eigensten Grundsätzen; und eine Dismembration des Landes hatte er noch kurz vorher als einen Fall bezeichnet, in welchem man Alles an Alles setzen müsse. Es kam nur darauf an, ob man nicht Mittel habe, den Forderungen Napoleons in anderer Weise gerecht zu werden. Bei einem Souper am 10. März zur Geburtstagsfeier der Königin — es ist, was Niemand ahnen konnte, ihre letzte gewesen — verneinte der Finanzminister diese Frage mit Entschiedenheit.

Der Gedanke einer Abtretung, der darin lag, erfüllte den König und die Königin mit tiefem Schmerze. Dem König las man denselben auf der Stirn; die Königin sprach ihn aus.

Da erinnerte sich nun der Oberkammerherr Fürst Wittgenstein, daß der Mann, dessen Einsichten und Talenten ein Jeder Gerechtigkeit widerfahren ließ, die Meinung, als sei Alles verloren und die Befriedigung Napoleons auf eine andere Weise unmöglich, niemals getheilt hatte. Hardenberg hatte von Zeit zu Zeit auf seinem Gute Tempelberg gewohnt, ohne sich in die Nähe des Hofes zu wagen, von dem er durch ein Dekret Napoleons verbannt war; aber im Jahr 1809, eben in seiner Eigenschaft als Gutsherr aufgefordert, einer Berathung der kurmärkischen Stände beizuwohnen oder ihr, da er es ablehnte, seinen guten Rath zukommen zu lassen, hatte er den

Abgeordneten des Kreises Lebus, dem er selbst angehörte, ein Gutachten zugestellt, welches eine Aussicht, die napoleonischen Forderungen auch ohne Gebietsabtretungen befriedigen zu können, zu eröffnen schien. Der große Gedanke, von dem er darin ausgeht, ist, daß in den hergebrachten Staatsverhältnissen allerdings kein Mittel vorhanden sei, um den Ruin abzuwenden; aber man müsse darauf denken, ein engeres Verhältniß der an dem Staate am meisten Betheiligten herbeizuführen, um durch die Vereinigung von Privaten selbst im Wege einer Zwangsanleihe einen Fond zu schaffen, unabhängig vom Staat, durch den aber die Möglichkeit gewährt werde, den Bedürfnissen desselben zu Hülfe zu kommen. Dieser Vorschlag hatte damals keine Wirkung gehabt; man hatte in den Ständen nur die Schwierigkeiten bemerkt, die man für eine Unmöglichkeit hielt, ihn auszuführen. Der Finanzminister, dem derselbe mitgetheilt wurde, hatte keine Rücksicht darauf genommen. Aber in der Krisis, in der man sich befand, meinte der Oberkammerherr Wittgenstein in dem Gedanken Hardenbergs das einzige übriggebliebene Auskunftsmittel zu erblicken. In der Nacht vom 11./12. März, — denn er ließ es sich eine schlaflose Nacht kosten — warf er seine Gedanken aufs Papier. Den andern Morgen schrieb er das Memoire, das ihm dabei erwachsen war, ins Reine und überreichte es dem König, nicht ohne auch die Königin davon in Kenntniß gesetzt zu haben.

Darin wird nun dem König vor Allem in Erinnerung gebracht, daß er als Oberhaupt des Staates und der Dynastie gar nicht das Recht habe, eine Provinz abzutreten[1], es wäre denn in Folge eines unglücklichen Krieges oder unter dem Drucke einer unwiderstehlichen Gewalt; wenn aber das Ministerium behaupte, es gebe kein andres Mittel, um mit dem französischen Kaiser in ein erträgliches Verhältniß zu kommen, als eine Territorial-Abtretung, so müsse er das leugnen; der König möge nur ihn selbst beauftragen, so getraue er sich 25,000 Männer in den preußischen Provinzen aufzufinden, die im Stande und gewillt seien, ein Jeder 4000 Thaler aufzubringen und eine Bank zu bilden,

deren Fonds 100 Millionen Thaler sein würden; wenigstens zu ein Viertel baar, das Uebrige in Staatsobligationen, wodurch das Land in den Besitz einer Summe käme, durch welche die successive Abzahlung der Kontribution möglich würde.

Als am 14. März die Minister ihr Gutachten vom 12. dem König einreichten, war dieser bereits auf eine Antwort vorbereitet. Er hatte überhaupt nur eine geringe Meinung von seinem Ministerium. Als ihm Knesebeck bei seiner Rückkunft vom Kaiser Franz über die Richtigkeit der Umgebungen dieses Fürsten klagte, sagte er, es gehe dem Kaiser eben wie ihm. Er fand das Gutachten schlecht motivirt und unter der Würde: er nahm keinen Anstand, es zu verwerfen und der Auskunft Wittgensteins den Vorzug zu geben.

Der Oberkammerherr nun wäre selbst nicht fähig gewesen, den Plan auszuführen, dessen Grundlinien, wie er sie entworfen hatte, auf den ersten Blick die größten Schwierigkeiten darboten. Aber man wird hiebei die Einzelheiten der Vorschläge von der ihnen zu Grunde liegenden Idee unterscheiden; die letzte beruht auf dem Vorbild von England, wo die Bank doch ursprünglich auch als Vermittlerin einer großen Anleihe, die sonst nicht aufzubringen gewesen wäre, entstanden war (im Jahre 1694), indem die Unterzeichner der Anleihe zu einer Corporation verbunden wurden, die, nach dem Muster der italienischen Republiken gebildet, für den gesammten Geldverkehr eine unabhängige Stellung empfing, und dem Staate immer die größten Dienste geleistet hat. Die preußischen Verhältnisse waren für sich bei weitem schwieriger, als die englischen jener Zeit. Wittgenstein hatte sich von Anfang an bei seinen Vorschlägen auf Hardenberg bezogen, der allein die Fähigkeit habe, sie zu realisiren. Die Absicht wurde gefaßt, Hardenberg in den Dienst zurückzurufen. Die Königin hat ihm in einem liebenswürdigen Billet, welches eine Antwort auf die Theilnahme bei der Wiederkehr ihres Geburtstages war, diesen Wunsch zuerst ausgesprochen. Anknüpfend an das von Hardenberg geäußerte Vorhaben, baldigst

nach der Mark zurückzukommen, — er hielt sich damals in Grohnde bei seinem Bruder auf, wo er im Kreise einer großen Familie die stillen Vergnügungen des Landaufenthaltes im Winter genoß — bittet sie ihn, dieses Versprechen auszuführen. „Ihre Nähe kann nur erwünscht für uns sein[1]). Ich würde das als ein neues Zeichen Ihrer Freundschaft betrachten. Fürst Wittgenstein wird Ihnen ausführlich davon sprechen. Großer Gott, in welchem Zustande befinden wir uns! Ich bin ganz krank! Gott möge die segnen, welche es ehrlich meinen! Das will sagen, ich bete für Sie".

Hardenberg antwortete erst den 6. April, als er bereits auf der Rückreise nach der Mark begriffen war. „Glücklich durch das Vertrauen, das mir Ew. Majestät und der König beweisen, seufze ich doch in der Tiefe meines Herzens über die Umstände, welche mir neue Beweise desselben verschafft haben. Zu meinem großen Schmerz kann ich nicht zu den Füßen Ew. Majestäten eilen, so lange der Mann, von welchem das Schicksal den Zustand des Kontinents abhängig gemacht hat, nicht den zu Tilsit ausgesprochenen Beschluß, nach welchem ich 40 Lieues von dem preußischen Hofe entfernt bleiben soll, widerruft. Ich muß vermeiden, den Vorwand zu neuem Unglück zu geben. Möchte ich immer im Stande sein, die Hingebung an den Tag zu legen, die ich meinem königlichen Herren und Ew. Majestät widme".

Der Entwurf Wittgensteins war einigen Banquiers mitgetheilt worden und hatte ihren Beifall gefunden. Altenstein war auf das Lebhafteste dagegen. Seine Einwendungen und zugleich die Ansichten Hardenbergs erhellen aus einem ausführlichen Schreiben des Letzteren, das von Nordhausen, wo derselbe am 4. April angekommen war, datirt ist. Er kommt dabei auf jenes Gutachten, das er schon ein Jahr früher abgegeben, zu reden und motivirt es mit einer Erörterung der damaligen Lage.

1) Votre proximité ne peut que nous être favorable, et je la regarderais comme un nouveau témoignage d'amitié de votre part pour moi. Berlin, 14 mars.

„Zu der Zeit, als ich jenes Gutachten schrieb, herrschte im In= und Auslande das allgemeinste Mißtrauen über die Zahlungsfähigkeit des Staates und der Staatsbürger. Man hielt die Staats= und Provinzialschulden für so enorm, und die Kräfte der Eigenthümer für so erschöpft, daß man wähnte, das Privatvermögen sei unzureichend, neben jenen Staats= und Provinzialschulden auch die Communalschulden und die französische Kontribution aufzubringen. Die Administration zahlte so wenig Capital als Zinsen. Die unglücklichen Offizianten, die seit dem Eindringen der Franzosen keinen Gehalt bekommen hatten, blieben auch nach der Evacuation ohne Hülfe. Pensionen wurden fürs Erste gar nicht entrichtet, für die Zukunft bedeutend reducirt. Ein gänzliches Stillschweigen der Regierung bei allen Klagen gab der Verzweiflung immermehr Nahrung. Durch die aus den Staatseinkünften geleisteten und fortgehenden Kontributionszahlungen wurde die Cirkulation, die durch die Kriegsereignisse und ihre Folgen schon so sehr gelitten hatte, immer mehr geschwächt. Der Fortgang dieser Zahlungen schien sie ganz tödten zu müssen, da sie mehr betrugen, als das gesammte circulirende Numerär. Jenem Gutachten lag die Absicht zu Grunde, dahin zu wirken, daß die Stände durch kräftige und freiwillige Hülfe der Administration zur Seite treten möchten. Ich glaubte mir das Stillschweigen der Administration über die Lage der Dinge und das Ergreifen bloßer Palliative nur dadurch erklären zu können, daß die Regierung, wenn sie die Opfer ausspreche, welche zur Beseitigung der allgemeinen Noth unvermeidlich gefordert werden mußten, eine allgemeine Gährung hervorzurufen fürchte. Ich ging dabei von dem Gesichtspunkte aus, daß vor allen Dingen dem Gefährlichen in der ganz irrigen Meinung entgegengewirkt werden müsse, daß die Schulden unser Vermögen übersteigen. Ich hielt eine Maßregel für nöthig und nützlich, die gleichzeitig Mittel zur Kontributionszahlung und zur Hebung der Gewerbe verschaffe. Dieselbe konnte nach meiner innigsten Ueberzeugung nur in einem allgemeinen Zwangsdarlehn bestehen".

Altenstein nun hatte eingewendet, Hardenberg so wenig wie Wittgenstein seien auf die Modalität der Einziehung des baaren Geldes eingegangen; Hardenberg antwortete, er habe ausdrücklich sich auf die Grundsätze einer Einkommensteuer bezogen, mit deren Einführung man sich damals beschäftigte. „Die Zinsen für das Zwangsanlehn waren gesichert; die Papiere, welche ich für die Cirkulation in Aussicht nahm, sollten unseren jetzigen Pfandbriefen gleichen". Er bleibt dabei, daß die Errichtung einer Nationalbank höchst wünschenswerth sei. Er erkennt die Besorgniß nicht an, welche man damals gegen eine Konkurrenz einsichtsvoller Glieder der Stände und Banquiers oder von National-Repräsentanten kund gab. „Ich äußerte", schrieb er, „schon am 6. März 1809, daß eine wohlgeordnete neue ständische Repräsentation vor der Ausführung der von mir angegebenen Maßregeln zu wünschen sei".

Wir kommen hier auf den Ursprung einer preußischen National-Repräsentation. Napoleon soll daran gedacht haben, der preußischen Verfassung überhaupt eine den Ideen der Zeit angemessene Form zu geben, vielleicht sogar eine republikanische. Er fand aber in der Hingebung der Population an das alte Königshaus einen unüberwindlichen Widerstand. Von jeher nun hatte Hardenberg die Ideen der Zeit mit den deutschen Zuständen zu vereinbaren gesucht. Bei den Entwürfen zu einer Reform des Staates war auf die besondere Anregung Steins sowohl wie Hardenbergs von einer National-Repräsentation die Rede gewesen. Noch von einer anderen Seite her, durch ein unmittelbares praktisches Bedürfniß wurde man jetzt zu der Ansicht geführt, daß eine National-Repräsentation nothwendig sei. Wenn Hardenberg eine solche vorschlug, so war sein Motiv die Unfähigkeit des Staatswesens, wie es einmal bestand, die Folgen der Niederlage, die es erlitten hatte, zu ertragen. In dem Augenblick nun, als man nur die Wahl hatte, durch die eingestandene Insolvenz zu Grunde zu gehen oder eine Provinz abzutreten, ist Hardenberg mit der Idee einer preußischen National-Repräsentation wieder

hervorgetreten. „Die damals und noch jetzt vorhandenen Stände", sagt er, „verfolgen einseitige Interessen, und angeborene Vorurtheile ließen und lassen bei manchen Gliedern derselben nicht die Unbefangenheit und den Gemeingeist erwarten, ohne welchen auf Entgegenkommen und thätigen Eifer nicht gerechnet werden kann". Man wird hiebei an die französischen Ereignisse, namentlich an die Berufung der Notabeln von 1787, erinnert. Der Gedanke aber war in Preußen von Anfang an ein andrer. In denen, die noch im Besitz disponibler Mittel waren, sollte unmittelbar der Entschluß hervorgerufen werden, dem Staate zu Hülfe zu kommen. Die Absicht ging dahin, für denselben eine breitere und durch Freiwilligkeit gestärkte Basis zu gewinnen.

Von einer Umgestaltung der Verfassung war noch nicht geradezu die Rede. Aber unleugbar wurde sie, da die gegenwärtige unzureichend war, in Aussicht genommen. Das Auffallende ist nur, daß, um zu diesem Ziele zu gelangen, die Privatmittel zunächst durch eine höchst despotische Maßregel, ein Zwangsanlehen, herangezogen werden sollen. Ueber diese Nothwendigkeit stimmte Hardenberg mit Wittgenstein überein, aber nicht über die Art und Weise, sie ins Werk zu setzen. Einen allgemeinen Finanzplan aufzustellen lehnte er ab; ohne genauere Kenntniß der Sachlage würde er nur ein unbrauchbares Machwerk liefern. Nur so viel spricht er aus, daß kein Mittel unversucht bleiben dürfe, um eine Territorialabtretung zu verhüten, und daß es auf keinen Fall räthlich sein könne, irgend eine Unterhandlung preußischerseits darauf anzulegen.

Ein Schreiben, das Gegenwart und Zukunft des preußischen Staates umfaßt, und das auf den König, dem es mitgetheilt zu werden bestimmt war, großen Eindruck machen mußte. Fürs Erste aber erlebte Hardenberg, daß seine Ansichten von seinen alten Freunden Altenstein und Nagler schlecht aufgenommen wurden und unangenehme Aeußerungen hervorriefen. Hardenberg, der darin einen Beweis von Undankbarkeit sah, ließ sich dadurch nicht irre machen. „Es zerreißt mein Herz, daß ich gegen Personen auf-

treten muß, welche ich wie meine Söhne geliebt habe, besonders Altenstein; aber ich darf auf nichts achten, als auf meine Verpflichtungen gegen den König und das Vaterland [1])". Auch an einer Conferenz über einen definitiv zu befolgenden Plan Theil zu nehmen lehnte er ab: ohne genügende Kenntniß aller obwaltenden Umstände würde es vorwitzig von ihm sein, eine Meinung auszusprechen.

Ein Durchzug russischer Matrosen, die von Toulon kamen, gab Gelegenheit, daß der König und Hardenberg einander in Beeskow sahen (14. April). Zu einer freien und ausführlichen Erörterung der vorliegenden Angelegenheiten ist es dabei nicht gekommen; Hardenberg sah die Anwesenheit Scharnhorsts, der zu dem alten Ministerium gehörte und zwischen ihm und Altenstein vermitteln zu wollen schien, sehr ungern. Er drang darauf, vor Allem den Finanzplan zu sehen, den der König bereits vor längerer Zeit von Altenstein gefordert hatte, und der denn auch zugleich mit den darauf bezüglichen Papieren am 1. Mai in Hardenbergs Hände gelangte.

Vom größten Werthe sind die Bemerkungen, mit denen er diesen Plan begleitete. Unter Anderem verwirft er darin in starken Ausdrücken jene Einstellung der Zahlungen bei dem Ausbruch des österreichischen Krieges; sie sei unnütz gewesen, weil man im Fall, daß man die Waffen ergriff, sich fremde (englische) Geldhülfe verschaffen konnte; und Napoleon habe gar nicht so Unrecht sich darüber zu beschweren: man müsse sich nur in ihn hineindenken; wenn nun Krusemarck melde, daß Preußen selbst durch eine Territorialabtretung nicht gerettet werden würde, wie habe das Ministerium dennoch in einer solchen das Heil des Staates suchen können! es denke dabei an Abtretung von Schle-

1) Je ne puis dépeindre comment mon cœur souffre de devoir agir contre des personnes que j'ai aimées comme mes fils, surtout Altenstein; mais je ne dois écouter que mes obligations envers le Roi et la patrie. Aus Hardenbergs Tagebuch.

sten, ohne zu erwägen, welchen pekuniären Werth die geistlichen Güter in diesem Lande haben. Er schlägt ihn auf 14 Millionen Thaler, also auf mehr als 50 Millionen Francs an, die man damit ohne irgend einen Vortheil weggeben wolle. Wenn Altenstein angedeutet hatte, man könne sich auf die Volkskraft verlassen, so erklärt Hardenberg das für eine schöne Phrase; ein solcher Versuch könne leicht dem König seinen Thron kosten.

Wie die Sachen standen, so kam es nur auf eine Erledigung der finanziellen Forderungen an. Kein Zweifel ist, daß Hardenberg die Hülfsquellen Preußens mit Recht bei weitem höher anschlug, als der Minister. Er wollte sie in ungewohnten Formen aufrufen, durch welche aber der Thron gesichert, nicht erschüttert werden könne.

Die Königin veranstaltete, daß Hardenberg am 2. Mai eine Zusammenkunft mit dem Königlichen Paare auf der Pfaueninsel hatte. Hardenberg wartete bereits, als der König auf einem Phaëton, den er selbst lenkte, mit seiner Gemahlin anlangte. Wir wiederholen, was Hardenberg in seinem Tagebuch über dieses Zusammentreffen aufgezeichnet hat. „Ich legte die Nothwendigkeit dar, daß nur ein festeres Verhalten unserm Unglück abhelfen könne. Ich sprach mit der größten Freimüthigkeit und Herzensergießung, wie über die Sachen, so über die Personen: über Altenstein, Beyme, Nagler, Dohna und Humboldt". In Betreff Naglers betonte Hardenberg das Bedenken, das es habe, ihn zu behalten, und die Nothwendigkeit, ihn zu entfernen. Ueber Beyme sagte er, daß er ihn niemals zum Großkanzler ernannt haben würde, weil zu dieser Stelle ein Mann von vollkommen intakter Reputation gehöre, etwa ein solcher, wie Kircheisen. Der König nahm aus Herzensgüte die Partei von Beyme und Nagler. Endlich sagte Hardenberg gerade heraus: das Beste würde sein, das ganze Ministerium zu entlassen, da alle Mitglieder desselben sich durch den Vorschlag, Schlesien ganz oder zum Theil abzutreten, ihrer Stellungen unwürdig gemacht hätten. Für ihn selbst wäre bei seinen sechzig Jahren, seiner Schwer-

hörigkeit und dem geringen Werth, den er auf äußern Glanz lege, die Ruhe das Beste. Dieser Wunsch verschwinde jedoch vor seiner Anhänglichkeit an den König und vor seiner Pflicht. Nur würde es der Sache schädlich sein und ihn selbst compromittiren, wenn er eine geheime und indirekte Influenz ausüben wollte. Mit Nachdruck rieth er zur Convocation von einsichtsvollen und wohlgesinnten Personen aus der ganzen Monarchie, um einen Finanzplan festzusetzen [1]).

So verlief die Unterredung; das Königliche Paar begab sich nach Potsdam, Hardenberg selbst nach Lichtenberg zurück; zu einem definitiven Beschluß war es dabei nicht gekommen, aber darüber kann kein Zweifel obwalten, daß der König im Allgemeinen mit Hardenberg einverstanden war. Vor jedem weiteren Schritt mußte nun aber Napoleon bewogen werden, der Erklärung von Tilsit zum Trotz den Wiedereintritt Hardenbergs in das preußische Ministerium zu genehmigen. Alles wohlbetrachtet, forderte das der eigne Vortheil Napoleons. Denn eine weitere Ausdehnung seiner Macht über bisher preußisches Gebiet, namentlich in Schlesien, hätte ihn mit Oesterreich, mit dem er eben gut stand, das aber dadurch bedroht worden wäre, in ein gespanntes Verhältniß bringen müssen; und Preußen ganz zu vernichten, wie man in Berlin fürchtete, war deshalb für ihn unmöglich, weil es den gegen Rußland eingegangnen Verpflichtungen entgegenlief. Wenn sich nun aber weder eine Besetzung Preußens, die eine Vernichtung desselben in sich geschlossen hätte, ausführen ließ, noch auch die Abtretung einer Provinz, so blieb für Napoleon nichts übrig, als die Einrichtung einer Verwaltung zu begünstigen, welche die Zahlung der Kontribution, von der er nicht Abstand nehmen wollte, ermöglichen konnte. Vor allen Anderen hatte der König darüber dem französischen Gesandten St. Marsan eine Eröffnung gemacht, und dieser hatte von dem Vorhaben nach

1) Idée d'une convocation de personnes bien-intentionnées et instruites de toute la monarchie, pour arranger un plan de finances. Aus Hardenbergs Tagebuch.

Paris berichtet. Er sah es für ein Zeichen der Einwilligung Napoleons an, daß derselbe darüber schwieg. Auch auf der Pfaueninsel ist davon die Rede gewesen, und Hardenberg hielt nun die Zeit für gekommen, um sich selbst gegen St. Marsan auszusprechen. „Kein vernünftiger und denkender Mensch", schreibt er ihm, „welches auch die Meinungen sein mögen, zu denen er sich früher bekannt hat, kann jetzt ein andres System in Preußen zur Geltung zu bringen suchen, als das, sich ehrlich an den Kaiser Napoleon anzuschließen und das Heil des Staates nur von ihm zu erwarten. Unsere Verpflichtungen erfüllen, das Vertrauen Seiner Kaiserlichen Majestät durch ein rückhaltloses, loyales und folgerichtiges Verhalten erwerben, die Bande zwischen Frankreich und Preußen enger schließen, das sind die Grundlagen, auf denen wir unser Gebäude aufrichten können. Der König will die besten Köpfe seines Landes vereinigen, und mich an die Spitze der Versammlung stellen, um die äußersten Hülfsmittel aufzusuchen, durch welche es möglich wird, dem Kaiser zu genügen. Die Mitglieder werden dann in ihrer Heimath die öffentliche Meinung für die Opfer gewinnen, welche unser Verhältniß zu Frankreich erheischt. Möge Seine Kaiserliche Majestät sich über den Antheil aussprechen, den ich an den Geschäften nehmen kann". In Bezug hierauf erklärte Hardenberg auch dem französischen Gesandten unumwunden: er könne sich nicht damit begnügen, nur von Zeit zu Zeit seinen Rath zu geben; er müsse vielmehr die Befugniß erhalten, über die Ausführung des einmal Angenommenen fortwährend zu wachen.

Auf die Stimmung Napoleons hatte die Sendung Kalckreuths, der dem Vorschlag Krusemarcks gemäß indeß nach Paris gekommen war, günstig eingewirkt. Er war dadurch in der Ueberzeugung bestärkt worden, daß Preußen, sich fortan nicht von ihm trennen werde. Er hatte nur immer auf die Zahlung der Contribution bestanden. Wenn nun Hardenberg für die Zahlung derselben, die seine Hauptforderung ausmachte, Mittel zu finden in Aussicht stellte, so lag darin ein Motiv für Napoleon, den

Wiedereintritt Hardenbergs in den Dienst zuzugeben. Am 27. Mai kam eine Antwort des Kaisers an, in der es heißt: er habe nichts dagegen, daß Hardenberg an die Spitze der Geschäfte trete, da er das Vertrauen des Königs besitze. Von einer Dismembration des Staates war nicht mehr die Rede. Napoleon erklärte, er habe nichts gegen die Verbindung zwischen Rußland und Preußen; aber er rechne darauf, daß die Verhältnisse zwischen Frankreich und Preußen noch intimer sein würden. Um das Vertrauen vollständiger zu machen, forderte der Kaiser die Entfernung aller Gegner Frankreichs aus den Geschäften. Er selbst bezeichnete Niemand als einen solchen; aber er erwähnte, daß Goltz ihm Finkenstein, den Gesandten in Wien, und Scharnhorst genannt habe; der erstere solle abberufen, der andere aus dem Ministerium entfernt werden. Außerdem empfahl er noch eine Reduktion der Armee.

Während dieser Vorgänge geriethen die Minister, welche dieselben nicht einmal kannten, in die größte Unruhe. Altenstein trat nun erst mit seinem Plane hervor, der jetzt nicht mehr auf die Abtretung einer Provinz gerichtet war, sondern auf die wirkliche Zahlung der Contributionen, wofür er folgende Grundlagen angiebt: Zustandebringen einer Anleihe, Creirung eines Papiergeldes in großem Umfange, Zusammenwerfen aller Schulden, Einkommens- und Vermögensteuer. Der Plan wurde von dem Ministerium im Allgemeinen angenommen. Er war durch Goltz und Scharnhorst modifizirt worden; aber Goltz hielt es doch nicht für rathsam, ihn mit zu unterzeichnen, weil man erst auf die Begutachtung Hardenbergs warten müsse. Scharnhorst lobte, daß man das gewöhnliche Geleis verlasse, machte aber einige abweichende Bemerkungen. Nur Beyme und Dohna waren einverstanden. In einem Vortrage von Beyme wurde die Nothwendigkeit hervorgehoben, Alles zu thun, um in den Bund Napoleons aufgenommen zu werden; selbst gegen Spanien möge man ihm Hülfe leisten. Mit äußerster Entrüstung, ja mit Abscheu erwähnt Dohna den von Wittgenstein vorgelegten Plan, dessen Aufstellung den Geist der Frechheit beweise, der in den letzten Jahren

überhand genommen habe. So tief verletzte ihn der Rekurs an die autonomen Betheiligungen der Geldbesitzer, der darin vorkommt. Mit den gewohnten ständischen Formen war jedoch auch nicht fortzukommen.

In dem Altensteinischen Plane selbst wird über den geringen Werth gesprochen, den die ständische Verfassung habe, sodaß eine Umwandlung in eine Nationalrepräsentation nothwendig werde. „Ueber die Stände und Landschaften in den verschiedenen Provinzen herrsche wohl nur Eine Stimme. Wie sie wirthschaften, habe man im letzten Kriege gesehen; was mit ihnen anzufangen sei, habe die Erfahrung in Preußen und Schlesien gezeigt. Alles sei darüber einig, daß eine andere Repräsentation der Nation nothwendig sei. Es bedürfe jedoch keines Beweises, daß eine Umwandlung nur vorsichtig vorbereitet und langsam ausgeführt werden dürfe, man würde sich sonst den nachtheiligsten Folgen aussetzen. Die Noth allein mache, daß der Egoismus sich füge. Ein rasches Durchgreifen würde die höchste Erbitterung und noch ungleich mehr als bei der Städteordnung ein gefährliches Schwanken herbeiführen". Was aber auch gesagt werden mochte, so war doch Alles, wenn das Wort erlaubt ist, in den Wind geredet. Denn es war schon so weit gekommen, daß die wichtigsten Entwürfe des Finanzministers in dem Augenblick, in dem sie ausgeführt werden sollten, sistirt wurden. Die Unterbeamten des Ministeriums geriethen unter den Einfluß Hardenbergs, der bereits Herr der Situation war, ehe er noch in aller Form in das Ministerium berufen ward. Hardenberg erklärte die Mittheilungen Altensteins für dunkel und ungenügend; er rechne zu viel auf auswärtige Hülfe und auf den im äußersten Fall unausbleiblichen Widerstand der Nation: zwei Dinge, worauf jetzt weniger zu bauen sei, als früher. Namentlich die letzte Zuversicht, wiederholt er, sei nichts, als eine schöne Phrase: sie könne dem König seinen Thron kosten.

Zunächst bleibt er bei dem Vorschlag stehen, eine Versammlung von Notabeln zu berufen, so nannte er sie selbst, um über

die nothwendigen Maßregeln zu berathen und dieselben den Provinzialständen vorzulegen. Sie soll bestehen aus den Chefpräsidenten, den Direktoren der Administration, einigen adligen Rittergutsbesitzern, Mitgliedern der städtischen Magistrate, Banquiers, um mit ihnen über die Errichtung einer Nationalbank und die Amortisation der Schulden zu Rathe zu gehen.

Mißvergnügt über den Tadel, den der König deshalb aussprach, weil bei dem neuen Berichte das Urtheil Hardenbergs nicht berücksichtigt sei, ergingen sich die Minister in Entschuldigungen, die wieder eine Art von Anklage Hardenbergs in sich schließen (29. Mai). Sie scheinen darauf gebaut zu haben, daß ihr Gegner durch den Willen Napoleons von dem Ministerium ausgeschlossen sei; sonst wäre ihr Betragen unverständlich. In diesem Augenblick traf aber die Beistimmung Napoleons zu dem Wiedereintritt Hardenbergs in den Dienst ein. Die Königin erhielt die Nachricht durch Wittgenstein. „Meine Freude ist unaussprechlich", schreibt sie, „daß dem König und dem Lande ein so kluger und so vortrefflicher Mann, dem nur Gerechtigkeit widerfährt, wiedergegeben wird". Der König selbst bezeugte seine Genugthuung über die Erfüllung eines Wunsches, der ihm so sehr am Herzen gelegen habe. „Ihre patriotischen Gesinnungen, Ihre persönliche Ergebenheit gegen mich, ferner aber Ihre lange Erfahrung in den Geschäften, und das Talent, welches Sie auszeichnet, bürgen mir dafür, daß Sie die gute Meinung, welche ich immer von Ihnen gehabt habe, rechtfertigen werden. Ich werde Sie mit aller meiner Macht unterstützen". Er empfiehlt ihm auf der einen Seite die größte Strenge in Ausführung der beschlossenen Maßregeln, auf der andren Schonung der im Dienste befindlichen Personen, die in einer falschen Richtung begriffen, aber wohlgesinnt seien; denn aus dem Wechsel könnte leicht den Geschäften, deren Erledigung man wünschen müsse, eine Stagnation erfolgen.

Für den Monarchen liegt eine der schwersten seiner Aufgaben in der Wahl seiner Werkzeuge, namentlich bei einem Wech-

sel. Wir wissen, mit welcher schonungsvollen Bedachtsamkeit Friedrich Wilhelm dabei zu verfahren liebte. Er nahm Rücksicht auf erworbene Verdienste oder auch auf die bereits erlangte Stellung und scheute sich davor, durchzugreifen und zu verletzen.

Indem nun Hardenberg die ihm angetragene hohe Stellung annahm, war er zwar entfernt davon, das Wort auszusprechen, daß er Bedingungen machen wolle; viel weniger aber hat es doch nicht zu bedeuten, wenn er von Voraussetzungen redet, welche die Annahme des Amtes begleiten müssen. Eine von diesen ist, daß der König seine ganze Autorität aufbiete, um alle Intriganten aus den Geschäften zu entfernen, und Leute, die genügen, an ihre Stelle zu setzen. Wenn der König ihn mehr zur Schonung aufgefordert hatte, so dringt Hardenberg nicht ohne beredten Nachdruck auf die Entfernung aller derer, mit deren Falschheit und widerwärtigen Machinationen er alle Zeit zu kämpfen haben würde. Der König werde nicht wollen, daß er sich unaufhörlich in einem Zustande von Unruhe befinde, durch welchen die Erreichung des großen Zweckes verhindert oder unmöglich werde, er aber seine Reputation verliere. Er forderte jetzt mit Bestimmtheit die Entfernung von Beyme und Nagler; er hasse sie nicht, der König möge sie mit Wohlthaten überhäufen, aber er möge ihn nicht zwingen, mit ihnen zu arbeiten; auch Altenstein dürfe nicht an seinem Platze bleiben; bei der Zusammenkunft auf der Pfaueninsel sei er noch nicht so unterrichtet gewesen; er müsse die Hände völlig frei haben bei der Wahl der Personen; — welche Maßregeln nothwendig seien, glaube er zu wissen.

Der König hatte Hardenberg nach Potsdam berufen. Dieser erinnerte, daß die Audienz keine sehr kurze sein könne: denn es handle sich um die wichtigsten Gegenstände, und er müsse über seine Ideen umständlichen Vortrag halten.

Der König wünschte so wenig Veränderungen wie möglich, er meinte mit den Männern im Dienst unter der Direktion

Hardenbergs zum Ziel zu kommen. Hardenberg war vom Gegentheil überzeugt; er wiederholt, indem er an die vom König gebrauchten Ausdrücke anknüpft, aufs Entschiedenste die Meinung, daß dieser Weg nicht zum Ziele führe, daß er zur Erreichung der großen Absicht vollkommen freie Hand haben müsse. Von jeher, auch in seinen früheren Stellungen in Hannover und Braunschweig, war sein Sinn dahin gegangen, die oberste Direktion der Angelegenheiten allein in die Hand zu bekommen: es war gleichsam sein angeborner Ehrgeiz. In den fränkischen Fürstenthümern suchte er jede Einwirkung abzuwehren, und im Ministerium war ihm dann die Concurrenz mit Haugwitz unerträglich. In Bartenstein hatte er sein Ziel nahezu erreicht; dann aber war das Exil gefolgt. Jetzt war der über ihn verhängte Bann wieder aufgehoben. Es war doch ein großer Triumph für ihn, bei dem fortwährenden Gegensatz zwischen Frankreich und Preußen von beiden Seiten als der Mann angesehen zu werden, der den Verhältnissen gewachsen, die Existenz des Staats retten und dabei ein erträgliches Verhältniß zu Frankreich aufrecht halten könne. Zu einer so großartigen und doch complicirten Stellung gehörte es, daß er die oberste Leitung der Geschäfte unbedingt erlangte. Ueber die Lage des Staats hatte er sich in seiner Entfernung sehr bestimmte und sehr präcise Vorstellungen gebildet, deren vollständige Ausführung, die bereits unter Stein begonnen hatte, in der jetzigen Krisis in seine Hand gelegt wurde.

Er hatte nichts dagegen, daß Goltz das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten behielt, wohl verstanden unter seiner Direktion; ebenso wünschte er von den Kenntnissen Niebuhrs Gebrauch zu machen. Aber er beharrte dabei, die Entfernung von Beyme, Altenstein, Nagler zu verlangen.

In einer Conferenz mit dem König am 2. Juni hatte dieser die Entlassung von Beyme, Nagler und Altenstein doch nicht genehmigt. Hardenberg wiederholte am 3. Juni sein Verlangen auf das Bestimmteste; ihre Mitwirkung würde ihn hindern,

seine Pläne auszuführen; den Versuch zu machen, ob es mit ihnen gehen werde, dazu habe man keine Zeit; allerdings sei der Großkanzler Minister der Justiz, was ihn von den eigentlichen Geschäften zu entfernen scheine; aber er werde sich ohne Zweifel auch von dieser Stellung aus den Veränderungen widersetzen, die nothwendig erscheinen dürften, z. B. bei dem hypothekarischen Verhältniß der Domänen und bei der Verwaltung der Communal- und Provinzialschulden, bei der es Beyme auf einen Bankrott abgesehen habe. Hardenberg bemerkt, das Gerücht von seiner Ernennung habe eine Erhebung der Course bereits zur Folge gehabt, aber man werde das Vertrauen verlieren, wenn er seine Feinde nicht aus dem Ministerium verdrängen könne, und Alles würde rückgängig werden; statt sich der großen Angelegenheit zu widmen, werde er seine Zeit dazu verwenden müssen, das Einverständniß der dissentirenden Minister mit seinen Plänen herbeizuführen. Auch dürfe man nicht glauben, daß Frankreich sich der Entfernung derselben widersetzen werde, nur mit Goltz sei man dort zufrieden; daß von den Uebrigen Intriguen angesponnen worden, habe Napoleon bewogen, seinen Wiedereintritt zu genehmigen. Sollte der König durch seine Vorstellungen nicht vollkommen überzeugt werden, so bitte er ihn um die einzige Gnade, auf sein Landgut gehen zu dürfen, wo er sein Glück finde. Wenn aber der König auf seine Anträge eingehe, so macht er folgende Vorschläge: das Finanzministerium soll vakant bleiben, er selbst will sich dessen Geschäften widmen. Scharnhorst, gegen den sich Napoleon erklärt hat, werde sich auf seine Funktion als Chef des Generalstabs beschränken. Für die erste Sektion der Finanzen, Domänen, Forstverwaltung, direkte Steuern, schlägt er Sack vor; Marsan hat ihm gesagt, daß man in Frankreich nicht dagegen sei, wenn derselbe nur keinen höheren Rang erhalte. Die zweite Abtheilung (eigentliche Geldangelegenheiten und öffentliche Institute) will er selbst verwalten. Labaye, Stägemann, Niebuhr sollen sie unter seiner Direktion bearbeiten; denen will er den Kommissar Oelssen

hinzufügen, dessen Verwaltung der Neumark mit Unrecht getadelt werde: er habe sie die Aktenstücke an der Hand geprüft; Oelssen sei sein alter Vertrauter und von seinen Ideen durchdrungen; Niebuhr habe um seine Entlassung gebeten, der König sie verweigert.

In der Conferenz vom 4. Juni willigte der König in die Veränderung des Ministeriums im Allgemeinen ein. Für das Innere hatte Hardenberg Wilhelm von Humboldt empfohlen. Da aber das Innere zugleich die geistlichen Angelegenheiten umfaßte, so trug der König Bedenken, es einem Manne zu übertragen, der im Rufe der Irreligiosität stand. Man versetzte Humboldt an Stelle Finkensteins nach Wien. Dohna behielt das Innere. Wenn Scharnhorst entlassen wurde, so war das doch in der That nur scheinbar, sein vornehmster Wirkungskreis verblieb ihm, und sein Stellvertreter Hacke wurde angewiesen, sich mit ihm in allen wichtigen Angelegenheiten zu verständigen. Oberst Hacke behielt nur die Ausführung der beabsichtigten Maßregeln [1]).

An demselben Tage, an welchem diese Veränderungen festgesetzt wurden, ist Hardenberg zum Staatskanzler ernannt worden. „Ich habe beschlossen" — so heißt es in der Kabinetsordre vom 4. Juni — „Euch zum Staatskanzler zu ernennen, und Euch unter meinen unmittelbaren Befehlen die obere Leitung aller Staatsangelegenheiten zu übertragen".

Wir haben des Antheils gedacht, den Königin Louise an dem Wiedereintritt Hardenbergs genommen hat. Es war ihr nicht beschieden, die Erfolge zu erleben, die daraus hervorgehen sollten, und sie ist schon im folgenden Monat einer Krankheit erlegen, bei welcher physische und psychische Momente zusammenwirkten. Ihre Organisation war zu schwach, um die inneren und äußeren Stürme, die sie betrafen, lange auszuhalten. Aber unsterblich

1) Klippel, Scharnhorst III, 554.

sind die Ideen, vornehmlich über die Verbindung Preußens mit Deutschland, mit denen sie sich trug. Ihre Persönlichkeit und ihre Gedanken, ihre Leiden und ihre Erwartungen, bilden einen Bestandtheil der preußischen Geschichte; ihr Name ist mit einem poetischen Anhauch umgeben und durch Pietät geheiligt. Die Autorität Hardenbergs bildet gleichsam einen Theil ihrer Verlassenschaft.

Sechzehntes Capitel.

Zur inneren Verwaltung Hardenbergs.

Glücklicherweise wurde es möglich, die holländische Anleihe doch noch zu Stande zu bringen. Noch ehe Niebuhr Holland wieder verließ, hatte er in dem Vorsteher eines großen Bankhauses, Valkenaer einen Mann gefunden, der auf ein Geschäft einging, welches alle Anderen ablehnten. Valkenaer verband mit Leichtigkeit und Gewandtheit doch eine Art von Leidenschaft für die Dinge, die er unternahm. Schon am 4. März 1809 hatte Niebuhr einen vorläufigen Vertrag mit ihm zu Stande gebracht, der auch von Friedrich Wilhelm III. ratificirt, dessen Ausführung aber damals durch die Bedingung, die König Ludwig machte, daß der König von Preußen vorher nach Berlin gekommen sein müsse, verzögert wurde. Im Herbst 1809 ließ Napoleon den preußischen Hof wissen, er habe in Erwägung der Identität seiner Interessen mit den preußischen den König Ludwig veranlaßt, die Eröffnung der Anleihe zu gestatten. Dennoch verzögerte sich die Eröffnung der Subskription bis zum 1. März 1810. Aber auch dann wollten sich lange Zeit keine Subskribenten finden [1]. Um für die in Baar unerschwinglichen rückständigen Summen andre Mittel der Abtragung zu beschaffen, beschloß der Staatskanzler, den

1) Ueber alle diese Unterhandlungen findet sich ein reiches Material in den Aktenstücken der Staatsschuldenkommission, welches wohl von einem finanziell geübten Blick durchgegangen werden sollte; dann würde sich auch über Niebuhrs Antheil an denselben und über seine finanziellen Talente überhaupt ein Urtheil fällen lassen.

Versuch zu machen, ob es möglich sei, die auf Girostücke basirten preußischen Obligationen bis zu einem gewissen Belaufe zu einem bestimmten Cours in Zahlung zu geben. Zu diesem Zwecke wurde gleich im Juni 1810, auf Niebuhrs Rath, Valkenaer nach Paris geschickt. Niebuhr schreibt es dem erfinderischen Geiste Valkenaers zu, daß es demselben wirklich gelang, einige Obligationen in Paris zu placiren, so daß er dem preußischen Geschäftsträger Labaye eine Summe Geldes einhändigen konnte [1].

Bei der Geringfügigkeit dieses Erfolges kam es um so mehr auf einen umfassenden Plan an, um die Finanzen soweit herzustellen, daß man den französischen Anforderungen gerecht werden konnte.

Bei Hardenbergs Finanzplan vom 28. Mai liegt eine Berechnung der Staatsschulden zu Grunde, in welche er auch die Provinzialschulden einbegreift; mit der an Frankreich zu zahlenden Contribution, welche als Staatsschuld betrachtet und auf 23 Millionen Thaler berechnet wird, betrugen sie 85—86 Millionen. Die zur Deckung dieser Schulden vorhandenen Werthe werden auf 122 Millionen angeschlagen. Sie bestehen hauptsächlich aus drei Stücken: Domänen und Forsten, deren Werth auf 83 Millionen berechnet, der Hälfte der Grundsteuer 21 Millionen, und den zu säkularisirenden geistlichen Gütern, wobei die Klöster in Schlesien mit 11 Millionen abgeschätzt worden sind. Eine der Haupteinwendungen gegen die Abtretung von Schlesien war es, wie wir wissen, daß dabei die geistlichen Güter gar nicht in Anschlag gebracht worden waren. Zunächst erklärt Hardenberg sich über seinen Vorschlag in Hinsicht der Grundsteuer näher und setzt dabei die Errichtung einer Bank voraus, welche von jedem Einfluß der Regierung unabhängig gestellt werden soll. Zur Fundirung derselben soll hauptsächlich die Hälfte der Grundsteuer dienen, welche für ablösbar erklärt und in zinstragenden Obligationen eingebracht werden soll. Ein Papiergeld zu schaffen, hält Hardenberg

1) Nach einer Notiz in einer der späteren Instruktionen Hardenbergs belief sich die subscribirte Summe überhaupt auf 4,729,000 holl. Gulden.

schon deshalb für nöthig, weil die Abzahlung der französischen Kriegscontribution die Zahlungsmittel im Lande erschöpfe. Die Obligationen der Grundsteuer, die in der Bank niedergelegt werden, sollen für das Papiergeld, das nicht gegen Baargeld realisirt werden kann, zur Sicherheit dienen. Einen Zwangscours vorzuschreiben, scheint ihm nicht nothwendig; schon die Festsetzung, daß die Zahlungen an Staatskassen zur Hälfte in Papiergeld erfolgen können, würde genügen. Hardenberg will das Staatsschuldenwesen von dem Staatswirthschaftsetat getrennt wissen. In Bezug auf den letzteren verhehlt er nicht, daß sein Plan nicht ohne neue Belastung der Unterthanen durchgeführt werden könne. Er meint aber die Last dadurch zu erleichtern, daß sie von allen gleichmäßig getragen werde. Zu diesem Zweck bringt er die Ausdehnung der Accise über das platte Land und Stempelsteuern bei Erbschaften und Wechseln in Antrag. Für die Bezahlung der Contribution rechnet er hauptsächlich auf Anleihen, eine Zwangsanleihe im Innern, und außer der holländischen noch eine durch inländische Bankiers zu vermittelnde Anleihe im Auslande.

Hardenberg ließ seinen Entwurf Stein zukommen, der sich damals in Prag befand. Im Allgemeinen stimmte Stein bei; in einzelnen Punkten war er noch strenger, als Hardenberg. Er verwirft die Freiwilligkeit bei der Ablösung der Grundsteuer; er schlägt eine Einkommensteuer vor, ohne jedoch eine Zwangsanleihe abzulehnen. Bei den geistlichen Gütern bringt er die auf Kirchen und Schulen zu nehmende Rücksicht in Erinnerung.

Aber in seiner unmittelbarsten Nähe, in eben denen, die er zur Ausführung seiner Entwürfe herbeizuziehen dachte, fand Hardenberg Widerspruch, vor Allem in Niebuhr, der jetzt eine unerwartete Abneigung gegen Hardenberg zeigte. Niebuhr war zu selbständig geworden und hatte selbst viel zu entschiedene, auf seinem eignen geistigen Gebiete erwachsene Ideen, als daß er sich dem neuen Minister hätte anschließen mögen. Er erscheint nicht eigentlich als ein Anhänger von Altenstein und spricht selbst von den Intriguen Naglers, aber zugleich meint er doch, daß das neue

Ministerium ebenfalls ein Werk der Intrigue sei, welche Wittgenstein angesponnen habe. Zu Hardenberg hatte er keinerlei Zutrauen. Er sagte wohl, der schwache Thor wünsche sich Glück inmitten der Klippen, zwischen denen die morsche Barke des Staates bald scheitern werde[1]). Da er aber im Ministerium blieb und unmittelbar unter Hardenberg stehen sollte, so übersandte ihm dieser seinen Plan und ersuchte ihn um sein Gutachten. Niebuhr, von der Schädlichkeit dieses Plans überzeugt, wandte sich nicht an den Staatskanzler, sondern durch Vermittlung von Köckritz an den König selbst. Er entschuldigte dies Vorgehen damit, daß es hier einen Grundplan gelte, der mit der größten Zuversicht als das Resultat tiefer Einsicht und ausgebreiteter Kenntniß, als Unterpfand, aber auch als das einzige Mittel der Rettung vorgelegt werde. Niebuhr behauptete dagegen, daß derselbe den Staat nur ins Verderben führen werde; der täuschende Schein des Planes beruhe auf der willkürlichen Voraussetzung, daß ein nicht realisirbares Papiergeld wie baares Geld ausgegeben werden könne; von der Zwangsanleihe lasse sich nur steigendes Mißvergnügen erwarten; die Ablösung der Grundsteuer werde den Ruin der Bauern veranlassen; die beabsichtigte Landaccise richte den gesammten Bauernstand zu Grunde und werde hauptsächlich nur dem märkischen Adel zum Vortheil gereichen[2]).

Seinen eignen Plan wollte Niebuhr nicht mittheilen, wenn derselbe nur Stoff zur Discussion werden sollte. Er verlangte in seinem Briefe Audienz zur näheren Darlegung seiner Grundsätze; er hoffte wohl, der König werde dieselben noch annehmen. Aber die Sache war indeß zwischen dem König und Hardenberg bereits entschieden, und da eine Audienz, wie die angedeutete, das An-

1) Brief Niebuhrs an Stein vom 29. Juni 1810 bei Pertz Leben Steins II. S. 488.

2) Aus der Denkschrift von Niebuhr findet sich eine ausführliche Mittheilung bei Erwin Nasse, Die preußische Finanz- und Ministerkrisis im Jahre 1810; Sybels historische Zeitschrift, Band 26, 321 flg. Eine beachtenswerthe Abhandlung.

sehen des Staatskanzlers in dem Beginn seiner Verwaltung erschüttert haben würde, so begreift es sich, daß der König nicht darauf einging. Am 15. Juli theilte er Niebuhrs Eingabe an Hardenberg mit, die mit ihren grell aufgetragenen Farben ihm den Eindruck gemacht habe, daß sie übertrieben sein müsse; er bat ihn nur von dieser Mittheilung gegen Niebuhr keinen Gebrauch zu machen. Diesem selbst machte der König die Bemerkung, daß er aus der Dienstordnung heraustrete, nicht ohne sein Mißfallen darüber auszudrücken. Die Antwort war von Hardenberg verfaßt und verwies Niebuhr lediglich an diesen.

Für Niebuhr war diese Ablehnung des Königs und des Staatskanzlers, auf seine finanzielle Idee einzugehen, kein Unglück. Er war Mitglied der Akadmie und hatte wohl bereits die Intention gehabt, öffentliche Vorlesungen zu halten. Aber er sagt, durch Beschäftigungen, die er als den Wissenschaften beinahe feindselige bezeichnet, sei er davon abgehalten. Nunmehr aber aufgefordert, wie andere Mitglieder der Akademie, die neue Universität durch freien Anschluß zu unterstützen, machte er sich zu zu öffentlichen Vorlesungen über die römische Geschichte anheischig. Sie sind die Grundlage seines Werkes über die römische Geschichte, welches ihm bei Mitwelt und Nachwelt einen unsterblichen Namen gemacht hat.

Eine nicht geringere Opposition, als bei Niebuhr, fand Hardenberg bei einem anderen seiner jüngeren Freunde, Theodor von Schön, der damals Präsident in Gumbinnen war und den er herbeibeschieden hatte, um ein Ministerium anzunehmen. Niebuhr und Schön unterscheiden sich, wie Historie und Philosophie. Schön war nicht wissenschaftlich, aber praktisch vielleicht der bedeutendste Schüler Kants, weiter gebildet durch Kraus. Er lebte in den Ideen des Staates an sich, in welchem Bezug ihm weder Hardenberg, noch weniger Stein genügten. Bei seiner ersten Zusammenkunft mit Hardenberg äußerte dieser, daß er auf den unter der letzten Verwaltung abgebrochenen Steinschen Reformplan zurückzukommen gedenke. Schön brachte die vornehmste Frage, bei der

man eben stand, die Patrimonialgerichtsbarkeit und die Polizeigewalt der Gutsherren zur Sprache; er wollte beide den Gutsherrschaften entreißen und die Polizei einem Friedensrichter unabhängig von dem Gutsherrn übertragen. Anfangs schien Hardenberg darauf einzugehen. Aber gleich den andern Tag erklärte er, das sei unmöglich: er selbst als Gutsherr würde die Uebertragung der polizeilichen Gewalt an einen andern, wie man ihn auch bezeichnen möge, nicht dulden können[1]). In Schön erschien bereits eine liberale Tendenz, welche über die Zugeständnisse, die Hardenberg machen wollte, weit hinausging. Unter solchen Auspicien wollte Schön von keinem Eintritt in ein Ministerium hören. Auch er mißbilligte den Finanzplan Hardenbergs, der auf keiner wissenschaftlichen Basis beruhe; er verwarf die Ablösung der Hälfte der Grundsteuer; er hoffte wenig von einer inländischen Anleihe; nur von dem Verkauf der geistlichen Güter lasse sich etwas erwarten. Aber überdies: er wollte nicht unter einem Staatskanzler arbeiten, der zwischen den König und seine Minister in die Mitte trete; er wollte unabhängiger Minister sein und nur unter dem König selbst stehen. Er zog es vor, nach seiner Provinz zurückzugehen, wo er mehr zu leisten vermöge. Von dem König bekam er auf seine Vorstellung hierüber eine Antwort, die, wie er sagt, den Punkt bezeichnet wo Gnade aufhört und Ungnade anfängt[2]).

Sowohl Schön als Niebuhr wendeten sich mit ihren Einreden gegen Hardenberg an Stein: der mißbilligte aber in scharfen Worten ihren Entschluß, sich zurückzuziehen. „Wißt ihr — schreibt er — bei Krebs und Brand andre Mittel als Schnitt, Schierling und Höllenstein, so sagt sie; Papier ist Uebel und gewaltsame Maßregeln, um Metalle zu erpressen, sind auch ein

1) In einem verwandten Sinne hat sich Hardenberg in der Denkschrift von 1807 ausgesprochen; die Autorität der Gutsherren wollte er nicht zerstören lassen.

2) Aus den Papieren Schöns I. S. 63.

Uebel; aber der gegenwärtige Zustand der Dinge ist noch ein größeres und seine Dauer wegen der Folgen das allergrößte [1])."

Im September sind Stein und Hardenberg in einer Ortschaft auf der böhmischen Seite des Riesengebirges zusammengekommen und haben die wichtigsten Angelegenheiten besprochen [2]). Nach dieser Rücksprache schritt Hardenberg dazu, sein großes Finanzgesetz zu publiciren.

Im Oktober überreichte er dem König seinen Entwurf unter dem Titel „Grundzüge eines neuen Finanzplans nach den neuesten Erwägungen". Das letzte ist nicht ein leeres Wort: die von verschiedenen Seiten erhobenen Einwendungen hatten überall Modifikationen der ursprünglichen Vorschläge hervorgebracht. In dem neuen Plan geht die Zahlung der Monatsrate von vier Millionen Francs an Napoleon jeder anderen Verpflichtung voran. Wenn Hardenberg bei der Trennung zwischen dem Staatshaushalt und dem Credit-Wesen stehen bleibt, so setzt er dabei voraus, daß von dem Staatshaushalt 6½ Millionen für die Staatsschulden verwandt werden können. Um nun aber die Staatsverwaltung fähig zu machen, diesen Ertrag zu liefern, ist eine durchgreifende Veränderung der Steuerverfassung überhaupt nothwendig; bei der Summe von 21 Millionen, die der Staatshaushalt aufbringen soll, sind die Ausdehnung der Grundsteuer, die Erhöhung der Stempelsätze, die Patentsteuer, sowie eine neue Consumtions- und Luxussteuer bereits eingerechnet. Die gesammten damaligen Schulden schlägt Hardenberg auf 76 Millionen Thaler an; bis zum 1. Juni 1812 würden noch über 10 Millionen hinzukommen für Verpflegung der französischen Truppen, laufende Zinsen und Administrationskosten. Von dieser 86,8 Millionen betragenden Schuld hofft er bis zum 1. Juni 1812 38,9 Millionen abzutragen, so daß der Staat am 1. Juni 1812 nur noch eine Schuldenlast von 47,9 Millionen zu

1) Brief Steins an Schön vom 29. August 1810 bei Pertz II. S. 505.

2) Weitere Nachrichten über die Zusammenkunft, die sehr interessant sein müßten, haben sich nicht gefunden.

tragen haben werde. Bei der Berechnung der Provinzialschulden tritt ihm die Schwierigkeit entgegen, daß die Kriegsschulden in den verschiedenen Provinzen verschieden behandelt worden sind. Dennoch ist eine allgemeine Maßregel nothwendig: denn sonst, sagt er, würde man Provinzialismus gründen, nicht Nationalismus, wohin doch das Bestreben gehe.

Sein Vorschlag ist, daß sämmtliche Provinzial- und Communalschulden unter eine allgemeine Administration zu stellen, die den Ministern der Finanzen und des Innern untergeordnet und zu den Repräsentanten der Provinzen und Communen beigezogen werden sollen. Diese Repräsentanten werden das erste Mal von dem Könige ausgewählt. Sie sollen aus den Provinzen genommen werden, handeln aber nach ihrer Ueberzeugung und sind nicht der Provinz, sondern dem ganzen Staate verantwortlich. Hardenberg ist sich bewußt, daß die Bedürfnisse nur durch harte Maßregeln gedeckt werden können. „Aber," sagt er, ungefähr wie Stein, „mit Rosenwasser heilt man die tiefen Wunden des Staates nicht. Es kommt darauf an, unter dem Drückenden das Mindestdrückende zu wählen. Der Zweck muß einmal erreicht werden, wenn nicht Alles aufgegeben werden soll."

Die Summen, die er fordert, sind 3,7 Millionen für das laufende Jahr; für die ersten 5 Monate von 1811 10,4 Millionen, für die Zeit bis zum 1. Juni 1812 24,8 Millionen. Die Mittel, diese 38,9 Millionen herbeizuschaffen, denkt er durch Anleihen, Verkauf der Domänen und geistlichen Güter zu finden; außerdem durch Ueberschüsse der Einnahmen, die durch neue Steuern erzielt werden müssen. Unter den Erhöhungen der Gefälle nimmt die Ausdehnung der Grundsteuer auf die bisher Eximirten den ersten Platz ein. Die Absicht ist, die in den verschiedenen Provinzen der Monarchie sehr ungleiche Grundsteuer mittelst eines neuen, mit so wenig Weitläufigkeit als irgend möglich anzulegenden Catasters auf gleiche Sätze zu bringen; der Geist der Zeit sowohl als die Nothwendigkeit, die Prägravationen und Vorwürfe einer Provinz gegen die andere zu beseitigen, fordere laut die Her-

beiziehung der bisher steuerfreien Grundstücke; der öffentlichen Meinung wegen müssen auch die Domänen besteuert werden.

Man wird dabei an den Cataster Kaiser Josephs und die Vorschläge, welche Calonne bei den Notabeln von 1787 machte, erinnert; aber von den physiokratischen Ideen, die bei beiden vorwalteten, war in Preußen nicht die Rede. Hier ist die Absicht nur dahin gerichtet, die Idee des Ganzen durch gleichmäßige Belastung zur Erscheinung zu bringen. Den beträchtlichsten Theil der Abgaben werden die Konsumtions- und Luxussteuer ausmachen. Der Hauptgesichtspunkt ist dabei: „sie sollen vereinfacht, auf wenige Gegenstände reducirt, dagegen aber einige erhöht, in allen Provinzen gleichgesetzt und auf das platte Land mit erstreckt werden.“ Da die Accise das Land neu belastet, so wird demselben zur Compensation Aufhebung der Zwangs- und Bannrechte und die allgemein zu gestattende Befugniß zur Betreibung jedes Gewerbes versprochen. Für die großen Gelderfordernisse wird die Säkularisation der geistlichen Güter einen sehr reichlichen Beitrag liefern. Hardenberg bemerkt: dagegen lasse sich um so weniger etwas einwenden, da der Verkauf der geistlichen Güter in Oesterreich selbst, sowie überall im Gange sei; man dürfe nur die Dotation der Kirchen und Schulen nicht aus den Augen setzen. Er erkennt an, daß die Maßregel nicht allein die katholischen, sondern auch die protestantischen geistlichen Güter betreffen müsse, namentlich Domstifter und Besitzungen des Johanniterordens. Den Ertrag aus dem Verkauf der geistlichen Güter schlägt Hardenberg zu 20 Millionen an; noch viel höher, zu 80 Millionen, den Verkauf der Domänen, sodaß aus diesen beiden Artikeln die gesammten Staatsschulden getilgt werden könnten. Er ist sehr für den Verkauf der Domänen: denn die Cultur und die Vermehrung der Staatskräfte werde durch den Uebergang derselben in Privatbesitz gefördert. Das Veräußerungsgeschäft war bereits begonnen, aber wegen der schweren Verkaufsbedingungen blieb es ohne Erfolg. Hardenberg will eine besondere Sektion mit neuer Instruktion für die Veräußerung einrichten; es komme nicht darauf an, die Domänen

theuer zu verkaufen, sondern rasch Geld zu erhalten, um die Schulden damit zu tilgen.

Wenn es bei den Plänen Hardenbergs auf die Herbeischaffung des für die Existenz des Staates erforderlichen Geldbedarfs abgesehen war, so waren doch die Mittel, die er vorschlug, zugleich von der höchsten politischen Bedeutung: Vereinigung der Provinzialschulden mit den Staatsschulden, um nicht mit den einzelnen Provinzen zu thun zu haben, sondern mit der Nation; ferner Aufhebung aller Exemptionen von der Grundsteuer, Anlegung eines neuen Catasters, Vernichtung der bisherigen Zwangsrechte auf dem Lande, Ausdehnung der Accise auf das platte Land; das Alles hat denselben Zweck, den Privilegien und Vorrechten entgegenzutreten. Durch den Verkauf der Domänen sollte der König selbst nach und nach aus der Classe der Landeigenthümer ausscheiden: denn in dem Zusammenwirken der Einzelnen bestehe die Kraft des Staates.

Wir erinnern uns jener Scene bei der Huldigung, als Sieyes mit der trikoloren Schärpe erschien; die Ideen, welche die volkswirthschaftliche Grundlage der Revolution ausmachten, traten nun hier in dem alten ständischen Preußen auf. Unter den Edelleuten gab es manche, welche ihre Verpflichtung zum Gehorsam mit der Aufrechterhaltung ihrer Privilegien identifizirten. Ihre Stimmführer wurden nach Spandau auf die Festung gebracht. So hatte auch Stein gerathen, keine Rücksicht zu nehmen und zu verfahren, wie einst in Frankreich Cardinal Richelieu. Die monarchischen und revolutionären Ideen traten in Bund; wohlverstanden jedoch, daß dabei die letzten zu keiner autonomen Wirksamkeit gelangten. Die Unterthänigkeitsverhältnisse wurden nicht, wie in Frankreich, durch absolutes Gebot einer revolutionären Partei aufgehoben; die General-Commission, die zur Ordnung dieser Verhältnisse von Hardenberg eingesetzt wurde, hatte vielmehr die Aufgabe, die Rechte der Besitzer und

die Ansprüche der Unterthanen, deren sich die Gesetzgebung annahm, vertragmäßig auszugleichen [1]).

In dem Schriftstück Hardenbergs heißt es weiter: da der Verkauf der Domänen und geistlichen Güter das Geld, dessen man bedürfe, doch nicht so schnell herbeischaffen könne, so müsse das Vermögen der Eingeborenen in Anspruch genommen werden. Einer Einkommensteuer, die von Stein empfohlen war, zieht es Hardenberg vor, eine einmalige Abgabe auf das reine Vermögen zu legen, die aber in mehreren Terminen erhoben werden könne. „Jedermann werde aufgefordert, auf seine Unterthanenpflicht den Betrag seines reinen Vermögens anzugeben. Von dem reinen Vermögen sollen 4 Prozent in vier halbjährigen Terminen ²/₃ in baarem Gelde, ¹/₃ in Staatspapieren bezahlt werden. Für die Zahlung werden Assignationen auf die geistlichen Güter und Domänen angewiesen; man errichte, statt der Bank, wie sie jetzt ist, eine Nationalbank, die ihre verschiedenen Zweige in unseren vornehmsten Handelsstädten haben soll, auf Aktien organisirt und unabhängig vom Staat nach der ihr vorgeschriebenen Constitution blos dem Schutze desselben unterworfen“.

Zuletzt stellt Hardenberg noch den Zusammenhang der verschiedenen Pläne ins Licht. „Das beabsichtigte einfachere und gleichheitlicher aufgelegte Steuersystem, — mit völliger Gewerbefreiheit und den Erleichterungen für den Bauernstand in Absicht auf Vorspann, Fourage und Brodkornlieferungen, für den Städter in Absicht auf Servis und Plackereien bei der Accise, – das einem Jeden zu bewilligende Eigenthum, — die Begünstigungen der Abfindungen wegen der Dienste durch freiwillige Uebereinkunft

1) Der Grundsatz wird ausgesprochen, daß die bisher nicht eigenthümlich verliehenen bäuerlichen Besitzungen in Eigenthum verwandelt, aber die auf denselben ruhenden Dienstbarkeiten und Berechtigungen gegen wechselseitige billige Entschädigungen abgelöst werden soll. Kein Besitzer bäuerlicher Nahrungen soll das Eigenthum ergreifen, noch die bisherigen Verbindlichkeiten zu Leistung und Abführung seiner Dienste und Abgaben verweigern. Dönniges, die Landesculturgesetzgebung Preußens I, S. 179. Vergl. Ursprung und Beginn der Revolutionskriege S. 339.

zwischen den Dienstberechtigten und Dienstpflichtigen, — die Aufhebung der Bann- und Zwangrechte gegen eine selten nur stattfindende Entschädigung, wo der Schaden überzeugend erwiesen wird, — der Patrimonialgerichte gegen zweckmäßige diesen zu substituirende Einrichtungen, — eine bessere Polizei und Kreisverfassung, — endlich eine auf richtige Grundsätze zu bauende consultative Repräsentation, — werden die Lasten weniger fühlbar machen und als Wohlthaten erscheinen und wirken".

Kommen wir nun auf diese consultative Repräsentation.

Im Februar 1811 versammelten sich die Convocirten, die wohl auch außerhalb als Notabeln bezeichnet wurden, an Zahl 64, in Berlin. Am 23. Februar eröffnete Hardenberg die Versammlung mit einer Anrede, in der er den Zweck derselben dahin bestimmte, daß sie über die Ausführung des neuen Steuersystems ihren Rath ertheilen solle. Er schlug nochmals den Ton der patriarchalischen Regierung an; wie ein guter Vater von seinen Kindern, fordere der König von seinen getreuen Unterthanen nicht blos Gehorsam; er wünsche die Ueberzeugung bei ihnen hervorzubringen, daß seine Verfügungen nur ihr wahres Wohl bezielen; daß die Opfer, welche er höchst ungern von ihnen verlangt, zur Rettung und Erhaltung des Ganzen nothwendig sind, des Ganzen, von dem das Heil des Einzelnen abhängt. Eine Berathung über die fünf Steuergesetze selbst und ihre Einführung ist es nicht, wozu sie berufen sind; doch soll das Versprechen ausgeführt werden, das bei dem Erlaß des Steueredikts gegeben worden ist, daß nämlich der König der Nation eine zweckmäßig eingerichtete Repräsentation, sowohl in den Provinzen als für das Ganze geben wolle, deren Rath er gern benutzen werde. Wäre die Noth nicht so dringend, wäre man nicht in der Nothwendigkeit gewesen, unverzüglich auf den Ertrag der Steuer rechnen zu müssen, so würde der König die Versammlung beschleunigt und über die Einführung der Steuergesetze mit ihr zu Rathe gegangen sein; die Provinzialstände zu berufen, würde zu keinem Resultat geführt haben; die Ver-

sammlung solle von der Unvermeidlichkeit der Veränderungen überzeugt werden, diese Ueberzeugung aber in den Provinzen verbreiten und dadurch die Ausführung der Gesetze erleichtern. Wo Modificationen nöthig sind, sollen solche eintreten, insofern das unbeschadet der wesentlichen Grundlagen geschehen kann. „Wo ist einer unter uns, der es bezweifelt, wie wehe es jetzt dem Herzen unseres geliebten Monarchen thut, in einer so verhängnißvollen und durch so manche Umstände drückenden Zeit, seinem Volke Lasten auflegen zu müssen, während er es nur mit Wohlthaten überhäufen und die geschlagenen Wunden ohne Schmerzen heilen möchte". Hardenberg setzt voraus, daß die Versammelten entschlossen sind, die allgemeine Last gleichmäßig zu tragen. „Sie werden zwar nicht vergessen, was das Wohl der Stadt oder der Provinz erfordert, zu der Sie gehören, aber Sie werden eingedenk sein, daß hier Ihr Standpunkt höher genommen werden muß; Sie werden sich als Bürger des ganzen Staates betrachten. — — Unzählige Hindernisse und Unannehmlichkeiten begleiten jetzt den Verwalter öffentlicher Angelegenheiten; und das reine Bewußtsein in seiner Brust, mit rechtlichem Eifer für das, was gut und was gerecht und was nach seiner Erkenntniß wohlthätig ist, nach allen Kräften zu wirken, seinem Beruf sich ganz zu widmen, seinem König unverbrüchliche Anhänglichkeit und Treue zu beweisen, — nur das kann und muß ihn aufrecht erhalten und stärken, selbst dann wenn er wider seinen Willen Unzufriedenheit erregt. — Nur kurzsichtige Beobachter könnten verkennen, daß in den großen Veränderungen, die allenthalben uns vorgingen, laute Aufforderungen liegen, nicht zu einer tadelnswerthen Nachahmung, aber zu einer klugen Aneignung solcher Grundsätze, Verfassungen und Einrichtungen, die aus dem Fortschritt des menschlichen Geistes und den veränderten Ansichten der Dinge folgen, gegen die das Alte sich vergeblich zu erhalten strebt. Und wie viel glücklicher sind wir, als Andere, wenn dieses ohne gewaltsame Erschütterungen durch den edlen Willen eines gerechten und einsichtsvollen Königs und durch willige Annahme abseiten eines gebildeten, folgsamen und über sein wahres Beste

aufgeklärten, gutgesinnten Volkes geschieht". Hardenberg proklamirte nochmals ausdrücklich die Grundsätze der neuen preußischen Gesetzgebung überhaupt. „Das neue System — das einzige, wodurch Wohlstand begründet werden kann, beruht darauf, daß jeder Einwohner des Staates, persönlich frei, seine Kräfte auch frei entwickeln und benutzen könne, ohne durch die Willkür eines anderen daran behindert zu werden; daß Niemand einseitig eine Last trage, die nicht gemeinsam mit gleichen Kräften getragen werde; daß die Gleichheit vor dem Gesetze einem jeden Staatsunterthan gesichert sei, und daß die Gerechtigkeit streng und pünktlich gehandhabt werde; daß das Verdienst, in welchem Stande es sich befinde, ungehindert emporstreben könne; daß in die Verwaltung Einheit, Ordnung und Kraft gelegt werde; daß endlich durch Erziehung, durch ächte Religiosität und durch jede zweckmäßige Einrichtung Ein Nationalgeist, Ein Interesse und Ein Sinn gebildet werde". Er schließt mit den Worten: „Gott segne den König und das Land und unsre Bemühung [1])".

Mit aller Beweglichkeit verband Hardenberg eine ungemeine Beharrlichkeit in seinen Grundüberzeugungen. Verwandte Gedanken hatte er schon im Jahre 1794 ausgesprochen; seine Verhandlungen mit Frankreich waren darauf berechnet, ihm Bahn zu machen; weiter durchgearbeitet und ausführlich motivirt erscheinen sie dann in seiner Denkschrift vom Jahre 1807; und 1811 konnten sie an höchster Stelle ausgesprochen werden. Hardenberg inaugurirte damit eine neue Gesetzgebung. Wir erörtern hier nicht, was vom Standpunkte der landständischen Aristokratie, nicht ohne Grund, oder auch was aus national-ökonomischen Erwägungen gegen Hardenberg erinnert wurde. In dessen Bestrebungen tritt ein historisches Element zu Tage: der Reflex der allgemeinen Bewegungen der Zeit, und zugleich die Nothwendigkeit, aus der unglücklichen Lage, in der man sich befand, einen Ausweg zu finden;

1) Schon bei Klose (281) findet sich ein Auszug der Rede wiewohl nicht ohne einige Mißverständnisse. Wir folgen der eigenhändigen Handschrift Hardenbergs.

um den Staat zu retten, entschloß man sich zur Annahme eines liberalen Systems.

Ganz andere Erwartungen waren, wie aus einer Schrift Adam Müllers hervorgeht, an den Wiedereintritt Hardenbergs in den aristokratischen Kreisen geknüpft worden. Der Gedanke, eine National-Repräsentation zu bilden, wurde in denselben mit Freuden ergriffen, aber offenbar in der Absicht, in dem Adel die Grundlage der neuen Verfassung zu suchen, die mit den Provinzen vereinbart zu einer Gemeinverfassung des Staates führen könne. Wie die von Hardenberg berufene Versammlung an die Notabeln, so erinnert dies Vorhaben an die Absicht der privilegirten Stände in Frankreich, die der Revolution voranging, die altständische Verfassung wieder zu beleben; der Unterschied liegt jedoch darin, daß in Preußen die legislative Gewalt des Königs über allem Zweifel erhaben war, und die Edikte den Versammlungen vorausgingen, nicht erst nachfolgen sollten. Die Opposition gegen die Regierung bewegte sich in Remonstrationen gegen das, was bereits geschehen war. In Preußen ließ sich durchaus nicht sagen, daß die Finanzedikte des Staates der Zustimmung von Generalständen bedurft hätten. Aber Generalstände gab es überhaupt nicht. Die neue Gesetzgebung sollte die Autorität der Landstände beseitigen, die den Bedürfnissen des Momentes nicht mehr entsprach, um eine nationale Verfassung vorzubereiten.

Siebzehntes Capitel.

Anfänge der Entzweiung zwischen Frankreich und Rußland.

Der preußische Staat gelangte nun wieder zu einer gewissen Consistenz; er durfte nicht jeden Augenblick für sein Dasein fürchten. Der Fürst, der die continentalen Geschicke in seiner Hand hielt, war damit einverstanden, daß ein Mann, auf dessen Entfernung er früher gedrungen hatte, jetzt die Zügel der preußischen Regierung in seinen Händen zusammenfaßte: denn er hatte selbst erfahren, daß auch dieser Staat eines geschickten und kräftigen Piloten bedurfte. Alles beruhte darauf, daß Napoleon von der Staatsverwaltung Hardenbergs ein friedliches Einvernehmen und eine gewisse Unterordnung, welche die Lage der Dinge gebot, erwartete. Zugleich aber hatte nun Hardenberg eine innere Regeneration den Ideen der Zeit gemäß ins Werk zu setzen unternommen, — welche unausführbar gewesen wäre, wenn nicht der Gedanke, die preußische Macht wieder herzustellen, dabei zu Grunde gelegen hätte. Dieser Gedanke war es, welcher alles wieder mit Leben und Hoffnung auf die Zukunft erfüllte. Damals freilich war an eine Unabhängigkeit, wie sie dem Begriff des Staates entspricht, an eine freie politische Stellung nach Außen noch nicht zu denken. Viel zu schwach waren die Kräfte des Landes, um unter den obwaltenden Staatenverhältnissen etwas bedeuten zu können. Aber eben diese, konnten sie anhalten? Konnte das Einverständniß zwischen

Frankreich und Rußland, von welchem alles Andere auf dem Continent abhing, auf immer Bestand haben? Ferner aber: der Kampf zwischen Frankreich und England, der die Welt umfaßte und seiner Natur nach den Continent nur allzu sehr berührte, war in vollem Gange: wohin konnte er führen? welche Wechselfälle ließ er erwarten?

Nach dem Frieden mit Oesterreich hatte Napoleon den großen Impuls seiner Macht wieder gegen Spanien gerichtet. Die französischen Truppen siegten bei Ocaña, König Joseph nahm im Februar 1810 Sevilla ein. Worauf es aber eigentlich ankam: die Engländer wurden nicht von der Halbinsel vertrieben. Indem dies auf das ernstlichste versucht werden sollte, nahm man in der Politik Napoleons eine auffallende Veränderung wahr. Denn da weder die Spanier noch auch König Joseph so viel als nöthig dazu beitragen konnten, das Ziel zu erreichen, so hielt Napoleon für geboten, die nördlichen Provinzen von Spanien unter seine eigne Verwaltung zu nehmen. Das Land bis an den Ebro ward in französische Militärdivisionen eingetheilt; die commandirenden Generale, denen auch die Administration übertragen wurde, sollten ihre Befehle nur noch von Paris, nicht mehr von Madrid erhalten; er betrachtete die unmittelbare Reunion dieser Provinz mit Frankreich als Entschädigung für die Anstrengungen der Franzosen. An Stelle der spanischen Fahnen und Abzeichen sollten französische und katalonische treten [1]).

Napoleon kam gleichsam von der Politik Ludwig XIV., welche die Gründung stammverwandter Dynastien zum Zweck hatte, auf die Politik Richelieus und Mazarins zurück, welche Catalonien mit Frankreich zu vereinigen gesucht hatten. Was ihn dazu vermochte, war eben der Kampf gegen England, den er nur durch

1) Au Prince de Neuchatel et de Wagram, major général de l'armée d'Espagne; 21 février 1810. Correspondance de Napoléon T. XXI, 234. N. 16276.

unmittelbare Einwirkung seiner Behörden führen zu können meinte; dieser Gegensatz gegen England beherrschte sein Thun und Lassen überhaupt. Die Zeiten traten ein, in welchen jene continentale Blokade, die er den maritimen Uebergriffen von England entgegenstellte, der Kern seiner gesammten Politik wurde.

Man könnte wohl bezweifeln, ob der Gedanke, den Continent von dem Verkehr mit England loszureißen und das Inselreich dadurch zum Frieden mit Frankreich zu nöthigen, überhaupt ausführbar war. Das Vorhaben widerstrebte doch der uralten Weltordnung, die immer auf einer freien Bewegung der abendländischen Nationen unter einander und einer entsprechenden Einwirkung von England beruht hatte. Dazu war das Inselreich, so nahe dem Continent, durch Herkunft, Religion und Cultur mit demselben auf das Engste verbunden, geographisch recht eigentlich bestimmt, die Verbindung des Occidents mit allen Theilen der Welt zu vermitteln. Das Gleichgewicht der französischen und der englischen Marine, wie es früher bestanden, wie es noch im amerikanischen Kriege zu Tage getreten, schloß ein allgemeines Interesse in sich ein: dagegen den Engländern die Seeherrschaft vollkommen überlassen und den Continent von denselben losreißen zu wollen, lief dem allgemeinen Interesse vielmehr entgegen.

Jene Edikte vom August, September und Oktober 1810, nach welchen die englischen Waaren, die man fand, verbrannt werden mußten, wurden auf dem Continent als eine allgemeine Calamität empfunden. Napoleon sah darin eine Kriegsmaßregel: er erwartete durch dieselbe eine Reaktion in England hervorzubringen, welche die englische Politik nachgiebiger gegen Frankreich stimmen müsse. Die Schwierigkeiten selbst, auf die er stieß, dienten ihm als Motiv, seine unmittelbare Macht weiter auszudehnen. Von universaler Bedeutung war dabei folgender Moment.

Der Continent konnte die Colonial-Waaren nicht entbehren. Selbst Frankreich konnte es nicht: es bedurfte bei seinem Gewerbfleiß transmariner Materialien, die nicht anders als durch England zu beziehen waren. Wenn nun weder die Engländer in den

continentalen Häfen zugelassen wurden, noch auch andererseits das französische Reich und die von demselben abhängigen Küstenlande in unmittelbaren Handelsverkehr mit England treten durften, so geschah es, daß die neutrale Flagge, namentlich die amerikanische, die Vermittelung dieses Verkehrs, welche offenkundig nicht geschehen durfte, auf Schleichwegen unternahm. Amerikanische Schiffe erschienen mit englischen Ladungen an allen Häfen von der Newa bis an die Schelde; sie fanden ohne viel Schwierigkeit Eingang, Napoleon selbst setzte sich dem nicht geradezu entgegen, wenn sie nur festgehalten und ihre Ladungen confiscirt wurden. Dazu aber hätte es einer Mitwirkung aller Staatsgewalten bedurft, die wieder an den lokalen Interessen Hindernisse fand, so daß Napoleon selbst in den weiten Gebieten, die seine Waffen beherrschten, zu successiven Annexionen veranlaßt wurde.

Daß er Holland und Westfalen seinen Brüdern verliehen hatte, flößte ihm hiebei keine Rücksicht ein. Man darf es wohl nicht als unersättliche Herrschbegier bezeichnen; die französische Administration, welche, in dem Zwecke mit Napoleon einverstanden, ihre eiserne Hand unaufhaltsam nach allen Regionen hin ausstreckte, mißbilligte die Tendenzen der Selbständigkeit, die sich an den kleinen Höfen der Brüder Napoleons regten; sie wollte allenthalben absolut und allein herrschen.

Schon im April 1810 wurden Nordbrabant und Seeland von Holland losgerissen. In dem jetzt mit Westfalen vereinigten Hannover wurde Davout mit einer starken Macht aufgestellt, um dem Verkehr namentlich der Hansestädte mit England ein Ende zu machen. Aber dabei konnte es sein Verbleiben nicht haben. Der König von Holland nahm sich seiner Unterthanen an, die, zwischen England und Frankreich eingeengt, ihre gewohnte Thätigkeit und Subsistenzmittel verloren. Es kam auch hier vor, daß Ladungen der Neutralen Eingang fanden, von denen sich herausstellte, daß sie zum Theil den Holländern, zum Theil englischen Häusern, die mit ihnen correspondirten, angehörten. Aber Napoleon bestand auf ihrer Confiskation. Dem preußischen Gesandten hat er ein-

mal sagen lassen, er wolle lieber mit ganz Europa Krieg führen, als eine Abweichung von seinen Befehlen gestatten. König Ludwig fühlte wohl, daß er sich nicht behaupten könne: sein Königreich wurde durch dieselbe Hand zertrümmert, die es gegründet hatte; Holland wurde in neun französische Departements eingetheilt. Auch hier, wie in Spanien, trat die unmittelbare Herrschaft an die Stelle einer dynastischen Vermittlung.

So weit kam es in Westfalen nicht; aber das Land war durch die Zolleinrichtungen Napoleons seiner Selbständigkeit beinahe beraubt. Besonderen Werth legte der König von Westfalen auf den Besitz der Mündungen der Elbe und der Weser, durch den er Meister des deutschen Handels zu werden hoffte. Im August 1810 mußten sich seine Truppen von den Mündungen zurückziehen: an ihre Stelle traten französische. Im Dezember folgte ein Dekret, durch welches alle Gebiete an der Nordseeküste jenseit einer Linie, die vom Einfluß der Lippe in den Rhein bis an den Zusammenfluß der Stecknitz und Elbe reichte, mit dem französischen Reiche vereinigt wurden.

Auch Preußen wurde von dem Continentalsystem sehr empfindlich betroffen. In den Zeiten seiner Neutralität war es zu einem blühenden Handel gelangt, der die allgemeine Wohlfahrt hob und neu begründete. Dieser Verkehr aber, schon in Folge der Verwicklungen des Jahres 1805 gelähmt, wurde durch die Bestimmungen des Friedens von Tilsit so gut wie vernichtet. Man empfand das besonders in Schlesien, aber auch in anderen Theilen der Monarchie; die englischen Waaren wurden auch in dem preußischen Gebiet mit Beschlag belegt und von den preußischen Messen ausgeschlossen. Zuweilen gerieth man über die weiteren Anordnungen des napoleonischen Systems in unangenehme Berührungen mit den Franzosen. Diese behaupteten, daß der Verkehr mit den Colonialwaaren und den englischen Manufakturen von Königsberg und Stettin aus über ganz Norddeutschland vermittelt werde. An einer Connivenz der preußischen Behörden in den Ostseehäfen läßt sich nicht zweifeln; aber man er-

fährt, daß der französische Consul in Königsberg die Zulassung amerikanischer Schiffe selbst begünstigte, was ihm große pekuniäre Vortheile eintrug. Gegen Ende des Jahres 1810 behauptete man, in Swinemünde seien fünf englische Fahrzeuge zwar mit Beschlag belegt, aber dann den englischen Commissaren wieder verkauft worden. Bei der Untersuchung zeigte sich, daß alle legalen Formen beobachtet waren und schließlich der Verkauf nicht stattgefunden hatte, da sich der französische Consul demselben widersetzte.

Von verdoppelter Wichtigkeit war es für Preußen bei dem Umsichgreifen der französischen Annexionen, die pekuniären Verhältnisse mit Napoleon zu regeln. Bereits im August 1810 wurde unter Vermittlung der Seehandlung eine Abkunft mit einem der angesehensten Pariser Häuser, Fourton, Ravel und Co. abgeschlossen, nach welchem sich dies verpflichtete, bis Ende des Jahres 1810 die Summe, welche an der Hälfte der gesammten Kontribution nochfehlte, nehmlich 14,8 Millionen Francs, der französischen Regierung zu zahlen. Man rechnete darauf, daß dann dem Vertrag vom 8. Septbr. 1808 gemäß die Festung Glogau von den französischen Truppen geräumt werden würde.

Aber Napoleon wollte zwar sein Geld haben; die an die Zahlung geknüpfte Erleichterung aber dem König von Preußen zu gewähren war er nicht gemeint; er verlangte, daß die Abkunft mit dem Pariser Hause sich auf die Zahlung der gesammten Summe erstrecke und erhob außerdem noch Ansprüche auf Zinsen.

Eine neue Schwierigkeit war, daß durch den Bankrott einiger holländischer Häuser, der aus der Continentalsperre entsprang, auch das Haus Fourton mit betroffen wurde. Das Hauptmotiv der Weigerung Napoleons lag aber in der allgemeinen Politik, namentlich in seinem Verhältniß zu Rußland, das zwar noch unerschüttert schien, aber es nicht mehr war.

Dies Verhältniß war für Preußen, wie von Anfang an, so auch unter den damaligen Conjunkturen so wichtig, daß wir darauf näher eingehen müssen.

Wenn man dem Ursprung der Zerwürfnisse zwischen dem russischen und napoleonischen Kaiserthum nachforscht, so liegt derselbe, wie vor einigen Jahren, wieder in der Nichtratifikation eines bereits geschlossenen und von dem Gesandten unterzeichneten Vertrages; der die Ratifikation verweigernde Theil war aber dies Mal nicht Rußland, sondern Frankreich.

Der Friede von Wien hatte, wie angedeutet, eine unangenehme Sensation in St. Petersburg hervorgerufen: denn höchst unwillkommen war den Russen die Verstärkung des Herzogthums Warschau, mit der sich die Idee einer Wiederherstellung des alten Königreichs gleichsam naturgemäß verknüpfte. Alexander forderte, gegen diese Eventualität gesichert zu werden, und der französische Gesandte, Caulaincourt, welcher den Auftrag hatte, Rußland beruhigende Versicherungen zu geben, ließ sich zu einem Traktat herbei, dessen erster Artikel die Verpflichtung enthielt, daß das Königreich Polen niemals hergestellt werden solle. Nach einem zweiten Artikel sollte Napoleon darüber wachen, daß in allen öffentlichen Akten der Name Polen auch für einen der Theile, aus denen es sich ehedem zusammensetzte, nie gebraucht werde. Man begreift beides: daß Rußland dies Abkommen forderte, — denn in der Wiedererhebung von Polen lag die größte Gefahr, die es zu bestehen haben konnte —; aber auch daß Napoleon Bedenken trug, den Traktat zu ratifiziren. Wohl war nicht die bestimmte Absicht gefaßt, das Königreich Polen wiederherzustellen; Napoleon erinnerte vielmehr die Russen, er würde das schon lange haben thun können, wenn es in seinem Sinne gelegen hätte. Aber so weit ging seine Freundschaft für Rußland nicht, um es gegen diese Möglichkeit auf immer sicher zu stellen. Er bemerkte: eine Zusage, wie sie der erste Artikel enthalte, gehe über das menschliche Vermögen hinaus; er würde sich durch denselben anheischig machen, gegen die Wiederherstellung Polens, von welcher Seite sie auch komme, die Waffen zu ergreifen; um der Polen selbst und um der Franzosen willen dürfe er das nicht; denn in den Polen habe er immer bereitwillige Hingebung gefunden; die

Franzosen könne er nicht verpflichten, ihr Blut zu vergießen, damit Polen unterworfen bleibe; und ferner: wie solle er versprechen, darüber zu wachen, daß der Name Polen aus allen öffentlichen Akten verschwinde; er könne sich nur verpflichten, diesen Namen nicht selber zu gebrauchen.

Offenbar ist, daß hier eine Frage vorlag, welche die allgemeinen großen Verhältnisse betraf. Inwiefern Napoleon die französische Revolution vertrat, die sich in intimem Connex mit Polen entwickelt hatte, durfte er diesen Pakt nicht eingehen; er würde sich dadurch mit der öffentlichen Meinung in Frankreich entzweit haben. Gleich bei der ersten Entgegnung Napoleons am 6. Februar mußte sich die Differenz als unüberwindlich herausstellen. So scheint sie auch Napoleon betrachtet zu haben. In der wichtigsten Angelegenheit, die ihm vorlag, that er jetzt einen entscheidenden Schritt, der zwar nicht durchaus davon motivirt worden ist, aber damit zusammenhängt.

Es mag dahin gestellt bleiben, ob er jemals ernstlich an die Vermählung mit der russischen Großfürstin Anna gedacht hat: sie war noch zu jung, um eine baldige Nachkommenschaft hoffen zu lassen; überdies: sie hielt an dem griechischen Ritus fest, dessen Ausübung durch eine Kaiserin in Frankreich einen unangenehmen Eindruck hervorgebracht haben würde. Alexander zögerte, sich darüber zu erklären. Aber schon vorher hatte Napoleon Anträge an Oesterreich gemacht und vorläufige Zusagen erhalten. Wie Metternich später gesagt hat, lag für Oesterreich das Motiv für solche in der Besorgniß vor dem Zustandekommen einer intimen und niemals wieder zu lösenden Allianz zwischen Frankreich und Rußland. Auch Napoleon verknüpfte diese Beziehungen. An demselben Tage, an welchem er aussprach, jene von Caulaincourt unterzeichnete Convention nicht ratifiziren zu wollen, wandte er sich an den österreichischen Gesandten mit der Erklärung, daß er bereit sei, über seine Vermählung mit einer Erzherzogin abzuschließen. Für Napoleon, der, wie schon erwähnt, um seinen Thron zu befestigen, einen Leibeserben zu haben wünschte, lag ein persönliches

Interesse darin, eine Erzherzogin heim zu führen, wodurch er mit dem ältesten und vielleicht angesehensten Hause von Europa in die engste Familienverbindung trat, und so daß diese veranlaßt zu werden schien, die Sache des französischen Empire als seine eigne zu betrachten. Die österreichische Prinzessin wurde, wie man gesagt hat, als die letzte Siegestrophäe nach Frankreich geführt; sie setzte sich auf den Thron nieder, von welchem Marie Antoinette herabgestürzt worden war, um das Schaffot zu besteigen; diese düstere Erinnerung aber trat damals nicht in den politischen Gesichtskreis. Kaiser Franz sah in der Vermählung eine definitive Sicherung gegen Frankreich, eine eventuelle gegen Rußland; Napoleon meinte dadurch den Einfluß Englands auf den österreichischen Hof auszuschließen.

Aber indem sich Napoleon dergestalt auf das Engste mit Oesterreich vereinigte, stiegen seine Differenzen mit Rußland unaufhörlich an. Daß man in Rußland die Vermählung des französischen Kaisers mit der Erzherzogin sehr übel genommen habe, läßt sich kaum denken: die politische Meinungsverschiedenheit war an sich bereits zu groß. Die Russen brachten noch einen Gegenentwurf für den erwähnten Traktat in Vorschlag, welcher einige Modifikationen in den Nebenartikeln enthielt, in dem vornehmsten aber, dem ersten, keinen Schritt breit zurückwich. Napoleon machte einige Bemerkungen dagegen, aber der russische Gesandte Kurakin erwiderte, seine Instruktion verbiete ihm einen anderen Vertrag zu unterzeichnen, als einen solchen, der dem russischen Gegenentwurf entspreche (Juli 1810). Hierauf zog Napoleon seinen Entwurf zurück: die große Differenz blieb ungeschlichtet.

Von welcher Tragweite dieser Akt war und werden sollte, zeigte sich zuerst in Constantinopel. Wenn nämlich die Russen endlich mit der Besetzung der Donaufürstenthümer Ernst gemacht hatten, aber bei den Türken auf eine entschiedene Weigerung, in irgend eine Abtretung zu willigen stießen, so schrieben sie dieselben den vereinigten Einwirkungen von Frankreich und von Oesterreich zu. Unter diesem Eindruck machten sie den Türken bei weitem

gemäßigtere Vorschläge, als bisher, und zugleich ließen sie durchblicken, daß das Mißverständniß, in dem sie seit dem Tilsiter Frieden mit England standen, ihre Politik nicht mehr beherrsche: sie ließen den Großherrn wissen, ihre Meinung sei nicht, ihn zu einer Verzichtleistung auf seine Verbindung mit England zu nöthigen[1]: Alles in tiefstem Geheimniß. Aber darin liegt doch, daß die intime Allianz, die seit dem Tilsiter Frieden die Welt beherrschte, sich aufzulösen begann. Entscheidend griff auch hier das Continentalsystem ein.

Im Oktober 1810 ließ Napoleon den Kaiser Alexander auffordern, die neutralen Schiffe, namentlich die amerikanischen, in seinen Häfen in Beschlag zu nehmen: denn die Colonial-Waaren an ihrem Bord seien ohne Zweifel englisches Eigenthum; er sagte: eine Anordnung dieser Art würde gleichsam der Gnadenstoß für England sein; es würde dadurch genöthigt werden, Frieden zu machen[2]. Ganz anders aber waren die Ansichten und Impressionen Alexanders; er antwortete: er halte an den Bestimmungen von Tilsit fest; er lasse alle Schiffe confisciren, die nicht den Beweis liefern könnten, daß sie neutrale seien; daß er nun aber auch diese mit Beschlag belegen und confisciren solle, gehe über jene Bestimmung hinaus; er würde sich dadurch mit befreundeten Nationen entzweien; Rußland könne die Colonial-Waaren nicht entbehren; woher solle es dieselben empfangen, außer eben durch die Amerikaner.

Dadurch wurde die größte Angelegenheit, mit der Napoleon eben umging, gegen ihn entschieden. Um die ganze Sache zu überblicken, dürfen wir nicht versäumen, der Zerwürfnisse zu ge-

1) Le ministère russe, persuadé comme vous de la difficulté de réussir dans ses négociations avec la Porte ottomane s'il ne parvient pas à la rassurer sur ses intentions quant à l'Angleterre et ses rapports avec cette puissance, m'autorise à vous faire connaitre qu'il n'a jamais songé à vouloir obliger le grand-seigneur à renoncer à ses relations avec le gouvernement britannique. Schladen à Werther, Saint-Pétersbourg, 4 septembre 1810.

2) Auszug aus der Depesche Marets vom 10. Oktober 1810, bei Lefebvre IV, 82.

denken, in die er aus demselben Grunde mit der andern nordischen Macht, mit Schweden, gerieth.

Hier war Gustav IV. in dem Conflikt zwischen England, das nichts für ihn that, und der russisch-französischen Verbindung, die ihm Finnland entriß, gestürzt worden: das Gewaltsame und Schwankende seiner Haltung im Innern entsprach dem äußeren Unglück. Eine Thronrevolution ward auf das leichteste vollzogen, und eine neue Regierung trat ein, welche ihren Frieden mit Rußland und Frankreich schloß und dem Continentalsystem beitrat. Die Schweden hatten sich einige Ausnahmen bedingen wollen, namentlich in Bezug auf die Zufuhr von Wein und Salz, die aber Napoleon nicht annahm. In Schweden wurde das System noch weniger vollständig ausgeführt, als in Rußland. Napoleon erlaubte sich darüber im Oktober 1810 eine sehr lebhafte Expektoration gegen den schwedischen Gesandten Lagerbielke; er machte den Schweden zum Vorwurf, daß sie, im Widerspruch mit allen ihren Versprechungen, doch in Verbindung mit England seien; man verschließe zwar den englischen Schiffen den Hafen von Gothenburg, aber in der Nähe desselben nehme man die Ladungen englischer Fahrzeuge in Empfang, und verführe sie von da aus nach deutschen Häfen; Schweden schade ihm dadurch mehr als man glaube, und mehr als alle früheren Coalitionen; er habe darüber eine Nacht nicht schlafen können. Er sprach kurz und gut seine Forderung dahin aus: Schweden müsse wählen: entweder Kanonenschüsse gegen die englischen Fahrzeuge, oder Krieg mit Frankreich.

Schon war in dieser Zeit der französische Marschall Bernadotte zum Thronfolger in Schweden erwählt worden. Es war ohne Zuthun Napoleons geschehen; doch machte er sich ein Verdienst daraus, daß er es zugegeben habe, obwohl Rußland dadurch hätte verletzt werden können, wie sich denn schon das Gerücht verbreite: Frankreich suche seine alte Verbindung mit Schweden, Polen, Türken zu erneuern. Gewiß hat die bei den Schweden zu einer nationalen Gewohnheit gewordene Hinneigung zu Frank-

reich bei dieser Wahl mitgewirkt; zugleich aber war ihre Absicht, die höchste Gewalt in eine starke Hand zu bringen, welche dieselbe im Interesse des Landes verwalten könne und wolle. Als die drohenden Erklärungen Napoleons in Schweden zur Sprache kamen, deutete der Kronprinz an, daß es nicht eben das französische Interesse sei, was sich in ihm repräsentire; man möge, sagte er, bei dem zu fassenden Entschluß auf seine besondere Stellung keine Rücksicht nehmen. Das Uebergewicht der Franzosen und ihre enge Verbindung mit Rußland ließen jedoch keine Wahl übrig. Noch im November wurde der Krieg gegen England erklärt. Es war die Forderung Napoleons gewesen; aber es zeigte sich sogleich, daß er mit der Gewährung derselben noch nicht befriedigt war. Er brachte eine enge Allianz in Antrag, welche dahin führen sollte, daß schwedische Matrosen in französische Dienste überlassen und französische Douaniers in Gothenburg zur Ausführung des Continentalsystems in aller seiner Strenge aufgestellt würden. So weit aber wollte man in Schweden doch nicht gehen; so ganz konnte und wollte auch der Kronprinz die Selbständigkeit des Landes nicht aufgeben, zumal da Napoleon sich über die Gegenleistungen zu Gunsten Schwedens auszusprechen ablehnte. Es erfolgte, daß Schweden hierauf von den Engländern, denen es den Krieg erklärt hatte, sehr milde, von den Franzosen, mit denen es verbündet war, sehr strenge behandelt wurde. Die französischen Kaper machten Jagd auf die schwedischen Schiffe, die nun in der Nähe der englischen Flotte einigen Schutz fanden. Das anmaßende Verfahren des französischen Gesandten in Stockholm Alquier, so anmaßend, daß Napoleon selbst es nicht billigte, führte zu einem Abbrechen der unmittelbaren diplomatischen Verhandlungen.

Das traf nun eben damit zusammen, daß Rußland dem Kaiser Napoleon die Mitwirkung zur Verfolgung der neutralen Schiffe — eine Forderung, in der sein Continentalsystem seinen Angelpunkt hatte — geradezu versagte.

Der Verdruß, den er hierüber empfand, trug zu der Rück-

sichtslosigkeit bei, mit welcher er in Norddeutschland gegen den Herzog von Oldenburg, Oheim Alexanders, verfuhr. Oldenburg war durch die Nähe von Helgoland, wo sich die englischen Waaren anhäuften, von großer Wichtigkeit für die Ausführung des Continentalsystems. Trotz mancherlei Contraventionen gegen dasselbe war es bisher aus Rücksicht auf Alexander geschont worden. Jetzt hörte diese Schonung auf. Im December 1810 wurde Oldenburg in die Küstengebiete einbegriffen, die Napoleon dem französischen Reiche einverleibte. Aber wie hätte das Verfahren, das noch mit vielen kleinen Gehässigkeiten verknüpft war, nicht wieder auf Alexander wirken sollen? Eine Zeit lang vermied er den französischen Gesandten zu sehen; als dies wieder geschah, zeigte er eine lebhafte Entrüstung: denn das Verfahren Napoleons laufe dem Frieden von Tilsit, in welchem dem Herzogthum seine Unabhängigkeit gesichert sei, schnurstracks entgegen; hauptsächlich aber: es sei ein Schlag, den Napoleon seinem bisherigen Freunde versetze, durch den ganz Europa erfahre, daß ihre Allianz nicht mehr bestehe. Die wachsende Entfremdung Rußlands trat dann in dem Ukas vom 31. December zu Tage, der einen Zolltarif enthielt, durch welchen der Verkehr mit den Colonial-Waaren sehr erleichtert, dagegen die Einfuhr französischer Manufakturen und Weine stärkeren Belastungen unterworfen wurde. Der Ukas war eine allgemeine Maßregel, hauptsächlich durch den Fall des russischen Papiergeldes hervorgerufen, dem man nur durch Hebung des Verkehrs und der Industrie abhelfen zu können meinte. Napoleon faßte denselben gleichsam als Repressalie wegen der Einverleibung Oldenburgs und als eine Feindseligkeit gegen Frankreich auf. In den Discussionen, die dann folgten, äußerte Alexander: sein Minister Romanzoff und er selber seien die einzigen Personen in seinem Reiche, durch welche die Allianz mit Frankreich gutgeheißen würde[1]); sie sei für Rußland nützlich gewesen in Finnland, nicht so sehr in den Donaufürstenthümern; aber wie

1) Thiers XII, 371.

viel größer seien die Vortheile Frankreichs, welches sich indeß in Spanien, Italien und an der Nordsee ausgedehnt habe?

Napoleon seinerseits sagt in einem Schreiben an Alexander vom 28. Februar 1811[1]): der Ukas sei in Form und Inhalt gegen Frankreich gerichtet; hätte der Kaiser vorher Rücksprache mit ihm genommen, so würden sich vielleicht Mittel der Verständigung haben finden lassen; in Frankreich würde dieser Erlaß dann nicht als eine Veränderung des Systems betrachtet worden sein; schon glaube man in England und ganz Europa, daß die Allianz zwischen Frankreich und Rußland nicht mehr existire. Und so verhielt es sich in der That: in dem englischen Parlament hat man ausgesprochen, daß man durch den Krieg in der Halbinsel den Thron von St. Petersburg stütze. Napoleon glaubte in Alexander die Absicht voraussetzen zu müssen, so bald es möglich sei, sich mit England auszusöhnen. Dadurch aber, sagt er, würde der Krieg zwischen beiden Reichen, Rußland und Frankreich, unvermeidlich werden[2]). Alle Tage, fügte er am 6. April hinzu, empfange er Nachrichten, welche nichts weniger als friedlich lauten; gestern habe er aus Stockholm erfahren, daß die finnländische Armee sich den Grenzen des Herzogthums Warschau nähere; wenige Tage früher habe man ihm aus Bucharest gemeldet, daß fünf russische Divisionen aus der Moldau und Wallachei abgerückt seien, um sich nach Polen zu begeben; so verlasse die russische Armee die Grenzen, wo ihre Anwesenheit nothwendig wäre, um sich nach andren zu ziehen, wo Alles mit Rußland befreundet sei; auch er habe an sich selbst denken und seine Maßregeln nehmen müssen; dies werde wieder entgegengesetzte von Seiten Rußlands hervorrufen; er seinerseits werde immer der Freund Rußlands bleiben; aber er müsse befürchten, daß die Europa beherrschende Fatalität den Krieg hervorrufen werde.

1) Correspondance de Napoléon Ier. XXI, 424. N. 17395.

2) Je suis frappé de la pensée, que Votre Majesté est toute disposée, aussitôt que les circonstances le voudront à s'arranger avec l'Angleterre, ce qui est la même chose que d'allumer la guerre entre les deux empires.

Die Fatalität lag in den beiden großen, noch unentschiedenen Differenzen; Rußland zog damals den Transit aller Colonialwaaren an sich, die nun besonders zu Brody einen Stapelplatz fanden, von dem sie sich über das östliche Europa ausbreiteten. Hierdurch bildete sich eine Art von commercieller Vereinigung, an der auch die Schweden theilnahmen, gegen das Continentalsystem, welches hiebei nicht bestehen konnte. Nicht minder fiel die polnische Angelegenheit ins Gewicht; nicht allein rüstete sich Napoleon, um nöthigen Falls Warschau zu unterstützen, sondern hier kam es zu nationalen Aufwallungen, welche Rußland sehr unangenehm berührten. Zu Sierock und Modlin wurden polnische Lager errichtet, in der Hauptstadt rief man nach Krieg. Am 8. Mai gab Romanzoff dem französischen Gesandten mit dürren Worten zu vernehmen: das Herzogthum könne in dem Zustand, in welchem es sich befinde, nicht bleiben [1]). Alexander fügte hinzu: einem Herzogthum, wie es jetzt constituirt sei, gegenüber müsse sich Rußland bewaffnen; es würde den Krieg, so gefährlich derselbe werden könne, diesem Zustand vorziehen. Napoleon erklärte dagegen Ende Mai: er wisse, Rußland begehre das Herzogthum Warschau und die Stadt Danzig; er dagegen setze Danzig in Vertheidigungszustand und fordere das Herzogthum auf, sich zur Gegenwehr zu rüsten. „Ich würde mich für entehrt halten, wenn ich Warschau den russischen Anforderungen opfern wollte“.

1) Le grand-duché de Varsovie ne peut rester constitué tel qu'il est.

Achtzehntes Capitel.

Verhandlungen zwischen Preußen und Frankreich bis zur Allianz vom Februar 1812.

Die allmählich anwachsende Entzweiung Napoleons mit Rußland wirkte nothwendig auch auf sein Verhältniß zu Preußen zurück. Wenn Hardenberg nur unter der Connivenz des französischen Kaisers zu seiner Stellung im preußischen Staate und zu der Möglichkeit gelangt war, die Pläne der neuen Organisation ins Werk zu setzen, so war man doch auch in Frankreich nicht ohne eine gewisse Eifersucht darüber, daß dieselben weiter führen möchten, als das französische Interesse gestatte. St. Marsan wurde beauftragt, darüber zu wachen, daß weder die preußische Armee allzu sehr vermehrt, noch etwa ein Reservefond in Königsberg angesammelt werde. Aber noch viel weiter gingen die Erwägungen, welche in Paris gepflogen wurden. In einem Memoire von Champagny[1]) ist die Besorgniß ausgesprochen worden, daß aus den populären Bewegungen religiöser und politischer Natur, welche in Deutschland vorwalten, eine allgemeine Revolution hervorgehen könnte; eine solche würde das deutsche Fürstenthum niederwerfen und die Idee der Nation überall emporbringen. Auch in Preußen herrsche unverkennbar eine ähnliche Tendenz; Hardenberg selbst stehe bei allem, was er thue, doch wieder unter der Herrschaft von Faktionen und der Einwirkung von Männern von düsterem und dunklem, aber immer emporstrebendem Geist wie Wittgen-

1) Rapport du duc de Cadore à l'Empereur de Napoléon, Fontainebleau 16 de novembre 1810, sur le système à l'égard de la Prusse.

stein. Champagny kommt zu dem Schluß, daß Preußen vernichtet werden müsse, um mit den Spolien desselben die Königreiche Sachsen und Westfalen stärker zu machen.

Wohl glaubte nun Hardenberg, dem dies Memoire zu Handen kam, nicht, daß Napoleons eigner Sinn dahin gehe, da die Anweisungen an St. Marsan keinerlei Absichten dieser Art verriethen. Aber seine Stellung wurde doch schon dadurch, daß der Gedanke in Betracht gezogen war, eigenthümlich modificirt; er mußte sich hüten, den populären Bewegungen freien Spielraum zu lassen: denn eben das würde ihn in Napoleons Augen verdächtig und seine Stellung unhaltbar gemacht haben. Sein Liberalismus mußte sich ganz auf seine organisatorische Thätigkeit beschränken, welche doch auch dahin zielte, den Staat administrativ und militärisch zu einer intensiven Macht zu erheben. Hardenberg lebte der Meinung, Napoleon werde hochherzig genug sein, um die Wiedererstarkung Preußens gern zu sehen; er werde selbst durch öffentliche Beweise seines Vertrauens den Credit des Staates wieder herstellen helfen, um an demselben einen sicheren Bundesgenossen zu haben.

Das Bedenkliche dieser Lage gelangte zur vollen Evidenz, als nun die erwähnten Zerwürfnisse zwischen Rußland und Frankreich hervortraten. Für kein anderes Land der Welt waren sie so bedeutend, wie für Preußen: denn wenn es wirklich zum Kampfe zwischen diesen beiden Mächten kam, so wurde das preußische Gebiet allem Anschein nach der Schauplatz desselben. Schon die Vorbereitungen dazu drohten verderblich zu werden. Selbst die Möglichkeit lag vor, daß ein neues Verständniß der beiden Mächte Verabredungen zum Nachtheil Preußens herbeiführte. Aber auch eine andere Aussicht ließ sich fassen: Preußen konnte den Streit zwischen den beiden Mächten benutzen, um zu einer Verbesserung seiner Gesammtlage zu gelangen. An und für sich leidet es keinen Zweifel, daß die Neigungen des Königs und des dirigirenden Ministers, sowie des Volkes, für Rußland waren: denn diese Macht verfocht doch das große

Princip der Unabhängigkeit der europäischen Staaten, auf welchem auch die Zukunft von Preußen beruhte. Aber noch war in frischem Gedächtniß, zu welchen verderbliche Verwickelungen das letzte Bündniß mit Rußland geführt hatte. Und unläugbar verfolgte Rußland doch auch andere Absichten, die seinen besonderen Interessen entsprachen. Welch ein Schicksal aber hatte man zu erwarten, wenn man sich mit Rußland verband und von Frankreich deshalb angegriffen wurde. Die Erhaltung des Staates schien eher das Gegentheil rathsam zu machen. Von Anfang an stellte der Minister Goltz dem französischen Gesandten für den Fall eines Bruches die Verbindung Preußens mit Frankreich in Aussicht. Wenn aber dieser darauf erwiderte, er wünsche die preußischen Propositionen zu hören, so zog man in Berlin vor, daß solche von französischer Seite kämen. Marsan ließ hierauf vernehmen, daß Preußen entweder ein Schutz- und Trutzbündniß mit Frankreich eingehen oder dem Rheinbunde beitreten möge. Gegen das letztere wandte Goltz ein, es würde den Ueberrest der Unabhängigkeit aufheben, den Preußen noch habe: denn die Mitglieder des Bundes seien verpflichtet, ihr Truppen-Contingent der Verfügung des Kaisers zu überlassen, eine Verpflichtung, der sich Preußen bei dem Range, den es noch einnehme, nicht unterwerfen könne: sie würde dem Geiste der Nation ganz zuwiderlaufen [1]). Es blieb also nur die erste Alternative: die der Allianz übrig, für welche Napoleon sich im Allgemeinen geneigt aussprach.

Nicht ohne inneres Widerstreben hat damals Friedrich Wilhelm den Fürsten Hatzfeld nach Paris geschickt, um Napoleon wegen der Geburt des Königs von Rom zu beglückwünschen. Hatzfeld war sehr französisch gesinnt: er sah das Heil von Preußen

1) Qu'une des obligations imposées aux Confédérés du Rhin était l'abandon de leurs contingents de troupes à la disposition de l'Empereur et que cette condition était incompatible — avec le rang que le Roi tenait parmi les têtes couronnées, et pour tout dire, avec l'esprit de la nation qui répugnerait à l'emploi des troupes prussiennes dans des pays lointains et dans guerres qui étaient étrangères à la Prusse.

in der Union mit Frankreich und hielt dies für die Gesinnung des Staatskanzlers. In einem vertraulichen Schreiben Hardenbergs wurde der Zweck seiner Unterhandlung dahin bestimmt, zu bewirken, daß Napoleon Preußen auf eine Weise an sich knüpfe, die seiner Größe würdig sei und dessen Dank verdiene [1]).

Wie Hardenberg dies verstand, zeigen die Propositionen, die er am 14. Mai 1811 durch Krusemarck an Napoleon gelangen ließ. Es wurde dem Kaiser für die Kriege, in die er in der Nähe der preußischen Grenze verwickelt werden könne, eine den Kräften des Landes entsprechende Hülfsmacht angeboten; die preußischen Truppen sollten als besonderes Corps agiren, unter der Führung eines preußischen Generals, jedoch unter dem Oberbefehl des Kaisers selbst oder des von ihm bestimmten General en Chef. Dagegen würde der Kaiser die Integrität und Unabhängigkeit von Preußen garantiren und dieselbe von den Rheinbundsfürsten und dem Herzogthum Warschau garantiren lassen. Da nun aber bei einer solchen Verbindung ein volles gegenseitiges Vertrauen vorausgesetzt werden müsse, so erwartet der König vor Allem: Rückgabe der Festung Glogau, auf welche er ein vertragsmäßiges Recht habe, nachdem die Hälfte der Contribution abgezahlt sei; ferner Verzichtleistung auf den Rest der Contribution, sobald es zum Kriege komme, da der König unmöglich beide Verpflichtungen zugleich erfüllen könne; endlich die Aufhebung der für die Stärke des Bestandes der preußischen Armee festgesetzten Beschränkungen, da eine Augmentation derselben für die Theilnahme an dem Krieg schlechterdings nothwendig werde. In Bezug auf den Antheil an den Vortheilen, der bei einem glücklichen Succeß der Waffen für Preußen bewilligt werden könnte, überlasse der König Alles der Entscheidung des Kaisers; aber es gebe einen Punkt, der vorläufig erledigt werden müsse; um bei den bevorstehenden Kriegswirren nicht unmittelbar selbst betroffen zu werden, wünsche der

1) Qu'il oublie nos torts, qu'il se plaise à s'attacher la Prusse d'une manière digne de sa grandeur, par la reconnaissance. Hardenberg au prince de Hatzfeld, 30 mars 1811.

König, daß ein Theil von Schlesien, und zwar der an Oestreich grenzende, für neutral erklärt werde; er soll als Asyl für ihn selbst und für seine Familie dienen [1]).

Die Anträge sind nach allen Seiten hin wohl erwogen; sie enthalten die Punkte, die zur Behauptung der Selbständigkeit des Staates, wenn die Allianz zu Stande kam, nothwendig waren. Krusemarck wurde beauftragt, Alles zu vermeiden, was bei Napoleon Verdacht erwecken könne; aus den Antworten desselben werde man sehen, ob er bei seinen politischen Combinationen Preußen als eine Monarchie bestehen zu lassen gedenke [2]). Eine Frage, von

1) La Prusse mettra à la disposition de la France un corps de troupes auxiliaires proportionné à ses moyens. Les troupes auxiliaires Prussiennes n'agiront que réunies dans un seul corps conduit et mis sous les ordres speciaux d'un commandant en chef prussien. Ce corps sera employé de préférence à la défense de la Prusse et de ses frontières, mais il concourra à l'exécution du plan général d'opération et sera sous ce rapport ou sous les ordres immédiats de S. M. l'Empereur, ou sous ceux du commandant en chef de toute l'armée alliée. Le Roi espère que S. M. Imp. et Rle. n'insistera plus sur l'article de la convention du 8 septembre 1808 qui s'oppose à l'augmentation de l'armée prussienne, cette augmentation devenant dans tous les cas indispensable à raison du besoin qu'on pourrait en avoir pour le but convenu; que S. M. l'E. aura égard à la juste reclamation de la restitution de la place de Glogau; que S. M. l'E. daignera souscrire à une diminution et prolongation des termes du payement de la contribution, proportionnées aux fraix que causeront au Roi les préparatifs nécessités par son engagement et à ceux déjà causés par la défense des côtes; que pour le cas inévitable de la guerre S. M. J. voudra bien lui accorder la remise entière de la contribution. S. M. (le Roi de Prusse) se flatte, que S. M. l'Emp. voudra bien se charger de la garantie de l'indépendance de l'intégrité et de l'état actuel des États et possessions du Roi. Pour tous les autres avantages à briguer en retour de l'offre gratuite de cette alliance, le roi s'en remet avec confiance à l'amitié et à la générosité de son auguste allié. Le Roi se flatte que S. M. l'E. voudra consentir et s'employer à St. Pétersbourg et partout où il en sera besoin à ce qu'une partie de la Silésie avoisinante à l'Autriche soit déclarée neutre afin que S. M puisse en cas de nécessité fixer son séjour pendant la durée de la guerre.

2) La Prusse a-t-elle en effet trouvé comme monarchie une place dans les combinaisons politiques de l'Empereur, dès lors mon alliance dans les circonstances présentes doit nécessairement avoir du prix aux

der doch alles Uebrige abhing. Hardenberg war damals sehr gegen eine Allianz mit Rußland, die, sagte er, allerdings vorzuziehen wäre, wenn nur eine feste und uneigennützige Politik bei Kaiser Alexander vorwaltete; aber noch in diesem Augenblick bestehe derselbe auf der Eroberung der Moldau und Wallachei, statt sich mit deren Unabhängigkeit zu begnügen; er beabsichtige sogar die Vereinigung Polens mit seinen übrigen ungeheuren Besitzungen; dadurch gerathe er in eine Entzweiung mit Oesterreich und reize diesen Staat zu einer heftigen Feindseligkeit. Auch Preußen werde dadurch auf das Bedenklichste betroffen; besser wäre es noch, wenn Polen ein unabhängiges Königreich würde, obwohl auch das für Preußen in Bezug auf die Ostseeprovinzen eine sehr bedenkliche Seite habe. Aus diesem Grunde widerrieth Hardenberg „dem Gefühl seines Herzens zuwider" die Allianz mit Rußland; die Existenz Preußens sei in Gefahr, wenn es sich mit Rußland verbinde; die Gefahr eines Bündnisses mit Frankreich sei weniger drohend, später drohend und mithin eher zu vermeiden. Stelle Napoleon unannehmbare Bedingungen, so sei es besser, mit Ehre zu fallen, als mit Schande zu existiren.

Wenn es nun aber dergestalt auf die von Napoleon zu gewährenden Bedingungen ankam, so gerieth man darüber sofort in die größte Verlegenheit. Man hatte erwartet, Napoleon werde sich gegen Hatzfeld, der im Allgemeinen in Kenntniß gesetzt war, über die preußischen Vorschläge äußern. Hatzfeld hatte seine Abschiedsaudienz am 28. Juni 1811. Napoleon sprach seine Zufriedenheit mit der politischen Haltung des Königs aus, so wie mit Hardenberg, der früher eine andre Meinung gehegt habe, jetzt aber auf die richtige zurückkomme; man möge nur die Faktionen niederhalten. Er versicherte, daß er von Preußen nichts begehre; die vorgenommene Verstärkung seiner Truppen nach dem Osten hin sei nur in seiner politischen Lage begründet gewesen; jetzt aber habe sich diese so weit

yeux de L. M. J., et nul doute en ce cas que, sauf peut-être de légères modifications, elle ne soit disposée à la négocier sur les bases que j'ai mises en avant. Aus der Instruktion Krusemarck's vom 14. Mai 1811.

verändert, daß er einen Bruch mit Rußland nicht mehr fürchte. Von einer Allianz und den Erleichterungen, die Preußen durch dieselbe zu erlangen hoffte, schwieg er still. Der Herzog von Bassano hatte geäußert, daß man auf die Allianz mit Preußen nicht eingehen könne, so lange die Verhältnisse zu Rußland nicht entschieden wären.

Dies Stillschweigen aber machte in Berlin den unangenehmsten Eindruck: denn was Napoleon sage, laufe doch nur auf leere Worte hinaus, ohne alle verbindende Kraft. In Erstaunen setzte ein Gutachten von einem bekannten Franzosenfreunde, Ephraim, welches damals bei Hardenberg einging, der es französischen Inspirationen zuschrieb. Danach sollte das pommersche und westpreußische Küstenland, vielleicht auch ganz Ostpreußen an Napoleon abgetreten, oder doch zu dessen Verfügung gestellt werden; wogegen Preußen durch Bestandtheile in Polen und Sachsen zu entschädigen wäre, so daß es einen von Rußland ganz getrennten Staat ohne Debouches ausgemacht hätte. Hardenberg combinirt das mit den allgemeinen Tendenzen des Continentalsystems; aber, ruft er aus, „was für ein armes, des Absatzes seiner Erzeugnisse, des freien Verkehrs beraubtes Land würde damit Preußen geworden sein.“ Er legte das Gutachten ohne weitere Beachtung bei Seite. Aber Alles, was geschah, mußte doch die lebhaftesten Besorgnisse erwecken. Alle Etappenstraßen füllten sich mit Franzosen, die Garnisonen in den besetzten Festungen nahmen unaufhörlich zu, an allen Grenzen fanden Truppenanhäufungen statt; Napoleon verweigerte hartnäckig die Räumung von Glogau, dem eingegangenen Vertrag zum Trotz. Ihn beschäftigte vor allem die Absicht, eine starke und unangreifbare Stellung gegen Rußland einzunehmen. Es ist gewiß, daß er bereits die Besetzung der noch übrigen preußischen Festungen in Aussicht nahm [1]); er hatte sie noch nicht befohlen, aber doch sie vorzubereiten Anstalt getroffen. Nicht, daß er schon damals Preußen noch weiter zu schmälern

1) Schreiben Napoleons an den General-Inspektor der Artillerie, Grafen de la Reboisière vom 21. März 1811. Corresp. XXI, 466.

oder zu vernichten mit Bestimmtheit entschlossen gewesen wäre; seine allgemeinen Verhältnisse gestatteten das nicht. Aber er wollte es willenlos für seine Absichten gebrauchen. Der König selbst fürchtete das Aeußerste. Die Dispositionen Napoleons, sagte er, seien immer die nämlichen, wiewohl demselben die Zeit noch nicht gekommen zu sein scheine, der Existenz Preußens ein Ende zu machen.

In dieser unerträglichen Lage wurde nun der Beschluß gefaßt, den preußischen Staat in Vertheidigungsstand zu setzen. Es ist immer mit vollem Recht als eine der großen Handlungen Hardenberg's angesehen worden, daß er im Einverständniß mit dem dazu sehr bereiten König energische Rüstungen anordnete. Sein diplomatisches Gewissen, wenn wir so sagen dürfen, wurde dadurch beruhigt, daß Napoleon den Vertrag vom 8. Septbr. 1808 nicht beobachtete, sodaß auch Preußen an denselben nicht mehr gebunden zu sein schien. Die Truppen wurden nun weit über die in dem Traktat festgesetzte Anzahl vermehrt; jenes System, nach welchem eingeübte Soldaten wieder unter die Fahne gerufen werden konnten, wurde ausgeführt, neue Rekrutirungen angeordnet, die Festungen armirt. Die Politik des Kabinets neigte sich wieder zu Kaiser Alexander, welcher dem König zu Gemüth führte, daß eine Verbindung Preußens mit Frankreich zur Vernichtung der Unabhängigkeit Europas beitragen werde; und sich selbst werde der König dadurch schwerlich retten, wie das Beispiel anderer Fürsten zeige, die mit Frankreich in Verbindung getreten seien; übrigens versicherte er, seine Intention sei nur friedlicher und defensiver Natur. Die Gesammtlage tritt in diesem Briefwechsel deutlich zu Tage. Der König drückt dem Kaiser seine Hoffnung aus, der Nothwendigkeit überhoben zu werden, sich mit Napoleon gegen seinen besten Freund zu verbinden [1]); wenn der Krieg noch ein Paar Jahre verschoben werde, so würden Preußen und Oesterreich Kraft gewinnen, sich zu demselben vorzubereiten.

1) Schreiben des Königs an Kaiser Alexander vom 16. Juli 1811. Duncker a. a. O. S. 366.

Wohin dann die Ideen des Königs gingen, zeigt die Bedingung, die er dem Kaiser für die Allianz in einem solchen Kriege vorschlägt: der Kaiser solle versprechen, wenn die Sache glücklich gehe, ihn mindestens in alle die Besitzungen wiederherzustellen, die der letzte Friede ihm geraubt habe; auch dann aber, wenn es unglücklich gehe, keinen Frieden zu schließen, ohne die Existenz und die Interessen Preußens zu sichern. Unter diesen Voraussetzungen sprach er aus, daß er sich im Fall eines Krieges an Rußland anschließen würde; er erinnerte den Kaiser an sein Versprechen, jeden Angriff auf Preußen als eine Kriegserklärung gegen Rußland ansehen zu wollen, zugleich aber auch an die Nothwendigkeit, für einen solchen Fall, der sehr möglich sei, unmittelbare Verabredungen zu treffen.

Da Kaiser Alexander geäußert hatte, seine Truppen könnten nicht zur Vertheidigung der Oder beitragen, weil sie bei weitem entfernter von diesem Flusse seien, als die Franzosen von der Elbe her, so faßte man für den äußersten Fall den Gedanken, daß der König sich nach Ostpreußen begeben und sich dort mit den Russen vereinigen solle; die märkischen Truppen sollten sich über die Oder zurückziehen, um entweder nach Schlesien oder nach Ostpreußen zu gehen; der König solle den Sitz der Regierung nach Königsberg verlegen. Scharnhorst war beauftragt, die Cooperation der Russen für Ostpreußen näher festzusetzen. Von Gneisenau liegt ein Gutachten vor, welches die idealisirende, immer auf das höchste Ziel und zugleich auf eine entschiedene Haltung dringende Stimmung desselben ausdrückt. Er beschwört den König, sich nach Ostpreußen zu retten, ehe es unmöglich werde; der König möge seine Streitkräfte nicht zu gering anschlagen; er habe bereits eine sehr ansehnliche Truppenschaar und diese könne er um ein Fünftel vermehren, so daß er über 100,000 Mann ins Feld zu stellen im Stande sei: dann aber möge er einen Insurrektionskrieg nicht von der Hand weisen; sein ganzes Volk werde sich um ihn schaaren; schon häufig sei ein Fürst weniger durch stehende Heere, als durch die Liebe eines für seinen Herrscher begeisterten Volkes gerettet worden. Gneisenau besorgt, daß der König seine Pläne deshalb verwerfen werde,

weil sie Poesie seien. Der ganze Schwung seines Gemüthes offenbart sich darin, wenn er betont, daß in Religion, Gebet, Liebe zum Regenten, zum Vaterland, zur Tugend, auch Poesie liege, keine Herzenserhebung ohne sie [1]).

Dagegen sprach sich ein anderer General, dessen Name unter den größten dieser Zeit genannt werden sollte, Friedrich Wilhelm von Bülow, einst Gouverneur des Prinzen Louis Ferdinand, mit beachtenswerthen Gründen aus [2]). Er findet, die Schwierigkeit eines Insurrektionskrieges vor Allem darin, daß das Land eigentlich aus Provinzen bestehe, die durch den Begriff der Ehre, den Friedrich der Große erweckt habe, vereinigt worden seien, diesen aber schon wieder verloren haben [3]). Sein Rath ist, die ganze waffenfähige Mannschaft zum Gebrauch der Waffen zu erziehen und zwei Corps, das eine in Schlesien, das andere in Ost-Preußen aufzustellen. König Friedrich Wilhelm III. erklärte sich weder für das Eine noch für das Andere: ihm erschien der Krieg unter allen Umständen als ein großes Uebel; es wäre denn, man finde Generale, „die nicht blos gestickte Kragen und Federhüte zu tragen verstehen, sondern solche, die mit heroischer Entschlossenheit und Einsicht Truppenmassen zu führen wissen, um die unerfahrenen, nicht im Kriege geübten — auf die Bahn der Ehre

1) Pertz Gneisenau II. S. 188, vergl. M. Duncker: Aus der Zeit Friedrichs des Großen und Friedrich Wilhelms III. S. 370.

2) Das Memoire Bülows ist vom 19. August 1811 datirt.

3) „Der Staat war von jeher in seinen einzelnen Theilen durch Herkommen, Verfassung und innere Einrichtung getrennt, so daß eine jede Provinz nur ihr eigenes Interesse beobachtete und zum Zwecke hatte; das allgemeine Staats-Interesse aber war nur wenigen aufgeklärten, patriotisch denkenden Köpfen anschaulich; da nun keine Einheit im Staate existirte, so konnte auch kein eigentlicher Nationalgeist hervorgebracht werden. Zu den Zeiten Friedrichs des Großen existirte etwas, was einem solchen Nationalgeiste ähnlich sah; allein es war nur ein während der Kriege durch die Großthaten dieses großen Mannes hervorgebrachtes militärisches Ehrgefühl, welches bei der damaligen Generation sehr lebhaft und kräftig wirkte, welches aber bei den kommenden Generationen schwinden mußte, da es nicht mehr gleichmäßig genährt und unterhalten werden konnte“.

und des Sieges (denn nur dieser entscheidet) zu leiten. — Wo aber sind diese? Antwort — ich weiß es nicht." Er konnte nicht ahnen, daß er hier zwei solche Männer vor sich hatte. Jedoch war er in der That entschlossen, noch einmal das Aeußerste zu versuchen und sich nach Ostpreußen zu begeben; er nahm bereits Bedacht darauf, daß alles, was von Werth sei, vor dem Feinde gerettet werde. Ein Kampf der Verzweiflung, in welchem Brandenburg und das besondere Dasein des Staates aufgeopfert und nur die allgemeine Stellung desselben gerettet werden sollte, schien bevorzustehen. In diesem Sinne hat sich Hardenberg gegen Ende August 1811 gegen St. Marsan selbst geäußert. Er sagte dem Gesandten: der König sei noch immer geneigt, sich an Napoleon anzuschließen, wenn er dessen volles Vertrauen genieße; sollte ihm aber dies Vertrauen nicht zu Theil werden, sollte im Fall des Krieges sein Gebiet eine Invasion erfahren, so würde er sich für beschimpft erachten in den Augen von Europa; er würde es vorziehen, mit den Waffen in der Hand unterzugehen; aus diesem Grunde habe er beschlossen, seine Festungen und seine Armee auf den Kriegsfuß zu setzen. Die Absicht war es zwar nicht, aber es war der Erfolg, daß die zum Widerstand gegen die Franzosen angeordneten Rüstungen auf diese selbst Eindruck machten und sie bestimmten, auf die verzögerte Unterhandlung einzugehen. Noch hatte Napoleon den Krieg gegen Rußland nicht definitiv beschlossen. In einer berühmt gewordenen Allocution, die er am 15. August an Kurakin richtete, hat er der russischen Regierung heftige Vorwürfe gemacht, aber die Aussicht eines Verständnisses noch aufrecht gehalten. Die nächste Wirkung hatte dies in Preußen. Hardenberg widerrieth jetzt jene Abreise des Königs aus dem Grunde, weil daraus auf ein Verständniß zwischen Rußland und Preußen geschlossen und hiedurch der Ausbruch des Krieges beschleunigt werden würde. Und wenn die Franzosen auf der anderen Seite über die begonnenen Rüstungen Beschwerde erhoben und deren Sistirung nicht ohne Drohungen forderten, so ließen sie doch zugleich erkennen, daß, sobald man

ihnen einigermaßen entgegen komme, die Unterhandlung über die preußischen Propositionen ernstlich vorgenommen werden sollte.

Der König, der sich bei seinen Eröffnungen in Rußland Unterhandlungen mit Frankreich vorbehalten hatte, entschloß sich wirklich, einen begütigenden Brief an Napoleon zu richten, in welchem er versprach, einige der zur Vermehrung der Truppen schon entworfenen Ordres zurückzuhalten; er willigte ein, die Fortificationsarbeiten von Colberg und Spandau einstellen zu lassen. Die dabei beschäftigten Soldaten — es waren Krümper — wurden zu Wegebesserungen verwendet; auch dagegen remonstrirte Marsan, weil die Leute dabei doch immer zusammengehalten würden. Ueberhaupt war der Verdacht der Franzosen sehr lebendig und rege. Wenn Blücher in Colberg die Arbeiten hatte fortsetzen lassen, so wurde er abberufen und durch Tauentzien ersetzt. Sehr widerwärtig war den Franzosen der Empfang, den Blücher bei seiner Rückkehr in Berlin fand. Ausdrücklich hat Davout in einer Conversation, die er in Magdeburg mit Jordan hatte, dies mißfällig erwähnt. Aber noch viel weiter gingen seine Beschwerden; sie betrafen den Geist der deutschen Literatur, namentlich auch die Doktrinen der Professoren der neuen Universität Berlin; man trage dort Grundsätze vor, die für die gesellschaftliche Ordnung gefährlich und mit dem Geiste der französischen Regierung absolut im Widerspruch seien; zugleich höre man die jungen Offiziere sich ausdrücken, wie vor dem Feldzuge im Jahre 1806.

Man bemerkt überall eine Strömung des Geistes und der Gesinnung von unleugbarer Spontaneität zur Seite der Staatsregierung, deren diese nicht entbehren konnte, aber doch nicht vollkommen mächtig war. Unter diesen Umständen, die nicht viel Gutes verhießen, begannen die Unterhandlungen mit Frankreich von Neuem.

Am 29. Oktober erklärte der französische Gesandte: Napoleon nehme die Allianz mit Preußen an, jetzt einer Macht zweiten Ranges, die ernstlich damit beschäftigt gewesen sei, sich nach dem

erlittenen Verlust wiederherzustellen; ihrer militärischen Hülfe bedürfe er aber nicht: er glaube zu einem Krieg mit Rußland genügend vorbereitet zu sein. Nochmals wurde die Alternative gestellt, daß Preußen entweder in den Rheinbund eintreten, oder daß es eine Offensiv- und Defensivallianz mit Napoleon auf alle künftigen Zeiten eingehen solle. Die Beschränkungen der Allianz, auf welche Preußen angetragen hatte, wurden verworfen: sie solle für jeden Krieg in Europa gelten, zu Lande oder zur See. Die Hülfeleistung von Preußen sollte 20,000 Mann betragen; über die Verwendung derselben könne der Kaiser keine Bedingung eingehen. Die geringe Hülfsmacht, die er fordere, mache es unnöthig, die stipulirte Contribution nachzulassen oder eine größere Augmentation der Armee zu gestatten. Auch Glogau werde er nicht zurückgeben; für den Krieg mit Rußland könne er diese Festung nicht entbehren. Von dem Antheil an den zu machenden Eroberungen ward ausdrücklich abgesehen, zumal da der Krieg noch gar nicht ausgebrochen sei; nur die Neutralisation von Schlesien zur Sicherheit der Königlichen Familie nahm Napoleon an; bemerkte aber, er könne nicht dafür stehen, daß sie von russischer Seite anerkannt werde.

Die preußischen Bevollmächtigten Hardenberg und Goltz drückten ihr Erstaunen über diese Anträge aus, bei denen das Mißtrauen Napoleons auf das Stärkste hervortrete. Was schon Friedrich Wilhelm I. bei seinen Verträgen immer im Auge behalten, nämlich Preußen nicht in entlegene Kriege zu verwickeln, davon wollte auch Hardenberg nicht abweichen. In dieser Stimmung hat Hardenberg das Memoire vom 2. November ausgearbeitet, welches allgemein bekannt geworden ist. Es ist gewissermaßen das Gegentheil seiner früheren Anträge, in denen er die Gefahr eines Bündnisses mit Rußland hervorgehoben hatte. Jetzt stellte er die von Frankreich drohende in den Vordergrund. Auf der einen Seite erinnerte man sich immer, daß Rußland aus Napoleons Händen preußische und österreichische Gebiete, Bialystok und einen Theil Galiziens, angenommen; auf der andern aber,

daß Napoleon befreundete Staaten doch völlig zertrümmert hatte. Diese beiden Befürchtungen erfüllten den Horizont. In diesem Augenblick, ganz anders, als im Frühjahr, hielt Hardenberg die von Frankreich drohende Gefahr für die überwiegende: denn dessen Bestreben sei darauf gerichtet, Preußen in dem Zustand der Schwäche zu erhalten, in dem es sich befinde; niemals aber habe Napoleon schwächere Alliirte geschont, wie das Beispiel von Sardinien, Portugal, Spanien und Holland zeige; durch die Allianz mit Napoleon werde die Existenz des Staates keineswegs gesichert, sondern gefährdet.

So durchaus vorwaltend war jedoch die Autorität Hardenbergs nicht, daß der König unbedingt von seinen Rathschlägen abgehangen hätte. Die Monarchie dieser Zeit hatte einen consultativen Charakter in Bezug auf die Personen, welche das höchste Vertrauen besaßen. Die Absicht war, immer Alles zu erwägen und dann zu entscheiden. Die Unentschiedenheit ist nicht so sehr ein persönlicher Fehler, als ein Resultat der Lage der Dinge, die in den verschiedenen Momenten von den Persönlichkeiten, die man hörte, verschieden aufgefaßt wurde. Wir finden ein Gutachten des Kabinetsrath Albrecht, in welchem bei allem übrigen Schwanken doch der Grundsatz aufgestellt wird, daß ein mindermächtiger Staat im Kampfe von zwei großen Potenzen sich an die mächtigste von ihnen anschließen müsse, Preußen also in diesem Falle an Frankreich [1]). Hardenberg kannte das Gutachten und suchte es

1) Das Gutachten Albrechts ist vom 26. Oktober 1811. Darin heißt es: „Es scheint kaum zweifelhaft zu sein, sich auf die Seite Frankreichs zu schlagen, schon aus dem natürlichen Grundsatz, daß der schwächere Theil zwischen zwei mächtigeren Nachbarn sich dem stärksten anschließen müsse. Eure Majestät haben ohnehin die Erfahrung gemacht, daß Rußland ohne Noth die gemeinschaftliche Sache verlassen kann; daß keiner von allen seit 1805 geführten Kriegen bis zur Erschöpfung geführt ist; daß Uebermacht und Intelligenz von Frankreichs Seite und mancherlei Fehlgriffe von der andern die reißenden Fortschritte Napoleons bewirkt haben, und es scheint kein ausreichender Grund anzunehmen, daß eine abermalige Coalition der noch freistehenden Mächte, Rußland, Preußen, Oesterreich, wenn die letztere auch beitreten sollte, glücklicher ausfallen werde, als die früheren Verbindungen."

zu widerlegen. Noch ein andres aber liegt vor, welches eher eine Widerrede gegen seine letzte Vorstellung enthält, von Friedrich Ancillon.

Bei Friedrich Wilhelm III. hatte Ancillon, der mit allgemeiner historischer und philosophischer Bildung einen umfassenden Blick für die Politik verband, ein großes Vertrauen erworben; er war zum Civil-Gouverneur des Kronprinzen erwählt worden; seine Gutachten über die Hauptmomente der Politik begleiten die ganze Regierungsepoche Friedrich Wilhelms III. Damals nun, eben in den Tagen, in denen man mit den Franzosen unterhandelte, hat Ancillon über die obwaltende Krisis ein bemerkenswerthes Gutachten abgegeben.

Er beginnt mit dem Grundsatz, daß man zwischen verschiedenen Uebeln zu wählen habe, um das größte zu vermeiden; Jedermann sei überzeugt, daß Preußen in dem bevorstehenden Kampfe zwischen den beiden großen Mächten nicht neutral bleiben dürfe: es würde dann doch leicht von der einen fortgerissen, und von der andern zu Grunde gerichtet werden. Die Frage sei jetzt: solle sich Preußen in seine beschränkte Lage finden und sich noch neuen Beschränkungen aussetzen, oder soll es den Versuch machen, seine Unabhängigkeit wieder zu erlangen, auf die Gefahr hin vernichtet zu werden. Für die erste Pflicht jedes Staates erklärt es Ancillon, sich selbst zu conserviren. Ein Individuum könne sagen, es ziehe den Tod dem Zustande vor, in dem es sich befinde: so könne aber der Staat nicht sagen; unmöglich dürfe man das einem Fürsten rathen, der einen großen Staat repräsentire. Wohl wende man ein, durch einen Bund mit Frankreich werde die Existenz nicht gesichert; allein welche Sicherheit könne es in einer Epoche geben, in der das europäische Gleichgewicht zerstört sei; man müsse sich erinnern, daß die Existenz Preußens für Napoleon als eine Nothwendigkeit erscheine; er würde es bereits zerstört haben, wenn das nicht der Fall wäre [1];

1) s'il n'a pas fait (détruit la Prusse), c'est qu'il ne l'a pas voulu; s'il ne l'a pas voulu, c'est parce que l'existence de la Prusse lui est utile, c'est

wohl höre man sagen, der Sieg Rußlands und Preußens, wenn sie sich Vereinigten, sei so wahrscheinlich, daß die entgegengesetzten Betrachtungen gar keine Rücksicht verdienen. Ancillon findet das nicht so wahrscheinlich, namentlich da es bei den russischen Generalen an großen Talenten mangele; Europa und Preußen habe über die Unzuverlässigkeit der russischen Hülfe zu schmerzliche Erfahrungen gemacht; der Charakter Alexanders gewähre keinen sichern Anhalt; dieser Fürst gehe leicht auf umfassende Pläne ein, lasse sie aber noch leichter fallen. „Ferne Gefahren erschrecken ihn nicht; in die Nähe gekommen schlagen sie ihn nieder [1]). Die Siege der Russen werden zu keinem Resultat führen, ihre Niederlage dagegen zu einem übereilten Frieden. Die Russen bewegen sich langsam, die Franzosen mit der äußersten Geschwindigkeit; jene werden sich auf Vertheidigung beschränken, diese offensiv zu Werke gehen und in den weiten Ebenen keinen Widerstand finden." Sehr weit vorzudringen, würde für die Franzosen physische Gefahren herbeiführen; allein die großen Schläge würden an den Grenzen erfolgen und die Gefährdung der Hauptstadt die Russen zum Frieden veranlassen. Die preußische Armee werde sich unter allen Umständen tapfer schlagen, die Nation sei bei ihrer Anhänglichkeit an den König zu jedem Opfer bereit, und der König, der sich keinen Hoffnungen hingebe, in seinem Unglück standhafter Natur. Allein man ermangle der nöthigen Hülfsquellen: der Krieg könne hier den Krieg nicht nähren, weil er im eigenen Lande geführt werde; das Land sei leicht zu überfluthen; es habe weder die Berge von Spanien, noch die Sitten und Religion der Spanier; es sei nicht zu erwarten, daß das Volk

parce qu'il connaît le caractère national et l'attachement des sujets à leur prince, c'est parce que les expériences sanglantes qu'il a faites lui ont appris qu'il vaut mieux gagner les peuples et les souverains à ses intérêts que d'employer des mesures violentes pour les y faire entrer malgré eux.

1) Ce prince est prompt à concevoir de vastes plans et plus prompt à les abandonner; de loin rien ne l'étonne ni l'intimide, de près encore les dangers l'étourdissent et les revers l'abattent; il est plein des meilleurs intentions, mais il a fait autant de mal à ses amis que leurs ennemis ont pu leur en faire.

einen Pakt mit der Armuth schließe, um seine Unabhängigkeit zu retten. Hardenberg, der auch zu diesem Gutachten Noten gemacht hat, erinnert, daß Armuth und Unglück eher in der Unabhängigkeit zu erdulden seien, als in der Sklaverei; der Mangel an Hülfsquellen wirke im Bunde mit Frankreich noch schlimmer als im Bunde mit Rußland. Ancillon fährt fort: Rußland werde immer einen erträglichen Frieden schließen können, nicht jedoch Preußen, das, alles weitern Rückhalts ermangelnd, seine Existenz verlieren werde. Im hohen Grade billigt er den Entschluß, den Hardenberg bei dem Ausbleiben einer sicherstellenden Erklärung von Frankreich gefaßt habe, das Land zu bewaffnen, so daß es wieder zu einer gewissen Bedeutung gelangt ist. Er erkennt das Ungenügende der neuen französischen Propositionen an, aber er meint, daß sie durch Unterhandlungen genügender gemacht werden könnten. Grade aus ihrem Inhalt schließt er, daß es dabei auf keinen Betrug abgesehen sei; daß vielmehr die Existenz von Preußen dadurch gesichert werden solle.

So die Erwägungen, welche gepflogen worden sind. Nicht aber auf diesen allein beruhte die Entscheidung des Königs. Hardenberg selbst hat gerathen, die Ankunft Scharnhorst's und dessen Mittheilungen über die russische Politik abzuwarten; werde sich Rußland lediglich auf seine eigene Vertheidigung beschränken, so werde man von allen Verpflichtungen gegen dasselbe frei sein. Scharnhorst hatte nun in Petersburg kein ausreichendes Versprechen zu der Hülfleistung Rußlands erlangt. Der Hauptantrag dieses Generals war dahin gegangen, daß ein russisches Corps hart an der Grenze Ostpreußens aufgestellt, und daß auch den übrigen Corps der Befehl ertheilt werde, auf Benachrichtigung von Berlin, daß die Invasion begonnen habe, gegen die Weichsel vorzurücken. Ihm schwebte immer vor, den Zustand wiederherzustellen, wie er im Jahre 1807 nach der Schlacht von Eylau gewesen war, und die damals begangenen Fehler zu vermeiden. Aber in Rußland waltete die Absicht vor, sich auf die eigne Vertheidigung zu beschrän-

oder zu vernichten mit Bestimmtheit entschlossen gewesen wäre; seine allgemeinen Verhältnisse gestatteten das nicht. Aber er wollte es willenlos für seine Absichten gebrauchen. Der König selbst fürchtete das Aeußerste. Die Dispositionen Napoleons, sagte er, seien immer die nämlichen, wiewohl demselben die Zeit noch nicht gekommen zu sein scheine, der Existenz Preußens ein Ende zu machen.

In dieser unerträglichen Lage wurde nun der Beschluß gefaßt, den preußischen Staat in Vertheidigungsstand zu setzen. Es ist immer mit vollem Recht als eine der großen Handlungen Hardenberg's angesehen worden, daß er im Einverständniß mit dem dazu sehr bereiten König energische Rüstungen anordnete. Sein diplomatisches Gewissen, wenn wir so sagen dürfen, wurde dadurch beruhigt, daß Napoleon den Vertrag vom 8. Septbr. 1808 nicht beobachtete, sodaß auch Preußen an denselben nicht mehr gebunden zu sein schien. Die Truppen wurden nun weit über die in dem Traktat festgesetzte Anzahl vermehrt; jenes System, nach welchem eingeübte Soldaten wieder unter die Fahne gerufen werden konnten, wurde ausgeführt, neue Rekrutirungen angeordnet, die Festungen armirt. Die Politik des Kabinets neigte sich wieder zu Kaiser Alexander, welcher dem König zu Gemüth führte, daß eine Verbindung Preußens mit Frankreich zur Vernichtung der Unabhängigkeit Europas beitragen werde; und sich selbst werde der König dadurch schwerlich retten, wie das Beispiel anderer Fürsten zeige, die mit Frankreich in Verbindung getreten seien; übrigens versicherte er, seine Intention sei nur friedlicher und defensiver Natur. Die Gesammtlage tritt in diesem Briefwechsel deutlich zu Tage. Der König drückt dem Kaiser seine Hoffnung aus, der Nothwendigkeit überhoben zu werden, sich mit Napoleon gegen seinen besten Freund zu verbinden[1]); wenn der Krieg noch ein Paar Jahre verschoben werde, so würden Preußen und Oesterreich Kraft gewinnen, sich zu demselben vorzubereiten.

1) Schreiben des Königs an Kaiser Alexander vom 16. Juli 1811. Duncker a. a. O. S. 366.

Wohin dann die Ideen des Königs gingen, zeigt die Bedingung, die er dem Kaiser für die Allianz in einem solchen Kriege vorschlägt: der Kaiser solle versprechen, wenn die Sache glücklich gehe, ihn mindestens in alle die Besitzungen wiederherzustellen, die der letzte Friede ihm geraubt habe; auch dann aber, wenn es unglücklich gehe, keinen Frieden zu schließen, ohne die Existenz und die Interessen Preußens zu sichern. Unter diesen Voraussetzungen sprach er aus, daß er sich im Fall eines Krieges an Rußland anschließen würde; er erinnerte den Kaiser an sein Versprechen, jeden Angriff auf Preußen als eine Kriegserklärung gegen Rußland ansehen zu wollen, zugleich aber auch an die Nothwendigkeit, für einen solchen Fall, der sehr möglich sei, unmittelbare Verabredungen zu treffen.

Da Kaiser Alexander geäußert hatte, seine Truppen könnten nicht zur Vertheidigung der Oder beitragen, weil sie bei weitem entfernter von diesem Flusse seien, als die Franzosen von der Elbe her, so faßte man für den äußersten Fall den Gedanken, daß der König sich nach Ostpreußen begeben und sich dort mit den Russen vereinigen solle; die märkischen Truppen sollten sich über die Oder zurückziehen, um entweder nach Schlesien oder nach Ostpreußen zu gehen; der König solle den Sitz der Regierung nach Königsberg verlegen. Scharnhorst war beauftragt, die Cooperation der Russen für Ostpreußen näher festzusetzen. Von Gneisenau liegt ein Gutachten vor, welches die idealisirende, immer auf das höchste Ziel und zugleich auf eine entschiedene Haltung dringende Stimmung desselben ausdrückt. Er beschwört den König, sich nach Ostpreußen zu retten, ehe es unmöglich werde; der König möge seine Streitkräfte nicht zu gering anschlagen; er habe bereits eine sehr ansehnliche Truppenschaar und diese könne er um ein Fünftel vermehren, so daß er über 100,000 Mann ins Feld zu stellen im Stande sei: dann aber möge er einen Insurrektionskrieg nicht von der Hand weisen; sein ganzes Volk werde sich um ihn schaaren; schon häufig sei ein Fürst weniger durch stehende Heere, als durch die Liebe eines für seinen Herrscher begeisterten Volkes gerettet worden. Gneisenau besorgt, daß der König seine Pläne deshalb verwerfen werde,

weil sie Poesie seien. Der ganze Schwung seines Gemüthes offenbart sich darin, wenn er betont, daß in Religion, Gebet, Liebe zum Regenten, zum Vaterland, zur Tugend, auch Poesie liege, keine Herzenserhebung ohne sie [1]).

Dagegen sprach sich ein anderer General, dessen Name unter den größten dieser Zeit genannt werden sollte, Friedrich Wilhelm von Bülow, einst Gouverneur des Prinzen Louis Ferdinand, mit beachtenswerthen Gründen aus [2]). Er findet, die Schwierigkeit eines Insurrektionskrieges vor Allem darin, daß das Land eigentlich aus Provinzen bestehe, die durch den Begriff der Ehre, den Friedrich der Große erweckt habe, vereinigt worden seien, diesen aber schon wieder verloren haben [3]). Sein Rath ist, die ganze waffenfähige Mannschaft zum Gebrauch der Waffen zu erziehen und zwei Corps, das eine in Schlesien, das andere in Ost-Preußen aufzustellen. König Friedrich Wilhelm III. erklärte sich weder für das Eine noch für das Andere: ihm erschien der Krieg unter allen Umständen als ein großes Uebel; es wäre denn, man finde Generale, „die nicht blos gestickte Kragen und Federhüte zu tragen verstehen, sondern solche, die mit heroischer Entschlossenheit und Einsicht Truppenmassen zu führen wissen, um die unerfahrenen, nicht im Kriege geübten — auf die Bahn der Ehre

1) Pertz Gneisenau II. S. 188, vergl. M. Duncker: Aus der Zeit Friedrichs des Großen und Friedrich Wilhelms III. S. 370.

2) Das Memoire Bülows ist vom 19. August 1811 datirt.

3) „Der Staat war von jeher in seinen einzelnen Theilen durch Herkommen, Verfassung und innere Einrichtung getrennt, so daß eine jede Provinz nur ihr eigenes Interesse beobachtete und zum Zwecke hatte; das allgemeine Staats-Interesse aber war nur wenigen aufgeklärten, patriotisch denkenden Köpfen anschaulich; da nun keine Einheit im Staate existirte, so konnte auch kein eigentlicher Nationalgeist hervorgebracht werden. Zu den Zeiten Friedrichs des Großen existirte etwas, was einem solchen Nationalgeiste ähnlich sah; allein es war nur ein während der Kriege durch die Großthaten dieses großen Mannes hervorgebrachtes militärisches Ehrgefühl, welches bei der damaligen Generation sehr lebhaft und kräftig wirkte, welches aber bei den kommenden Generationen schwinden mußte, da es nicht mehr gleichmäßig genährt und unterhalten werden konnte“.

und des Sieges (denn nur dieser entscheidet) zu leiten. — Wo aber sind diese? Antwort — ich weiß es nicht." Er konnte nicht ahnen, daß er hier zwei solche Männer vor sich hatte. Jedoch war er in der That entschlossen, noch einmal das Aeußerste zu versuchen und sich nach Ostpreußen zu begeben; er nahm bereits Bedacht darauf, daß alles, was von Werth sei, vor dem Feinde gerettet werde. Ein Kampf der Verzweiflung, in welchem Brandenburg und das besondere Dasein des Staates aufgeopfert und nur die allgemeine Stellung desselben gerettet werden sollte, schien bevorzustehen. In diesem Sinne hat sich Hardenberg gegen Ende August 1811 gegen St. Marsan selbst geäußert. Er sagte dem Gesandten: der König sei noch immer geneigt, sich an Napoleon anzuschließen, wenn er dessen volles Vertrauen genieße; sollte ihm aber dies Vertrauen nicht zu Theil werden, sollte im Fall des Krieges sein Gebiet eine Invasion erfahren, so würde er sich für beschimpft erachten in den Augen von Europa; er würde es vorziehen, mit den Waffen in der Hand unterzugehen; aus diesem Grunde habe er beschlossen, seine Festungen und seine Armee auf den Kriegsfuß zu setzen. Die Absicht war es zwar nicht, aber es war der Erfolg, daß die zum Widerstand gegen die Franzosen angeordneten Rüstungen auf diese selbst Eindruck machten und sie bestimmten, auf die verzögerte Unterhandlung einzugehen. Noch hatte Napoleon den Krieg gegen Rußland nicht definitiv beschlossen. In einer berühmt gewordenen Allocution, die er am 15. August an Kurakin richtete, hat er der russischen Regierung heftige Vorwürfe gemacht, aber die Aussicht eines Verständnisses noch aufrecht gehalten. Die nächste Wirkung hatte dies in Preußen. Hardenberg widerrieth jetzt jene Abreise des Königs aus dem Grunde, weil daraus auf ein Verständniß zwischen Rußland und Preußen geschlossen und hiedurch der Ausbruch des Krieges beschleunigt werden würde. Und wenn die Franzosen auf der anderen Seite über die begonnenen Rüstungen Beschwerde erhoben und deren Sistirung nicht ohne Drohungen forderten, so ließen sie doch zugleich erkennen, daß, sobald man

ihnen einigermaßen entgegen komme, die Unterhandlung über die preußischen Propositionen ernstlich vorgenommen werden sollte.

Der König, der sich bei seinen Eröffnungen in Rußland Unterhandlungen mit Frankreich vorbehalten hatte, entschloß sich wirklich, einen begütigenden Brief an Napoleon zu richten, in welchem er versprach, einige der zur Vermehrung der Truppen schon entworfenen Ordres zurückzuhalten; er willigte ein, die Fortificationsarbeiten von Colberg und Spandau einstellen zu lassen. Die dabei beschäftigten Soldaten — es waren Krümper — wurden zu Wegebesserungen verwendet; auch dagegen remonstrirte Marsan, weil die Leute dabei doch immer zusammengehalten würden. Ueberhaupt war der Verdacht der Franzosen sehr lebendig und rege. Wenn Blücher in Colberg die Arbeiten hatte fortsetzen lassen, so wurde er abberufen und durch Tauentzien ersetzt. Sehr widerwärtig war den Franzosen der Empfang, den Blücher bei seiner Rückkehr in Berlin fand. Ausdrücklich hat Davout in einer Conversation, die er in Magdeburg mit Jordan hatte, dies mißfällig erwähnt. Aber noch viel weiter gingen seine Beschwerden; sie betrafen den Geist der deutschen Literatur, namentlich auch die Doktrinen der Professoren der neuen Universität Berlin; man trage dort Grundsätze vor, die für die gesellschaftliche Ordnung gefährlich und mit dem Geiste der französischen Regierung absolut im Widerspruch seien; zugleich höre man die jungen Offiziere sich ausdrücken, wie vor dem Feldzuge im Jahre 1806.

Man bemerkt überall eine Strömung des Geistes und der Gesinnung von unleugbarer Spontaneität zur Seite der Staatsregierung, deren diese nicht entbehren konnte, aber doch nicht vollkommen mächtig war. Unter diesen Umständen, die nicht viel Gutes verhießen, begannen die Unterhandlungen mit Frankreich von Neuem.

Am 29. Oktober erklärte der französische Gesandte: Napoleon nehme die Allianz mit Preußen an, jetzt einer Macht zweiten Ranges, die ernstlich damit beschäftigt gewesen sei, sich nach dem

erlittenen Verlust wiederherzustellen; ihrer militärischen Hülfe bedürfe er aber nicht: er glaube zu einem Krieg mit Rußland genügend vorbereitet zu sein. Nochmals wurde die Alternative gestellt, daß Preußen entweder in den Rheinbund eintreten, oder daß es eine Offensiv- und Defensivallianz mit Napoleon auf alle künftigen Zeiten eingehen solle. Die Beschränkungen der Allianz, auf welche Preußen angetragen hatte, wurden verworfen: sie solle für jeden Krieg in Europa gelten, zu Lande oder zur See. Die Hülfeleistung von Preußen sollte 20,000 Mann betragen; über die Verwendung derselben könne der Kaiser keine Bedingung eingehen. Die geringe Hülfsmacht, die er fordere, mache es unnöthig, die stipulirte Contribution nachzulassen oder eine größere Augmentation der Armee zu gestatten. Auch Glogau werde er nicht zurückgeben; für den Krieg mit Rußland könne er diese Festung nicht entbehren. Von dem Antheil an den zu machenden Eroberungen ward ausdrücklich abgesehen, zumal da der Krieg noch gar nicht ausgebrochen sei; nur die Neutralisation von Schlesien zur Sicherheit der Königlichen Familie nahm Napoleon an; bemerkte aber, er könne nicht dafür stehen, daß sie von russischer Seite anerkannt werde.

Die preußischen Bevollmächtigten Hardenberg und Goltz drückten ihr Erstaunen über diese Anträge aus, bei denen das Mißtrauen Napoleons auf das Stärkste hervortrete. Was schon Friedrich Wilhelm I. bei seinen Verträgen immer im Auge behalten, nämlich Preußen nicht in entlegene Kriege zu verwickeln, davon wollte auch Hardenberg nicht abweichen. In dieser Stimmung hat Hardenberg das Memoire vom 2. November ausgearbeitet, welches allgemein bekannt geworden ist. Es ist gewissermaßen das Gegentheil seiner früheren Anträge, in denen er die Gefahr eines Bündnisses mit Rußland hervorgehoben hatte. Jetzt stellte er die von Frankreich drohende in den Vordergrund. Auf der einen Seite erinnerte man sich immer, daß Rußland aus Napoleons Händen preußische und österreichische Gebiete, Bialystok und einen Theil Galiziens, angenommen; auf der andern aber,

daß Napoleon befreundete Staaten doch völlig zertrümmert hatte. Diese beiden Befürchtungen erfüllten den Horizont. In diesem Augenblick, ganz anders, als im Frühjahr, hielt Hardenberg die von Frankreich drohende Gefahr für die überwiegende: denn dessen Bestreben sei darauf gerichtet, Preußen in dem Zustand der Schwäche zu erhalten, in dem es sich befinde; niemals aber habe Napoleon schwächere Alliirte geschont, wie das Beispiel von Sardinien, Portugal, Spanien und Holland zeige; durch die Allianz mit Napoleon werde die Existenz des Staates keineswegs gesichert, sondern gefährdet.

So durchaus vorwaltend war jedoch die Autorität Hardenbergs nicht, daß der König unbedingt von seinen Rathschlägen abgehangen hätte. Die Monarchie dieser Zeit hatte einen consultativen Charakter in Bezug auf die Personen, welche das höchste Vertrauen besaßen. Die Absicht war, immer Alles zu erwägen und dann zu entscheiden. Die Unentschiedenheit ist nicht so sehr ein persönlicher Fehler, als ein Resultat der Lage der Dinge, die in den verschiedenen Momenten von den Persönlichkeiten, die man hörte, verschieden aufgefaßt wurde. Wir finden ein Gutachten des Kabinetsrath Albrecht, in welchem bei allem übrigen Schwanken doch der Grundsatz aufgestellt wird, daß ein mindermächtiger Staat im Kampfe von zwei großen Potenzen sich an die mächtigste von ihnen anschließen müsse, Preußen also in diesem Falle an Frankreich [1]). Hardenberg kannte das Gutachten und suchte es

1) Das Gutachten Albrechts ist vom 26. Oktober 1811. Darin heißt es: „Es scheint kaum zweifelhaft zu sein, sich auf die Seite Frankreichs zu schlagen, schon aus dem natürlichen Grundsatz, daß der schwächere Theil zwischen zwei mächtigeren Nachbarn sich dem stärksten anschließen müsse. Eure Majestät haben ohnehin die Erfahrung gemacht, daß Rußland ohne Noth die gemeinschaftliche Sache verlassen kann; daß keiner von allen seit 1805 geführten Kriegen bis zur Erschöpfung geführt ist; daß Uebermacht und Intelligenz von Frankreichs Seite und mancherlei Fehlgriffe von der andern die reißenden Fortschritte Napoleons bewirkt haben, und es scheint kein ausreichender Grund anzunehmen, daß eine abermalige Coalition der noch freistehenden Mächte, Rußland, Preußen, Oesterreich, wenn die letztere auch beitreten sollte, glücklicher ausfallen werde, als die früheren Verbindungen."

zu widerlegen. Noch ein andres aber liegt vor, welches eher eine Widerrede gegen seine letzte Vorstellung enthält, von Friedrich Ancillon.

Bei Friedrich Wilhelm III. hatte Ancillon, der mit allgemeiner historischer und philosophischer Bildung einen umfassenden Blick für die Politik verband, ein großes Vertrauen erworben; er war zum Civil-Gouverneur des Kronprinzen erwählt worden; seine Gutachten über die Hauptmomente der Politik begleiten die ganze Regierungsepoche Friedrich Wilhelms III. Damals nun, eben in den Tagen, in denen man mit den Franzosen unterhandelte, hat Ancillon über die obwaltende Krisis ein bemerkenswerthes Gutachten abgegeben.

Er beginnt mit dem Grundsatz, daß man zwischen verschiedenen Uebeln zu wählen habe, um das größte zu vermeiden; Jedermann sei überzeugt, daß Preußen in dem bevorstehenden Kampfe zwischen den beiden großen Mächten nicht neutral bleiben dürfe: es würde dann doch leicht von der einen fortgerissen, und von der andern zu Grunde gerichtet werden. Die Frage sei jetzt: solle sich Preußen in seine beschränkte Lage finden und sich noch neuen Beschränkungen aussetzen, oder soll es den Versuch machen, seine Unabhängigkeit wieder zu erlangen, auf die Gefahr hin vernichtet zu werden. Für die erste Pflicht jedes Staates erklärt es Ancillon, sich selbst zu conserviren. Ein Individuum könne sagen, es ziehe den Tod dem Zustande vor, in dem es sich befinde: so könne aber der Staat nicht sagen; unmöglich dürfe man das einem Fürsten rathen, der einen großen Staat repräsentire. Wohl wende man ein, durch einen Bund mit Frankreich werde die Existenz nicht gesichert; allein welche Sicherheit könne es in einer Epoche geben, in der das europäische Gleichgewicht zerstört sei; man müsse sich erinnern, daß die Existenz Preußens für Napoleon als eine Nothwendigkeit erscheine; er würde es bereits zerstört haben, wenn das nicht der Fall wäre [1];

1) s'il n'a pas fait (détruit la Prusse), c'est qu'il ne l'a pas voulu; s'il ne l'a pas voulu, c'est parce que l'existence de la Prusse lui est utile, c'est

wohl höre man sagen, der Sieg Rußlands und Preußens, wenn sie sich Vereinigten, sei so wahrscheinlich, daß die entgegengesetzten Betrachtungen gar keine Rücksicht verdienen. Ancillon findet das nicht so wahrscheinlich, namentlich da es bei den russischen Generalen an großen Talenten mangele; Europa und Preußen habe über die Unzuverlässigkeit der russischen Hülfe zu schmerzliche Erfahrungen gemacht; der Charakter Alexanders gewähre keinen sichern Anhalt; dieser Fürst gehe leicht auf umfassende Pläne ein, lasse sie aber noch leichter fallen. „Ferne Gefahren erschrecken ihn nicht; in die Nähe gekommen schlagen sie ihn nieder [1]). Die Siege der Russen werden zu keinem Resultat führen, ihre Niederlage dagegen zu einem übereilten Frieden. Die Russen bewegen sich langsam, die Franzosen mit der äußersten Geschwindigkeit; jene werden sich auf Vertheidigung beschränken, diese offensiv zu Werke gehen und in den weiten Ebenen keinen Widerstand finden." Sehr weit vorzudringen, würde für die Franzosen physische Gefahren herbeiführen; allein die großen Schläge würden an den Grenzen erfolgen und die Gefährdung der Hauptstadt die Russen zum Frieden veranlassen. Die preußische Armee werde sich unter allen Umständen tapfer schlagen, die Nation sei bei ihrer Anhänglichkeit an den König zu jedem Opfer bereit, und der König, der sich keinen Hoffnungen hingebe, in seinem Unglück standhafter Natur. Allein man ermangle der nöthigen Hülfsquellen: der Krieg könne hier den Krieg nicht nähren, weil er im eigenen Lande geführt werde; das Land sei leicht zu überfluthen; es habe weder die Berge von Spanien, noch die Sitten und Religion der Spanier; es sei nicht zu erwarten, daß das Volk

parce qu'il connaît le caractère national et l'attachement des sujets à leur prince, c'est parce que les expériences sanglantes qu'il a faites lui ont appris qu'il vaut mieux gagner les peuples et les souverains à ses intérêts que d'employer des mesures violentes pour les y faire entrer malgré eux.

1) Ce prince est prompt à concevoir de vastes plans et plus prompt à les abandonner; de loin rien ne l'étonne ni l'intimide, de près encore les dangers l'étourdissent et les revers l'abattent; il est plein des meilleurs intentions, mais il a fait autant de mal à ses amis que leurs ennemis ont pu leur en faire.

einen Pakt mit der Armuth schließe, um seine Unabhängigkeit zu retten. Hardenberg, der auch zu diesem Gutachten Noten gemacht hat, erinnert, daß Armuth und Unglück eher in der Unabhängigkeit zu erdulden seien, als in der Sklaverei; der Mangel an Hülfsquellen wirke im Bunde mit Frankreich noch schlimmer als im Bunde mit Rußland. Ancillon fährt fort: Rußland werde immer einen erträglichen Frieden schließen können, nicht jedoch Preußen, das, alles weitern Rückhalts ermangelnd, seine Existenz verlieren werde. Im hohen Grade billigt er den Entschluß, den Hardenberg bei dem Ausbleiben einer sicherstellenden Erklärung von Frankreich gefaßt habe, das Land zu bewaffnen, so daß es wieder zu einer gewissen Bedeutung gelangt ist. Er erkennt das Ungenügende der neuen französischen Propositionen an, aber er meint, daß sie durch Unterhandlungen genügender gemacht werden könnten. Grade aus ihrem Inhalt schließt er, daß es dabei auf keinen Betrug abgesehen sei; daß vielmehr die Existenz von Preußen dadurch gesichert werden solle.

So die Erwägungen, welche gepflogen worden sind. Nicht aber auf diesen allein beruhte die Entscheidung des Königs. Hardenberg selbst hat gerathen, die Ankunft Scharnhorst's und dessen Mittheilungen über die russische Politik abzuwarten; werde sich Rußland lediglich auf seine eigene Vertheidigung beschränken, so werde man von allen Verpflichtungen gegen dasselbe frei sein. Scharnhorst hatte nun in Petersburg kein ausreichendes Versprechen zu der Hülfleistung Rußlands erlangt. Der Hauptantrag dieses Generals war dahin gegangen, daß ein russisches Corps hart an der Grenze Ostpreußens aufgestellt, und daß auch den übrigen Corps der Befehl ertheilt werde, auf Benachrichtigung von Berlin, daß die Invasion begonnen habe, gegen die Weichsel vorzurücken. Ihm schwebte immer vor, den Zustand wiederherzustellen, wie er im Jahre 1807 nach der Schlacht von Eylau gewesen war, und die damals begangenen Fehler zu vermeiden. Aber in Rußland waltete die Absicht vor, sich auf die eigne Vertheidigung zu beschrän-

ken, und sehr unzureichend waren die Hülfleistungen, die es für Ostpreußen in Aussicht stellte[1]).

Von Scharnhorst traf am 3. November ein vorläufiger Bericht über seine Mission ein, und man darf voraussetzen, daß derselbe neben so vielen anderweiten Erwägungen auf die Entschließung des Königs Einfluß gehabt hat. Schon am 4. November schrieb der König dem Staatskanzler, daß er von einer Verbindung mit Rußland in diesem Augenblick abstehe. Friedrich Wilhelm hatte allezeit das Ziel im Auge, das man im Jahre 1805 zu erreichen gehofft hatte. Eines seiner vornehmsten Argumente ist, daß es ja doch unter den gegenwärtigen Umständen unmöglich sei, die Franzosen zum Rückzug über den Rhein zu nöthigen; nur die Verzweiflung könnte ihn in diesem Augenblick dahin bringen, die Waffen zu ergreifen: da Frankreich erträgliche Bedingungen mache, so sei es besser, darauf einzugehen. Die einst von Hardenberg hervorgehobene Idee, daß vor Allem die Existenz gerettet werden müsse, wurde von dem König, der sie immer gehegt hatte, jetzt auf das nachdrücklichste betont. Was ihn bestimmte, war eben dieser Gedanke und die Ueberzeugung, daß das eigentlich Wünschenswürdige, die Befreiung Deutschlands bis an den Rhein, sich auch im besten Falle nicht erreichen lasse.

Die Nachrichten, welche aus Wien eintrafen, und von dem Beitritt Oesterreichs als einer wahrscheinlichen Sache redeten, befriedigten den König doch nicht. Er faßte das Dilemma sehr präcis: wenn die Partei der guten Sache uns nicht Sicherheit geben will oder kann, um mit einigem Vertrauen den drohenden Gefahren zu trotzen, so wirft sie uns wider Willen der Unterdrückung in die Arme. Doch will er noch einen Versuch bei Oesterreich machen, sich aber nicht mit allgemeinen Phrasen abfinden lassen: denn man spreche dort zwar gern von dem Interesse, das man an Preußen nehme, lasse aber die Dinge gehen

1) Auszug aus dem Bericht Scharnhorst's bei Duncker, Aus der Zeit Friedrichs des Großen und Friedrich Wilhelms III. S. 403 flg.

und suche von den Umständen Vortheil zu ziehen. Scharnhorst wurde auch mit dieser Mission betraut; er sollte der letzten Rüstungen gedenken, durch welche Preußen wieder zu einer militärischen Macht gelangt sei, so wie der Unterstützung, die man sich in dringendem Fall von Rußland versprechen könne, und der Gefahr, die auch für Oesterreich darin liege, wenn Preußen eine Allianz mit Frankreich eingehen müsse; er soll es als den Wunsch des Königs bezeichnen, daß Oesterreich und Preußen zwar auf Erhaltung des Friedens hinwirken, aber zugleich eine Vereinbarung mit einander treffen, für den Fall, daß es damit nicht gelinge; um einen Entschluß darüber zu fassen, auf welche Seite, die französische oder die russische, Preußen sich stellen solle, müsse es wissen, welche Unterstützung es in letzterem Falle von Oesterreich erwarten dürfe. Der König schrieb eigenhändig: „entweder der Beistand Oesterreichs bestimmt uns positiv oder eine ehrenhafte, wenn auch immer unglückliche Verbindung mit Frankreich [1])".

Scharnhorst hatte die Schwierigkeiten zu überwinden, die ihm aus dem Rufe seiner politischen Meinung erwuchsen. In Oesterreich hat man sich damals mit dem Gedanken getragen ein Observationskorps zum Zweck der Erhaltung des Friedens aufzustellen. Aber einmal brachte es eine nicht geringe Gegenwirkung hervor, daß Napoleon seine Mißbilligung dieses Vorhabens, von dem ihm Kunde zukam, aussprach; hauptsächlich aber: die finanziellen Mittel, über welche Oesterreich verfügen konnte, zeigten sich höchst unzureichend; wie die finanzielle Noth in Rußland zum Kriege antrieb, so hatte eine ähnliche in Oesterreich die Wirkung, zur Ruhe zu nöthigen: die politischen Interessen mußten vor den finanziellen zurücktreten. Obgleich Metternich die russische Politik durchweg verwarf, so rieth er doch zuletzt dem König von Preußen, auf die Verbindung mit Rußland einzugehen, weil in diesem Falle der Friede vielleicht noch erhalten werden könne.

1) Schreiben des Königs an den Staatskanzler vom 14. November 1812, bei Duncker a. a. O. S. 416.

Es bleibt immer sehr bemerkenswerth, daß man in Preußen der Verbindung mit Napoleon die Allianz der drei Mächte vorgezogen hätte. Diese war aber jetzt so wenig zu Stande zu bringen, wie einst zu Bartenstein oder im Jahre 1809.

Die beiden Parteien in Berlin waren in lebhafter Agitation, als Scharnhorst zurückkam. Die, welche das Heil von einem definitiven Anschluß an Rußland erwarteten, suchten auf seine Berichterstattung Einfluß auszuüben: aber die Lage der Dinge konnte nicht verhüllt werden. Wenn Metternich Gewicht darauf legte, daß Oesterreich immer der moralische Verbündete von Preußen sein werde [1]), so konnte das in einem Moment nicht genügen, in welchem eine rasche und effektive Beihülfe von Nöthen gewesen wäre. Der Fall war eingetreten, in welchem der König eine Verbindung mit Frankreich für nothwendig erklärt hatte. In Folge der Weisung des Königs vom 4. November hatte Hardenberg zwei Tage darauf die Marsan'schen Vorschläge mit Contrepropositionen beantwortet. Er sprach darin aus, daß Preußen von jenen beiden Alternativen, dem Beitritt zu dem Rheinbund oder Offensiv- und Defensivallianz die letztere vorziehe; — daß dieselbe aber für alle Streitigkeiten in Europa Gültigkeit haben solle, gehe über die Kräfte des Staates; die Kriege in Spanien, Italien und der Türkei müsse man von der Verpflichtung ausnehmen. Er besteht darauf, daß die von Preußen zu stellende Hülfsmacht, möglichst ein besonderes Corps unter einem preußischen Befehlshaber bilden müsse; dabei würden andere Inconvenienzen vermieden; die Preußen würden Gelegenheit haben, ihre Tapferkeit zu beweisen, um den Beifall ihres Königs sowie den des Kaisers zu verdienen. Er nimmt zugleich Erleichterung der Kriegscontribution in Anspruch. Dagegen giebt er die Besetzung von Glogau durch die Franzosen bis zu dem Frieden mit Rußland nach. Die Neutralität von Schlesien wird dankbar angenommen, zugleich aber die Forderung eines Antheils an den zu

1) que l'empereur François regarderait toujours les intérêts de la Prusse comme les siens propres.

machenden Eroberungen, welche dem Herkommen entspreche, wiederholt. In einer Instruktion an Krusemarck wurde vornehmlich die Aufhebung der für Preußen erniedrigenden Bestimmung, nach welcher die Truppenzahl, die es halten dürfe, festgesetzt worden war, beantragt.

Napoleon war damals nicht gegen den Abschluß einer Allianz mit Preußen; aber er ließ vernehmen: sollte es jemals von ihm abfallen, so werde er es vernichten.

Doch nicht allein auf die continentalen Verhältnisse kam es ihm an; er wünschte zugleich, Preußen in seinen Krieg gegen England fortzuziehen. Es darf nicht Wunder nehmen, daß er, im Begriff mit Rußland zu brechen, doch wieder vor allen Dingen auf seinen Gegensatz zu England zurückkam: denn eben aus diesem entsprang sein größter Hader mit der russischen Regierung. Das Continentalsystem soll in Preußen eben so ausgeführt werden, wie das in Frankreich geschehe. Frankreich und Preußen sollten auf immer gegen England gemeinschaftliche Sache machen. In dem Entwurf eines zweiten gegen die continentalen Mächte, welche Frankreich oder Preußen bekämpfen möchten, gerichteten Vertrages trat Napoleon in einigen Punkten von seinen ursprünglichen Forderungen einen Schritt zurück; er gab nach, daß Frankreich bei einem Kriege in Spanien, Italien oder im Gebiet der Türkei keine Hülfe von Preußen in Anspruch nehmen dürfe; für den Fall eines Kriegs mit Rußland soll eine besondere Convention geschlossen werden. Die französische Antwort war noch weit entfernt, die preußischen Minister zu befriedigen. Besonders waren sie über die vorgeschlagene Perpetuität eines Bundes gegen England und über die Verweigerung der Einwilligung in eine Vermehrung der Truppen mißvergnügt. Mancherlei Berathungen wurden darüber gepflogen. Noch einmal ergriff Ancillon die Feder, hauptsächlich zu dem Zwecke, den er auch erreichte, den König zu überzeugen, daß von den Gefahren, die ein Bündniß mit Frankreich oder mit Rußland in sich schließe, die des letzteren bei weitem mehr ins Gewicht falle. Am

15. Januar 1812 sprach sich der König in einem Billet an Hardenberg für den Anschluß an Frankreich aus. Noch immer verlangte er jedoch Erleichterung in der Contributionszahlung, Rückgabe der Festungen nach dem Frieden oder nach Abzahlung der Contribution, und Vermehrung der Truppen, sei es auch nur um die Nation für die Allianz zu gewinnen[1]. Dagegen gestand er die gegen England geforderte Ausrüstung von zwei Linienschiffen und einer Fregatte, wenn es nicht anders sein könne, zu.

Für Napoleon hätte es auch jetzt noch eine Frage sein können, ob er auf eine Allianz unter diesen Bedingungen eingehen, oder ob er sich des, wie er wohl wußte, innerlich widerstrebenden Preußens mit Gewalt versichern sollte; er hat wohl selbst seine Verwunderung ausgesprochen, daß er dem König ein so ausgedehntes Gebiet gelassen habe. Das Erstere bot ihm den Vortheil dar, Preußen ungehindert durchziehen zu können und sich dann mit der Gewalt eines Bergstroms, wie er sagte, an den Niemen zu stürzen. Dagegen wäre es ein Unternehmen von der größten Schwierigkeit gewesen, sich dieser weiten Gebiete, die jetzt zu einem gewissen Widerstand gerüstet waren, mit Gewalt der Waffen zu bemächtigen. Er hat gegen Czernitscheff geäußert: ein solches Unternehmen würde den Krieg gegen Rußland unverzüglich zum Ausbruch bringen, was er jedoch nicht wünsche. Seine Politik war jetzt, Oesterreich und Preußen zum Kriege gegen Rußland fortzureißen, ohne vorher nochmals mit diesen beiden Mächten sich schlagen zu müssen; so geschwächt sie auch waren, würden sie ihm, besonders wenn sie sich mit einander verständigten, einen Widerstand haben entgegensetzen können, der seinem Unternehmen gegen Rußland den Charakter eines Coalitionskrieges gegeben hätte. Von Oesterreich war eine Verbindung mit Rußland an sich nicht zu erwarten, da sich die beiden Regierungen noch immer in heftigem Antagonismus bewegten. Alles kam darauf an, sich Preußens zu versichern, durch dessen Gebiet, wenn es zum Kriege kam, der Durchzug nothwendig genommen werden mußte.

1) pour nationaliser l'alliance.

Dem aber setzte sich die noch nicht erledigte Differenz über die Contribution entgegen, eine finanzielle Schwierigkeit, die nicht minder ins Gewicht fiel, als die politischen Bedenken. Für das Verständniß der Angelegenheiten ist es nothwendig, ihrer näher zu erwähnen, obgleich sie in eine etwas andere Sphäre der Geschäfte gehört. Von der Contribution, die mit den Zinsen 127 Mill. betrug, waren im Laufe der Zeit 72 Millionen abgezahlt worden. Von den hiernach noch restirenden 55 Millionen ging der Werth der nach Magdeburg gelieferten Colonialwaaren, die auf 13 Millionen angeschlagen waren, ab; aber noch immer blieben dann 42 Millionen, deren Abzahlung in Baar beinahe als eine Sache der Unmöglichkeit erschien. Nun hatte sich in Frankreich selbst, unter den Freunden des Ministers Herzog von Bassano, eine Gesellschaft gebildet, welche dem preußischen Staat als Preis für die Domänen, die sie abkaufen wollte, 26 Millionen anbot. Man ging in Berlin auf diesen Vorschlag ein, mit dem Vorbehalt jedoch des Wiederkaufs der Domänen binnen einiger Jahre. Die Regierung bot fünf Jahre an, die Käufer wollten nur zwei Jahre annehmen. Aber auch dann blieb noch die Verpflichtung übrig, alle Monate eine halbe Million einzuzahlen, um die ganze Schuld zu tilgen. Die Verhältnisse waren ebenso gespannt wie beschwerlich. Die widerwärtigsten persönlichen Prätentionen von Seiten des französischen Ministers traten hervor[1]). Wenn nun Napoleon, als er mit der preußischen Unterhandlung Ernst machte, zugleich die Absicht kund gab, die politische und die finanzielle Frage mit einander zu verbinden, so faßte man in Berlin den Gedanken, den Durchzug der Franzosen, den man an sich verabscheute, zur Erledigung der Contributionsforderung zu benutzen, und fand in dem Commissar, der in dieser Angelegenheit nach Frankreich geschickt wurde, dem Staatsrath

1) Schöll ist in seiner Erzählung über die Jahre 1811 und 1812, welche überhaupt mannichfaltiges Detail in sich schließt, hierüber sehr ausführlich. Wir übergehen diese gehässigen Einzelheiten.

Beguelin eben den Mann, der dazu gehörte, um ihn durchzuführen. Es war ein Beamter von legaler Hingebung, voll von Kenntniß der Sache und von Verstand. Seine Berichte machen einen durchaus befriedigenden, würdigen Eindruck. In einer mehrstündigen Audienz bei dem Minister Herzog von Bassano legte nun Beguelin, ohne die bisherigen Verabredungen geradezu zurückzunehmen, doch die fast unüberwindliche Schwierigkeit dar, die es haben würde, sie ins Werk zu setzen: denn Preußen sei nicht im Stande, eine halbe Million alle Monate einzuzahlen und zugleich die Einrichtungen zu treffen, die für den unmittelbaren Durchmarsch der Franzosen erforderlich wären; er schlug vor, zwei Dritttheile der noch rückständigen Contribution durch die Lieferungen zu decken, welche die preußische Regierung für die französische Armee übernehme, für das letzte Dritttheil einen Zahlungsaufschub ohne weitere Zinsen eintreten zu lassen. Auch bei den französischen Ministern bemerkt man Verschiedenheiten der Meinung und der Direktion. Champagny hätte eine Vernichtung des preußischen Staates nicht ungern gesehen; Maret, Herzog von Bassano, war für die Erhaltung desselben; er hatte Sinn dafür, wenn Beguelin ihm sagte, daß die Allianz mit Frankreich zwar von dem König und seiner nächsten Umgebung gebilligt werde, aber im Lande gebe es eine große Partei, welche sie verwerfe, weil sie mit immer neuen Belästigungen verbunden sei; der König würde sich glücklich fühlen, wenn er seinen Unterthanen durch die Allianz zugleich eine Erleichterung und eine Sicherheit für die Zukunft verschaffe. Auf den Vortrag des Ministers nahm nun auch Napoleon diese Vorschläge an; sie sind die Grundlage des finanziellen Vertrages, der am 24. Februar 1812 zur Ausführung der im Jahre 1808 getroffenen Verabredungen zum Abschluß kam. Im ersten Artikel wird festgesetzt, daß während des Aufenthaltes der französischen Truppen auf preußischem Gebiet und während des Krieges mit Rußland, wenn es zu einem solchen komme, die Zahlung der Contribution in Geld suspendirt sein solle. In Stelle der Zahlung wird der Kaiser die Liefe-

rungen an Lebensmitteln und Munition, die der König ihm leiste, annehmen; diese werden in den folgenden Artikeln näher bestimmt. So höchst beschwerlich die Beschaffung der zu liefernden Gegenstände auch war, so hielt Beguelin dennoch für geboten, die Convention, wozu er im Einzelnen nicht einmal bevollmächtigt war, abzuschließen. Seine Betrachtung ist sehr einfach[1]): man würde, sagte er, gezwungen gewesen sein, die Lieferungen zu leisten, wobei mannichfaltige Excesse zu befürchten gewesen wären, ohne alle Abrechnung auf die Contribution; diese würde vielmehr zu gleicher Zeit mit aller Strenge eingetrieben worden sein: denn man würde das Vertrauen in den guten Willen Preußens verloren haben. Wenn Napoleon sich die Zinszahlungen vorbehalten hatte, so erklärte er, das solle nur dazu dienen, um die Leistungen von Preußen um so mehr zu sichern; Preußen könne über seine Pfandbriefe verfügen und ein neues Anlehen darauf begründen; er seinerseits werde alles thun, um Preußens Credit zu heben.

Der finanzielle Vertrag war an sich keineswegs ein politischer, aber er machte einen solchen möglich. Indem Bassano dem preußischen Gesandten Krusemarck von der Abkunft Nachricht gab (es

1) Bassano sagt zu Krusemarck: on avait seulement voulu stimuler le gouvernement prussien à mettre tout en oeuvre pour se libérer.

2) Schreiben Beguelins an Hardenberg vom 27. Februar 1812. „Worin ich glaube, einiges Verdienst zu haben, ist, daß ich gewagt habe zu unterzeichnen, ohne meine Instruktion abzuwarten. Hätte ich auf letztre gedrungen: so würde das größte Mißtrauen entstanden sein; und es hätten die unsäglichsten Nachtheile erzeugt werden können. — Durch die geschlossene Convention hört das Ausströmen des Geldes nach Frankreich auf. Dieses Ausströmen war um so lästiger, als durch den Wechselcours mehr gezahlt werden mußte, als man effective schuldig war. Man zahlt nicht mehr mit Geld, was man nicht hat und man nur durch verzehrende Anleihen sich schaffen konnte, sondern mit Menschen und Pferdekräften, die vorhanden sind, oder die man im Lande findet, und endlich mit Gegenständen, die man zwar aus der Fremde entnehmen muß, wobei man jedoch den Ankauf durch Terminalzahlung sich erleichtern kann. - Durch die Convention überzeugt sich die Nation sowohl, als der Fremde, daß der Allianz-Traktat nicht bloß eine Maßregel als Folge politischer Conjunktur ist, sondern daß es des Kaisers ernstlicher Wille ist, den Staat seines Alliirten, des Königs von Preußen zu heben und von dem Drucke zu befreien".

geschah am 22. Februar: denn an diesem Tage war man bereits einig geworden, obwohl der Vertrag erst vom 24. Februar datirt ist), fügte er hinzu, daß Napoleon die preußischen Propositionen zu einem Allianzvertrage überhaupt mit leichten Modifikationen angenommen habe: den förmlichen Abschluß wünsche er ohne den Verzug, welchen das Hin- und Herschicken von Courieren erfordere, bewerkstelligt zu sehen, auch deshalb, weil er den Marsch seiner Truppen nicht länger aufschieben könne. Die Modifikationen waren nicht so ganz leicht und unbedeutend; sie bezogen sich hauptsächlich auf das Verhältniß zu England. Um das Continentalsystem zu wahren, wurde eine besondere Convention getroffen. Eine zweite war gegen Rußland gerichtet, obgleich der Krieg gegen diese Macht noch nicht als unabwendbar bezeichnet wurde. Im 2. Artikel derselben wurden solche Bestimmungen getroffen, die nach Napoleons Meinung das preußische Corps besser in Stand setzen sollten, vereinigt zu bleiben. Wenn er im 4. Artikel die Commandanten von Kolberg und Graudenz seinem großen Generalstab unterordnete, so sagte er doch, das geschehe blos, um den Samen des Mistrauens vollends zu ersticken; aber er bewilligte auf Krusemarcks Erinnerung, daß keine französischen Truppen in diese beiden Plätze einrücken sollten. Die Exemption von französischen Durchzügen gestand Napoleon für Potsdam zu, nicht jedoch für Berlin: der König möge als General selbst urtheilen, ob dieselbe möglich sei. Eine wichtige Rücksicht bildete die Bestimmung über Schlesien; der Antrag des Königs ging ursprünglich auf die Neutralität der ganzen Provinz; Napoleon wollte dieselbe anfangs nur für Oberschlesien und Glatz bewilligen; erst später fügte er, um dem König die Wahl einer Residenz möglich zu machen, Breslau hinzu; Schweidnitz in die Neutralisation aufzunehmen, lehnte er ab, weil er dieses Platzes für die Communikation mit Böhmen bedürfe, wie er denn nunmehr schon darauf rechnete, auch Oesterreich an sich heranzuziehen.

Die Forderung des Königs, die Armee um 6000 Mann ver-

mehren zu dürfen, wurde im Vertrage mit Stillschweigen übergangen. Der Kaiser sagte: der Grund davon liege nicht im Mißtrauen, sondern in dem Aufwand, den das für den König verursachen würde, und der ganz ohne Nutzen sei.

Ohne Verzug sollte Krusemarck die neue Redaktion der Verträge unterzeichnen; er erhielt nur eine Bedenkzeit von 24 Stunden. Auch Krusemarck war dazu keineswegs bevollmächtigt, aber er zog in Betracht, daß der König den Abschluß wünsche und die Lage der Umstände denselben dringend mache. Und niemals ist die Eigenmächtigkeit eines Gesandten der Regierung besser zu statten gekommen; denn da so eben Schwedisch-Pommern von den Franzosen eingenommen wurde und sie unter mancherlei Vorwänden auf preußischem Gebiet sich zeigten, wie denn eine Division in die Mark eindrang, so war es höchst erwünscht, daß der Courier mit dem am 24. Februar unterzeichneten Vertrag noch zur rechten Stunde eintraf, um einen Conflikt zu verhüten. Beguelin erklärte es für ein Glück, daß er die Convention habe schließen können in einem Augenblick, wo der Staat bereits umzingelt, die Feinde Preußens (er meint im französischen Ministerium) im Begriff waren, den Sieg davon zu tragen und das Zutrauen nur durch den rascheſten Entschluß hergestellt werden konnte. Die Verträge wurden unverzüglich ratificirt (4. März) [1]).

Für die Herstellung der Selbständigkeit Preußens sind diese Verträge nicht ohne Werth. Aber freilich sind sie noch weit entfernt, eine solche anzuerkennen oder zu gewähren. Sie fesselten den Staat an eine Sache, die seinem Princip eigentlich entgegen lief. Auch war es, nachdem die Sache lange hin und her erwogen worden, in der letzten Stunde ein Akt der Ueberraschung und Gewalt, durch den sie zu Stande kamen.

1) Martens, nouvel recueil I, 414 ff. de Clercq II, 354 ff.

Neunzehntes Capitel.

Napoleon in Rußland.

Wie Alles, was Napoleon sagt, so sind auch die Aeußerungen, die er in einem Gespräch mit dem preußischen Gesandten Krusemarck über die allgemeine Lage machte, von großem Interesse; er erwähnte darin mehr als einmal den Frieden von Tilsit, durch welchen er den Kaiser Alexander zu seinem System gegen England herbeigezogen habe: der dort geschlossenen Verbindung danke es Rußland, daß es nach erlittenen Niederlagen Erwerbungen gemacht habe, die der Kaiserin Katharina mitten in ihren Siegen wie ein Traumbild erschienen wären; aber Rußland beobachte die damals eingegangenen Verpflichtungen nicht; zuerst habe er sich durch den Ukas, welcher dem französischen Handel Hindernisse in den Weg legte, verletzt gefühlt, nicht wegen des commerciellen Interesses, sondern weil er den Geist erkannt habe, der im Cabinet von St. Petersburg vorwalte; dies Cabinet glaube, wenn es nur keinen Frieden mit England schließe, könne es alles thun, was ihm beliebe; Rußland versehe den halben Continent mit Zucker, aber in Rußland wachse kein Zuckerrohr; so verführe es auch andere von England her importirte Artikel, zum größten Schaden für Frankreich; sonst würde er auf den Erfolg des Continentalsystems zählen können, wie man aus den mannigfaltigen Bankerotten erkenne, welche englische Handelshäuser erlitten; er könne es nicht dulden; so lange er noch im Stande sei, zu Pferde zu steigen, werde er die gegen ihn eingegangenen Verbindlichkeiten nicht verletzen lassen. Seit jenem Ukas habe er sich

im Stillen vorbereitet; er befinde sich jetzt in einer Lage, in der er nichts zu fürchten brauche. In Rußland meine man, er sei in Spanien zu sehr beschäftigt, um eine wahrhaft furchtbare Macht nach einer anderen Seite hin aufzustellen: darin irre man sich jedoch; er könne die auf der pyrenäischen Halbinsel befindlichen 40—50,000 Engländer einstweilen daselbst dulden; sie würden doch nichts Entscheidendes ausrichten [1]). Zuerst müsse er den Krieg im Norden zu Ende führen, dann könne er sich wieder gegen Spanien wenden; er werde jenseit des Niemen stärker erscheinen, als die Russen. Man behaupte, in Rußland 300,000 Mann unter den Waffen zu haben, wahrscheinlich seien es nur 200,000; wie dem aber auch immer, wer wolle sie führen? „Ich werde", sagte er, „mit 400,000 M. gegen die Russen anrücken, uud ohne mich zu rühmen, glaube ich doch durch lange Erfahrung und fortgesetzte Studien die Fähigkeit erworben zu haben, die größten Massen in Bewegung zu setzen. Der Feldherr ist die Seele der Armee; er verstärkt sie um mehr, als die Hälfte. Ich erschrecke, wenn ich an die Folgen des Krieges denke; Alexander wird sie mit blutigen Thränen beweinen. Welche Katastrophe steht ihm selbst bevor: denn seine Nation wird ihm ihr Unglück zuschreiben. Ich wünsche den Krieg nicht, auch Alexander will ihn nicht; aber ich fürchte, er glaubt, seine Ehre stehe auf dem Spiele. So kann auch ich um kein Jota zurückweichen. Wenn es zwischen zwei großen Mächten so weit gekommen ist, muß die eine oder die andere an ihrem Glanze einbüßen; wenn die Ereignisse bis auf einen gewissen Punkt gediehen sind, kann Niemand ihnen mehr Einhalt thun" [2]).

In St. Petersburg setzte man noch Hoffnung auf die Mittheilungen, welche Czernitscheff aus Paris bringen werde; Napoleon hielt jedoch in der Hauptfrage an seiner Ansicht fest: Rußland möge

1) 40 ou 50,000 Anglais y auront moins mauvais jeu, mais ne perviendront certainement pas à se mettre en possession de la presqu'île et à en chasser mes armées. Ce n'est donc que partie remise.

2) Ich entnehme dies aus einer ausführlichen Depesche Krusemarcks, von Schöll's Hand abgeschrieben, der sie betitelt: „Audience du général Krusemark du 17 décembre 1811".

auf die Bedingungen von Tilsit zurückkommen; Jedermann wisse, daß die Flagge der Neutralen englische Ladung decke. Aber auch Alexander meinte in seinem Rechte zu sein; er sagte Lauriston: zu Tilsit und zu Erfurt habe er immer den Handel mit den Neutralen vorbehalten, bei späteren Dekreten sei er nicht gefragt worden; solle er verpflichtet sein, die Dekrete des französischen Kaisers auszuführen? Man sieht: der Entschluß Napoleons, das Continentalsystem unter allen Umständen durchzusetzen, und die Schwierigkeit, welche Rußland dagegen erhob, bilden den Kern der großen Controverse.

Noch einmal hatte Friedrich Wilhelm gleichsam in der zwölften Stunde einen Versuch gemacht, ein gutes Verständniß herzustellen. In dieser Absicht hatte er den Obersten Knesebeck nach St. Petersburg geschickt, um Kaiser Alexander zu ersuchen, den Frieden zu erhalten, von welchem das Heil der Welt und das Heil seines eigenen Reiches abhänge: Napoleon werde zum offenen Bruche schreiten, wenn Rußland nicht durch einige zufriedenstellende Erklärungen sich herbeilasse, ihn zu beruhigen. Knesebeck hatte zwei Audienzen bei Alexander, in denen von den großen Angelegenheiten die Rede war. In der ersten trug er dem Kaiser die Besorgniß des Königs vor, daß der Friede im Norden gebrochen werde: denn Rußland versammle an seinen Grenzen gewaltige Heeresmassen; Kaiser Napoleon rüste überall in Deutschland, er verstärke seine Garnisonen an der Oder und Weichsel; ein Zusammenstoß zwischen den beiden großen Mächten scheine demnach bevorzustehen; für Niemand aber liege darin eine größere Gefahr, als für Preußen; es werde vielleicht das Theater für die beiderseitigen Kriegsoperationen werden: der König beschwöre daher den Kaiser Alexander, durch eine nähere Explication Napoleon zu beruhigen; denn das Stillschweigen zwischen beiden Mächten sei drückend und verkünde Unheil. Der Kaiser antwortete: auch er wünsche die Erhaltung des Friedens; wenn er Truppen an seinen Grenzen versammelt habe, so sei er dazu durch die Verstärkung der Franzosen an der Weichsel veranlaßt worden;

Napoleon vermehre seine Garnisonen in Danzig, Küstrin und Stettin; er gebe dem König Glogau nicht zurück und befestige Praga, Thorn, Modlin und andere Plätze; die Ansammlung russischer Truppen solle nur zur Vertheidigung dienen; er, der Kaiser habe seine Friedensliebe durch die Haltung bewiesen, mit der er die Besetzung von Oldenburg, Hamburg, Lübeck und neuerdings von Schwedisch-Pommern sich habe gefallen lassen; Rußland bleibe bei den getroffenen Verträgen stehen und habe nichts zu erklären; er habe die Absicht gehabt, jemand nach Paris zu schicken, sobald als sein Friede mit den Türken geschlossen sei; aber er fürchte, diese Mission werde dem französischen Kaiser nicht mehr angenehm sein. Knesebeck erwiederte: er glaube das Gegentheil; solle noch Jemand geschickt werden, so müsse das auf der Stelle geschehen; denn sonst wäre zu fürchten, daß der Krieg anfange, ehe die dazu bestimmte Persönlichkeit von Petersburg abgegangen sei. Romanzow, der schon im Voraus die Sendung Knesebecks für unnöthig erklärt hatte, weil ja Rußland den Krieg nicht wolle, sondern blos Frankreich, widersetzte sich auch jetzt der Sendung eines besonderen Bevollmächtigten; er wiederholte, Rußland habe keine Explikationen zu geben, auch nicht über die Sache von Oldenburg, welche zu geringfügig wäre, um einen Krieg herbeizuführen.

In einer zweiten Audienz kamen die Handelsverhältnisse zur Sprache. Alexander versicherte, daß er auch in dieser Hinsicht die Traktate halte; er stehe in keiner commerciellen Beziehung zu England; der Verkehr mit den Neutralen gebe viel zu reden, bedeute aber in Wahrheit nur wenig; Rußland könne sich ihn nicht entreißen lassen; er habe keine Verpflichtung eingegangen, die denselben verbiete; und die Nation habe Rechte, deren Berücksichtigung sie von ihm fordern könne: an der Spitze einer so großen Macht, wie er sie unter den Fahnen habe, zurückzuweichen, würde seiner Ehre zuwiderlaufen, um so mehr, da Napoleon alle Tage eine drohendere Haltung

annehme: unter diesen Umständen dürfe er selbst keinen Gesandten an Napoleon schicken: denn er würde damit Furcht verrathen.

Als Knesebeck der ungünstigen Umstände, unter denen Rußland den Krieg beginnen werde, gedachte, fiel Alexander mit der Bemerkung ein: im übrigen könne man hinzufügen, daß er kein Kriegskapitän sei, wie Napoleon, und keine ausgezeichneten Generale habe; allein er habe Alles das erwogen; auch werde er gewiß nicht der Angreifer sein, wohl aber einem Angriff guten und langen Widerstand entgegensetzen; er könnte auch jetzt, wie schon im vorigen Jahre, seine Grenze überschreiten, um mehr Terrain zu gewinnen: das liege ihm jedoch ferne; er erwarte den ersten Kanonenschuß des Feindes auf russischem Gebiet, dann werde der Krieg beginnen [1]). Zu den übrigen Streitigkeiten kam durch die nunmehr vollzogene Allianz zwischen Frankreich und Preußen eine neue. Dem König von Preußen hat der Kaiser Alexander in seinem Herzen deshalb nicht eigentlich gegrollt; er drückt seinen Schmerz darüber aus, daß sie nunmehr Feinde werden würden; und macht dem König einige Vorwürfe darüber; aber er schließt doch mit der Versicherung, er werde der Freund desselben bleiben bis in den Tod. Dagegen beschwerte sich Alexander deshalb sehr ernstlich über Napoleon: der Grundsatz des Friedens von Tilsit, daß es zwischen den beiden großen Reichen unabhängige Staaten geben müsse, wie eben Preußen und das Herzogthum Warschau, sei dadurch verletzt: er fordere jetzt die Räumung des preußischen Gebietes, in welchem dem Vertrage zuwider das französische Kriegsheer immer weiter vorrücke. Kurakin sagte dem Kaiser Napoleon: das Auftreten französischer Truppen an der Oder sei eine Kriegserklärung gegen Rußland. Napoleon gab über diese Anmuthung eine nicht geringe Entrüstung kund: es sei ungefähr eben so, wie als ihn Preußen 1806 aufgefordert habe, seine Truppen über den

1) Ich folge hiebei den Berichten Knesebecks, wie sie von Schöll mitgetheilt, dann aber auch anderweit in die Oeffentlichkeit gedrungen sind. (Fain Manuscrit de 1812. I, 129).

Rhein zurückzuziehen: darin liege eine Beleidigung; man möge ihm nicht mehr davon reden. Wir erfahren, daß Bennigsen das Vorrücken der Franzosen im preußischen Gebiete eben so ansah, wie Alexander, und denselben aufforderte, nun auch seinerseits in das Herzogthum Warschau einzudringen. Napoleon bemerkte schon gegen Kurakin: der Unterschied zwischen beiden Reichen liege darin, daß die russischen Bewegungen gegen ihn nur durch Gebiete geschehen könnten, die ihm befreundet seien: er nahm die Miene an, als müsse er Preußen vertheidigen.

Das war nun die Stellung der beiden großen Mächte unmittelbar vor dem Kriege: Rußland entschlossen, sich den Handel mit den Neutralen nicht entreißen zu lassen, weil es seine inneren Verhältnisse nicht erlaubten; Napoleon zum Angriff fertig, um seinem Continentalsystem in dem Kriege gegen Rußland das Siegel der Vollendung aufzudrücken. Alexander repräsentirte die Unabhängigkeit eines großen Reiches, Napoleon lebte und webte in der Tendenz, jeden widerstrebenden Willen zu beugen. Wollte Napoleon den Krieg mit Rußland oder wollte er ihn nicht? Sein ganzer Gedanke spricht sich in der Weisung aus, die er seinem Gesandten Lauriston gab; die 450,000 Mann, die er in Bewegung setzte, seien dazu bestimmt, dem Cabinet von St. Petersburg ernste Betrachtungen einzuflößen und es zu dem System von Tilsit zurückzuführen, zugleich auch Preußen wieder in die untergeordnete Stellung zu bringen, in welcher es sich damals befand [1]). Sagen wir es mit einem Worte: es sollte nur noch Einen Willen auf dem Continent geben, eben den, welcher in den Dekreten Napoleons ausgesprochen wurde. Der Gedanke ist verwegen, grandios und des Kopfes würdig, der ihn faßte. In Rußland meinte Napoleon auch England zu bezwingen. Das französische Reich würde Europa und dadurch die Welt beherrscht haben.

Dem Kaiser der Franzosen gelang es, auch Oesterreich in

1) L'Empereur ne met aucune confiance dans une négotiation quelconque à moins que les 450 mille hommes que S. M. a mis en mouvement ne fassent faire de sérieuses réflexions au cabinet de St. Petersbourg.

seinen Bund zu ziehen. Diese Macht wurde durch ihre Antipathien gegen Rußland bewogen, sich ihm anzuschließen. Vollkommen Recht hatte Napoleon, wenn er in der Discussion über Moldau und Wallachei den Russen sagte, die Frage berühre ihn wenig; sie sei eigentlich eine österreichische. Es war die Superiorität Rußlands in der Türkei, was den Widerwillen Oesterreichs erweckte und es abhielt, den Anträgen, die Scharnhorst überbrachte, beizustimmen. Oesterreich ergriff, selbst auf die Gefahr hin, daß Polen wiederhergestellt werden könnte, die Partei von Napoleon: für diesen Fall behielt es sich Entschädigungen in den illyrischen Provinzen vor, die ihm mehr bedeuteten, als die polnischen.

Das große Unternehmen würde durch eine Fürstenzusammenkunft, in der Napoleon als das Oberhaupt Aller erschien, in Dresden eingeleitet. Ein Triumph für ihn, daß Kaiser und Kaiserin von Oesterreich sich in Dresden bei ihm einstellten. Es bildete gleichsam einen Uebergang zu der neuen Autorität in Deutschland, wenn hier das frühere Reichsoberhaupt bei dem neuen Gewalthaber, dem Deutschland unterthäniger war, als seit vielen Jahrhunderten einem eigenen Kaiser, erschien. Die Kaiserin von Oesterreich mag das empfunden haben; neben ihr trat die Gemahlin Napoleons, welche sich dem französischen Wesen vollkommen anschloß und demselben den Vorzug vor dem deutschen zu geben schien, in einer Art von Superiorität der Macht und des Glanzes auf. Gleich nach der Ankunft des Kaisers lud Napoleon auch den König von Preußen ein, da er ihn doch in Berlin nicht würde aufsuchen können. Der König, der den Kaiser schon durch seinen Oberkammerherrn hatte begrüßen lassen, traf am 26. Mai in Dresden ein, begleitet vom Staatskanzler und vom Kronprinzen.

In dem Verhältniß Frankreichs zu Preußen waren bereits einige Aenderungen eingetreten: die Contribution war durch die Lieferungen so gut wie getilgt. Napoleon war zufrieden damit[1]), aber

1) Sehr auffallend ist jedoch die Weisung, die er dem mit dem Lieferungswesen beauftragten General Matthieu Dumas ertheilte: après le compte établi, la Prusse restera encore reliquataire, Matthieu Dumas Souvenirs III. S. 411.

er hatte sich schon wieder einen Uebergriff erlaubt; er hatte die Festungen Spandau und Pillau militärisch besetzen lassen, weil ihm dies für die Ruhe der beiden Hauptstädte und die Sicherheit der Communicationen nothwendig schien. Er entschuldigte sich jetzt, daß er es gethan habe, ohne durch die Convention dazu autorisirt zu sein: er habe den Abschluß derselben nicht durch neue Weitläufigkeiten verzögern wollen; auch sei die Maßregel keineswegs politisch, sondern nur militärisch[1]). Auf preußischer Seite waltete dieselbe Rücksicht ob, und man fügte sich in das Unvermeidliche; der Zwischenfall hatte keine Störung in dem guten Vernehmen zu Folge[2]).

Unwillkürlich wird man bei dieser Zusammenkunft an die erinnert, welche vor einundzwanzig Jahren eben dort in der Nähe der sächsischen Hauptstadt in Pillnitz stattfand, an der die beiden deutschen Herrscher zur Zeit ihrer Väter Theil genommen hatten, und die dann zu den Feindseligkeiten der Franzosen den Anlaß gab. Damals war das Uebergewicht der Würde und der Macht auf Seiten der beiden Verbündeten; sie erklärten sich in dem Sinne, den ihnen die Rücksicht auf den König und die Königin von Frankreich und deren Gefahren einflößte. Es war die Gewalt der Revolution,

1) Le duc de Bassano lui (Hardenberg) fera comprendre que, comme politique, je me fie à la Prusse, mais que, comme militaire, je ne puis laisser les places de Pillau et de Spandau dans d'autres mains que les miennes, et qu'il faut que je sois maître d'en changer la garnison tous les jours et toutes les fois que je le jugerai convenable, que mon premier sentiment avait été de demander la remise de ces places par le traité; mais que c'eût été une clause déshonorante pour la Prusse. Note pour le ministre des relations extérieures 27 mai 1812. Corr. XXIII, S. 437, N. 18728.

2) Bei Schöll wird das Motiv angegeben: le roi décida qu'on ne devait pas exciter des difficultés sur des objets de moindre conséquence. Ein Motiv für die Reise des Königs war, daß er dem König von Sachsen einen Besuch machte und den Kaiser von Oesterreich sah. In dem Schreiben an Napoleon, in welchem der König die Einladung annimmt, fügt er hinzu: ce sera en même temps une occasion agréable de me trouver avec LL. MM. l'Empereur d'Autriche et le roi de Saxe. Schon Schöll bedauert, über die Verhandlungen bei dieser Entrevue nichts in den Akten gefunden zu haben.

der sie zögernd, aber doch provocirend entgegentraten. Diese hatte nun in langen, blutigen Kriegen den Sieg erfochten; sie war in einem der größten Kriegsmänner aller Jahrhunderte repräsentirt. Selbst die beiden Mächte unterstützten jetzt den letzten Versuch desselben, die Hoheit über den gesammten Continent in seine Hand zu bringen: die eine mehr freiwillig, die andere mehr gezwungen: eine Widerrede war nicht möglich. Zur Seite der beiden Oberhäupter waren die minder mächtigen deutschen Fürsten, die dem neuen Imperator ihre angebliche Souveränetät verdankten, zu seinen Füßen erschienen. Man vermißte den König von Westfalen, die Gemahlin desselben war allein gekommen; Napoleon sagte wohl, er könne die Dienstgeschäfte eines seiner Generale nicht unterbrechen, einer Frau zu Gefallen [1]). Das alte deutsche Reich gruppirte sich in dieser Umwandlung um Napoleon; man bemerkte, daß die Hingebung, welche die Fürsten bewiesen, den Unterschied zwischen Franzosen und Deutschen gleichsam aufhebe. Sollte das aber auf immer Bestand haben, der deutsche Name auf immer in dem Glanze des französischen untergehen? Niemand scheint daran gedacht zu haben; aber über der Versammlung schwebte doch ein düsteres Gefühl, wenn wir aus der Stimmung schließen dürfen, die sich bei dem Abschiede zeigte: Napoleon sprach alsdann mit jedem der Fürsten, jeder Prinzessin; sie waren alle gerührt, Napoleon selbst war es.

Noch einmal war ein Gesandter Napoleons, Narbonne, nach Wilna gegangen, nicht um eigentliche Unterhandlungen anzufangen, welche so lange verschoben werden sollten, bis die Armee an die Weichsel vorgerückt sei, aber um die Gesinnungen des russischen Kaisers zu erforschen. Napoleon war noch in Dresden, als Narbonne zurückkam mit dem Berichte, daß in Bezug auf die commerciellen Fragen nichts bei Alexander zu erreichen sei; er fordere vielmehr, daß Preußen von den Franzosen geräumt werde, und sei entschlossen, den hartnäckigsten Widerstand zu leisten.

In Napoleon erschien die Einheit der romanischen und germa-

1) Mémoires du Roi Jérôme, VI, 31.

nischen Völker des westlichen Continents in größerem Umfang, als selbst unter Karl dem Großen: denn weder über Deutschland noch über Italien, welches damals den Franzosen zum größten Theile unterworfen war, übte Carolus Magnus eine Autorität aus, wie sie jetzt in den Händen Napoleons war; überdies aber: das Reich der Karolinger stand im engsten Bunde mit dem im Emporkommen zu einer universalen Macht begriffenen Papstthum und der katholischen Kirche, welche Napoleon nur insofern duldete, als sie ihm unterthänig war. Die Kräfte des Occidents in Italien, Frankreich, Deutschland und einigen slavischen Dependenzen wurden jetzt vereinigt, um den großen Schlag auszuführen, der die Weltherrschaft Napoleons consolidiren sollte.

Den drei Divisionen, die unter Davout an den beiden letzten Kriegen entscheidenden Antheil genommen hatten, waren drei andere hinzugefügt worden, in denen Holländer, Spanier, Polen und Hanseaten mit einigen Contingenten des Rheinbundes vereinigt waren, ungefähr 90,000 Mann. Noch nicht die Hälfte dieser Zahl begriff das Armeecorps unter Oudinot, bei dem sich außer den Franzosen, die sich ebenfalls rühmen konnten, große Dienste geleistet zu haben, Schweizer und Holländer befanden. Unter Marschall Ney dienten die Divisionen, die früher unter Massena und Lannes vielen Ruhm erworben hatten, zugleich mit den Würtembergern, Nachkommen der alten schwäbischen Landsknechte. Unter dem Vicekönig von Italien waren die Ueberbleibsel der früheren italienischen Armee französischen Ursprungs mit den Italienern des Königreiches, die sehr wohl eingeübt worden waren, und der königlichen Garde vereinigt. Wie das vierte Corps eine italienische, so bildete das fünfte Corps eine polnische Armee unter Poniatowsky, der schon den Krieg von 1809 rühmlich mitgemacht hatte, es wurde vom Herzogthum Warschau besoldet. Mit dem vierten, dem italienischen Corps sollte sich das sechste Corps vereinigen, das hauptsächlich aus Baiern bestand. Dagegen sollten die Sachsen (siebentes Corps) sich den Polen anschließen, sie standen unter General Reynier. Das achte Corps sammelte sich

unter Jerome bei Magdeburg, es bestand außer der Cavallerie aus Linienregimentern und Garde. Die Deutschen machten einen sehr ansehnlichen Bestandtheil dieser Armee aus, das sächsische Corps zählte 17,000, das westfälische 18,000, das bairische 25,000 Mann. Dem zehnten Armeecorps unter Macdonald waren die preußischen Hülfsvölker zugetheilt, an Zahl 21,000 M., unter den Generalen Grawert und York. Man erzählt, es habe auf Napoleon Eindruck gemacht, daß er bei der Heerschau anderwärts mit dem gewohnten Lebehoch empfangen worden sei, nicht jedoch von den Preußen; er habe dennoch ihre gute Haltung selbst seinen Garden zum Muster aufgestellt [1]). Macdonald kann die martialische Haltung und die gute Manneszucht der preußischen Truppen nicht genug rühmen; er preist sich glücklich, daß er die Nachfolger der Kriegsmänner des großen Friedrich unter seinem Oberbefehl habe [2]). Die Summe der zum Einfall in Rußland bestimmten Mannschaften kann auf eine halbe Million Streiter angeschlagen werden [3]).

In alten Zeiten haben barbarische Schaaren von ähnlicher Anzahl Invasionen in die Culturländer versucht; daß sich aber aus diesen ausgebildete Kriegsheere in so großen Massen nach fernen und halb barbarischen Gegenden in Bewegung setzten, war noch niemals vorgekommen [4]).

Ursprünglich rechnete Napoleon bei seinem Unternehmen noch auf den Beistand Schwedens und der Türkei, der alten Bundesgenossen Frankreichs gegen Rußland [5]). Aber er hatte sich durch den

1) J. G. Droysen, Leben des Feldmarschalls Grafen York von Wartenburg I, S. 353.

2) Schreiben Macdonalds an den König vom 25. Juni 1812.

3) Chambray, histoire de l'expédition de Russie, t. I; Beilage II. gibt aus den Papieren des französischen Kriegsministeriums 491,953 M. Infanterie, 96,579 M. Kavallerie, 21,526 M. Artillerie u. s. w. an, mit den später hinzugekommenen rechnet er 647,158 M.

4) Um ein Beispiel zu finden, ist man auf den Zug des Darius gegen die Scythen zurückgegangen: doch waren die Perser selbst halbe Barbaren; und die Erzählung ist von Fabeln verdunkelt.

5) Am 30. März 1812 schreibt er: Les Russes ne peuvent pas ignorer

Frieden von Tilsit die eine und die andere dieser Mächte entfremdet. Er hat den Türken selbst die Wiedereroberung der Krim versprochen, wenn sie mit 100,000 Mann an seinem Kampfe gegen Rußland Theil nehmen würden. Diesem Versprechen aber setzten die Engländer die Drohung entgegen, in einem solchen Falle das Uebergewicht ihrer Seemacht zur Eroberung der Dardanellen verwenden zu wollen. Es läßt sich schwerlich annehmen, daß der Pforte von den Theilungsplänen ihres Gebietes, über die zwischen Frankreich und Rußland unterhandelt war, nichts bekannt geworden sei. In dem Divan hatte sich eine starke Partei gebildet, die das Heil der Welt mehr in der Rettung ihres Landes im Bunde mit England, als in der Erweiterung desselben im Bunde mit Napoleon erblickte.

Die Schweden empfanden die Einwilligung Napoleons in die Eroberung Finnlands durch die Russen als eine nationale Beschwerde. Es machte, wie wir schon oben angedeutet, keinen Unterschied, daß einer der französischen Marschälle, Bernadotte, zum Thronfolger in Schweden unter dem Titel eines Kronprinzen erhoben worden war. Die Stellung Bernadottes hatte insofern eine Analogie mit der Stellung Napoleons, als auch bei ihm die National-Gewalt, welche eine Thronveränderung herbeigeführt hatte, und die militärische vereinigt waren. Aber dabei fand doch auch ein durchgreifender Unterschied statt. Der Marschall hatte seine Gewalt nicht selbst gegründet, wie der Kaiser; sie war ihm auf Grund des Wahlrechtes der Nation in aller Form übertragen worden; die persönliche Gewalt stand bei Napoleon, die constitutionelle bei Bernadotte in dem Vordergrund. Wenn sich der Marschall-Kronprinz in Schweden behaupten wollte, so mußte er sich ein Verdienst um die Nation erwerben: er ergriff resolut den skandinavischen Gedanken, der in der Vereinigung Schwedens mit Norwegen lag. Schon seit Jahrhunderten hatte

que la Prusse, l'Autriche et probablement la Suède sont avec moi, que les hostilités recommençant en Turquie, les Turcs feront de nouveaux efforts. Corr. XXIII, 349, N. 18622.

derselbe den schwedischen Monarchen vorgeschwebt: die allgemeinen europäischen Erschütterungen boten jetzt die Gelegenheit dar, denselben ins Werk zu setzen. Auch in den vorhergegangenen Verhandlungen über ein Bündniß der Schweden mit Napoleon ist davon die Rede gewesen; man hat den Kaiser sogar einmal darauf aufmerksam gemacht, daß von Norwegen aus durch das geographische Verhältniß sich Gelegenheit bieten würde, mit leichter Mühe in Schottland, also in Großbritannien einzudringen. Allein Napoleon bedurfte in der Stellung, die er eingenommen, Dänemarks allzu sehr, um auf eine Trennung Norwegens von dieser Krone eingehen zu wollen. Bernadotte wandte dann sein Augenmerk auf Rußland. In dem Augenblick, daß die Franzosen unter Davout in Pommern eindrangen, um ihr Continentalsystem auch hier eigenmächtig durchzuführen, schickte er einen Gesandten an den Kaiser Alexander, um den Frieden mit demselben herzustellen. Die Grundbedingung dabei war, daß die Schweden sich den Verlust von Finnland gefallen ließen; was Napoleon bewilligt hatte, um Rußland für sich zu gewinnen, wurde jetzt von den Schweden bestätigt, um Rußland in Stand zu setzen, ihm zu widerstehen. Rußland machte keine Schwierigkeit, dagegen in die Vereinigung Norwegens mit Schweden einzuwilligen. Man hatte guten Grund zu der Annahme, daß auch England dem beipflichten werde; wenn Bernadotte zu einigen Rüstungen in Schweden schreiten konnte, so war es hauptsächlich auf Kosten von England geschehen. Ueberhaupt erscheint der Kronprinz von Schweden schon durch die commerziellen Verhältnisse als der Repräsentant eines neuen Systems, welches England und Rußland verbinden sollte. In Königsberg empfing Napoleon eine Botschaft seines ehemaligen Marschalls, daß er sich zur Mediation zwischen Rußland und Frankreich anbiete, mit dem Bemerken jedoch: die wahren Feinde Schwedens seien die, durch welche die Unabhängigkeit des Nordens bedroht werde; das sei aber in diesem Augenblicke nicht Rußland, welches mehr bedroht sei, als selbst bedrohe. Dergestalt sonderten sich die beiden alten Ver-

bündeten Frankreichs in diesem entscheidenden Moment von demselben ab; dagegen hatte Napoleon die Genugthuung, daß die Heere der vornehmsten Mitglieder der früheren Coalitionen, zu seiner Rechten ein österreichisches, zu seiner Linken ein preußisches, sich gegen Rußland in Bewegung setzten.

Wenn es noch eines Antriebes bedurfte, um ihn in seinem Entschluß zu einer Invasion zu bestärken, so lag ein solcher in der Ankunft eines Gesandtschaftssecretärs aus Petersburg, der ihm berichtete, daß der Versuch Lauristons, noch eine neue Unterhandlung mit Alexander zu eröffnen, von diesem zurückgewiesen sei.

Am 23. Juni Abends 11 Uhr begann der Uebergang über den Niemen aus dem preußischen in das russische Gebiet; die Division Morand, die den Kampf bei Auerstädt eröffnet hatte, führte ihn aus; die Armee ging in vier Abtheilungen über, Macdonald bei Tilsit, der Vicekönig von Italien bei Prenn, König Jerome bei Grodno; die Hauptarmee (Davout, Oudinot, Ney) bei Kowno, von wo sie sich 200,000 Mann stark gegen Wilna bewegte, wo Kaiser Alexander in diesem Augenblick noch war.

Schon seit zwei Jahren hatte sich Alexander auf diesen Fall vorbereitet; die Armee war um das Doppelte verstärkt, die Festungen waren in Stand gesetzt worden. Man hatte sich wohl mit dem Plane getragen, den Franzosen entgegen zu gehen, allein in Betracht gezogen, daß man dann Feindseligkeiten im Rücken, namentlich von den Polen, zu bestehen haben werde. In Litthauen hat man einmal den Gedanken gehabt, daß Alexander, der dort viele Anhänger erworben hatte, sich zum Könige von Polen erklären möchte[1]).

Eine ganz andere Richtung aber nahm die Bewegung der Geister in Warschau, von Napoleon, wiewohl mit einiger Zurückhaltung, unterstützt, so daß sich von dem Einrücken in das Herzogthum kein Erfolg hätte hoffen lassen. Auch die eigentlichen Grenzen des russischen Gebietes gegen einen Einfall zu vertheidigen, hielt man aus militärischen Grüuden nicht für rathsam; überhaupt

1) Oginsky, Mémoires sur la Pologne et les Polonais III, 40.

war man nicht geneigt, Napoleon mit der bewaffneten Macht entgegenzugehen und es auf eine Schlacht ankommen zu lassen. Ein Unternehmen dieser Art war für Preußen verderblich geworden und hätte es auch für Rußland werden können. Vorlängst war die Meinung gefaßt worden, daß man es darauf nicht ankommen lassen dürfe. Der Gedanke knüpft an die Niederlage bei Friedland an, durch welche die Russen überzeugt worden waren, daß sie einen unmittelbaren Kampf mit Napoleon, Leib an Leib, nicht würden bestehen können. Doch hatte es eine Partei gegeben, welche auch dann eine Pacifikation nicht für unbedingt nothwendig hielt, sondern die Ansicht aussprach, daß man, immer zurückweichend, Napoleon in das Innere von Rußland selbst ziehen müsse, um alsdann aus der Defensive des Rückzuges zur Offensive auf den schon ermatteten und geschwächten Feind überzugehen. Wir erfahren, daß der russische General Barklay de Tolly zu jener Zeit in Memel, wo er sich zur Heilung einer Wunde aufhielt, diesen Plan mit vieler Bestimmtheit entwickelt habe, und zwar gegen einen Mann, der es wohl werth war, daß man ihm große Gedanken eröffnete, Barthold Georg Niebuhr [1]). Man erfährt dann weiter, daß der gelehrte Militär Phull, der aus preußischen in russische Dienste übergetreten war, diese Auffassung schon damals getheilt hat. Seitdem aber war sie nach und nach im Stillen gereift. Phull selbst hat später in diesem Sinne den bevorstehenden Krieg zum Gegenstand von Vorträgen gemacht, die er dem Kaiser hielt, der den Krieg von ihm lernen wollte [2]). Von großem Einfluß war das strategische Vorbild Wellingtons, von dem man annahm, daß er seine Siege in Folge seiner langen Operationslinien für rückgängige Bewegungen, die in verschanzten Lagern endigten, errungen habe. Kaiser Alexander hat schon im Mai 1811 an den König von Preußen geschrieben, daß dies das System sei, welches er befolgen wolle. Die preußischen

1) So berichtet General Matthieu Dumas, dem es Niebuhr selbst mittheilte. Souvenirs III, 416.

2) Memoiren des K. Preußischen Generals Freiherrn L. von Wolzogen, herausgegeben von A. von Wolzogen S. 62.

Militärs waren damit nicht ganz einverstanden: denn das Beispiel von Wellington würde voraussetzen, daß der vordringende Feind noch von einer anderen Seite her bedroht werde; um einen ähnlichen Plan auszuführen, müßten die Russen wenigstens Oesterreich auf ihrer Seite haben. Ueberhaupt hat man den Russen sehr ernste Vorstellungen gegen ihr Vorhaben gemacht: Napoleon werde die Uebermacht haben und, indem er seinen Weg durch Litthauen nehme, wobei er leidlich bevölkerte Landstriche durchziehe, ungehindert gegen die Mitte des russischen Reiches vordringen; die Basis seiner Operationen werde die Weichsel bilden, so daß er immer einen nicht allzu fernen Rückhalt hinter sich haben werde. Es waren Betrachtungen dieser Art, welche Knesebeck bei der erwähnten Mission in St. Petersburg vortrug, aber, wie wir wissen, ohne allen Erfolg. Die Russen meinten doch, wie er selbst berichtet, die Lage ihres Reiches biete der Vertheidigung große Vortheile über den Angriff dar: Moräste, Waldungen, Mangel an sorgfältig erhaltenen großen Straßen, wenig Wohnungen, Unfruchtbarkeit, was denn alles große Massen zu operiren verhindere, besonders wenn man bei dem Rückzug das Land verwüste und sich nur in wohlgewählten Positionen halte[1]. Barklay scheint diesen Plan zuerst durchdacht zu haben[2]), und war jetzt auch berufen, ihn auszuführen.

1) Sonderbarerweise hat sich Knesebeck selbst diesen Plan zugeschrieben, den er doch in Wahrheit bestritten hat. Vergl. Lehmann, Knesebeck und Schön S. 13 ff., M. Duncker, Aus der Zeit Friedrichs des Großen und Friedrich Wilhelms III S. 551. Subjectiv mag es seine Wahrheit haben; er mag davon überzeugt gewesen sein, daß Rußland sich nur auf diese Weise retten könne Nach den Memoiren des Prinzen Eugen von Würtemberg (I. S. 297) hat er nur deducirt, daß Rußland sich ohne Preußen leicht vertheidigen könne, eine Angabe, die insofern mit der Erzählung Knesebecks übereinstimmt, als es nach derselben hauptsächlich die ihm zu Gesichte gekommenen Pläne, den Krieg in dem preußischen Gebiete zu eröffnen, gewesen sind, wogegen er seine Polemik richtete. Leider hat der so hoch verdiente General, indem er seine Lebenserinnerungen für seine Kinder niederschrieb, keinerlei schriftliche Notizen benutzt und sich bloß auf sein Gedächtniß verlassen und alten Antipathien und Voreingenommenheiten Raum gegeben. Warum ließ man das Alles ungesichtet drucken?

2) Auszug aus der von Barklay de Tolly herausgegebenen Denkschrift: „Erläuterung der Operationen der ersten und zweiten Westarmee im Jahre

Barklay stammte aus einer schottischen, seit 1689 in Liedland eingewanderten Familie: er wird von Napoleon als ein Anhänger der deutschen Taktik getadelt. In dem russischen Kriegsheer, um das er als Kriegsminister durch schärfer eingreifende Administration sich Verdienste erworben hatte, wurde er doch als ein Fremder betrachtet: er war zu energisch, um beliebt zu sein. Jetzt war er Oberbefehlshaber der ersten russischen Armee geworden.

Seine Idee war: da Napoleon an Kriegsmannschaft und Material den Russen überlegen sei, so bleibe diesen nichts übrig, als die Uebermacht durch Ausweichen und Zurückgehen zu paralleliſiren. Schon ein Jahr zuvor hatte Wolzogen die Grenzlandschaften bereist, um die Vorbereitungen anzugeben, die zur Ausführung eines solchen Planes nöthig sein würden.

Alexander empfing die Nachricht von dem Einmarsch der Franzosen auf einem Ballfest in der Nähe von Wilna bei dem General Bennigsen; sie wurde ihm durch den Polizeiminister Balascheff in aller Stille überbracht. Der Kaiser verweilte noch eine Stunde auf dem Balle; dann zog er sich zu seinen Arbeiten zurück, welche die Nacht über dauerten. Das Resultat derselben war ein Aufruf an die Armee und ein Schreiben an Feldmarschall Soltikoff, in welchem er ausspricht, er werde auf keine Friedensunterhandlungen eingehen, so lange ein französischer Soldat auf russischer Erde stehe. Balascheff wurde beauftragt, dem französischen Kaiser diesen Entschluß anzukündigen. Am 26. Juni früh verließ Alexander Wilna, um sich nach Drissa zu begeben, dem ersten befestigten Punkte, auf welchem man sich halten zu können glaubte. Schon am 28. Juni traf Napoleon in Wilna ein. Erst hier gelangte Balascheff zu einer Audienz bei ihm, die zu mancherlei bemerkenswerthen Erörterungen führte. Napoleon schien auf den Abfall Schwedens wenig Werth zu legen und hob dagegen den Beistand hervor, den er von den Polen erwarten könne; das Heer derselben lasse sich von 50,000 auf 200,000 Mann bringen; sie würden sich alle wie

1812 in Bogdanowitsch, Geschichte des Feldzuges im Jahre 1812, übersetzt von Baumgarten I, 421".

die Löwen schlagen, und er würde dann die alten polnischen Provinzen von Rußland zurückfordern. Für den Moment war die Hauptsache, daß Balascheff zwar nicht mehr wie vor Kurzem den Rückzug der Franzosen über die Weichsel oder gar die Oder, dagegen mit der größten Bestimmtheit die Entfernung derselben aus dem russischen Gebiete forderte: denn Kaiser Alexander werde auf keine Unterhandlungen eingehen, so lange noch ein einziger Franzose auf demselben stehe. Napoleon zeigte sich zum Frieden geneigt, wofür er die einstweilige Besetzung Litthauens in Anspruch genommen zu haben scheint; als Bedingung des Friedens bezeichnete er eine vollkommene Cooperation gegen England[1]). Noch eine andre Audienz von großer Wichtigkeit hat Napoleon in Wilna den Polen ertheilt.

Der polnische Reichstag schickte ihm eine Deputation, welche ihm vorstellte: berufen, um für die Bedürfnisse der französischen Armee zu sorgen, habe der Reichstag gefühlt, daß er noch eine höhere Aufgabe habe, sich als allgemeine Conföderation constituirt und die Herstellung Polens decretirt, welche sehr möglich und selbst unfehlbar sei, sobald nur Napoleon das Wort ausspreche: „Das Königreich Polen ist wieder hergestellt". Das war nun eben das Wort, welches Napoleon noch nie hatte aussprechen wollen, weil er dadurch mit Rußland in einen Kampf auf Leben und Tod verwickelt worden wäre; dazu glaubte er die Kräfte seines Reiches und seiner Unterthanen nicht anstrengen zu dürfen. Sein Gedanke war noch immer auf eine Herbeiziehung Rußlands zu dem Kampfe gegen England gerichtet. Den Polen gab er die Antwort: wäre er ein Pole, so würde er denken, wie sie: aber er habe andere Pflichten, durch welche die von ihnen geforderte Erklärung unmöglich werde. Er bewegte sich noch auf der Linie, die er im Jahre 1810 eingeschlagen hatte: er wollte sich zur Herstellung des

1) Wir entnehmen dies aus dem Auszug aus den Memoiren Balaschefffs bei Thiers, XIV, 42 fg. Ein anderer Auszug aus denselben findet sich bei Bogdanowitsch (I, 123 fg.), wo die letztere Bedingung so ausdrücklich nicht erwähnt wird.

Königreichs nicht verpflichten, aber die polnische Macht zum Widerstande gegen Rußland stark erhalten.

Es erscheint nicht gerade als ein Erfolg der Bewegungen Napoleons, wenn eine zweite Armee unter Bagration von der ersten abgesondert wurde; dies lag in den ursprünglichen Plänen des Generals Phull, der dadurch die Flanke der Franzosen zu bedrohen dachte. Zum Widerstand der ersten Armee hatte Phull das Lager von Drissa bestimmt; er meinte bereits hier eine Schlacht wagen zu können. Allein die Befestigungen, die er angeordnet, zeigten sich doch nicht haltbar genug und die Armee selbst bei weitem nicht stark genug, um es hier zu einer ernsten Entscheidung kommen zu lassen. So eben kam der Gesandte General Liewen aus Berlin an, ganz durchdrungen von der dort zur Herrschaft gekommenen Idee, daß das russische Heer sich an dieser Stelle noch nicht zur Schlacht bringen lassen möge: der erste Schuß, sagte Liewen, müsse bei Smolensk geschehen [1]. Wenn man nun wirklich in Smolensk sich zum Widerstande anschickte, so geschah es hauptsächlich, weil dies die erste eigentlich russische, mit den kirchlichen Instituten enge verbundene Stadt war, die man dem Feinde nicht überlassen konnte, ohne das nationale Gefühl zu verletzen. In Smolensk vereinigte sich Bagration, der indeß an der Spitze der zweiten Armee mit Davout und Jerome nicht unglücklich gekämpft hatte, mit der ersten. Allein die Stadt zu behaupten, fühlte man sich doch nicht im Stande. „Warum," fragte Napoleon den General Tutschkoff, der verwundet sich in der Stadt befand, „gab Ihr Oberbefehlshaber Smolensk auf, wenn er es vertheidigen wollte; warum vertheidigte er es nicht länger, wenn er es nicht preisgeben wollte; warum hat er sich überhaupt geschlagen [2]?"

Noch in Smolensk hat er durch Tutschkoff dem Kaiser Alexander den Vorschlag machen lassen, die Kriegsoperationen durch einen Frieden zu beendigen. Er sprach den Entschluß aus, diesen Frieden in Moskau zu suchen; man sage wohl, Moskau sei nicht

1) Clausewitz, Hinterlassene Werke VII, 28.
2) Bogdanowitsch I., 288.

Rußland; aber es sei doch immer die Hauptstadt von Rußland, mehr als Petersburg. Immer vordringend hoffte er die zurückweichende Armee zu erreichen und eine Hauptschlacht zu liefern, die ihm das Uebergewicht verschaffen und die Russen zum Frieden nöthigen werde. Aber bereits trat auch eine andere Seite des Widerstandes hervor, auf den er stieß.

In dem erwähnten Gespräch mit Balascheff hat Napoleon seine Verwunderung darüber ausgesprochen, daß es in den russischen Gebieten noch so viele Klöster gebe, was doch den Fortschritten der Civilisation entgegenlaufe. Balascheff antwortete: jedes Land habe seine besonderen Institutionen, auch Rußland so wie Spanien.

Napoleon lebte in dem Kreise der Ideen, welche der Revolution vorhergegangen und durch dieselbe zur Herrschaft gekommen waren; ein Theil seiner Macht entsprang daraus, daß er sie, inwiefern sie sozialer Natur waren, repräsentirte und gleichsam vor sich hertrug, indem er mit den Waffen seine Siege erfocht. Das konnte aber nur da geschehen, wo der Geist dazu vorbereitet war, in Italien und in Deutschland. Jenseit dieser Grenzen erweckte gerade die revolutionäre Färbung dieser Einrichtungen den heftigsten Widerstand. In Spanien war es besonders das religiöse, aus dem Katholicismus entsprungene Motiv, das sich ihm entgegensetzte, auch nachdem er die höchste Gewalt und die vornehmsten Hauptstädte in Besitz genommen hatte; der Widerstand, den er fand, nahm die Gestalt der Insurrection an. In Rußland dagegen war die höchste Gewalt vollkommen intakt, und ihr Ansehen wuchs schon durch die politische Feindseligkeit, die sie erfuhr, und den militärischen Widerstand, den sie leistete. Aber, so kann man fragen, giebt es überhaupt blos politische Kriege, wie Napoleon den seinen gegen Rußland damals auffaßte? Napoleon hätte Recht gehabt, wenn die Gewalten, die er bekämpfte, eben revolutionärer Natur gewesen wären. Aber die alten Dynastieen, mit denen er in Krieg gerieth, wurzelten zugleich in den Gefühlen der Nationen; es ist allezeit das gesammte Staatswesen, das in den großen Kriegen überwältigt wird oder sich vertheidigt.

Nirgends aber hingen die dynastischen Gefühle mit dem nationalen und religiösen Bewußtsein enger zusammen als in Rußland. Die Russen bildeten eine Nation im vollen Sinne des Wortes: die griechische Kirche hat derselben immer zur Grundlage gedient. Alexander rief nun beides für sich auf: er fand allgemeinen Glauben, wenn er versicherte: mit gleißnerischem Gebahren suche der französische Kaiser nichts anderes, als die russische Nation in Ketten und Banden zu schlagen. Als er das Lager von Drissa verließ, hatte er dem General Barklay die Weisung gegeben, vor allen Dingen die Armee zu conserviren; aber, durchdrungen davon, daß die Armee allein keinen ausreichenden Widerstand zu leisten vermöge, begab er sich nach Moskau, um den Adel und die Bürger der alten Hauptstadt zur Erhebung gegen den verderblichen Feind, der in das Land gedrungen war, aufzurufen. Auf der letzten Station vor Moskau empfing ihn der Ortsgeistliche in seinem Talar mit einem Kreuz auf der silbernen Schüssel; ein Diakon trug eine brennende Kerze in der Hand. Es war spät am Abend; der Kaiser stieg aus dem Wagen, fiel auf seine Kniee und küßte in tiefer Bewegung das Kreuz. So nahm er seinen Weg nach dem heilig geachteten Moskau, vor dem einst die gefährlichsten Anfälle der Tataren zurückgeprallt waren; seine Ankunft wurde dort als ein ersehntes Glück begrüßt. Als er am andern Morgen aus dem Kreml heraustrat, ward er mit tausendstimmigem Hurrah und der Bitte empfangen: Laß uns sterben oder siegen. Einige Tage später erschien er in dem slobodskischen Palais, wo sich Adel und Bürgerschaft in den verschiedenen Sälen versammelt hatten. Dem Adel sprach er seinen Entschluß aus, eher alle Kräfte zu erschöpfen, als mit dem übermüthigen Feinde Frieden zu schließen; die Armee allein werde nicht mehr fähig sein, denselben aufzuhalten; der Adel, der das Reich schon öfter gerettet, möge ihr zu Hülfe kommen. Hierauf beschloß der Adel, eine starke Landwehr aufzurichten, auf 100 Köpfe 10 Mann, sie einzukleiden, mit Lebensmitteln zu versorgen und nach Möglichkeit zu bewaffnen. Bei

den Bürgern hob der Kaiser besonders die commerziellen Verhältnisse hervor; er erzählte, daß England demnächst den russischen Schiffen seine Häfen wieder eröffnen werde: die Bürger machten sich zu ansehnlichen Beisteuern anheischig. Von der Verbindung mit Frankreich gegen England, welche Napoleon forderte, war es eben das Gegentheil, wodurch die Russen zum Widerstand gegen ihn vereinigt wurden. Wenige Tage früher, wie wir noch weiter berichten werden, war der Friede Rußlands mit England zu Stande gekommen. Die Volksbewaffnung wurde nun in den sechszehn vorliegenden Gouvernements zur Ausführung gebracht. Der leibeigene russische Bauer wurde durch den Adel selbst in die Waffen gerufen. Alles erfüllte sich mit dem Getümmel der universalen und freiwilligen Bewaffnung, während Napoleon seinen Weg in das innere Rußland fortsetzte. Er hat gesagt: das Land sei schöner als er geglaubt habe; nur finde er die Ortschaften allenthalben verlassen und verödet. Zunächst aber hatte die nationale Bewegung einen Erfolg, der seinen Wünschen entgegenkam. Durch einige Abtheilungen irregulärer Truppen verstärkt, beschlossen die Russen, das Glück der Waffen wirklich zu versuchen. Der Oberbefehl war von Barklay, der schon als Fremder in der Generalität vielen Widerstand fand, auf Kutusoff übergegangen, der die nationalen Sympathien besaß, was jedoch nicht zur Folge hatte, daß Barklay außer Thätigkeit gesetzt worden wäre. Die allgemeine Stimme forderte das Aufhören des unaufhörlichen Rückzugs. Nachdem verschiedene Lagerplätze aufgesucht und wieder verlassen worden waren, blieb die russische Armee endlich bei Borodino stehen.

Ich besorge, man wird es mißbilligen, daß ich auf den Feldzug in Rußland mit einer gewissen Ausführlichkeit eingehe; aber es schien mir nothwendig, die große Entscheidung, zu der alles Frühere führte, von der alles Spätere abhing, in ihren Elementen zu vergegenwärtigen. Indem Napoleon Rußland angriff, gedachte er zugleich die allgemeine Oberherrschaft davon zu tragen. Von dem Gelingen oder Mißlingen des Unternehmens hing der Zustand

aller Staaten ab. Ich gestatte mir noch, der Schlacht zu gedenken, in welcher die beiden Armeen, die das eine und das andere Princip vertraten, sich mit einander maßen. Die Russen stellten sich zu beiden Seiten der neuen Straße auf, die von Smolensk nach Moskau über Borodino führte; das Flüßchen Kolotscha, das in die Moskwa fällt, deckte einen Theil ihrer Front, die mit einem großen Geschützpark ausgerüstet war; ihre Armee war mit Einschluß der irregulären Truppen über 120,000 Mann stark, eine Zahl, die der Stärke der Franzosen ungefähr entsprach. Napoleon, der seit dem letzten österreichischen Kriege besonders auf die Geschütze zählte, hat 587 Feuerschlünde bis in diese entfernte Region geschafft; aber auch die Russen waren sehr wohl mit Geschützen versehen; sie hatten deren 640 zur Stelle, selbst von geeigneterem Kaliber, wie sie behaupteten, als die französischen.

Der tiefen Aufstellung der Russen hatte Napoleon eine ähnliche entgegengesetzt; er begann mit dem Angriff auf die russische linke Flanke, die nach heftigem Kampfe ein paar tausend Schritte zurückwich, aber dann Halt machte. Ihrerseits unternahmen die Russen, durch Meldungen der Kosacken veranlaßt, einen Angriff auf den linken Flügel der Franzosen, aber zu schwach, um etwas auszurichten; der eigentliche Kampf vollzog sich in der Mitte der beiderseitigen Aufstellung, wo dann das Geschützfeuer der beiden Theile eine ungeheuere, aber darum doch nicht entscheidende Wirkung hatte. Die französischen Geschütze schossen zu hoch, schlugen aber in das zweite Treffen und die Reserve ein. Man kennt kaum eine Schlacht, in der so viele namhafte Anführer von beiden Seiten getödtet oder verwundet worden wären. Den Preis der Tapferkeit trug Barklay davon, indem er seine Stellung links im Centrum mitten in dem Kanonenfeuer selbst mit dem Bayonette vertheidigte [1]). Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Vortheil auf der Seite Franzosen war; aber eine Niederlage hatten sie ihren Feinden doch nicht

1) Schreiben Chasots an Gneisenau (bei Pertz, Gneisenau II, 376), ein Bericht, der neben so vielen anderen immer sehr beachtenswerth bleibt.

beigebracht, Kutusoff konnte noch immer einen freiwilligen strategischen Entschluß fassen; er entschloß sich zum Rückzug, mit dem Vorbehalt jedoch die Nacht auf dem Schlachtfeld zu verharren [1]). Vielleicht hätte Alles entschieden werden können, wenn Napoleon, wozu ihn Ney auf das Dringendste aufforderte, eingewilligt hätte, seine Garden an der Schlacht Theil nehmen zu lassen; aber der französische Kaiser erwog, daß auch ein übrigens glücklicher Erfolg dieselben desorganisiren und ihn in einer weiten Entfernung von den Grenzen Frankreichs ohne zuverlässige Truppen in die größte Gefahr hätte bringen können. Man darf wohl sagen, auf beiden Seiten geschah das Gleiche: Kutusoff wollte seine Truppen einige Werste weiter sammeln, um dann zu sehen, was er mit ihnen gegen den Feind ausrichten könne; für den Kaiser der Franzosen war es ein Gebot der Nothwendigkeit, seine Armee zusammenzuhalten und vorwärts zu führen [2]). Den Frieden meinte er auch jetzt noch in Moskau zu erzwingen. Die beiden Heere begegneten einander einige Tage später unmittelbar vor Moskau aufs Neue. Die Frage war nun, ob die Russen die Hauptstadt ernstlich vertheidigen würden, was dann wohl, da sie die Position, die sie vor der Stadt eingenommen, dem kriegsgewaltigen Feinde gegenüber schwerlich hätten behaupten können, zu einem Straßenkampf in Moskau selbst geführt haben würde. Die Stadt Moskau befand sich eben im vollen Enthusiasmus der Volksbewaffnung. Die Einwohner wünschten nichts mehr, als dem Feinde entgegengeführt zu werden. Man sah Kutusoff auf seinem Stuhl inmitten seiner Generale, die sehr verschiedener Meinung waren; Bennigsen war dafür, die Schlacht anzunehmen, Barklay, seinem alten System getreu, dagegen meinte, man müsse die Stadt preisgeben, um sich jenseit derselben wieder den Franzosen entgegensetzen zu können [3]). Von großem Gewicht war die Meinung des Kriegsgouverneurs

1) Wolzogen S. 149.
2) Memoiren des Prinzen Eugen II, S. 111. Clausewitz VII, 161.
3) Bogdanowitsch II, S. 271.

von Moskau, Grafen Rostopschin. Er drückte sich scheinbar zweifelhaft aus, wie es seine Stellung mit sich brachte: als Gouverneur von Moskau müsse er diesen Entschluß verwerfen; wenn man ihn aber, so sagte er dem Prinzen Eugen von Würtemberg, persönlich um seine Meinung frage, so müsse er dafür sein[1]). Es war nicht das erste Mal, daß er diesen Gedanken kund gab. Schon geraume Zeit vorher hatte er Bagration geschrieben: die Bevölkerung der Hauptstadt sei aus Treue für den Czaren wie aus Liebe zum Vaterlande entschlossen, unter den Mauern Moskau's zu sterben. „Wenn uns Gott nicht günstig ist", so fügte er hinzu, „alsdann wird die Stadt in Flammen aufgehen, und Napoleon soll, statt reicher Beute, nur den Aschenhaufen der russischen Hauptstadt finden" [2]).

Es war der größte Moment in dem Leben Kutusoffs: er erklärte, indem er von seinem Stuhl aufstand, sich für Barklays Meinung: vor den Mauern Moskau's wollte man überhaupt nicht schlagen, die Armee sollte mitten durch die Stadt zurückgehen. Was sollte aber aus den Einwohnern werden oder vielmehr was sollten sie thun? Sie forderten den Gouverneur nochmals auf, sie gegen den Feind zu führen; da er dazu seine Einwilligung nicht geben konnte, so blieb ihnen nichts übrig, als die Stadt zu verlassen: denn als das äußerste aller Uebel erschien es ihnen, in die Hände der Franzosen zu fallen. Es ist kein Widerspruch, wenn die bewaffneten Männer, die nichts mehr wünschten, als den Franzosen zu widerstehen, selbst in ihren Straßen, da dies unmöglich wurde, den Entschluß faßten, die Stadt zu verlassen, um ihrem Vaterlande noch auf eine andere Weise zu dienen. Es sind große Leidenschaften, was die Völker bewegt; zwischen dem Entschluß zum Widerstand und dem Entschluß zu fliehen war kein wesentlicher Unterschied: denn in der Flucht lag ein mächtiges Hinderniß für Napoleon, die empfindlichste Feindseligkeit, die man ihm zufügen konnte, und zugleich die Hoffnung, ihn anderweit

1) Memoiren des Prinzen Eugen von Würtemberg II, S. 155.
2) Brief Rostopschins vom 24. August bei Bogdanowitsch II, S. 291.

zu bestehen. Napoleon war nicht im Entferntesten darauf gefaßt. Er erwartete an der Barriere Deputationen des Adels und der Bürger, um ihn zu bewillkommnen. „Wo sind die Bojaren?“ „Sie sind weggezogen!“ „Wo sind die Einwohner?“ „Sie sind auf der Flucht“. Die Franzosen nahmen Moskau in Besitz, in dem Augenblick, als es von den russischen Truppen verlassen wurde. Als Napoleon im Kreml ankam, fühlte er eine große Genugthuung, daß er in dem alten Palast der Czaren Wohnung nehmen konnte, wie in so vielen anderen Palästen besiegter Fürsten; aber in diesem Augenblick erreichte ihn sein Geschick. Ein Brand brach aus, der immer weiter um sich griff und ihn selbst im Kreml bedrohte: er trat an das Fenster und sah die ungeheure Stadt vor sich wie ein Flammenmeer; er konnte denselben nicht mehr von zufälligen Unordnungen herleiten; er ward inne, daß die Russen ihre Hauptstadt lieber vernichteten, als daß sie ihm dieselbe überlassen hätten. „Welch entsetzliches Schauspiel, sie sind es selbst! Welch unerhörter Entschluß! Es sind Scythen!“[1])

Trotz alledem gab Napoleon seine Idee, den Frieden in Moskau schließen zu können, nicht auf: denn da er nun einmal in dem Umkreis der Gedanken der europäischen Civilisation lebte, konnte er sich in Ereignisse nicht finden, die aus diesem Kreise weit hinaustraten: er meinte noch immer den Russen zum Bewußtsein bringen zu können, daß sein Krieg mit ihnen blos ein politischer, kein nationaler sei: er hege keinen Haß gegen Rußland, er sei noch immer der Freund Alexanders. Einen der wenigen Edelleute, die in der Stadt geblieben, der nach der Hand Moskau zu verlassen gesucht hatte, wollte er, indem er ihm die Erlaubniß dazu gab, beauftragen, diese seine Gesinnung dem Kaiser Alexander zu hinterbringen[2]). Auf dessen eigenen Wunsch zog er es jedoch vor, ihm ein Schreiben an Alexander mitzugeben. Dies Schreiben ist vor Allem eine Relation über das, was in Moskau vorgegangen, woran Alexander gewiß unschuldig sei: der russische

1) Segur, V, 47.
2) Bogdanowitsch II, S. 298.

Krieg sei von ihm ohne Animosität unternommen worden. „Ein Billet Ew. Maj. vor oder nach der letzten Schlacht würde meinen Zug aufgehalten haben: ich hätte selbst gewünscht, den Vortheil meines Einzuges in Moskau aufopfern zu können“[1]). Aehnlichen Sinnes war eine Sendung an Kutusoff, zu der sich Napoleon einige Zeit später entschloß; er brachte in derselben die gräßlichen Grausamkeiten, welche von den russischen Bauern an den Franzosen, die in ihre Hände fielen, verübt wurden, zur Erwähnung. Kutusoff erwiderte: er könne dabei nichts thun, da die Nation den Krieg gegen die Franzosen wie einen der alten Kriege gegen die Tataren ansehe. Kutusoff wurde dann ersucht, den Frieden bei dem Kaiser in Antrag zu bringen; sollte denn dieser Krieg ewig dauern; Napoleon habe den Wunsch, die Differenzen, aus denen derselbe hervorgegangen sei, zu schlichten, und zwar für immer. Der russische Oberbefehlshaber antwortete: in seinen Instruktionen komme das Wort Friede nicht einmal vor; er würde sich den Verwünschungen der Nachwelt aussetzen, wenn er dies Wort ausspräche; es bleibe ihm nichts übrig, als einen Bericht von dieser Mission einfach an den Kaiser gelangen zu lassen. Lauriston war bereit, sich selbst nach Petersburg zu begeben. Alexander hat auf diesen Antrag niemals geantwortet: denn diesen Erfolg hatte der Brand von Moskau, daß er die Gesinnungen, die bis dahin etwa noch schwankend gewesen waren, befestigte. Alexander versicherte dem Kronprinzen von Schweden: „er und sein Volk seien mehr als je entschlossen, auf der Klippe, auf der sie sich befinden, auszuharren, und sich eher unter den Ruinen Rußlands begraben zu lassen, als mit dem modernen Attila Frieden zu schließen[2])“.

Noch weit über den vorliegenden Moment hinaus aber erstreckten sich die Gesichtspunkte, die man faßte; im Angesicht der

1) A Alexandre I[er], Empereur de Russie 20 septembre 1812. Corr. XXIV. S. 221, N. 19213.

2) Schreiben Alexanders an den Kronprinzen vom 10. Oktober 1812 bei Bogdanowitsch II, S. 272.

Flammen von Moskau hat sich der Gedanke erhoben, das alte Europa wieder herzustellen. In einem Schreiben Lievens an Hardenberg wird darauf aufmerksam gemacht, daß für Preußen die Zeit gekommen sei, sich gegen den gemeinsamen Feind zu rüsten, und auch Oesterreich dazu zu bewegen.

Wenn es jemals einen Wendepunkt in der Weltgeschichte gegeben hat, so war dieser Augenblick ein solcher. Seit mehr als einem Decennium hatte die Macht Napoleons, in fortschreitender Ausbreitung begriffen, alle Blicke gefesselt; er war jetzt an der Stelle angekommen, die er als das Ziel betrachtet hatte, um seine Autorität über den Continent auf immer zu befestigen. An derselben aber verließ ihn sein bisheriges Glück, sein Gestirn fing an zu verbleichen; die Aufmerksamkeit der Menschen, welche die Handlungen der großen Zeitgenossen mit Theilnahme begleitet, wendet sich mit einem Male auf die andere Seite, auf die des Widerstandes gegen ihn; das Gestirn Alexanders erhebt sich in immer stärkerem Glanze, es bedeutet die wirkliche Zukunft von Europa.

In Wilna, wo der Herzog von Bassano alle Geschäfte der Politik und der Administration in seinen Händen vereinigte[1]), verbarg man sich die Gefahr nicht, in welche Napoleon durch seinen Aufenthalt in Moskau gerieth: denn alle Mittel waren erschöpft und eine allgemeine Entmuthigung griff in der Armee um sich; aber man meinte, er werde noch unerwartete Hülfsquellen finden. So scheint er auch selbst geglaubt zu haben[2]).

1) Le point central où se joignent et par où passent toutes les communications, c'est à M. de Bassano que s'adressent non-seulement tous les ordres de l'Empereur, mais encore les différents corps d'armée. Krusemarck in seinem Bericht vom 26. September 1812.

2) L'armée est lasse de cette campagne; on lui avait fait entrevoir l'entrée de Moscou comme le gage certain d'une paix prochaine. L'Empereur lui-même s'en flattait peut-être. Les efforts extraordonnaires pour emporter Moscou à tout prix et pour forcer la Russie à la paix ont été faits aux dépens de précautions. Aus den Depeschen Krusemarcks.

Als er Moskau verließ, war seine Absicht noch einmal mit den Russen zu schlagen und Kaluga zu erreichen; aber er fand die Russen auf der alten Straße so wohl aufgestellt, daß er es vorzog, nach der neuen abzurücken, um nach Kaluga zu gelangen. Auf diesem Wege aber setzte sich ihm Kutusoff, der ihm zuvorgekommen war, bei Malo-Jaroslawetz entgegen. Es kam zu einem Treffen, von dem man russischerseits behauptet hat, wenn Kutusoff nicht selbst abgestanden hätte, so würde Napoleon dabei zu Grunde gerichtet worden sein; noch immer scheute jedes der beiden Heere sich mit dem andern in eine Hauptschlacht einzulassen. Napoleons militärischer Ehrgeiz war dadurch einigermaßen befriedigt, daß Kutusoff nicht gewagt hatte, ihn aufs Neue anzugreifen. Aber seine eignen Verluste zeigten sich so bedeutend, und die Unmöglichkeit Kaluga zu erreichen sprang so sehr in die Augen, daß man endlich darüber zu Rathe ging, ob nicht der Rückzug in aller Form anzutreten sei. Napoleon wäre noch immer dafür gewesen, zu schlagen; die Generale, die er in einer russischen Bauernhütte um sich versammelte, erklärten sich für den Rückzug. Entscheidend soll die Bemerkung des Grafen Lobau, daß man aus diesem Lande, in dem man schon zu lange verweilt habe, fortkommen und über den Niemen zurückgehen müsse, auf Napoleon gewirkt haben [1]). Er hatte bereits der in Moskau zurückgelassenen Besatzung den Befehl zugehen lassen, den Kreml zu sprengen und sich zurückzuziehen. Er selbst kam jetzt zu dem Entschluß, auf einer Querstraße seinen Marsch nach Moshaisk zu nehmen, wo ihn Mortier, aus Moskau kommend, erreichte, nahe dem Schlachtfelde von Borodino. Wäre es wahr, was man sagt, die offensive Bewegung gegen Kaluga hin sei nur gemacht worden, um die militärische Ehre zu retten, so würde dieser falsche Ehrgeiz den Franzosen unendlich theuer zu stehen gekommen sein. Die Straße von Moshaisk nach Smolensk war noch in den Händen der französischen Posten. Die Ueberlegenheit der Russen bestand in ihrer beweglichen Artillerie und

1) Die Nachricht beruht auf dem Zeugniß Gourgauds; auch Thiers hat sie angenommen. Segur hat eine andere Version.

leichten Cavallerie[1]). Es rächte sich jetzt an Napoleon, daß er eine Nation, deren Stärke hauptsächlich in der Reiterei bestand, mit einer Armee angegriffen hatte, bei der die Infanterie die natürliche Waffe war. Die Cavallerie war durch die Kartätschen der Russen und den Mangel an Fourage tief heruntergebracht. Auch auf dem Rückmarsch fehlte es an Futter für die Zugpferde und aus dieser Ursache auch an Lebensmitteln für die Mannschaften. Als man unter unaufhörlichen Kämpfen in Smolensk anlangte, wo man Lebensmittel und Kleidungsstücke zu finden gehofft hatte, aber keine genügenden Vorkehrungen getroffen waren, zeigte sich in der Armee ein Mißvergnügen, das sich bis zum gewaltsamen Plündern der Magazine steigerte. Der Vorzug, welchen Napoleon in allen Dingen seiner Garde gab, wurde eine Mitursache der allgemeinen Auflösung. In Smolensk zu verweilen war für ihn auch deshalb eine Unmöglichkeit, weil die aus der Moldau heranziehende russische Armee ihm an den Uebergängen der Beresina zuvorzukommen drohte. Auf dem Zuge dahin hatte er noch einmal mit der ersten Armee zu kämpfen, die von Kutusoff mit vieler Vorsicht geführt wurde; die Russen rühmten, daß da der großen Armee factisch ein Ende gemacht worden sei[2]). Dennoch gab Napoleon die Hoffnung nicht auf, durch Verbindung mit den Corps von Victor und Oudinot bei dem Uebergang über die Beresina an der einzigen Brücke, welche denselben sicherte, noch eine glänzende Waffenthat auszuführen. Aber die Brücke konnte von den Polen, die sie vertheidigen sollten, nicht behauptet werden. Bei dem Uebergang, der nun bei Studianka über zwei in der Eile geschlagene Brücken geschehen mußte, wurden die Franzosen, durch den Fluß getrennt, von einer um mehr als die Hälfte überlegenen Macht angegriffen, freilich wohl nicht mit der Energie, welche erforderlich gewesen wäre. Wenn Napoleon überhaupt durchkam, so erscheint das noch als eine Rückwirkung

1) Memoiren des Prinzen Eugen von Würtemberg I. S. 335.

2) Bezeichnend ist die Stelle von Segur: (V., 225) ce fut un combat de fautes, où les nôtres ayant été plus graves nous pensâmes tous périr.

des alten Ruhmes seiner Kriegführung, welcher auch in dieser bedrängten Lage ein gewisses Bedenken hervorrief, das Aeußerste gegen ihn zu versuchen [1]). Die Franzosen bestanden den Kampf mit Tapferkeit und zu ihrer Ehre, aber nicht ohne den Verlust beinahe der Hälfte der Mannschaften. Napoleon sah in dem Uebergang die Lösung eines schwierigen strategischen Problems.

Dies war der Moment, wo sein Unternehmen gegen Rußland als vollkommen gescheitert erschien. Aber nicht allein diese Expedition war mißlungen, sondern die Macht Napoleons überhaupt in ihrem Grunde erschüttert. Niemand konnte zweifeln, daß die Nachricht von diesem Ausgang die nur mit Mühe niedergehaltenen Antipathien in Deutschland wachrufen würde. Napoleon hat gesagt: er könne nicht zugeben, daß Preußen zwischen ihm und Frankreich sei [2]). In Paris selbst hatte eine feindselige Manifestation stattgefunden, an sich unbedeutend, bei deren Verlauf man jedoch inne wurde, daß die Constitution des Kaiserreichs, namentlich die Bestimmung über die Erblichkeit des Thrones in den Gemüthern noch keine Wurzel geschlagen hatte.

Wäre Napoleon nur General gewesen, so hätte er bei seiner Armee bleiben müssen, um ihre völlige Destruction zu verhindern; aber er fühlte sich vor allen Dingen als Kaiser: in seiner Person concentrirte sich die Macht eines Reiches, dessen gleichen es noch nicht in Europa gegeben hatte; um diese aufrecht zu erhalten, hielt er es für nothwendig, nach Paris zurückzukehren; er machte die Reise mit nur vier Begleitern, in Polen auf einem Schlitten, in Deutschland mit der Post, um der Nachricht von seinen Unfällen durch seine Ankunft zuvorzukommen.

1) Clausewitz, VII, 201.
2) Segur, V, 353.

Zwanzigstes Capitel.

Allgemeines Verhältniß von Rußland. Convention von Tauroggen.

Aus dem Ruin der napoleonischen Armee entsprang naturgemäß die Idee, das alte politische System wieder herzustellen, welches durch die Siege derselben zerstört worden war. Die europäischen Zustände aber lagen nicht so einfach, daß man das leicht hätte ins Werk setzen können.

Denn auch zu Rußland standen die benachbarten Mächte in einem wenigstens zum Theil feindseligen Verhältniß, wie denn bei der Theilnahme Oesterreichs an dem Kriegszuge Napoleons ein österreichisches Interesse, das auf der Lage Polens und der Türkei beruhte, mitgewirkt hatte. Und Rußland selbst war im Laufe des Krieges zu andern Mächten in weitaussehende, keineswegs auf die Herstellung des Alten hinzielende Beziehungen getreten.

Von großer Tragweite waren namentlich die Verabredungen, welche Rußland in dem Momente der Gefahr mit Schweden getroffen hatte. Wenn Kaiser Alexander in dem Traktat von St. Petersburg (24. März, 5. April 1812) in die Reunion Norwegens mit Schweden einwilligte, so lag dabei der Gedanke zu Grunde, daß der Kronprinz von Schweden, Marschall Bernadotte, in den Stand gesetzt werden sollte, eine Diversion in Deutschland vorzunehmen; man beabsichtigte, Dänemark durch nahe gelegene deutsche Länder für Norwegen zu entschädigen. Da man sich nun nicht schmeicheln konnte, daß Dänemark in die ihm angemuthete Abtretung einwilligen werde, ohne dazu gezwungen zu sein, so

wurde festgesetzt, daß dem Kronprinzen ein russisches Heer von 35,000 Mann zu Hülfe kommen und dies selbst unter seinen Oberbefehl gestellt werden sollte. Sowie sich von vornherein an die Ausführung dieser Entwürfe nicht denken ließ, ohne die Einwilligung von England: so hatte gerade die Annäherung an Schweden für Rußland die Folge, daß es wieder ein Verständniß mit den Engländern, mit denen es seit dem Ereigniß von Tilsit in Krieg begriffen war, anknüpfte. In Schweden wurde der Friedenstraktat zwischen Rußland und England entworfen und dann in St. Petersburg gebilligt (18. Juli)[1]. Er enthält hauptsächlich die Abschaffung der durch Napoleon aufgedrungenen kommerziellen Maßregeln; die beiden Mächte nehmen eine nähere Verbindung in Allem, was Politik und Kommerz berühre, in Aussicht. Wohin aber mußte das nun weiter führen? Es ist in dem Landaufenthalte zu Carlslund bei Oerebro unter dem Schatten uralter Bäume gewesen, daß ein großes antinapoleonisches System der europäischen Angelegenheiten entworfen und eingeleitet wurde[2]. Vor Allem faßte man das Verhältniß der Türkei zu Rußland ins Auge: indem der Kronprinz die Russen erinnerte, ihre Anforderungen zu mäßigen, benutzte er zugleich die alten freundschaftlichen Beziehungen Schwedens zu dem Divan, um auf denselben einzuwirken. Unter englischer und schwedischer Vermittlung wurde wirklich der Traktat von Bucharest zwischen Rußland und der Pforte zu Stande gebracht, in welchem Rußland die Donaufürstenthümer aufgab, aber zugleich Festsetzungen auswirkte, durch welche das Bestehen der serbischen Nation unter seinen Schutz gestellt wurde: man weiß, was das für die ganze Zukunft zu bedeuten hatte. Aber auch auf der Stelle gerieth Napoleon durch den Vertrag in Nachtheil; er verlor nicht allein die Mitwirkung der Türken, auf die er Anfangs gerechnet hatte, sondern eins der vornehmsten Motive, welches Oesterreich zur Allianz mit ihm vermocht

1) Garden XIII, 214 (Garden ist in schwedischen Dingen besonders unterrichtend).

2) Vergl. v. Schmidt, Schweden unter Karl XIV. Johann, S. 60.

hatte, fiel zu Boden. Und schon wurde auch Spanien in den Kreis dieser Allianzen gezogen; unter englischem Einfluß traf Alexander eine Abkunft mit der spanischen Regentschaft, in welcher die beiden Theile einander gemeinschaftliche Aktion gegen den gemeinsamen Feind zusagten (20. Juli 1812). Für den unmittelbaren Widerstand der Russen gegen die napoleonische Invasion war dies nicht grade von Wichtigkeit. Dieser beruhte auf dem Fortgang der Dinge in Rußland, aber es wurde gleichsam eine Ligue gegründet, um den Kampf in der Folge von verschiedenen Seiten weiter zu führen. Für die Pläne, die man faßte, fällt vor Allem jene Zusammenkunft des Kronprinzen von Schweden mit Kaiser Alexander in Abo ins Gewicht. Von Oerebro kommend, traf Karl Johann am 24. August in Stockholm ein; am 26. verließ er es wieder, am 27. Abends langte er in Abo an. In seiner Begleitung war der russische Bevollmächtigte Suchtelen, von dem die Unterhandlungen über die letzten Traktate gepflogen worden waren, und der neue für Petersburg bestimmte englische Gesandte Lord Cathcart, der einen Theil seiner Jugend in Rußland, wo sein Vater Gesandter gewesen war, zugebracht hatte, und der gut russisch sprach. Es traf sich glücklich, daß soeben Zeitungen eingegangen waren, welche von dem Siege Wellingtons bei Salamanca (22. Juli) berichteten, einer Schlacht, durch welche die Franzosen in Madrid bedroht wurden und sich genöthigt sahen, die Belagerung von Cadix aufzuheben. Während der Ueberfahrt hat man sich damit beschäftigt, diese Berichte zu übersetzen.

Was von den Unterhandlungen, die nun zu Abo zwischen dem Kaiser und dem Kroprinzen stattfanden, erzählt wird, ist nicht eben verbürgt. Von einer Verwendung russischer Truppen zu Gunsten schwedischer Unternehmungen konnte in dem Augenblick nicht die Rede sein; der Kronprinz zeigte sich von der universalen Bedeutung des Widerstandes, den Rußland gegen Napoleon leistete, durchdrungen: denn wenn Rußland unterliege, so würde kein Staat auf dem Kontinent unabhängig sein; dann aber sei es besser, — so soll er gesagt haben, — ein Ackerland zu

pflügen, als eine Krone zu tragen. Die Vereinigung Norwegens mit Schweden unter russischer Theilnahme wurde aufs Neue zugesagt. Dänemark sollte aufgefordert werden, nicht allein Norwegen aufzugeben, sondern seine Truppen mit den russischen und schwedischen gegen den gemeinschaftlichen Feind zu vereinigen; wenn es das verweigere, werde man es mit Krieg überziehen, und alsdann im Verein mit Großbritannien auch über den Besitz von Seeland verfügen. Wenn nun aber bei dem früheren Vertrag der russische Minister Werth darauf gelegt hatte, daß Rußland die Vergrößerung Schwedens verspreche, ohne für sich selbst Vortheile zu bedingen, so wurde diese Uneigennützigkeit in Abo aufgegeben. Bei der allgemeinen Umgestaltung der nordischen Verhältnisse, die man in Aussicht nahm, kam man in Rußland auf den alten Plan zurück, das russische Gebiet bis an die Weichsel auszudehnen, so daß das gesammte Ost-Preußen an Rußland übergegangen wäre [1]).

Man kann sich das erklären, da soeben ein preußisches Corps, welches sich tapfer hielt, gegen die Russen im Felde stand: aber welch ein Vorhaben war dies doch! Preußen und Dänemark würden aus der Reihe der Potenzen ausgeschieden, Rußland und Schweden in Vereinigung mit England zu voller Herrschaft im Norden gelangt sein; unter ihrem Einfluß würde man den Widerstand gegen Napoleon in Deutschland unternommen haben.

Andere Pläne und Gedanken erweckte in Alexander das Verhältniß zu Polen. Die Idee, daß Polen wiederhergestellt werden sollte, welche die polnischen Magnaten zur Theilnahme an

1) En réciprocité des facilités que S. M. l'empereur de Russie promet à la Suède, si à la suite des événements militaires, S. M. obtient que les frontières de l'empire russe soient portée jusqu' à la Vistule, S. M. le roi de Suède déclare qu'il regardera cet accroisssement de territoire comme une juste indemnité des efforts que l'empereur aura faits contre l'ennemi commun, et lui en garantira la possession. S. M. britannique sera également invitée à donner une pareille assurance et garantie à S. M. l'empereur de toutes les Russies. Touchard-Lafosse Histoire de Charles XIV, II, 292.

dem Kriege gegen Rußland angetrieben hatte, wurde bei dem Umschlagen des Glückes von denselben nicht aufgegeben: sie übertrugen ihre Hoffnungen von Napoleon auf Alexander, der denn schon früher Absichten dieser Art hatte durchblicken lassen. Die General-Conföderation behielt diese Abwandlung der Angelegenheit im Auge. Man stellte dem Kaiser vor, er möge das gesammte polnische Reich etwa unter seinem jüngsten Bruder Michael wieder vereinigen, ohne Rücksicht auf Oesterreich und Preußen, gegen die er keine Pflichten habe. Er gab wirklich die Neigung kund, die polnische Nation unter russischer Protektion wieder aufzurichten, nicht jedoch unter einem seiner Brüder, vielmehr unter seiner eigenen Herrschaft.[1])

So stellte der Ausgang des Kampfes selbst und alle die vorher eingeleiteten Verbindungen dem russischen Reiche eine neue Ausbreitung und ein unwiderstehliches Uebergewicht in Europa in Aussicht. Nothwendig aber erregte das auch Befürchtungen auf anderen Seiten. In England wirkte eine Besorgniß dieser Art zunächst zum Vortheil von Schweden ein: denn an und für sich hätte den Engländern an der Erwerbung Norwegens durch Schweden nicht viel liegen können; sie widersprach vielmehr dem großen Princip, das man immer vertheidigt hatte, daß die legitime Herrschaft allenthalben wiederhergestellt werden müsse. Wenn nun aber dennoch die Engländer in dieser Beziehung Schweden begünstigten, so rührte das von der Betrachtung her, daß man unmöglich die Fortführung des Krieges russischen Händen allein überlassen dürfe[2]); nur indem man Schweden für den Verlust von

1) Schreiben Czartoryskis vom 6. und 27. Dezember 1812 und dessen Antwort vom 15. Jannar 1813 bei Mazade, L'empereur Alexandre et le prince Czartoryski, S. 197, vergl. Bignon XI, 318.

2) Thornton to Castlereagh, Decembre, 8, 1812. it is for his Majesty's Government to think whether supposing Russia capable of performing this great work alone, it would be for the interest of other powers and of Europe, that she should be alone in performing it, and others should not have their voice and their real force in the accomplishment of this salutary business. — Thornton to Castlereagh, January, 27, 1813. the cession

Finnland entschädigte, eben durch Norwegen glaubte man, es zum großen Kampfe herbeiziehen zu können. Noch immer, so sagte man, habe Schweden französische Sympathien; man würde fürchten müssen den Sturz der gegenwärtigen Regierung zu veranlassen, wenn man mit dieser großen Concession zögere. Nach der Katastrophe Napoleons in Rußland war dies der erste Punkt, welchen die Politik festsetzte. Wie nun aber dann, wenn die Russen das ihnen in Abo dagegen gemachte Zugeständniß forderten? Der nordische Krieg würde dann eben ein nordischer geblieben sein; Oesterreich würde um Polens willen, nothwendig aber auch Preußen, mit der Gefahr eines so großen Verlustes bedroht, im Bunde mit Napoleon haben verharren müssen. Wirklich meinte Napoleon selbst, von Oesterreich und Preußen unterstützt, in Kurzem mit einer starken Armee zurückkommen und den Krieg in Polen wieder aufnehmen zu können. Ob das der Fall sein, welche Haltung die beiden deutschen Mächte annehmen würden, war nun die entscheidende Frage.

Wir wissen: trotz aller Wechselfälle der Politik war doch immer ein gewisses Verständniß zwischen den drei großen continentalen Mächten aufrechterhalten und auch in den gefahrvollsten Momenten nicht abgebrochen worden. Wie Kaiser Alexander im Jahre 1809 immer wiederholt hatte, daß Oesterreich von ihm wenig zu fürchten habe, so haben auch bei dem Feldzug von 1812 die Oesterreicher ähnliche Versicherungen gegen Rußland gemacht. Und auch in Preußen war, der Verbindung mit Napoleon ungeachtet, niemals versäumt worden, ein erträgliches Verhältniß zu Rußland aufrecht zu erhalten. Für Rußland bildete es ein großes Interesse, schon um der geographisch-militärischen Berührungen willen das Verständniß mit Preußen zu erneuern. Dem Kaiser war daran bei weitem mehr gelegen, als an den Plänen von Abo.

of Norway is an indispensable requisite of the active cooperation of Sweden. The Prince will not, because I am morally convainced he cannot act without it. Correspondence of Castlereagh VIII, 295. 315.

Wie bereits erwähnt, hatte sich Graf Lieven gleich nach dem Brande von Moskau an Hardenberg gewandt, um ihn auf die neu hervortretende Möglichkeit einer allgemeinen Wiederherstellung aufmerksam zu machen; er erklärte für wünschenswerth, daß der Befehlshaber des der französischen Armee beigegebenen preußischen Hülfskorps im Voraus mit den für eine solche Combination erforderlichen Instruktionen versehen werden solle. Die eigentliche Initiative in dieser Unterhandlung hat aber Kaiser Alexander selbst ergriffen; mit der größten Entschiedenheit hat er sich darüber gegen einen preußischen Offizier, den Oberst Boyen, ausgesprochen.

Boyen, ein Ostpreuße aus der Schule Kants und Freund Scharnhorsts, mit dem er an der Reorganisation der Armee thätigen Antheil nahm, hatte den preußischen Dienst verlassen, um nicht unter Napoleon dienen zu müssen. Er begab sich nach St. Petersburg, wo er bald nach seiner Ankunft dem Kaiser Alexander vorgestellt wurde. In der ersten Audienz erschien der Kaiser ziemlich verstimmt über Preußen, unter anderem auch mit Beziehung auf die damals verbreitete Vermuthung, die Absicht dieser Macht sei auf Kurland gerichtet. Hauptsächlich widerlegte der Kaiser die Meinung, die man gehabt habe, als werde er Frieden schließen; es zeige sich nun, daß Rußland Kräfte genug habe, um mit Frankreich zu kämpfen; auch sein Kriegsplan sei durch die Ereignisse gerechtfertigt; daß er keinen Frieden wolle, beweise vornehmlich auch der Brand von Moskau; eben jetzt habe er die Cortes in Cadix und den König von Sicilien anerkannt. Auf die Frage des Kaisers, ob Boyen eine Mission an seinen König übernehmen wolle, erklärte sich dieser sehr bereit dazu; er sagte: es werde der glücklichste Tag seines Lebens sein, wo er zur Herstellung der Beziehungen zwischen den beiden Monarchen, die er aufs Höchste verehre, und zum Verständniß zwischen beiden Nationen beitragen könne. Er sprach darauf mit Romanzoff, der es als das Ziel seiner Politik bezeichnete, daß Oesterreich und Preußen sich vereinigen sollten, um die Unabhängigkeit von Deutschland herzustellen.

In der zweiten Audienz, nach erfolgter Katastrophe, legte Alexander eine große Theilnahme für den König und seine Familie an den Tag. Er trat überhaupt offener und eindringender auf; er ging davon aus, daß die Armee, welche Napoleon nach Rußland geführt habe, so gut wie vernichtet sei: das sei nun aber, sagt er, der Zeitpunkt, welchen die von den Franzosen unterjochten Nationen benutzen müßten, um ihre Unabhängigkeit wieder zu erringen; besonders rechne er dabei auf den König von Preußen, in Folge der alten Freundschaft, die sie mit einander verbinde. „Die Fürsten", sagte er, „und ihre Minister sind für die Entschließungen, die sie in diesem entscheidenden Augenblick fassen, der Nachwelt verantwortlich [1]). Als der Krieg ausbrach, entschuldigte man die Verbindungen mit Napoleon durch dessen Ueberlegenheit, ließ aber hoffen, daß man bei einer Veränderung der Lage sich an Rußland anschließen werde. Diese Zeit ist nun gekommen. Ich habe die Berechtigung zu fragen, ob diese Versicherungen die Wahrheit enthielten. Möglich, daß es den Anstrengungen Napoleons gelingt, im nächsten Frühjahr 400,000 Mann ins Feld zu stellen; wo aber will er die 40—50,000 Pferde finden, die er braucht, selbst um seine Kanonen anspannen zu lassen?" Alexander versicherte, daß er gleichfalls mit 400,000 Mann im Felde erscheinen werde; die Franzosen seien nicht mehr so voll Feuereifer, wie bei Marengo; als Kaiser habe Napoleon das Zutrauen nicht gerechtfertigt, das man zu ihm als ersten Consul gehabt habe: die russischen Truppen dagegen, mit frischem Enthusiasmus erfüllt, würden sich noch besser schlagen, als bisher. Wenn man ihn aber, so fügte er hinzu, seinen eigenen Kräften überlasse, so werde ein Zustand entstehen, den er nicht beherrschen könne. Hierauf brachte Boyen in Erinnerung, daß die zerstreute preußische Armee russischer Unterstützung bedürftig sein würde; das will sagen, er machte auf

1) Tout dépend de ce qu'on profite avec énergie du moment. Les Prusses et leurs ministres sont responsables à la postérité des déterminations qu'ils viennent prendre.

die Gefahr aufmerksam, in welche Preußen durch einen Bruch mit Frankreich gerathen müsse. Kaiser Alexander bestand nicht unmittelbar auf einem solchen, aber er machte die Bemerkung, daß die Annäherung der Russen dem König von Preußen Anlaß zu neuen Rüstungen geben könne, namentlich zu einer Verstärkung der Besatzungen von Graudenz und Colberg, und zur Vermehrung der Truppen in Schlesien; auch würde man die Anlegung von Magazinen für die französischen Truppen in den Oderfestungen zu verhindern im Stande sein; der König möge ihm nur sagen, in welcher Weise er von Rußland unterstützt zu werden wünsche. Indem Alexander nun den König aufforderte, sich ihm in einer Sache anzuschließen, welche die aller Souveräne sei, bezeichnete er zugleich die Verbindlichkeiten, die er dagegen übernehmen wolle. „Wenn Friedrich Wilhelm mir beitritt, so gewährleiste ich ihm nicht nur seine gegenwärtigen Besitzungen, sondern ich verpflichte mich auch, die Waffen nicht eher niederzulegen, bis er seine verlorenen Provinzen wieder erworben hat." Ein großes Wort, das der Kaiser aussprach. Dahin waren die früheren Anforderungen des Königs von Preußen immer gegangen. Der Kaiser willigte jetzt in dieselben ein. Doch verlor er dabei die polnische Combination, mit der er sich trug, nicht aus den Augen; er verhieß recht ausdrücklich nur eine Wiederherstellung der in Deutschland verlorenen Landschaften. Zur Entschädigung für die polnischen Provinzen Preußens hat der Kaiser gleich im ersten Augenblick das sächsische Gebiet in Vorschlag gebracht[1]. Sollte aber, so ließ er zugleich vernehmen, der König in seinem jetzigen System beharren, so würde er das als eine Kriegserklärung ansehen und zwar als eine solche, die ihm, dem Kaiser, persönlich gelte; er würde gerechtfertigt sein, selbst wenn er im Laufe des Krie-

1) S'il y accède, je lui garantis non-seulement toutes ses possessions actuelles, mais je m'engage à ne poser les armes que lorsque le roi sera rentré dans la possession de toutes les provinces qu'il a perdues en Allemagne ou aura été indemnisé d'une autre manière nommément par la Saxe qui me paraît convenable pour cela. Aus dem Bericht Boyens.

ges zu einer Theilung von Preußen die Hand bieten sollte. Für diesen Fall behielt er sich offenbar die Verabredung von Abo vor.

Boyen war schon entlassen, als der Kaiser ihn zurückrief, um ihm zu sagen, daß Oesterreich einen englischen Gesandten verlange; Preußen habe auf die Verbindung Oesterreichs mit Napoleon Einfluß gehabt: denn in Oesterreich liebe man dem preußischen Beispiel zu folgen; es möge jetzt Alles thun, um Oesterreich auf die Seite von Rußland herüberzuziehen. In gleichem Sinne sprach sich der englische Gesandte gegen Boyen aus; er sagte demselben, sein Auftrag gehe dahin, alles für die Wiederherstellung der preußischen Unabhängigkeit zu thun; halte sich Preußen ferner an Frankreich, so werde England sich zu Maßregeln genöthigt sehen, durch welche die Existenz von Preußen bedroht werde.

Boyen hatte kein Mittel, seinem Fürsten von diesen Eröffnungen so rasch, wie es nöthig gewesen wäre, Meldung zu machen. Aber unterdeß eröffneten die Russen eine Unterhandlung auf dem von Lieven angedeuteten Wege. Noch von Moskau aus hatte Napoleon auf eine Vermehrung der preußischen Streitkräfte angetragen: denn man müsse den Russen zeigen, daß ihre Absicht, die französischen Armeen zu vernichten unausführbar sei[1]). Es war recht das Gegentheil davon, wenn die Russen die preußische Armee, die ihnen in Liefland gegenüber stand, von den Franzosen abwendig zu machen versuchten. In diesem Sinne machten sie mancherlei Versuche, zuerst auf Grawert, noch mehr aber, nachdem die Entscheidung erfolgt war, auf York, der nach einer Erkrankung Graverts an dessen Stelle im Commando gefolgt war und bei dem sie eine übereinstimmende Gesinnung voraussetzten; dabei kam ihnen ein zwischen York und Macdonald obwaltendes Mißverständniß zu Statten. Man kennt York als einen der marquirtesten Soldatencharaktere der preußischen Armee,

1) c'est de faire voir à la Russie l'impossibilité qu'il y a de miner l'armée comme elle l'espère. Au duc de Bassano. 16 octobre, Corr. XXIV, 268. N. 19, 278.

nicht eben von imponirendem Äußeren, aber von einer Haltung, welche Jedermann imponirte. Seine Gedanken waren tief, dunkel und in der Brust verschlossen: Niemand hätte sie errathen können. Er war wegen seiner Strenge und seiner Jedermann zurückstoßenden Art und Weise in seinem Corps gefürchtet, nicht etwa gehaßt; denn er fügte Niemand Unrecht zu. Wie gegen seine Untergebenen schroff, so war er gegen die, welche über ihm standen, ungeduldig, und gewohnt, ihnen gegenüber auf seinem Recht zu bestehen; er befolgte die Befehle, die er erhielt, aber nur bedachtsam und in seiner Weise. Wenn er nun schon Die, welche von seinem Hofe zu ihm kamen, mit ungünstigen Augen ansah, weil er vermuthete, man wolle ihn ausspähen und darüber nach Berlin berichten, so kann man abnehmen, wie wachsam sich sein Verdacht gegen den französischen Marschall richtete, der ihm vorgesetzt war. Macdonald war einer der gefügigsten Bewunderer Napoleons, dem er fast übermenschliche Eigenschaften zuschrieb; York hatte nur Sinn für die Ehre des preußischen Namens. Zwischen York und Macdonald kam es zu Differenzen über die Verpflegung der Truppen, die zu einem sehr gereizten Briefwechsel führten. In einem Schreiben an den König spricht York die Meinung aus: es komme den Franzosen nur darauf an, ihn zu veranlassen, daß er sich von seinem Posten entferne; er will ihnen aber diesen Gefallen nicht thun. Sehr auffallend ist, daß York den König zwei Tage darauf doch um seine Entlassung gebeten hat. In dem einen und dem anderen drückt sich dabei wohl das Gefühl der Unhaltbarkeit seiner Stellung unter einen französischen Heerführer aus.

Der große Umschwung der Dinge hatte nun zur Folge, daß von russischer Seite immer dringendere Aufforderungen zum Uebertritt an York ergingen. General Essen hat schon am 1. November von Riga her eine solche an ihn gelangen lassen. Er giebt die Nachricht von der Niederlage, welche Bennigsen den Franzosen bei Kaluga beigebracht habe, der Wiedereroberung von Moskau, dem Rückzuge Napoleons. „Die schönsten Hoffnungen beleben unsere

Armeen und die russische Nation." Er fragt, welche Resolutionen York unter diesen Umständen fasse: es käme nur auf ihn an, die Fesseln Preußens zu zerbrechen; er solle Macdonald in Mitau festnehmen und dann mit seinen Hülfstruppen nach Preußen marschiren. Essen kenne die Gesinnung der Preußen: der Entschluß York's werde seine Landsleute mit Muth erfüllen; York könne der Retter seines Vaterlandes und des gesammten Deutschlands werden [1]). Dies Schreiben schickte York an den König. Bald darauf aber wurde er von dem Nachfolger Essens in Riga, Marchese Paulucci, mit neuen ähnlichen Anmuthungen bestürmt. Von glühendem Eifer gegen den vermeinten Attila beseelt, forderte er York auf, das Beispiel Romanas nachzuahmen, der sich eigenmächtig nach Spanien zurückbegeben hatte, um nicht den Franzosen zu dienen. York antwortete hierauf am 20. November, daß dies Beispiel nicht ganz auf ihn passe, weil der Spanier gewußt habe, was sein Vaterland von den Verbündeten, denen er sich anschließe, erwarten dürfe. Ueberdies aber: persönliche Einmischung in eine allgemeine Sache widerspreche seinen Gesinnungen. Eine Erklärung von seiner Seite, wie man sie wünsche, werde bei dem Stande der Armeen keinen so großen Einfluß ausüben, als man voraussetze. Vielmehr könnte Napoleon von einer ihm widerwärtigen Erklärung den Vorwand hernehmen, mit Preußen zu brechen, und es als ein erobertes Land behandeln. Die doppelte Rücksicht auf die Rache der Franzosen wenn er sie verlasse und zugleich auf die Unbestimmtheit der Verpflichtung von Rußland für den Fall, daß er ihm beitrete, bestimmte seine Entschließungen. Von diesen Einwendungen des preußischen Generals unterrichtet, ermächtigte Alexander den Marchese Paulucci [2]), demselben Versicherungen zu geben, daß er, wenn Preußen ihm beitrete, entschlossen sei, dem König durch förmlichen Traktat zu versprechen, er werde die Waffen nicht niederlegen, ohne

1) Bogdanowitsch III, 376.

2) Die Schreiben Pauluccis vom 2./14. November und Yorks bei Eckardt, York und Paulucci, S. 62, 66.

Preußen eine Territorial-Vergrößerung verschafft zu haben, in Folge deren es seinen alten Rang unter den Mächten Europa's wieder einnehmen könne [1]); das nehmliche, wozu er sich bereits im Zwiegespräch mit Boyen verbindlich gemacht hatte. Jetzt aber gewann die Versicherung einen gegenseitig verpflichtenden Charakter. Wenn York sie acceptirte und mit seiner Armee eine dem entsprechende Haltung annahm, so verpflichtete er gleichsam den Kaiser durch eine große Handlung, sein gegebenes Wort zu erfüllen. Es ist die unsterbliche welthistorische Handlung des Generals York, daß er dies that. Die Umstände waren folgende. Dem Marchese wurde die Ehre, die Sache zu Ende zu führen, nicht zu Theil. Ein ganz andres Gewicht, als der Gouverneur von Riga, besaß der General Wittgenstein, der sich soeben an der Beresina einen großen Ruf erworben hatte. Er war beauftragt, sich gegen den unteren Niemen zu wenden, um Macdonald wo möglich abzuschneiden. Macdonald hatte seinen Rückzug von Kurland her spät angetreten und nahm denselben in zwei Colonnen auf Tilsit. Der Zufall wollte, daß der mit einer Abtheilung des Wittgensteinschen Corps vorrückende General-Quartiermeister Diebitsch, indem er die Arriere-Garde Macdonalds zu erreichen meinte, den ganzen preußischen Heerhaufen vor sich fand.

Die Stellung, die er bei Koltinjani nahm, bot einige Vortheile dar; aber schwerlich würde er sie gegen die preußischen Regimenter, die gegen ihn vorrückten, haben behaupten können. Indem nun die beiden Heerhaufen einander gegenüber standen, ließ Diebitsch den General York um eine Unterredung bitten. Diese fand auf freiem Felde zwischen den beiden Armeen statt. Diebitsch hat dann dem preußischen General vorgestellt, daß er, wie alle andern russischen Befehlshaber, angewiesen sei, die Preußen nicht feindselig zu behandeln. Er erinnerte ihn an das Dringende

1) pour lui faire reprendre à la Prusse parmi les puissances de l'Europe la place qu'elle occupait avant la guerre de 1806. Eckardt a. a. O. S. 97.

des Momentes und die unsterbliche Ehre, welche sich York durch einen raschen Entschluß erwerben werde. Hauptsächlich aber bestätigte er die schon von Paulucci mitgetheilte Versicherung des Kaisers, daß derselbe nicht eher ruhen werde, als bis der preußische Staat in seiner alten Größe wieder hergestellt worden sei[1]). Hierdurch wurde die vornehmste Einwendung Yorks über die Unbestimmtheit der Pläne des Kaiser von Rußland, zu dem er sich schlagen sollte, vollständig gehoben. Man darf es als einen der wichtigsten Momente der preußischen Geschichte bezeichnen, daß York diesen Versicherungen Gehör gab. Auf Grund derselben schlug er einen Weg ein, getrennt von den Franzosen, der ihn nach Tauroggen führte. Man findet nicht, daß er dazu von Berlin aus autorisirt gewesen wäre[2]). Aber es giebt in den Verflechtungen der Politik Augenblicke, wie sie wohl in einer Feldschlacht eintreten. Der Commandeur eines Corps kann in ein Gedränge kommen, in welchem er ohne die Weisung des Oberbefehlshabers nach eignem Ermessen handeln muß. General York fühlte sich so recht inmitten der Nothwendigkeit des sich vollziehenden Ereignisses, als er seinen Entschluß faßte. Er wußte wohl, welche persönliche Verantwortung und Gefahr er damit sich zuzog. Als er sich bereit erklärte, den Vertrag abzuschließen, und die allgemeine Freude seiner Umgebung wahrnahm, hat er gesagt: sie habe gut reden; ihm aber, dem Alten, wackele der Kopf auf den Schultern. Die Convention wurde am 30. December auf der Mühle zu Poscherun abgeschlossen[3]). Darin wird festgesetzt, daß die preußischen Truppen innerhalb eines bestimmt bezeichneten Bezirks

1) Henckel von Donnersmarck versichert das in den Erinnerungen aus meinem Leben, S. 167, mit bestimmten Worten.

2) Der königliche Adjutant, der bei ihm war, Graf Henckel, wurde am 27. mit einem Bericht über die neue Wendung der Dinge nach Berlin abgefertigt. Der Adjutant Yorks, der von demselben nach Berlin geschickt worden, war noch nicht zurückgekehrt; Henckel traf ihn unterwegs.

3) Mit dem General erschien hiebei sein den Tag zuvor zurückgekehrter Adjutant Seydlitz, bei dessen Abgang von der Hauptstadt man daselbst noch keine Vorstellung von der Lage der Dinge haben konnte.

eine neutrale Stellung einnehmen würden; immer mit dem Vorbehalt, wenn der König es befehle, zu den Franzosen zurückzutreten; wohl verstanden jedoch, daß das preußische Corps dann keine Dienste gegen die Russen leisten werde. Aber so wichtig diese Bestimmungen sind, so kam es doch nicht so sehr darauf an, als auf die Handlung an sich, die gleichsam eine neue Phase der Geschichte eröffnete. Die, deren Erinnerung in jene Zeit zurückreicht, werden sich entsinnen, daß die Nachricht davon auch dem weit Entfernten wie ein Blitzstrahl erschien, der den Gesichtskreis durchzuckte und veränderte. Noch unter dem französischen Drucke fühlte man allenthalben die ungewohnten Pulsschläge des nationalen Bewußtseins. Man hatte ein Vorgefühl davon, daß nicht mehr Preußen und Frankreich zusammenstehen würden, sondern Preußen und Rußland. Wenn wir von einer historischen Theilnahme an dem, was sich vollzieht, reden dürften, so wendete sich das auf die Haltung des preußischen Hofes an.

Einundzwanzigstes Capitel.

Absonderung Preußens von Frankreich.

Man wird sich immer erinnern müssen, daß die Allianz Preußens mit Frankreich nur unter einer Art von Zwang eingegangen worden war, in einem Augenblick, als man auf die Idee einer antinapoleonischen Vereinigung schlechterdings Verzicht leisten mußte, weil Oesterreich sie nicht theilte und Rußland zu einer wirksamen Assistenz sich nicht anheischig machen wollte. In den Ideen und Hinneigungen war nun, wie sich denken läßt, keine Veränderung vorgegangen.

Während des Feldzugs in Rußland war die Gährung der Geister in Preußen allgemein; wiewohl noch Sorge getragen wurde, jede öffentliche Manifestation zu verhüten. Hardenberg drückte sich in einem Schreiben an Gneisenau vom 15. Oktober auf eine Weise aus, die an seinem Einverständniß mit der allgemeinen Tendenz keinen Zweifel aufkommen läßt. Es heißt darin: auch der König theile diese Gesinnung; obgleich er auf heroische Pläne nicht so leicht eingehe, so werde er doch nicht zurückbleiben, sobald ein guter Erfolg wahrscheinlich sei. Als die entschiedene Wendung der großen Ereignisse eintrat, hat Hardenberg einmal gesagt: wenn er zu gebieten hätte, so würde er keinen Augenblick zögern, Partei gegen Frankreich zu ergreifen; aber man müsse doch bedenken, daß das ganze preußische Gebiet von den Franzosen durchzogen oder eingeschlossen sei; Preußen habe weder in den Flanken noch im Rücken eine sichere Stütze; der König werde nicht

einwilligen; er fordere vielmehr vor Allem ein vorläufiges Einverständniß mit Oesterreich.

Zwischen diesen beiden Mächten bestand bereits eine gegenseitige Annäherung, die sogar die Eifersucht Napoleons erweckt haben soll; aber zu gemeinschaftlicher Aktion reichte sie doch nicht hin. In Oesterreich ging der erste Gedanke in dem Momente der Entscheidung auf eine allgemeine Pacifikation. Wenn Metternich eine solche wirklich bei England in Antrag brachte, so schloß sich der Staatskanzler Hardenberg dem zwar an, nicht jedoch, ohne von vornherein zu bemerken: es würde nur eben ein Schlag ins Wasser sein. Indem er sich anschloß, gab er noch einem anderen Gedanken Raum: wenn der Versuch, wie vorauszusehen, mißlinge, so könne zwischen Oesterreich und Preußen eine Vereinbarung stattfinden, um Napoleon gemeinschaftliche Friedensvorschläge zu machen, mit der Drohung, falls er sie verwerfe, würden die beiden Mächte auf die Seite von Rußland treten.

Welche Erwägungen in Berlin gepflogen wurden, erhellt aus einem ausführlichen Gutachten Ancillons, der ein Jahr zuvor sich für die Allianz mit Frankreich ausgesprochen, jetzt aber eine entgegengesetzte Ansicht gefaßt hatte. Diese Differenz machte ihm nicht das mindeste Bedenken: denn hätte man sich vor einem Jahre nicht mit Napoleon verbunden, so würde derselbe den Krieg gegen Rußland mit der Niederwerfung von Preußen eröffnet haben. Ancillon erörtert dann die Ursachen des Unglücks, welches Napoleon betroffen habe, und die Bedeutung dieses großen Ereignisses. „Die Macht von Frankreich," so lauten seine Worte [1]), „ist gebrochen, das Continentalsystem stürzt zusammen; der Plan einer Universalmonarchie ist durchkreuzt; der Moment ist gekommen, wo das europäische Gleichgewicht wieder hergestellt werden kann". Ancillon bemerkt: die politische Macht Napoleons habe auf einer Armee beruht, die sich für unüberwindlich hielt und dafür gehalten wurde; jetzt aber existire eine solche nicht mehr; Napoleon könne

1) Schöll hat das Original dieses Gutachtens in seine Sammlung aufgenommen.

nun zwar in Kurzem eine neue Armee aufstellen, aber an Reiterei und einer geübten Artillerie werde es ihm fehlen; die alten Truppen werde er auch deshalb vermissen, weil von ihnen Siegeszuversicht und kriegerischer Geist den Conscribirten mitgetheilt worden sei. Er führt aus: die Idee der Universalmonarchie sei nicht eigentlich gewesen, die andern Länder zu Provinzen zu machen, sondern nur sie dahin zu bringen, daß sie ohne gegnseitige Verbindung unter einander unfähig geworden wären, dem Willen Napoleons zu widerstehen: dem habe nun der russische Koloß widerstanden: er habe besiegt, aber nicht unterjocht werden können; daraus folge, daß der französische Kaiser die Unabhängigkeit anderer Staaten, die zwischen ihm und Rußland bestehen, werde anerkennen müssen. Noch sei Napoleon sehr furchtbar; die Franzosen würden zähneknirschend ihm dennoch ihre Kinder opfern und die Mitglieder des Rheinbundes ihm Alles bereitwillig gewähren, was er fordere.

Aber auch vor Rußland giebt Ancillon Besorgnisse zu erkennen: Alexander habe liberale Principien, aber seine Generale und Minister, denen er seine Siege verdanke, würden ihn beherrschen; der hohe Adel von Rußland wisse nichts von Bescheidenheit oder Moderation; das Volk sei energisch, aber roh und gehorche blindlings seinen Herren; Europa dürfe nicht, indem es sich vor den wilden Männern der Civilisation rette, in die Hände von Barbaren fallen. Wir reproducieren dieses Gutachten auch deshalb, weil es die Betrachtungen enthält, die der damalige Moment für die Zukunft hervorrief. Ancillon meint: man müsse bewirken, daß die französische Uebermacht nicht mehr die Welt drücke; aber zugleich auch den Uebeln vorbeugen, mit denen die Völker durch die russische Präponderanz bedroht würden. Preußen und Oesterreich müssen sich selbst befreien, indem sie helfen, daß die anderen frei werden. Preußen sei zu schwach und zu gefährdet, um die Initiative zu ergreifen; es könne nicht die erste Rolle spielen, aber es sei doch auch nicht zu einer abhängigen genöthigt; sein Einfluß auf die Lösung des großen Pro-

blems werde immer ein sehr eingreifender sein. Ancillon stellt folgende Ziele der zu befolgenden Politik auf: das erste ist: Beschränkung Frankreichs auf das linke Rheinufer; das zweite: eine Conföderation der Rheinbundfürsten unter einem neuen Protektor: mehr fordern würde heißen das Unmögliche fordern. Das Beste wäre, wenn zwei Conföderationen in Deutschland gebildet würden, eine südliche unter Oesterreich, eine nördliche unter Preußen; doch dürfe man diesen Wunsch kaum äußern: denn die Rheinbundsfürsten würden Oesterreich vorziehen; diese müsse man durch bündige Versicherungen über ihren Bestand beruhigen. Die Vernichtung des Königreichs Westfalen und die Inkorporation deutscher Provinzen in Frankreich würde genügen, um Preußen wiederherzustellen, sowie die Häuser Hannover, Hessen, Braunschweig, Oranien. Holland müsse unabhängig werden und eine individuelle Existenz erlangen, weil Frankreich, solange es in Besitz dieses Landes sei, England und die rechte Flanke von Deutschland bedrohe. Auch in Bezug auf Italien und Spanien könne England nicht weichen; von der Bestimmung über das eine und das andere hänge die Gründung eines festen und haltbaren Friedens ab. Polen dürfe nie in die Hände von Rußland gerathen; wolle man das Königreich wieder herstellen, so müsse es doch abhängig bleiben von den drei Mächten, die es getheilt haben.

Ancillon hält es vor Allem für nöthig, daß Oesterreich ohne Zeitverlust seine Truppen an der Donau und am Oberrhein aufstelle, um für die Rheinbundfürsten zum Bollwerk gegen Napoleon zu dienen. „Alles das muß binnen vier Wochen geschehen, es wird die öffentliche Meinung gewinnen; Napoleon wird unfähig sein, gegen dieselbe anzukämpfen. Bis Oesterreich sich erklärt hat, muß Preußen mit kluger Umsicht verfahren, die französischen Vorschläge nicht schlechterdings zurückweisen, aber sich dabei immer auf seine Erschöpfung beziehen. Preußen muß sich rüsten unter dem Vorwande, daß dies zu Gunsten Frankreichs geschehe. Da Napoleon keine seiner Verbindlichkeiten beobachtet, vorzüglich da er außer Stande ist,

Preußen gegen einen Angriff Rußlands zu schützen, so darf der König ohne den mindesten Skrupel einen besonderen Frieden mit Rußland schließen".

Diese Frage, inwiefern der König sich von Frankreich loszusagen und mit Rußland zu verbinden das Recht habe, erörtert Kabinetsrath Albrecht in einem besonderen eingehenden Gutachten. Er erinnert an das von Napoleon oft gehörte Wort: die Moral für die Staaten bestehe in dem, was ihr Interesse ihnen an die Hand gebe; den spanischen Bourbonen habe er, indem er sie vernichtete, einen Vorwurf daraus gemacht, daß sie sich nicht gerüstet gehalten hätten. Dahin aber, die Allianz mit Frankreich zu brechen, gingen seine Rathschläge nicht, so lange man Oesterreichs nicht sicher sei. Albrecht war so eifrig dafür, eine Verbindung mit Oesterreich zu suchen, wie Ancillon. Dann aber regte sich doch der Zweifel, ob nicht Oesterreich selbst nochmals mit Frankreich gemeinschaftliche Sache machen werde. Hardenberg hielt dies für unmöglich, nicht der König. Auf ihn machte die Familienverbindung des Kaisers von Oesterreich mit Napoleon immer einen gewissen Eindruck; er sah voraus, daß Rußland auf die Entfernung des korsischen Gewalthabers überhaupt dringen, Oesterreich aber der Familienverbindung wegen der napoleonischen Dynastie den Thron zu erhalten suchen werde[1]).

Auch jetzt mit Ancillon einverstanden, ging der wieder zu den Verhandlungen herbeigezogene Knesebeck doch einen Schritt weiter; er hielt es für thunlich, mit Frankreich zu brechen, selbst wenn

1) Ompteda an Münster, 31. Dezember 1812. Le chancelier me dit que le roi s'était persuadé que depuis le mariage de l'archiduchesse avec Bonaparte, l'empereur d'Autriche ne voulait pas la destruction de sa dynastie, et qu'il craignait qu'en se joignant à la Russie, cette destruction pourrait peutêtre ne plus être empêchée, et que par cette raison l'Autriche verrait toujours avec une espèce de jalousie les mesures qu'on prendrait pour abattre entièrement la puissance de Bonaparte. Le chancelier ajouta que c'étaient là les plus grands obstacles qu'on trouvait dans l'esprit du roi pour lui faire prendre un parti énergique auquel d'ailleurs il était tout décidé. Ompteda Politischer Nachlaß II. S. 325.

Oesterreich schwanke. Hauptsächlich aber forderte er, daß man nicht so lange unthätig bleibe, bis Oesterreich sich erklärt habe; auf der Stelle müsse man sich mit aller Macht rüsten. Daß dies geschehen konnte ohne Feindseligkeit gegen Frankreich, wurde von Napoleon selbst veranlaßt, indem er eine Vermehrung der preußischen Streitkräfte an der Oder gefordert hatte. Knesebeck giebt an, wohin die Truppen zusammenzuziehen seien, und dringt vor Allem auf eine Instandsetzung der Festungen auf sechs Monate; für den Fall der Vereinbarung mit Oesterreich hält er für möglich, den nächsten Feldzug in Süddeutschland auszuführen.

Am 25. December 1812 wurde eine Berathung zwischen Hardenberg, Knesebeck und Ancillon veranstaltet, in der Form eines gewöhnlichen Privatbesuches bei dem letzten, um alles Aufsehen zu vermeiden; eine lokale Merkwürdigkeit wird hiedurch die Behausung Ancillons in der Jägerstraße. Die drei Männer vereinigten sich zu dem Hauptgrundsatz, daß kein Augenblick zu verlieren sei, um die Fesseln zu zerbrechen, die auf Europa lasteten; es sei die Pflicht Preußens, seine Unabhängigkeit wieder zu erwerben; Oesterreich soll bewogen werden, unverzüglich eine bewaffnete Mediation zu versuchen und in Verbindung mit Preußen Bedingungen aufzustellen, bei deren Zurückweisung es sich an die Feinde Napoleons anschließen werde[1]). Die Festsetzung dieser Bedingungen wird bis auf eine weitere Berathung mit Oesterreich ausgesetzt.

Wohin aber die preußischen Ideen über die künftige Gestaltung von Europa und Deutschland gingen, sieht man aus dem Gutachten Knesebecks. Dessen Vorschläge sind folgende: Befreiung der pyrenäischen Halbinsel von dem französischen Einfluß; Vereinigung Italiens unter Einem Herrn; Unabhängigkeit der deutschen Staaten; Herstellung der verjagten Fürsten, Hessen, Oranien, Braunschweig, Hannover; Aufrechterhaltung des Be-

1) Il faut que l'Autriche et la Prusse proposent à Bonaparte la base d'une paix générale en déclarant le même temps que, si la France ne l'accepte, l'Autriche et la Prusse feront cause commune avec la Russie.

stehenden in Baiern, Würtemberg, Baden; die deutschen Fürsten sollen eine Militär-Conföderation bilden nach dem Muster des Rheinbundes, jedoch unter der Protektion von Oesterreich und Preußen, deren Machtgebiet durch den Main geschieden werden soll. Zu dieser Conföderation sollen auch die Schweiz und Holland gehören: jene zu der südlichen, diese zu der nördlichen. Die Vorschläge erinnern sehr an die Ideen, welche im Jahre 1809 gefaßt worden waren; zugleich knüpften sie an die Entwürfe von Bartenstein an und selbst an die Gedanken, die bei dem Bündniß von 1805 zu Grunde lagen und die dem Kriege von 1806 vorausgingen. Der Unterschied ist jedoch, daß die Katastrophe der napoleonischen Armee eine Aussicht zur Durchführung von Plänen eröffnete, die bisher immer gescheitert waren. Bei dem Umfang dieser Vorschläge versteht es sich, daß man erst mit Oesterreich darüber eine Vereinbarung treffen wollte: Knesebeck selbst übernahm eine Mission dahin.

Von einem Kriegsunternehmen gegen Frankreich war zunächst noch nicht die Rede. Der König verwarf den von Knesebeck angedeuteten Plan, das südliche Deutschland zum Kriegstheater zu machen: daß die Russen nach dem Rhein vordringen sollten, war ein unangenehmer Gedanke für ihn; er meinte, durch Vereinbarung mit Oesterreich die Herstellung eines europäischen Gleichgewichts und die Befreiung Deutschlands von den französischen Truppen bewirken zu können. Von einer Wiedereroberung der überrheinischen Gebiete war selbst in dem Gutachten Knesebecks, so weit es auch übrigens ging, Abstand genommen. Und zugleich wünschte man, wenn irgend möglich, den Frieden mit Frankreich aufrecht zu erhalten. Noch einmal wurde Krusemarck nach Paris gesendet mit der Instruktion, auf den allgemeinen Frieden hinzuwirken immer im Einverständniß mit Oesterreich, welches nur Ein Interesse mit Preußen habe und soeben durch Bubna Eröffnungen an Frankreich gelangen lasse.

So standen die Dinge in Berlin. Der Entschluß war gefaßt, den Augenblick zu einer Wiedererwerbung der Unabhängig-

keit zu benutzen; man dachte dieselbe jedoch noch auf friedlichem Wege durch Vereinbarung mit Oesterreich zu erlangen. Wenn man sich rüstete, so geschah das selbst unter der Connivenz von Frankreich und konnte nicht als eine Feindseligkeit gegen diese Macht betrachtet werden. Mit Rußland hatte man noch kein eigentliches Einverständniß; noch hielt man an der Hoffnung fest, die Unabhängigkeit von Deutschland durch Vereinbarung zwischen den beiden deutschen Mächten wiederherzustellen.

In dem Augenblicke, in welchem diese Entwürfe gefaßt wurden, traf die Nachricht von dem Ereigniß von Tauroggen ein. Zu seiner Handlung war York damals so wenig ermächtigt, daß sie vielmehr der politischen Richtung, in der sich der König und sein Staatskanzler eben bewegten, entgegenlief. Es war am 2. Januar 1813, daß der Major Graf Henckel von den Entschlüssen Yorks und der Capitulation desselben dem König Nachricht brachte. Nichts konnte unerwarteter sein. Man begreift es, daß der König sein Erstaunen lebhaft kundgab. Die Eigenmächtigkeit des Generals, seine bevorstehende Capitulation erklärt es, wenn der König die empfangene Nachricht im Kreise seiner Familie als eine schlimme bezeichnete; aber dieser selbst fiel auf, daß er dabei eine gehobene Stimmung bemerken ließ[1]). Man darf sie wohl daher leiten, daß das Ereigniß eine große neue Aussicht darbot: denn ob die Eröffnungen an Frankreich, die Friedensbemühungen von Oesterreich die gewünschte Wirkung haben würden, war doch sehr ungewiß. Von der Handlung Yorks konnte Niemand bezweifeln, daß sie im Interesse des Staates geschehen war: die Eigenmächtigkeit des Generals hatte ein tiefes Mitgefühl für die alte Weltstellung und Ehre der preußischen Monarchie zu ihrer Grundlage. Aber überdies: Graf Henckel brachte jenen Briefwechsel mit Paulucci mit, in welchem sich Kaiser Alexander für die

1) Wir verdanken diese Mittheilung unserem Kaiser. Vgl. Pertz, Gneisenau III. S. 551. — Uebrigens sind die einzelnen Daten nicht leicht zu vereinigen. Selbst in den Erinnerungen aus meinem Leben von Henckel von Donnersmark finden sich in dieser Beziehung offenbare Irrthümer.

Wiederherstellung Preußens zu seinem alten Rang unter den Staaten Europas anheischig machte: diese Erklärung hatte Diebitsch, wie oben erwähnt, in dem entscheidenden Moment erneuert.

Was nun aber auch in der Brust des Königs vorgehen mochte, zunächst gerieth man durch die Handlung Yorks in die schwerste Verlegenheit. Der französische Gesandte forderte schleunige und unzweideutige Erklärungen, um den unberechenbaren Folgen dieses Ereignisses vorzubeugen. Hardenberg ward dazu unverzüglich in den Stand gesetzt, dem Gesandten eine solche zu geben; sie lautete dahin, daß der König die Capitulation Yorks verwerfe und General Kleist an seine Stelle gesetzt werden solle; Oberst-Lieutenant Natzmer sollte an den König von Neapel abgehen, um denselben von diesem Beschlusse zu verständigen; das Contingent sollte auch fortan unter dessen Befehlen bleiben.

Konnte und durfte nun aber dies wirklich das letzte Wort Friedrich Wilhelms III. in dieser Sache sein? Aus einem zu der Instruktion Knesebecks gemachten Zusatze erkennt man, wie sehr sich die Gesichtspunkte sogleich veränderten. In derselben wird schon die Möglichkeit ins Auge gefaßt, daß die Russen die Weichsel überschreiten und bis an die Oder vorrücken möchten; in einem solchen Falle erklärte sich der König geneigt, mit den Russen gemeinschaftliche Sache zu machen und mit ihnen verbündet die Franzosen bis zur Oder zurückzudrängen [1]).

Der einfache König war in eine doppelsinnige Stellung gedrängt: indem er den Frieden mit den Franzosen aufrecht zu erhalten suchte, nahm er doch auf den Fall Bedacht, daß er sich mit den alten Verbündeten der Uebermacht derselben entgegensetzen könne. Die erwähnte Sendung Natzmers, der dem französischen Obergeneral die Absetzung Yorks ankündigen sollte, hatte zugleich noch einen andern eher entgegengesetzten Zweck. In Gegenwart des Staatskanzlers wurde Natzmer von dem König mündlich beauftragt, im tiefsten Geheimniß und unerkannt — er sollte zu

1) Duncker, Aus der Zeit Friedrichs des Großen und Friedrich Wilhelms III. S. 467.

diesem Zweck seine Uniform ablegen — das Hauptquartier des Kaisers von Rußland aufzusuchen, um ihm Eröffnungen des intimsten Vertrauens zu machen; er sollte mit demselben nicht grade eine Allianz verabreden, aber doch eine solche in Aussicht stellen, sobald die Russen bis an die Oder vorgedrungen seien, und der König selbst Berlin verlassen habe; besonders sollte er ihn aufmerksam machen: Oesterreich werde nie zugeben, daß der Kaiser Polen einem Großfürsten übertrage oder es auf irgend eine Weise Rußland einverleibe. „Preußen und Polen als ein selbständiges Königreich könnten nicht neben einander existiren; eines müßte über kurz oder lang unterliegen".

Nachdem Natzmer seinen Auftrag bei dem König von Neapel ausgerichtet hatte, ist er am 13. Januar 1813 wirklich in das Hauptquartier Alexanders zu Bobersk in Russisch-Litthauen gelangt. Der Kaiser gab seine Freude darüber zu erkennen, daß er wieder einmal direkt von dem Könige etwas vernehme; er fragte, ob es dem König Ernst mit den gegen York angekündigten Maßregeln sei. Natzmer verneinte das kurzweg; aber der König könne die Kapitulation nicht gutheißen, bevor er nicht in Schlesien sei, wohin er wieder nicht gehen könne, ehe die Russen nicht an die Oder vorgedrungen wären. Der Kaiser versprach, seine Truppen über die Weichsel gehen zu lassen und ein Corps gegen die Oder vorzuschieben; er fügte hinzu, daß er über die Polen zu gebende Gestalt noch nichts beschlossen habe; auf keinen Fall werde er ohne Uebereinstimmung mit Oesterreich und Preußen zu Werke gehen [1]).

Indem dergestalt mitten im Sturme die Fäden einer neuen Coalition angeknüpft, oder doch ihre Keime gelegt wurden: was that Napoleon? Als er nach Paris zurückgekehrt war, beschäftigte

1) Ueber diese Mission hat Natzmer zwei Aufzeichnungen hinterlassen: die eine allbekannte, im Jahre 1851 abgefaßte, die andere frühere, die erst in dem Buche „Aus dem Leben des Generals Oldwig von Natzmer", Berlin 1876, bekannt geworden ist. Eben diese, in der man gewissermaßen den offiziellen Rapport aus jenen Tagen sehen kann, habe ich hier ausschließlich zu Grunde gelegt.

ihn zuerst eine innere Angelegenheit. Die berührte, an sich unbedeutende oppositionelle Manifestation hatte doch auf ihn den Eindruck gemacht, daß das Kaiserreich, um sich erhalten zu können, einer neuen Anerkennung der Erblichkeit bedürfe. In Paris war man geneigt, darauf einzugehen: man erinnerte sich der in den europäischen Reichen oftmals vorgekommenen Krönungen junger Prinzen. Der vorwaltende Gesichtspunkt war die Behauptung des französischen Imperiums unter der napoleonischen Dynastie; seinen Unglücksfällen und den vereinten Kräften von England, Rußland, Schweden, Spanien zum Trotz glaubte Napoleon sich behaupten zu können, so lange er Oesterreich und Preußen auf seiner Seite habe: denn Rußland, meinte er, sei erschöpft und habe keine Armee, die man zu fürchten brauche; er scheint noch immer geglaubt zu haben, daß Rußland selbst ohne England Frieden mit ihm schließen könne.

Kein Zweifel, daß die Kapitulation Yorks vielen Eindruck auf ihn gemacht hat, hauptsächlich wegen der Folgen, die sie haben konnte; für den Augenblick aber bot sie ihm sogar einen Vortheil dar, den er sogleich ergriff. In einem solennen Rath, den er um sich versammelte, gab er der Meinung der Mehrheit nach, daß die Intervention Oesterreichs angenommen werden solle. Allein dabei war die Voraussetzung, daß man doch den Krieg mit aller Macht führen müsse. Napoleon wollte mit 500,000 Mann im Felde erscheinen, wozu er nicht allein die Conscription von 1813 brauchte, sondern auch die folgende von 1814 einziehen mußte; überdieß auch einen Theil der Nationalgarde, der durch Senatusconsult bestimmt werden sollte, außerhalb der französischen Grenze zu dienen. Eine so außerordentliche Kriegsrüstung mußte durch einleuchtende Gründe motivirt werden; dazu aber gab ihm das Ereigniß von Tauroggen einen erwünschten Anlaß; indem er es vernahm, beschloß er, der französischen Nation, die an sich den Frieden lieber gesehen hätte, eine Communication darüber zu machen. Er brachte dabei den Abfall des General York, zugleich die populären Bewegungen in Deutschland, die er englischen Ein-

wirkungen zuschrieb, zur Sprache. Die Tendenzen des Widerstandes, die er wahrnahm, bezeichnete er als Ideologie, die sich allenthalben, selbst unter der Begünstigung der Fürsten, rege und auch in Frankreich die revolutionären Leidenschaften wieder zu erwecken drohe. In einem Erlaß an die Rheinbundfürsten hob er die Gefahr eines neuen Krieges in Deutschland hervor, drückte sich jedoch über den König von Preußen auch in Bezug auf dessen eigene Angelegenheiten anerkennend und gemäßigt aus.

In der Mitte dieser Vorbereitungen traf nun Krusemarck in Paris ein. Das den Absichten Napoleons entsprechende Senatus-Consult ist vom 10. Januar 1813, Krusemarck las es am 12. im Moniteur. In seiner ersten Audienz am 17. begann er mit der Bemerkung: die Maßregeln, die Napoleon treffe, seien außer allem Verhältniß zu der Kapitulation Yorks. Der Kaiser sagte: sie werde den Russen Muth machen; denn sie gebe ihnen die Hoffnung zu noch anderen Abtrünnigkeiten. Krusemarck verhehlte nicht, daß ein großer Theil der Nation die Allianz mit Frankreich verurtheile; der König wolle an derselben festhalten; aber das Vordringen der Russen lege ihm Pflichten auf; über das, wozu ihn der Traktat verbinde, dürfe er nicht hinausgehen. Napoleon betheuerte seine Liebe zum Frieden und berührte zugleich dessen vornehmste Schwierigkeiten. „Ob das Herzogthum Warschau," sagte er, „in seinem Bestand erhalten, oder ob es zu Oesterreich oder zu Preußen geschlagen wird, kann mir gleichgültig sein; aber zu Rußland? nein, niemals. Wenn man in Rußland vernünftig ist, so wird man Frieden schließen; ich glaube, Kaiser Alexander wünscht ebenfalls den Frieden; aber nach dem Abfall von York, und seitdem ich erfahren habe, daß er Stein — Sie kennen ihn — und Rostopschin den ganzen Tag um sich hat, glaube ich, daß er deren unheilvolle Rathschläge befolgt. Vor dem Kriege hat er sich zu viel vor mir gefürchtet; jetzt fürchtet er mich zu wenig". Er fügte hinzu: das Geheimniß der harten Bedingungen, die er zu Tilsit habe festsetzen müssen, könne er auch jetzt noch nicht enthüllen, aber er widerrufe dieselben.

So weit also war er gebracht, die unerträgliche Lage aufheben zu wollen, in die Preußen durch den Frieden von Tilsit gerathen war; doch hielt er die Absicht fest, den Krieg mit England fortzusetzen, selbst durch die Entwickelung der französischen Seemacht, die eben im besten Fortgang begriffen sei. Die Russen glaubte er bestehen zu können: denn es fehle ihnen an guten Generalen; wenn Oesterreich und Preußen sich zu Rußland schlage, so wolle er sich über den Rhein zurückziehen, in der Ueberzeugung jedoch, daß er bald wieder auf das rechte Ufer zurückkommen werde: denn die Franzosen würden ihm unbedingt folgen; werde es nöthig, so werde er Alles bewaffnen, selbst die Frauen [1]). Aber noch meinte er, daß Oesterreich und Preußen auf seiner Seite bleiben werden: Oesterreich habe von Rußland, das an der ganzen Grenzlinie die Gemüther aufrege, mehr zu fürchten, als von Frankreich; und wenn Preußen an ihm festhalte, so werde es wieder zu einer politischen Existenz gelangen; er werde es lieber sehen, daß der König von Preußen in Deutschland herrsche, als ein französischer Prinz, dessen er herzlich müde sei, der nur Weiterungen veranlasse und Verkehrtheiten begehe; er wünsche an Preußen einen Alliirten zu haben.

Ein unversöhnlicher Zwiespalt zwischen der preußischen und der französischen Politik bestand also in Folge des Abfalls von York mit nichten. Dem Grafen Hatzfeld, der ebenfalls nach Paris geschickt wurde, sagte Napoleon: er begreife, daß der König die Sottisen seiner Generale nicht hindern könne; das sei auch ihm bei den Seinen nicht möglich; Schade, daß Grawert habe abberufen werden müssen; York stehe unter dem Einfluß der geheimen Gesellschaften. Die Ankunft Hatzfelds sah er sehr gern, weil darin ein Zeichen des guten Vernehmens zwischen Frankreich und Preußen liege; nur dürfe Preußen keinen Gesandten in Schweden halten, so wenig wie Oesterreich. Auch könne er keinen besonderen Vertrag zwischen Rußland und Preußen, etwa

1) S'il est nécessaire, j'armerai jusqu' aux femmes.

zur Neutralität Schlesiens gestatten; darin würde ein Aufgeben der gemeinschaftlichen Sache liegen; Preußen würde sich dadurch zu Grunde richten. Hatzfeld brachte, wie schon Krusemarck, die Vorschüsse, die Preußen in dem letzten Kriege geleistet, in Erinnerung, aber ohne allen Erfolg, da bei dem dermaligen Zustand von Zahlungen an eine fremde Macht nicht die Rede sein könne. Wenn Hatzfeld bemerkte, daß die Gährung in Deutschland zu einer allgemeinen Revolution führen und dadurch selbst auf Frankreich zurückwirken könne, so erwiderte Napoleon, ohne daran zu denken, daß er mit sich selbst in Widerspruch gerieth: er kenne die allgemeine Gährung in Deutschland recht wohl, aber in Frankreich habe er nichts zu besorgen: denn die Opposition in Frankreich beschränke sich nur auf Phrasen; bald verlange man, er solle China erobern, bald wolle man, er solle sich über den Rhein zurückziehen; zuletzt werde man thun, was er wolle. Er trug sich mit der Hoffnung, in kurzer Frist wieder in der Mark Brandenburg zu erscheinen; schon hatte er seine nahe Ankunft in Berlin angekündigt und Spandau, welches Berlin beherrsche, gut in Stand zu setzen befohlen; er meinte, daß ihn Preußen zu seiner Linken, Sachsen zu seiner Rechten bei einer zweiten Campagne gegen Rußland unterstützen sollten. Mitte August wollte er wieder über den Niemen gehen und das Kriegsglück aufs Neue versuchen.

Wie sehr täuschte sich Napoleon in seinen Erwartungen; er schien nicht zu bemerken, daß seine politisch-militärischen Combinationen mit Kräften zusammenstießen, in deren Natur es lag, sich von ihm loszureißen oder sich ihm zu widersetzen. Gegen diese tiefen, selbst unwillkürlichen Impulse konnten die Verbindlichkeiten der Verträge nicht Stand halten, welche er aufgezwungen und dann nur sehr unvollkommen beobachtet hatte; von ihm selbst glaubte man, er halte sich der allgemeinen Gährung gegenüber nicht für daran gebunden.

Wenden wir unsere Augen nach Preußen zurück, so ent-

sprangen daselbst eben aus der zweifelhaften Lage die widrigsten, einen nahen Umschlag verkündenden Besorgnisse.

Ob es wirklich in der französischen Absicht gelegen hat, sich des Königs von Preußen auf alle Fälle persönlich zu versichern, wollen wir nicht entscheiden; aber die Umstände ließen es befürchten. Schon lange war der Beschluß gefaßt, daß sich der König in das von französischer Seite für neutral erklärte Schlesien und zwar am besten nach Breslau begeben solle. Bei den letzten Berathungen hatte Knesebeck auf eine unverzügliche Ausführung dieses Gedankens gedrungen; er bemerkte, daß dem König sonst von dem heranrückenden Corps Greniers Gefahr drohe; doch hatte Hardenberg die Sache für noch nicht so dringend gehalten. Nun erschienen Greniers Truppen am 15. Januar bereits in Berlin; man bemerkte, daß Augereau und St. Marsan zusammenkamen, und fing an für die Sicherheit des Königs zu fürchten. Am 17. sollten die Truppen Greniers einen Versuch gemacht haben, in Potsdam Quartier zu nehmen, obgleich dieser Stadt, wo der König residirte, ausdrücklich zugesichert war, daß sie keine Franzosen aufzunehmen habe. Auch noch andere Anzeichen einer nahe bevorstehenden Gefahr wollte man wahrgenommen haben. An demselben 17. sah man an den Wagen des Staatskanzler Hardenberg ein Sechsgespann anschirren; er eilte so rasch wie möglich nach Potsdam, um mit dem König zu sprechen. Auch er hielt jetzt die unverzügliche Abreise desselben nach Breslau für nothwendig [1]). Eine große Besorgniß muß doch auch Friedrich Wilhelm ergriffen haben: noch an dem Abend rückten unter dem Vorwande eines militärischen Schauspiels für den Herzog von Coburg die Truppen der Potsdamer Garnison aus; sie waren mit scharfen Patronen versehen. In Berlin, wo das Leibregiment abzurücken Befehl erhielt, kam eine lebhafte Aufregung zu Tage. Unter den anwesenden Landesrepräsentanten wurde die Motion eingebracht, den König aufzufordern, für seine

1) Auf spätere Anfragen der Vertrauten, ob eine wirkliche Gefahr vorhanden gewesen sei, hat er dies als unzweifelhaft versichert. Hippel, Beiträge zur Charakteristik Friedrich Wilhelms III. S. 63.

Sicherheit Sorge zu tragen. Von der Population erwartete man, daß sie bei dem ersten Versuch einer Gewaltsamkeit sich in Masse für den König erheben werde; man dachte sie durch das Geläute der Glocken von den Kirchthürmen her aufzurufen. Friedrich Wilhelm III. hatte durch das Unglück, das ihm widerfahren, und seine würdige Haltung inmitten desselben die allgemeine Verehrung gewonnen, in höherem Grade, als er sie vor Jena besessen hatte. Die Idee der übrigens verlorenen Selbständigkeit stellte sich noch allein in der Sicherheit seiner Person dar; eine Verletzung derselben würde leicht zu einer allgemeinen Explosion des Nationalgefühls geführt haben. Die Franzosen hielten an sich, wie denn Augereau und Grenier unter einander keineswegs einverstanden waren; auf eine tumultuarische Nacht folgte ein ruhiger Morgen.

In Potsdam war der Beschluß der Abreise gefaßt worden, doch ging derselben noch die Einsegnung des Kronprinzen, der in seinem 18. Jahre stand, voran. Ewig denkwürdig sind die Worte, mit denen der Kronprinz die Toga virilis nahm; er drückte seine und die allgemeine Zuversicht aus, wenn er die Worte aussprach: „Ich glaube an den, der zum Uebermuth spricht: bis hieher und nicht weiter." Am 19. kam Natzmer zurück, der dem König auch von Seiten Alexanders die Bitte vortrug, für seine Sicherheit zu sorgen. Bei Allem, was in dem russischen Hauptquartier besprochen worden, war die Abreise Friedrich Wilhelms vorausgesetzt. Am 22. trat der König seine Reise von Potsdam nach Breslau an; auch Hardenberg begab sich dahin und forderte die Diplomaten auf, dem Hofe zu folgen. In Berlin wurde eine Regierungscommission eingesetzt, ungefähr ebenso wie das im Jahre 1806 bei der Abreise des Königs zur Armee geschehen war, zur Erledigung der laufenden Angelegenheiten. Die Leitung der großen politischen Geschäfte behielt Hardenberg in seiner Hand. Ehe er abreiste, sah er einen hannoverschen Staatsmann, Ompteda, der bisher bei den geheimen Verhandlungen mit den übrigen Höfen gute Dienste geleistet hatte. Der Staatskanzler beklagte sich, daß Knesebeck ihm von Oesterreich nur schöne Worte melde, keine Aktion;

wenn nur Oesterreich sich nicht unbedingt auf die Seite von Frankreich stelle, so glaube er, der König werde sich dazu entschließen, die Allianz mit Frankreich abzubrechen; der König werde ein anderer Mann in Schlesien sein, als in der Mark. Auch für Hardenberg, der aufs Neue in Oesterreich drang, sich zu erklären, war das Motiv: die Befreiung Deutschlands von Napoleon einzuleiten, aber darum nicht die Suprematie von Rußland zu veranlassen. Um aber nach der einen und der anderen Seite hin Bedeutung zu haben, mußte man sich rüsten, und vor allen Dingen mächtig erscheinen; zunächst in diesem Sinne ist die Errichtung der freiwilligen Jäger ins Leben gerufen worden. Im Aufruf heißt es: die gefahrvolle Lage des Staates mache eine Vermehrung seiner Streitkräfte nöthig. Zu welchem Zwecke diese verwendet werden sollten, darüber wurde noch nichts ausgesprochen. Einen Einblick in die Ansichten und Entwürfe, die der damalige Moment in der unmittelbaren Umgebung des Königs hervorrief, gewährt uns abermals eine Denkschrift Ancillons; sie ist vom 4. Februar.

Sie beruht darauf, daß man nach Allem, was man erfahre, von Oesterreich nichts erwarten dürfe; es habe sich nicht zu der Höhe seiner Mission erhoben. Mit Oesterreich zu gehen, wurde für Preußen doppelt unmöglich, da indessen die Russen die preußische Grenze überschritten und ihr Vordringen den Haß der Nation gegen die Franzosen allenthalben wach gerufen hatte. Darin lag eine zwiefache Gefahr: die Russen, unter denen viele die Weichsel zur Grenze ihres Reiches wünschten, konnten zu Reunionen schreiten; man mußte sie bei den Rücksichten festhalten, die sie jetzt noch beobachteten; oder es konnte auch die nationale Bewegung, wenn sie zurückgehalten wurde, in spontanen Kundgebungen hervorbrechen. Ancillon deutet selbst die Besorgniß an, daß Stein, der sich bereits nach Königsberg begeben hatte, und York, mißvergnügt über die Zurechtweisungen, die er erfahren habe, die Hand dazu bieten würden; er knüpfte die Bemerkung daran,

daß dadurch die Sicherheit und Autorität des Thrones gefährdet werden könne.

Sein Sinn war noch nicht auf eine unmittelbare Theilnahme an dem russischen Kriege gerichtet. Ein höchst umsichtiger Diplomat der alten Schule, wie er war, und immer erfüllt mit den Ideen des europäischen Gleichgewichts, faßte er jetzt die Möglichkeit ins Auge, in Gemeinschaft mit Rußland einen Vertrag mit Frankreich abzuschließen. Er giebt als Bedingung eines solchen an: für Rußland die Aufhebung des Continentalsystemes und Vergrößerung in Polen; Warschau meinte Ancillon für Preußen vorzubehalten; er bildete sich sogar ein, daß der König aus dem Großherzogthum geübtes Kriegsvolk in seinen Dienst ziehen könne. Diesen Besitz vorbehalten, nahm er für Preußen nach Westen hin nur eine geringfügige Vergrößerung in Anspruch, hauptsächlich die Wiedererwerbung von Magdeburg: denn, da Oesterreich seine Theilnahme versage, so könne man gegen die Rheinbundfürsten nicht sofort feindlich verfahren; und würde man, mit Rußland einseitig verbunden, einen Angriff unternehmen, so würde man das Selbstgefühl der französischen Nation aufwecken.

Ein durchdachtes und wohlgemeintes Gutachten, das aber doch zu vorsichtig ist und zu viel Mißtrauen nach allen Seiten hin an den Tag legt, als daß es den Umständen entsprochen hätte.

Noch gegen Ende Dezember war Hardenberg mit Ancillon Hand in Hand gegangen, jetzt aber, Anfang Februar, trennte er sich von demselben. Er bemerkte an dem Rand des Gutachtens: ein Angriff auf die Rheinbundesstaaten würde die Franzosen nicht allarmiren, wenn man ihnen sage, daß man nicht vorhabe, Frankreich selbst anzugreifen[1]); an einen haltbaren Frieden lasse sich nicht denken, so lange noch ein Fürst aus dem Hause Bonaparte in Deutschland regiere, und die französische Präponderanz nicht vernichtet sei.

Darin waren die beiden Staatsmänner einverstanden, daß

1) S'ils déclarent que ce n'est pas à eux qu'ils en veulent.

man von Oesterreich absehen und sich mit Rußland verständigen müsse. Wenn Ancillon dabei zunächst den Frieden, selbst mit Erhaltung des Rheinbundes, im Auge behielt, so nahm Hardenberg dagegen die Zerstörung desselben und eine Vereinbarung mit Rußland für den Krieg in Aussicht. Eine Abweichung von der größten Tragweite; sie liegt hauptsächlich darin, daß Ancillon die Folgen der Capitulation Yorks fürchtete, Hardenberg aber dieselben in ihrem vollen Umfang annahm; er durfte von seiner Ansicht noch nichts ahnen lassen, er war geheimnißvoller als je; man bemerkte, daß er, selbst wenn er großes Vertrauen zu beweisen schien, doch immer nur halbe Confidenzen machte. Es ist wohl vorgekommen, daß, indem er mit einem Beamten, der den Krieg wünschte, darüber sprach, auf der andren Seite ein Mann eintrat, der, wie der Staatskanzler bemerkte, um Gotteswillen nichts davon hören dürfe. Genug, daß er selber die entschiedene Meinung gefaßt hatte, mit Rußland gemeinschaftliche Sache zu machen.

Zweiundzwanzigstes Capitel.

Allianz mit Rußland. Ereignisse von Königsberg.

Als die Russen den Niemen überschritten, ließen sich ihre wahren Absichten nicht ermessen. In dem Vertrag von Abo war die Besitznahme Preußens bis an die Weichsel als Bedingung aufgestellt und von dem Kronprinzen von Schweden gleichsam als Gegengabe gegen Norwegen bewilligt. Darüber ist kein Zweifel, daß in der russischen Armee dieser Gedanke noch vorwaltete. Alle die, welche in dem letzten Kriege das russische Interesse allein ins Auge gefaßt hatten, hielten darüber. Der Marchese Paulucci, der schon am 27. December Memel besetzte, hat sogleich die preußischen Behörden in dieser Stadt von der Pflicht gegen ihren König losgesprochen und sie angewiesen, fortan nur noch von Petersburg Befehle anzunehmen. Seine Absicht dabei war keineswegs harmlos; er schrieb dem Kaiser Alexander, sein Wunsch gehe eigentlich auf Erwerbung der Weichselgrenze; da dem aber mancherlei entgegenstehe, so halte er wenigstens für nothwendig, aus Memel, dessen commerzielle und militärische Bedeutung er sehr hoch anschlägt, ein Bollwerk für die russische Grenze zu machen. In dem russischen Hauptquartier dachte man daran, Graudenz zu besetzen, sowie man sich schmeichelte, Danzig den Franzosen zu entreißen. Man weiß, daß ähnliche Absichten bereits die Politik der Kaiserin Elisabeth beherrscht hatten.

Wenn man nun fragt, ob die Absichten Alexanders in der That dahin gehen konnten; so ist die Antwort: es war sehr möglich, wenn Preußen fortfuhr, sich ihm zu widersetzen; er hat in

seinem Gespräch mit Boyen eine ähnliche Drohung verlauten lassen. Aber gewiß: in seiner Seele zog er es doch bei Weitem vor, mit Preußen Bündniß und Freundschaft zu schließen, für welchen Fall er die Herstellung der Monarchie in ihre frühere Macht ausdrücklich versprach; sein tieferer Wunsch war immer, die alten Allianzen wieder zu erneuern und dadurch zur Fortsetzung des Kampfes gegen Napoleon im universalen Sinne fähig zu werden. In seinem Hauptquartier hörte er die Rathschläge Steins.

Wir gedenken hier wieder des titanischen Stein, der damals eine seiner würdige welthistorische Stellung bei Alexander einnahm. Dem Kaiser von Rußland gereicht es zur Ehre, daß er unter den zerstreuenden, wohl auch faden Ablenkungen des Hoflebens dieser Stimme Gehör gab. Stein konnte die allgemeinen Verhältnisse um so tiefer und stärker in seiner Seele erwägen, da er in einem sehr freien Dienstverhältnisse zu Alexander stand.

Bereits in einer Denkschrift[1]) vom 17. November 1812 hat Stein den Kaiser aufmerksam gemacht, daß der Krieg gegen Napoleon fortan auf eine andere Weise geführt werden müsse, als bisher: mit geordneten Heerschaaren, Menschlichkeit und steter Rücksicht auf den Geist der Völkerschaften, die man berühre; man bedürfe freisinniger Begriffe bei den Generalen und der Mannszucht bei den Soldaten. Unumwunden schlägt er Wittgenstein, der kriegerisches Talent mit kühnem unternehmendem Charakter und zugleich mit Wohlwollen verbinde, zum Oberbefehlshaber vor. Nicht so geradehin, aber nicht minder nachdrücklich, verlangt er die Entfernung Romanzoffs aus den auswärtigen Geschäften; wie es denn auch anderweit bekannt ist, daß der Name Romanzoffs ein allgemeines Mißtrauen erweckte. Steins Hauptaugenmerk ist auf die Verhältnisse Deutschlands gerichtet. Er setzt mit Bestimmtheit voraus, daß Oesterreich und Preußen sich an Rußland anschließen werde; von den übrigen durch das Gefühl ihrer Schwäche und des Druckes herabgewürdigten deutschen

1) Mitgetheilt in Pertz Leben Steins III, 212.

Fürsten lasse sich das nicht erwarten; man möge die Einwohner schonen, die Regierungen aber überwachen, leiten und in gewissen Fällen sich ihrer entledigen. Man würde seiner Zeit über das allgemeine Loos Deutschlands nach dem wahren Vortheil des Volkes und Europas Bestimmung treffen; zu dieser Handlungsweise sei man berechtigt durch den Kriegszustand, in den sich der Rheinbund gesetzt habe, und durch das Eroberungsrecht, welches bei günstigem Erfolge unmittelbar daraus hervorgehe. Damals erwartete Stein eigentlich mehr von Metternich als von Hardenberg, den er als in Sinnlichkeit und Schwäche versunken und durch Alter gedrückt bezeichnet.

Er tritt mit denselben Absichten hervor, die er bei seinem Ministerium in Preußen genährt hatte, die sich aber jetzt noch umfassender entfalten. Stein ist der erste und großartigste Repräsentant der deutschen Idee; unaufhörlich schwebte ihm Deutschland als ein Gemeinwesen vor Augen, dessen Einheit auf welche Weise auch immer herzustellen sei.

Unfern der preußischen Grenzen, im Hauptquartier zu Suwalky, traf Stein wieder mit Kaiser Alexander zusammen. Selbst das hat eine gewisse Größe, daß er die deutschen Ideen zuerst an einem fremden Hof, auf den aber Alles ankam, zur Geltung brachte. Der russische Kaiser entschloß sich, die von Paulucci getroffenen Maßregeln zu widerrufen. Stein selbst erhielt von Alexander den Auftrag, die Verwaltung des von seinen Truppen besetzten Landes in die Hand zu nehmen. In einem Schreiben, das der Kaiser an den König richtete, sagt er: in Folge des gewissenhaften Verfahrens, das er sich vorgezeichnet, habe er nicht einen höheren russischen Beamten, sondern einen der getreusten Unterthanen des Königs, den Baron Stein, mit seiner Vollmacht versehen.

Aber eine russisch gedachte, in dieser Beziehung sehr ausgesprochene und weitreichende Vollmacht war es doch, die Stein von Alexander erhielt. Auf den Grund, daß Ost- und Westpreußen in Folge der Okkupation fremder Truppen mit ihrer Regie-

rung nicht mehr in Zusammenhang seien, wird Stein beauftragt, die Kräfte dieser Provinzen für die gute Sache nutzbar zu machen; er soll sich nach Königsberg begeben und die finanziellen wie militärischen Hülfsquellen des Landes zur Förderung des Krieges gegen Frankreich in Bewegung setzen; er wird ermächtigt, die Beamten, die ihm geeignet scheinen, zu benutzen, unfähige und übelwollende zu entfernen, die Verdächtigen zu verhaften. Die Hauptsache ist, daß er die Bewaffnung der Miliz und der Bevölkerung nach den von dem König im Jahre 1808 aufgestellten Grundsätzen ins Werk richten soll. Indem aber an die alten königlichen Befehle angeknüpft wird, ist doch von der Einwilligung des Königs in die Maßregeln, die man so eben in seinen Gebieten durchzuführen gedachte, nicht die Rede. Kein Zweifel, daß dabei die Voraussetzung eines mit dem König zu treffenden Verständnisses obwaltete; wie denn die Mission Steins selbst auf den Zeitpunkt beschränkt wird, bis zu welchem die Verhältnisse Rußlands zu dem König in Ordnung gebracht seien. Noch lag das jedoch in der Ferne.

Man kann sich nicht wundern, daß die preußischen Behörden Anstoß an einer Vollmacht nahmen, die von einer fremden Autorität ausging, und durch welche ihre eigne Existenz bedroht wurde. Sie wollten an dem Kampfe gegen Napoleon Theil nehmen, aber lediglich unter preußischer Fahne: es war nicht ohne Grund, wenn Schön sagte: „Wir wollen Preußen bleiben“. Stein begann seine Thätigkeit mit einigen Anordnungen, die zugleich der veränderten Lage der Dinge und den allgemeinen Wünschen entsprachen. Es erschien als ein Akt der Befreiung, daß er die Kontinentalsperre für abgeschafft erklärte: dabei zuerst triumphirte das russische System in Preußen; der preußische Handelsstand verpflichtete sich dagegen zu Leistungen für das York'sche Corps. Bei weitem mehr aber forderte Stein: sein Sinn war auf eine allgemeine Landesbewaffnung gerichtet. Eine solche aber ließ sich nur unter der Theilnahme der Landstände bewerkstelligen. Die Verfassung war damals, daß ein permanentes ständisches Comité

aus einigen Abgeordneten der Edelleute, der Köllmer und der Städte zusammengesetzt in Königsberg bestand, welches Gutachten und Anträge an die Landesbehörden zu richten das Recht hatte. Anordnungen, wie sie Stein beabsichtigte, hätte es jedoch nicht beschließen können; dazu gehörte ein Generallandtag, der nur nach vorausgegangener Genehmigung des Königs berufen werden konnte. Die Schwierigkeit lag nun darin, daß der König unter den damaligen Umständen nicht wohl erreicht, noch befragt werden konnte, und daß doch auch keine Zögerung stattfinden durfte. Auch hier trat der Fall ein, daß eine selbständige Aktion nothwendig wurde, an welcher der König keinen Antheil nahm. Der Landhofmeister Auerswald genehmigte Anfangs den Antrag Steins, einen Generallandtag zu berufen. Die Wahlen wurden ausgeschrieben, die Instruktionen, namentlich die, durch welche die Deputirten an keine Vollmacht ihrer Landschaft gebunden sein, sondern nach freiem Ermessen Beschluß fassen sollten, gedruckt und bekannt gemacht. Aber in diesem Augenblick regte sich doch auch wieder das Gefühl, daß man damit in die königliche Prärogative eingreife. Die Instruktion wurde zurückgezogen und das Ausschreiben dahin geändert, daß nicht ein eigentlicher Landtag, sondern nur eine Convokation von Deputirten an dem bestimmten Tage (5. Februar) stattfinden solle. Der Unterschied war in Bezug auf die Sache nicht eben groß: denn Beschlüsse der Deputirten mußten nicht viel weniger Kraft haben, als Beschlüsse eines formellen Landtags. Für die Idee des Staates aber war er von Bedeutung; man verletzte die königliche Autorität nicht, die denselben zusammen hielt.

Dann aber entstanden neue Verlegenheiten darüber, wie der Landtag eingeleitet werden sollte; eine Ansprache Steins wäre gewiß sehr wirksam gewesen, aber sie war insofern nicht am Platze, da Stein doch nur als russischer Commissarius fungirte. Die Vollmacht hätte ihn vielleicht dazu ermächtigt; allein seiner eigenen Gesinnung hätte es doch nicht entsprochen, sie gegen die alten Freunde und Collegen, die er in Königsberg fand, in Anwendung

zu bringen. Er wünschte, daß General York, der noch als militärischer Gouverneur der Provinz fungirte, — denn die Befehle des Königs, durch welche seine Entfernung vom Commando ausgesprochen wurde, waren ihm nie in amtlicher Form mitgetheilt worden — die Initiative ergriffe. Dieser trug aber doch auch seinerseits Bedenken, die Einleitung zu übernehmen. Stein hielt dafür, durch die Kapitulation von Tauroggen sei er gleichsam verpflichtet, einen zweiten Schritt auf demselben Wege zu thun. Aber York wollte seine schon ohnehin zweifelhafte Stellung nicht noch schwieriger machen; er sprach den Wunsch aus, daß der Landtag sich an ihn wenden möge: denn darin werde eine Anerkennung seiner Kapitulation durch das Land liegen, ohne welche auch der König nicht an ihm festhalten könne. Da nun auch der Landhofmeister seine persönliche Theilnahme versagte, aber dem Direktor des ständischen Comites Auftrag gab, so fand man den Ausweg, daß Stein durch ein höchst unverfängliches Schreiben an diesen selbst die Aufforderung gelangen ließ, dem Landtag die Nothwendigkeit der Bewaffnung vorzutragen. So geschah es nun. Die persönlichen Begegnungen zwischen Stein, York, Auerswald, Schön waren keineswegs durchaus freundschaftlicher Natur; die verschiedenen Persönlichkeiten stießen hart auf einander. Aber sehr ernstlich konnte doch der Zwiespalt nicht sein, da man an dem innern Verständniß des Königs mit dem Kaiser von Rußland nicht zweifelte. Hardenberg hat davon in einem Schreiben unter verstelltem Namen und Umständen Nachricht an Stein gelangen lassen [1]). Nach der Rückkehr Natzmers erwartete der König nur eine sichere Gelegenheit, um die Allianz mit Rußland zu schließen.

Am 5. Februar erfolgte die Eröffnung des Landtages; dieser wendete sich nun selbst an York, um seinen Rath bei der Bewaffnung einzuholen [2]). Inmitten der an ihn gesendeten Deputation

1) Duncker, Aus der Zeit Friedrichs des Großen und Friedrich Wilhelms III. S. 487.

2) Droysen, York, II, 96.

erschien York und eröffnete als Generalgouverneur Preußens und treuester Unterthan des Königs die Versammlung[1]). Es ist bezeichnend, daß gerade in diesem bedenklichen Falle die Unterthanenpflicht so stark wie möglich betont wurde. Da die Verbindung mit dem König gehemmt sei, so könne er als Generalgouverneur nur nach den Umständen handeln; in voller Treue und Ergebenheit übernehme er die Verantwortlichkeit für jeden seiner Schritte. Seine Worte verriethen Loyalität, Muth und Herz für die große Sache, die es galt, und erweckten allgemeinen Enthusiasmus. Auf Yorks Antrag wurde ein Ausschuß gewählt, dem er nun selbst die längst vorbereiteten Pläne zur allgemeinen Bewaffnung vortrug. Er beantragte die Bildung einer Reserve für das stehende Heer von 13,000 Mann, die Errichtung einer Landwehr von 20,000 Mann, Volksbewaffnung in Form eines Landsturmes. Die Beschlüsse wurden gefaßt mit Vorbehalt der Genehmigung des Königs, was jedoch nicht verhindern konnte, bei der Dringlichkeit der Umstände sofort zu ihrer Ausführung zu schreiten. Der Entwurf zur Landwehr stammt von Clausewitz, der, noch russischer Offizier, eben nach Königsberg gekommen war; er war der Vertraute Scharnhorst's und dessen bester Schüler. In seinem Entwurfe erkennt man die alten, eine Zeit lang bei Seite gelegten Ideen Scharnhorst's wieder. Die preußischen Stände haben ihm einige Modifikationen hinzugefügt, die nicht eben alle im Sinne Scharnhorst's waren. Er mißbilligte die Annahme einer möglichen Stellvertretung, welche dem ergriffenen Princip allgemeiner freiwilliger Anstrengung widerspreche; und fand die Bestimmung, daß die Landwehr auch außerhalb ihrer Provinz dienen sollte, viel zu zweifelhaft ausgedrückt. Wie dem auch war: die neuen Einrichtungen waren ein unvergängliches Denkmal der Spontaneität der Provinz und zugleich ihrer Hingebung für den Staat.

Einen begründeten Vorwurf gegen die preußische Loyalität konnten doch auch die Franzosen dieser Vorgänge wegen nicht

1) Vergl. hierüber Lehmann, Knesebeck und Schön, S. 214 flg.

erheben; denn sie waren eben nicht im Stande die russische Invasion zurückzudrängen, durch welche der König zu einer Abkunft mit dieser Macht genöthigt wurde. War nun die Allianz mit Rußland in Königsberg faktisch ins Leben getreten: so konnte es dabei doch keinen Augenblick sein Bewenden haben. Zu einem staatsrechtlichen Dasein konnte sie erst durch einen zwischen dem König und dem Kaiser abzuschließenden Vertrag gelangen. Die Unterhandlung darüber zu führen, wurde Knesebeck bestimmt, der so eben aus Wien zurückgekommen war.

Bis zum Anfang des Jahres 1813 hatte in Berlin der Gedanke vorgewaltet, sich mit Oesterreich zu verbünden, um eine starke Stellung zwischen Frankreich und Rußland einzunehmen. Dem Staatskanzler war sogar einmal der Gedanke durch den Kopf gegangen, das Vorrücken der Franzosen über den Niemen zu gestatten, um alsdann, wenn dort der Krieg wieder in vollen Flammen ausgebrochen sei, mit Oesterreich im Bunde eine Stellung zu ergreifen, in welcher die Unabhängigkeit von Deutschland erkämpft und nach beiden Seiten hin behauptet werden könne: denn sehr beweglich war Hardenberg und für weitausgreifende Gedanken selbst dann empfänglich, wenn sie unausführbar waren. Die Ereignisse belehrten ihn sehr bald, daß Preußen selbst der Schauplatz eines solchen Krieges werden müsse. Aber auch indem er von dem abenteuerlichen Plane abstand, hielt er doch an dem Vorhaben, mit Oesterreich zu gehen, fest; nochmals wurde Knesebeck nach Wien geschickt, um vor allem die Gesinnungen des Wiener Hofes zu erforschen. Knesebeck war enthusiastisch für Oesterreich und mußte von Hardenberg selbst ermahnt werden, die Angelegenheiten in ihrer prosaischen Gestalt zu ergründen. Knesebeck nun sah sich zwar in seinen Erwartungen über die Rüstungen Oesterreichs getäuscht, aber er ging auf das System des Grafen Metternich ein, durch eine friedliche Haltung die künftige Pacifikation im Sinne der Wiederherstellung der alten Macht der beiden Staaten und der Unabhängigkeit von Deutschland vorzubereiten.

An Knesebeck hatte Metternich zuletzt erklärt: Oesterreich werde niemals gegen eine Allianz Preußens mit Rußland sein. Knesebeck, der diese Entscheidung mitbrachte, wurde nun an Kaiser Alexander geschickt, hauptsächlich auch deshalb, weil er demselben über die Lage der Dinge in Oesterreich die beste Auskunft werde geben können. In seiner Instruktion wird er ermächtigt, in dem ihm anvertrauten Vertragsentwurf die Veränderungen, welche der Kaiser vorschlagen werde, anzunehmen, vorausgesetzt, daß diese nichts enthalten, was dem österreichischen Interesse entgegenlaufe. Er soll, so viel er vermag, zur Herstellungeines Verständnisses zwischen den Höfen von Rußland und Oesterreich beitragen, und zu dem Ende mit dem österreichischen Gesandten Lebzeltern in Verbindung bleiben. Das Zustandebringen einer Coalition behielt Preußen bei der Mission Knesebecks im Auge: er sollte alles vermeiden, was Eifersucht zwischen Oesterreich und Rußland erwecken könnte[1]). Zwischen Rußland und Preußen sollen die alten Verhältnisse wieder hergestellt und ein Vertrag der Freundschaft und Allianz geschlossen werden, der sich aber nicht auf Italien und Spanien beziehen dürfe, selbst nicht auf die Gebiete jenseit des Rheines, Holland und die Befreiung von ganz Deutschland, wenigstens nicht ohne die Clausel: insofern es der Erfolg des Krieges und der Negotiation möglich mache. In Bezug auf das Herzogthum Warschau hielt Preußen an der Erwartung fest, daß es ihm zurückgegeben und darin eine preußische Administration eingerichtet, selbst eine Truppenformation in preußischen Diensten vorgenommen werde.

In dem Vertragsentwurfe, welcher Knesebeck mitgegeben wurde, wird das Vorhaben, Holland und Deutschland wieder unabhängig von Frankreich zu machen, auf den Beitritt von Oester-

1) Il aurait sans cesse devant les yeux le but essentiel de porter conjointement avec la Russie l'Autriche à se ranger du côté des alliés et à coopérer efficacement à leurs mesures, but qui ne peut être plus sûrement acheminé qu'en écartant tout sujet de jalousie et de méfiance, entre les deux cours impériales.

reich und England verschoben. Das Hauptgewicht liegt in dem Versprechen der Wiederherstellung Preußens, welches Alexander geben soll. Die Unabhängigkeit Preußens — so heißt es in dem Entwurfe — kann nicht anders hergestellt werden, als wenn es die Macht wieder erhält, die es vor dem Kriege von 1806 besaß und womöglich durch Acquisitionen in Norddeutschland verstärkt wird, und wenn man ihm überdies einen überwiegenden Einfluß im Norden von Deutschland sichert. Es wird zugleich darauf aufmerksam gemacht, daß es in dem Interesse Rußlands selbst liege, in Preußen einen mächtigen und treuen Alliirten zu besitzen, der ihm zum Bollwerk dienen könne. Aus diesem Grunde soll Kaiser Alexander versprechen, die Waffen nicht niederzulegen ohne die Einwilligung des Königs von Preußen, noch ohne demselben die Länder und Staaten verschafft zu haben, die er vor dem Kriege von 1806 besessen habe, oder doch ein Aequivalent dafür, Hannover und Bialystock ausgenommen[1]). Rußland wird 150,000 Mann, Preußen 80,000 Mann, die Garnisonen einbegriffen, ins Feld stellen.

Daß Knesebeck mit diesen Anträgen einige Schwierigkeit finden mußte, versteht sich von selbst; wir werden gleich darauf zurückkommen; zunächst fassen wir nur die Differenz ins Auge, welche der wirkliche Vertrag, der die russische Fassung enthält, die von Preußen angenommen wurde, darbietet. Die Frage, auf die es ankam, hatte man in die geheimen Artikel verwiesen. Da ist nun von der Wiederherstellung der Autorität des Königs in dem Herzogthum Warschau nicht mehr die Rede; es wird ihm nur ein Gebiet vorbehalten, durch welches Ostpreußen mit Schlesien in unmittelbare Verbindung gesetzt wird: eine Bestimmung, durch welche die alten Tendenzen, die schon der Orden in Preußen gehabt hatte, und die bei den ersten beiden Theilungen Polens im Auge be-

1) S. M. Impériale s'engage à ne point poser les armes sans le consentement de S. M. le roi de Prusse, à moins d'avoir fait restituer à la dite Majesté tous les pays et les États qu'elle possedait avant la guerre de 1806.

halten wurden, vollständig erfüllt werden. Bei dem folgenden Artikel fehlt die Einwilligung in die präponderirende Autorität, welche Preußen im Norden von Deutschland in Anspruch genommen hatte; wahrscheinlich doch, weil man darüber mit England in Differenz gekommen wäre. Wenn Kaiser Alexander nicht selbst Sachsen als Entschädigung für die in Polen unvermeidliche Abtretung angeboten hatte, so ist doch jetzt davon mündlich die Rede gewesen. In den Vertrag aber wurde davon nichts aufgenommen. Er ist später als viel zu unbestimmt betrachtet worden, was man mit der Dringlichkeit der damaligen Umstände, sowie mit dem festen Zutrauen auf die bei dem gewaltigen Vorhaben zu erwartenden Vortheile entschuldigt hat. Wir finden nicht, daß Hardenberg die mindeste Schwierigkeit gemacht hätte, den Vertrag in der von den Russen zuletzt vorgeschlagenen Weise anzunehmen, wiewohl zwischen dem in die Instruktion aufgenommenen Entwurf und den Zugeständnissen Rußlands ein sehr wesentlicher Unterschied ist. In Preußen hatte man an der Herstellung der Monarchie, wie sie früher gewesen war, als dem vornehmsten Zweck festgehalten. Rußland gewährte nur mit ausdrücklicher Bezugnahme auf die vorangegangenen Eröffnungen eine Herstellung der Macht in den Proportionen, wie sie früher stattgefunden. Die Eventualität einer Allianz mit Oesterreich und England, zu der Rußland beizutragen versprach, wurde zwar in Aussicht gestellt; der Vertrag aber bestand auch ohne dieselbe. Zwischen den ursprünglichen Propositionen und den zu Stande gekommenen Artikeln liegt der große Umschwung der preußischen Politik. Es ist wohl der Mühe werth, der Verhandlungen zu gedenken, die dahin führten. Wenn Knesebeck in seiner Instruktion angewiesen wurde, bei seiner Unterhandlung mit Rußland die Interessen von Oesterreich allezeit zu vertreten, so gerieth er damit besonders in einer Frage, der polnischen, in Widerspruch mit dem Kaiser Alexander. Oesterreich wollte von der Herstellung eines Königreichs Polen unter keinen Umständen hören;

damit hing zusammen, daß auch Preußen die Rückgabe des Herzogthums Warschau an die preußische Administration begehrte. Gleich in seinem ersten Zwiegespräch mit Alexander zeigte sich, daß das unmöglich zu erhalten sei. Denn einmal war der Kaiser von Rußland von der Idee durchdrungen, daß der Krieg weiter fortgeführt, der napoleonischen Herrschaft ein Ende gemacht werden müsse; dann aber wollte er Polen auf eine oder die andere Weise zu seiner Disposition haben. Die Idee, Ostpreußen zu behalten, lag ihm jetzt ferne; er war darüber anderer Meinung, als die meisten seiner Generale. Aber Polen zu behaupten, hielt er auch deshalb für nothwendig, weil sich sonst die polnische Nation zu Gunsten Napoleons erheben könne, im Rücken der sich bekämpfenden Armeen, was dann sehr gefährlich sein würde. Als nun Knesebeck bei ihm eintraf, sprach er mit Hingebung von seiner Absicht, Preußen wiederherzustellen; nicht ebenso wie es gewesen war, aber in einem Umfang von Macht, die der früheren gleiche. Wenn es Abtretungen zu machen in den Fall komme, so werde es dafür entschädigt werden müssen. Er sprach zugleich gegen Knesebeck, wie einst gegen Boyen, davon, daß Sachsen dazu dienen müsse, wie denn der König von Sachsen es wohl verdient habe. Knesebeck war sehr lebhaft dagegen; er meinte: man würde damit auf die Eroberungspolitik Napoleons zurückkommen, während doch nur davon die Rede sein könne, die von demselben verletzten Rechtszustände wieder zu erneuern[1]). Von diesem Augenblick an war kein Verständniß zwischen Alexander und Knesebeck mehr möglich. In dem russischen Hauptquartier faßte man die Hoffnung, Preußen auch ohne eine Zusage der erwähnten Art zur Theilnahme an dem Kriege fortzuziehen. Eine Einwendung gegen einen sofortigen Bruch mit Frankreich war gewesen, daß man die französische Nation durch einen solchen verletzen werde, und man hatte selbst einen Zweifel geäußert, ob man dazu im vor-

1) Aegidi, Die Sendung Knesebecks in das russische Hauptquartier, in Sybels historischer Zeitschrift 16, 274.

liegenden Falle vollkommen berechtigt sei. Kaiser Alexander schrieb dem König, Preußen habe das gute Recht mit Napoleon zu brechen, der seit dem Frieden von Tilsit keine Bedingungen der Traktate, keine Versprechungen gehalten habe. Und mit wem sei denn der König verbündet gewesen; offenbar nur mit der Macht, welche ein Heer von 400000 M. gegen Rußland ins Feld geführt habe; diese Macht aber existire nicht mehr. Knesebeck beklagte sich über den Widerstand, den ihm der Minister Stein entgegengesetzt habe; und nichts ist wahrer. Knesebeck hatte den Kaiser auf die für die legitime Gewalt gefährlichen Bewegungen, welche Stein in Preußen veranlaßte, aufmerksam machen sollen. Dort aber war jetzt alles beruhigt. Stein selbst war nach dem Hauptquartier gekommen und setzte seine Autorität auf das eifrigste für die Fortsetzung des Krieges in Deutschland ein. Man arbeitete nun in dem Hauptquartier jenen den Knesebeckschen Anträgen entgegengesetzten Allianzvertrag aus, vermied dann aber, wie natürlich, ihn an Knesebeck mitzutheilen. Stein selbst und der russische Staatsrath Anstett wurden beauftragt, ihn nach Breslau zu überbringen, wo sich der König aufhielt. Deren Abreise selbst wurde vor Knesebeck 36 Stunden geheim gehalten[1]). Er zögerte nicht, an den König zu remonstriren; aber ehe sein Brief eintraf, hatte dieser bereits alles entschieden. Die Frage war, ob er sich sofort von Frankreich lossagen und ob er auf den Besitz von Warschau bestehen solle oder nicht. Schon hatte sich auch Hardenberg von jenen Zurückhaltungen der früheren Entwürfe entfernt. Um ihn her war die allgemeine Stimme für den unmittelbaren Krieg mit Frankreich. Die angeordneten Rüstungen waren von der Nation in diesem Sinne verstanden worden. Dem König, der die Angelegenheiten immer mit seinem Gewissen durcharbeitete, hat es eine schlaflose Nacht gekostet, um sich zu entscheiden. Aber seine Entscheidung war dann eine vollständige; er nahm den russischen Entwurf ohne irgend einen Zu-

1) Schreiben Knesebecks vom 26. Februar 1812 bei Oncken, Oesterreich und Preußen im Befreiungskriege S. 264.

satz an. Zwischen diesen beiden Fürsten waltete immer eine gegenseitige hohe achtungsvolle Freundschaft ob. Der Kaiser war selbst erstaunt, aber hoch erfreut, als er die bejahende Antwort empfing. Darin lag ein Systemwechsel von Preußen, den er im Sinne seiner religiös-politischen Idee aufnahm.

Als Anstett mit dem unterzeichneten Vertrag in Kalisch ankam, bezeichnete Alexander denselben als eine Verstärkung, die Gott ihm sende; seine Seele war von seiner providentiellen Mission erfüllt. In diesem Sinne ist der Eingang zu dem Vertrage abgefaßt, und zwar, wie man meint, von Alexander selbst. Darin heißt es: die völlige Zerstörung der feindlichen Streitkräfte, die in das Innere von Rußland eingedrungen, habe die große Epoche der Unabhängigkeit aller der Staaten vorbereitet, welche sich von dem ihnen von Napoleon seit so vielen Jahren aufgeladenen Joch zu befreien entschlossen seien.

Daß Alexander die französische Niederlage nicht allein als eine Befreiung von Rußland, sondern als den Anfang des Umsturzes der napoleonischen Herrschaft betrachtet hat, ist sein Verdienst und bedingt seine Stellung in der Geschichte. Er will allen Denjenigen die Hand reichen, die ihre Unabhängigkeit herstellen wollen. In diesem Sinne begrüßt er den Beitritt des Königs von Preußen als einen feierlichen und heiligen Akt, der mit Hülfe der göttlichen Vorsehung Europa dem Joche entreißen soll, das es bedrückt. In der raschen und bestimmten Entscheidung, die der König getroffen habe, erkenne er das Herz desselben. „Hoffen auf Gott, Vertrauen und Ausdauer, und alles wird gut gehen". Der König hatte in einem früheren Schreiben seinen Entschluß als einen Beweis des unbegrenzten Vertrauens bezeichnet, das er zu der Freundschaft des Kaisers hege; der Kaiser hatte gesagt, er wolle eher sterben, als den König verlassen. Derselbe stimmte jetzt in den Wahlspruch ein: Hoffen auf Gott, Muth und Ausdauer [1]). Napoleon glaubte an seinen Stern, die beiden Fürsten vertrauten auf die Vorsehung.

1) Die beiden Schreiben mitgetheilt bei Oncken, Oesterreich und Preußen im Befreiungskriege; 252 f.

Dreiundzwanzigstes Capitel.

Politische Lage im Frühjahr 1813.

Wenn man den Gang der Ereignisse seit 1792 überlegt, so war das Uebergewicht von Frankreich hauptsächlich dadurch befördert worden und zur Erscheinung gekommen, daß die drei großen Mächte, Preußen, Oesterreich und Rußland sich nicht vereinigen konnten. Aus Besorgniß vor Rußland und Oesterreich hatte Preußen den Baseler Frieden geschlossen. Der zweiten Coalition war es niemals ernstlich beigetreten, und zwischen Rußland und Oesterreich, die sie geschlossen hatten, war dann der widerwärtigste Hader ausgebrochen. Es kostete unendliche Mühe, Oesterreich und Rußland wieder auszusöhnen, worauf die sogenannte dritte Coalition beruhte; aber in dem Augenblicke, daß Preußen eine bedingte Mitwirkung versprach, wurden die österreichisch-russischen Streitkräfte überwältigt und in Folge davon auch Preußen, als es sich, in der Hoffnung einen allgemeinen Widerstand hervorzurufen erhob, vollkommen niedergeworfen. Es fand einen Rückhalt an Rußland, aber da Oesterreich nicht cooperirte, wurde Rußland zu dem Frieden von Tilsit genöthigt, der die Selbständigkeit von Preußen so gut wie aufhob. Wenn nun Rußland dem Ruine, dem es durch die Uebermacht Napoleons ausgesetzt war, glücklich entging, so hatte es sein Augenmerk, um den Kampf weiter zu führen, von Anfang an auf eine Union mit Preußen wie mit Oesterreich gerichtet. Es war einleuchtend, daß das französische Uebergewicht ohne eine solche nicht gebrochen werden konnte. Allein Oesterreich stand noch in jenem Bündniß

mit Napoleon, in welchem es sogar die Integrität des französischen Reiches garantirt hatte. Und der Vereinbarung mit Rußland stellte sich die Rücksicht auf Polen entgegen. In Wien war man empört darüber, daß Kaiser Alexander das Königreich Polen herzustellen die Absicht gefaßt hatte, im Einverständniß mit einigen der vornehmsten polnischen Magnaten: wenn dies geschehe, werde Oesterreich Galizien nicht zu behaupten im Stande sein. Die große Wendung des Schicksals hatte in Oesterreich das Selbstgefühl der eigenen Stellung gewaltig aufgeweckt. Metternich sagt einmal: nach dem Frieden von Tilsit habe es drei große Mächte auf dem Continent gegeben, Oesterreich, Frankreich, Rußland; die Vereinigung von Frankreich und Rußland, die dann erfolgte, sei auch gegen Oesterreich gerichtet gewesen; als es zwischen Rußland und Frankreich zu einer in der Sache liegenden unvermeidlichen Entzweiung gekommen sei, habe sich Oesterreich nothgedrungen an Frankreich angeschlossen. In dem Untergang der französischen Armee, welche in Rußland eingedrungen war, sah Oesterreich seine eigene Befreiung. Man faßte dort die Ansicht, daß eine Fortsetzung des Krieges zwischen Rußland und Frankreich eben der Moment sei, in welchem Oesterreich sein Ansehen wieder herstellen könne, zunächst durch eine Vermittlung zwischen den kriegführenden Mächten. Der Wiener Hof mahnte Napoleon in wiederholten Sendungen zum Frieden an; dieser dagegen forderte, daß Oesterreich seinen alten Verpflichtungen gemäß verdoppelte Hülfe gegen Rußland leiste. Dies geschah in mehr als einem Anschreiben, in denen die französische Uebermacht in übertriebenen Phrasen geschildert und Oesterreich auf die Gefahr aufmerksam gemacht wurde, in welche es selbst durch ein Zerwürfniß mit Frankreich gerathen müsse. Napoleon wollte Oesterreich schlechterdings in der gewohnten Dependenz erhalten; diese Macht war aber nicht gemeint, in ihrer untergeordneten Rolle zu verharren. Fürst Schwarzenberg, der das österreichische Hülfscorps commandirte, traf, durch den Hof von Wien autorisirt, eine Abkunft mit den vordringenden Russen, in Folge deren er seine Truppen eigenmächtig nach Krakau

zurückzog, ohne zu der von dem französischen Hauptquartier angeordneten Combination die Hand zu bieten: denn den Russen zu widerstehen, sei er viel zu schwach gewesen; er würde durch den Versuch dazu die beste Kraft der Monarchie geopfert haben, aber die erste Pflicht gelte allezeit dem eigenen Lande.

Als Napoleon von Bubna, der nach Paris geschickt worden war, um ihn zu seiner Rückkehr zu beglückwünschen, von diesem Vorfalle Meldung erhielt (5. Februar), gerieth er in eine Art von Bestürzung. Sein natürlicher Scharfsinn ermaß beim ersten Blick die entfernten Folgen der Ereignisse. Wie er bei der Kapitulation Yorks die Besorgniß aussprach, sie werde zu weiteren Abtrünnigkeiten führen, so rief er jetzt Bubna zu: das sei der erste Schritt zum Abfall; der Vice-König von Italien, der damals den Oberbefehl übernommen hatte, werde eine andere Richtung einschlagen müssen; er selbst könne vielleicht genöthigt werden, über den Rhein zurückzuweichen; Oesterreich dürfe nicht mehr auf ihn zählen. Jede seiner Aeußerungen zeigte eine heftige Erregung, deren Ungehörigkeit er selbst zu fühlen schien; er ließ sich die Briefe nochmals vorlesen; dabei murmelte er einzelne Worte; im Ganzen hatte er den Anschein eines Mannes, der dem, was man vorträgt, nicht mehr zuhört, sondern für sich eine Sache erwägt, die ihn in seinem Innersten in Bewegung setzt. Er schien sehr geneigt, den Rückzug Schwarzenbergs dem Verfahren Yorks gleichzustellen.

Im Allgemeinen angesehen, war das so falsch nicht, nur daß Oesterreich entfernt davon war, ein wirkliches Einverständniß mit den Russen getroffen zu haben. Das österreichische Corps nahm vielmehr eine Stellung an, durch welche die Flanke der Russen bedroht wurde. Indem der Hof zu Wien den Vortheil betonte, der für die Franzosen daraus erwachse, erklärte er doch mit allem Nachdrucke, daß er für eine ihm fremde Sache keinen Mann ins Feld stellen werde.

In Oesterreich hatte man jetzt die Hoffnung gefaßt, Napoleon zur Annahme von Bedingungen, durch welche die Unab-

hängigkeit anderer Staaten gesichert werde, zu vermögen. Graf Metternich, welcher die österreichische Politik bereits mit überwiegender Autorität leitete, trug sich mit sehr umfassenden Gesichtspunkten für eine Neugestaltung von Europa. Seine Meinung war, um die Franzosen nicht aufzureizen, müsse man ihnen sagen, daß man ihr Reich zwischen Pyrenäen, Alpen und Rhein nicht antasten, auch ihre neue Dynastie ihnen lassen werde; ungefähr dasselbe, was man in Preußen beabsichtigte. Zu dem System des Grafen Metternich gehörte es aber, eine intime Verbindung mit Preußen ins Werk zu setzen. Er ging davon aus, daß die Verbindung der beiden intermediären Staaten, Preußen und Oesterreich, dazu dienen werde, das Gleichgewicht zwischen dem Osten und Westen zu erhalten. Die Herstellung des deutschen Kaiserthums gab er auf und willigte in die gemeinschaftliche Direktion der deutschen Angelegenheiten durch die beiden Mächte Oesterreich hatte seine Politik in Polen, Deutschland und Italien, welches von Frankreich losgerissen werden sollte, mit Bestimmtheit ergriffen. Graf Metternich beschied sich, daß er auf das Einverständniß Preußens nicht durchaus rechnen dürfe; er meinte: die beiden Staaten müßten, immer mit Vorbehalt künftiger allgemeiner Uebereinstimmung, doch zunächst jeder seinen Weg allein gehen.

In dem Konflikt der allgemeinen Weltkräfte giebt es Momente, welche allen unklaren und einander widerstrebenden Tendenzen zum Trotz eine gewisse Auskunft darbieten und die Gesichtspunkte der Handelnden beherrschen. Metternich faßte den Gedanken, durch seine Verwendung, — denn nur eine solche, nicht eine eigentliche Mediation war möglich, so lange die österreichisch-französische Allianz währte, — die Richtung anzubahnen, welche zur Erreichung dieses Zieles führen könne. Wie auffallend es auch erscheinen möge, es ist unleugbar, daß selbst auf der französischen Seite Männer von universaler Anschauung gleich in dem Moment des Umschlags den Gedanken hegten, daß eine Auskunft, wie die angegebene, die einzig mögliche und selbst die nothwendige sei.

Talleyrand hat dem österreichischen Gesandten unumwunden gesagt, Oesterreich müsse sich eine militärische Macht schaffen, welche hinreichend sei, um die Annahme des Friedens auf dieser Basis gebieten zu können. Wir erfahren, daß Caulaincourt und Fouché dieselbe Meinung kundgaben; der erste hatte bei seiner Gesandtschaft die Verhältnisse zu Rußland genau kennen gelernt und dem Bruche beigewohnt, der jetzt eine welthistorische Tragweite erlangte; dem anderen waren die Stimmungen in Frankreich wohl bekannt, die ebenfalls dahin leiteten. Denn daß die Franzosen nach dem Frieden Verlangen trugen, war auch für fremde Beobachter keinem Zweifel unterworfen. Dies Begehren war uralt und dem französischen Kaiser schon im Jahre 1805 gegenüber getreten; er hatte es aber immer von der Hand gewiesen mit der Bemerkung, daß es nicht sowohl auf den Frieden ankomme als auf die Bedingungen des Friedens. Nicht ganz unerschüttert blieb unter diesen Umständen die Politik Napoleons und seiner Minister.

Wohin die Gedanken der französischen Regierung gingen, sieht man aus einer Note des Herzogs von Bassano an den französischen Gesandten in Wien, in der es heißt: unbedingt müsse man den einen Punkt festhalten, daß Frankreich die Provinzen sich nicht entreißen lassen könne, die durch Senatsconsulte mit dem Kaiserreich verbunden seien [1]). Diese Unterscheidung lag von Anfang an im Sinne der Politik Napoleons. Von seinen Eroberungen hatte er einige, z. B. Illyrien, Corfu zum Behuf einer dereinstigen Auseinandersetzung mit den andern Mächten vorbehalten. Dagegen waren Rom, Toskana, Piemont, Holland und die norddeutschen, hauptsächlich hanseatischen, Gebiete mit Frankreich reunirt worden. Es war nochmals die Idee der konstitutionellen Grenzen, wie einst in Leoben, deren Behauptung Napoleon für unerläßlich erklärte. Aber wie unendlich viel weiter waren sie nunmehr gezogen worden. Die Landschaften, die

1) Lefebvre V, 193.

hängigkeit anderer Staaten gesichert werde, zu vermögen. Graf Metternich, welcher die österreichische Politik bereits mit überwiegender Autorität leitete, trug sich mit sehr umfassenden Gesichtspunkten für eine Neugestaltung von Europa. Seine Meinung war, um die Franzosen nicht aufzureizen, müsse man ihnen sagen, daß man ihr Reich zwischen Pyrenäen, Alpen und Rhein nicht antasten, auch ihre neue Dynastie ihnen lassen werde; ungefähr dasselbe, was man in Preußen beabsichtigte. Zu dem System des Grafen Metternich gehörte es aber, eine intime Verbindung mit Preußen ins Werk zu setzen. Er ging davon aus, daß die Verbindung der beiden intermediären Staaten, Preußen und Oesterreich, dazu dienen werde, das Gleichgewicht zwischen dem Osten und Westen zu erhalten. Die Herstellung des deutschen Kaiserthums gab er auf und willigte in die gemeinschaftliche Direktion der deutschen Angelegenheiten durch die beiden Mächte Oesterreich hatte seine Politik in Polen, Deutschland und Italien, welches von Frankreich losgerissen werden sollte, mit Bestimmtheit ergriffen. Graf Metternich beschied sich, daß er auf das Einverständniß Preußens nicht durchaus rechnen dürfe; er meinte: die beiden Staaten müßten, immer mit Vorbehalt künftiger allgemeiner Uebereinstimmung, doch zunächst jeder seinen Weg allein gehen.

In dem Konflikt der allgemeinen Weltkräfte giebt es Momente, welche allen unklaren und einander widerstrebenden Tendenzen zum Trotz eine gewisse Auskunft darbieten und die Gesichtspunkte der Handelnden beherrschen. Metternich faßte den Gedanken, durch seine Verwendung, — denn nur eine solche, nicht eine eigentliche Mediation war möglich, so lange die österreichisch-französische Allianz währte, — die Richtung anzubahnen, welche zur Erreichung dieses Zieles führen könne. Wie auffallend es auch erscheinen möge, es ist unleugbar, daß selbst auf der französischen Seite Männer von universaler Anschauung gleich in dem Moment des Umschlags den Gedanken hegten, daß eine Auskunft, wie die angegebene, die einzig mögliche und selbst die nothwendige sei.

Talleyrand hat dem österreichischen Gesandten unumwunden gesagt, Oesterreich müsse sich eine militärische Macht schaffen, welche hinreichend sei, um die Annahme des Friedens auf dieser Basis gebieten zu können. Wir erfahren, daß Caulaincourt und Fouché dieselbe Meinung kundgaben; der erste hatte bei seiner Gesandtschaft die Verhältnisse zu Rußland genau kennen gelernt und dem Bruche beigewohnt, der jetzt eine welthistorische Tragweite erlangte; dem anderen waren die Stimmungen in Frankreich wohl bekannt, die ebenfalls dahin leiteten. Denn daß die Franzosen nach dem Frieden Verlangen trugen, war auch für fremde Beobachter keinem Zweifel unterworfen. Dies Begehren war uralt und dem französischen Kaiser schon im Jahre 1805 gegenüber getreten; er hatte es ober immer von der Hand gewiesen mit der Bemerkung, daß es nicht sowohl auf den Frieden ankomme als auf die Bedingungen des Friedens. Nicht ganz unerschüttert blieb unter diesen Umständen die Politik Napoleons und seiner Minister.

Wohin die Gedanken der französischen Regierung gingen, sieht man aus einer Note des Herzogs von Bassano an den französischen Gesandten in Wien, in der es heißt: unbedingt müsse man den einen Punkt festhalten, daß Frankreich die Provinzen sich nicht entreißen lassen könne, die durch Senatsconsulte mit dem Kaiserreich verbunden seien [1]). Diese Unterscheidung lag von Anfang an im Sinne der Politik Napoleons. Von seinen Eroberungen hatte er einige, z. B. Illyrien, Corfu zum Behuf einer dereinstigen Auseinandersetzung mit den andern Mächten vorbehalten. Dagegen waren Rom, Toskana, Piemont, Holland und die norddeutschen, hauptsächlich hanseatischen, Gebiete mit Frankreich reunirt worden. Es war nochmals die Idee der konstitutionellen Grenzen, wie einst in Leoben, deren Behauptung Napoleon für unerläßlich erklärte. Aber wie unendlich viel weiter waren sie nunmehr gezogen worden. Die Landschaften, die

1) Lefebvre V, 193.

reich und England verschoben. Das Hauptgewicht liegt in dem Versprechen der Wiederherstellung Preußens, welches Alexander geben soll. Die Unabhängigkeit Preußens — so heißt es in dem Entwurfe — kann nicht anders hergestellt werden, als wenn es die Macht wieder erhält, die es vor dem Kriege von 1806 besaß und womöglich durch Acquisitionen in Norddeutschland verstärkt wird, und wenn man ihm überdies einen überwiegenden Einfluß im Norden von Deutschland sichert. Es wird zugleich darauf aufmerksam gemacht, daß es in dem Interesse Rußlands selbst liege, in Preußen einen mächtigen und treuen Alliirten zu besitzen, der ihm zum Bollwerk dienen könne. Aus diesem Grunde soll Kaiser Alexander versprechen, die Waffen nicht niederzulegen ohne die Einwilligung des Königs von Preußen, noch ohne demselben die Länder und Staaten verschafft zu haben, die er vor dem Kriege von 1806 besessen habe, oder doch ein Aequivalent dafür, Hannover und Bialystock ausgenommen [1]). Rußland wird 150,000 Mann, Preußen 80,000 Mann, die Garnisonen einbegriffen, ins Feld stellen.

Daß Knesebeck mit diesen Anträgen einige Schwierigkeit finden mußte, versteht sich von selbst; wir werden gleich darauf zurückkommen; zunächst fassen wir nur die Differenz ins Auge, welche der wirkliche Vertrag, der die russische Fassung enthält, die von Preußen angenommen wurde, darbietet. Die Frage, auf die es ankam, hatte man in die geheimen Artikel verwiesen. Da ist nun von der Wiederherstellung der Autorität des Königs in dem Herzogthum Warschau nicht mehr die Rede; es wird ihm nur ein Gebiet vorbehalten, durch welches Ostpreußen mit Schlesien in unmittelbare Verbindung gesetzt wird: eine Bestimmung, durch welche die alten Tendenzen, die schon der Orden in Preußen gehabt hatte, und die bei den ersten beiden Theilungen Polens im Auge be-

1) S. M. Impériale s'engage à ne point poser les armes sans le consentement de S. M. le roi de Prusse, à moins d'avoir fait restituer à la dite Majesté tous les pays et les États qu'elle possedait avant la guerre de 1806.

halten wurden, vollständig erfüllt werden. Bei dem folgenden Artikel fehlt die Einwilligung in die präponderirende Autorität, welche Preußen im Norden von Deutschland in Anspruch genommen hatte; wahrscheinlich doch, weil man darüber mit England in Differenz gekommen wäre. Wenn Kaiser Alexander nicht selbst Sachsen als Entschädigung für die in Polen unvermeidliche Abtretung angeboten hatte, so ist doch jetzt davon mündlich die Rede gewesen. In den Vertrag aber wurde davon nichts aufgenommen. Er ist später als viel zu unbestimmt betrachtet worden, was man mit der Dringlichkeit der damaligen Umstände, sowie mit dem festen Zutrauen auf die bei dem gewaltigen Vorhaben zu erwartenden Vortheile entschuldigt hat. Wir finden nicht, daß Hardenberg die mindeste Schwierigkeit gemacht hätte, den Vertrag in der von den Russen zuletzt vorgeschlagenen Weise anzunehmen, wiewohl zwischen dem in die Instruktion aufgenommenen Entwurf und den Zugeständnissen Rußlands ein sehr wesentlicher Unterschied ist. In Preußen hatte man an der Herstellung der Monarchie, wie sie früher gewesen war, als dem vornehmsten Zweck festgehalten. Rußland gewährte nur mit ausdrücklicher Bezugnahme auf die vorangegangenen Eröffnungen eine Herstellung der Macht in den Proportionen, wie sie früher stattgefunden. Die Eventualität einer Allianz mit Oesterreich und England, zu der Rußland beizutragen versprach, wurde zwar in Aussicht gestellt; der Vertrag aber bestand auch ohne dieselbe. Zwischen den ursprünglichen Propositionen und den zu Stande gekommenen Artikeln liegt der große Umschwung der preußischen Politik. Es ist wohl der Mühe werth, der Verhandlungen zu gedenken, die dahin führten. Wenn Knesebeck in seiner Instruktion angewiesen wurde, bei seiner Unterhandlung mit Rußland die Interessen von Oesterreich allezeit zu vertreten, so gerieth er damit besonders in einer Frage, der polnischen, in Widerspruch mit dem Kaiser Alexander. Oesterreich wollte von der Herstellung eines Königreichs Polen unter keinen Umständen hören;

damit hing zusammen, daß auch Preußen die Rückgabe des Herzogthums Warschau an die preußische Administration begehrte. Gleich in seinem ersten Zwiegespräch mit Alexander zeigte sich, daß das unmöglich zu erhalten sei. Denn einmal war der Kaiser von Rußland von der Idee durchdrungen, daß der Krieg weiter fortgeführt, der napoleonischen Herrschaft ein Ende gemacht werden müsse; dann aber wollte er Polen auf eine oder die andere Weise zu seiner Disposition haben. Die Idee, Ostpreußen zu behalten, lag ihm jetzt ferne; er war darüber anderer Meinung, als die meisten seiner Generale. Aber Polen zu behaupten, hielt er auch deshalb für nothwendig, weil sich sonst die polnische Nation zu Gunsten Napoleons erheben könne, im Rücken der sich bekämpfenden Armeen, was dann sehr gefährlich sein würde. Als nun Knesebeck bei ihm eintraf, sprach er mit Hingebung von seiner Absicht, Preußen wiederherzustellen; nicht ebenso wie es gewesen war, aber in einem Umfang von Macht, die der früheren gleiche. Wenn es Abtretungen zu machen in den Fall komme, so werde es dafür entschädigt werden müssen. Er sprach zugleich gegen Knesebeck, wie einst gegen Boyen, davon, daß Sachsen dazu dienen müsse, wie denn der König von Sachsen es wohl verdient habe. Knesebeck war sehr lebhaft dagegen; er meinte: man würde damit auf die Eroberungspolitik Napoleons zurückkommen, während doch nur davon die Rede sein könne, die von demselben verletzten Rechtszustände wieder zu erneuern [1]. Von diesem Augenblick an war kein Verständniß zwischen Alexander und Knesebeck mehr möglich. In dem russischen Hauptquartier faßte man die Hoffnung, Preußen auch ohne eine Zusage der erwähnten Art zur Theilnahme an dem Kriege fortzuziehen. Eine Einwendung gegen einen sofortigen Bruch mit Frankreich war gewesen, daß man die französische Nation durch einen solchen verletzen werde, und man hatte selbst einen Zweifel geäußert, ob man dazu im vor-

1) Aegidi, Die Sendung Knesebecks in das russische Hauptquartier, in Sybels historischer Zeitschrift 16, 274.

liegenden Falle vollkommen berechtigt sei. Kaiser Alexander schrieb dem König, Preußen habe das gute Recht mit Napoleon zu brechen, der seit dem Frieden von Tilsit keine Bedingungen der Traktate, keine Versprechungen gehalten habe. Und mit wem sei denn der König verbündet gewesen; offenbar nur mit der Macht, welche ein Heer von 400000 M. gegen Rußland ins Feld geführt habe; diese Macht aber existire nicht mehr. Knesebeck beklagte sich über den Widerstand, den ihm der Minister Stein entgegengesetzt habe; und nichts ist wahrer. Knesebeck hatte den Kaiser auf die für die legitime Gewalt gefährlichen Bewegungen, welche Stein in Preußen veranlaßte, aufmerksam machen sollen. Dort aber war jetzt alles beruhigt. Stein selbst war nach dem Hauptquartier gekommen und setzte seine Autorität auf das eifrigste für die Fortsetzung des Krieges in Deutschland ein. Man arbeitete nun in dem Hauptquartier jenen den Knesebeckschen Anträgen entgegengesetzten Allianzvertrag aus, vermied dann aber, wie natürlich, ihn an Knesebeck mitzutheilen. Stein selbst und der russische Staatsrath Anstett wurden beauftragt, ihn nach Breslau zu überbringen, wo sich der König aufhielt. Deren Abreise selbst wurde vor Knesebeck 36 Stunden geheim gehalten[1]). Er zögerte nicht, an den König zu remonstriren; aber ehe sein Brief eintraf, hatte dieser bereits alles entschieden. Die Frage war, ob er sich sofort von Frankreich lossagen und ob er auf den Besitz von Warschau bestehen solle oder nicht. Schon hatte sich auch Hardenberg von jenen Zurückhaltungen der früheren Entwürfe entfernt. Um ihn her war die allgemeine Stimme für den unmittelbaren Krieg mit Frankreich. Die angeordneten Rüstungen waren von der Nation in diesem Sinne verstanden worden. Dem König, der die Angelegenheiten immer mit seinem Gewissen durcharbeitete, hat es eine schlaflose Nacht gekostet, um sich zu entscheiden. Aber seine Entscheidung war dann eine vollständige; er nahm den russischen Entwurf ohne irgend einen Zu-

1) Schreiben Knesebecks vom 26. Februar 1812 bei Oncken, Oesterreich und Preußen im Befreiungskriege S. 264.

satz an. Zwischen diesen beiden Fürsten waltete immer eine gegenseitige hohe achtungsvolle Freundschaft ob. Der Kaiser war selbst erstaunt, aber hoch erfreut, als er die bejahende Antwort empfing. Darin lag ein Systemwechsel von Preußen, den er im Sinne seiner religiös-politischen Idee aufnahm.

Als Anstett mit dem unterzeichneten Vertrag in Kalisch ankam, bezeichnete Alexander denselben als eine Verstärkung, die Gott ihm sende; seine Seele war von seiner providentiellen Mission erfüllt. In diesem Sinne ist der Eingang zu dem Vertrage abgefaßt, und zwar, wie man meint, von Alexander selbst. Darin heißt es: die völlige Zerstörung der feindlichen Streitkräfte, die in das Innere von Rußland eingedrungen, habe die große Epoche der Unabhängigkeit aller der Staaten vorbereitet, welche sich von dem ihnen von Napoleon seit so vielen Jahren aufgeladenen Joch zu befreien entschlossen seien.

Daß Alexander die französische Niederlage nicht allein als eine Befreiung von Rußland, sondern als den Anfang des Umsturzes der napoleonischen Herrschaft betrachtet hat, ist sein Verdienst und bedingt seine Stellung in der Geschichte. Er will allen Denjenigen die Hand reichen, die ihre Unabhängigkeit herstellen wollen. In diesem Sinne begrüßt er den Beitritt des Königs von Preußen als einen feierlichen und heiligen Akt, der mit Hülfe der göttlichen Vorsehung Europa dem Joche entreißen soll, das es bedrückt. In der raschen und bestimmten Entscheidung, die der König getroffen habe, erkenne er das Herz desselben. „Hoffen auf Gott, Vertrauen und Ausdauer, und alles wird gut gehen". Der König hatte in einem früheren Schreiben seinen Entschluß als einen Beweis des unbegrenzten Vertrauens bezeichnet, das er zu der Freundschaft des Kaisers hege; der Kaiser hatte gesagt, er wolle eher sterben, als den König verlassen. Derselbe stimmte jetzt in den Wahlspruch ein: Hoffen auf Gott, Muth und Ausdauer [1]). Napoleon glaubte an seinen Stern, die beiden Fürsten vertrauten auf die Vorsehung.

1) Die beiden Schreiben mitgetheilt bei Oncken, Oesterreich und Preußen im Befreiungskriege; 252 f.

Dreiundzwanzigstes Capitel.

Politische Lage im Frühjahr 1813.

Wenn man den Gang der Ereignisse seit 1792 überlegt, so war das Uebergewicht von Frankreich hauptsächlich dadurch befördert worden und zur Erscheinung gekommen, daß die drei großen Mächte, Preußen, Oesterreich und Rußland sich nicht vereinigen konnten. Aus Besorgniß vor Rußland und Oesterreich hatte Preußen den Baseler Frieden geschlossen. Der zweiten Coalition war es niemals ernstlich beigetreten, und zwischen Rußland und Oesterreich, die sie geschlossen hatten, war dann der widerwärtigste Hader ausgebrochen. Es kostete unendliche Mühe, Oesterreich und Rußland wieder auszusöhnen, worauf die sogenannte dritte Coalition beruhte; aber in dem Augenblicke, daß Preußen eine bedingte Mitwirkung versprach, wurden die österreichisch-russischen Streitkräfte überwältigt und in Folge davon auch Preußen, als es sich, in der Hoffnung einen allgemeinen Widerstand hervorzurufen erhob, vollkommen niedergeworfen. Es fand einen Rückhalt an Rußland, aber da Oesterreich nicht cooperirte, wurde Rußland zu dem Frieden von Tilsit genöthigt, der die Selbständigkeit von Preußen so gut wie aufhob. Wenn nun Rußland dem Ruine, dem es durch die Uebermacht Napoleons ausgesetzt war, glücklich entging, so hatte es sein Augenmerk, um den Kampf weiter zu führen, von Anfang an auf eine Union mit Preußen wie mit Oesterreich gerichtet. Es war einleuchtend, daß das französische Uebergewicht ohne eine solche nicht gebrochen werden konnte. Allein Oesterreich stand noch in jenem Bündniß

mit Napoleon, in welchem es sogar die Integrität des französischen Reiches garantirt hatte. Und der Vereinbarung mit Rußland stellte sich die Rücksicht auf Polen entgegen. In Wien war man empört darüber, daß Kaiser Alexander das Königreich Polen herzustellen die Absicht gefaßt hatte, im Einverständniß mit einigen der vornehmsten polnischen Magnaten: wenn dies geschehe, werde Oesterreich Galizien nicht zu behaupten im Stande sein. Die große Wendung des Schicksals hatte in Oesterreich das Selbstgefühl der eigenen Stellung gewaltig aufgeweckt. Metternich sagt einmal: nach dem Frieden von Tilsit habe es drei große Mächte auf dem Continent gegeben, Oesterreich, Frankreich, Rußland; die Vereinigung von Frankreich und Rußland, die dann erfolgte, sei auch gegen Oesterreich gerichtet gewesen; als es zwischen Rußland und Frankreich zu einer in der Sache liegenden unvermeidlichen Entzweiung gekommen sei, habe sich Oesterreich nothgedrungen an Frankreich angeschlossen. In dem Untergang der französischen Armee, welche in Rußland eingedrungen war, sah Oesterreich seine eigene Befreiung. Man faßte dort die Ansicht, daß eine Fortsetzung des Krieges zwischen Rußland und Frankreich eben der Moment sei, in welchem Oesterreich sein Ansehen wieder herstellen könne, zunächst durch eine Vermittlung zwischen den kriegführenden Mächten. Der Wiener Hof mahnte Napoleon in wiederholten Sendungen zum Frieden an; dieser dagegen forderte, daß Oesterreich seinen alten Verpflichtungen gemäß verdoppelte Hülfe gegen Rußland leiste. Dies geschah in mehr als einem Anschreiben, in denen die französische Uebermacht in übertriebenen Phrasen geschildert und Oesterreich auf die Gefahr aufmerksam gemacht wurde, in welche es selbst durch ein Zerwürfniß mit Frankreich gerathen müsse. Napoleon wollte Oesterreich schlechterdings in der gewohnten Dependenz erhalten; diese Macht war aber nicht gemeint, in ihrer untergeordneten Rolle zu verharren. Fürst Schwarzenberg, der das österreichische Hülfscorps commandirte, traf, durch den Hof von Wien autorisirt, eine Abkunft mit den vordringenden Russen, in Folge deren er seine Truppen eigenmächtig nach Krakau

zurückzog, ohne zu der von dem französischen Hauptquartier angeordneten Combination die Hand zu bieten: denn den Russen zu widerstehen, sei er viel zu schwach gewesen; er würde durch den Versuch dazu die beste Kraft der Monarchie geopfert haben, aber die erste Pflicht gelte allezeit dem eigenen Lande.

Als Napoleon von Bubna, der nach Paris geschickt worden war, um ihn zu seiner Rückkehr zu beglückwünschen, von diesem Vorfalle Meldung erhielt (5. Februar), gerieth er in eine Art von Bestürzung. Sein natürlicher Scharfsinn ermaß beim ersten Blick die entfernten Folgen der Ereignisse. Wie er bei der Kapitulation Yorks die Besorgniß aussprach, sie werde zu weiteren Abtrünnigkeiten führen, so rief er jetzt Bubna zu: das sei der erste Schritt zum Abfall; der Vice-König von Italien, der damals den Oberbefehl übernommen hatte, werde eine andere Richtung einschlagen müssen; er selbst könne vielleicht genöthigt werden, über den Rhein zurückzuweichen; Oesterreich dürfe nicht mehr auf ihn zählen. Jede seiner Aeußerungen zeigte eine heftige Erregung, deren Ungehörigkeit er selbst zu fühlen schien; er ließ sich die Briefe nochmals vorlesen; dabei murmelte er einzelne Worte; im Ganzen hatte er den Anschein eines Mannes, der dem, was man vorträgt, nicht mehr zuhört, sondern für sich eine Sache erwägt, die ihn in seinem Innersten in Bewegung setzt. Er schien sehr geneigt, den Rückzug Schwarzenbergs dem Verfahren Yorks gleichzustellen.

Im Allgemeinen angesehen, war das so falsch nicht, nur daß Oesterreich entfernt davon war, ein wirkliches Einverständniß mit den Russen getroffen zu haben. Das österreichische Corps nahm vielmehr eine Stellung an, durch welche die Flanke der Russen bedroht wurde. Indem der Hof zu Wien den Vortheil betonte, der für die Franzosen daraus erwachse, erklärte er doch mit allem Nachdrucke, daß er für eine ihm fremde Sache keinen Mann ins Feld stellen werde.

In Oesterreich hatte man jetzt die Hoffnung gefaßt, Napoleon zur Annahme von Bedingungen, durch welche die Unab-

hängigkeit anderer Staaten gesichert werde, zu vermögen. Graf Metternich, welcher die österreichische Politik bereits mit überwiegender Autorität leitete, trug sich mit sehr umfassenden Gesichtspunkten für eine Neugestaltung von Europa. Seine Meinung war, um die Franzosen nicht aufzureizen, müsse man ihnen sagen, daß man ihr Reich zwischen Pyrenäen, Alpen und Rhein nicht antasten, auch ihre neue Dynastie ihnen lassen werde; ungefähr dasselbe, was man in Preußen beabsichtigte. Zu dem System des Grafen Metternich gehörte es aber, eine intime Verbindung mit Preußen ins Werk zu setzen. Er ging davon aus, daß die Verbindung der beiden intermediären Staaten, Preußen und Oesterreich, dazu dienen werde, das Gleichgewicht zwischen dem Osten und Westen zu erhalten. Die Herstellung des deutschen Kaiserthums gab er auf und willigte in die gemeinschaftliche Direktion der deutschen Angelegenheiten durch die beiden Mächte Oesterreich hatte seine Politik in Polen, Deutschland und Italien, welches von Frankreich losgerissen werden sollte, mit Bestimmtheit ergriffen. Graf Metternich beschied sich, daß er auf das Einverständniß Preußens nicht durchaus rechnen dürfe; er meinte: die beiden Staaten müßten, immer mit Vorbehalt künftiger allgemeiner Uebereinstimmung, doch zunächst jeder seinen Weg allein gehen.

In dem Konflikt der allgemeinen Weltkräfte giebt es Momente, welche allen unklaren und einander widerstrebenden Tendenzen zum Trotz eine gewisse Auskunft darbieten und die Gesichtspunkte der Handelnden beherrschen. Metternich faßte den Gedanken, durch seine Verwendung, — denn nur eine solche, nicht eine eigentliche Mediation war möglich, so lange die österreichisch-französische Allianz währte, — die Richtung anzubahnen, welche zur Erreichung dieses Zieles führen könne. Wie auffallend es auch erscheinen möge, es ist unleugbar, daß selbst auf der französischen Seite Männer von universaler Anschauung gleich in dem Moment des Umschlags den Gedanken hegten, daß eine Auskunft, wie die angegebene, die einzig mögliche und selbst die nothwendige sei.

Talleyrand hat dem österreichischen Gesandten unumwunden gesagt, Oesterreich müsse sich eine militärische Macht schaffen, welche hinreichend sei, um die Annahme des Friedens auf dieser Basis gebieten zu können. Wir erfahren, daß Caulaincourt und Fouché dieselbe Meinung kundgaben; der erste hatte bei seiner Gesandtschaft die Verhältnisse zu Rußland genau kennen gelernt und dem Bruche beigewohnt, der jetzt eine welthistorische Tragweite erlangte; dem anderen waren die Stimmungen in Frankreich wohl bekannt, die ebenfalls dahin leiteten. Denn daß die Franzosen nach dem Frieden Verlangen trugen, war auch für fremde Beobachter keinem Zweifel unterworfen. Dies Begehren war uralt und dem französischen Kaiser schon im Jahre 1805 gegenüber getreten; er hatte es aber immer von der Hand gewiesen mit der Bemerkung, daß es nicht sowohl auf den Frieden ankomme als auf die Bedingungen des Friedens. Nicht ganz unerschüttert blieb unter diesen Umständen die Politik Napoleons und seiner Minister.

Wohin die Gedanken der französischen Regierung gingen, sieht man aus einer Note des Herzogs von Bassano an den französischen Gesandten in Wien, in der es heißt: unbedingt müsse man den einen Punkt festhalten, daß Frankreich die Provinzen sich nicht entreißen lassen könne, die durch Senatsconsulte mit dem Kaiserreich verbunden seien [1]). Diese Unterscheidung lag von Anfang an im Sinne der Politik Napoleons. Von seinen Eroberungen hatte er einige, z. B. Illyrien, Corfu zum Behuf einer dereinstigen Auseinandersetzung mit den andern Mächten vorbehalten. Dagegen waren Rom, Toskana, Piemont, Holland und die norddeutschen, hauptsächlich hanseatischen, Gebiete mit Frankreich reunirt worden. Es war nochmals die Idee der konstitutionellen Grenzen, wie einst in Leoben, deren Behauptung Napoleon für unerläßlich erklärte. Aber wie unendlich viel weiter waren sie nunmehr gezogen worden. Die Landschaften, die

1) Lefebvre V, 193.

sie umfaßten, bildeten die Grundlage des Uebergewichts des Kaisers der Franzosen auf dem Continent.

Wie entschlossen Napoleon war, diese große Stellung auch fortan zu behaupten, ergiebt sich aus der Thronrede, mit der er am 14. Februar das Corps legislatiu eröffnete. Er rühmt die Hingebung, die er grade in diesen Ländern finde: dem großen Reich anzugehören, sei das allgemeine Verlangen derselben. Er erwähnt, daß er so eben ein Konkordat mit dem Papste geschlossen. „Die französische Dynastie herrscht in Spanien. Ich bin zufrieden mit meinen Verbündeten, ich werde sie alle in ihren Besitzungen aufrechterhalten.“ Die Versuche, das Kaiserreich zu zerreißen, bezeichnet er als ein Attentat der Engländer, gegen welche er die Nation aufruft. Metternich hat bemerkt, daß diese Rede den Wunsch nach Frieden zwar durchblicken lasse, aber nicht gehörig betone, und viel zu stark drücke Napoleon darin die Bedingungen aus, die er für den Frieden aufstelle; dadurch werde jede Unterhandlung und Intervention unmöglich gemacht. Der Fehler lag da wohl in der Absicht: diese ging eben dahin, die reunirten Landschaften ungeschmälert zu behaupten. Bassano hat in jenem Brief gesagt, sie von Frankreich los zu reißen, würde einer Auflösung des Empire gleich sein; um eine solche durchzuführen, müßte ein Heer von 500,000 Mann Paris umzingeln; und die Höhe von Montmartre von den Feinden bereits besetzt sein.

Metternich hat um diese Zeit noch eine andere Seite des öffentlichen Lebens von Europa, die ihm selbst nicht eben sehr genehm war, zur Sprache gebracht[1]). Er machte den französischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten darauf aufmerksam, daß er sich eine falsche Vorstellung über die Lage der Dinge gebildet zu haben scheine; er habe nur Frankreich im Auge; der vereinzelte Standpunkt von Paris aber genüge nicht. Indem Metternich den Umfang der materiellen Mittel Frankreichs anerkannte, bemerkte er doch: es gebe noch andre, die man mora-

1) Depesche Metternichs an Floret vom 18. Februar 1813 bei Oncken I, 434.

lische nennen könne, die auf der öffentlichen Meinung beruhen; deren könne sich Napoleon nicht mehr bedienen, sie würden gegen ihn selbst angewendet werden. Der in dem letzten Feldzug eingetretene Umschlag sei der grossartigste, den die Weltgeschichte kenne: er sei wahrhaft gigantisch. Welches könne nach all den großen Erfolgen der früheren Feldzüge der Eindruck sein, den der unheilvolle Ausgang der letzten Campagne hervorbringen müsse. Doch würde das noch nicht so viel zu sagen haben, wenn nicht eine andre große Macht sich des Erfolges bemächtigt hätte. Rußland selbst habe den inneren Grund seiner Independenz kennen gelernt und stelle sich nun vor den Augen von ganz Europa als den Beschützer der Unterdrückten auf. Es möge diesen Vorwand ergreifen, um zu seinen eigenen Zwecken zu gelangen; aber es gewinne dabei die öffentliche Meinung. Gewiß könne Napoleon nicht wieder daran denken, in Rußland vorzudringen. Der Krieg werde nur das Verderben der intermediären Staaten herbeiführen, eine Wahrheit, über welche vielleicht die Fürsten sich einer Täuschung hingeben, nicht aber ihre Unterthanen; von der Weichsel bis an den Rhein sei alles Volk in lebhafter Aufregung darüber.

Schon befinde sich der König von Preußen in einer unbeschreiblichen Verlegenheit, nicht allein durch die Lasten der früheren Kriege, sondern auch durch die Kosten der letzten Kampagne, die dem Traktat zufolge nicht hätten auf die Nation fallen dürfen. Humboldt berichtete diese Aeußerung als eine Anerkennung der Thatsache, daß Napoleon die Traktate mit Preußen gebrochen habe. Metternich ließ wahrnehmen, das preußische Volk urtheile nicht falsch, indem es Napoleon als den Urheber seiner Leiden betrachte; dieser habe es sich selbst zuzuschreiben, wenn Preußen sich entschließe, eine andere Partei zu nehmen. Dem Kaiser Napoleon führt Metternich zu Gemüthe, daß die Fortsetzung des Krieges nur aus dem Gesichtspunkt betrachtet werde, daß sie zu allgemeinem Verderben führe. Das Volk wolle den Rest seiner Besitzthümer und das Leben seiner Kinder nicht für die franzö-

sische Suprematie hinopfern; auch in Oesterreich mache sich diese Bewegung bemerkbar, obwohl es von der Destruktion nicht unmittelbar bedroht sei. Vorboten davon bemerke man in Tyrol und Galizien. Die österreichische Polizei sei mit nichts mehr beschäftigt, als mit der Entdeckung geheimer Verbindungen, bei denen jede Spur, die man finde, auf noch geheimere führe. Die allgemeine Aufregung der Gemüther wird nun dem Kaiser Napoleon gegenüber als ein neues Motiv gebraucht, um ihn zum Frieden zu stimmen. Gewiß könne Napoleon Frankreich gegen jeden Angriff vertheidigen, er könne auch die zwischen Frankreich und Rußland gelegenen Länder zu Grunde richten; aber er sollte sich nicht verhehlen, daß durch die eingetretene Wendung der Dinge auch die Absicht gescheitert sei, Rußland durch ein intermediäres Königreich zu beschränken.

Noch war Napoleons Bemühen darauf gerichtet, eine Kriegsmacht ins Feld zu stellen, durch welche Rußland reprimirt und der ganze Umfang der französischen Macht aufrecht erhalten werden könne. Er entwickelte dabei das ganze militärisch-administrative Talent, das ihm beiwohnte; er konnte mit Grund ankündigen, daß er in Kurzem 300,000 Mann an der Elbe beisammen haben werde; er sagte wohl, er werde bald die Russen in ihr Klima, dem er sein ganzes Unglück zuschrieb, zurückweisen. Man kann zweifeln, ob Napoleon den Gegensatz mit dem er zu kämpfen hatte, nicht erkannte, oder nur nicht erkennen wollte: was ihn aus Rußland zurückgetrieben, war ja keineswegs das Klima, das er anklagte, sondern die nationale Bewegung, die sich in dem Augenblick erhob, als er den eigentlich russischen Boden betrat; was er für eine Handlung der Barbarei erklärte, der Brand von Moskau, war nur Symptom dieser national-kirchlichen Bewegung, die sich seinem Eindringen entgegensetzte. Das Gleiche war bereits in Spanien geschehen, ohne von ihm in seinem Wesen beachtet zu werden.

Diese Bewegung kam nun aber auch in Deutschland zur Erscheinung; doch hatte sie hier wieder einen abweichenden

Charakter. Die Volkserhebung ging in Deutschland nicht von dunklen nationalen und kirchlichen Antrieben aus, obwohl diese in der Tiefe wirksam waren. Die Cultur der deutschen Nation, welche besonders in dem Mittelstande verbreitet war, gab hier Allem noch eine andere Gestalt und Färbung. Den Ideen, die von Frankreich her vordrangen, trat hier eine Weltanschauung entgegen, die zwar die sociale Bedeutung dieser Ideen anerkannte, aber die politische Entwicklung, die denselben entsprungen war, von sich stieß und verabscheute. Es ist vielleicht bezeichnend, daß der erste Aufruf des Königs von Preußen sich eben an die Mittelklassen wandte; indem er dieselben mit der Militärpflicht belastete, von der sie bisher frei gewesen, rief er doch zugleich ihre geistigen und materiellen Kräfte zu unmittelbarem Antheil an der Politik des Landes und der nunmehr nothwendigen Kriegführung auf. Die entworfenen, aber bisher nur zögernd zur Ausführung gebrachten Reformen bekamen dadurch erst ein volles Leben. Die Regierung und alle Klassen der Einwohner waren einer und derselben Meinung. Napoleon sah darin nur Insurrektion, wie auch in Spanien; er wurde nicht inne, daß Ideen, wie sie einst die französische Nation in ihrem Widerstande gegen die auswärtigen Mächte belebt hatten, und auf denen zuletzt sein eigenes Emporkommen beruhte, jetzt eine Rückwirkung erfuhren, welche von verwandten Prinzipien ausging. Von den Gefühlen der militärischen Glorie, die durch den Lauf der Ereignisse ein Lebensprinzip der Franzosen geworden war, durchdrungen, folgten ihm diese nochmals.

Gegen Ende Februar hatte Bubna abermals eine Audienz bei Napoleon, in der sich derselbe über Preußen unruhig zeigte. Als die insurrektionellen Bewegungen in Deutschland zur Sprache kamen, ließ er keine große Aufregung blicken: er sagte, man müsse sich in die Dinge schicken, die man nicht verhindern könne[1]). In seiner Seele schwankte er zwischen den stolzesten Siegeshoffnungen und dem geheimen Gefühl, daß doch Alles eine andere Wendung

1) En vrai fataliste, bemerkt Bubna.

nehmen könne. Vornehmlich darauf kam es nun an, welche Haltung die europäischen Mächte beobachten würden.

In jenen Eröffnungen hatte Oesterreich zwar die Nothwendigkeit eines Friedens betont, aber doch zugleich ausgesprochen, daß derselbe ein kontinentaler sein könne. Wilhelm von Humboldt bekämpfte diese Idee; er hielt, und zwar ohne Zweifel mit Recht, einen kontinentalen Frieden für unmöglich. Doch ist darum nicht minder merkwürdig zu hören, wie man in Oesterreich sich einen solchen dachte. Metternich meinte, für Oesterreich den Zustand herzustellen, der im Frieden von Lüneville festgesetzt worden war; jedoch sollte die Grenze in Italien bis an den Mincio vorgerückt, Mantua einbegriffen, Deutschland bis an den Rhein von Napoleon frei gemacht werden. Der Rheinbund werde nicht bestehen können, doch würde es sehr gegen seine (des Ministers) Ansicht sein, wenn Kaiser Franz die Würde des deutschen Kaisers erneuern oder annehmen wollte. Metternich erklärte sich für die volle Unabhängigkeit der Rheinbundfürsten; Humboldt meinte: ein föderatives Band würde doch nicht zu entbehren sein; das Königreich Westfalen und das Herzogthum Berg müßten aufgehoben werden, damit Preußen seine alten Besitzungen wieder erlangen könne. Indem Metternich für Spanien in dem kontinentalen Frieden keine maßgebende Bestimmung in Vorschlag brachte, bemerkte er: es sei kein Unglück, wenn Napoleon seine Truppen zugleich gegen Spanien ins Feld schicken müsse; England werde gewiß keinen Frieden schließen, ohne Spanien darin zu begreifen. Auch die Unabhängigkeit von Holland schien er nicht stipuliren zu wollen, weil das mehr im Interesse von England liege. Alles Gesichtspunkte von Bedeutung und, wie gesagt, sehr umfassend, aber doch nicht umfassend genug. Die Entwickelung der Begebenheiten nahm größere Dimensionen an.

Im März 1813 machte Napoleon noch einmal einen Versuch, Schweden für sich zu gewinnen und den schwedischen Streitkräften eine Direktion gegen Rußland zu geben. Er erschrak, als er vernahm, daß sein alter Marschall, der Kron-

prinz von Schweden, auf dem Kontinent zu erscheinen gedenke, um gegen ihn zu kämpfen, — auch aus Rücksicht auf die öffentliche Meinung in Frankreich. Allein weder jene Absicht, noch auch diese Besorgniß konnten ihn doch dahin bringen, den Schweden die Eroberung von Norwegen zuzugestehen; nicht ohne Grund sagte er: die Kampagne in Rußland würde einen ganz andern Ausgang genommen haben, wenn der Kronprinz von Finnland her Petersburg bedroht hätte; er bezeichnete den Kronprinzen als seinen Todfeind, dem er unmöglich Norwegen zugestehen könne[1]).

Von den Russen erhielt dagegen der Kronprinz die Versicherung, daß Alles ausgeführt werden sollte, was bei der Zusammenkunft von Abo zu Gunsten Schwedens verabredet worden sei. Auch von dem Vertrag von Kalisch gab Alexander dem Kronprinzen unverzüglich Nachricht; er stellte ihm für den Fall, daß er über die See komme, die Mitwirkung preußischer Truppen in Aussicht und sprach die Hoffnung aus, daß auch Oesterreich an dem Kriege Theil nehmen werde.

Dem Kronprinzen lag nun Alles daran, daß ihm auch England Norwegen zugestehe: denn wie solle er die schwedische Nation gewinnen, ohne ihr einen Ersatz für das verlorene Finnland zu bieten. Der große Vorwurf, den die Schweden dem französischen Kaiser machten, war noch immer, daß er eingewilligt habe, ihnen Finnland zu entreißen. Wurde ihnen von den Verbündeten kein Ersatz dafür geboten, so war an die Mitwirkung der Nation zu allgemeinen Zwecken nicht zu denken. Man besorgte sogar, daß das jetzige System der schwedischen Regierung – denn noch immer

1) Thornton to Castlereagh, March 26, 1813. Bonaparte said to Count Waltersdorff, that, if he had obtained the cession of Norway, Sweden would have joined his cause, would have formed a powerful diversion in Finland, would have menaced Petersburg, and would consequently, have had a most considerable effect in counteracting the misfortunes of the campaign; that therefore he never would consent that Norway should be given to his mortal enemy. Corr. of Castlereagh VIII S. 350. Vergl. die Depesche Thorntons an Castlereagh vom 13. März a. a. O. S. 338.

hasse man in Schweden die Russen, liebe die Franzosen — umgestürzt werden könne. Der englische Gesandte in Stockholm versicherte mit Bestimmtheit, daß ohne dies Zugeständniß an einer Theilnahme Schwedens an dem allgemeinen Kampfe nicht zu denken sei. Da man aber doch einen unmittelbaren Versuch auf Norwegen, zu dem ein russisches Hülfscorps versprochen war, so daß jedes große Unternehmen gegen Napoleon dadurch gehindert worden wäre, nicht zugeben konnte, so kam Alles darauf an, diese Erwerbung in sichere Aussicht zu stellen, sobald der große Kampf, zu dem man sich rüstete, ausgefochten sei. Ein Beweggrund, hierauf einzugehen, lag für den Kronprinzen von Schweden auch darin, daß nur unter dieser Bedingung und Voraussetzung Subsidien bei dem englischen Parlament auszuwirken sein würden. Er nahm dann eine entschiedene Stellung gegen Napoleon an. Der Absagebrief ist berühmt, in welchem er demselben aus seinem Unternehmen gegen Rußland selbst einen militärischen Vorwurf machte: denn zu den unbedingten Bewunderern der Strategie Bonapartes gehörte Bernadotte nicht und ebenso verwirft er seine Politik. Das System des Kaisers sei den Nationen den Gebrauch der Rechte zu versagen, die sie von der Natur empfangen haben, in friedlichem Verkehre mit einander zu stehen; aber er wolle den Krieg unaufhörlich machen, selbst auf die Gefahr hin, ihn schwächeren Händen als den seinen zu hinterlassen. Seine Trennung von dem Kaiser der Franzosen spricht der Kronprinz der Schweden mit den Worten aus: in der Politik gelte es weder Freundschaft noch Haß; man habe nur die Pflichten gegen die Nationen zu erfüllen, zu deren Regierung man durch die Vorsehung berufen sei. So wurde die einst zu Oerebro in den Sinn gefaßte Ligue zwischen England, Schweden und Rußland erneuert und bestätigt. In diese Verbindung trat nunmehr Preußen ein; es war die Tendenz der Allianz von Kalisch.

Wenn nun aber Preußen eigentlich noch im Kriege mit England begriffen war, so mußte dem unverzüglich ein Ende gemacht werden. Jakobi-Klöst, schon früher Gesandter bei dem

englischen Hof, wurde wieder nach London geschickt, um nicht allein Frieden und Freundschaft, sondern eine Allianz mit diesem Reiche abzuschließen; er soll versichern, daß die momentanen Abweichungen, welche durch die bisherige Verbindung Preußens mit Frankreich veranlaßt worden seien, nicht mehr stattfinden; der vor dem Frieden von Tilsit verabredete, aber dann nicht ratificirte Traktat solle nunmehr zur Vollziehung kommen; der König sei glücklich, sich von Frankreich losgerissen zu haben, und entschlossen, an dem dieser Macht entgegengesetzten System festzuhalten und alle seine Kraft für dasselbe einzusetzen. Die gegenseitigen Verpflichtungen, mit dem gemeinschaftlichen Feinde keinen Frieden noch Stillstand zu schließen, noch auch in eine Unterhandlung zu treten ohne gegenseitige Uebereinkunft, würden in England leicht angenommen werden. Vor allen Dingen soll er die absolute Nothwendigkeit zur Sprache bringen, in der sich Preußen befinde, englische Subsidien zu erlangen, nicht etwa in Wechseln, sondern in klingender Münze; ohne Hülfsgelder wäre es schlechterdings unmöglich, den Zweck zu erreichen, der in dem englischen Interesse liege. Ueberdies aber soll England um Unterstützung Preußens mit Waffen und Munition angegangen werden. Man sei beschäftigt, eine Landmiliz und einen Landsturm zu organisiren; aber es fehle an Waffen; ferner rechne man darauf, daß die englische Marine überall den militärischen Operationen zu Hülfe kommen und die Küstenländer sowie den Handel von Preußen beschützen werde. Der Gesandte soll sich damit einverstanden erklären, daß dem Kronprinzen von Schweden das Kommando über eine aus Schweden, Russen und Engländern zusammengesetzte Heeresmacht im Norden von Deutschland übertragen werde; auch ein preußisches Korps soll zu demselben stoßen. Hardenberg verfehlt nicht, dabei auch der Verhältnisse von Hannover zu gedenken, so auch eines Projektes, das damals aufgetaucht war, ein besonderes Königreich zwischen Elbe und Schelde unter einem großbritannischen Prinzen aufzurichten. Hardenberg bemerkt, daß dies eine entsprechende Vergrößerung Preußens nothwendig machen würde, und daß man

sich hüten müsse, die Eifersucht von Oesterreich zu erwecken. Durch Einverständniß zwischen Oesterreich, Preußen und Großbritannien werde die künftige deutsche Konstitution, welche vor Allem stark sein müsse, bestimmt werden.

Eine Instruktion, die dem Gesandten im Einzelnen ein weites Feld freier Thätigkeit offen läßt; aber zugleich die allgemeinen Gesichtspunkte mit sicherem Ueberblick feststellt. Von eigentlichen Unterhandlungen Jakobi's, der seinen Weg über Stockholm nehmen sollte, erfahren wir nichts; auch werden dieselben nicht sehr schwierig gewesen sein: die englische Politik war schon durch ihr eigenes Interesse in demselben Sinne bestimmt worden. Bereits in einem Schreiben vom 8. April beschränkt Castlereagh die hannoverschen Forderungen auf einige Enclaven; dem werde sich Preußen nicht widersetzen, da dem Prinz-Regenten viel daran liege. Die ausgedehnteren welfischen Pläne wichen vor der allgemeinen Nothwendigkeit zurück. Diese gebot den Engländern die größte Rücksicht auf Preußen: denn ohne Preußen würde Rußland nicht offensiv vorgehen und Oesterreich sich nicht anschließen können. In Castlereagh kamen die Ideen William Pitts wieder zu Tage; er sandte den Entwurf, den Pitt zu einer Rekonstruktion Europas im Jahre 1805 gemacht hatte, nach Breslau. Was im Jahre 1805 beschlossen worden, sollte im Jahre 1813 ausgeführt werden; doch war auch jetzt noch eine gewaltige Gegenwirkung zu erwarten.

Vierundzwanzigstes Capitel.

Russisch-preußischer Feldzug im Frühjahr 1813.

Die strategische Idee Napoleons ging dahin, den Krieg an der Elbe zu führen, die er in ihrem ganzen Laufe zu vertheidigen gedachte, nicht ohne neue Angriffspläne darauf zu begründen; er hoffte, der Vicekönig, der indessen mit den Ueberresten der Armee nach den Marken sich zurückgezogen hatte, werde Berlin und die benachbarten Landschaften behaupten. Er sollte die Ordnung selbst mit schreckenden Züchtigungen aufrecht erhalten; bei dem geringsten Insult von Seiten eines preußischen Dorfes oder einer Stadt soll er sie in Brand stecken, und wäre es Berlin selbst[1]).

Als er dies schrieb, hatte der Vicekönig bereits den Tag zuvor Berlin verlassen. Was denselben dazu veranlaßte, war ohne Zweifel der Uebergang der Russen über die Oder, der am 2. März nicht ohne Theilnahme preußischer Wasserbaubeamten bewerkstelligt worden war. Land und Stadt waren in allgemeiner Aufregung, und Berlin darf es vielleicht dem Vicekönig danken, daß er das Aeußerste nicht abwartete, sondern unter Beobachtung aller guten und die Ruhe sichernden Formen seinen Rückzug nach der Elbe nahm[2]); die versuchsweise von den Franzosen auf-

1) Restez à Berlin autant que vous pourrez; faites des exemples pour la discipline. À la moindre insulte d'une ville, d'un village prussien, faites le brûler, fût-ce même Berlin, s'il se comporte mal. 5 mars 1813. Corresp. XXV, 30, N. 19, 664.

2) Seine Motive dafür giebt er an in einem Schreiben an Napoleon, d. d. Schöneberg, den 2. März: J'ai prolongé mon séjour en Prusse tant qu'il m'a été possible, mais manquant totalement de cavalerie, et mon artillerie étant loin d'être organisée, attendre plus longtemps serait risquer de compromettre les troupes que j'ai avec moi. D'ailleurs je ne veux pas

geworfenen Verschanzungen wurden am Morgen von den Kosaken beseitigt. In den Straßen von Berlin sah man wie einst in Moskau zugleich Franzosen und Russen. Aber in Berlin zogen die Franzosen hinweg, die Russen rückten ein. Mit den das Land durchziehenden Detachements beider Theile kreuzten sich die Züge der Rekruten, die sich nach Schlesien begaben. In allen Ortschaften, durch die sie kamen, wurden sie mit Jubel begrüßt.

Napoleon tadelte den Abzug Eugen's nicht ohne Schärfe; er war besonders mißvergnügt, daß ihn weder der Prinz, noch dessen Generalstab über ihre Lage hinreichend unterrichteten; er wisse nicht, wo die Armee sei, wer die Kavallerie befehlige, wer in Stettin und Spandau das Commando habe; es sei kaum glaublich, aber er müsse seine Nachrichten aus englischen Journalen schöpfen [1]. Am 11. März weist er den Vicekönig an, seine Stellung vor Magdeburg zu nehmen, wo er 80,000 Mann vereinigen und die Elbe vertheidigen könne. In einer besonderen Note [2]) sind die Ideen ausgedrückt, mit denen Napoleon sich in diesem Augenblick für Vertheidigung nicht allein, sondern auch für den Angriff trug. Die erste ist hauptsächlich auf Vertheidigung von Westfalen und der Bezirke der 32. Militärdivision, namentlich Hamburgs gerichtet. Höchst außerordentlich ist seine Combination für die Offensive: er hat dabei Danzig ins Auge gefaßt. Die Elbarmee soll zwischen Magdeburg, Havelberg, Wittenberg vereinigt sein; die Mainarmee bei Würzburg, Erfurt, Leipzig. Er hält es für eine leicht auszuführende Bewegung, mit der Elbarmee über Havelberg nach Stettin vorzubringen. Er wird das Gerücht verbreiten, daß er sich mit der Mainarmee gegen Schlesien bewege, aber es vorziehen, mit der Elbarmee, der

risquer que l'ennemi, avec le gros de son armée, puisse arriver sur l'Elbe et se trouver sur les grandes communications de Leipzig avant moi. Mémoires et Correspondance du Prince Eugène VIII, 387.

1) Il serait honteux de le dire, et le monde ne le croirait pas: — — — je ne suis instruit de ce qui se passe que par les journaux anglais. 9 mars 1813. Corresp. XXV, 46, N. 19, 688.

2) In der Corresp. XXV, 61, N. 19, 697.

sich dann die Mainarmee anschließen kann, nach Stettin vorzubringen, und von da den Weg nach Danzig einzuschlagen; zwanzig Tage nach seinem Aufbruche von der Elbe könne Danzig entsetzt und Marienburg wiedergenommen sein; man werde die Nogat und die untere Weichsel beherrschen.

Seine Absicht war immer, Rußland durch eine neue Kriegsunternehmung zu überraschen und zu einem Frieden in seinem Sinne zu nöthigen. Wenn sich nun hierauf erst die entschiedene Feindseligkeit von Preußen und dessen enge Verbindung mit Rußland herausstellte, so erweckte das in Napoleon, da es ihm einen neuen direkten Anlaß zu einem Vernichtungskrieg gegen Preußen bot, noch eine andre umfassende Idee zu dem bevorstehenden Kriege. Er ließ Oesterreich eine Allianz anbieten, von der er eine allgemeine Entscheidung erwartete: Oesterreich müsse mit zwei Armeen im Felde erscheinen, der einen in Böhmen, der andern in Polen; die letzte werde sich mit den Ueberresten der polnischen Armee unter Poniatowski vereinigen, so daß sich eine starke Truppenmasse in dem Rücken der Russen ansammle. Napoleon werde mit einer ebenso starken Heeresmacht, wie die vorige gewesen sei, an der Elbe auftreten. Diesem doppelten Angriff werde die russische Armee, welche durch die preußische nur einen geringen Zuwachs erhalte, zu widerstehen nicht fähig sein. Preußen ist dabei eigentlich zur Vernichtung bestimmt worden; Napoleon sagte: von den fünf Millionen Unterthanen, die es zähle, dürfe es nur Eine jenseit der Weichsel behalten; von den übrigen vier Millionen würden zwei Millionen an Sachsen und Westfalen, zwei andere an Oesterreich fallen; dieses würde den besten Theil davon tragen.

Es bildet eine das Schicksal bestimmende Coincidenz, daß Preußen eben in diesem Momente, in welchem es mit seinem völligen Untergange bedroht wurde, sich zu dem äußersten Widerstande gerüstet hatte. Die kleine Armee, welche im Jahre 1808 dem König zugestanden wurde, war der Kern einer allgemeinen Bewaffnung geworden; sie war unter der Direktion von Scharnhorst in kleinen Corps, in welchen die verschiedenen Waffen ver-

einigt waren, organisirt worden; und diese Organisation hatte sich in dem letzten Feldzug von 1812 bewährt. Alle die waren aus der Armee ausgestoßen worden, die eine nachweisbare Schuld an dem erlittenen Unglück hatten. Scharnhorst war auch hierin so streng wie möglich. Ueberdies aber hatte er eine Methode erfunden, durch welche man, ohne dem Vertrag zuwiderzuhandeln, eine große Anzahl von Mannschaften, die man vollständig militärisch einübte und dann von den Fahnen wieder entließ, streitfähig machte. Man gab ihnen den schon erwähnten, wahrscheinlich von einer Einrichtung bei der Cavallerie hergenommenen Namen der Krümper [1]). Anordnungen waren getroffen, durch welche die Armee in wenigen Monaten auf 120,000 Mann gebracht werden konnte; und diese wurden nun unter den Augen der Franzosen, die im Lande waren, ausgeführt. Ein außerordentlicher Anblick, zwischen den beiden fremden Heeren, die einander gegenüberstanden, eine nationale Bewaffnung ins Werk setzen zu sehen, die dem intermediären Staat seine selbständige Bedeutung zurückgab. Ohne die lebendige Theilnahme der Bevölkerung, die das große Ziel ebenso wohl und noch früher ins Auge gefaßt hatte, als die Regierung, wäre das unmöglich gewesen. Wenn man nicht wieder, wie sonst, Truppen aus der Fremde anwarb, so entsprach das der Natur des Kampfes, der nicht mehr eine politische Combination, sondern die eigene Existenz galt. Unter den Eingeborenen trat der Unterschied der Stände vor dem großen gemeinschaftlichen Ziele, das allen vorschwebte, zurück. Aber nicht auf unverzügliche Bewaffnung von Massen konnte es ankommen. Man bedurfte Truppen, welchen, wie man es ausdrückte, nicht allein Kriegsmuth, sondern auch Gefechtskraft inne wohne. In diesem Sinne hatte Scharnhorst Freiwilligen-Detachements und Reserve-

1) Schön (Aus den Papieren des Ministers Theodor von Schön IV, 570) leitet den Namen von den Pferden her, die aus dem Krumpfmaß der den Schwadronen ertheilten Fourage unterhalten wurden, um im Nothfall als Ersatz zu dienen. Die von dem Tuchmachergewerk hergenommene Ableitung (Klippel, Scharnhorst III, S. 522) setzt eine Metapher voraus, welche unverständlich ist.

bataillone angeordnet, die sich an das stehende Heer anlehnen sollten; denn nur in Verbindung mit bereits militärisch geschulten Truppen könne durch die neue Formation etwas geleistet werden. Man zog in Betracht, daß die Italiener, früher nicht eben gute Soldaten, dies doch in Verbindung mit der napoleonischen Armee geworden seien. Dabei aber waltete noch eine andere Rücksicht ob; man wollte durch die Herbeiziehung des gebildeten Mittelstandes der Armee zugleich frische geistige Kräfte zuführen; namentlich in den freiwilligen Abtheilungen, welche gesondert blieben, sollte sich dieser Geist entwickeln, im Wetteifer mit der Linienarmee, aber doch auf eigenem Grund und Boden. Vornehmlich in Schlesien, — in Folge der von den Franzosen vertragsmäßig gewährten und von den Russen faktisch anerkannten Neutralität dieser Provinz — wurden diese Formationen vollzogen. Schon im März 1813 berechnete man die formirten Mannschaften auf 50,000, die noch in der Formation begriffenen auf 35,000, die Garnisonen der Festungen auf 15,000, in Summa 100,000 Mann, was doch eine nicht so geringe Verstärkung für die Russen ausmachte, als Napoleon meinte. Die Landwehren stellten noch eine andre überaus-bedeutende Vermehrung der Streitkräfte in Aussicht [1]).

Am 15. März erschien Alexander in Breslau; die Allianz mit ihm wurde gleichsam dadurch besiegelt, daß Friedrich Wilhelm demselben die von dem preußischen Hülfskorps gemachten russischen Gefangenen neu ausgerüstet vorführen ließ. Am 19. wurde die Convention abgeschlossen, in welcher die Verbündeten ankündigen, nichts im Auge zu haben, als die Befreiung Deutschlands von der französichen Herrschaft und die Fürsten auffordern, sich mit ihnen zu vereinigen, nicht ohne sie, wenn sie in einer bestimmten Frist dies versäumen, mit dem Verlust ihrer Regierungsgewalt zu bedrohen; auch an die Völker selbst wenden sie sich; unverzüglich wollen sie in die Rheinbundstaaten und das mit

1) H. von Boyen, Beiträge zur Kenntniß des Generals von Scharnhorst 57 ff.

Frankreich reunirte nördliche Deutschland vordringen. Dem großen Ehrgeiz stand aber noch eine größere Gefahr zur Seite. Niemand täuschte sich darüber, daß Preußen einen Kampf um sein Dasein zu bestehen habe.

Die Absicht war gewesen, der Erhebung der Waffen ein Manifest in aller Form vorangehen zu lassen; aber der von Ancillon hierzu gemachte Entwurf fand keine rechte Billigung, weil er zu Gegenreden und Rekriminationen Anlaß geben würde. In dem Kreise des Staatskanzlers, in welchem diese Dinge in Ueberlegung gezogen wurden, war die Meinung geäußert, das Recht von Preußen sei so augenscheinlich, daß es keines Kriegsmanifestes an den Feind, sondern blos einer Ansprache des Königs an sein Volk bedürfe. Diese Ansicht fand die Billigung des Königs, und der Mann, welcher sie geäußert hatte, Staatsrath Hippel, wurde mit der Redaktion beauftragt: er versichert darin nichts aufgenommen zu haben, als die eigenen Gedanken des Königs [1]). Friedrich Wilhelm III. ruft darin die Stämme, aus denen sich der damalige Staat zusammensetzte, bei ihren alten Namen auf: Brandenburger, Preußen, Schlesier, Pommern, Litthauer; er erinnert sie an die seit sieben Jahren geduldeten Leiden und Mißhandlungen; aber zugleich an die glorreiche Vergangenheit, den großen Kurfürsten, den großen König, und an alle die Güter, welche von den Vorfahren blutig erkämpft worden seien: Gewissensfreiheit, Ehre, Unabhängigkeit, Handel, Kunstfleiß und Wissenschaft. Jetzt sei der Augenblick gekommen, sie wieder zu gewinnen; einen anderen Ausweg gebe es nicht, als das Erringen eines ehrenvollen Friedens oder einen ruhmvollen Untergang; ehrlos vermöge der Deutsche und der Preuße nicht zu leben. Alles hatte Einen Sinn: den nationalen Krieg, die Vertheidigung Preußens und die Absicht der Zerstörung des napoleonischen Uebergewichts in Deutschland. Die Gedanken sind groß und wahr, die Worte einfach und treffend; es ist als höre man den Genius des wiedererstehenden Preußens reden. Der Aufruf ist vom 17. März datirt und erschien am 20.

1) Hippel 71.

In denselben Tagen war Blücher bereits mit einer Armee ins Feld gerückt, welcher Gneisenau, der dabei war, hohe Lobsprüche spendete [1]). „Jedes Herz ist hoch gestimmt; an der Spitze der Brigaden und Regimenter sind tüchtige Leute; der Soldat ist schlagfertig und erbittert." Vielen Eindruck machte es, die Jugend der höheren Stände, in Bataillone und Compagnien eingereiht, ihre früheren Verhältnisse vergessend, das Commandowort ihrer Officiere mit Eifer befolgen zu sehen. Am 1. April passirte das Blüchersche Corps Dresden. Nach der Auskunft, die wir von Gneisenau erhalten, überschritt man die Elbe, um in einem nahen Lande die Truppen zu erhalten; und ging doch nicht darüber hinaus, um nicht einen Konflikt herbeizuführen, bevor die russische Armee angelangt wäre. Von Gneisenaus Hand ist die Proklamation, die bei dem Einmarsche in Sachsen erlassen wurde, in welcher das bibelgläubige Volk an den Herrn der Heerschaaren mahnt, der im Osten Europas ein schreckliches Gericht gehalten habe. „Wir ziehen, wohin dessen Finger uns weiset." Die Sachsen werden aufgefordert, ihrerseits das Joch abzuwerfen und nicht länger zu dulden, daß eine arglistige Politik das Blut ihrer Söhne für raubgierige Entwürfe verlange. Noch unzweideutiger wurden die Deutschen jenseits der Elbe aufgefordert, aus der Knechtschaft aufzustehen und sich zu empören. In Kutusows Namen erschien eine Proklamation, welche zwar insofern sehr willkommen war, als sie die Versicherung enthielt: der russische Kaiser werde sich in die innern Angelegenheiten Deutschlands nicht mischen; aber die doch, noch weit über die Convention hinausgehend, die Fürsten, die sich nicht anschließen wollen, mit sofortiger Vernichtung durch die Gewalt der öffentlichen Meinung und gerechter Waffen bedrohte. Gleich bei diesem Beginn zeigte sich eine Differenz zwischen der militärischen und der diplomatischen Aktion: die erstere beruhte auf den Gesinnungen, welche die Erhebung der Waffen überhaupt hervorgerufen hatte; denn für den Soldaten ist eine unbegrenzte Zuversicht auf den Erfolg des Unternommenen gleichsam noth-

1) Pertz, Gneisenau II, 529.

wendig. Ganz eine andere ist die diplomatische Aktion, die sich innerhalb der Rücksichten auf das noch Bestehende zu halten verpflichtet ist, und es vermeidet, den zu verletzen, den sie zu gewinnen trachtet. Hardenberg erinnert die preußischen Generale, daß ihnen in den militärischen Angelegenheiten freie Hand gelassen sei, in den politischen aber Einheit des Gesichtspunktes vorwalten müsse. Gneisenau bemerkte dagegen: in der Proklamation spreche nur der General Blücher, nur der Soldat; die Regierung werde eine andere Sprache führen können; noch sei nichts verdorben. Die vornehmste Rücksicht forderte der Wiener Hof, wo die Proklamationen den unangenehmsten Eindruck machten. Die beiden verbündeten Fürsten sprachen ihr Mißfallen über deren Ton und Inhalt aus und ließen den österreichischen Gesandten ersuchen, ihre Entrüstung über dieselben nach Wien zu melden[1]); denn um keinen Preis wollte man mit Oesterreich zerfallen.

Das war nun in der That nicht zu erwarten.

In jeder andern Zeit wären die Anträge Napoleons, deren wir gedachten, für Oesterreich verführerisch gewesen, nicht jedoch in der damaligen. Es war so weit gekommen, daß Oesterreich in der Erhaltung Preußens sein eigenes Interesse sah: neue Siege Napoleons, die Vernichtung Preußens, hätten es in seine alte Abhängigkeit zurückgeworfen. Wenn der Versicherung, welche dem preußischen Gesandten gegeben wurde, zu trauen ist, so hat Metternich geradezu gesagt: die Absicht, Preußen zu vernichten, enthalte eine Kriegserklärung gegen Oesterreich. Schon in den Instruktionen, die dem Fürsten Schwarzenberg bei seiner Mission nach Paris mitgegeben wurden, hatte Metternich sein nunmehriges System entwickelt. Er ging davon aus, daß die beiden einander gegenüberstehenden Mächte, Frankreich und Rußland, in ihrem Inneren unverletzbar seien; zwischen ihnen müsse es eine Art von Central-Macht geben, bestehend aus Oesterreich und Preußen und andern ihnen beitretenden Staaten; eine solche werde die allgemeine Ruhe sichern, wenn es auch über andre weniger umfassende Streitig-

1) Oncken, S. 333.

keiten, z. B. über die türkischen oder die spanichen Verwicklungen zu Feindseligkeiten käme. Es war der Gedanke des wiederherzustellenden europäischen Gleichgewichts, von welchem Metternich durchdrungen war, und mit welchem sich eine Vernichtung Preußens nicht vereinbaren ließ. Die neuen Eröffnungen Napoleons, welche Narbonne überbrachte, stießen hier auf einen entschiedenen politischen Gegensatz, der in der eigenen Lage wurzelte.

Man nahm aus den Anträgen desselben nur das Zugeständniß ab, daß Oesterreich zu einer bewaffneten Mediation schreiten dürfe, ohne Rücksicht auf das früher geschlossene, formell noch bestehende Bündniß. Wenn Narbonne mit Bezug auf dasselbe in den Kaiser Franz drang, die Russen in Polen anzugreifen, so erweckte er damit nur das Erstaunen dieses Fürsten. „Wer sagt Ihnen denn," erwiederte der Kaiser, „daß ich dem russischen Czaren Böses thun will?" Er fügte hinzu, sein Entschluß sei jetzt nicht mehr als Hülfsmacht zu cooperiren, sondern als Hauptmacht mit 200,000 Mann. Metternich sah gleichsam einen Widerspruch darin, daß Napoleon Oesterreich aufgefordert hatte, als Hauptmacht zu agiren und doch zugleich sich seinem Gesichtspunkte anzuschließen; er sagte, als Hauptmacht könne man nicht mehr dem fremden Antrieb folgen, sondern man müsse die eignen Interessen consultiren; er erklärte, die bewaffnete Mediation übernehmen zu wollen, in der Erwartung, daß die Fürsten des Rheinbundes sich ihm anschließen würden. Darin lag der Unterschied der damaligen Tendenzen, daß Rußland und Preußen den deutschen Fürsten Theilnahme an ihrem Kriege gegen Frankreich zumutheten, Oesterreich dagegen, mit seinem Mediationsentwurf beschäftigt, sie zu demselben herüberzuziehen trachtete. Die österreichische Rüstung wurde jetzt eifriger vorgenommen, eben zu diesem Zweck. Auf die Frage Narbonnes, was Oesterreich thun werde, wenn Napoleon eine Schlacht gewinne, antwortete Metternich, es werde seine Rüstungen um so eifriger und rascher fortsetzen [1]); er ließ keinen

1) L'Autriche redoublerait de vitesse et de vigueur.

Zweifel darüber, wie er die Mediation verstehe; der Kaiser von Oesterreich werde Friedensbedingungen vorschlagen und sich alsdann gegen den erklären, der dieselben verwerfe.

Wer könnte verkennen, daß schon in dieser anscheinend unparteilichen Haltung doch ein entschiedener Gegensatz gegen die napoleonische Idee lag. Die Frage Narbonnes, was Oesterreich thun werde, wenn Napoleon siege, wurde nun auch auf der andern Seite rege; der österreichische Minister hat in diesem Fall den Verbündeten die Mitwirkung von Oesterreich zugesagt. Die Veränderung der Situation spricht sich in den Worten aus, die Kaiser Franz in dem erwähnten Gespräch mit Narbonne vernehmen ließ: er befinde sich jetzt in einer bessern Stellung als Napoleon, der keinen Stützpunkt mehr besitze; er habe dagegen eine feste und runde Position, die er vor Gott und den Menschen vertheidigen könne.

Wenn durch diese Haltung Oesterreichs die eine der großen strategischen Absichten Napoleons, die auf Polen gerichtete, unausführbar wurde, so zeigte sich auch, daß die andere, bei der Ostpreußen ins Auge gefaßt wurde, auf der Voraussetzung einer militärischen Ueberlegenheit beruhte, die in der That nicht mehr bestand. Der Vicekönig von Italien wurde bei seiner ersten offensiven Bewegung über die Elbe am 5. April bei Möckern geschlagen; es war die erste Schlacht, in der die Preußen ihren alten Waffenruhm wahrhaft erneuerten. Ihre natürliche Bravour wurde durch Erbitterung verdoppelt. Vor ihrer Kavallerie wich die französische, wenn sie auch stärker war, allenthalben zurück; die preußische Artillerie brachte sie vollends in Verwirrung. Hierauf mußte der Vicekönig über die Elbe zurückgehen, und die Verbündeten folgten ihm; einzelne Truppenschaaren überschritten bereits die Niederelbe.

Daß dies geschah, war das vornehmste Motiv Napoleons, allem Verzug ein Ende zu machen und mit seiner neuen Armee im Felde zu erscheinen; diese sagte er, sei so stark, als jemals eine andre, die er ins Feld geführt habe. Die Anmahnungen jener Proklamationen waren wirkungslos verhallt; noch einmal leiste-

ten die Truppen des Rheinbundes dem Protector Heeresfolge. Diese Hülfe und die Zurückhaltung Oesterreichs gaben Napoleon nochmals ein unzweifelhaftes militärisches Uebergewicht. Seine nächste Absicht war, die Verbündeten zum Rückzug über die Saale und Mulde, und dann hauptsächlich über die Elbe zu nöthigen. Die Verbündeten fühlten sich nicht im Stande, die ungeheure Uebermacht zurückzuwerfen, aber sie hielten doch auch nicht für gut, wieder über die Elbe zu gehen, ohne geschlagen zu haben. Sie begegneten Napoleon, indem er mit seinen Massen aus Thüringen kommend auf die Ebene von Lützen vordrang. Die Franzosen, denen es darauf ankam, Sachsen wieder einzunehmen, waren bereits in vollem Marsch auf Leipzig begriffen, als die preußisch-russische Armee nicht eigentlich ihnen entgegentrat, aber ihren Marsch zu unterbrechen versuchte. Was sie dazu antrieb, war die offenbare Ueberlegenheit ihrer Kavallerie. Dieser Vortheil wurde jedoch durch die gute Haltung und die numerische Ueberzahl der französischen Fußvölker wieder aufgewogen. Von den preußischen Officieren hat man gesagt, daß sich keiner unter ihnen ausgezeichnet habe, weil sie alle gleich vortrefflich fochten. Den linken Flügel führte Scharnhorst; an der Spitze tapferer Schaaren zu Fuß und zu Pferde drang er in den Feind ein, unter dem Rufe: Es lebe der König, indem er den Säbel schwang. Er wurde dabei leicht verwundet. Aber die Franzosen, deren Zahl in jedem Augenblick sich vermehrte, waren doch zu stark, als daß man es hätte wagen mögen, den denselben abgewonnenen Theil des Schlachtfeldes zu behaupten und den andern Tag eine neue Schlacht anzunehmen. Die Verbündeten entschlossen sich, sehr gegen den Wunsch des Königs von Preußen, über die Elbe zurückzugehen. Hardenberg bezeichnet das Treffen als einen unzweifelhaften Sieg, den man nur hätte verfolgen müssen; man habe gefürchtet, von den Franzosen umgangen zu werden, jedoch ohne Grund; eine schwere Verantwortung laste auf denen, die den Rath dazu gegeben haben. Deren Absicht aber war, nicht etwa gänzlich zu weichen, sondern den Feind in der Lausitz noch einmal zu erwarten.

Die Schlacht bei Lützen hatte weniger einen militärischen als einen politischen Erfolg; von Napoleon wollte man bemerken, daß er mit den Vortheilen, die er erfocht, nicht ganz zufrieden sei; er fühlte die Nothwendigkeit eines Abkommens mit Oesterreich stärker, als bisher. In Wien wünschte man nichts mehr, als das standhafte Verharren der Verbündeten in ihrer Haltung und forderte sie auf, dem Kaiser Franz Vertrauen zu beweisen. Es gebe, sagte Metternich, eine Art Vertrauen, welches denjenigen verpflichte, dem es bewiesen werde [1]). Auf Napoleon hat die gute Haltung der Verbündeten bei dem ersten großen Zusammentreffen vielen Eindruck gemacht; obwohl er auf seine erprobte Fertigkeit, mit großen Massen zu operiren auch jetzt Gewicht legte, so zeigte er sich doch geneigt, über einen Frieden zu unterhandeln. Von den Absichten, den preußischen Staat zu vernichten, mit denen er sich vor kurzem getragen, war er zurückgekommen. Seinen Schwiegervater, der sein Alliirter nicht werden wollte, ersuchte er nur, ihn zu nichts Unehrenhaftem zu drängen: er wolle eher umkommen an der Spitze der Truppen, die ihm Frankreich gewähre, als zum Hohngelächter der Engländer werden.

In einem Brief vom 17. Mai spricht er sich für die Berufung eines Congresses zu einem allgemeinen Frieden aus und erklärt sich bereit, auch die spanischen Insurgenten auf demselben repräsentirt zu sehen. „Wenn Rußland und Preußen ohne England verhandeln wollen, so bin auch ich dazu erbötig.“ Den meisten Vortheil von der Schlacht hatte eigentlich Oesterreich; sie war der Moment, in welchem die Mediationspolitik des Grafen Metternich erst Grund und Boden gewann; die Entscheidung zwischen Krieg und Frieden schien sich in seiner Hand zu concentriren. Es war unmöglich, dem ferneren Laufe der Ereignisse ruhig zuzusehen, ohne bestimmte Entschlüsse gefaßt zu haben; und da Napoleon vermieden hatte, den österreichischen Botschafter auch nur anzuhören, geschweige daß er auf die Vor-

1) Il y a une manière d'exprimer la confiance qui devient obligatoire pour celui qui a inspiré cette confiance.

schläge, deren Hauptinhalt ihm bereits bekannt geworden war, eingegangen wäre, so wurde es das allerdringendste, eine definitive Verhandlung mit den Verbündeten zu eröffnen. Der alte Freund der nordischen Allianzen, Graf Stadion, wurde in das russisch-preußische Hauptquartier geschickt, um die Bedingungen zu vereinbaren, über welche mit Napoleon verhandelt werden könne.

In diesem Moment kam es in der Lausitz zu einem neuen Zusammentreffen der Verbündeten und des französischen Heeres, die indeß beide Verstärkungen an sich gezogen hatten, welche ihre früheren Verluste ersetzten. Am 20. Mai griff Napoleon die feste Stellung an, welche die Verbündeten bei Bautzen genommen, fand aber einen unüberwindlicheu Widerstand. Am 21. erneuerte er den Angriff mit äußerster Anstrengung. Er hatte über den rechten Flügel der Verbündeten bereits das Uebergewicht gewonnen und war im Begriff, das Centrum anzugreifen, als das russisch-preußische Armeekommando es rathsam fand, die Schlacht abzubrechen. In guter Ordnung gingen die verbündeten Truppen zurück.

In der allgemeinen Lage wurde durch die Schlacht bei Bautzen nicht viel verändert; die Franzosen hatten Vortheile, die doch nicht entscheidend waren, mit ungeheuren Verlusten erkämpft; der Anblick des Schlachtfeldes selbst, das von der Tapferkeit der preußischen Armee Zeugniß gab, machte sie erzittern. Es waren die beiden noch heranwachsenden Generationen, die aus Frankreich herangezogenen Conscribirten des folgenden Jahres und die aus ihren Schulen herbeigekommene preußische Jugend, die hier den Kampf um die Zukunft durchfochten. „Welch ein Krieg", hörte man die Franzosen bei dem Anblick des Schlachtfeldes sagen, „wir werden hier alle bleiben." Napoleon war erstaunt, daß man nach einer überaus mörderischen Schlacht doch keine Gefangene einbringe. Und indem er mit der preußisch-russischen Arrieregarde in ein Gefecht gerieth, mußt: er erleben, daß der Gefährte seiner Siege und seiner Politik, Großmarschall Duroc, nachdem er noch eben mit ihm gesprochen hatte, tödtlich verwundet wurde. Wie einst bei Jena und Auerstädt der Tod einiger seiner vornehm-

sten Gegner, so machte jetzt der Verlust einiger seiner tapfersten Gefährten einen tiefen Eindruck auf ihn. In einem von den Garden gebildeten Karré sah man ihn vor seinem Zelt sitzen, mit gesenktem Kopfe, die Arme ineinandergeschlagen, im tiefsten Stillschweigen[1]). Unter seinen Soldaten gab sich eine freudige Aufregung kund, als ein Parlamentär von den Verbündeten erschien. Die Franzosen wünschten Waffenstillstand und Frieden; sie erschraken, daß sie nur in brennende Dörfer einzogen und überall wachsenden populären Widerstand fanden; der Kaiser nahm wahr, daß man sich um ihn her nach Paris zurücksehne. Wohl gelang es ihm in Schlesien vorzudringen, eine seiner Oderfestungen zu erreichen; er nahm selbst Breslau auf einige Zeit in Besitz; allein unter den Umständen, unter denen er war, ließ sich der Krieg doch nicht fortsetzen. Auch in der Niederlausitz erlitten die Franzosen, die den Weg nach Berlin eingeschlagen, einen empfindlichen Nachtheil, der ihnen ihre Siegeshoffnungen raubte.

Fragen wir nun, welche Gesichtspunkte Napoleon unter diesen Umständen faßte, so wäre es doch aus dem erwähnten Briefe an Kaiser Franz zu viel geschlossen, wenn man annehmen wollte, daß er ernstlich an einen Congreß gedacht habe. Unerträglich wäre ihm der Einfluß geworden, den Metternich dabei erlangt hätte. In dem Moment, daß er jenen Antrag in Wien machte, hatte er doch schon eine ganz entgegengesetzte Auskunft in Aussicht genommen. Er beabsichtigte sich an Alexander zu wenden, um ihn gegen Oesterreich zu gewinnen; solle er Aufopferungen machen, so solle das lieber zu Gunsten Rußlands geschehen, das in gutem Krieg mit ihm begriffen sei, und des mit demselben verbundenen Preußen, als zu Gunsten Oesterreichs; er wolle dem Kaiser Alexander eine goldene Brücke bauen, um sich gegen die Intriguen Oesterreichs zu schützen. Caulaincourt, der diese Mission übernehmen sollte, war auch mit einigen positiven Vorschlägen, die sich besonders auf Preußen beziehen, beauftragt. Preußen sollte nun nicht mehr vernichtet werden; es sollte 4—5

1) Fain, Manuscrit de 1813. I, 425.

Millionen Einwohner behalten; aber freilich die Marken verlieren; dafür jedoch Warschau zurück erhalten; der Rheinbund würde sich bis an die Oder erstreckt haben. Doch war auch das kein fest ergriffener Gedanke. Napoleon wünschte es nochmals zu einem Zwiegespräch mit Alexander zu bringen, wie einst bei Tilsit; er hoffte, mit ihm sich über die künftige Gestaltung von Europa zu verständigen.

Napoleon bezeichnete selbst die Theilnahme Oesterreichs an dem letzten Kriege gegen Rußland als eine Verkehrtheit [1]) und suchte die Rachegefühle der Russen dagegen zu erwecken. Das war ja seine alte Politik gewesen, die großen continentalen Mächte in Entzweiung unter einander zu halten. Da Oesterreich die Vortheile zurückwies, welche er ihm, Preußen und Rußland gegenüber versprochen hatte, so dachte er sich an Rußland zu wenden, und dessen Erwerbungsgelüste im Gegensatz zu Oesterreich wachzurufen. Aber selbst ehe er noch diesen Plan gefaßt hatte, war seiner Ausführung bereits vorgebeugt worden.

Schon am 14. Mai war Stadion in dem Hauptquartier der Verbündeten angekommen. Kaiser Franz hatte ihn beauftragt, ein vollkommenes Verständniß zwischen Oesterreich und den beiden Verbündeten herbeizuführen [2]). Stadion erinnert in seinem Anschreiben an Hardenberg an die bisherigen Friedensvorschläge, die er zu einer raschen Vollendung bringen solle: denn das Heil hänge von dem glücklichen Erfolg der Mediation ab, die Oesterreich übernehme. Noch an demselben Tage hatte er eine Conferenz mit Hardenberg und legte seine Instruktionen vor. In diesen heißt es: die Absicht Oesterreichs sei auf einen haltbaren Frieden gerichtet, durch welchen die Verhältnisse der Mächte geographisch und politisch auf eine feste Grundlage basirt würden; dahin aber könne man durch eine Herstellung der alten Zu-

1) sottise.

2) Le but premier de sa mission est celui de contribuer à établir entre les cours alliées et moi l'accord le plus parfait. Kaiser Franz an König Friedrich Wilhelm, 17. Mai 1813.

stände, d. h. der Dinge, die nicht mehr sind, nicht gelangen: man müsse vielmehr darauf denken, einen Zustand herbeizuführen, der den allgemeinen Interessen entspreche. Diesen Eröffnungen, welche die Ideen der Verbündeten selbst ausdrückten, wird die Versicherung hinzugefügt: im Falle Napoleon die ihm zu machenden Friedensvorschläge zurückweise, würde sich Oesterreich auf die Seite der Verbündeten stellen, wozu es in kurzer Zeit 120,000 Mann bereit haben werde; überdies wolle es 25,000 Mann nach Italien schicken.

Eine wichtige Vorfrage war die schon besprochene, ob man auf einen allgemeinen Frieden, welcher England einschließen würde, oder nur auf einen continentalen hinarbeiten wolle. Auch Stadion erklärte, daß Oesterreich zunächst nur an einen continentalen Frieden denke und selbst isolirt seine Bemühungen dahin richten werde, einen solchen zu Stande zu bringen. Als den Hauptzweck giebt er dabei an, der französischen Macht Grenzen zu setzen, was dann gewiß auch zu dem allgemeinen Frieden führen werde. Rußland und Preußen sollen aussprechen, welche Gesichtspunkte sie ihrerseits hierüber gefaßt haben, und was sie unter dem Wort Frieden verstehen.

Stadion war zu der Erklärung ermächtigt, daß sich die politische Haltung von Oesterreich in Folge der Kriegsereignisse niemals verändern solle; aber damit vertrage es sich gar wohl, daß man die Forderungen, die man an Napoleon mache, der größeren oder geringeren Verlegenheit gemäß, in der er sich befinde, anspanne oder ermäßige; in kurzer Zeit müsse es sich entscheiden, ob Napoleon die Stimme der Vernunft und der Mäßigung hören wolle oder nicht.

Hardenberg und Nesselrode antworteten hierauf am 16. Mai durch die Angabe ihrer Friedensbedingungen. Es waren folgende: Herstellung von Oesterreich selbst, zu der Macht, die es im Jahre 1805 sowohl in Deutschland als in Italien besaß; Herstellung von Preußen in die Machtverhältnisse, in denen es sich in dieser Epoche befand, Auflösung des Rheinbundes und des Großherzogthums Warschau, Absonderung Hollands, Spaniens und Italiens

von Frankreich; mit der Annahme dieser Bedingungen müsse Napoleon zugleich den Rückzug seiner Truppen über den Rhein verbinden.

Es sind ungefähr die Gesichtspunkte, welche Preußen immer im Auge gehabt hatte, schon bei seiner Annäherung an die zweite Coalition 1799, noch mehr bei seinem Bruch mit Napoleon 1806. Den alten Anforderungen wurde nun, ohne Zweifel der russischen Auffassung gemäß, die Herstellung der alten Dynastie in Spanien und der Freiheit Italiens hinzugefügt.

Rußland und Preußen waren hierüber vollkommen einverstanden. Nach den Versicherungen, die Oesterreich so eben gegeben hatte, durfte man annehmen, daß es, wenn auch mit Vorbehalt einiger Modificationen, diese Bedingungen zu den seinigen machen werde. Es war eigentlich das fundamentale Programm der neuen Coalition, das damit aufgestellt war.

Da konnten nun die Eröffnungen, mit denen Caulaincourt beauftragt war, kein Gehör mehr finden. Man hielt nicht einmal für rathsam, ihn in dem Hauptquartier zuzulassen, weil seine Anwesenheit zu Mißverständnissen und Eifersucht Anlaß geben dürfte. Schon am 20. Mai wurde ihm gesagt, nur die vermittelnde Macht Oesterreich könne Anträge von ihm annehmen. Die zweitägige Schlacht wurde dann geschlagen. Den Tag nach derselben am 22. wurde Stadion von den beiden andern Mächten verständigt, daß sie entschlossen seien, bei den ihm vorgelegten Bedingungen zu verharren. Auf den Antrag eines Waffenstillstandes, der indeß auch von andrer Seite her durch Bubna ihnen bekannt geworden war, gingen sie ein. Es war die Ankündigung dieser Absicht, welche in der französischen Armee, wie erwähnt, so viele Sensation machte. Man hat wohl gemeint, Napoleon hätte den Krieg ohne alle Rücksicht weiter führen sollen. Aber er hatte einen militärischen und einen politischen Grund, einen Waffenstillstand zu schließen: der erste war der ungenügende Zustand seiner Kavallerie, welche verstärkt werden mußte; der andere das Verhältniß zu Oesterreich. Er war empört über die Ansprüche

von Oesterreich, die es unter der Miene von Freundschaft durchblicken ließ; er wurde inne, daß er zugleich für Italien zu fürchten habe. Sein Stiefsohn, den er dahin sandte, sollte die Maßregeln der Vertheidigung vorbereiten. Das ganze Verhältniß Oesterreichs zu den Verbündeten kannte er wohl nicht. Unter anderm aber kam es bei den Verhandlungen über den Waffenstillstand, die zu Wahlstadt begonnen und zu Pläswitz fortgesetzt wurden, zu Tage, als die Verbündeten den Zweck des Stillstandes nicht einfach so bestimmen wollten, wie der französische Bevollmächtigte vorschlug, daß nämlich die Waffenruhe dazu dienen sollte, einen Kongreß zusammenzuberufen, auf welchem man über den Frieden unterhandeln wolle; — sie amendirten dies dahin, daß der vermittelnden Macht Gelegenheit gegeben werden solle, den beiden kriegführenden Parteien Vorschläge eines gegenseitigen Friedens zu machen. Caulaincourt war nicht ermächtigt, hierauf einzugehen; denn dadurch würde eine der noch vorhandenen Hauptfragen über die Mediation von Oesterreich entschieden worden sein; er zog es vor, die Bezeichnung des Zweckes ganz fallen zu lassen. Die Verbündeten konnten dadurch nicht abgehalten werden, auf den vorgeschlagenen Stillstand einzugehen; ihnen mußte derselbe noch erwünschter sein, als dem Kaiser von Frankreich. Preußen bekam dadurch die erforderliche Zeit, um das System der Vertheidigung, Landwehr und Landsturm, erst recht ins Werk zu setzen; Rußland aber, seine Truppen in größeren kriegsbereiten Massen herbeizuziehen. Daß Oesterreich auf ihre Seite treten werde, war nach dem eingeschlagenen Gange der Unterhandlung kaum mehr zu bezweifeln: denn dem von Oesterreich ausgesprochenen Princip konnte Napoleon nun und nimmermehr beitreten. Ein Wort des französischen Bevollmächtigten, welches die constitutionelle Grenze des Kaiserthums als unverletzbar bezeichnete, war geeignet, jeden Zweifel darüber zu beseitigen.

Fünfundzwanzigstes Capitel.

Unterhandlungen während des Waffenstillstandes. Congreß zu Prag.

Der Kampf, der die Entscheidung der Weltgeschicke in sich schloß, war begonnen, aber eben in dem Augenblick, als die Zeitgenossen neue Waffenthaten erwarteten, unterbrochen worden. Die ersten Nachrichten vom Waffenstillstand erregten ein allgemeines Erstaunen, gleich als stehe demnächst ein Friede zwischen Rußland und Preußen auf der einen, Frankreich auf der andern Seite, bevor. In England brach sich die Vermuthung Bahn, daß eine partikulare, nur auf den Kontinent berechnete Abkunft zu Stande kommen werde. So verhielt es sich jedoch in der That nicht; der Waffenstillstand sollte nicht den Frieden, sondern die Fortsetzung des Krieges anbahnen. In einem nach England gerichteten Schreiben setzt Hardenberg die Gründe auseinander, durch welche der Waffenstillstand rathsam geworden sei. Es sind die folgenden: vor Allem Oesterreich, auf dessen Cooperation man zähle, habe ihn gewünscht; es wolle Zeit, die Vorbereitungen zu treffen, welche erforderlich seien, um gemeinschaftlich mit Rußland und Preußen den Krieg gegen Napoleon zu unternehmen [1]); auf die Erwartung einer solchen Verbindung sei der Rückzug der Verbündeten eben nach Schlesien berechnet gewesen; Rußland werde in Stand kommen, beträchtliche Verstärkungen

1) L'Autriche dont nous espérons toujours la coopération a désiré un armistice, vu qu'elle gagne par-là le temps d'achever ses préparatifs. Depesche an Jakobi.

aus seinem Innern heranzuziehen; Preußen aber, seine Armee, die in dem letzten Feldzuge viel verloren habe, vollzählig zu machen und durch neue Rüstungen zu verstärken. Hätte man noch weiter zurückgehen wollen, so würde man Schweidnitz aufgegeben haben, einen festen Platz, welchen man jetzt in einen formidabeln Vertheidigungsstand setzen könne. Durch den Stillstand gewinne man eine ansehnliche Gebietsstrecke, namentlich Breslau wieder. Man werde die Feindseligkeiten mit aller Energie wieder aufnehmen und über alle fernern Schritte Abrede treffen; auch der Kronprinz von Schweden werde Zeit haben, seine Armee in Deutschland zu organisiren. Hardenberg bemerkte, wie auch Kaiser Alexander gethan, daß der Stillstand auf eine zu lange Frist ausgedehnt sei; aber Napoleon habe darauf bestanden, weil er Zeit behalten wolle, seine Truppen von allen Seiten herbeizuziehen, selbst von der spanischen Grenze; er erwarte die Zeit der Erndte. Höchst unwahrscheinlich sei es, daß er auf die Bedingungen eingehen werde, welche Oesterreich ihm zu stellen vorhabe [1]); dieser Hof denke nur, alle Mittel der Negotiation zu erschöpfen, um dann vollkommen gerechtfertigt im Felde zu erscheinen.

Man würde den Engländern Unrecht thun, wenn man annehmen wollte, daß ihnen kein Verständniß für die Gesichtspunkte der Verbündeten beigewohnt habe. Schon im April hat Castlereagh in aller Form den Grundsatz ausgesprochen, daß Preußen, Oesterreich, Rußland wieder so groß und mächtig werden müßten, als sie je gewesen [2]); England müsse seinen ganzen Kredit für diese Sache einsetzen; um finanzieller Rücksichten willen dürfe es keine Zögerung eintreten lassen. Er berührte damit den Punkt, an welchem besonders dem preußischen Staate das Meiste gelegen war. „Während der Dauer des Waffenstillstandes", schreibt Har-

1) Il intriguera pour obtenir la paix d'après ses vues ou pour faire entrer les cabinets dans celles-ci au cas de la continuation de la guerre.

2) Castlereagh to Cathcart April, 8, 1813. Prussia, Austria and Russia ought to must be as powerful as they have ever been. Correspondence of Castlereagh VIII. S. 355.

denberg am 6. Juni, „werden wir Alles thun, um unsre Rüstungen zu beschleunigen. Aber aufs Dringendste brauchen wir Geld und Waffen. Wir rechnen mit Vertrauen auf die uns versprochene Hülfe von England. England allein kann unsre Anstrengungen wirksam machen. Es wird nicht auf halbem Wege stehen bleiben wollen". In diesem Sinne wurde Jakobi nochmals angewiesen, sich in London vernehmen zu lassen.

Kein Augenblick durfte versäumt werden, um den Traktat, über den man verhandelte, zum Abschluß zu bringen. Am 14. Juni ist derselbe in Reichenbach zu Stande gekommen; das Ziel, das man dabei im Auge hat, wird ganz im allgemeinen bestimmt; es ist die Herstellung der Unabhängigkeit der von Frankreich unterdrückten Staaten. Da es hiezu gehört, Preußen als Macht herzustellen, und nicht zu dulden, daß die Franzosen in Norddeutschland feste Plätze inne haben oder einen anderen Einfluß ausüben, so verspricht der König von Großbritannien, hiezu mit aller seiner Macht zu cooperiren. Für Preußen wurde die Proportion der Macht zugesagt, die es vor dem Kriege von 1806 besessen hatte. Dagegen machte Friedrich Wilhelm III sich anheischig, zur Herstellung des Hauses Braunschweig, den herzoglichen Zweig desselben eingeschlossen, in dessen alte Besitzungen mitzuwirken; der König verzichtete auf den Besitz von Hannover, den er einst mit so vielem Selbstbewußtsein ins Auge gefaßt hatte. Schon in dem Vertrag von Kalisch war dies festgesetzt worden: es war der Preis der Allianz, durch welche der Staat überhaupt als europäische Macht wieder hergestellt werden sollte: so viel vermochte nochmals die Union Hannovers mit der europäischen Großmacht England und zwar durch die Dazwischenkunft der Russen. Preußen wiederholte sein zu Kalisch gegebenes Versprechen, 80,000 Mann ins Feld zu stellen, wogegen England für das Jahr 1813 die Summe von 666,666 $^{2}/_{3}$ Pfd. St. Subsidien zu zahlen versprach. Hardenberg hielt dafür, diese Summe sei bereits zur Hälfte verfallen, und war ungehalten, daß der englische Bevollmächtigte Stewart sich nur

aus seinem Innern heranzuziehen; Preußen aber, seine Armee, die in dem letzten Feldzuge viel verloren habe, vollzählig zu machen und durch neue Rüstungen zu verstärken. Hätte man noch weiter zurückgehen wollen, so würde man Schweidnitz aufgegeben haben, einen festen Platz, welchen man jetzt in einen formidabeln Vertheidigungsstand setzen könne. Durch den Stillstand gewinne man eine ... sehnliche Gebietsstrecke, namentlich Breslau wieder. Man ... die Feindseligkeiten mit aller Energie wieder aufnehmen und ... alle fernern Schritte Abrede treffen; auch der Kronprinz ... Schweden werde Zeit haben, seine Armee in Deutschland ... nisiren. Hardenberg bemerkte, wie auch Kaiser Alexander ge... der Stillstand auf eine zu lange Frist ausgedehnt sei; aber ... habe darauf bestanden, weil er Zeit behalten wolle, ... von allen Seiten herbeizuziehen, selbst von der spani... er erwarte die Zeit der Erndte. Höchst unwahrsch... daß er auf die Bedingungen eingehen werde, w... ihm zu stellen vorhabe [1]); dieser Hof denke nur, ... Negotiation zu erschöpfen, um dann vollkommen ... Felde zu erscheinen.

Man würde den Engländern Unrecht t... nehmen wollte, daß ihnen kein Verständniß ... der Verbündeten beigewohnt habe. Schon i... in aller Form den Grundsatz ausgesproch... reich, Rußland wieder so groß und ... als sie je gewesen [2]); England müsse ... diese Sache einsetzen; um finanzieller ... keine Zögerung eintreten lassen. Er ... an welchem besonders dem preußische... war. „Während der Dauer des W...

1) Il intriguera pour obtenir la ... entrer les cabinets dans celles-ci au ...

2) Castlereagh to Cathcart ... ought to must be as powerf... Castlereagh VIII, S. 3...



e dagegen eine
i. Hätten sie
Vorgehen gegen
andschaften be-
ankreich reunirt
on. Die Dänen
gang des großen
wenn sie das bei
ne Hamburg be-
die Franzosen sicher
ader, die vor Kopen-
Frage definitiv vor-
angten, entschlossen sie
verweigern. Napoleon
Abtretung Norwegens an
, auch die Dänen die ihnen
ellten Vergrößerungen aus
aire zurückwiesen. In dem
auf die Seite von Frank-
gefaßten Entschluß, als
macht Napoleons über die
Der Kronprinz, der indeß
gab eine gewisse Unzufrieden-
worten, von denen er nicht mit der
sicht behandelt werde, zu erkennen;
man ihn über die den Stillstand be-
iten habe, entschuldigte er es, daß er
Franzosen zurückfallen ließ. Bei der
den Stillstand mit Napoleon fürchtete
Norwegen von den beiden Mächten

Mars 19. 1813. The prince declared that,
proposed Alliance, he would be contented
ic of Drontheim. Corr. of Castlereagh VIII,

zur Anzahlung einer kleinen Summe bereitwillig zeigte. Bei dem Abschluß fanden manche Contestationen statt. Der Prinz-Regent machte zwar nicht mehr auf jenes Welfenreich, aber doch im Einverständniß mit Castlereagh auf einige Vergrößerungen des Hannoverschen Territoriums Anspruch. Eine solche ward ihm auch bis auf 300,000 Einwohner zugestanden, unter dem Vorbehalt einer entsprechenden Entschädigung Preußens. Wenn unter den für Hannover bestimmten Bezirken ausdrücklich Hildesheim genannt wurde, so gab das Hardenberg doch nicht ohne die ironische Bemerkung zu, daß man das Fell des Bären theile, ehe man ihn erlegt habe[1]).

Nicht so glatt und leicht, gleichsam mit einem Scherzwort, ließ sich das Verhältniß mit Schweden erledigen, welches die nächsten Beziehungen auf die Zukunft von Norddeutschland hatte. Wir wissen: wenn England dem Kronprinzen im Einverständniß mit Rußland Norwegen zugestanden hatte, so war das nur unter der Voraussetzung geschehen, daß er es in Deutschland erobere d. h. daß er an dem großen Kriege gegen Frankreich kräftigen Antheil nehme. Bereits Anfangs März wurde ihm eine Subsidien-Zahlung von einer Million Pfd. St. versprochen, wogegen er sich anheischig machte, mit einem Heere von wenigstens 30,000 Mann nach Deutschland zu kommen und in Verbindung mit den Russen gegen den gemeinschaftlichen Feind zu agiren. Für Rußland und Preußen war es ein schwerer Entschluß, sich durch einen Pakt mit den Schweden der Mitwirkung von Dänemark zu berauben. Auch hoffte man noch die Dänen zu einer friedlichen Abkunft zu vermögen. Dafür unterhandelte damals Dolgorucky in Kopenhagen, der sogar den Dänen die Integrität ihres Gebietes in Aussicht gestellt haben soll. Der Kronprinz wurde so weit gebracht, daß er erklärte, nicht auf das gesammte Norwegen bestehen, sondern sich mit Drontheim begnügen zu wollen, dessen er aus militärisch-geographischen

1) v. Ompteda, Politischer Nachlaß III. S. 137.

Rücksichten nicht entbehren könne[1]). Den Dänen wurde dagegen eine Vergrößerung auf der Seite von Holstein zugesagt. Hätten sie das angenommen, so würde darin ein direktes Vorgehen gegen Napoleon gelegen haben, weil eine solche nur in Landschaften bestehen konnte, die er durch Senatsconsult mit Frankreich reunirt hatte; sie gehörten zu seiner 32. Militär-Division. Die Dänen zögerten sich zu entscheiden: sie meinten den Ausgang des großen Kampfes, der sich vorbereitete, abzuwarten; wenn sie das bei dem Vordringen der Verbündeten eingenommene Hamburg besetzten, so geschah das ursprünglich, um es gegen die Franzosen sicher zu stellen. Als ihnen aber endlich die Engländer, die vor Kopenhagen erschienen, und die Schweden die große Frage definitiv vorlegten, und eine peremtorische Antwort verlangten, entschlossen sie sich, die ihnen angemuthete Abtretung zu verweigern. Napoleon hatte aus Rücksicht auf Dänemark die Abtretung Norwegens an Schweden verworfen; die Folge war, daß auch die Dänen die ihnen gegen jene Abtretung in Aussicht gestellten Vergrößerungen aus Bestandtheilen des napoleonischen Empire zurückwiesen. In dem großen Conflikt stellten sich die Dänen auf die Seite von Frankreich; sie wünschten sich Glück zu dem gefaßten Entschluß, als die Ereignisse des Feldzugs die Uebermacht Napoleons über die Verbündeten zu beweisen schienen. Der Kronprinz, der indeß nach Deutschland herübergekommen, gab eine gewisse Unzufriedenheit mit der Haltung der Verbündeten, von denen er nicht mit der seinem Range gebührenden Rücksicht behandelt werde, zu erkennen; mit der Unwissenheit, in der man ihn über die den Stillstand betreffenden Verhandlungen gehalten habe, entschuldigte er es, daß er Hamburg in die Hände der Franzosen zurückfallen ließ. Bei der Nachricht von dem geschlossenen Stillstand mit Napoleon fürchtete er, daß seine Absicht auf Norwegen von den beiden Mächten

1) Thornton to Castlereagh Mars 19, 1813. The prince declared that, if Denmark would accede to the proposed Alliance, he would be contented with the cession of the Bishopric of Drontheim. Corr. of Castlereagh VIII, 344.

sten Gegner, so machte jetzt der Verlust einiger seiner tapfersten Gefährten einen tiefen Eindruck auf ihn. In einem von den Garden gebildeten Karré sah man ihn vor seinem Zelt sitzen, mit gesenktem Kopfe, die Arme ineinandergeschlagen, im tiefsten Stillschweigen[1]. Unter seinen Soldaten gab sich eine freudige Aufregung kund, als ein Parlamentär von den Verbündeten erschien. Die Franzosen wünschten Waffenstillstand und Frieden; sie erschraken, daß sie nur in brennende Dörfer einzogen und überall wachsenden populären Widerstand fanden; der Kaiser nahm wahr, daß man sich um ihn her nach Paris zurücksehne. Wohl gelang es ihm in Schlesien vorzudringen, eine seiner Oderfestungen zu erreichen; er nahm selbst Breslau auf einige Zeit in Besitz; allein unter den Umständen, unter denen er war, ließ sich der Krieg doch nicht fortsetzen. Auch in der Niederlausitz erlitten die Franzosen, die den Weg nach Berlin eingeschlagen, einen empfindlichen Nachtheil, der ihnen ihre Siegeshoffnungen raubte.

Fragen wir nun, welche Gesichtspunkte Napoleon unter diesen Umständen faßte, so wäre es doch aus dem erwähnten Briefe an Kaiser Franz zu viel geschlossen, wenn man annehmen wollte, daß er ernstlich an einen Congreß gedacht habe. Unerträglich wäre ihm der Einfluß geworden, den Metternich dabei erlangt hätte. In dem Moment, daß er jenen Antrag in Wien machte, hatte er doch schon eine ganz entgegengesetzte Auskunft in Aussicht genommen. Er beabsichtigte sich an Alexander zu wenden, um ihn gegen Oesterreich zu gewinnen; solle er Aufopferungen machen, so solle das lieber zu Gunsten Rußlands geschehen, das in gutem Krieg mit ihm begriffen sei, und des mit demselben verbundenen Preußen, als zu Gunsten Oesterreichs; er wolle dem Kaiser Alexander eine goldene Brücke bauen, um sich gegen die Intriguen Oesterreichs zu schützen. Caulaincourt, der diese Mission übernehmen sollte, war auch mit einigen positiven Vorschlägen, die sich besonders auf Preußen beziehen, beauftragt. Preußen sollte nun nicht mehr vernichtet werden; es sollte 4—5

1) Fain, Manuscrit de 1813. I, 425.

Millionen Einwohner behalten; aber freilich die Marken verlieren; dafür jedoch Warschau zurück erhalten; der Rheinbund würde sich bis an die Oder erstreckt haben. Doch war auch das kein fest ergriffener Gedanke. Napoleon wünschte es nochmals zu einem Zwiegespräch mit Alexander zu bringen, wie einst bei Tilsit; er hoffte, mit ihm sich über die künftige Gestaltung von Europa zu verständigen.

Napoleon bezeichnete selbst die Theilnahme Oesterreichs an dem letzten Kriege gegen Rußland als eine Verkehrtheit [1]) und suchte die Rachegefühle der Russen dagegen zu erwecken. Das war ja seine alte Politik gewesen, die großen continentalen Mächte in Entzweiung unter einander zu halten. Da Oesterreich die Vortheile zurückwies, welche er ihm, Preußen und Rußland gegenüber versprochen hatte, so dachte er sich an Rußland zu wenden, und dessen Erwerbungsgelüste im Gegensatz zu Oesterreich wachzurufen. Aber selbst ehe er noch diesen Plan gefaßt hatte, war seiner Ausführung bereits vorgebeugt worden.

Schon am 14. Mai war Stadion in dem Hauptquartier der Verbündeten angekommen. Kaiser Franz hatte ihn beauftragt, ein vollkommenes Verständniß zwischen Oesterreich und den beiden Verbündeten herbeizuführen [2]). Stadion erinnert in seinem Anschreiben an Hardenberg an die bisherigen Friedensvorschläge, die er zu einer raschen Vollendung bringen solle: denn das Heil hänge von dem glücklichen Erfolg der Mediation ab, die Oesterreich übernehme. Noch an demselben Tage hatte er eine Conferenz mit Hardenberg und legte seine Instruktionen vor. In diesen heißt es: die Absicht Oesterreichs sei auf einen haltbaren Frieden gerichtet, durch welchen die Verhältnisse der Mächte geographisch und politisch auf eine feste Grundlage basirt würden; dahin aber könne man durch eine Herstellung der alten Zu-

1) sottise.

2) Le but premier de sa mission est celui de contribuer à établir entre les cours alliées et moi l'accord le plus parfait. Kaiser Franz an König Friedrich Wilhelm, 17. Mai 1813.

stände, d. h. der Dinge, die nicht mehr sind, nicht gelangen: man müsse vielmehr darauf denken, einen Zustand herbeizuführen, der den allgemeinen Interessen entspreche. Diesen Eröffnungen, welche die Ideen der Verbündeten selbst ausdrückten, wird die Versicherung hinzugefügt: im Falle Napoleon die ihm zu machenden Friedensvorschläge zurückweise, würde sich Oesterreich auf die Seite der Verbündeten stellen, wozu es in kurzer Zeit 120,000 Mann bereit haben werde; überdies wolle es 25,000 Mann nach Italien schicken.

Eine wichtige Vorfrage war die schon besprochene, ob man auf einen allgemeinen Frieden, welcher England einschließen würde, oder nur auf einen continentalen hinarbeiten wolle. Auch Stadion erklärte, daß Oesterreich zunächst nur an einen continentalen Frieden denke und selbst isolirt seine Bemühungen dahin richten werde, einen solchen zu Stande zu bringen. Als den Hauptzweck giebt er dabei an, der französischen Macht Grenzen zu setzen, was dann gewiß auch zu dem allgemeinen Frieden führen werde. Rußland und Preußen sollen aussprechen, welche Gesichtspunkte sie ihrerseits hierüber gefaßt haben, und was sie unter dem Wort Frieden verstehen.

Stadion war zu der Erklärung ermächtigt, daß sich die politische Haltung von Oesterreich in Folge der Kriegsereignisse niemals verändern solle; aber damit vertrage es sich gar wohl, daß man die Forderungen, die man an Napoleon mache, der größeren oder geringeren Verlegenheit gemäß, in der er sich befinde, anspanne oder ermäßige; in kurzer Zeit müsse es sich entscheiden, ob Napoleon die Stimme der Vernunft und der Mäßigung hören wolle oder nicht.

Hardenberg und Nesselrode antworteten hierauf am 16. Mai durch die Angabe ihrer Friedensbedingungen. Es waren folgende: Herstellung von Oesterreich selbst, zu der Macht, die es im Jahre 1805 sowohl in Deutschland als in Italien besaß; Herstellung von Preußen in die Machtverhältnisse, in denen es sich in dieser Epoche befand, Auflösung des Rheinbundes und des Großherzogthums Warschau, Absonderung Hollands, Spaniens und Italiens

von Frankreich; mit der Annahme dieser Bedingungen müsse Napoleon zugleich den Rückzug seiner Truppen über den Rhein verbinden.

Es sind ungefähr die Gesichtspunkte, welche Preußen immer im Auge gehabt hatte, schon bei seiner Annäherung an die zweite Coalition 1799, noch mehr bei seinem Bruch mit Napoleon 1806. Den alten Anforderungen wurde nun, ohne Zweifel der russischen Auffassung gemäß, die Herstellung der alten Dynastie in Spanien und der Freiheit Italiens hinzugefügt.

Rußland und Preußen waren hierüber vollkommen einverstanden. Nach den Versicherungen, die Oesterreich so eben gegeben hatte, durfte man annehmen, daß es, wenn auch mit Vorbehalt einiger Modificationen, diese Bedingungen zu den seinigen machen werde. Es war eigentlich das fundamentale Programm der neuen Coalition, das damit aufgestellt war.

Da konnten nun die Eröffnungen, mit denen Caulaincourt beauftragt war, kein Gehör mehr finden. Man hielt nicht einmal für rathsam, ihn in dem Hauptquartier zuzulassen, weil seine Anwesenheit zu Mißverständnissen und Eifersucht Anlaß geben dürfte. Schon am 20. Mai wurde ihm gesagt, nur die vermittelnde Macht Oesterreich könne Anträge von ihm annehmen. Die zweitägige Schlacht wurde dann geschlagen. Den Tag nach derselben am 22. wurde Stadion von den beiden andern Mächten verständigt, daß sie entschlossen seien, bei den ihm vorgelegten Bedingungen zu verharren. Auf den Antrag eines Waffenstillstandes, der indeß auch von andrer Seite her durch Bubna ihnen bekannt geworden war, gingen sie ein. Es war die Ankündigung dieser Absicht, welche in der französischen Armee, wie erwähnt, so viele Sensation machte. Man hat wohl gemeint, Napoleon hätte den Krieg ohne alle Rücksicht weiter führen sollen. Aber er hatte einen militärischen und einen politischen Grund, einen Waffenstillstand zu schließen: der erste war der ungenügende Zustand seiner Kavallerie, welche verstärkt werden mußte; der andere das Verhältniß zu Oesterreich. Er war empört über die Ansprüche

von Oesterreich, die es unter der Miene von Freundschaft durchblicken ließ; er wurde inne, daß er zugleich für Italien zu fürchten habe. Sein Stiefsohn, den er dahin sandte, sollte die Maßregeln der Vertheidigung vorbereiten. Das ganze Verhältniß Oesterreichs zu den Verbündeten kannte er wohl nicht. Unter anderm aber kam es bei den Verhandlungen über den Waffenstillstand, die zu Wahlstadt begonnen und zu Pläswitz fortgesetzt wurden, zu Tage, als die Verbündeten den Zweck des Stillstandes nicht einfach so bestimmen wollten, wie der französische Bevollmächtigte vorschlug, daß nämlich die Waffenruhe dazu dienen sollte, einen Kongreß zusammenzuberufen, auf welchem man über den Frieden unterhandeln wolle; — sie amendirten dies dahin, daß der vermittelnden Macht Gelegenheit gegeben werden solle, den beiden kriegführenden Parteien Vorschläge eines gegenseitigen Friedens zu machen. Caulaincourt war nicht ermächtigt, hierauf einzugehen; denn dadurch würde eine der noch vorhandenen Hauptfragen über die Mediation von Oesterreich entschieden worden sein; er zog es vor, die Bezeichnung des Zweckes ganz fallen zu lassen. Die Verbündeten konnten dadurch nicht abgehalten werden, auf den vorgeschlagenen Stillstand einzugehen; ihnen mußte derselbe noch erwünschter sein, als dem Kaiser von Frankreich. Preußen bekam dadurch die erforderliche Zeit, um das System der Vertheidigung, Landwehr und Landsturm, erst recht ins Werk zu setzen; Rußland aber, seine Truppen in größeren kriegsbereiten Massen herbeizuziehen. Daß Oesterreich auf ihre Seite treten werde, war nach dem eingeschlagenen Gange der Unterhandlung kaum mehr zu bezweifeln: denn dem von Oesterreich ausgesprochenen Princip konnte Napoleon nun und nimmermehr beitreten. Ein Wort des französischen Bevollmächtigten, welches die constitutionelle Grenze des Kaiserthums als unverletzbar bezeichnete, war geeignet, jeden Zweifel darüber zu beseitigen.

Fünfundzwanzigstes Capitel.

Unterhandlungen während des Waffenstillstandes. Congreß zu Prag.

Der Kampf, der die Entscheidung der Weltgeschicke in sich schloß, war begonnen, aber eben in dem Augenblick, als die Zeitgenossen neue Waffenthaten erwarteten, unterbrochen worden. Die ersten Nachrichten vom Waffenstillstand erregten ein allgemeines Erstaunen, gleich als stehe demnächst ein Friede zwischen Rußland und Preußen auf der einen, Frankreich auf der andern Seite, bevor. In England brach sich die Vermuthung Bahn, daß eine partikulare, nur auf den Kontinent berechnete Abkunft zu Stande kommen werde. So verhielt es sich jedoch in der That nicht; der Waffenstillstand sollte nicht den Frieden, sondern die Fortsetzung des Krieges anbahnen. In einem nach England gerichteten Schreiben setzt Hardenberg die Gründe auseinander, durch welche der Waffenstillstand rathsam geworden sei. Es sind die folgenden: vor Allem Oesterreich, auf dessen Cooperation man zähle, habe ihn gewünscht; es wolle Zeit, die Vorbereitungen zu treffen, welche erforderlich seien, um gemeinschaftlich mit Rußland und Preußen den Krieg gegen Napoleon zu unternehmen [1]; auf die Erwartung einer solchen Verbindung sei der Rückzug der Verbündeten eben nach Schlesien berechnet gewesen; Rußland werde in Stand kommen, beträchtliche Verstärkungen

1) L'Autriche dont nous espérons toujours la coopération a désiré un armistice, vu qu'elle gagne par-là le temps d'achever ses préparatifs. Depesche an Jakobi.

aus seinem Innern heranzuziehen; Preußen aber, seine Armee, die in dem letzten Feldzuge viel verloren habe, vollzählig zu machen und durch neue Rüstungen zu verstärken. Hätte man noch weiter zurückgehen wollen, so würde man Schweidnitz aufgegeben haben, einen festen Platz, welchen man jetzt in einen formidabeln Vertheidigungsstand setzen könne. Durch den Stillstand gewinne man eine ansehnliche Gebietsstrecke, namentlich Breslau wieder. Man werde die Feindseligkeiten mit aller Energie wieder aufnehmen und über alle fernern Schritte Abrede treffen; auch der Kronprinz von Schweden werde Zeit haben, seine Armee in Deutschland zu organisiren. Hardenberg bemerkte, wie auch Kaiser Alexander gethan, daß der Stillstand auf eine zu lange Frist ausgedehnt sei; aber Napoleon habe darauf bestanden, weil er Zeit behalten wolle, seine Truppen von allen Seiten herbeizuziehen, selbst von der spanischen Grenze; er erwarte die Zeit der Erndte. Höchst unwahrscheinlich sei es, daß er auf die Bedingungen eingehen werde, welche Oesterreich ihm zu stellen vorhabe [1]); dieser Hof denke nur, alle Mittel der Negotiation zu erschöpfen, um dann vollkommen gerechtfertigt im Felde zu erscheinen.

Man würde den Engländern Unrecht thun, wenn man annehmen wollte, daß ihnen kein Verständniß für die Gesichtspunkte der Verbündeten beigewohnt habe. Schon im April hat Castlereagh in aller Form den Grundsatz ausgesprochen, daß Preußen, Oesterreich, Rußland wieder so groß und mächtig werden müßten, als sie je gewesen [2]); England müsse seinen ganzen Kredit für diese Sache einsetzen; um finanzieller Rücksichten willen dürfe es keine Zögerung eintreten lassen. Er berührte damit den Punkt, an welchem besonders dem preußischen Staate das Meiste gelegen war. „Während der Dauer des Waffenstillstandes", schreibt Har-

1) Il intriguera pour obtenir la paix d'après ses vues ou pour faire entrer les cabinets dans celles-ci au cas de la continuation de la guerre.

2) Castlereagh to Cathcart April, 8, 1813. Prussia, Austria and Russia ought to must be as powerful as they have ever been. Correspondence of Castlereagh VIII. S. 355.

denberg am 6. Juni, „werden wir Alles thun, um unsre Rüstungen zu beschleunigen. Aber aufs Dringendste brauchen wir Geld und Waffen. Wir rechnen mit Vertrauen auf die uns versprochene Hülfe von England. England allein kann unsre Anstrengungen wirksam machen. Es wird nicht auf halbem Wege stehen bleiben wollen". In diesem Sinne wurde Jakobi nochmals angewiesen, sich in London vernehmen zu lassen.

Kein Augenblick durfte versäumt werden, um den Traktat, über den man verhandelte, zum Abschluß zu bringen. Am 14. Juni ist derselbe in Reichenbach zu Stande gekommen; das Ziel, das man dabei im Auge hat, wird ganz im allgemeinen bestimmt; es ist die Herstellung der Unabhängigkeit der von Frankreich unterdrückten Staaten. Da es hiezu gehört, Preußen als Macht herzustellen, und nicht zu dulden, daß die Franzosen in Norddeutschland feste Plätze inne haben oder einen anderen Einfluß ausüben, so verspricht der König von Großbritannien, hiezu mit aller seiner Macht zu cooperiren. Für Preußen wurde die Proportion der Macht zugesagt, die es vor dem Kriege von 1806 besessen hatte. Dagegen machte Friedrich Wilhelm III sich anheischig, zur Herstellung des Hauses Braunschweig, den herzoglichen Zweig desselben eingeschlossen, in dessen alte Besitzungen mitzuwirken; der König verzichtete auf den Besitz von Hannover, den er einst mit so vielem Selbstbewußtsein ins Auge gefaßt hatte. Schon in dem Vertrag von Kalisch war dies festgesetzt worden: es war der Preis der Allianz, durch welche der Staat überhaupt als europäische Macht wieder hergestellt werden sollte: so viel vermochte nochmals die Union Hannovers mit der europäischen Großmacht England und zwar durch die Dazwischenkunft der Russen. Preußen wiederholte sein zu Kalisch gegebenes Versprechen, 80,000 Mann ins Feld zu stellen, wogegen England für das Jahr 1813 die Summe von 666,666⅔ Pfd. St. Subsidien zu zahlen versprach. Hardenberg hielt dafür, diese Summe sei bereits zur Hälfte verfallen, und war ungehalten, daß der englische Bevollmächtigte Stewart sich nur

zur Anzahlung einer kleinen Summe bereitwillig zeigte. Bei dem Abschluß fanden manche Contestationen statt. Der Prinz-Regent machte zwar nicht mehr auf jenes Welfenreich, aber doch im Einverständniß mit Castlereagh auf einige Vergrößerungen des Hannoverschen Territoriums Anspruch. Eine solche ward ihm auch bis auf 300,000 Einwohner zugestanden, unter dem Vorbehalt einer entsprechenden Entschädigung Preußens. Wenn unter den für Hannover bestimmten Bezirken ausdrücklich Hildesheim genannt wurde, so gab das Hardenberg doch nicht ohne die ironische Bemerkung zu, daß man das Fell des Bären theile, ehe man ihn erlegt habe[1]).

Nicht so glatt und leicht, gleichsam mit einem Scherzwort, ließ sich das Verhältniß mit Schweden erledigen, welches die nächsten Beziehungen auf die Zukunft von Norddeutschland hatte. Wir wissen: wenn England dem Kronprinzen im Einverständniß mit Rußland Norwegen zugestanden hatte, so war das nur unter der Voraussetzung geschehen, daß er es in Deutschland erobere d. h. daß er an dem großen Kriege gegen Frankreich kräftigen Antheil nehme. Bereits Anfangs März wurde ihm eine Subsidien-Zahlung von einer Million Pfd. St. versprochen, wogegen er sich anheischig machte, mit einem Heere von wenigstens 30,000 Mann nach Deutschland zu kommen und in Verbindung mit den Russen gegen den gemeinschaftlichen Feind zu agiren. Für Rußland und Preußen war es ein schwerer Entschluß, sich durch einen Pakt mit den Schweden der Mitwirkung von Dänemark zu berauben. Auch hoffte man noch die Dänen zu einer friedlichen Abkunft zu vermögen. Dafür unterhandelte damals Dolgorucky in Kopenhagen, der sogar den Dänen die Integrität ihres Gebietes in Aussicht gestellt haben soll. Der Kronprinz wurde so weit gebracht, daß er erklärte, nicht auf das gesammte Norwegen bestehen, sondern sich mit Drontheim begnügen zu wollen, dessen er aus militärisch-geographischen

1) v. Ompteda, Politischer Nachlaß III. S. 137.

Rücksichten nicht entbehren könne[1]). Den Dänen wurde dagegen eine Vergrößerung auf der Seite von Holstein zugesagt. Hätten sie das angenommen, so würde darin ein direktes Vorgehen gegen Napoleon gelegen haben, weil eine solche nur in Landschaften bestehen konnte, die er durch Senatsconsult mit Frankreich reunirt hatte; sie gehörten zu seiner 32. Militär-Division. Die Dänen zögerten sich zu entscheiden: sie meinten den Ausgang des großen Kampfes, der sich vorbereitete, abzuwarten; wenn sie das bei dem Vordringen der Verbündeten eingenommene Hamburg besetzten, so geschah das ursprünglich, um es gegen die Franzosen sicher zu stellen. Als ihnen aber endlich die Engländer, die vor Kopenhagen erschienen, und die Schweden die große Frage definitiv vorlegten, und eine peremtorische Antwort verlangten, entschlossen sie sich, die ihnen angemuthete Abtretung zu verweigern. Napoleon hatte aus Rücksicht auf Dänemark die Abtretung Norwegens an Schweden verworfen; die Folge war, daß auch die Dänen die ihnen gegen jene Abtretung in Aussicht gestellten Vergrößerungen aus Bestandtheilen des napoleonischen Empire zurückwiesen. In dem großen Conflikt stellten sich die Dänen auf die Seite von Frankreich; sie wünschten sich Glück zu dem gefaßten Entschluß, als die Ereignisse des Feldzugs die Uebermacht Napoleons über die Verbündeten zu beweisen schienen. Der Kronprinz, der indeß nach Deutschland herübergekommen, gab eine gewisse Unzufriedenheit mit der Haltung der Verbündeten, von denen er nicht mit der seinem Range gebührenden Rücksicht behandelt werde, zu erkennen; mit der Unwissenheit, in der man ihn über die den Stillstand betreffenden Verhandlungen gehalten habe, entschuldigte er es, daß er Hamburg in die Hände der Franzosen zurückfallen ließ. Bei der Nachricht von dem geschlossenen Stillstand mit Napoleon fürchtete er, daß seine Absicht auf Norwegen von den beiden Mächten

1) Thornton to Castlereagh Mars 19, 1813. The prince declared that, if Denmark would accede to the proposed Alliance, he would be contented with the cession of the Bishopric of Drontheim. Corr. of Castlereagh VIII, 344.

Indem er eines Tages mit den englischen Bevollmächtigten Cathcart und Thornton im Gespräch war, ließ sich der österreichische Minister Stadion melden: er überreichte dem Kronprinzen ein Schreiben seines Kaisers, in welchem dieser seine Freundschaft für Schweden aussprach, das jetzt mit ihm dasselbe Ziel verfolge, nämlich die allen Staaten gemeinschaftlichen Interessen zu vertheidigen; noch suche der Kaiser durch Unterhandlungen zu diesem Zweck zu gelangen; sollten diese fehlschlagen, so werde er zur Erreichung derselben zu den Waffen greifen[1]).

Längst hatten die Unterhandlungen zwischen Oesterreich und Frankreich begonnen; wir müssen ihrer mit einiger Ausführlichkeit gedenken. Von der Haltung Oesterreichs hing nun die Entwickelung der Ereignisse ab.

Durch die dynastische Verbindung mit dem Kaiser Franz hatte Napoleon Oesterreich auf immer zu fesseln gemeint; seine Gemahlin, die unter dieser Voraussetzung Kaiserin von Frankreich geworden war, brachte dieselbe mit dem Ausdruck kindlicher Liebe in jedem ihrer Briefe in Erinnerung. Damit hängt es zusammen, daß Napoleon bei seiner Abreise zur Armee der Kaiserin die Regentschaft übertragen hatte: es ist ausdrücklich gesagt worden, daß dadurch die enge Allianz zwischen Frankreich und Oesterreich in vollem Lichte hervortreten sollte. Nach der Schlacht bei Lützen, die in Paris durch eine große kirchliche Ceremonie gefeiert wurde, — sie bildete die Höhe der Stellung Marie Louisens — hat diese dem österreichischen Geschäftsträger die Besorgniß, welche das auftauchende Gerücht, als könne ihr Vater sich mit ihrem Gemahl entzweien, in ihr erweckte, auf das Lebhafteste vorgestellt. Ihre Besorgniß war nicht so sehr, daß ihr Gemahl dadurch in Verlegenheit gerathen, als daß Oesterreich unmittelbar von demselben angegriffen und über den Haufen geworfen werden könnte[2]). Die

1) Les efforts pour arriver par voie des négociations, et à leur défaut par celle des armes à un état de repos qui forme le premier besoin de l'Europe.

2) Helfert, Marie Louise, Erzherzogin von Oesterreich, Kaiserin der Franzosen S. 246.

sten Gegner, so machte jetzt der Verlust einiger seiner tapfersten Gefährten einen tiefen Eindruck auf ihn. In einem von den Garden gebildeten Karré sah man ihn vor seinem Zelt sitzen, mit gesenktem Kopfe, die Arme ineinandergeschlagen, im tiefsten Stillschweigen [1]). Unter seinen Soldaten gab sich eine freudige Aufregung kund, als ein Parlamentär von den Verbündeten erschien. Die Franzosen wünschten Waffenstillstand und Frieden; sie erschraken, daß sie nur in brennende Dörfer einzogen und überall wachsenden populären Widerstand fanden; der Kaiser nahm wahr, daß man sich um ihn her nach Paris zurücksehne. Wohl gelang es ihm in Schlesien vorzudringen, eine seiner Oderfestungen zu erreichen; er nahm selbst Breslau auf einige Zeit in Besitz; allein unter den Umständen, unter denen er war, ließ sich der Krieg doch nicht fortsetzen. Auch in der Niederlausitz erlitten die Franzosen, die den Weg nach Berlin eingeschlagen, einen empfindlichen Nachtheil, der ihnen ihre Siegeshoffnungen raubte.

Fragen wir nun, welche Gesichtspunkte Napoleon unter diesen Umständen faßte, so wäre es doch aus dem erwähnten Briefe an Kaiser Franz zu viel geschlossen, wenn man annehmen wollte, daß er ernstlich an einen Congreß gedacht habe. Unerträglich wäre ihm der Einfluß geworden, den Metternich dabei erlangt hätte. In dem Moment, daß er jenen Antrag in Wien machte, hatte er doch schon eine ganz entgegengesetzte Auskunft in Aussicht genommen. Er beabsichtigte sich an Alexander zu wenden, um ihn gegen Oesterreich zu gewinnen; solle er Aufopferungen machen, so solle das lieber zu Gunsten Rußlands geschehen, das in gutem Krieg mit ihm begriffen sei, und des mit demselben verbundenen Preußen, als zu Gunsten Oesterreichs; er wolle dem Kaiser Alexander eine goldene Brücke bauen, um sich gegen die Intriguen Oesterreichs zu schützen. Caulaincourt, der diese Mission übernehmen sollte, war auch mit einigen positiven Vorschlägen, die sich besonders auf Preußen beziehen, beauftragt. Preußen sollte nun nicht mehr vernichtet werden; es sollte 4—5

1) Fain, Manuscrit de 1813. I, 425.

Millionen Einwohner behalten; aber freilich die Marken verlieren; dafür jedoch Warschau zurück erhalten; der Rheinbund würde sich bis an die Oder erstreckt haben. Doch war auch das kein fest ergriffener Gedanke. Napoleon wünschte es nochmals zu einem Zwiegespräch mit Alexander zu bringen, wie einst bei Tilsit; er hoffte, mit ihm sich über die künftige Gestaltung von Europa zu verständigen.

Napoleon bezeichnete selbst die Theilnahme Oesterreichs an dem letzten Kriege gegen Rußland als eine Verkehrtheit [1]) und suchte die Rachegefühle der Russen dagegen zu erwecken. Das war ja seine alte Politik gewesen, die großen continentalen Mächte in Entzweiung unter einander zu halten. Da Oesterreich die Vortheile zurückwies, welche er ihm, Preußen und Rußland gegenüber versprochen hatte, so dachte er sich an Rußland zu wenden, und dessen Erwerbungsgelüste im Gegensatz zu Oesterreich wachzurufen. Aber selbst ehe er noch diesen Plan gefaßt hatte, war seiner Ausführung bereits vorgebeugt worden.

Schon am 14. Mai war Stadion in dem Hauptquartier der Verbündeten angekommen. Kaiser Franz hatte ihn beauftragt, ein vollkommenes Verständniß zwischen Oesterreich und den beiden Verbündeten herbeizuführen [2]). Stadion erinnert in seinem Anschreiben an Hardenberg an die bisherigen Friedensvorschläge, die er zu einer raschen Vollendung bringen solle: denn das Heil hänge von dem glücklichen Erfolg der Mediation ab, die Oesterreich übernehme. Noch an demselben Tage hatte er eine Conferenz mit Hardenberg und legte seine Instruktionen vor. In diesen heißt es: die Absicht Oesterreichs sei auf einen haltbaren Frieden gerichtet, durch welchen die Verhältnisse der Mächte geographisch und politisch auf eine feste Grundlage basirt würden; dahin aber könne man durch eine Herstellung der alten Zu-

1) sottise.

2) Le but premier de sa mission est celui de contribuer à établir entre les cours alliées et moi l'accord le plus parfait. Kaiser Franz an König Friedrich Wilhelm, 17. Mai 1813.

stände, d. h. der Dinge, die nicht mehr sind, nicht gelangen: man müsse vielmehr darauf denken, einen Zustand herbeizuführen, der den allgemeinen Interessen entspreche. Diesen Eröffnungen, welche die Ideen der Verbündeten selbst ausdrückten, wird die Versicherung hinzugefügt: im Falle Napoleon die ihm zu machenden Friedensvorschläge zurückweise, würde sich Oesterreich auf die Seite der Verbündeten stellen, wozu es in kurzer Zeit 120,000 Mann bereit haben werde; überdies wolle es 25,000 Mann nach Italien schicken.

Eine wichtige Vorfrage war die schon besprochene, ob man auf einen allgemeinen Frieden, welcher England einschließen würde, oder nur auf einen continentalen hinarbeiten wolle. Auch Stadion erklärte, daß Oesterreich zunächst nur an einen continentalen Frieden denke und selbst isolirt seine Bemühungen dahin richten werde, einen solchen zu Stande zu bringen. Als den Hauptzweck giebt er dabei an, der französischen Macht Grenzen zu setzen, was dann gewiß auch zu dem allgemeinen Frieden führen werde. Rußland und Preußen sollen aussprechen, welche Gesichtspunkte sie ihrerseits hierüber gefaßt haben, und was sie unter dem Wort Frieden verstehen.

Stadion war zu der Erklärung ermächtigt, daß sich die politische Haltung von Oesterreich in Folge der Kriegsereignisse niemals verändern solle; aber damit vertrage es sich gar wohl, daß man die Forderungen, die man an Napoleon mache, der größeren oder geringeren Verlegenheit gemäß, in der er sich befinde, anspanne oder ermäßige; in kurzer Zeit müsse es sich entscheiden, ob Napoleon die Stimme der Vernunft und der Mäßigung hören wolle oder nicht.

Hardenberg und Nesselrode antworteten hierauf am 16. Mai durch die Angabe ihrer Friedensbedingungen. Es waren folgende: Herstellung von Oesterreich selbst, zu der Macht, die es im Jahre 1805 sowohl in Deutschland als in Italien besaß; Herstellung von Preußen in die Machtverhältnisse, in denen es sich in dieser Epoche befand, Auflösung des Rheinbundes und des Großherzogthums Warschau, Absonderung Hollands, Spaniens und Italiens

von Frankreich; mit der Annahme dieser Bedingungen müsse Napoleon zugleich den Rückzug seiner Truppen über den Rhein verbinden.

Es sind ungefähr die Gesichtspunkte, welche Preußen immer im Auge gehabt hatte, schon bei seiner Annäherung an die zweite Coalition 1799, noch mehr bei seinem Bruch mit Napoleon 1806. Den alten Anforderungen wurde nun, ohne Zweifel der russischen Auffassung gemäß, die Herstellung der alten Dynastie in Spanien und der Freiheit Italiens hinzugefügt.

Rußland und Preußen waren hierüber vollkommen einverstanden. Nach den Versicherungen, die Oesterreich so eben gegeben hatte, durfte man annehmen, daß es, wenn auch mit Vorbehalt einiger Modificationen, diese Bedingungen zu den seinigen machen werde. Es war eigentlich das fundamentale Programm der neuen Coalition, das damit aufgestellt war.

Da konnten nun die Eröffnungen, mit denen Caulaincourt beauftragt war, kein Gehör mehr finden. Man hielt nicht einmal für rathsam, ihn in dem Hauptquartier zuzulassen, weil seine Anwesenheit zu Mißverständnissen und Eifersucht Anlaß geben dürfte. Schon am 20. Mai wurde ihm gesagt, nur die vermittelnde Macht Oesterreich könne Anträge von ihm annehmen. Die zweitägige Schlacht wurde dann geschlagen. Den Tag nach derselben am 22. wurde Stadion von den beiden andern Mächten verständigt, daß sie entschlossen seien, bei den ihm vorgelegten Bedingungen zu verharren. Auf den Antrag eines Waffenstillstandes, der indeß auch von andrer Seite her durch Bubna ihnen bekannt geworden war, gingen sie ein. Es war die Ankündigung dieser Absicht, welche in der französischen Armee, wie erwähnt, so viele Sensation machte. Man hat wohl gemeint, Napoleon hätte den Krieg ohne alle Rücksicht weiter führen sollen. Aber er hatte einen militärischen und einen politischen Grund, einen Waffenstillstand zu schließen: der erste war der ungenügende Zustand seiner Kavallerie, welche verstärkt werden mußte; der andere das Verhältniß zu Oesterreich. Er war empört über die Ansprüche

von Oesterreich, die es unter der Miene von Freundschaft durchblicken ließ; er wurde inne, daß er zugleich für Italien zu fürchten habe. Sein Stiefsohn, den er dahin sandte, sollte die Maßregeln der Vertheidigung vorbereiten. Das ganze Verhältniß Oesterreichs zu den Verbündeten kannte er wohl nicht. Unter anderm aber kam es bei den Verhandlungen über den Waffenstillstand, die zu Wahlstadt begonnen und zu Pläswitz fortgesetzt wurden, zu Tage, als die Verbündeten den Zweck des Stillstandes nicht einfach so bestimmen wollten, wie der französische Bevollmächtigte vorschlug, daß nämlich die Waffenruhe dazu dienen sollte, einen Kongreß zusammenzuberufen, auf welchem man über den Frieden unterhandeln wolle; — sie amendirten dies dahin, daß der vermittelnden Macht Gelegenheit gegeben werden solle, den beiden kriegführenden Parteien Vorschläge eines gegenseitigen Friedens zu machen. Caulaincourt war nicht ermächtigt, hierauf einzugehen; denn dadurch würde eine der noch vorhandenen Hauptfragen über die Mediation von Oesterreich entschieden worden sein; er zog es vor, die Bezeichnung des Zweckes ganz fallen zu lassen. Die Verbündeten konnten dadurch nicht abgehalten werden, auf den vorgeschlagenen Stillstand einzugehen; ihnen mußte derselbe noch erwünschter sein, als dem Kaiser von Frankreich. Preußen bekam dadurch die erforderliche Zeit, um das System der Vertheidigung, Landwehr und Landsturm, erst recht ins Werk zu setzen; Rußland aber, seine Truppen in größeren kriegsbereiten Massen herbeizuziehen. Daß Oesterreich auf ihre Seite treten werde, war nach dem eingeschlagenen Gange der Unterhandlung kaum mehr zu bezweifeln: denn dem von Oesterreich ausgesprochenen Princip konnte Napoleon nun und nimmermehr beitreten. Ein Wort des französischen Bevollmächtigten, welches die constitutionelle Grenze des Kaiserthums als unverletzbar bezeichnete, war geeignet, jeden Zweifel darüber zu beseitigen.

Fünfundzwanzigstes Capitel.

Unterhandlungen während des Waffenstillstandes. Congreß zu Prag.

Der Kampf, der die Entscheidung der Weltgeschicke in sich schloß, war begonnen, aber eben in dem Augenblick, als die Zeitgenossen neue Waffenthaten erwarteten, unterbrochen worden. Die ersten Nachrichten vom Waffenstillstand erregten ein allgemeines Erstaunen, gleich als stehe demnächst ein Friede zwischen Rußland und Preußen auf der einen, Frankreich auf der andern Seite, bevor. In England brach sich die Vermuthung Bahn, daß eine partikulare, nur auf den Kontinent berechnete Abkunft zu Stande kommen werde. So verhielt es sich jedoch in der That nicht; der Waffenstillstand sollte nicht den Frieden, sondern die Fortsetzung des Krieges anbahnen. In einem nach England gerichteten Schreiben setzt Hardenberg die Gründe auseinander, durch welche der Waffenstillstand rathsam geworden sei. Es sind die folgenden: vor Allem Oesterreich, auf dessen Cooperation man zähle, habe ihn gewünscht; es wolle Zeit, die Vorbereitungen zu treffen, welche erforderlich seien, um gemeinschaftlich mit Rußland und Preußen den Krieg gegen Napoleon zu unternehmen[1]); auf die Erwartung einer solchen Verbindung sei der Rückzug der Verbündeten eben nach Schlesien berechnet gewesen; Rußland werde in Stand kommen, beträchtliche Verstärkungen

1) L'Autriche dont nous espérons toujours la coopération a désiré un armistice, vu qu'elle gagne par-là le temps d'achever ses préparatifs. Depesche an Jakobi.

aus seinem Innern heranzuziehen; Preußen aber, seine Armee, die in dem letzten Feldzuge viel verloren habe, vollzählig zu machen und durch neue Rüstungen zu verstärken. Hätte man noch weiter zurückgehen wollen, so würde man Schweidnitz aufgegeben haben, einen festen Platz, welchen man jetzt in einen formidabeln Vertheidigungsstand setzen könne. Durch den Stillstand gewinne man eine ansehnliche Gebietsstrecke, namentlich Breslau wieder. Man werde die Feindseligkeiten mit aller Energie wieder aufnehmen und über alle fernern Schritte Abrede treffen; auch der Kronprinz von Schweden werde Zeit haben, seine Armee in Deutschland zu organisiren. Hardenberg bemerkte, wie auch Kaiser Alexander gethan, daß der Stillstand auf eine zu lange Frist ausgedehnt sei; aber Napoleon habe darauf bestanden, weil er Zeit behalten wolle, seine Truppen von allen Seiten herbeizuziehen, selbst von der spanischen Grenze; er erwarte die Zeit der Erndte. Höchst unwahrscheinlich sei es, daß er auf die Bedingungen eingehen werde, welche Oesterreich ihm zu stellen vorhabe [1]); dieser Hof denke nur, alle Mittel der Negotiation zu erschöpfen, um dann vollkommen gerechtfertigt im Felde zu erscheinen.

Man würde den Engländern Unrecht thun, wenn man annehmen wollte, daß ihnen kein Verständniß für die Gesichtspunkte der Verbündeten beigewohnt habe. Schon im April hat Castlereagh in aller Form den Grundsatz ausgesprochen, daß Preußen, Oesterreich, Rußland wieder so groß und mächtig werden müßten, als sie je gewesen [2]); England müsse seinen ganzen Kredit für diese Sache einsetzen; um finanzieller Rücksichten willen dürfe es keine Zögerung eintreten lassen. Er berührte damit den Punkt, an welchem besonders dem preußischen Staate das Meiste gelegen war. „Während der Dauer des Waffenstillstandes", schreibt Har-

1) Il intriguera pour obtenir la paix d'après ses vues ou pour faire entrer les cabinets dans celles-ci au cas de la continuation de la guerre.

2) Castlereagh to Cathcart April, 8, 1813. Prussia, Austria and Russia ought to must be as powerful as they have ever been. Correspondence of Castlereagh VIII. S. 355.

denberg am 6. Juni, „werden wir Alles thun, um unsre Rüstungen zu beschleunigen. Aber aufs Dringendste brauchen wir Geld und Waffen. Wir rechnen mit Vertrauen auf die uns versprochene Hülfe von England. England allein kann unsre Anstrengungen wirksam machen. Es wird nicht auf halbem Wege stehen bleiben wollen". In diesem Sinne wurde Jakobi nochmals angewiesen, sich in London vernehmen zu lassen.

Kein Augenblick durfte versäumt werden, um den Traktat, über den man verhandelte, zum Abschluß zu bringen. Am 14. Juni ist derselbe in Reichenbach zu Stande gekommen; das Ziel, das man dabei im Auge hat, wird ganz im allgemeinen bestimmt; es ist die Herstellung der Unabhängigkeit der von Frankreich unterdrückten Staaten. Da es hiezu gehört, Preußen als Macht herzustellen, und nicht zu dulden, daß die Franzosen in Norddeutschland feste Plätze inne haben oder einen anderen Einfluß ausüben, so verspricht der König von Großbritannien, hiezu mit aller seiner Macht zu cooperiren. Für Preußen wurde die Proportion der Macht zugesagt, die es vor dem Kriege von 1806 besessen hatte. Dagegen machte Friedrich Wilhelm III sich anheischig, zur Herstellung des Hauses Braunschweig, den herzoglichen Zweig desselben eingeschlossen, in dessen alte Besitzungen mitzuwirken; der König verzichtete auf den Besitz von Hannover, den er einst mit so vielem Selbstbewußtsein ins Auge gefaßt hatte. Schon in dem Vertrag von Kalisch war dies festgesetzt worden: es war der Preis der Allianz, durch welche der Staat überhaupt als europäische Macht wieder hergestellt werden sollte: so viel vermochte nochmals die Union Hannovers mit der europäischen Großmacht England und zwar durch die Dazwischenkunft der Russen. Preußen wiederholte sein zu Kalisch gegebenes Versprechen, 80,000 Mann ins Feld zu stellen, wogegen England für das Jahr 1813 die Summe von 666,666⅔ Pfd. St. Subsidien zu zahlen versprach. Hardenberg hielt dafür, diese Summe sei bereits zur Hälfte verfallen, und war ungehalten, daß der englische Bevollmächtigte Stewart sich nur

zur Anzahlung einer kleinen Summe bereitwillig zeigte. Bei dem Abschluß fanden manche Contestationen statt. Der Prinz-Regent machte zwar nicht mehr auf jenes Welfenreich, aber doch im Einverständniß mit Castlereagh auf einige Vergrößerungen des Hannoverschen Territoriums Anspruch. Eine solche ward ihm auch bis auf 300,000 Einwohner zugestanden, unter dem Vorbehalt einer entsprechenden Entschädigung Preußens. Wenn unter den für Hannover bestimmten Bezirken ausdrücklich Hildesheim genannt wurde, so gab das Hardenberg doch nicht ohne die ironische Bemerkung zu, daß man das Fell des Bären theile, ehe man ihn erlegt habe[1]).

Nicht so glatt und leicht, gleichsam mit einem Scherzwort, ließ sich das Verhältniß mit Schweden erledigen, welches die nächsten Beziehungen auf die Zukunft von Norddeutschland hatte. Wir wissen: wenn England dem Kronprinzen im Einverständniß mit Rußland Norwegen zugestanden hatte, so war das nur unter der Voraussetzung geschehen, daß er es in Deutschland erobere d. h. daß er an dem großen Kriege gegen Frankreich kräftigen Antheil nehme. Bereits Anfangs März wurde ihm eine Subsidien-Zahlung von einer Million Pfd. St. versprochen, wogegen er sich anheischig machte, mit einem Heere von wenigstens 30,000 Mann nach Deutschland zu kommen und in Verbindung mit den Russen gegen den gemeinschaftlichen Feind zu agiren. Für Rußland und Preußen war es ein schwerer Entschluß, sich durch einen Pakt mit den Schweden der Mitwirkung von Dänemark zu berauben. Auch hoffte man noch die Dänen zu einer friedlichen Abkunft zu vermögen. Dafür unterhandelte damals Dolgorucky in Kopenhagen, der sogar den Dänen die Integrität ihres Gebietes in Aussicht gestellt haben soll. Der Kronprinz wurde so weit gebracht, daß er erklärte, nicht auf das gesammte Norwegen bestehen, sondern sich mit Drontheim begnügen zu wollen, dessen er aus militärisch-geographischen

1) v. Ompteda, Politischer Nachlaß III. S. 137.

Rücksichten nicht entbehren könne[1]). Den Dänen wurde dagegen eine Vergrößerung auf der Seite von Holstein zugesagt. Hätten sie das angenommen, so würde darin ein direktes Vorgehen gegen Napoleon gelegen haben, weil eine solche nur in Landschaften bestehen konnte, die er durch Senatsconsult mit Frankreich reunirt hatte; sie gehörten zu seiner 32. Militär-Division. Die Dänen zögerten sich zu entscheiden: sie meinten den Ausgang des großen Kampfes, der sich vorbereitete, abzuwarten; wenn sie das bei dem Vordringen der Verbündeten eingenommene Hamburg besetzten, so geschah das ursprünglich, um es gegen die Franzosen sicher zu stellen. Als ihnen aber endlich die Engländer, die vor Kopenhagen erschienen, und die Schweden die große Frage definitiv vorlegten, und eine peremtorische Antwort verlangten, entschlossen sie sich, die ihnen angemuthete Abtretung zu verweigern. Napoleon hatte aus Rücksicht auf Dänemark die Abtretung Norwegens an Schweden verworfen; die Folge war, daß auch die Dänen die ihnen gegen jene Abtretung in Aussicht gestellten Vergrößerungen aus Bestandtheilen des napoleonischen Empire zurückwiesen. In dem großen Conflikt stellten sich die Dänen auf die Seite von Frankreich; sie wünschten sich Glück zu dem gefaßten Entschluß, als die Ereignisse des Feldzugs die Uebermacht Napoleons über die Verbündeten zu beweisen schienen. Der Kronprinz, der indeß nach Deutschland herübergekommen, gab eine gewisse Unzufriedenheit mit der Haltung der Verbündeten, von denen er nicht mit der seinem Range gebührenden Rücksicht behandelt werde, zu erkennen; mit der Unwissenheit, in der man ihn über die den Stillstand betreffenden Verhandlungen gehalten habe, entschuldigte er es, daß er Hamburg in die Hände der Franzosen zurückfallen ließ. Bei der Nachricht von dem geschlossenen Stillstand mit Napoleon fürchtete er, daß seine Absicht auf Norwegen von den beiden Mächten

1) Thornton to Castlereagh Mars 19, 1813. The prince declared that, if Denmark would accede to the proposed Alliance, he would be contented with the cession of the Bishopric of Drontheim. Corr. of Castlereagh VIII, 344.

nicht unterstützt werde. In seinem Feldlager nahm man Mißtrauen und Eifersucht gegen Rußland wahr[1]). Aber für Preußen und Rußland war seine Mitwirkung bei der Ausführung der gefaßten Pläne unentbehrlich. Die schwedische Macht, die in früheren Jahrhunderten in Deutschland oft zu Gunsten Frankreichs eingegriffen hatte, wurde jetzt unter der Bedingung, in ihrem skandinavischen Interesse befriedigt zu werden, zu dem entscheidenden Kampfe gegen Frankreich herangezogen, wie denn auch England sich sehr angelegen sein ließ, die entstehenden Mißverständnisse zu beseitigen. Der Kronprinz wurde aufgefordert, nach Schlesien zu kommen, um mit Kaiser Alexander persönlich Rücksprache zu nehmen: der bestätigte aufs Neue sein altes Versprechen. Man hat die Reflexion gemacht, daß man die Schweden, nachdem sie sich im Unglück angeschlossen, jetzt bei einer besseren Lage der Dinge nicht verlassen dürfe[2]). Der König von Preußen hätte das Zugeständniß von Norwegen lieber vermieden: Hardenberg bezeichnet die Forderung als eine unglückliche, da man dadurch der Beihülfe Dänemarks verlustig gehe. Aber Preußen war durch sein Verhältniß zu England und Rußland gebunden, und es durfte nicht etwa die Feindseligkeit eines schwedischen Heeres, das in Norddeutschland stand, auf sich ziehen. Im Juli erschien der Kronprinz von Schweden in dem Hauptquartier in Trachenberg in Schlesien und erfreute sich der besten Aufnahme von Seiten des Kaisers und des Königs.

1) Mr. Thorton to Lord Castlereagh. Stralsund June, 21, 1813. I ought not to conceal that exists a very great distrust and jealousy here. The project (to get possession of Hamburg) would have failed, if the Prince Royal, by being apprised of an intended armistice, could have Hamburg by the sudden advance of a considerable force, which the armistice would have left in savety. Correspondence of Castlereagh VIII. S. 404.

2) Castlereagh to Cathcart, April 28, 1813. We never have disguised the embarrassments of the Norwegian point; but is was an arrangement made in the day of adversity, for the preservation of Russia. That it has essentially contributed to save her, and with Russia the rest of Europe, cannot be doubted; and this must not be forgotten in the day of prosperity. Correspondence of Castlereagh VIII. S. 383.

Indem er eines Tages mit den englischen Bevollmächtigten Cathcart und Thornton im Gespräch war, ließ sich der österreichische Minister Stadion melden: er überreichte dem Kronprinzen ein Schreiben seines Kaisers, in welchem dieser seine Freundschaft für Schweden aussprach, das jetzt mit ihm dasselbe Ziel verfolge, nämlich die allen Staaten gemeinschaftlichen Interessen zu vertheidigen; noch suche der Kaiser durch Unterhandlungen zu diesem Zweck zu gelangen; sollten diese fehlschlagen, so werde er zur Erreichung derselben zu den Waffen greifen [1]).

Längst hatten die Unterhandlungen zwischen Oesterreich und Frankreich begonnen; wir müssen ihrer mit einiger Ausführlichkeit gedenken. Von der Haltung Oesterreichs hing nun die Entwickelung der Ereignisse ab.

Durch die dynastische Verbindung mit dem Kaiser Franz hatte Napoleon Oesterreich auf immer zu fesseln gemeint; seine Gemahlin, die unter dieser Voraussetzung Kaiserin von Frankreich geworden war, brachte dieselbe mit dem Ausdruck kindlicher Liebe in jedem ihrer Briefe in Erinnerung. Damit hängt es zusammen, daß Napoleon bei seiner Abreise zur Armee der Kaiserin die Regentschaft übertragen hatte: es ist ausdrücklich gesagt worden, daß dadurch die enge Allianz zwischen Frankreich und Oesterreich in vollem Lichte hervortreten sollte. Nach der Schlacht bei Lützen, die in Paris durch eine große kirchliche Ceremonie gefeiert wurde, — sie bildete die Höhe der Stellung Marie Louisens — hat diese dem österreichischen Geschäftsträger die Besorgniß, welche das auftauchende Gerücht, als könne ihr Vater sich mit ihrem Gemahl entzweien, in ihr erweckte, auf das Lebhafteste vorgestellt. Ihre Besorgniß war nicht so sehr, daß ihr Gemahl dadurch in Verlegenheit gerathen, als daß Oesterreich unmittelbar von demselben angegriffen und über den Haufen geworfen werden könnte [2]). Die

1) Les efforts pour arriver par voie des négociations, et à leur défaut par celle des armes à un état de repos qui forme le premier besoin de l'Europe.

2) Helfert, Marie Louise, Erzherzogin von Oesterreich, Kaiserin der Franzosen S. 246.

große politische Frage, auf welcher das Schicksal der Welt beruhte, die in ihr gleichsam persönlich wurde, war eben, auf welche Seite sich Oesterreich wenden; ob es in seinem bisherigen Bundesverhältniß zu Frankreich verharren oder der neuen Coalition, die im Werke war, beitreten werde. Wohl hatten die österreichischen Staatsmänner bei aller Abwendung nach der anderen Seite hin die Verbindung mit Frankreich noch nicht aufgegeben; allein sie wollten darin kein für alle Fälle verpflichtendes Verhältniß erkennen; Fürst Schwarzenberg hat wohl gesagt: die Politik hat die Verbindung gestiftet, die Politik kann sie auflösen [1]).

Eine Veränderung der Politik war nun bereits angebahnt. Wenn der Kaiser und Fürst Metternich sich Anfang Juni nach Böhmen begaben, — sie nahmen Wohnung in dem Wallenstein'schen Gitschin — so lag darin ein Ausdruck der vermittelnden Stellung, die sie zwischen den kriegführenden Mächten in diesem Augenblick einnahmen: sie wollten dem Schauplatz der Ereignisse und der Verhandlungen näher sein. Die Verbündeten begrüßten die lokale Annäherung zugleich als eine politische. Der König von Preußen forderte den Kaiser zu einem offenen und runden Uebertritt zu ihrer Sache auf: denn jeder Verzug könne für eine spätere Cooperation nachtheilig werden. Daran, daß der Kaiser ihrer Sache von ganzem Herzen anhänge, schienen die Verbündeten nicht den mindesten Zweifel zu hegen. In seinem Schreiben an den Kaiser von Rußland (8. Juni) spricht sich Kaiser Franz selbst mit Nachdruck in diesem Sinne aus; er wünsche nichts mehr, als seine militärischen Mittel mit denen der Verbündeten zu vereinigen: denn davon sei er überzeugt, daß nur in der intimsten Union und einer imponirenden Haltung der drei Mächte eine Möglichkeit ihrer Rettung liege [2]). Dabei verhehlte er jedoch nicht, daß er vor allen Dingen noch auf den

1) Fain Manuscrit de mil huit cent treize. I, 388.

2) Ce n'est que dans la plus intime union des trois puissances et dans l'attitude la plus imposante que peuvent se trouver les chances de salut pour elles.

Frieden denke. Dem König von Preußen wiederholt er die Versicherung einer warmen Theilnahme an der Wohlfahrt seiner Monarchie, fügt aber hinzu: sein vornehmster Wunsch gehe auf den Frieden. Und schon hatte Oesterreich Beschluß darüber gefaßt, welche Bedingungen es für den Frieden aufstellen wolle.

In den Conferenzen zwischen Nesselrode, der nach Gitschin gekommen war, und Metternich betonte der letztere die Gefahr, mit welcher die Uebermacht Napoleons die österreichischen Staaten bedrohe, und mahnte dazu, den Waffenstillstand zu den eifrigsten Rüstungen zu benutzen. Die Anforderungen, welche den Franzosen zuerst vorgelegt werden sollten, waren nicht eben umfassender, noch für Preußen zufriedenstellender Natur. Es sind folgende vier: das Herzogthum Warschau sollte aufgelöst werden und zur Verstärkung Preußens dienen; dieser Macht sollte auch Danzig zurückgegeben werden; Oesterreich solle die illyrischen Provinzen wieder erhalten; endlich, Napoleon auf seine 32. Militärdivision Verzicht leisten. Die Annahme dieser vier Punkte wird als eine schlechterdings festzuhaltende Bedingung für den Frieden mit Napoleon bezeichnet. Wohl ließ man von Seiten Oesterreichs verlauten, daß man geneigt sei, noch einige weiter gehende Forderungen zu befürworten; allein den Krieg wirklich zu unternehmen, war es doch nur wegen der vier genannten Bedingungen entschlossen.

Es ist wahr, daß die Existenz von Preußen durch dieselben gerettet wurde, aber doch keineswegs seine Macht; von einer eigentlichen Restauration in Deutschland waren sie noch weit entfernt, das Königreich Westfalen hätte dabei bestehen bleiben können. Kaiser Alexander bemerkte: diese Vorschläge seien dem Zweck der Wiederherstellung Preußens, welcher dahin gehe, daß es den Franzosen Widerstand leisten könne, nicht entsprechend; und auch Oesterreich selbst würde damit zu keiner haltbaren Stellung gelangen. So hat sich auch Hardenberg in einer Conferenz mit dem Grafen Stadion ausgedrückt. Metternich empfand, daß seine persönliche Einwirkung nöthig sein werde, um ein vorläufiges Verständniß herzustellen: zu Opozna hielt er am 18. Juni eine

Konferenz mit Nesselrode und Stadion. Auch mit Hardenberg, der vorlängst darauf angetragen hatte, ist er zusammengekommen [1]). Die Verbündeten hatten die Vorlegung ihrer in den Verhandlungen mit Stadion ausgesprochenen Bedingungen an Frankreich gefordert. Metternich aber wandte ein: eine solche könne nur statthaben, wenn die Bevollmächtigten der Mächte vereinigt seien; Napoleon verlange die Bedingungen der Alliirten kennen zu lernen; eben darin aber liege der Grund, sie nicht mitzutheilen, und ein Anlaß, vielmehr ihn zu drängen, selbst die Bedingungen anzugeben, unter denen er Frieden schließen wolle. Auch über die Art und Weise der vorzunehmenden Verhandlungen hat man sich vorläufig verständigt: die eigentliche Unterhandlung sollte immer zwischen Frankreich und Oesterreich gepflogen werden; die Bevollmächtigten der beiden andern Mächte sollten nur bei Oesterreich beglaubigt sein.

Und keineswegs hat man sich bei den damaligen Conferenzen auf diese vorläufigen Verabredungen beschränkt. Die Hauptsache ist die bestimmte Zusage, welche Metternich gab, Oesterreich werde in dem Fall, daß Napoleon die zwischen den Verbündeten vereinbarten Bedingungen nicht annehme, unverzüglich mit aller seiner Macht den Krieg gegen denselben beginnen [2]); die an sich ungenügenden Bedingungen bekamen dadurch eine eminente Wichtigkeit. Nur so ist es zu erklären, daß die Verbündeten in Reichenbach sich mit denselben zunächst begnügten. Nochmals brachte Nesselrode die schon einmal vorgetragenen Gründe gegen die Beschränktheit der österreichischen Bedingungen in Erinnerung; er machte auf die große Position aufmerksam, welche

1) Die Thatsache der Zusammenkunft ergiebt sich aus den Briefen Hardenbergs. Ich habe jedoch weder den Ort der Zusammenkunft, noch auch das Resultat der Unterredung ermitteln können. Ueberhaupt ist der Mangel authentischer Berichte und Protokolle über diese Lieferungen sehr fühlbar.

2) Metternich m'a dit positivement que si l'empereur Napoléon ne voulait point consentir aux bases de la paix qu'on lui proposait, l'Autriche ferait marcher sur le champ son armée contre lui. Humboldt in seiner Depesche vom 21. Mai 1813.

die drei verbündeten Mächte und ihre Heere inne hatten, so daß umfassendere Forderungen an der Stelle sein würden: Rußland, sagte er, könne nicht versprechen unter diesen Bedingungen Frieden zu schließen. Die Antwort war, daß eine solche Verpflichtung auch durch die Fassung nicht bedingt werde. Nesselrode drang dann selbst auf die wörtliche Aufnahme der Artikel in den Vertrag: denn man müsse wissen, wovon Oesterreich seine Kriegserklärung abhängig mache. Die vier Artikel sind demgemäß, nur mit einer geringen Veränderung, welche Humboldt in Vorschlag brachte, in den Vertrag der drei Mächte, der am 27. Juni in Reichenbach zu Stande kam, aufgenommen worden. Der wichtigste Artikel der Convention dürfte der sechste sein, in welchem die Verpflichtung festgesetzt wird: wenn der Krieg wieder begonnen werde, so solle das Ziel die Ausführung der von den beiden verbündeten Mächten in den Verhandlungen mit Stadion am 16. Mai ausgesprochenen Friedensbedingungen sein, wohlverstanden in ihrer vollen Ausdehnung[1]). Dieses große Zugeständniß konnte wohl mit einer vorläufigen Accession zu den österreichischen Bedingungen erwidert werden. Denn da es doch sehr wahrscheinlich war, daß Napoleon die österreichischen Vorschläge verwerfen würde, so erlangten dadurch die russisch-preußischen ein um so größeres Gewicht; Oesterreich selbst wurde dann verpflichtet, sie durchzuführen. „Wir haben", sagte Hardenberg später, „uns niemals mit jenen Bedingungen begnügt; wir haben erklärt, lieber allein ohne Oesterreich den Krieg fortsetzen zu wollen; aber es war höchst wahrscheinlich, daß Napoleon, den Frieden auf dieselben zu schließen, verweigern würde".

In der Zusammenkunft, welche Metternich eben in den Tagen der Reichenbacher Verhandlungen zu Dresden mit Napoleon hatte, stellte er das Verlangen, daß die Vermittelung Oesterreichs, die

1) La guerre une fois commencée, les trois cours alliées poseront pour but de leurs efforts communs les articles énoncés par les cabinets russe et prussien dans leurs notes du 16 mai, en leur donnant la plus grande étendue.

von den Verbündeten mit Freuden ergriffen worden, nun auch von Napoleon anerkannt würde; auch hier wurde dann festgesetzt, daß der Mediator die Eröffnungen beider Parteien empfangen und sie mit einander auszugleichen versuchen sollte. Dagegen gestand Metternich dem Kaiser gleichsam als eine Gefälligkeit eine weitere Verlängerung des Stillstandes bis zum 10. August zu. Es wird ihm nicht eben viel gekostet haben, dies zu bewilligen: denn auch die Rüstung von Oesterreich war noch bei weitem nicht vollendet. Auch die Einwilligung von Preußen und Rußland ließ sich voraussetzen, da sie noch mit den Vorbereitungen zum Kriege beschäftigt waren.[1]) Der Antrag dazu ist jedoch von Seiten Napoleons gekommen, der dadurch nur zu erkennen gab, wie ernsthaft er die Absicht hege, durch fernere umfassende Rüstungen in den Stand zu kommen, sein großes Reich mit aller Macht zu behaupten.

Wer hat nicht von dem lebhaften und selbst stürmischen Zwiegespräch gehört, das dort in Dresden im Palais Marcolini zwischen Metternich und Napoleon stattgehabt hat. Napoleon machte es dem österreichischen Minister zum Vorwurf, daß er die Integrität des französischen Empire, die doch durch die Allianz von 1812 garantirt sei, jetzt anfechte. In seiner Aufwallung hat er seine ganze Verbindung mit Oesterreich verworfen und getadelt; er erröthete nicht, darin selbst seine Vermählung mit Marie Louise einzuschließen. Die Erwähnung von den Bedingungen, die man ihm machte, erregten seinen Zorn, auch deshalb, weil ihm das Gesetz vorgeschrieben werden sollte, ihm, der bisher immer das Gesetz gegeben und auch jetzt große Siege davon getragen habe. Wir verzichten bei der Verschiedenheit der vorliegen-

1) Hardenberg antwortete, daß nur die Rücksicht auf die momentane Gefährdung von Oesterreich den König vermöge, in die Verlängerung des Waffenstillstandes zu willigen; man werde das begreiflich finden; soit que V. E. envisage l'esprit et la situation des nations qui voient leurs destinées, pour ainsi dire, suspendues, soit qu'Elle ferme ses égards sur les armées qui rassemblées sur un espace très rétréci, brûlent du désir de donner à leurs souverains de nouvelles preuves de courage, de dévouement et de patriotisme.

den Berichte darauf, diese Scene in ihrem wirklichem Verlauf darzustellen [1]).

In dem Bericht, der an den preußischen Hof gelangte, kommen noch einige Momente vor, die anderswo nicht erscheinen. Diesen Nachrichten zufolge zeigte sich Napoleon sehr aufgebracht gegen Preußen, das ihn verlassen habe. Metternich erwiderte: er vertheidige das Verhalten Preußens nicht; allein an der Erhaltung dieses Staates sei seinem Kaiser viel gelegen. Napoleon hat darauf gesagt: wenn Oesterreich neutral bleiben wolle, so mache er sich anheischig, auch nach dem Kriege, den er gegen Rußland und Preußen zu führen habe, den jetzigen Bestand Preußens zu garantiren und ihm seine Festungen zurückzugeben. Mit Rußland meinte er sich bald verständigen zu können, wenn er ihm Polen zu Gunsten des Großfürsten Constantin überlasse. Metternich wandte ein: Alexander werde das nicht annehmen; Oesterreich aber sich damit nie einverstanden erklären. Bei seinem Abschiede sagte Napoleon: er brauche einen allgemeinen Frieden und man werde sich über die Opfer, die er für einen solchen zu bringen gedenke, verwundern.

Ein allgemeiner Friede lag damals nicht in dem Interesse von England; denn darauf konnte es nicht rechnen, daß die Verbündeten die Verpflichtungen, die England in Sicilien, Spanien, Portugal eingegangen hatte, zu den ihren machen würden. Die englischen Gesandten fürchteten selbst, daß der alte Streit über das Recht der Neutralen zur Sprache käme: sie baten Kaiser Alexander inständig, desselben nicht zu gedenken; denn kein eng-

1) Die Relation von Fain (manuscrit de mil huit cent treize II. chap. IV.) ist in der Correspondenz Napoleons aufgenommen; sie hat so vieles, was der Lage des Momentes unmittelbar entspricht, daß man sie nicht verwerfen kann, trotz der Abweichungen, welche eine Relation Metternichs selbst über diese Entrevue darbietet. Schon Thiers (XVI, 51) hat diese Relation vor sich gehabt und benutzt; sie ist jetzt authentisch gedruckt. (Helfert, Marie Louise, Erzherzogin von Oesterreich, Kaiserin der Franzosen S. 363. Entretien avec Napoléon à Dresden le 28 juin 1813) und enthält einige sehr charakteristische Züge; aber sie athmet zugleich das Selbstgefühl Metternichs, welches durch den großen Erfolg der späteren Zeiten noch gehoben worden sein mag.

lischer Minister, der das Durchsuchen der neutralen Schiffe nach feindlichem Eigenthum oder dem britischer Unterthanen aufgebe, würde sich im Amte behaupten können [1]).

Dagegen lag den Engländern Alles an der Fortsetzung des kontinentalen Krieges, zu welchem Zwecke die Coalition, die man schon 1805 geplant hatte, zu Stande gebracht werden mußte. Die Engländer sagten wohl: Oesterreich wäre nicht werth, aus seiner servilen Stellung gegen Napoleon herauszukommen, wenn es nicht die Gelegenheit ergreife, wieder zu seiner alten Unabhängigkeit zu gelangen. In Prag nun mußte sich das entscheiden. Es war nicht ein eigentlicher Congreß, der nun zu Stande kam: denn Rußland und Preußen wollten von keiner unmittelbaren Verhandlung mit Napoleon hören; sie wollten nur an der Mediation Oesterreichs Theil nehmen, die jetzt auch Napoleon anerkannt hatte.

Zu diesem Zwecke kamen der russische Bevollmächtigte Anstett und der preußische Wilhelm von Humboldt am 12. Juli, der eine einige Stunden nach dem andern, in Prag an. Das herkömmliche Ceremoniell wurde zwischen den Bevollmächtigten und dem österreichischen Minister vermieden. Von Anfang an waltete ein vertrauliches Verhältniß zwischen ihnen wie zwischen ihren Höfen ob.

In einem Schreiben des Königs von Preußen an Kaiser Franz (Mitte Juli) wird auf die oft wiederholten Erklärungen des letzteren Bezug genommen, daß er die Unabhängigkeit des preußischen Staates als eine europäische Nothwendigkeit betrachte. Der König bemerkt, daß Preußen nicht unabhängig sein könne, ohne Vergrößerung in Deutschland; nur durch eine solche werde er fähig werden, auch zur Festigkeit und Ruhe der österreichischen Staaten beitragen zu können [2]). Die beiden deut-

1) The Emperor if he knows anything of England, must be convinced that no government dare sarrender the right of search for enemy's property or British subjects. Castlereagh, IX, 35.

2) Si je recommande à V. M. I. les intérêts de la Prusse, qui ne

schen Mächte, die einander so oft bekämpft hatten, betrachteten eine jede das Bestehen und die unabhängige Macht der anderen als nothwendig für sich selbst.

Mit besonderer Freundschaft und Theilnahme sprach sich Kaiser Franz, der, um den Verhandlungen zu Prag näher zu sein, nach Brandeis gegangen war, über den Kaiser Alexander aus. Er rühmte es, daß derselbe den letzten Anerbietungen Napoleons kein Gehör gegeben; komme es wieder zum Kriege, so möge sich nur Alexander nicht zu sehr in Gefahr begeben: denn seine Person sei zur Ausführung der großen Sache unentbehrlich. Noch stand aber der Entschluß zum Kriege nicht unbedingt fest bei ihm; wenigstens wollte er dem Bruche mit Napoleon Negotiationen vorangehen lassen, was auch deshalb nothwendig sei, um eine Partei in Oesterreich selbst, die nur in dem Frieden das Heil sehe, zum Schweigen zu bringen. War nun in dem österreichischen Kabinet doch noch eine gewisse Unsicherheit vorhanden, so traten zwei Umstände ein, durch welche dieselbe gehoben werden mußte. Das eine war die Nachricht von dem Siege, den Wellington am 21. Juni bei Vittoria über die Franzosen erfochten hatte. Wenn schon vor einem Jahre die Nachricht von den bei Salamanca errungenen Vortheilen der Engländer zu der Conföderation von Abo beigetragen hatte, wie viel mehr mußte die Kunde von einem neuen Siege Wellingtons, der das Schicksal der Halbinsel zu entscheiden schien, auf die Verhandlungen von Prag einwirken. Die Engländer sagten: die französische Armee sei durch denselben so vollständig aufgelöst worden, wie bei dem Rückzuge von Moskau[1]; sie fürchteten nichts mehr, als daß Napoleon stark genug werden möchte, um eine Gegenwirkung in Spanien hervorzubringen. Auch aus diesem Grunde wünschten

saurait être libre et indépendante sans un accroissement de forces aussi en Allemagne, c'est pour que, intimement lié avec V. M., je puisse aussi contribuer à la tranquillité stable et non interrompue de vos États, Sire.

1) Lord Wellington obtained a signal victory over the French army with the loss of all their artillery and with a rout as complete as the retrait from Moscou. Thornton to Castlereagh, July 12, 1813. Correspondence of Castlereagh VII. S. 4151.

sie den Ausbruch des großen Krieges in Deutschland, zu dem Alles vorbereitet wurde: Humboldt hat mehr als einmal diese Bemerkung gemacht. Napoleon schien jedoch den in Spanien erlittenen Verlust, von dem er so wenig als möglich sprach, nicht so hoch anzuschlagen. Seine Absicht war immer wie bei dem Zuge nach Rußland, der nordischen Mächte Meister zu werden und sich dann nach dem Süden zu wenden. Sein vornehmstes Augenmerk bildete auch jetzt die Durchführung des preußisch-russischen Krieges. Zu demselben sollten Frankreich und Italien alle ihre Kräfte aufbieten: die beiden Länder erschienen wie ein einziger Waffenplatz. Aber wenn man schon immer gewußt hatte, daß in Frankreich die Population doch eigentlich den Frieden wünsche, so kam das auch jetzt zu Tage: unter den Ministern Napoleons selbst regte sich die Meinung, daß seine Position unhaltbar sei. Fouché, der damals auf einer Reise von Dresden nach Italien Prag berührte, erklärte sich in demselben Sinne, wie zu Anfang des Jahres: Napoleon befinde sich in einer, so sagte er, unmöglichen Stellung; Oesterreich möge nur fest bleiben; Napoleon werde dann zuletzt nachgeben und die engeren Grenzen von Frankreich, Alpen, Pyrenäen, Rhein annehmen müssen. Fouché versicherte: dies sei die Ansicht aller vernünftigen Leute in Frankreich.

Es giebt allgemeine Vorgefühle der kommenden Ereignisse, die aus einer inneren Nothwendigkeit derselben entspringen: im Angesicht des ungeheuren Kampfes, zu dem man sich von allen Seiten in Bereitschaft stellte, brach sich die Meinung Bahn, daß das napoleonische Empire in seinem die Welt bedrohenden Umfange nicht behauptet werden könnte; nur Napoleon selbst stieß diese Idee von sich. Er ließ Woche auf Woche vergehen, ohne einen Bevollmächtigten nach Prag zu schicken; aber selbst der Gesandte, den er sich endlich ausersah, Caulaincourt theilte seine Gesinnungen mit nichten. Von dem ersten Gespräch desselben mit Metternich wird in dem russischen Berichte Folgendes erzählt[1]). Caulaincourt stellte

1) Bogdanowitsch, Geschichte des Krieges von 1813, I, 232.

die Wichtigkeit der in Spanien erlittenen Niederlage nicht in Abrede. „Was wird aus alledem?" fragte Metternich. „Ich weiß nicht", entgegnete Caulaincourt, „das hängt von persönlichem Belieben ab. Ich habe mich gefreut, auf der Reise die österreichischen Rüstungen wahrzunehmen; aber werden sie genügen, uns zur Vernunft zu bringen?" „Seien Sie ruhig", sagte Metternich, „Sie werden nach Wunsch bedient werden".

Der russische und der preußische Minister hatten bisher immer geklagt, daß ihr Aufenthalt in Prag ohne allen Nutzen sei, weil von Napoleons Seite kein Bevollmächtigter erscheine. Endlich war ein solcher eingetroffen; aber zu eigentlichen Unterhandlungen konnte es auch dann nicht kommen. Caulaincourt hatte den Vorschlag gemacht, schriftliche und mündliche Verhandlungen zu vereinigen: die beiden Bevollmächtigten aber lehnten denselben ab. Je weniger Napoleon der österreichischen Mediation Rechnung trug, desto hartnäckiger hielten die Verbündeten an derselben fest: denn das gesammte Verhältniß beruhte darauf, daß der Beitritt Oesterreichs an die Mediation geknüpft war, Napoleon aber dieselbe nichtzu ihrer vollen Wirkung gelangen lassen wollte. Er hatte einen Ausflug nach Mainz gemacht, wo er seine Gemahlin sah. Der Anblick seiner zahlreichen Truppen, die ihm auf seinem Wege begegneten, soll ihn in seinen kriegerischen Entschlüssen bestärkt haben. Er kam erst am 5. August zurück; bis zum 10., an welchem der Waffenstillstand ablief, konnte unmöglich eine eigentliche Unterhandlung zu Ende gebracht werden. Oesterreich entschloß sich, noch eine Deklaration an ihn zu richten. Die beiden Bevollmächtigten der Verbündeten, die Metternich hierüber in großer Vertraulichkeit um ihren Rath befragte, als wären sie, sagte er, österreichische Minister, waren eigentlich dagegen[1]. Aber Kaiser Franz bestand darauf: denn so sei es herkömmlich

1) Humboldt wandte ein, daß das Ultimatum doch zu weiteren Negotiationen führen könne, und daß man es in England übel nehmen werde, wenn die Verbündeten unter diesen Bedingungen Frieden schließen wollten; besonders auch deßhalb, weil von der Restitution Braunschweig-Lüneburgs nicht die Rede

und nothwendig; die österreichische Armee wäre zwar lebhaft für den Krieg; aber er wünsche auch die Population von der Unvermeidlichkeit desselben zu überzeugen.

Das Ultimatum nun, das am 8. August zu Prag abgefaßt wurde, stellte die folgenden Forderungen auf: Auflösung des Herzogthums Warschau und Erneuerung der alten Theilung desselben zwischen den drei Mächten; Zurückgabe Illyriens an Oesterreich; Herstellung Preußens bis an die Elbe; Herstellung der alten Hansestädte, mit Vorbehalt weiterer Bestimmung über die in der 32. Militär-Division begriffenen Landschaften sowie über das Protektorat des Rheinbundes; dies sollte aufgegeben und die Unabhängigkeit der unter demselben stehenden Staaten unter den Schutz der großen Mächte gestellt werden.

Man darf nicht vergessen, daß die Annahme dieser Bedingungen die übrigen Mächte, mit denen sie nicht vereinbart waren, keineswegs befriedigt haben würde; ihre Annahme hätte jedoch die Neutralität von Oesterreich zur Folge gehabt. Kaiser Franz sprach aus: diese Bedingungen seien gleich nothwendig für die österreichischen Staaten, wie für die Wohlfahrt der übrigen Mächte; er nehme keinen Anstand, sie für sein Ultimatum zu erklären, und erwarte eine Antwort, ja oder nein, in dem Verlauf des 10. August. Der Courier ist mit dieser Erklärung am 9. Nachmittags in Dresden eingetroffen. Noch an demselben Tage schrieb Napoleon darüber an seinen Bruder Jerome. Fast den meisten Eindruck scheint es auf ihn gemacht zu haben, daß man sogar die Auflösung des Rheinbundes in Antrag gebracht hatte; er sagt: der Krieg werde wieder ausbrechen; er werde Alles thun, um Oesterreich für seine unsinnigen Anmaßungen zu züchtigen[1]).

sei. Er berichtet: on me répondit que, le 11, la guerre serait toujours déclarée quelques que fussent les réponses de Napoléon; que l'empereur d'Autriche ne voulait ni alliance avec la France ni neutralité, qu'il embrassait entièrement la cause de la Prusse et de la Russie.

1) J'ai ici des forces telles que j'espère faire repentir l'Autriche de ses folles prétentions. Corr. XXVI, 27 N. 20345.

So verlief der 10. August ohne Antwort. Für diesen Fall hatten Anstett und Humboldt zwei Noten vorbereitet, die eine, um in Erinnerung zu bringen, daß ihre Mission mit dem 10. August abgelaufen sein werde, die andere, um Oesterreich aufzufordern, seinen Verpflichtungen nachzukommen. Am 11. August früh 1 Uhr sah Humboldt Metternich, der ihm mittheilte, daß keine Antwort aus Dresden gekommen sei, und daß die Kriegserklärung von Oesterreich sofort erscheinen werde, wie das denn geschah. Aus dem Manifest hebt Humboldt die Worte hervor, daß Kaiser Franz sich von den Principien, die Frankreich befolge, schon seit einiger Zeit entfernt habe, und jetzt gemeinschaftliche Sache mit den Verbündeten machen müsse, um in Europa eine feste Ordnung der Dinge, die sich behaupten könne, einzuführen.

So war die Coalition zu Stande gekommen, welche Napoleon immer zu verhindern gesucht hatte. Die früheren, von denen er oft geredet, waren nur scheinbar gewesen. Diese aber hatte eine volle Realität. Humboldt wünschte dem Staatskanzler Glück dazu, daß das Ziel, das er seit dem 4. Juni im Auge gehabt habe, nun erreicht worden sei [1]). Denn eben das war die vornehmste Ursache des Waffenstillstandes gewesen, daß man Oesterreich für den Krieg gewinnen wollte. Es war Schritt für Schritt geschehen; es ist vielleicht als der vornehmste diplomatische Erfolg zu betrachten, den Hardenberg überhaupt errungen hat; Humboldt wünschte sich selbst Glück dazu, daß er dazu beigetragen habe. Sie sehen, schreibt Hardenberg an Jakobi, daß der Waffenstillstand nicht nachtheilig für uns gewesen ist: wir haben Oesterreich gewonnen.

Was im Jahre 1805 in Potsdam, im Jahre 1807 in Bartenstein in Aussicht genommen worden, wurde im Jahre 1813 in Reichenbach und in Prag in Vollziehung gesetzt. Eine Coalition war gegründet, der es Ernst damit war, zusammenzuhalten. Preußen trat wieder als ebenbürtige Macht und mit wohlgegründeten, gewährleisteten Ansprüchen in der Reihe der europäischen Mächte auf.

1) Bei Häusser IV, 234, der einen Theil des Billets enthält, liest man, „le 4 janvier"; so heißt es auch im Original, es ist eben ein Schreibfehler

Wir haben die Conflikte, in denen das geschah, darzustellen und der thätigen Theilnahme Hardenbergs daran gerecht zu werden gesucht; aber den gigantischen Kampf, der nunmehr in seinem vollen Umfange ausbrach und über das Schicksal Europas und der Welt entscheiden sollte und entschieden hat, zu beschreiben, ist dem Verfasser dieser Geschichte nicht vergönnt. Dafür würden bei dem steten Ineinandergreifen der politischen und militärischen Ereignisse Forschungen umfassendster Art in den Archiven zu London, Wien, St. Petersburg erforderlich sein, die auszuführen er nicht mehr hoffen darf. An der Schwelle eines großen Ereignisses legt er nicht ganz gern die Feder nieder. Glück genug, wenn es ihm gelungen ist, die vorangegangene große Epoche zugleich urkundlich und lichtvoll darzustellen.

Schlußcapitel.

Zur Geschichte der Umgrenzung von Frankreich und der Rekonstruktion Preußens.

Wenn es unmöglich ist, die Begebenheiten, die nunmehr folgten, auf die bisherige Weise zu schildern, so könnte es doch rathsam erscheinen, die Hauptmomente derselben in kürzerer Fassung dem Leser vorüberzuführen; aber auch dazu sind die vorliegenden Materialien weder zuverlässig noch umfassend genug. Wir würden in den Fall kommen, das allgemein Bekannte und Angenommene zu wiederholen, ohne es prüfen zu können; bei der Größe der Begebenheiten würde dieser Mangel doppelt empfunden werden.

Bei alledem wäre es jedoch auch unthunlich, an der erreichten Stelle geradezu abzubrechen: denn im Laufe der Erzählung sind einige Fragen von universaler Bedeutung hervorgetreten, die durch den Gang der Ereignisse und die Macht der einander widerstrebenden Gegensätze mit einer Art von Nothwendigkeit gelöst worden sind. Indem wir darauf Verzicht leisten, den welthistorischen Kampf zu vergegenwärtigen, muß uns doch zum Schluß die in Folge desselben herbeigeführte Lösung dieser Fragen beschäftigen.

Die große Aufgabe, die aus der vorhergegangenen Entwicklung und dem letzten Umschlag der Dinge entsprang, lag darin, die Macht des französischen Imperiums zu brechen, ohne jedoch Frankreich selbst zu zerstören. Eine zweite, für die gesammten Weltverhältnisse vielleicht nicht weniger wichtige Angelegenheit bildete die materielle Rekonstruktion von Preußen: denn an das Nieder-

werfen des preußischen Staates hatte sich das Uebergewicht des napoleonischen Reiches geknüpft. Da dies nun wieder durch eine allgemeine Combination der europäischen Staaten vernichtet wurde, welche Stellung sollte Preußen in dem europäischen Staatensystem nehmen? Das französische Imperium mußte wieder Frankreich werden; Preußen mußte sich, da es nicht restaurirt werden konnte, wie es gewesen war, zu einer neuen Gestaltung durcharbeiten. Wie Frankreich und Preußen sich damals gestaltet haben, so sind sie seitdem mehr als fünfzig Jahre lang geblieben, beide in steter Bewegung, in naher Berührung, aber doch in unaufhörlichem Gegensatz mit einander. Den hiefür grundlegend gewordenen Verhandlungen sei noch ein Wort gewidmet.

1. Bestimmung der Grenzen von Frankreich.

Die Spannung der Geister und die allgemeinen Hoffnungen bei der großen militärischen Entscheidung im Herbste 1813 drücken sich in ein paar brieflichen Aeußerungen Hardenbergs an den Gesandten in England, Jakobi, aus. „Wir sind", schreibt er ihm am 12. Oktober 1813 aus Komotau, „am Vorabende großer Ereignisse; unsre Armeen haben das Gebirge und die Elbe überschritten; Napoleon konzentrirt sich um Leipzig, man steht sich unmittelbar gegenüber. Ein glücklicher Zwischenfall ist die Accession von Baiern. General Blücher hat eine herrliche Campagne gemacht, unsre Truppen bedecken sich mit Ruhm." Von Leipzig ruft er ihn dann am 22. zur Theilnahme an der Freude über den beispiellosen Sieg auf, der über Napoleon in den Ebenen von Leipzig erfochten worden. „Der Feind ist in voller Auflösung, man verfolgt ihn auf allen Seiten; Gott sei gelobt, ich betrachte Europa als gerettet" [1]).

Welches aber sollte nun, nachdem, wie Stein sich ausdrückt[2]), das mit Blut gekittete und durch die verruchteste Tyrannei aufgerichtete Gebäude eingestürzt war, die neue Gestaltung von Europa werden? Die bei den Verbündeten vorwaltenden Gesichtspunkte er-

1) Dieu soit loué, je regarde l'Europe comme sauvée.

2) Pertz Stein III, 516.

hellen aus ihrer Deklaration vom 1. December, daß es nicht Frankreich sei, gegen das der Krieg geführt werde, sondern die Präponderanz, welche Napoleon jenseit der Grenzen seines Reiches zum Verderben Europas und Frankreichs selbst ausgeübt habe. Ursprünglich blieb man dabei stehen, was von dem österreichischen Kabinet von jeher in Aussicht gestellt worden war, die Grenzen Frankreichs, die man die natürlichen nannte, anzuerkennen: Alpen, Pyrenäen und Rhein. In einem Antrag, welchen der französische Geschäftsträger St. Aignan in den Zimmern des österreichischen Ministers selbst geschrieben, kommt der Ausdruck vor; und ohne das Wort zu gebrauchen, hält doch Alexander in einem Schreiben an seinen Gesandten in England diese geographische Bestimmung fest.

Im Fortgang des Krieges aber wurden andere Gesichtspunkte gefaßt. Es ist allgemein angenommen worden, dazu habe die Zögerung Napoleons, die erste Grundlage anzunehmen, beigetragen. Die Sache hat aber auch noch eine andere Seite. Die Forderung der natürlichen Grenzen war der erste Akt des revolutionären Frankreichs dem verbündeten Europa gegenüber gewesen; sie enthielt den Ursprung des revolutionären Reiches selbst in sich. Aber nachdem jetzt von allen Seiten die französische Grenze überschritten und eine starke überlegene Stellung in Frankreich selbst gewonnen worden war, brach sich die Ansicht Bahn, daß man über die ersten Absichten hinaus schreiten müsse; die Siege der Revolution wollte man nicht durch entsprechende Festsetzungen auf immer bestätigen. Die Verbündeten vereinigten sich in dem Hauptquartier zu Langres, für die ferneren Verhandlungen als Grundlage festzusetzen, daß die Grenze Frankreichs so bestimmt werden sollte, wie sie vor den Revolutionskriegen im Jahre 1792 gewesen war, zugleich mit der Maßgabe, Napoleon über die zukünftige Einrichtung von Europa nur eine allgemeine Kunde zu geben, ohne ihm Einwirkungen auf dieselbe zu gestatten. Hierin lag nun die große Frage der Zukunft. Napoleon hatte im Voraus ausgesprochen, daß er diese Frankreich erniedrigenden Bedingungen nicht annehmen könne. Dagegen faßte er die Idee der

natürlichen Grenzen in ihrer weitesten Ausdehnung; er begriff darin Antwerpen und Ostende und drang darauf, daß auch England seine über Frankreich gemachten maritimen Eroberungen zurückgebe; von Italien setzte er voraus, daß das Königreich unter Prinz Eugen erhalten bleibe; von Holland, daß es wenigstens keinem Fürsten zufallen würde, der mit der in England regierenden Dynastie in Familienverbindung stehe. Indem man sich anschickte über diese Differenz mit den Waffen zu entscheiden, wurde doch auch ein Congreß zur Vereinbarung von Friedensbedingungen nach Chatillon berufen. Auf den besonderen Vorschlag Metternichs war Caulaincourt zum französischen Bevollmächtigten bestimmt worden, in Erinnerung an die friedliche Gesinnung, welche er immer kundgegeben und noch in den Verhandlungen zu Prag bewährt hatte. Von Napoleon war er nur beauftragt, zu hören, zu beobachten und Bericht zu erstatten. Er zeigte sich auch jetzt anerkennend und gerecht gegen die Verbündeten, wie er sich denn mit Bewunderung über die Tapferkeit der Preußen äußerte. Davon, wohin die Forderungen der Alliirten gehen würden, scheint er doch keine Vorstellung gehabt zu haben. Am 7. Februar 1814 wurde ihm die vornehmste derselben vorgelegt, daß nämlich Frankreich alle seine seit der Revolution gemachten Eroberungen herausgeben solle. Caulaincourt suchte den Verhandlungen eine andere Basis zu geben, indem er den Wunsch aussprach, daß man die Landschaften, deren Abtretung man von Frankreich verlange, namentlich bezeichne, zugleich mit den Abtretungen, zu denen sich England verstehe, welche letztere er als Compensationen für die ersteren ansah. Er legte dabei eine ziemlich gute Fassung an den Tag; unruhig wurde er erst, als er auf die Frage, ob eine eingehende Erklärung Frankreichs dem Blutvergießen sofort ein Ende machen werde, eine ausweichende Antwort erhielt. Denn sehr bedenklich war in diesem Augenblick die Lage Napoleons: die Preußen waren in vollem Marsch auf Paris begriffen und die französischen Kriegsvorbereitungen noch keineswegs vollendet. Die Verbündeten glaubten, ein Stillstand werde nicht zum Frieden, sondern nur zu ver-

stärkten Feindseligkeiten führen; sie suspendirten die Verhandlungen überhaupt. Caulaincourt gerieth hierüber in eine so lebhafte Aufwallung, daß er in einem Privatschreiben an den vor Kurzem in den Fürstenstand erhobenen Minister Metternich sich zur Annahme der von den Verbündeten aufgestellten Hauptbedingung bereit erklärte, wofern man unverweilt einen Waffenstillstand eintreten lasse. In dem Hauptquartier der Verbündeten wollte man keinen so unsicheren Pakt eingehen; selbst die Vortheile, welche Napoleon mit rasch organisirten militärischen Kräften über die Verbündeten, besonders aber über Blücher erfocht, machten sie nicht anderen Sinnes. Auch als die Verhandlungen am 17. Februar wieder aufgenommen wurden, wollten sie von keinem Waffenstillstand hören; sie legten vielmehr einen förmlichen Friedensentwurf vor, der, so sagten sie, in allen seinen Punkten abgewogen und so reiflich überlegt sei, daß davon keine Abweichung gestattet werden könne[1]). Zugleich hatte Lord Castlereagh die maritimen Retrocessionen bezeichnet, welche England den Franzosen machen wolle, unter Vorbehalt besonderer Verträge mit Holland, und der Behauptung des so oft und so lange bestrittenen Maltas. Caulaincourt erhob nicht gerade scharfe Einwendungen gegen die Substanz des Friedensentwurfs; aber er verlangte zu wissen, was aus dem Königreich Italien, welches keine Acquisition von Frankreich, sondern nur durch Personal-Union mit demselben verbunden sei, was ferner aus den Verbündeten des Kaisers in Deutschland, den Königen von Sachsen und Westfalen werden solle. Die Verbündeten kündigten ihm jedoch in Folge des zu Langres gefaßten Beschlusses an, daß Frankreich fortan keinen unmittelbaren Einfluß außerhalb seiner Grenzen ausüben dürfe. In einem Privatgespräch mit Humboldt bezeichnete Caulaincourt die Bedingungen als sehr hart. Humboldt stellte das in Abrede: denn Frankreich sei auch vor der Revolution innerhalb seiner

1) Il ne saurait exciter de doute, ni d'incertitude sur des termes mûrement pesés et convenus auxquels l'Europe entière veut se constituer et dans les bornes sans lesquelles elle est décidée à faire entrer la France.

alten Grenzen ein sehr mächtiges Reich gewesen; er wies zugleich darauf hin, wie erwünscht die Retrocessionen von England den Franzosen sein würden. Zum großen Mißvergnügen Caulaincourts drangen die Verbündeten jetzt auf die Bestimmung eines Termins für eine definitive Antwort. Auf den Vorschlag des französischen Gesandten selbst wurde derselbe auf den 10. März festgesetzt. Die Sitzung, die an diesem Tage stattfand, führte dann zwar nicht zu einer definitiven Antwort über Annahme oder Verwerfung, aber auch ohne dies war sie eine der entscheidenden. Caulaincourt trug darin in einer Art von politischem Memoire alle die Einwendungen vor, die man von französischer Seite gegen die Vorschläge erhob. Er kam auf die einst zu Frankfurt gemachten Anerbietungen zurück, obwohl man ihm gesagt hatte, daß die von Napoleon gegebenen Antworten viel zu unbestimmt gewesen seien, als daß man sich für daran gebunden hätte erachten können; er bemerkte besonders, daß Frankreich durch die Herstellung des Territoriums, wie es vor der Revolution bestand, in ein Verhältniß gerathe, das der indeß angewachsenen Macht der übrigen großen Staaten nicht mehr entsprechen würde: denn erst seit der Revolution sei Polen völlig aufgelöst und jede der drei Mächte durch die Theilung gewaltig verstärkt worden: seitdem sei Venedig an Oesterreich gelangt; England habe sich in Indien eines Territoriums bemächtigt, das allein mehreren europäischen Königreichen gleich sei; Frankreich, zugleich eine continentale und maritime Potenz, und genöthigt, nach beiden Seiten hin Front zu machen, würde hiezu unfähig sein. An den Zugeständnissen von England fand er Vieles auszusetzen: im Osten erhalte Frankreich zwar seine Comptoirs wieder, aber es verliere seine Souverainetätsrechte; im Westen werde es immer St. Domingo vermissen; überdies ließ er verlauten, daß die Aufhebung des Sklavenhandels eine Bedingung sei, welche sich eine unabhängige Macht nicht auflegen lassen dürfe.

Die Antwort hat in sich ein nicht geringes Interesse, indem sie doch die Möglichkeit andeutet, daß Frankreich sich in den neuen

Zustand der Dinge fügen könne. Indem die Sitzung aufgehoben wurde, zog der französische Bevollmächtigte noch ein Blatt aus seinem Portefeuille hervor, welches die Bedingungen enthielt, denen sich Napoleon in Bezug auf das übrige Europa unterwerfen wolle; er erkennt darin die Unabhängigkeit von Spanien, Italien, Deutschland, Holland ausdrücklich an. Aber den Verbündeten genügte er damit nicht, weil dabei die Existenz eines Königreichs Italien und in Deutschland Entschädigungen für Westfalen vorbehalten waren[1]). Diese Eröffnungen wurden dem Hauptquartier eingesendet, fanden aber auch dort keine Beachtung. Die Bevollmächtigten bekamen den Auftrag, auf eine bestimmte Erklärung über Annahme oder Verwerfung ihrer Vorschläge zu dringen, mit der Bemerkung, daß, wenn dies in einer festgesetzten Frist nicht geschehe, sie die Verhandlungen abbrechen würden. Das war am 13. März; doch ward dem französischen Gesandten nicht ohne Schwierigkeit bis zum 15. Zeit gelassen, einen Gegenentwurf einzubringen.

Der Moment ist noch einmal von größtem Belang: denn wenn Napoleon sich hätte entschließen können, die vorgeschlagenen Bedingungen anzunehmen, so würde er seinen Thron gerettet haben. Es war nicht viel anders als bei den Verhandlungen in Prag. Eine abschlägliche Antwort mußte nur zur Vereinigung der Coalition beitragen und ihn mehr, als je gefährden. Und seine Gesammtlage schien zu fordern, daß er sich in sein Schicksal finde. Denn von den Armeen, mit denen er in Deutschland gekämpft hatte, war nun auch die dritte, die Nordarmee, in Frankreich eingedrungen, sie hatte sich mit Blücher vereinigt; vor der starken Position, die sie bei Laon genommen, war Napoleon selbst zurückgewichen. In den niederländischen Provinzen war ein Kampf entbrannt, der zum Nachtheil der Franzosen ausschlug. Augereau hatte Bourgogne und die Franche Comté nicht behaupten können[2]); statt in die

1) La reconnaissance de l'indépendance de l'Italie exclurait tout aussi peu la continuation de la durée du royaume d'Italie que celle de l'indépendance de l'Allemagne une indemnité à donner au roi Jérome.

2) La victoire brillante du maréchal Blucher, la destruction presque

Kriegsereignisse einzugreifen, sah er sich auf die Vertheidigung von Lyon beschränkt. Indessen drangen die Engländer und Spanier in den Süden von Frankreich ein. Noch von Frankfurt aus hatte Kaiser Alexander den englischen Hof zu dieser Diversion aufgefordert, wie denn zwischen den Kriegshandlungen in dem Norden und dem Süden allezeit eine Wechselwirkung stattgefunden hat. Noch einmal wurden die Franzosen von Wellington geschlagen, Bayonne wurde eingenommen und Bordeaux gefährdet. Wenn man das Uebergewicht, das die Verbündeten dergestalt auf allen Seiten errungen hatten, erwägt, so war politisch, wie militärisch die Unterwerfung unter die Vorschläge des Friedenstraktates so gut wie geboten. Napoleon konnte sich jedoch dazu nicht entschließen: denn Frankreich der Vergrößerungen zu berauben, die es schon erlangt hatte, als er die höchste Gewalt an sich brachte, war ihm, wie er oft gesagt hat, unmöglich: er hat zwar einmal, um Paris zu retten, seinen Gesandten ermächtigt, auf die Forderungen der Verbündeten einzugehen; er hat das aber später selbst damit erklärt, daß er dann zwei Jahre nachher den Krieg wieder würde angefangen haben. Und schon hatte er diese Ermächtigung wieder zurückgezogen. Sein Gesandter Caulaincourt machte ihn darauf aufmerksam, daß die Sache eben so endigen könne, wie in Prag; sie werde so gehen, wenn der Kaiser nicht Modifikationen der in Frankfurt geschehenen Anerbietungen annehme.

Am 15. März trug nun Caulaincourt seinen Gegenentwurf vor, der noch immer auf die Frankfurter Anerbietungen gegründet war, und an der Grenzbestimmung Pyrenäen, Alpen und Rhein für Frankreich festhielt: in Bezug auf Italien und Deutschland ließ er die bisherigen Ansprüche nicht gänzlich fallen: für das Königreich Italien forderte er sehr ausgedehnte Grenzen und be-

totale du corps de Marmont, la retraite forcée de Napoléon lui-même, les avantages remportés par le général Bianchi sur le maréchal Augereau, la désorganisation qui semble menacer le corps de ce dernier, la bataille sur l'Adur qui vient à frayer le chemin dans l'intérieur de la France à Lord Wellington après qu'il a mis en route le maréchal Soult. Aus Humboldts Depeschen.

stand auf Wiederherstellung des Königs von Sachsen[1]). Auf französischer Seite scheint man doch die vorliegende Frage nicht in ihrer ganzen Präcision aufgefaßt zu haben; in den Forderungen der Alliirten wollte man noch kein Ultimatum sehen; man erwartete ein solches, über das man dann mit ihnen in weitere Verhandlungen treten werde; man hielt noch für möglich, Belgien als Entschädigung für ein Mitglied der napoleonischen Dynastie zu gewinnen. Vornehmlich sollte die unmittelbare Evakuation des ganzen französischen Territoriums der Preis des Friedens sein. So drückte sich Napoleon und der Herzog von Bassano noch zwei Tage später aus. An der Fortsetzung der Verhandlungen war ihnen unendlich viel gelegen.

Aber schon war Alles entschieden. Die Minister der Mächte sahen in dem Gegenentwurf Caulaincourts eine Antwort in einem ihren Vorschlägen entgegengesetzten Sinne: sie widerstreite ihnen in den beiden Hauptpunkten, auf die es ankomme: der Bestimmung der Grenzen von Frankreich, und dem Festhalten des französischen Einflusses jenseit derselben. Eigentlich nur um des Anstandes willen fragten die Gesandten nochmals bei ihren Höfen an, deren Entscheidung nicht auf sich warten ließ; sie erklärten die Unterhandlungen für abgebrochen, da sich Frankreich den Bedingungen nicht unterwerfen wolle, welche zur Rekonstruktion des socialen Gebäudes nothwendig seien; immer mit der Versicherung, daß kein Krieg gegen Frankreich selbst geführt werde. Eine nachträgliche Bemerkung, daß die Verbündeten auf Modifikationen der von ihnen gemachten Bedingungen einzugehen bereit seien, lehnte Caulaincourt ab, in das Protokoll aufzunehmen, weil er seine Berichte schon an Napoleon abgesendet habe. Er äußerte sich auch jetzt sehr freundschaftlich gegen Humboldt, aber er mochte wohl selbst fühlen, daß hier nichts weiter zu erreichen sei: denn nicht auf Modifikationen kam es an, sondern auf die Grundlage der Festsetzungen; die Vorschläge der Ver-

1) Le roi de Saxe sera rétabli dans la pleine et entière possession de son grand-duché. (art. X.)

bündeten und der französische Gegenentwurf ließen sich nimmermehr vereinigen[1]).

Man hat oft an dem Ernst dieser Unterhandlungen gezweifelt; und wer wollte leugnen, daß der Wechsel der Ereignisse auf dieselben Einfluß ausgeübt hat? Allein darauf ist es nicht angekommen, sondern auf den inneren Widerstreit der beiderseitigen Tendenzen. Die Absicht der Verbündeten ging dahin, den Uebergriffen der Franzosen ein Ende auf immer zu machen, ohne den Umfang des alten französischen Königreiches zu schmälern; dagegen konnte Napoleon nicht gemeint sein, die Wiederherstellung eines Zustandes anzunehmen, wie er unter dem alten Königthum bestanden hatte: sein Sinn ging auf die Behauptung der durch die Revolution gemachten Acquisitionen; er wollte das revolutionäre Imperium in Frankreich unbedingt und den Einfluß desselben auf Deutschland und Italien, wiewohl er sich hier Einschränkungen gefallen ließ, aufrecht erhalten. Ein Ausgleich war nicht möglich: denn die Prinzipien regieren die Welt und die Geschicke müssen sich vollziehen. Da Napoleon auf die Bedingungen, die man ihm machte, um eine Erneuerung seiner Weltherrschaftsversuche zu verhindern nicht eingehen wollte, noch konnte, so mußte er fallen. Nachdem er gestürzt und der französische Thron von den Bourbonen eingenommen worden war, ist man darauf zurückgekommen, einen Frieden im Sinne des von den Mächten in Chatillon vorgelegten Entwurfes abzuschließen. Die Bedingungen, die man der neuen Regierung von Frankreich vorlegte, waren in den Hauptgrundlagen eben dieselben, deren Nichtannahme die Auflösung jenes Congresses veranlaßt hatte: Beschränkung von Frankreich auf seine alten Grenzen und Exclusion seines Einflusses außerhalb derselben. In der Deklaration vom 31. März, welche nach der Einnahme von Paris erlassen wurde, sprachen die Monarchen aus: sie würden die Grenzen des

1) Die Berichte Humboldts über diesen Congreß sind die vornehmste Quelle meiner Erzählung, das letzte archivalische Aktenstück, das ich aus dieser Epoche benutzt habe.

alten Frankreichs, wie sie unter den legitimen Königen bestanden, respektiren: denn diese Form gab man dann der aufgelegten Hauptbedingung. Aber sie ließen doch erwarten, daß sie noch einiges mehr zugestehen würden, weil man so starke Garantieen, wie sie gegen den Ehrgeiz Napoleons nothwendig gewesen wären, nicht länger brauche. Die Hauptsache war nun, wie weit Concessionen dieser Art gehen werden. Die Verbündeten erklärten einmüthig, daß Frankreich weder Belgien, noch auch das linke Rheinufer behalten könne. Das ward jetzt von den zum Frieden geneigten Franzosen selbst befürwortet: denn Frankreich bedürfe eines langen und dauerhaften Friedens; ein solcher aber sei nicht möglich, wenn es Belgien behalte, wodurch sich England, noch auch das linke Rheinufer, wodurch sich Deutschland bedroht fühlen würde. Rücksichten auf die französische Industrie ließen den Verlust von Belgien weniger empfindlich erscheinen. Von Mainz gestand man ein, daß es, wenn es in französischen Händen bleibe, für Deutschland, welches bis an die Elbe keine bedeutenden Festungen besitze, sehr gefährlich sein würde [1]. Man muß das in Erinnerung bringen, weil grade von dieser Besitznahme die Eroberungspolitik von Frankreich ausgegangen war [2]. Nach Süd-Osten machten die Franzosen gegen die Herstellung der alten Grenzen auch deßhalb keine Einwendungen, weil die Restauration des Königs von Sardinien in Savoyen den Bourbons der verwandtschaftlichen Verhältnisse wegen selbst am Herzen lag. Dagegen brachten sie auf eine doch sehr unbestimmte, vage Zusage gestützt, eine große Erweiterung ihrer früheren Grenzen im Nordosten in Antrag: sie forderten Mons, Namur, Luxemburg Aber dies wären eben Positionen gewesen, von denen sich nicht sowohl eine Vertheidigung der französischen Grenzen, als vielmehr eine Invasion der Nachbarlande hätte erwarten lassen; das Königreich der Niederlande würde dabei unmöglich haben konstituirt werden können. Die Ver-

1) Bignon, 14, 97 flg. aus einem von Talleyrand durchgesehenen, wahrscheinlich von La Besnardiere verfaßten Aufsatz.

2) Vergl. Band I. S. 152.

bündeten haben auf dieser Grundlage nicht einmal verhandelt; doch wurden den Franzosen einige Modifikationen der Grenze bewilligt, die ihnen immer erwünscht waren. Auch an der Schweizer Grenze und in Savoyen erlangten sie Vergrößerungen; die Reunion von Montbeliard und Avignon wurde ihnen zugestanden. Der Hauptgrundsatz aber, der in Langres festgesetzt und in Chatillon in Vorschlag gebracht worden war, wurde im Pariser Frieden durchgeführt. Fast noch entschiedener geschah das mit den Vorschlägen, welche England in Chatillon für die maritimen Verhältnisse gemacht hatte[1]). Die Franzosen hatten wenigstens Isle de France zu retten gehofft; die Engländer bestanden darauf, daß ihnen Alles angehören müsse, was den Weg nach Indien sichere; von Isle de France her waren sie aber in Ostindien öfter angegriffen worden. Napoleon hatte das Cap der guten Hoffnung, eine holländische Besitzung, den Engländern niemals einräumen wollen; sie ließen es sich jetzt nicht wieder entreißen: denn zwar eine kommerzielle Entwicklung sollte den Franzosen und ihren früheren Verbündeten vergönnt werden, aber nicht eine feste Position, welche die englische Seeherrschaft beeinträchtigen könnte. Das indische Reich, das sie im Gegensatz mit den Franzosen erobert hatten, wollten sie, ungestört von den europäischen Mächten, behaupten. So wurde der Friede am 30. Mai 1814 zu Paris vereinbart: Frankreich sollte ein ebenbürtiges Mitglied des europäischen Staatensystems werden, aber es nicht mehr mit seiner Präponderanz belästigen oder mit seiner Herrschaft bedrohen.

Auf den ersten Blick könnte es als ein Widerspruch erscheinen, wenn der legitime König hergestellt und dabei doch eine Konstitution angekündigt und dann ins Werk gesetzt wurde, welche die Macht desselben wesentlich beschränkte. Aber wir wissen: damit hatte man sich schon vor dem Beginn der Revolutionskriege beschäftigt; die europäischen Mächte selbst hatten es schon damals gewünscht, dahin war die Idee des alten Fürsten Kaunitz gegangen; nunmehr

1) Bignon 14, 112 Toutes les stipulations anglaises du projet présenté le 17 février à Châtillon passèrent dans la paix de Paris.

war es eine unbedingte Nothwendigkeit geworden. Es war die Bedingung, unter welcher die französische Nation die Pacification annahm. Aber diese Bestimmung sanktionirte doch wiederum gleichsam das revolutionäre Element; die Verbindung von Legitimität und Revolution, die in der constitutionellen Verfassung liegt, ist der Punkt geworden, an welchem die neue welthistorische Entwicklung anknüpfte. Napoleon und der Geist der Eroberung waren besiegt, aber nicht die Revolution und ihre innern Tendenzen.

In dem Frieden mit Frankreich war als ein besonderer und geheimer Artikel auch der zweite Hauptgrundsatz beigefügt, daß nämlich Frankreich sich nicht in die Einrichtung der europäischen Angelegenheiten außerhalb seiner Grenzen mischen sollte; diese wurden als eine Sache der vier großen alliirten Mächte betrachtet.

Wir können nicht im Einzelnen nachweisen, welchen Antheil Hardenberg an jeder der getroffenen Festsetzungen hatte, aber die ganze Entwicklung, deren Resultat sie waren, beruhte auf der politischen Haltung, welche der preußische Staat unter seiner Leitung genommen hatte. Welch ein großartiger Fortschritt von jenem Moment, in welchem Preußen daran war, noch eine von den ihm in dem unglücklichen Frieden zu Tilsit gelassenen Provinzen aufzugeben, im Frühjahr 1810; bis zu dem, in welchem es sich im Frühjahr 1814 befand, nachdem Napoleon gestürzt und die Entscheidung über die Geschicke des Continents an die Coalition gekommen war, an deren Gründung Hardenberg den wirksamsten Antheil genommen hatte. Der König erkannte das eminente Verdienst seines Staatskanzlers durch die Erhebung desselben in den Fürstenstand an: doch will er das nicht als eine Belohnung betrachtet wissen; er sagt, die Belohnung Hardenbergs liege in der Entwicklung der Weltbegebenheiten, zu der er rastlos beigetragen habe. Noch aber war nicht die ganze Pflicht des preußischen Staatskanzlers erfüllt. Preußen mußte erst in dem Sinne, den die geschlossenen Verträge andeuteten, zu seiner Rekonstruktion gelangen.

Ich will die Geschichte davon nicht schreiben, sondern nur die Thatsachen in aller Kürze in Erinnerung bringen.

2. Rekonstruktion von Preußen.

In dem Kampf mit Napoleon hatten die europäischen Mächte jede ihre besondere Stellung genommen. Da wurde Norwegen von Schweden gewonnen, die Zurückgabe Hannovers an den König von England festgesetzt, die Unabhängigkeit der Niederlande eingeleitet; Oesterreich breitete seine Herrschaft über Italien aus. Die vornehmste der unentschiedenen Fragen betraf das Verhältniß Rußlands zu Polen und den durch Verträge gesicherten Anspruch Preußens zu einer seiner Macht von 1805 entsprechenden Vergrößerung zu gelangen. Denn auf das Engste hingen beide zusammen; es war die erste Idee, welche Alexander in der Unterredung mit Boyen ausgesprochen hatte, daß Preußen nicht geradezu in den alten Besitz wiederhergestellt werden, aber eine der früheren gleichbedeutende Machtstellung erlangen solle. Diese Zusage war bei der Kapitulation von Tauroggen wiederholt und bei der Allianz von Kalisch festgehalten worden. Die polnisch-preußischen Provinzen behielt Alexander seiner weiteren Verfügung vor und stellte dagegen gleich im ersten Augenblick für Preußen die Erwerbung von Sachsen in Aussicht. Dabei blieb es nun um so mehr, da der König von Sachsen an dem Kriege gegen Napoleon nicht allein nicht Antheil genommen, sondern sich auf dessen Seite gestellt hatte und in der entscheidenden Schlacht von Leipzig mitten in der Stadt zum Gefangenen gemacht wurde, während ein Theil der sächsischen Truppen zu den Verbündeten überging. Im Laufe der kriegerischen Ereignisse glaubte man ein Recht der Verfügung über diese Länder durch die Gewalt der Waffen erworben zu haben, so gut wie über die anderen dem französischen Imperator abgerungenen Gebiete. Die Sache hatte nun aber zwei sehr verschiedene Seiten.

Als im Spätjahr 1814 die Fürsten und die Diplomaten in Wien zu jenem Congreß zusammenkamen, welcher die allgemeinen

Angelegenheiten durch allgemeine Uebereinkunft regeln sollte, trat vor allem Anderen die Besorgniß vor dem Umsichgreifen von Rußland zu Tage. Kaiser Alexander gab die Absicht zu erkennen, Polen mit Rußland zu vereinigen, wie Ungarn mit Oesterreich vereinigt sei, und nahm Grenzen für sich in Anspruch, die mit ihren einspringenden Winkeln die Sicherheit von Oesterreich sowohl wie von Preußen gefährdeten[1]). Die Herstellung des Königreichs Polen schien überdieß dahin führen zu müssen, daß auch die für Oesterreich und Preußen vorbehaltenen polnischen Landestheile durch die Idee der Nationalität, die in dem Königreich repräsentirt sein würde, diesen Staaten wieder entfremdet werden möchten. Man sah in der Stellung, welche Rußland nahm, eine Gefährdung des europäischen Gleichgewichtes, was besonders in England Mißbehagen erweckte: denn dazu hatte man ja die Waffen in die Hand genommen, um die gegenseitige Unabhängigkeit der europäischen Staaten zu sichern; diese Idee aber, die so eben in Frankreich triumphirt hatte, wäre nun wieder von Rußland in Frage gestellt worden. In England machte man die Reflektion, daß, wenn Preußen ansehnlich vergrößert werde, nicht aber zugleich eine sichere Grenze gegen Rußland erlange, also von Rußland abhängig bliebe, das allgemeine Staatenverhältniß vollkommen unhaltbar werden würde[2]).

In der Natur der Verhältnisse lag, daß Oesterreich seiner vor und bei dem Kriege beobachteten Politik gemäß den Einwendungen Englands hiegegen beitrat; es verlangte eine volle Sicherheit seiner polnischen Provinzen und seiner Grenze Rußland gegenüber.

In den ersten Wochen der großen Zusammenkunft suchten nun die beiden Mächte Preußen für sich zu gewinnen, um es zu einer gemeinschaftlichen Opposition gegen Rußland zu vermögen,

1) Denkschrift Steins an Kaiser Alexander vom 6. Oktober 1814, bei Pertz Stein IV, 164.

2) Castlereagh nahm an, Rußland werde zwei Drittel des alten Polens, mit sich vereinigen; die Polen zu einem Kriegswerkzeug in einer einzigen Hand zu machen, würde eine Bedrohung der allgemeinen Ruhe involviren.

für die sich denn auch insofern Vieles sagen ließ, als auch für Preußen eine sichere Grenze nach Osten hin unbedingt nothwendig war. Auch seinerseits wollte es die polnischen Gebiete, die ihm noch übrig blieben, nicht unter den Einfluß des neuen Königreichs Polen gerathen lassen. Es ist deßhalb sehr erklärlich, wenn Preußen den Kundgebungen der beiden andern Mächte gegen die russischen Pläne beistimmte. Man meinte, auf den russischen Kaiser durch die Vorstellung, daß er mit seiner eignen Idee über die Unabhängigkeit Aller in Widerspruch gerathen werde, Eindruck zu machen. Daran aber, mit Rußland darüber zu brechen, dachte man doch vom ersten Augenblick an in Preußen nicht: denn es leuchtete sofort ein, daß die beiden andern Mächte auf Frankreich rekurriren würden, welches auch unter der wiederhergestellten bourbonischen Dynastie eine starke Stellung im Sinne des alten Königthums einzunehmen trachtete.

Die Opposition gegen Rußland gewann einen eigenthümlichen Charakter dadurch, daß der Minister des royalistischen Frankreich, Talleyrand, sich an die Spitze derselben zu setzen suchte. Er hat dem Kaiser Alexander geradezu gesagt: er dürfe nichts weiter behalten, als was ihm von Rechtswegen zukomme; der Kaiser antwortete: die Convenienz von Europa bilde das Recht; er werde behalten, was er habe, und es lieber zu einem Kriege kommen lassen, als es aufgeben. Einem preußischen Gesandten hat er gesagt, er habe 700,000 Mann in Kriegsbereitschaft und werde seine Stellung zu behaupten wissen. Ein Augenblick trat ein, in welchem wirklich ein Krieg von Frankreich, England und Oesterreich gegen Rußland bevorzustehen schien. Dazu aber konnte man in England den Entschluß nicht fassen. Man hat dort auf die dahin zielenden Anmuthungen geantwortet: bei einem solchen Kriege würde Holland und Flandern doch wieder der Obhut der Franzosen anvertraut werden müssen, denen man es vor Kurzem entrissen habe. Noch weniger konnte Preußen darauf eingehen: denn die so eben besiegte napoleonische Armee, die aber noch bestand, würde unter den königlichen Fahnen wieder im Felde

erschienen und zu einem neuen milititärischen Ansehen, das für Preußen unerträglich geworden wäre, gelangt sein. Auch ohne sich in eine solche Gefahr zu stürzen, ließen sich wohl genügende Grenzbestimmungen für Preußen erlangen. Und was die andre Besorgniß anlangt, die Einwirkung der Idee der polnischen Nationalität, die durch die constitutionelle Verfassung, welche Alexander dem Königreich zu geben dachte, verstärkt werden würde, so bemerkten Stein und Humboldt, daß darin eine so große Gefahr nicht liege, weil der dadurch unvermeidliche Zwiespalt zwischen Rußland und Polen die Macht des Kaisers wieder beschränke. Dazu kam dann das alte freundschaftliche Verhältniß zwischen Alexander und Friedrich Wilhelm III. Die Franzosen erzählen von einem vertraulichen Mittagsmahl, bei welchem der Kaiser dem König ihre alte Freundschaft in Erinnerung und die Aussicht auf weiteres Verständniß zur Sprache gebracht habe: sie seien beide gleichen Alters; noch lange würden sie Zeugen des Glückes sein können, das ihre Völker ihrer innigen und persönlichen Verbindung zu verdanken hätten. Worte, welche, wenn sie wirklich ausgesprochen worden sind, unwiderstehlich für Friedrich Wilhelm gewesen sein werden [1]). Da nun Preußen nicht dahin zu bringen war, gegen Rußland aufzutreten: so wurde es die Aufgabe Hardenbergs, zwischen Rußland einerseits und Oesterreich und England anderseits eine Mediation zu versuchen. Dem Kaiser Alexander legte er dar, wie gefährlich es für ihn sei, den Ausbruch eines neuen Krieges zu veranlassen. Stein verband seine Vorstellungen mit denen Hardenbergs. Allmählich zeigte sich der Kaiser, indem er die Hauptsache festhielt, nachgiebiger in dem Minderbedeutenden. Und auch auf Oesterreich übte Hardenberg eine ähnliche Einwirkung aus; Oesterreich genehmigte die Errichtung des König-

1) Weiter wage ich nicht zu gehen; namentlich bin ich über die Absicht, die Hardenberg damals gehabt haben soll, seine Entlassung zu fordern, zu keiner authentischen Aufklärung gelangt. Ich bemerke ausdrücklich, daß ich keine archivalischen Papiere, sondern nur die gedruckten Aktenstücke und Berichte über den Wiener Kongreß benutzt habe.

reichs, vorbehaltlich der geforderten Garantien, und bestand hauptsächlich im Namen der beiden deutschen Mächte auf eine Bestimmung der Grenzen, wie sie für ihre eigne Ruhe und Sicherheit erforderlich sei. Am 23. November 1814 hat Hardenberg eine Unterredung mit Kaiser Alexander gehabt, in welcher er ihm sowohl die Concessionen Oesterreichs in Bezug auf das Königreich, als dessen Forderungen in Bezug auf die Grenzen vortrug. Die deutschen Mächte hätten die Weichsel und Narew zur Grenze zu bestimmen gewünscht; da dies aber schlechterdings nicht zu erreichen war, so begnügten sie sich, Krakau und Zamosc für Oesterreich, Thorn für Preußen vorzubehalten; sie verloren nicht aus den Augen, daß ihr Interesse auch gegen Rußland vielfach ein gemeinschaftliches sei. Man kam auf die in den früheren Verhandlungen besonders von Metternich oftmals ausgesprochene Idee zurück: es komme darauf an, Oesterreich, Preußen und Deutschland so zu konstituiren, daß sie weder von Frankreich, noch von Rußland etwas zu fürchten hätten. Gegen Ost und West sollten Preußen und Oesterreich sich zu einer mitteleuropäischen Macht vereinigen.

Schon aber trat die andere Frage in den Vordergrund, bei welcher Oesterreich dem Anspruch Preußens, die ihm in den Verträgen vorbehaltene Entschädigung für die polnischen Landschaften in der Reunion Sachsens mit der Monarchie zu suchen, mit aller Entschiedenheit entgegentrat. Hardenberg brachte dafür, von Stein unterstützt [1]), Argumente zum Vorschein, die sich nicht leichthin von der Hand weisen ließen [2]). Durch die preußischen Waffen sei den meisten andern Fürsten eine sichere Stellung zu Theil geworden; sollte Preußen allein leer ausgehen? Vom Niemen dehne sich sein Gebiet bis an die Maas aus; irgendwo müsse es eine centrale Kraft haben, um im Stande zu sein, nach allen Seiten

1) Denkschrift Steins vom 3. Dezember 1814 bei Klüber, Acten des Wiener Congresses VII, 63 vergl. Pertz, Stein IV, 234.

2) Verbal-Note Hardenbergs an Metternich vom 2. Dezember 1814 bei Angebert, Le congrès de Vienne S. 1941, in deutscher Uebersetzung bei Klüber, VII. S. 291.

hin mit Nachdruck aufzutreten[1]). Das könne aber lediglich durch die Reunion von ganz Sachsen geschehen. Die Aufstellung Preußens am Rhein sei eine Forderung des allgemeinen Wohls; in dem Interesse Preußens würde sie besser aufgegeben, wenn die Monarchie nur sonst zu einer concentrirten Stellung gelange, wie sie eine solche bis zu dem Jahre 1806 besessen habe. Preußen dürfe dies um iso mehr verlangen, da sein Territorium jetzt von fremden Gebieten allenthalben durchbrochen werde[2]). Der vornehmste Gesichtspunkt der beiden Minister ist immer der allgemeine: Alles wird von der Nothwendigkeit hergeleitet, den preußischen Staat in eine Lage zu setzen, in welcher er stark genug werde, seinem deutschen und europäischen Berufe zugleich zu genügen. Dem aber setzte Metternich andere Argumente, die von der eigenthümlichen Stellung Oesterreichs und von den inneren Verhältnissen Deutschlands hergenommen waren, entgegen. Die Incorporation Sachsens in den preußischen Staat werde die allgemeine Beunruhigung eher vermehren, als vermindern; die deutschen Fürsten würden sich weigern, in den vorgeschlagenen deutschen Bund einzutreten, wenn die eine der zur Protektion bestimmten Mächte eines der bedeutendsten deutschen Länder sich selbst zueigne[3]); und für Oesterreich selbst liege für den zwar nicht

1) La Prusse, en s'étendant depuis le Niémen jusque sur les bords de la Meuse, doit obtenir une accession de territoire qui renforce le centre même de l'état pour que l'action qui en part obtienne plus d'énergie. Aus der Denkschrift Steins.

2) En 1805, la Prusse était beaucoup mieux arrondie, beaucoup mieux en état de se défendre qu'elle ne le sera maintenant, dans son étendue immense, depuis le Niémen jusqu'à la Meuse; elle aura à défendre, dans un aussi grand éloignement, le quart de ses possessions détaché et coupé du reste par d'autres États. La défense dispendieuse et difficile des acquisitions que la Prusse fera sur le Rhin, présente un véritable affaiblissement. Sa Majesté ne se charge de ce pays que pour le bien général. Note Hardenbergs vom 8. Februar 1815, Klüber Akten des Wiener Congresses VII. S. 291.

3) L'incorporation da la Saxe renferme encore un obstacle non moins difficile dans l'arrangement des affaires de l'Allemagne, parce que les principales Puissances allemandes se sont déclarées ne pas vouloir se joindre

wahrscheinlichen, aber doch möglichen Fall einer Entzweiung mit Preußen eine Gefahr darin, nicht allein von Schlesien, sondern von Sachsen aus den Angriffen dieser Macht ausgesetzt zu sein[1]. Aus diesen Gründen sprach er aus, daß dem König von Sachsen ein unabhängiges Gebiet und eine politische Existenz gerettet werden müsse. Wenn nun aber Metternich in einer ferneren Conferenz der vier Mächte den Grundsatz aufstellte, daß der König von Sachsen zu jeder Abkunft, die man treffe, seine Einwilligung geben müsse, so lag darin ein Präjudiz für die ganze Angelegenheit, weil die Einwilligung dieses Fürsten in eine Theilung seines Landes nimmermehr erwartet werden konnte. Schon ließ sich jedoch bemerken, daß England und Oesterreich nicht ganz einverstanden waren. Wäre der englische Bevollmächtigte Castlereagh dieser Ansicht beigetreten, so würde an keine Abkunft zu denken gewesen sein; und man hätte sich vielleicht nochmals zum Kriege anschicken müssen. Aber der englische Minister war hierin nicht der Meinung des österreichischen; er erklärte, sein Auftrag gehe dahin, die Rekonstruktion von Preußen nach den in den Verträgen enthaltenen Bestimmungen zu unterstützen; auf die Beistimmung des Königs von Sachsen komme es dabei nicht an. In einer andern Behauptung, welche Metternich in jener Conferenz aussprach, daß nämlich die sächsische Frage nicht nur eine deutsche, sondern eine europäische sei, stimmte dagegen der Lord dem Fürsten bei; auch er war für die Herbeiziehung Talleyrands zu der weiteren Berathung.

Zwischen den Bevollmächtigten von England, Frankreich und Oesterreich hatten schon mancherlei Besprechungen stattgefunden, die hauptsächlich durch die Aeußerung Hardenbergs veranlaßt

au pacte fédératif sur une base aussi menaçante pour leur sûreté que le serait l'incorporation de l'un des principaux États allemands, effectuée par l'une des Puissances appelées à la protection de la commune patrie. Note Metternichs vom 10. December 1814. Klüber VII, S. 35.

1) La Saxe, réunie sous un même sceptre avec la Silésie, complète un système militaire offensif contre l'Autriche. Aus der Note Metternichs vom 28. Januar 1815. Klüber S. 86.

wurden, Preußen werde sein Recht zu wahren wissen, so daß die Meinung sich ausbreitete, zwischen Rußland und Preußen sei bereits eine besondere Allianz zu diesem Zwecke geschlossen worden. Auf eine solche Eventualität war es berechnet, wenn die drei anderen Mächte sich verpflichteten, einander mit allen ihren Kräften zu unterstützen, wenn in Folge der von ihnen vereinbarten Vorschläge eine von ihnen Feindseligkeiten erfahren sollte[1]).

Der Vertrag hat später, als er bekannt wurde, das größte Aufsehen gemacht. Damals ist er nicht allein geheim gehalten worden, sondern auch ohne Wirkung geblieben; er würde die schwersten Folgen nach sich gezogen haben, wenn England und Oesterreich einverstanden gewesen wären, die preußischen Ansprüche zurückzuweisen oder den König von Sachsen, wie man gesagt hat, zum Herrn der Frage zu machen. Allein so verhielt es sich nicht. Wenn auch Rußland und Preußen die Zulassung Talleyrands genehmigten, so geschah es doch nur unter der Bedingung, daß Castlereagh die Beistimmung des Königs von Sachsen zu den Festsetzungen, die man treffe, für nicht nothwendig erklärte. Hierauf erst (11. Januar 1815) wurde Talleyrand zu der Conferenz gezogen. Entscheidend konnte dann seine Einwirkung nicht mehr werden. Bereits fünf Tage früher hatte Castlereagh dem Kaiser Alexander ausgesprochen, daß England in eine Theilung von Sachsen willige. Wenn er noch darauf rechnete, daß der Kaiser dem König von Preußen ein größeres Territorium in den polnischen Provinzen bewilligen würde, worauf denn die Ansprüche Preußens für seine Wiederherstellung geringer geworden wären, so schnitt ihm der Kaiser diese Erwartung ab: denn die polnische Sache sei abgemacht; Alles komme darauf an, den König von Preußen zu befriedigen; sobald dies geschehen, sei auch er bereit, zu unterzeichnen.

1) En haine des propositions qu'elles auraient cru de leur devoir de faire et de soutenir d'un commun accord par principe de justice et d'équité.

Wie die Besorgniß vor einem allgemeinen Krieg den Kaiser Alexander veranlaßt hatte, die drohende Stellung aufzugeben, die er in Polen einzunehmen im Begriff war, so trug nun der Wunsch, den Frieden zu erhalten, ebenfalls dazu bei, daß England in eine Theilung von Sachsen, inwieweit sie zur Rekonstruktion Preußens unentbehrlich wurde, ohne Rücksicht auf die Beistimmung des Königs von Sachsen, willigte. Am 9. Janur 1815 gab Castlereagh diese Erklärung zu Protokoll[1]). Hierauf hat auch Metternich seine Bedingung fallen lassen, ohne das doch zu Protokoll geben zu wollen.

Die beiden Hauptfragen waren hierdurch im Allgemeinen erledigt, der Friede gesichert, eine neue Einwirkung von Frankreich ausgeschlossen. Wir enthalten uns, die verschiedenen Velleitäten und ihre Abwandlungen zu erörtern. Die Begebenheit entwickelte sich auf der einmal genommenen historischen Grundlage mit innerer Folgerichtigkeit. Die vier Mächte verfuhren eben, wie es ihre Lage und die eingegangenen Verpflichtungen mit sich brachten; um einen Conflict zu vermeiden, welcher Alles in Frage gestellt hätte, war die Auskunft, die man traf, eine gebotene, im Ganzen unabänderliche. Noch immer boten die Festsetzungen im Einzelnen erhebliche Schwierigkeiten dar. Eine der wichtigsten betraf die Festungen. Hierin ließ endlich auch Metternich das sächsische Interesse fallen; er schlug es Preußen sehr hoch an, daß es hierdurch der gewaltigen Bollwerke an einem der Hauptströme Deutschlands und Europas Meister wurde. Und wer könnte verkennen, wie sehr die militärische Position des Staates, wie er nunmehr wurde, dadurch verstärkt worden ist. Wenn nun aber Preußen für seinen Antheil auch die Stadt Leipzig forderte, so war der österreichische Minister

3) En cas de refus de la part de Sa Majesté (du roi de Saxe) mon avis est que les dites Puissances se considèrent tenues de soutenir le roi de Prusse pour lui procurer telle occupation de la Saxe qu'il sera nécessaire pour lui assurer l'exécution effective, en due forme, de la part du roi de Saxe des cessions en question. Mémorandum du plénipotentiaire britannique. Angebert, Le congrès de Vienne. S. 1882.

nicht dahin zu bringen, das nachzugeben: denn eine politische Existenz müsse der König von Sachsen behalten; auch ohne Leipzig erlange Preußen durch die Erwerbung gewerbfleißiger Landschaften und einer guten kommerziellen Linie große Vortheile. Hierüber ist nun noch mancherlei verhandelt worden: unter Vermittelung Castlereaghs wurden die Städte Görlitz, Weißenfels, Naumburg zum preußischen Antheil geschlagen. Selbst über die Zahl der den beiderseitigen Gebieten zuzutheilenden Unterthanen war man verschiedener Meinung. Zu einer definitiven Abkunft trug der englische Minister durch Nachgiebigkeit in den Territorialbestimmungen für die Niederlande und Hannover wesentlich bei.

Es waren immer die großen politischen Verhältnisse, welche die Sache selbst entschieden und die einzelnen Bestimmungen herbeiführten. Für die Ausführung derselben konnte nun die Beistimmung des Königs von Sachsen nicht mehr maßgebend sein. Es war eben alles politische Uebereinkunft; der Verlust, der ihm angemuthet, und der Bestand seines Staates, der ihm gesichert wurde. König Friedrich August befand sich damals in Preßburg. Es waren die Bevollmächtigten von Oesterreich, Frankreich und England, welche bisher auf der Seite von Sachsen gestanden hatten, die nun dem König Friedrich August den über die Zukunft seines Landes gefaßten Beschluß ankündigten; sie machten das Aufhören der provisorischen Regierung in den ihm zurückzulebenden Landschaften davon abhängig, daß er die Theilung, wie sie jetzt festgesetzt worden, annehme. Man ging von dem Grundsatz aus, daß dem Sieger in einem gerechten Kampfe zustehe, den besiegten ungerechten Feind zu ferneren Feindseligkeiten unfähig zu machen[1]). Dem König von Sachsen wurde gesagt: nicht zwar Preußen, aber die Verbündeten hätten das Recht erworben, über das Land zu verfügen; es sei ihr freier Wille, wenn sie ihm die Hälfte desselben zurückgäben; aber seine Einwilligung sei die Bedingung dieser Zurückgabe[2]).

1) Klüber, VII, 247. Flassan Histoire du congrès de Vienne I. S. 220.
2) Treitschke, Preußen a. d. Wiener Congreß, S. 133.

In diesem Augenblick war Napoleon von Elba zurückgekommen und von dem Jubel der Armee in Frankreich begrüßt worden. Für den König von Sachsen lag darin keine Erleichterung seiner Lage. Mit verdoppeltem Ernst gedrängt, und wenn er zögere, aufs Neue mit dem Verlust des Ganzen bedroht, fügte er sich — man kann erachten, unter welchen Gefühlen — in die Theilung des Landes (18. Mai 1815). Sachsen verlor dadurch seine Bedeutung in dem System der europäischen Staaten, — für das Land, dessen Existenz gerettet wurde, kein Unglück, da die Politik des Hofes, besonders die Verbindung desselben mit Polen ihm eher schädlich, als nützlich gewesen war. Die Combination, die einst von Hardenberg in Kydullen und dann von Kaiser Alexander bei der ersten Wendung der großen Angelegenheiten in Aussicht genommen war, gelangte so weit zur Ausführung, als dies das gegenseitige Verhältniß der Mächte und die Lage der Dinge in Deutschland gestatteten.

Eine nicht viel weniger wichtige Angelegenheit als die Festsetzung seiner eigenen Territorien bildete für Preußen die Entscheidung über die künftige Gestaltung von Deutschland. Unter den mannichfaltigen Schwankungen der Berathung war bei den kleineren deutschen Fürsten nochmals der Gedanke aufgetaucht, das Kaiserthum in dem Hause Oesterreich wieder herzustellen. Dem hat sich damals selbst Stein angeschlossen: denn nur ein Kaiser schien ihm dazu fähig, die Einheit und Sicherheit Deutschlands zu erhalten. Auch Alexander erklärte sich nicht abgeneigt, wenn nur Preußen einwillige. Aber von Anfang an war es eine Grundlage der neuen Verbindung zwischen Preußen und Oesterreich gewesen, daß Oesterreich darauf verzichtet hatte, die kaiserliche Würde in dem alten deutschen Reich wieder herzustellen. Kaiser Franz, der die Unannehmlichkeiten, in welche er als deutscher Kaiser verwickelt worden, in frischem Gedächtniß hatte, blieb immer bei seiner Weigerung. Nicht so unerschütterlich erschien sein erster Minister in dieser Beziehung; und es mag immer zweifelhaft sein, was Oesterreich geantwortet haben würde, wenn

ihm der Antrag gemacht worden wäre. Aber die preußischen Minister waren weit entfernt, demselben beizupflichten. Unter den Gründen, die Humboldt dagegen anführt, ist der einleuchtendste, daß das Kaiserthum nicht mit einer dieser Würde entsprechenden Gewalt ausgestattet werden könne; Preußen könne sich einer solchen nicht unterwerfen, Baiern und Würtemberg würden es nicht wollen; die Abhängigkeit der kleineren Fürsten laufe den Ideen entgegen, nach welchen der Pariser Friede geschlossen sei. Hardenberg sagte: er würde in Berlin einen Sturm gegen sich erwecken, wenn er Oesterreich noch mehr verstärke. Sie waren beide der Meinung, daß ein Bund dem großen Bedürfniß genüge, namentlich wenn Oesterreich und Preußen zusammen wirkten. Ein Bund werde, so sagte Humboldt, dem Geiste der Nation, der weder unruhig noch aufrührerisch sei, aber vorwärts strebe und die Aufklärung der Zeiten benutzen wolle, am besten entsprechen. Hardenberg hat Stein persönlich ersucht, die Herstellung des Kaiserthums in dem Hause Oesterreich fallen zu lassen, da dasselbe nur Veranlassung zur Eifersucht zwischen Oesterreich und Preußen geben werde. Auch Wellington, der jetzt bei dem Congreß eingetroffen war, erklärte sich für den Bund und gegen das Kaiserthum, welches jetzt unmöglich sei.

Wir erinnern uns der Entwürfe, welche Hardenberg schon im Jahre 1805 für die Neugestaltung Deutschlands gemacht hatte. Diese gingen eigentlich dahin, den mittleren und kleineren deutschen Fürsten zwar ihren Rang und ihre Besitzungen zu lassen, nicht aber die Prärogative der Souveränetät, namentlich nicht in Bezug auf Krieg und Frieden; Bewaffnung und Kriegführung sollten schlechterdings den beiden Hauptmächten anheimgegeben sein. In diesen Entwürfen waren jedoch seitdem mancherlei Modifikationen eingetreten, veranlaßt hauptsächlich durch die Wiederherstellung Hannovers und die politisch-militärische Stellung, welche sich Baiern errungen hatte. Man durfte nur einen Bund souveräner Fürsten und freier Städte ins Auge fassen, bei dem so wesentliche Beschrän-

kungen, wie sie ursprünglich beabsichtigt wurden, nicht stattfinden konnten. Der vornehmste Gedanke blieb dann immer dahin gerichtet, der unabhängigen Politik der Bundesstaaten Schranken zu ziehen; dieses ist bei der definitiven Feststellung der Bundesakte zuletzt doch erreicht worden. Das alte Recht der Bündnisse, welches die Reichsstände seit dem westfälischen Frieden besessen hatten, konnte den Bundesstaaten zwar nicht geradezu entrissen werden, aber es ward auf eine Weise bestimmt, welche einen Gebrauch desselben, wie es sich bisher so nachtheilig erwiesen hatte, unmöglich machte; sie verpflichteten sich, keine Verbindungen einzugehen, welche gegen die Sicherheit des Bundes oder einzelner Glieder desselben gerichtet sein könnten[1]).

So kam es nun doch dahin, daß Oesterreich, der Deutsche Bund und Preußen eine große Bundesgenossenschaft bildeten, die den Frieden von Mitteleuropa sicherte. Sie war weit entfernt, den Wünschen der Nation und ihren Bedürfnissen zu entsprechen; aber es konnte nun eben nicht weiter gebracht werden. Es war nicht das Ziel, aber eine Stufe der deutschen Entwickelung. Für Preußen bildete es einen Fortschritt seiner Macht, daß es der Unterordnung, die ihm die alte Reichsverfassung auflegte, entledigt wurde und ebenbürtig neben Oesterreich auftrat.

Um die Verhandlungen des Congresses zu würdigen, muß man die Situation des Momentes erwägen. Als Talleyrand sich nach Wien begab, hatte er eine Verbindung der souveränen Fürsten mit Frankreich zu Stande zu bringen beabsichtigt; und die Besorgniß, daß es ihm damit gelingen könne, gehört zu den Motiven, den Bundesfürsten keine größeren Beschränkungen aufzuerlegen. Aber dahin führten die Ergebnisse der Berathungen des Congresses, daß auch die Möglichkeit einer solchen Verbindung ausgeschlossen wurde. Talleyrand hatte ferner kein Hehl daraus

1) Es ist sehr auffallend, daß gerade diese Disposition in der Schlußakte des Wiener Congresses, welche alle andern aufgenommen hat, vermißt wird. Vergl. Le Clercq, Recueil de traités conclus par la France II, 562 und 594.

gemacht, daß Frankreich die Nachbarschaft von Preußen scheue[1]): gerade diese aber wurde durch die Bestimmungen des Congresses unwiderruflich festgesetzt. Es war der Gedanke, den William Pitt bei der Coalition von 1805 im Auge gehabt hatte, um eine starke Macht den Franzosen von der deutschen Seite her entgegenzustellen. Die rheinischen Landschaften, welche Preußen erwarb, waren eben solche, die einst von den Franzosen in Besitz genommen, aber in Folge des Pariser Friedens zurückgegeben worden waren. Preußen gelangte dadurch zu einer Stellung im Westen, welche dem Staate eine neue politische Richtung anwies, die für die Folgezeit von entscheidender Wichtigkeit geworden ist. In den westfälischen Gebieten, die an Preußen zurückkehrten, trat es in die Stelle wenigstens der mittelbaren Herrschaft von Frankreich. Auch bei den übrigen Entschädigungen, welche Preußen erwarb, ist der deutsche Gedanke maßgebend gewesen. Um die Abkunft über Sachsen möglich zu machen, hatte sich Kaiser Alexander zuletzt doch entschlossen, Thorn an Preußen zu überlassen, was für die Aufrechthaltung des deutschen Elementes an der Weichsel von vielem Werthe war.

Da wurde nun auch der skandinavische Einfluß auf Deutschland möglichst eliminirt. Indem sich Preußen entschloß, Ostfriesland an Hannover aufzugeben, erwarb es dagegen Schwedisch-Pommern, was nicht allein einen Vortheil für den Körper des Staates, wie er damals constituirt wurde, sondern auch einen unschätzbaren Gewinn für das gesammte Deutschland in sich schloß. Denn diese Landschaft repräsentirte seit mehr als anderthalb Jahr-

1) In der Instruktion Talleyrands heißt es in Bezug auf Preußen: Les Alliés ont, dit-on pris l'engagement de replacer la Prusse dans le même état de puissance où elle était avant sa chûte, c'est-à-dire avec dix millions de sujets. Qu'on la laissât faire, bientôt elle en aurait vingt, et l'Allemagne tout entière lui serait soumise. Il est donc nécessaire de mettre un frein à son ambition, en restreignant d'abord, autant qu'il est possible son état de possession en Allemagne, et ensuite en restreignant son influence par l'organisation fédérale. Son état de possession sera restreint par la conservation de tous les petits États et par l'agrandissement des États moyens. — Ce qui est de l'intérêt des petits États est aussi de l'intérêt de la France. Angebert I, 217, 232.

hunderten die Einwirkung Schwedens auf Deutschland, die durch die Verbindung desselben mit Frankreich die schwersten Gefahren herbeigeführt hatte. Der westphälische Friede, der ein Grundgesetz für Jahrhunderte bildete, war doch nur das Resultat der tiefsten inneren Zerwürfnisse. Der Wiener Congreß hat das Verdienst, die Festsetzungen dieses Friedens in mehr als einer für die Nation wichtigen Beziehung vernichtet zu haben; er schaffte das Recht der Bündnisse ab und gab Pommern dem deutschen Hause zurück, dem ein uralter und gesetzlicher Anspruch darauf zukam.

Welch eine Aufgabe war es nun aber, alle diese Landschaften, von den verschiedensten Einrichtungen, Erinnerungen und Gewohnheiten, die nicht einmal geographisch zusammenschlossen, zu der Einheit eines Staates zu verbinden. Einen Moment dafür bildet die Durchführung der angebahnten Gesetzgebung; auch die Verordnung vom 22. Mai 1815, welche eine allgemeine Staatsverfassung im Zusammenhang mit den bereits vorhandenen oder zu bildenden ständischen Einrichtungen der verschiedenen Landschaften verhieß, fällt dafür ins Gewicht. Bei dieser Verordnung haben, wie bei so vielen anderen neuen Einrichtungen des Staatswesens, Stein und Hardenberg zusammengewirkt. Wie oft haben wir Stein in den Denkwürdigkeiten Hardenbergs zu erwähnen gehabt. Hier am Schlusse dürfen wir wohl nochmals ihr Verhältniß zu einander erwägen. Die Natur liebt es nicht, alle wünschenswerthen Eigenschaften in Einem Menschen zu vereinigen. Für die Geschichte ist das Gegeneinanderstreben oder das Zusammenwirken von verschiedenen Standpunkten aus nicht selten förderlich gewesen; in diesen beiden Individualitäten erschien Gegensatz und Einverständniß gleich bedeutend. In Stein lebte der Impuls ursprünglicher Gedanken und Gefühle, in Hardenberg mehr Empfänglichkeit für die allgemeinen Tendenzen, welche die Welt beherrschten, die er insofern theilte, als sie seiner eingeborenen Sinnesweise, seinen Studien und seiner Lebenserfahrung entsprachen. Sie begegneten einander in der Opposition gegen die nicht mehr aus-

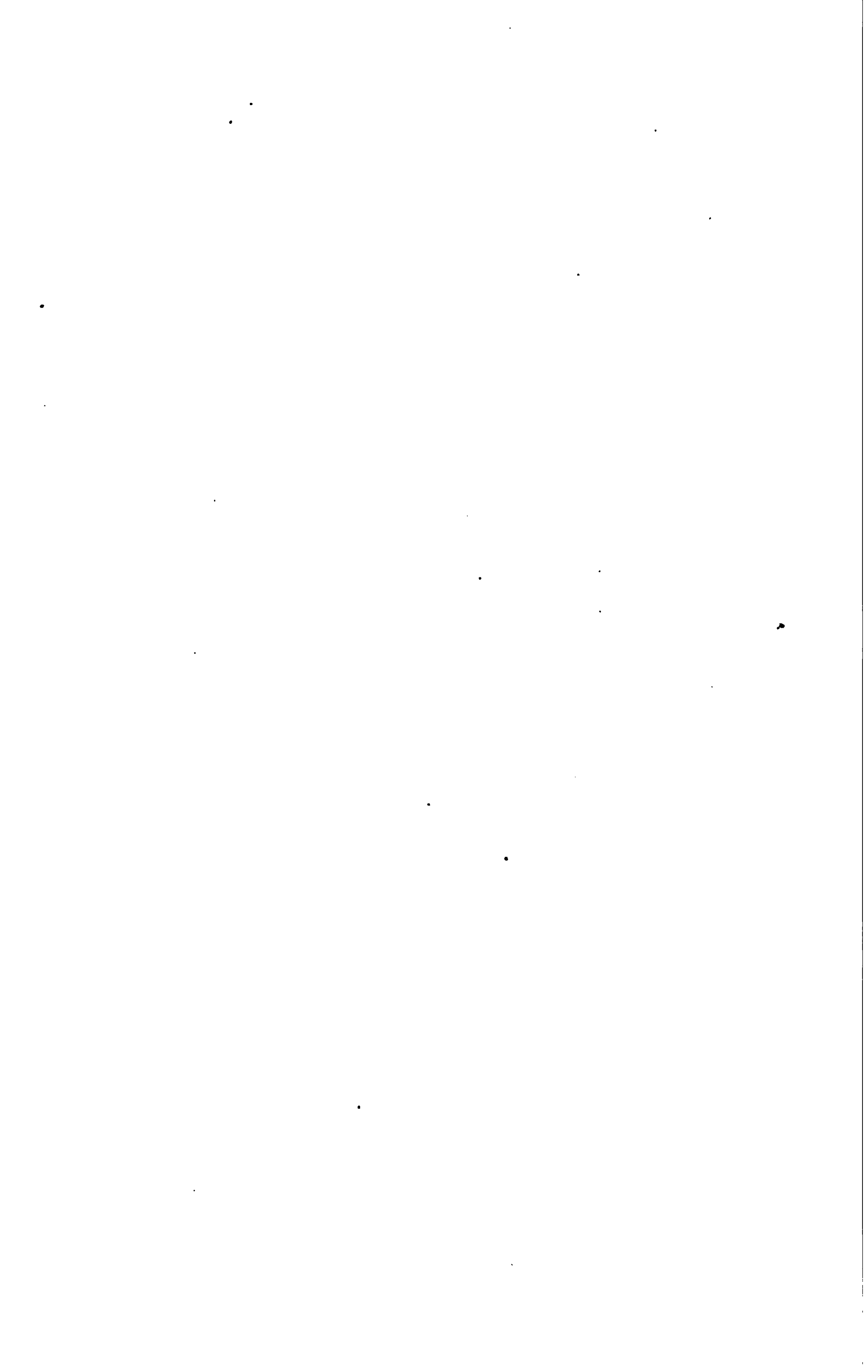
reichenden Formen der Staatsverwaltung. Die erste Idee einer Nationalrepräsentation ist ohne Zweifel von Stein gekommen, aber Hardenberg hat den Moment ergriffen, in welchem an eine Ausführung derselben zu denken war; er hat dann unter heftigen Gegenwirkungen einen Versuch dazu gemacht. Für eine ausgedehntere Volksbewaffnung zeigten beide gleichen Eifer; unter den schwankenden Berathungen hat Stein die Pläne näher bestimmt; die Ausführung ward später durch die Verwaltung Hardenbergs vermittelt. Man könnte nicht sagen, wer bei der neuen Gesetzgebung das größere Verdienst hat. Die Entwürfe Hardenbergs vom Jahre 1807 haben den Grund zu Allem gelegt; sie sind jedoch, wenigstens in einigen der wichtigsten Punkte, nicht ohne Theilnahme Steins gefaßt worden; die ersten entscheidenden Edikte sind dann von diesem ausgegangen. Stein war ein gläubiger Orthodoxe; Hardenbergs Religiösität hatte mehr einen philosophischen Anstrich; er war ein Mann der allgemeinen Bildung. Stein dachte die Kirche aufrecht zu erhalten; Hardenberg verwandte sich für die Universität. Stein hatte mehr aristokratische, Hardenberg mehr demokratische Sympathien; doch hätte keiner darüber das Wohl des Ganzen oder den Willen des Königs aus den Augen gesetzt. Die kräftigsten Anregungen zu einer populären Erhebung gegen Napoleon rühren von Stein her. Hardenberg war ihnen nicht entgegen, aber er suchte sie zu mäßigen, um das für den Staat noch unbedingt erforderliche gute Verhältniß zu Frankreich aufrecht zu erhalten; er wußte zu erreichen, daß Napoleon dem gegen ihn gefaßten Widerwillen entsagte und seinen Wiedereintritt in die ministerielle Thätigkeit guthieß. Dagegen warf sich Stein in den heftigsten Antagonismus gegen Napoleon und hat in dem großen Kampfe gegen ihn eine entscheidende Wirksamkeit ausgeübt. Wir möchten nicht so viel Werth darauf legen, daß er den russischen Kaiser in dem System des Widerstandes bis aufs Aeußerste bestärkt hat: denn dazu wurde Alexander durch seinen eingeborenen Sinn schon von selber bestimmt, aber unzweifelhaft hat Stein in ihm den Gedanken erweckt, seinen Kampf

mit Hülfe der deutschen Nation fortzusetzen; er hat dann mehr als irgend ein anderer Mensch dazu beigetragen, daß die Deutschen in diesen Bund eintraten; er hat die erste Vereinigung einer deutschen Population mit dem Europa umfassenden Unternehmen Alexanders herbeigeführt, ohne der Selbständigkeit der ersteren Eintrag zu thun. Hauptsächlich von Stein ist die Allianz zwischen Rußland und Preußen zu dem Zwecke einer unmittelbaren Waffenerhebung angebahnt und durchgesetzt worden. Daraus entsprang folgerichtig der Entschluß, dem französischen Imperium von Grund aus ein Ende zu machen und Napoleon zu stürzen. Eine großartigere Wirksamkeit läßt sich kaum denken. Aber ohne Hardenberg wäre sie doch nicht zum Ziele gelangt. Die ganze Geschicklichkeit eines geübten Diplomaten gehörte dazu, um dem preußischen Staat für seine Wiedererhebung Raum zu verschaffen; und dabei doch die Feindseligkeit des übermächtigen Gegners nicht vorzeitig zu er wecken. Wenn in Kalisch der preußische Gesandte und Stein verschiedene Direktionen repräsentirten, so hat sich der Staatskanzler, durch fortgeschrittene eigene Erwägungen bestimmt, für Stein entschieden. Von Hardenbergs Hand sind die Verbesserungen des russischen Entwurfes, welche für dessen Annahme nöthig waren. Durch sein ebenso umsichtiges wie entschiedenes Verhalten wurde es möglich, daß unter den Augen des Feindes die populäre Bewaffnung ins Werk gesetzt wurde, die bereits im Stillen vorbereitet war. Unverhohlen trat er erst hervor, als die Dinge so weit gekommen waren, daß die ganze Nation sich wie Ein Mann für das neue System erklärte. Wenn in den Augen der Nachwelt Stein als der größere erscheint, so rührt das daher, daß er sich weniger auf den gewohnten Bahnen bewegte und einen moralischen Schwung besaß, welcher Ehrfurcht erweckte; es war Etwas in ihm, was den großen Mann charakterisirt. Von Hardenberg läßt sich das nicht sagen; aber er hatte den Schwung des politischen Gedankens und alle die unbeugsame Zähigkeit und Unverdrossenheit, die dazu gehört, einen solchen zu realisiren. Von alledem, was ihm gelang, möchte das vornehmste

sein, daß er die Idee einer Koalition gegen die Uebermacht Napoleons, mit der er sich von jeher getragen hatte, in dem rechten Momente wieder aufnahm und durchzuführen wußte. Davon aber hing die Wiederherstellung Preußens ab. Um Preußen als Staat betrachtet, hat Hardenberg sich ein nicht hoch genug anzuschlagendes Verdienst erworben. Nach dem großen Kampfe ließ er es sein ganzes Bestreben sein, die Einheit des gleichsam umgeschaffenen Staates fest zu begründen. Er wußte die auswärtigen und inneren, die materiellen und ideellen Interessen zugleich zu umfassen. Das vornehmste Werk seiner letzten Jahre war die Einführung einer gleichmäßigen Steuerverfassung und Administration für alle Provinzen. Aber indem er für die Gegenwart sorgte, behielt er die Zukunft im Auge. Den Schlußstein bildet jene Verordnung, durch welche die Vermehrung der Staatsschulden an die Einwilligung der künftigen Reichsstände geknüpft und diesen dadurch im Voraus eine das Ganze umfassende und für die folgenden Generationen maßgebende Wirksamkeit gesichert wurde. Alles geschah unter stetigem, oft nicht unberechtigtem Widerspruch.

Ein altes Sprichwort sagt: jeder Mensch hat sein Aber; und wer wüßte nicht, daß es auch von Hardenberg gilt. Aber gewiß ist doch: tiefer als Hardenberg hatte noch niemals ein Staatsmann seinen Namen in die ehernen Tafeln der preußischen Geschichte eingegraben.

———

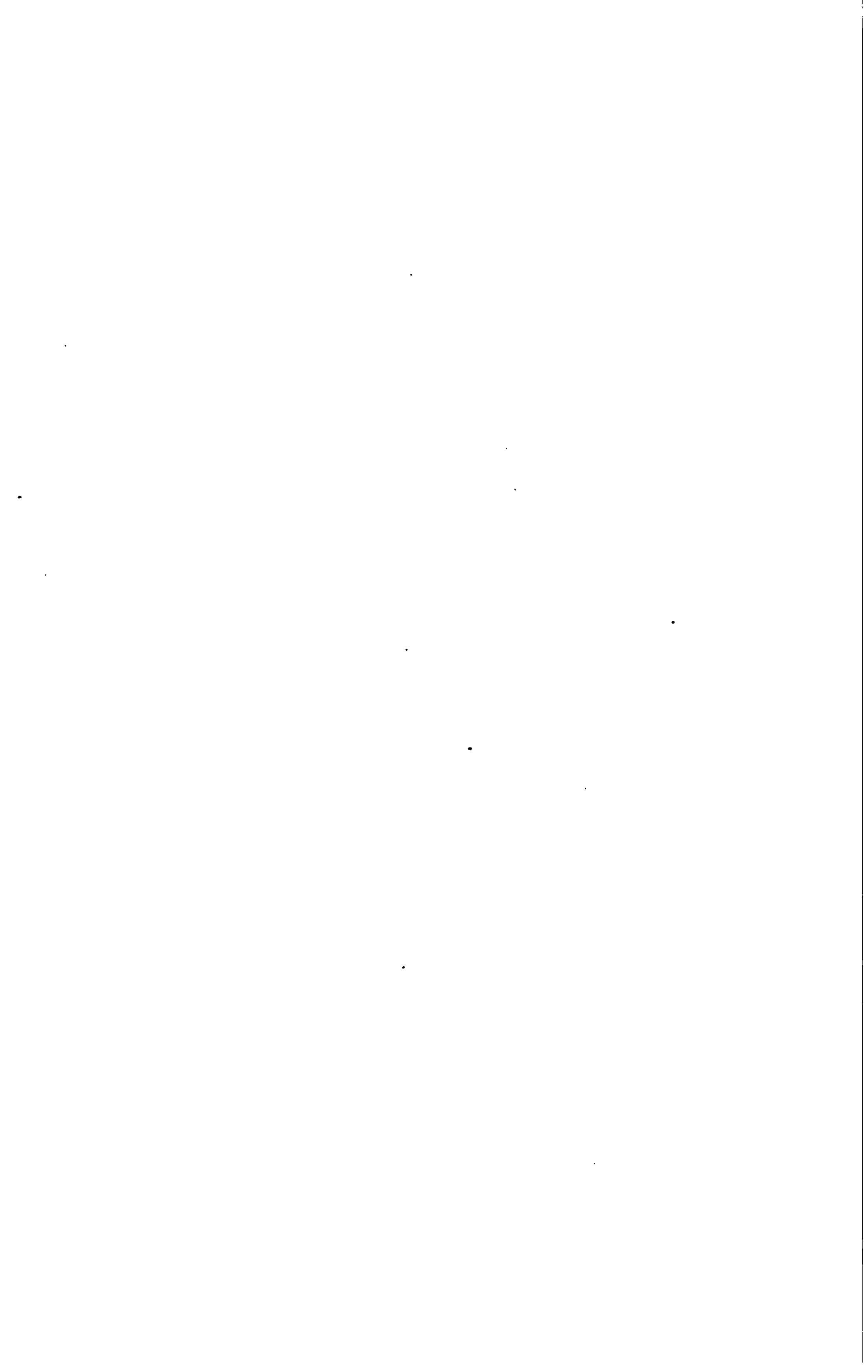


Denkschrift Hardenbergs

über die

Reorganisation des Preußischen Staates.

September 1807.



Vorbemerkung des Herausgebers.

Hardenberg gehört zu der geringen Zahl von berühmten Staatsministern, welche über ihre Thätigkeit schriftliche Denkmale hinterlassen haben; unter Anderen hat er Cardinal Richelieu, mit dem wir ihn sonst nicht vergleichen wollen, hierin zu seinem Vorgänger. Die Reliquien Hardenbergs haben insofern eine gewisse Aehnlichkeit mit der literarischen Hinterlassenschaft Richelieus, als sie Memoiren und politische Anweisung verbinden. Wie dem großen Memoirenwerke Richelieus das Testament politique hinzugefügt ist, — leider rühren beide nicht durchaus von ihm selbst her —, so tritt bei Hardenberg den Memoiren eine ausführliche Arbeit über die innere Reform des preußischen Staates zur Seite. Es ist die Denkschrift über die Reorganisation des preußischen Staates, die wir hier mittheilen. Sie liegt in einem vollständigen Autograph vor, das von Anfang bis Ende mit Bleistift, aber für jedes gesunde Auge leserlich geschrieben ist. Hardenberg hat ihr keinen Titel gegeben[1]); die Ueberschrift, welche wir hier wiederholen, stammt aus einer Copie, wahrscheinlich derselben, die dem König eingereicht worden ist. Die Schrift enthält nicht allgemein lautende Anweisungen für die Regierung, wie das Testament politique, sondern die bestimmtesten Rathschläge zur Erreichung eines mit Präcision in's Auge gefaßten Zweckes. Sie erstreckt sich über alle Zweige des Staatslebens; und, indem sie die Gebrechen des Bestehenden erörtert, giebt sie zugleich die Mittel einer durchgreifenden Abänderung an. In welchem Sinne sie abgefaßt wurde, zeigt das in dem Autograph beigeschriebene Motto aus Horaz: quem vocet divum populus ruentis Imperi rebus; denn um Rettung oder Untergang handelte es sich

1) Von einem früheren Archivar hat sie den Titel bekommen: Reorganisationsplan für den K. Preußischen Staat.

damals in Preußen. Für die preußische Geschichte ist die Denkschrift ein Dokument von der größten Wichtigkeit; wir lernen daraus die Ideen der Reform kennen, die in dem ersten Momente nach dem erlittenen Unglück gefaßt worden sind und dann wieder auf die Einrichtung des Staates einen maßgebenden Einfluß ausgeübt haben. Es war bei jenem vorübergehenden Aufenthalt in Riga, daß Hardenberg, von dem König dazu aufgefordert, sie niederschrieb. Dort befanden sich damals auch Altenstein und Niebuhr: der erste, Hardenbergs intimer Freund, der ihm schon bei der Verwaltung der fränkischen Fürstenthümer zur Seite gestanden hatte. In einem sehr ausführlichen Gutachten[1]) hat Altenstein die Gedanken zusammengefaßt, über welche er sich in persönlichem Verkehr mit Hardenberg verständigt hatte; wie er dann auch nicht verhehlt, daß er Vieles den Mittheilungen seiner Freunde Schön und Niebuhr verdanke; dies Gutachten liegt der Denkschrift Hardenbergs allenthalben zu Grunde; er beruft sich an vielen Stellen auf dessen Inhalt, dem er meistens beistimmt, von dem er aber auch zuweilen abweicht: Beziehungen, die so wichtig sind, daß einige Stücke aus dem Altenstein'schen Gutachten nothwendig mitgetheilt werden mußten. Man erkennt in demselben einen Geist von philosophischem Schwunge und vielseitigen administrativen Kenntnissen, von einer gleichsam absoluten Ueberzeugung, die er schroff und rücksichtslos ausdrückt. Auch Niebuhr verfaßte ein Gutachten, das Hardenberg hie und da benutzte; leider ist es in dem Archiv nicht wieder aufgefunden worden. Sein Inhalt ist nur aus den Anführungen Hardenbergs abzunehmen.

Nicht in Allem und Jedem, was die Denkschrift enthält, wird man Hardenbergs letztes Wort vor sich zu haben meinen dürfen: er war kein Mann eines unabänderlichen Systems; aber die vornehmsten Grundsätze, die darin ausgesprochen werden, hat er immer festgehalten. An der unverkürzten und getreuen Mittheilung seiner Denkschrift wird die vorgeschrittene Zeit keinen Anstoß nehmen.

1) Das Gutachten Altensteins umfaßt 158 Folioblätter.

Ueber die Reorganisation des preußischen Staates, verfaßt auf höchsten Befehl Seiner Majestät des Königs 1807. 12. September.

Vorerinnerung.

Aufgefordert durch das Vertrauen Sr. Königlichen Majestät, meine Meinung über die künftige Verwaltung des preußischen Staats abzugeben und durchdrungen von der Wichtigkeit des Gegenstandes, habe ich die Erörterung desselben allein zu unternehmen nicht gewagt; ich habe vorgezogen, mich derselben gemeinschaftlich mit zwei einsichtsvollen, rechtschaffenen und vorurtheilsfreien Königlichen Dienern, — in Absicht auf das Ganze, mit dem Herrn Geheimen Finanz-Rath Freiherrn von Altenstein, und wegen verschiedener einzelner Gegenstände mit dem Herrn Geheimen Seehandlungs-Rath Niebuhr, — zu unterziehen. Zwischen dem Herrn von Altenstein und mir hat sowohl in unsern eng geknüpften Dienst-Verhältnissen, als im vertraulichen Umgange, seit mehreren Jahren eine fortgesetzte Mittheilung der Ideen und eine große Uebereinstimmung der Ansichten stattgefunden. Nachdem wir den Gegenstand in reifliche Erwägung gezogen hatten, bat ich ihn, mir seine Gedanken schriftlich zu geben und dabei auch die Meinung des Herrn Geheimen Raths Niebuhr zu benutzen[1]). Dieses hat er in dem anliegenden Aufsatze bewerkstelligt, den er zwar blos zu meinem Gebrauche fertigte, den ich aber ganz vorzulegen für Pflicht halte, sowie ich auch den des Herrn Niebuhr hier beifüge.

1) Es hat viel Interesse, hierüber Altenstein's eigene Aeußerungen zu vernehmen. „Alle die von mir geäußerten Ideen sind meine Ueberzeugung. Der größte Theil gehört mir aber nicht ursprünglich an. Ew. Excellenz werden viele

Ich werde mich, indem ich im Ganzen der Ordnung ersterer in philosophischer Form und Sprache geschriebenen Abhandlung folge, auf eine kurze Darstellung meiner Ansicht der darin vorkommenden wichtigsten Gegenstände beschränken können, da wir uns während der Arbeit täglich über ihre einzelnen Theile besprachen.

Wenn der Herr Verfasser den Tadel der bisherigen Verfassung und Staats-Verwaltung mit starken Farben auftrug, so darf dieses dem Unbefangenen nicht mißfallen. Er schrieb, eines theils nur für mich und anderntheils verträgt die Wahrheit keine Schminke.

Nur jene haben wir im Auge und um die Mängel zu verbessern, muß man sie deutlich sehen. Irren können wir, sowohl in unsern Ansichten, als in unsern Vorschlägen, aber bei beiden, selbst bei dem Tadel, liegt nur die reinste Absicht — nichts Persönliches — nur Wohlwollen und heißer Wunsch nützlich zu werden, zum Grunde. Man prüfe, man wähle das Beste!

Sehr groß sind allerdings die Schwierigkeiten bei der Aufstellung eines Verwaltungs-Plans unter den gegenwärtigen Umständen; denn es fehlt ja überall an festen Anhaltspunkten, allenthalben herrscht noch Ungewißheit und die Ausführung noch so guter Ideen hängt ja hauptsächlich von äußern Verhältnissen und von äußerm Druck ab; sie kann durch diese erschwert und gehemmt, oder wohl ganz vereitelt werden. Und immer wird es vornehmlich darauf ankommen, welchem Kopfe die Ausführung anvertraut wird und daß dieser, wenn er dem großen schweren Beruf gewachsen ist, weder in Rücksicht auf den Plan, noch auf die Mittel beschränkt sei.

Ideen als die Ihrigen erkennen, Ideen, die ich von Ihnen im Geschäftsbetrieb oder in glücklichen Stunden vertraulicherer Mittheilungen erhielt. Außerdem gehören mir aber auch viele Ideen nicht ursprünglich an, die mir von meinen Freunden, theils ausdrücklich, um sie zu dem jetzigen Zwecke zu benutzen, theils in Augenblicken, wo wir mit gleichem Eifer für Ew. Excellenz und die Sache beseelt, uns freundschaftlich unterhalten haben, mitgetheilt worden sind. Ohnerachtet diese mir, wird nur der Zweck erreicht, gern das Eigenthum dieser Ideen überlassen, so bin ich es doch namentlich meinen Freunden von Schön und Niebuhr schuldig, ihres Antheils an dem, was ich gebe, zu gedenken." Vergl. S. 101.

I. Allgemeine Gesichtspunkte.

Die Begebenheiten, welche seit mehreren Jahren unser Staunen erregen und unserm kurzsichtigen Auge als fürchterliche Uebel erscheinen, hängen mit dem großen Weltplan einer weisen Vorsehung zusammen. Nur darin können wir Beruhigung finden. Wenn gleich unserm Blick nicht vergönnt ist, tief in diesen Plan einzudringen, so läßt sich doch der Zweck dabei vermuthen: das Schwache, kraftlose Veraltete überall zu zerstören und nach dem Gange, den die Natur auch im Physischen nimmt, neue Kräfte zu weitern Fortschritten zur Vollkommenheit zu beleben.

Der Staat, dem es glückt, den wahren Geist der Zeit zu fassen und sich in jenen Weltplan durch die Weisheit seiner Regierung ruhig hinein zu arbeiten, ohne daß es gewaltsamer Zuckungen bedürfe, hat unstreitig große Vorzüge und seine Glieder müssen die Sorgfalt segnen, die für sie so wohlthätig wirkt.

Die französische Revolution, wovon die gegenwärtigen Kriege die Fortsetzung sind, gab den Franzosen unter Blutvergießen und Stürmen einen ganz neuen Schwung. Alle schlafenden Kräfte wurden geweckt, das Elende und Schwache, veraltete Vorurtheile und Gebrechen, wurden — freilich zugleich mit manchem Guten — zerstört. Die Benachbarten und Ueberwundenen wurden mit dem Strome fortgerissen.

Unkräftig waren alle die Dämme, welche man diesem entgegensetzte, weil Schwäche, egoistischer Eigennutz und falsche Ansicht sie bald ohne Zusammenhang aufführte, bald diesen, im gefährlichen Irrthum, unterbrach und dem verheerenden Strome Eingang und Wirkung verschaffte.

Der Wahn, daß man der Revolution am sichersten durch Festhalten am Alten und durch strenge Verfolgung der durch solche geltend gemachten Grundsätze entgegen streben könne, hat besonders dazu beigetragen, die Revolution zu befördern, und derselben eine stets wachsende Ausdehnung zu geben. Die Gewalt dieser Grundsätze ist so groß, sie sind so allgemein anerkannt und

verbreitet, daß der Staat, der sie nicht annimmt, entweder seinem Untergange oder der erzwungenen Annahme derselben entgegen sehen muß. Ja selbst die Raub- und Ehr- und Herrschsucht Napoleons und seiner begünstigten Gehülfen ist dieser Gewalt untergeordnet und wird es gegen ihren Willen bleiben. Es läßt sich auch nicht läugnen, daß ohnerachtet des eisernen Despotismus, womit er regiert, er dennoch in vielen wesentlichen Dingen jene Grundsätze befolgt, wenigstens ihnen dem Schein nach zu huldigen genöthigt ist.

Also eine Revolution im guten Sinn, geradehin führend zu dem großen Zweck der Veredelung der Menschheit, durch Weisheit der Regierung und nicht durch gewaltsame Impulsion von Innen oder Außen — das ist unser Ziel, unser leitendes Princip. Demokratische Grundsätze in einer monarchischen Regierung: dieses scheint mir die angemessene Form für den gegenwärtigen Zeitgeist. Die reine Demokratie müssen wir noch dem Jahre 2440 überlassen, wenn sie anders je für den Menschen gemacht ist [1]).

Mit eben der Kraft und Consequenz, womit Napoleon das französische revolutionäre System verfolgt, müssen wir das Unsrige für alles Gute, Schöne, Moralische verfolgen, für dieses alles, was gut und edel ist, zu verbinden trachten. Ein solcher Bund, ähnlich dem der Jocobiner, nur nicht im Zweck und in der Anwendung verbrecherischer Mittel, und Preußen an der Spitze, könnte die größte Wirkung hervorbringen und wäre für dieses die mächtigste Allianz [2]). Dieser Gedanke müßte mehr als ein politischer Traum sein, wenn man zumal das Interesse der

1) Anspielung auf das Buch von Mercier: L'an 2440, rêve s'il en fut jamais.

2) Aus Altensteins Aufsatz: Die Idee des „Erweckens des Schlafenden" ist noch nicht die höchste Idee; diese liegt in der Kraftäußerung zum Schaffen des höchsten Gutes der Menschheit. Dieser Geist, der das gänzliche Hingeben jedes Einzelnen für das Höchste der Menschheit in sich faßt, muß ungleich stärker werden als die bloß zum Zerstören, zum Raub und zur Sinnenlust geleitete Kraft. Ersterer fehlt es nie an einem hohen Ziele, und nichts kann ihr außerdem Ersatz geben. Die letztere Kraft erschöpft sich selbst und kommt bald ans Ziel. Die so höher stehende Nation wird, sei sie auch noch so klein, endlich den Rang davon tragen. In dem kleinsten Staat und mitten unter den Ruinen

Bundesglieder auf mehrfache Art dabei ins Spiel zöge, welches sehr möglich ist. Die Mittel würden sich finden.

Unter andern, aber ähnlichen Umständen, jedoch bei einem ganz verschiedenen Zeitgeist revolutionirte Churfürst Friedrich Wilhelm der Große nach der unglücklichen Epoche unter Georg Wilhelm gleichfalls seinen Staat und legte den Grund zu seiner nachherigen Größe.

War aber je ein Zeitpunkt günstig für solche Maßregeln, so ist es unstreitig der gegenwärtige, wo der Staat eine so große Veränderung erlitten hat und nach ganz neuen Grundsätzen handeln, einer gänzlichen Wiedergeburt unterliegen muß.

II. Auswärtige Verhältnisse.

Die Politik zweckmäßig leiten, ohne Kraft, ist eine sehr schwere Aufgabe, aber wie viel schwerer wird sie für Preußen unter dem Druck Napoleons, bei der Nähe seiner Armeen, bei der fortgesetzten Gegenwart eines Theils derselben im Lande, bei der Ungewißheit, die über so vielen Dingen schwebt!

Selbstständigkeit und Independenz sind jetzt leere Namen.

Wie gelangen wir wieder dahin?

Wie vermeiden wir gänzliche Abhängigkeit?

Dieses sind die Fragen, auf die es ankommt und deren Beantwortung nicht leicht ist.

Ohne Macht ist keine Selbstständigkeit und Independenz, also muß Preußen streben, diese wieder zu erlangen. Still stehen kann es jetzt weniger als je. Es muß sich wieder vergrößern, nicht nur seinen Verlust decken, sondern auch mehr erwerben, oder es sinkt, es geht ganz unter. Die geographische Lage Preußens macht dieses gewiß. Es wird, erhebt es sich nicht, ein Raub seiner mächtigen Nachbarn werden.

Wie und wo Preußen sich wieder vergrößern könne, hängt

der Zerstörung und dem fortgesetzten Zerstören anderer Staaten kann diese Idee gefaßt und durchgeführt werden. —

von künftigen Umständen ab. Wenn nur Kraft da ist, wird es an Gelegenheit nicht fehlen; und wo könnte die Gerechtigkeit der Eroberung mehr zur Seite stehen, als bei der Zurückforderung des Eigenthums, oder des Aequivalents, bei dem Ersatz des erlittenen Schadens, bei der Sicherstellung vor dem künftigen?

Aber große Klugheit und Consequenz sind erforderlich, um den Zweck zu erreichen. Die Mobilität der Verhältnisse in der Politik macht es doppelt schwer, ihnen die Maßregeln so anzupassen, daß sie zum Ziel führen. Derjenige, dem dieses Geschäft anvertraut wird, muß jene Verhältnisse genau kennen und sorgfältig verfolgen; in jedem Augenblicke muß er das veränderliche Gemälde sich vollständig vergegenwärtigen, viel Welt- und Menschenkenntniß besitzen, so wie die Gabe mit Menschen umzugehen und auf sie zu wirken: vor allem aber muß er bei seinem Benehmen mit ihnen und im Urtheilen und im Handeln den schnellen und richtigen Tact haben, der besser trifft, als die tiefsten und künstlichsten Combinationen.

So viel ich einsehe, sollte Preußen folgende Grundsätze befolgen:

1) Vor allen Dingen muß es Kraft sammeln, das Innere in allen Zweigen wohl ordnen und planmäßig in Uebereinstimmung bringen, auch sich ohne Zeitverlust wieder zum Kampf rüsten, soweit es die Mittel gestatten, besonders zu dem der Vertheidigung. Schnell kann er wieder eintreten, wahrscheinlich wird er es, und dringend nöthig ists daher, in Bereitschaft zu sein. Die Hindernisse hiebei sind unverkennbar und groß, aber man lasse sich nicht abschrecken, sei unaufhaltsam thätig und strebe vorwärts, so weit man kann: denn Alles hängt hievon ab.

2) Man nähre ja nicht den Wahn, neutral bleiben zu können und hüte sich, dieses System aufzustellen und anzukündigen. Es paßt nicht für Preußens Lage, hat sehr geschadet und ist unter den gegenwärtigen Umständen gar nicht anwendbar. Nur der große, kräftige, durch seine Lage begünstigte Staat

kann die Neutralität behaupten und die Verwickelungen vermeiden, die derselben ein Ende machen.

3) Ueberhaupt zeige man Charakter. Dieser muß dem Staat wieder aufhelfen, so wie der Mangel daran ihn gestürzt hat. Wesentliche Schritte dazu sind geschehen. Preußen hat durch sein Betragen im Unglück und durch treue Beharrlichkeit einen großen Theil der verlorenen Achtung wieder erworben und sich rein gewaschen von den alten politischen Sünden. Man übe eine ehrliche, gerade, treue Politik, ohne List und Trug, die entgegengesetzte Napoleons, aber mit großer Consequenz. Nur dieses kann Vertrauen geben, und nur erst auf Vertrauen in Rechtlichkeit und Consequenz kann Achtung gegründet werden; statt deren der Uebermächtige Furcht gebietet. Nur Achtung kann dem Staat Ansehn und Sicherheit verschaffen, der durch Furcht nicht imponiren kann. Auch im Unglück kann man Würde behaupten und einen edlen festen Ton beibehalten.

4) Alle Verwickelungen vermeide man aufs allersorgfältigste und gebe keinen Anlaß zum Streit, damit man Zeit gewinne, sich zu verstärken.

5) Insonderheit ist hierin mit Napoleon die größte Vorsicht nöthig, da noch so viele Gegenstände mit ihm auszugleichen sind und er das Messer noch über uns zuckt. Vor allen Dingen wende man alles an, die französischen Truppen ganz aus dem Lande zu entfernen und scheue allenfalls ein neues Opfer nicht, um dahin zu gelangen. Freilich bleiben sie uns nur zu nahe; indeß ist doch vorerst viel gewonnen, wenn sie fort sind. Aber um alles in der Welt schmeichle man Napoleon nicht kriechend, wie ehemals. Damit würde man gewiß den Zweck verfehlen, wie wir ihn verfehlt haben. Napoleon weiß recht wohl, was er von solchen Zuvorkommenheiten und Schmeicheleien zu halten hat, und nur seine Achtung kann frommen. Man hüte sich mit ihm zu streiten, so lange es irgend möglich ist; man beleidige ihn nicht, aber auch gegen

ihn benehme man sich mit Würde und Festigkeit und Consequenz. Von sehr guter Hand ist mir versichert worden, daß man in Paris die Briefe des Königs an Napoleon les Elegies de Frédéric Guillaume nannte.

6) Preußen muß sich jetzt Frankreich nicht nähern und sich ja nicht um die Allianz Napoleons bewerben, gegen die er sogar Abneigung geäußert hat. Es muß sich von ihm suchen lassen, und nur dahin trachten, zu verhüten, daß er es nicht zwinge, unter seinen Fahnen zu fechten. Nur im Nothfall kann Preußen sich mit Frankreich alliiren und nur dann, sollte dieser eintreten, wenn es zugleich mit einer andern großen Macht, mit Rußland oder Oesterreich geschehe, also womöglich nie allein, es sei denn daß es von den andern Mächten verlassen oder angefallen würde [1]. Die Folgen einer jeden Allianz mit Frankreich werden immer großer eigener Kriegsaufwand und Schaden durch die alliirten Truppen, ohne baaren Ersatz, sein, von einer Allianz mit Frankreich allein — Abhängigkeit.

7) Dem Rheinbunde muß Preußen ja nicht beitreten, weil es dadurch der Abhängigkeit das Signal aufdrücken und sich zum Vasallen Napoleons stempeln würde. Es bewahre wenigstens den Schein der Independenz, bis es die Wirklichkeit wieder an die Stelle setzen kann! Selbst angebotene Vortheile dürfen Preußen nicht hiezu bewegen.

8) Laut darf es Preußen jetzt freilich nicht aussprechen, daß es dem französischen System nicht hold ist, aber eben so wenig sich für solches erklären. Dieses würde ohnehin bei Napoleon keinen Glauben finden. Er hat zu wenig Achtung und Rücksicht für Preußen gezeigt, um solchem je wahre Zuneigung

1) Anmerkung von Hardenbergs Hand. Den geheimen Artikel, wodurch sich Preußen verpflichtet hat, mit Frankreich gemeine Sache gegen England zu machen, wenn am 1. December nicht Frieden zwischen diesen beiden Mächten ist, habe ich erst erfahren, als dieser Aufsatz beendigt war. Ich werde darüber am Schluß noch einiges nachtragen.

zuzutrauen. Es konnte nur dann räthlich sein, sich dem französischen politischen System anzuschließen, wenn es die Noth erheischte, wenn der Staat dadurch eine Existenz erhielt, die seine Macht und Unabhängigkeit sicherte; nur dann, wenn dieses noch je der Fall sein könnte, würde sich solches noch rechtfertigen. Jetzt erhalte man vorsichtig bei den übrigen Mächten den Glauben an Consequenz und Beharrlichkeit in den Grundsätzen, sich selbst aber, so wie bei ihnen, Vertrauen und Hoffnung auf wechselseitige Hülfe.

9) Rußland hat Preußen schändlich verlassen. Um aber den Charakter der russischen Treulosigkeit, das künftige Benehmen gegen diese Macht und den Grad des Vertrauens richtig zu bestimmen, das man auf sie setzen kann, ist es durchaus nöthig, auf die Umstände Rücksicht zu nehmen und auf die Personen, welche dabei gewirkt haben. Sie sind zu bekannt, als daß es erforderlich wäre, hier in eine umständliche Auseinandersetzung hinein zu gehen. Der Kraftlose, der ausgerüstet mit großer Macht den Umständen gar nicht gebieten kann und bei dem ersten widrigen Geschick jenen schwach unterliegt, ist und bleibt ein unzuverlässiger Freund, aber man traue ihm nur das zu, wozu sein Charakter berechtigt; man benutze seine gute Absicht und das, was man nach dem Maße seiner Kraft von ihm erwarten kann [1]). Preußen muß Rußlands Nachbarschaft und Macht immer scheuen und schonen. Jetzt muß es solches so fest als möglich an der Allianz und den durch die Bartensteiner Convention eingegangenen Verbindlichkeiten, an den mündlich und schriftlich, so oft und so heilig wiederholten Versicherungen des Kaisers halten, sich desselben als Stütze gegen Frankreich, als Vermittler streitiger Punkte bedienen und von seiner Freundschaft den möglichen Ersatz des erlittenen

1) Auch Altenstein schreibt unter dem Eindruck des Friedens von Tilsit. Seine Worte sind: Preußen hat vorzüglich Ursache, sich über Rußland zu beschweren, da solches offenbar seine Verpflichtungen nicht erfüllt hat. Es scheint mehr Schwäche als Bosheit dieses Verlassen veranlaßt zu haben.

Verlusts und Erfüllung der übernommenen Verbindlichkeiten fortgesetzt begehren. So manche Betrachtungen müssen ihn bewegen, hierauf Rücksicht zu nehmen und glücklicher Weise fordert es das eigene Interesse seines Reichs. Ob es räthlich sei, die 1808 ablaufende Allianz wieder zu erneuern, läßt sich jetzt noch nicht gewiß bestimmen: die Umstände müssen es ergeben. Indeß scheint es allerdings so, vielleicht mit angemessenen Modificationen.

10) Oesterreich hat gesäumt uns zu retten. Wir dürfen ihm darüber keine Vorwürfe machen, weil wir leider 1805 eben so und viel ärger handelten, die Erfüllung übernommener Verbindlichkeiten absichtlich verzögerten und dadurch ein Mißtrauen veranlaßten, welches offenbar dazu beigetragen hat, Oesterreich zurück zu halten. Aber es wäre auch unpolitisch, deßhalb Mißvergnügen oder Mißtrauen zu zeigen. Preußens angelegentliche Sorge muß sein, sich unvermerkt immer mehr an Oesterreich anzuschließen und die Freundschaft und das Zutrauen dieses Staats zu gewinnen. Eine Vereinigung mit Oesterreich, England und den anderen minderen Mächten kann noch einmal Europa von der Sklaverei retten.

11) England hat uns auch nicht kräftig und zeitig geholfen. Wir sind aber größtentheils Schuld daran. Hätten wir die ersten günstigen Augenblicke benutzt, das Mißtrauen nicht lange durch ganz zweckwidriges Benehmen genährt, so wäre die Hülfe zu rechter Zeit da gewesen und die Sachen hätten vermuthlich überhaupt eine ganz andere Wendung genommen. Englands Freundschaft zu bewahren, ist für Preußen von der äußersten Wichtigkeit, so lange die Verhältnisse seines Handels und seines Reichthums bleiben, wie sie jetzt sind. Es ist eine gefährliche Verblendung, der man sich leider auch in Rußland überläßt, daß uns das englische Handelsmonopol schädlich sei. Ohne England können wir unsere Producte nicht zu Geld machen. Der Handel mit England ist vortheilhaft für Preußen und Rußland. Je blühender er ist, je mehr

Gewinn für uns. Ueberdies kann uns kein Staat Geldhülfe im Kriege gewähren, als England; Preußen kann es aber nicht wagen, sich mit England allein gegen das jetzt so mächtige Frankreich zu verbinden, da jenes auf dem festen Lande kräftige Hülfe durch Truppen zu leisten außer Stande ist. Es ist zu hoffen, daß England die abgedrungene Sperrung unserer Häfen dieses Mal nicht so ansehen werde, als 1806. Die Umstände sind ganz und gar verschieden. Alles muß angewendet werden, um den Eindruck zu mildern und die nachtheiligen Folgen möglichst zu verhüten.

12) Schweden verdient wegen des Charakters seines Königs, wegen dessen letzten schönen Betragens, wegen Preußens, obwohl gezwungenen, vertragswidrigen Benehmens gegen denselben und endlich wegen der thätigen Hülfe, die von daher, vereint mit Anderen, geleistet werden kann, große Rücksicht, und es ist rathsam, das beste Vernehmen mit solchem zu erhalten.

13) Die Lage Dänemarks hat diesem Staat bis jetzt erlaubt, sich aus dem großen Kampf heraus zu halten. Wie lange es ihm noch glücken werde, ist sehr zweifelhaft[1]); die Umstände allein können das Benehmen gegen ihn bestimmen.

14) Sachsen wird für Preußen äußerst wichtig. Es wäre meines Erachtens äußerst unpolitisch, Sachsen Rache und Mißfallen zu zeigen, weil es an der Beraubung Preußens Theil nahm. Man nehme es, als ob es ganz wider seinen Willen dazu gezwungen sei, suche vielmehr seine Freundschaft und ein vertrauliches Vernehmen mit ihm. Vereint mit Sachsen können wir viel ausrichten, wenigstens viel Böses verhüten; vereint mit Sachsen und Oesterreich noch weit mehr. Und was kann sich nicht an eine solche Vereinigung einmal für Freiheit und Unabhängigkeit anschließen? Kurz man zeige Sachsen, daß

1) Note von Hardenbergs Hand: Noch während der Ausarbeitung dieses Aufsatzes wurde es gezwungen, aus der Neutralität herauszutreten, und es bestätigte sich, wie mißlich das Neutralitätssystem sei, dessen zu lange Befolgung nun auch für Dänemark die schlimmsten Folgen haben kann.

man gern verschmerze, was dieses uns abnahm, und knüpfe die Bande mit solchem wo möglich recht fest. Große Klugheit und Vorsicht ist hiebei nöthig, besonders wegen Napoleon. Sehr wichtig, einen recht tüchtigen Gesandten in Dresden zu haben. Eine Vermählung des Prinzen Heinrich K. H. mit der Tochter und Allodialerbin des Königs könnte sehr günstige und wichtige politische Folgen haben.

15) Baiern hat es verdient, gleichgültig und mit Kälte behandelt zu werden. Man zeige ihm aber keinen Haß. Die Umstände können sich ändern und wir finden dort einen Freund. Nur diese müssen das Benehmen angeben. — Unterdessen suche es uns!

16) Die übrigen deutschen Fürsten des französischen Systems sind eben so zu behandeln.

17) Dagegen zeige man denen, die es mit Preußen hielten, oder doch nicht gegen dasselbe fochten, Theilnahme und helfe ihnen, wo man kann.

18) Allen Unterthanen deutscher Fürsten ohne Ausnahme, auch denen, welche solchen angehören, die zur französischen Fahne schwuren, zeige man Bereitwilligkeit ihnen zu nützen und erwerbe Preußen Liebe, Achtung und Vertrauen, wo es immer möglich ist.

19) In die Händel der Türkei mische man sich jetzt überall nicht, sondern suche vielmehr, sich aus aller Connexion damit möglichst herauszuziehen. Bei den Plänen Frankreichs und Rußlands, bei dem entgegengesetzten Interesse der anderen großen Mächte kann jede Theilnahme Preußen nur compromittiren und gefährliche Verwickelungen für dasselbe hervorbringen.

20) Mit Spanien in gutem Vernehmen zu stehen, ist theils wegen des Handels, theils wegen möglicher Hülfe, welche daher einst zu erwarten sein könnte, nicht unwichtig. Portugal kann für Preußen wenig in Betracht kommen.

21) Holland, die italienischen Staaten, sind jetzt so gut als zu Frankreich gehörig. Ich übergehe also die Verhältnisse mit ihnen, nur möchte es in mancher Rücksicht nützlich sein, sich in Holland Connexionen zu erhalten.

22) Eben dieses gilt von der Schweiz, in der man ohnerachtet des mächtigen französischen Einflusses noch echte Gesinnungen antrifft, die Achtung verdienen und auf die man in vorkommenden Fällen rechnen kann.

23) Auf eine gute Auswahl der Gesandten kommt sehr viel an. Außer vieler Bildung und einem freien Weltton, soll der Gesandte nicht nur allgemeine, nicht bloß oberflächliche Kenntnisse besitzen, sondern vorzüglich auch von seinem Vaterlande und dem Staat, bei dem er angestellt ist. Menschenkenntniß, Scharfblick, die Gabe sich gefällig und seine Meinung durch angenehmen Vortrag geltend zu machen, sind außer reinem Patriotismus, unbestechlicher Integrität und richtiger schneller Urtheilskraft nothwendige Erfordernisse. Als Repräsentant seiner Nation muß der Gesandte Zutrauen und Achtung für diese einflößen; er muß genau zu bemerken und zu benutzen verstehn, was seinem Vaterlande vortheilhaft oder nachtheilig werden kann. Ich würde Niemand zu einem Gesandtschaftsposten anstellen, der nicht seine Laufbahn in inneren Landesgeschäften ruhmvoll angefangen und dann eine Zeit lang bei einer Gesandtschaft fortgesetzt, auch die Welt durch Reisen kennen gelernt hätte. Diese Posten als Pfründen zu betrachten und solche aus bloßer Gunst, oder der Veränderungsliebe zu Gefallen, oder wohl gar aus Ersparniß, unfähigen, dazu nicht besonders gebildeten Männern anzuvertrauen, ist äußerst zweckwidrig und kann nur üble Folgen nach sich ziehen. Eben so nachtheilig ist es, die Gesandten nicht hinreichend zu bezahlen. Ersparnisse in diesem Stücke gehören wie alle die, welche sich auf solche wahre Ehrenausgaben beziehen, oder worunter höhere Zwecke leiden, zu den unglücklichen Mißgriffen. Die Mittel zu solchen Ausgaben müssen sich finden, wenn sie nur gehörig gesucht werden. Der Staat erleidet sonst weit empfindlicheren Verlust und verliert an seiner Würde. So wären die Kosten gewiß sehr gut angewendet, welche auf die Bildung der Gesandten nach der vorbeschriebe-

nen Weise, allenfalls zu Reisen der dazu bestimmten Subjecte zc. verwendet würden.

24) Einfluß und Verbindungen im Auslande sind ein nothwendiges Bedürfniß der Politik, zumal in unserer kritischen Epoche. Man versäume also nichts, sich beides zu verschaffen, und hierin Frankreich mit gleichen Waffen zu begegnen. Die Idee, durch Reisende zu wirken, ist gewiß vortrefflich[1]. Theils könnte man junge Männer, die zu Gesandtschaften bestimmt sind, dazu brauchen: indeß müssen diese Reisende, soll der Zweck erreicht werden, aus mehreren Ständen gewählt und vornehmlich dazu Männer von schon geprüfter Klugheit und Erfahrung genommen, und die ihnen ins Geheim zu gebende Anleitung muß nach einem System ertheilt werden. Jetzt gleich wären dergleichen Reisen in Deutschland allerdings von Nutzen. Die Opinion zu gewinnen, ist höchst wichtig und doch vernachlässigt man dieses im In- und Auslande viel zu sehr. Eben so wenig sollte man versäumen, durch gute Schriftsteller auf sie zu wirken; aber auch dieses von Frankreich mit so vielem Erfolg benutzte Mittel hat man mit Gleichgültigkeit entweder gar nicht oder höchst ungeschickt bei der Gegenpartei angewendet. Bestechungen und Spione, im reinen moralischen Zustande verwerflich wie die Brieferbrechungen, sind ein nothwendiges Uebel und gehören zu den Waffen der Nothwehr, da man sich ihrer allenthalben bedient. Es muß nur auf eine zweckmäßige Weise und auch nach einem System geschehen, nicht wie bisher im Preußischen: als Werk des Zufalls, ohne Ordnung und nach Willkür.

1) Altenstein: Ebenso wichtig als Gesandte sind Reisende. Der Staat kann durch solche unendlich viel bewirken. Ganz vergeblich ist es gewöhnlich, durch solche gegen den Staat, in welchem sie reisen, wirken zu wollen. Man ist zu sehr auf der Hut gegen sie. Allein gar nicht zu verhüten ist es, daß sie für ihren Staat wirken. Ihr Benehmen und ihre Aeußerungen können die Ideen von dem Staate verbreiten, die man in Umlauf zu bringen beabsichtigt. Sie werden bald als Repräsentanten des Staates, dem sie angehören, betrachtet.

III. Grund=Verfassung des Inneren.

Auf einer recht zweckmäßigen Einrichtung der Grund=Verfassung des Innern beruht jetzt die Hoffnung und die künftige Existenz des Preußischen Staates. Hier gilt es vor allem, harmonisch mit dem Zeitgeist und dem Weltplan der Vorsehung zu verfahren; und wenn es auch sonst Bedenklichkeiten haben könnte, die Verfassung zu ändern, so verschwinden sie in der gegenwärtigen Lage des Staats. Das Vorurtheil predigt zwar immer das Alte und nur das Alte. Der stolze Stumpfsinn und träge, unwissende Selbstzufriedenheit, werden es weit wegwerfen, das Fehlerhafte und nicht mehr Passende in der bisherigen Verfassung anzuerkennen. Sie werden ihre Stimme laut genug erheben. Aber man höre sie nicht, man schreite muthig fort und räume jedes Hinderniß weg, mit mächtiger Hand. Nie kann der Zeitpunkt günstiger eintreten. Die Opinion unterstützt das rasche kräftige Handeln, die Umstände machen es nothwendig. Will man den Staat retten, ihn wieder aufblühen sehen, so säume man nicht die einzigen Mittel dazu zu ergreifen. Ein Phönix erstehe aus der Asche.

Der Herr Geheime Finanz=Rath von Altenstein hat diesen wichtigen Gegenstand vorzüglich schön abgehandelt; ich pflichte ihm aus voller Ueberzeugung bei und kann mich also desto kürzer fassen[1]).

1) Altenstein bezeichnet die Grundverfassung als das innere staatliche Verhältniß. „Sie kann zwar in sich Nichts schaffen, allein eben so gut jedes kräftige Wirken und Schaffen verhindern und so einen verkrüppelten Zustand herbeiführen, als auch den Weg bahnen, der zur Erreichung des höchsten Zweckes führt. Man betrachtet die Grundverfassung zuweilen als ein unantastbares Heiligthum, dessen Bestand aufrecht erhalten werden müsse. Wenn der Zeitgeist oder die Summe der Fortschritte der Menschheit zu einem höhern Ziele mächtig eingreift und im Inneren oder Aeußeren kräftig wirkt; und ohne die Aenderung der Form kein neuer Schwung zu dem höhern Ziele möglich ist, dann ändert sich die Verfassung von selbst, wenn ihr nicht Fesseln angelegt sind, die solches unmöglich machen; diese Fesseln zu lösen, ist die Pflicht

Man schrecke ja nicht zurück vor dem, was er als Hauptgrundsatz fordert: möglichste Freiheit und Gleichheit. — Nicht die regellose, mit Recht verschrieene, die die blutigen Ungeheuer der französischen Revolution zum Deckmantel ihrer Verbrechen brauchten, oder mit fanatischer Wuth, statt der wahren im gebildeten gesellschaftlichen Zustande ergriffen, sondern nur diese nach weisen Gesetzen eines monarchischen Staats, die die natürliche Freiheit und Gleichheit der Staatsbürger nicht mehr beschränken, als es die Stufe ihrer Cultur und ihr eigenes Wohl erfordern.

Nur mit wenig Worten will ich mich über die Hauptpunkte der von Altensteinischen Abhandlung äußern und übrigens auf diese selbst verweisen.

1. Der Adel.

Was der Herr Verfasser in Absicht auf den Adel sagt, hat meine vollkommenste Zustimmung. Unsre Meinung erhält vielleicht dadurch einiges Gewicht mehr, daß wir beide zu dem ältesten Adel gehören. Möge sie beherzigt werden und Eingang finden!

Dem Edelmann kann Niemand seine Abstammung rauben. Hat er den Vorzug, unter seinen Vorfahren Männer zu erblicken, die sich durch Verdienste auszeichneten, so ist dieses allerdings ein mächtiger Sporn; der Namen und das Beispiel sind gewiß nicht gleichgültig. Steht er auf der höhern Stufe, ohne zu wissen, was seinen Voreltern dieses Vorrecht gab, so sei es ihm ein desto stärkerer Antrieb, sich selbst dessen würdig zu machen. Hierin setze er den Werth des Adels, und er ist in der That nicht gering. Aber die übrigen Vorzüge, die er oft blos zufällig vor seinem besseren Mitbürger voraus hatte, lasse er willig fahren und bringe

der obersten Gewalt. Die Aenderung der Grundverfassung ist blos ein Nachgeben gegen Das, was der Zeitgeist erheischt. Die Kunst besteht darin, diesen Zeitgeist in der leisesten Aeußerung richtig zu fassen und gehörig zu würdigen. Das höchste Ideal der Verfassung ist, daß in jeder Bestimmung derselben die Möglichkeit nicht nur, sondern sogar eine Veranlassung zum Fortschreiten liege."

sie gern der allgemeinen Gerechtigkeit und der höheren Bildung zum Opfer.

a. Jede Stelle im Staat ohne Ausnahme sei nicht dieser oder jener Kaste, sondern dem Verdienst und der Geschicklichkeit und Fähigkeit aus allen Ständen offen. Jede sei der Gegenstand allgemeiner Aemulation und bei keinem, er sei noch so klein, noch so geringe, tödte der Gedanke das Bestreben: dahin kannst du bei dem regsten Eifer, bei der größten Thätigkeit, dich fähig dazu zu machen, doch nie gelangen. Keine Kraft werde im Emporstreben zum Guten gehemmt!

Man hat den Gedanken gehabt, den Adel mit gewissen höhern Stellen, auch für Bürgerliche, blos persönlich zu verbinden. Ich kann diesem aus mehreren Gründen nicht beistimmen. Bleibt man dabei stehen und räumt die Scheidewand, welche den Adel und die übrigen Stände trennt, nicht gänzlich weg, so hat man eine unglückliche, halbe Maßregel gewählt, die den Zweck nicht erreicht. Dann würde solches gewissermaßen eine neue Ertheilung des Adels in sich fassen, die ich nur dem ganz entschieden ausgezeichneten Verdienst vorbehalten zu sehen wünschte.

b. Das alleinige Vorrecht des Adels zu dem Besitz der sogenannten Rittergüter ist, wie der Herr von Altenstein richtig ausgeführt hat, so schädlich und so wenig mehr für unsre Zeiten und Verfassungen passend, daß die Aufhebung desselben durchaus nothwendig ist, sowie die aller übrigen Vorzüge, welche die Gesetze bisher blos dem Edelmann als Gutsbesitzer beilegten.

c. Den privilegirten Gerichtsstand kann man dem Adel unbedenklich als eine blos persönliche Auszeichnung lassen, zumal da er sie mit einer großen Anzahl von andern Staatsbürgern gemein hat.

d. In Absicht auf die Freiheit von Abgaben, treten verschiedene wichtige Betrachtungen ein. Eine völlige Gleichheit sollte aus vielen Gründen auch hiebei stattfinden. Der Adel leistet die

Dienste nicht mehr unentgeltlich und mit beträchtlichem Kostenaufwande, weshalb er befreit blieb. Gerechtigkeit fordert seine Beiziehung zu den Staatslasten und ihre gleichheitliche Vertheilung. Die Opinion heischt sie laut, und der Bürger und Bauer, deren Grundstücke belastet sind, werden immer scheel sehen zu den befreiten des Edelmannes. Auf der andern Seite ist Gleichheit in der Belastung der Grundstücke nie zu erreichen, da die Ungleichheit auf gar zu mannigfaltige Weise entsteht und ihr selbst nicht ohne höchst nachtheilige Beschränkung der natürlichen Freiheit entgegen gearbeitet werden kann. Die Belegung bisher befreiter Grundstücke mit Abgaben ist ferner eine willkürliche Veränderung des Eigenthums und ein Eingriff in dasselbe, bei welchem nicht nur der Besitzer, sondern auch derjenige gefährdet wird, der auf Treue und Glauben sein Kapital diesem Eigenthum anvertraute. Die Anfertigung neuer Kataster ist sehr weitläufig und langwierig; während derselben verändern sich die Verhältnisse und aus vielen Gründen wird der Zweck einer gleichen Besteuerung dennoch verfehlt, indeß allgemeine Unzufriedenheiten und schädliche Störungen entstehen. Auf der andern Seite verdient allerdings die Opinion große Rücksicht; es läßt sich auch nicht leugnen, daß eine neue Katastrirung wenigstens doch eine größere Gleichheit der Besteuerung bewirken werde, und wenn man sie einfach macht und nur nicht eine zu große Genauigkeit beabsichtigt, an Schwierigkeit und Langwierigkeit verliert; daß sich bei der neuen Katastrirung und Beiziehung aller befreiten Grundstücke eine neue reiche Quelle für die Staatseinkünfte eröffnen wird, wenngleich diejenigen, welche die Befreiung wegen ihrer dem Staate zu leistenden Dienste genießen, entschädigt werden; daß viele Gutsbesitzer gewinnen, wenn sie dagegen Gewerbe treiben können, die bisher nur dem Städter vorbehalten waren; endlich, daß die Besorgniß für den Kapitalisten vielleicht übertrieben ist. Die Sache ist so äußerst wichtig, daß sie die sorgfältigste Prüfung erfordert und ich mich

hier darauf beschränke, diese anzurathen und anheim zu stellen, ob man nach solcher sich entweder für eine neue Katastrirung und Zuziehung aller bisher befreiten Grundstücke zu den Abgaben entscheiden, oder nur festsetzen will, daß bei allen künftigen Auflagen die befreiten Grundstücke gleichheitlich mit allen übrigen belegt werden sollen. Für die Opinion wird schon dadurch viel gewonnen, wenn nicht bloß der Edelmann, sondern ein Jeder das Recht erhält, befreite Grundstücke zu erwerben. Die Befreiung von persönlichen Abgaben muß durchaus aufhören, wo sie noch ist, und ihre Entrichtung gleich sein.

e. Daß die Vorrechte des alten Adels zu Stiftsstellen, geistlichen Ritterorden xc. wegfallen, finde ich sehr angemessen. Familienstiftungen können bleiben, oder, wo die Hauptstiftung zum Besten des Staates aufgehoben wird, Ersatz auf andere Weise erhalten. Diese Hauptstiftungen oder ihre Pfründen verwende der Staat zu milden, wohlthätigen Bedürfnissen oder zur Belohnung von Verdiensten.

f. Neue Adelsertheilungen, darunter ich auch die Erhebungen in den Grafen= und Fürstenstand verstehe, würden als die ausgezeichnetste Belohnung vorzüglicher Verdienste um den Staat anzusehen und über die Ertheilung der Orden zu setzen sein, weil ihre Wirkung auf die Erben geht. Sie müßten nicht anders geschehen, als nach dem Ausspruch eines zu constituirenden Ehrengerichts, das in allem Betracht ehrwürdig sein müßte, und sollten dem ersten Erwerber einen höhern Rang als den des Geburtsadels geben. Ueberhaupt gehört eine vernünftige Rangordnung, die nicht einen Stand vor dem andern begünstigte, sondern den Staatsbürgern aller Stände ihre Stellen nach gewissen Klassen neben einander anwiese, zu den wahren und keineswegs zu den außerwesentlichen Bedürfnissen eines Staates. Dem König bleibe der Entschluß, ob er den Adel nach seinen verschiedenen Graden ertheilen wolle oder nicht, aber es werde unabweisliches Gesetz, daß Niemand

diese Auszeichnung erhalte, den das Ehrengericht nicht für würdig erklärte; dieses müßte das Recht haben, Würdige vorzuschlagen; ja man könnte gestatten, daß diejenigen, welche sich Ansprüche darauf erworben zu haben glaubten, sich bei dem Ehrengericht meldeten und die Beweise davon beibrächten, bei deren Prüfung aber die strengsten Regeln beobachtet werden müßten. Sowie übrigens Verdienste die Ertheilung des Adels bewirkten, so müßten auch Vergehungen gegen den Staat oder andere unwürdige Handlungen den Verlust des Adels nach sich ziehen, und auch hierüber müßte das Ehrengericht entscheiden und dem Könige den Ausspruch zur Bestätigung vorlegen. Es liegt auch gar nichts Hartes darin, daß die nachher geborene Nachkommenschaft eines solchen Mannes den Adel entbehre. Den Geburtsadligen belebe das Andenken an seine Vorfahren und an seinen Namen zum Eifer für das Große und Edle; die, deren Väter den Adel verscherzten, mögen darin einen mächtigen Trieb finden, ihn sich und ihren Nachkommen wieder zu erwerben. Das Ehrengericht könnte zuerst aus Mitgliedern bestehen, die der König wählte, etwa aus zwölf Mitgliedern und einem Präsidenten, dem Aeltesten unter dreizehn. Künftig wählte es aber seine Glieder selbst und hätte auch das Recht, solche, die sich unwürdig machten, auszuschließen. Man könnte füglich noch mehrere Zwecke mit diesem Ehrengerichte verbinden, z. B. den Ausspruch in Ehrensachen statt der dagegen mit Infamie zu belegenden Duelle 2c.

Nur noch ein Wort über Napoleons Meinung und Benehmen in Absicht auf den Adel. Von dem Geburtsadel, von dem Adel, wie er bei uns ist, ist bei ihm eigentlich nicht die Rede. Zwar suchte er Personen aus den ältesten Familien vorzüglich an seinen Hof zu ziehen, aber das geschah theils aus Eitelkeit, weil es ihm, dem aus dem Staube sich Emporgehobenen, schmeichelte, theils um den ehemaligen Adel zu gewinnen. Die Begünstigten, der gegenwärtige Adel bei ihm, sind seine Gehülfen und Kampfgenossen, die er theils fürchtet, theils zu weiterer Hülfe nöthig hat.

2. Der Bürgerstand.

Dadurch, daß einem jeden der Zugang zu allen Stellen, Gewerben und Beschäftigungen eröffnet wird, gewinnt der Bürgerstand und muß dagegen auch seinerseits auf Alles Verzicht leisten, was andere Stände bisher ausschloß.

3. Der Bauernstand.

Der zahlreichste und wichtigste, bisher allerdings am mehrsten vernachlässigte und gedrückte Stand im Staate, der Bauernstand, muß nothwendig ein vorzüglicher Gegenstand seiner Sorgfalt werden. Die Aufhebung der Erbunterthänigkeit müßte durch ein Gesetz kurz und gut und sogleich verfügt werden. Ebenso wären die Gesetze zu widerrufen, wodurch der Bauer verhindert wird, aus dem bäuerlichen Stande herauszutreten. Die Militairverfassung wird, wenn bei derselben richtige Bestimmungen angenommen werden, hierunter nicht leiden. Man erleichtere ferner den Bauern die Erlangung des Eigenthums, es sei in Rücksicht auf neue Erwerbungen, oder auf die Abkaufung der gutsherrlichen Rechte. Die Frohnverfassung aufzuheben, ist nicht nothwendig. Oft ist sie nicht nur nicht lästig, sondern sogar dem Dienstpflichtigen vortheilhafter, als eine Geldabgabe, nachdem die Lokalumstände sind. Veränderungen hierin überlasse man der freiwilligen Uebereinkunft und begünstige sie nur durch die Gesetze, indem man die Grundsätze bestimmt, nach denen die Naturaldienstleistung abgekauft werden kann. Der Willkür und dem Drückenden setze man Schranken durch feste Bestimmungen. Den größten und schädlichsten Druck verursachen aber die Kriegs- und Dienstfuhren oder der sogenannte Vorspann, weil er den Bauer nöthigt, aufs Ungewisse mehr Zugvieh zu halten, als er bedarf; weil er dadurch oft auf mehrere Tage in seinen Arbeiten gestört und von seinem Hofe entfernt wird; weil endlich diese Last so ungleich auf das Land vertheilt ist. Diesem Uebel, welches eins der größten Hindernisse der Industrie des Landmannes ist, muß kräftig ab-

geholfen werden, ohne die unnützen Weitläuftigkeiten und Schwierigkeiten zu beachten, welche man der guten Sache in den Weg gelegt hat. Die Mittel, in Friedenszeiten den Vorspann zu ersetzen, werden sich leicht finden; man wird sie gleichheitlich und gerecht auf das ganze Land vertheilen können. In Kriegszeiten müssen alle Kräfte dem Staate zu Befehl stehen, und auch in diesem Betracht werde ich bei dem Militärwesen einer Einrichtung gedenken, welche jede Bedenklichkeit heben würde. Um dem Bauernstande aufzuhelfen, ist ferner durchaus erforderlich, daß der Staat die Aufhebung der Gemeinheiten, der nachtheiligen Servituten, der Naturalfruchtzehnten durch eine verbesserte Gesetzgebung mehr begünstige, die Hindernisse, welche Vorurtheil und pedantische Förmlichkeit in den Weg legen, ernstlich beseitige und die Grundsätze, nach welchen verfahren wird und die Loskaufung geschehen soll, gleichfalls fest bestimme. Kein Staat hat hierüber bessere Verordnungen als Dänemark; auch hat kein Staat größere Fortschritte in diesen Dingen gemacht, als dieser. Beispiel bei den Domainenbauern wird im preußischen Staate, wo der Domainen so viele sind, die größte Wirkung hervorbringen. Es wird nöthig sein, das Widerspruchsrecht des Bauern bei allgemeinen Einrichtungen zu seinem Besten, z. B. bei Theilungen der Gemeinheiten, Ausbauung der Höfe auf den Grundstücken der Eigenthümer ꝛc., sehr zu beschränken.

4. Herstellung des Zusammenhanges der Nation mit der Staatsverwaltung.

Die Nation mit der Staatsverwaltung in nähere Verhältnisse zu bringen, sie mehr damit bekannt zu machen und dafür zu interessiren, ist allerdings heilsam und nöthig. Die Idee einer Nationalrepräsentation, so wie sie von dem Herrn von Altenstein gefaßt ist, ohne Abbruch der monarchischen Verfassung, ist schön und zweckmäßig. Der Begriff gefährlicher Nationalversammlungen paßt nicht auf sie. Durch die Amalgamirung der Repräsentanten mit den einzelnen Verwaltungsbehörden wird sie den

Nutzen gewähren, ohne den Nachtheil zu haben. Sie soll keinen besondern constitutiven Körper, keine eigene Behörde bilden.

Es wird darauf ankommen:

a. Die Principien auf angemessene Weise zu bestimmen, nach welchen die Wahlen vorzunehmen sind, — nicht nach den Ständen, sondern aus allen Ständen, von den Communitäten; wie diese zu constituiren und wie von ihnen die Wahlen vorzunehmen sein würden.

b. Welchen Behörden Repräsentanten zuzugeben sind? Meines Erachtens würden die Communitätsverwaltungen und Obrigkeiten bloß aus Gewählten bestehen, den Kreisvorstehern; den Verwaltungskammern, dem Ministerium neben dem König selbst würden Repräsentanten beigegeben.

c. Die Qualifikation festzusetzen, welche eine jede dieser Gattungen von Repräsentanten haben muß, sowie die Art ihrer Nachweisung.

d. Ihre Legitimation. — Sie müßten Vollmachten haben, aber keine Instruktionen. Sie folgen ihren Einsichten.

e. Ihren Wirkungskreis. – Berathen und auf ihre Committenten wirken. Bei den Communitätsbehörden führten sie die Verwaltung allein und mit vollem Stimmrecht, bei den Kammern würde ihnen eine Decisivstimme, gleich den übrigen Gliedern, bei den Kreisvorstehern, weil diese blos executiv handeln sollen, und bei dem Ministerium nur eine Consultativstimme zugeeignet.

f. Ihre Zahl richtete sich bei den Communitäten nach den Umständen und Lokalerfordernissen, aber bei den Verwaltungskammern wäre sie gleich der der Königlichen Räthe. Die Präsidenten und Direktoren setzte der König allein. Bei jedem Kreisvorsteher wären zwei Repräsentanten hinreichend. Der Kreisvorsteher würde dagegen künftig nicht mehr aus dem Adel gewählt, sondern vom Könige, ohne Rücksicht auf den Stand. Bei dem Ministerium könnten drei Repräsentanten

den Beisitz haben. Ihnen müßte der freie Zutritt zu der Person des Königs, auch allein, stets offen stehen.

g. Die Dauer der Funktion möchte auf drei oder sechs Jahre zu bestimmen und dann zu einer anderweitigen Wahl zu schreiten sein, wobei jedoch der bisherige Repräsentant wieder erwählt werden könnte.

h. Die Belohnung müßten diese bloß in dem Verdienst um das Vaterland und in der Ehre setzen; sonst wird allerdings der Zweck verfehlt, und der Nachtheil bleibt, daß bloß besoldete Diener das Schicksal des Staates in Händen haben. Wie tief müßte die Nation stehen, in der sich nicht so viele Männer fänden, die bereit wären, wenigstens einige Jahre hindurch den bloßen Forderungen der Ehre und des Patriotismus zu genügen! [1])

5. Herstellung des möglichst freien Gebrauchs der Kräfte der Unterthanen aller Klassen.

Aus dem Hauptgrundsatze, daß die natürliche Freiheit nicht weiter beschränkt werden müsse, als es die Nothwendigkeit erfordert, folgt schon die möglichste Herstellung des freien Gebrauchs der Kräfte der Staatsbürger aller Klassen. Ueber den zu erleichternden Besitz der Grundstücke ist schon oben das Nöthige gesagt; auch ihre Benutzung muß frei sein und die Hindernisse, welche man ihr so häufig in den Weg gelegt hat, im Wahn, das Wohl des Staates zu befördern, müssen weggeschafft werden, sei es durch Aufhebung übel gewählter Polizeigesetze oder schädlicher Vermischungen der Eigenthumsrechte. Die Ausübung persönlicher Kräfte zu jedem Gewerbe oder Handwerk werde frei und die Abgabe darauf gleich, in den Städten und auf dem Lande. Die Abschaffung der Zünfte und der Taxen, wo nicht auf einmal, doch nach und nach, so wie der Herr von Altenstein es angiebt,

1) Anmerkung von Hardenbergs Hand: Ueber die Frage, ob die Kreisvorsteher nicht bloß aus den Repräsentanten zu nehmen sind, über die Zahl dieser letztern bei den Kammern, ihr Stimmrecht und ihren Rang wird noch unten bei der Geschäftspflege etwas vorkommen.

würde festzusetzen sein, sowie die möglichste Beseitigung aller ältern Monopole. Neue würden nicht ertheilt. Vorzüglich aber ist es nöthig, sich auch mit der Abschaffung der Zwangsrechte, als des Mühlen-, Brauzwanges 2c. zu beschäftigen. Die Lästigkeit und der Druck derselben sind anerkannt und es kommt nur darauf an, eine Entschädigung dafür auszumitteln, deren Ausfindung wohl nicht fehlen kann.

6. Abschaffung aller Polster der Faulheit.

Alle Pfründen, die mit gar keiner Dienstleistung verknüpft, oder nicht Belohnung wegen geleisteter Dienste sind, sollten unstreitig ganz wegfallen, also vornehmlich die Stiftsstellen, geistlichen Ritterorden 2c. Ueber die Verwendung ihres Einkommens ist schon oben etwas erwähnt worden.

7. Hülfsmittel.

Daß man dem Provinzial-Charakter nicht Gewalt anthun und aus Sucht, Alles in eine Form, besonders in eine nicht passende, zu zwingen, nicht überall alle Einrichtungen und Vorschriften auf gleiche Weise geltend machen müsse, damit bin ich vollkommen einverstanden. Doch scheint es mir weise, dem Ganzen einen einzigen National-Charakter aufzuprägen und nach und nach, jenen Maximen unbeschadet, dahin zu arbeiten, welches auch ohne Zwang geschehen kann. Die Verwaltung nach Provinzen würde ich diesemnach nicht beibehalten, die Verwaltungsdepartements nach den natürlichen Verhältnissen abtheilen und benennen und einem jeden eine Kammer vorsetzen. Der ganze Staat heiße künftig Preußen. In diesen Namen fließe der eigentliche Preuße, der Pommer, der Brandenburger zusammen; der König nenne sich bloß König von Preußen und nehme das einfache Wappen davon an, zumal da er so manche alte treue Provinz aus Titel und Wappen wird weglassen müssen.

Werden die Nationalfeste zweckmäßig eingerichtet und bei

Man schrecke ja nicht zurück vor dem, was er als Hauptgrundsatz fordert: möglichste Freiheit und Gleichheit. — Nicht die regellose, mit Recht verschrieene, die die blutigen Ungeheuer der französischen Revolution zum Deckmantel ihrer Verbrechen brauchten, oder mit fanatischer Wuth, statt der wahren im gebildeten gesellschaftlichen Zustande ergriffen, sondern nur diese nach weisen Gesetzen eines monarchischen Staats, die die natürliche Freiheit und Gleichheit der Staatsbürger nicht mehr beschränken, als es die Stufe ihrer Cultur und ihr eigenes Wohl erfordern.

Nur mit wenig Worten will ich mich über die Hauptpunkte der von Altensteinischen Abhandlung äußern und übrigens auf diese selbst verweisen.

1. Der Adel.

Was der Herr Verfasser in Absicht auf den Adel sagt, hat meine vollkommenste Zustimmung. Unsre Meinung erhält vielleicht dadurch einiges Gewicht mehr, daß wir beide zu dem ältesten Adel gehören. Möge sie beherzigt werden und Eingang finden!

Dem Edelmann kann Niemand seine Abstammung rauben. Hat er den Vorzug, unter seinen Vorfahren Männer zu erblicken, die sich durch Verdienste auszeichneten, so ist dieses allerdings ein mächtiger Sporn; der Namen und das Beispiel sind gewiß nicht gleichgültig. Steht er auf der höhern Stufe, ohne zu wissen, was seinen Voreltern dieses Vorrecht gab, so sei es ihm ein desto stärkerer Antrieb, sich selbst dessen würdig zu machen. Hierin setze er den Werth des Adels, und er ist in der That nicht gering. Aber die übrigen Vorzüge, die er oft blos zufällig vor seinem besseren Mitbürger voraus hatte, lasse er willig fahren und bringe

der obersten Gewalt. Die Aenderung der Grundverfassung ist blos ein Nachgeben gegen Das, was der Zeitgeist erheischt. Die Kunst besteht darin, diesen Zeitgeist in der leisesten Aeußerung richtig zu fassen und gehörig zu würdigen. Das höchste Ideal der Verfassung ist, daß in jeder Bestimmung derselben die Möglichkeit nicht nur, sondern sogar eine Veranlassung zum Fortschreiten liege."

sie gern der allgemeinen Gerechtigkeit und der höheren Bildung zum Opfer.

a. Jede Stelle im Staat ohne Ausnahme sei nicht dieser oder jener Kaste, sondern dem Verdienst und der Geschicklichkeit und Fähigkeit aus allen Ständen offen. Jede sei der Gegenstand allgemeiner Aemulation und bei keinem, er sei noch so klein, noch so geringe, tödte der Gedanke das Bestreben: dahin kannst du bei dem regsten Eifer, bei der größten Thätigkeit, dich fähig dazu zu machen, doch nie gelangen. Keine Kraft werde im Emporstreben zum Guten gehėmmt!

Man hat den Gedanken gehabt, den Adel mit gewissen höhern Stellen, auch für Bürgerliche, blos persönlich zu verbinden. Ich kann diesem aus mehreren Gründen nicht beistimmen. Bleibt man dabei stehen und räumt die Scheidewand, welche den Adel und die übrigen Stände trennt, nicht gänzlich weg, so hat man eine unglückliche, halbe Maßregel gewählt, die den Zweck nicht erreicht. Dann würde solches gewissermaßen eine neue Ertheilung des Adels in sich fassen, die ich nur dem ganz entschieden ausgezeichneten Verdienst vorbehalten zu sehen wünschte.

b. Das alleinige Vorrecht des Adels zu dem Besitz der sogenannten Rittergüter ist, wie der Herr von Altenstein richtig ausgeführt hat, so schädlich und so wenig mehr für unsre Zeiten und Verfassungen passend, daß die Aufhebung desselben durchaus nothwendig ist, sowie die aller übrigen Vorzüge, welche die Gesetze bisher blos dem Edelmann als Gutsbesitzer beilegten.

c. Den privilegirten Gerichtsstand kann man dem Adel unbedenklich als eine blos persönliche Auszeichnung lassen, zumal da er sie mit einer großen Anzahl von andern Staatsbürgern gemein hat.

d. In Absicht auf die Freiheit von Abgaben, treten verschiedene wichtige Betrachtungen ein. Eine völlige Gleichheit sollte aus vielen Gründen auch hiebei stattfinden. Der Adel leistet die

Dienste nicht mehr unentgeltlich und mit beträchtlichem Kostenaufwande, weshalb er befreit blieb. Gerechtigkeit fordert seine Beiziehung zu den Staatslasten und ihre gleichheitliche Vertheilung. Die Opinion heischt sie laut, und der Bürger und Bauer, deren Grundstücke belastet sind, werden immer scheel sehen zu den befreiten des Edelmannes. Auf der andern Seite ist Gleichheit in der Belastung der Grundstücke nie zu erreichen, da die Ungleichheit auf gar zu mannigfaltige Weise entsteht und ihr selbst nicht ohne höchst nachtheilige Beschränkung der natürlichen Freiheit entgegen gearbeitet werden kann. Die Belegung bisher befreiter Grundstücke mit Abgaben ist ferner eine willkürliche Veränderung des Eigenthums und ein Eingriff in dasselbe, bei welchem nicht nur der Besitzer, sondern auch derjenige gefährdet wird, der auf Treue und Glauben sein Kapital diesem Eigenthum anvertraute. Die Anfertigung neuer Kataster ist sehr weitläufig und langwierig; während derselben verändern sich die Verhältnisse und aus vielen Gründen wird der Zweck einer gleichen Besteuerung dennoch verfehlt, indeß allgemeine Unzufriedenheiten und schädliche Störungen entstehen. Auf der andern Seite verdient allerdings die Opinion große Rücksicht; es läßt sich auch nicht leugnen, daß eine neue Katastrirung wenigstens doch eine größere Gleichheit der Besteuerung bewirken werde, und wenn man sie einfach macht und nur nicht eine zu große Genauigkeit beabsichtigt, an Schwierigkeit und Langwierigkeit verliert; daß sich bei der neuen Katastrirung und Beiziehung aller befreiten Grundstücke eine neue reiche Quelle für die Staatseinkünfte eröffnen wird, wenngleich diejenigen, welche die Befreiung wegen ihrer dem Staate zu leistenden Dienste genießen, entschädigt werden; daß viele Gutsbesitzer gewinnen, wenn sie dagegen Gewerbe treiben können, die bisher nur dem Städter vorbehalten waren; endlich, daß die Besorgniß für den Kapitalisten vielleicht übertrieben ist. Die Sache ist so äußerst wichtig, daß sie die sorgfältigste Prüfung erfordert und ich mich

hier darauf beschränke, diese anzurathen und anheim zu stellen, ob man nach solcher sich entweder für eine neue Katastrirung und Zuziehung aller bisher befreiten Grundstücke zu den Abgaben entscheiden, oder nur festsetzen will, daß bei allen künftigen Auflagen die befreiten Grundstücke gleichheitlich mit allen übrigen belegt werden sollen. Für die Opinion wird schon dadurch viel gewonnen, wenn nicht bloß der Edelmann, sondern ein Jeder das Recht erhält, befreite Grundstücke zu erwerben. Die Befreiung von persönlichen Abgaben muß durchaus aufhören, wo sie noch ist, und ihre Entrichtung gleich sein.

e. Daß die Vorrechte des alten Adels zu Stiftsstellen, geistlichen Ritterorden rc. wegfallen, finde ich sehr angemessen. Familienstiftungen können bleiben, oder, wo die Hauptstiftung zum Besten des Staates aufgehoben wird, Ersatz auf andere Weise erhalten. Diese Hauptstiftungen oder ihre Pfründen verwende der Staat zu milden, wohlthätigen Bedürfnissen oder zur Belohnung von Verdiensten.

f. Neue Adelsertheilungen, darunter ich auch die Erhebungen in den Grafen- und Fürstenstand verstehe, würden als die ausgezeichnetste Belohnung vorzüglicher Verdienste um den Staat anzusehen und über die Ertheilung der Orden zu setzen sein, weil ihre Wirkung auf die Erben geht. Sie müßten nicht anders geschehen, als nach dem Ausspruch eines zu constituirenden Ehrengerichts, das in allem Betracht ehrwürdig sein müßte, und sollten dem ersten Erwerber einen höhern Rang als den des Geburtsadels geben. Ueberhaupt gehört eine vernünftige Rangordnung, die nicht einen Stand vor dem andern begünstigte, sondern den Staatsbürgern aller Stände ihre Stellen nach gewissen Klassen neben einander anwiese, zu den wahren und keineswegs zu den außerwesentlichen Bedürfnissen eines Staates. Dem König bleibe der Entschluß, ob er den Adel nach seinen verschiedenen Graden ertheilen wolle oder nicht, aber es werde unabweisliches Gesetz, daß Niemand

diese Auszeichnung erhalte, den das Ehrengericht nicht für würdig erklärte; dieses müßte das Recht haben, Würdige vorzuschlagen; ja man könnte gestatten, daß diejenigen, welche sich Ansprüche darauf erworben zu haben glaubten, sich bei dem Ehrengericht meldeten und die Beweise davon beibrächten, bei deren Prüfung aber die strengsten Regeln beobachtet werden müßten. Sowie übrigens Verdienste die Ertheilung des Adels bewirkten, so müßten auch Vergehungen gegen den Staat oder andere unwürdige Handlungen den Verlust des Adels nach sich ziehen, und auch hierüber müßte das Ehrengericht entscheiden und dem Könige den Ausspruch zur Bestätigung vorlegen. Es liegt auch gar nichts Hartes darin, daß die nachher geborene Nachkommenschaft eines solchen Mannes den Adel entbehre. Den Geburtsadligen belebe das Andenken an seine Vorfahren und an seinen Namen zum Eifer für das Große und Edle; die, deren Väter den Adel verscherzten, mögen darin einen mächtigen Trieb finden, ihn sich und ihren Nachkommen wieder zu erwerben. Das Ehrengericht könnte zuerst aus Mitgliedern bestehen, die der König wählte, etwa aus zwölf Mitgliedern und einem Präsidenten, dem Aeltesten unter dreizehn. Künftig wählte es aber seine Glieder selbst und hätte auch das Recht, solche, die sich unwürdig machten, auszuschließen. Man könnte füglich noch mehrere Zwecke mit diesem Ehrengerichte verbinden, z. B. den Ausspruch in Ehrensachen statt der dagegen mit Infamie zu belegenden Duelle &c.

Nur noch ein Wort über Napoleons Meinung und Benehmen in Absicht auf den Adel. Von dem Geburtsadel, von dem Adel, wie er bei uns ist, ist bei ihm eigentlich nicht die Rede. Zwar suchte er Personen aus den ältesten Familien vorzüglich an seinen Hof zu ziehen, aber das geschah theils aus Eitelkeit, weil es ihm, dem aus dem Staube sich Emporgehobenen, schmeichelte, theils um den ehemaligen Adel zu gewinnen. Die Begünstigten, der gegenwärtige Adel bei ihm, sind seine Gehülfen und Kampfgenossen, die er theils fürchtet, theils zu weiterer Hülfe nöthig hat.

2. Der Bürgerstand.

Dadurch, daß einem jeden der Zugang zu allen Stellen, Gewerben und Beschäftigungen eröffnet wird, gewinnt der Bürgerstand und muß dagegen auch seinerseits auf Alles Verzicht leisten, was andere Stände bisher ausschloß.

3. Der Bauernstand.

Der zahlreichste und wichtigste, bisher allerdings am mehrsten vernachlässigte und gedrückte Stand im Staate, der Bauernstand, muß nothwendig ein vorzüglicher Gegenstand seiner Sorgfalt werden. Die Aufhebung der Erbunterthänigkeit müßte durch ein Gesetz kurz und gut und sogleich verfügt werden. Ebenso wären die Gesetze zu widerrufen, wodurch der Bauer verhindert wird, aus dem bäuerlichen Stande herauszutreten. Die Militairverfassung wird, wenn bei derselben richtige Bestimmungen angenommen werden, hierunter nicht leiden. Man erleichtere ferner den Bauern die Erlangung des Eigenthums, es sei in Rücksicht auf neue Erwerbungen, oder auf die Abkaufung der gutsherrlichen Rechte. Die Frohnverfassung aufzuheben, ist nicht nothwendig. Oft ist sie nicht nur nicht lästig, sondern sogar dem Dienstpflichtigen vortheilhafter, als eine Geldabgabe, nachdem die Lokalumstände sind. Veränderungen hierin überlasse man der freiwilligen Uebereinkunft und begünstige sie nur durch die Gesetze, indem man die Grundsätze bestimmt, nach denen die Naturaldienstleistung abgekauft werden kann. Der Willkür und dem Drückenden setze man Schranken durch feste Bestimmungen. Den größten und schädlichsten Druck verursachen aber die Kriegs- und Dienstfuhren oder der sogenannte Vorspann, weil er den Bauer nöthigt, aufs Ungewisse mehr Zugvieh zu halten, als er bedarf; weil er dadurch oft auf mehrere Tage in seinen Arbeiten gestört und von seinem Hofe entfernt wird; weil endlich diese Last so ungleich auf das Land vertheilt ist. Diesem Uebel, welches eins der größten Hindernisse der Industrie des Landmannes ist, muß kräftig ab-

geholfen werden, ohne die unnützen Weitläuftigkeiten und Schwierigkeiten zu beachten, welche man der guten Sache in den Weg gelegt hat. Die Mittel, in Friedenszeiten den Vorspann zu ersetzen, werden sich leicht finden; man wird sie gleichheitlich und gerecht auf das ganze Land vertheilen können. In Kriegszeiten müssen alle Kräfte dem Staate zu Befehl stehen, und auch in diesem Betracht werde ich bei dem Militärwesen einer Einrichtung gedenken, welche jede Bedenklichkeit heben würde. Um dem Bauernstande aufzuhelfen, ist ferner durchaus erforderlich, daß der Staat die Aufhebung der Gemeinheiten, der nachtheiligen Servituten, der Naturalfruchtzehnten durch eine verbesserte Gesetzgebung mehr begünstige, die Hindernisse, welche Vorurtheil und pedantische Förmlichkeit in den Weg legen, ernstlich beseitige und die Grundsätze, nach welchen verfahren wird und die Loskaufung geschehen soll, gleichfalls fest bestimme. Kein Staat hat hierüber bessere Verordnungen als Dänemark; auch hat kein Staat größere Fortschritte in diesen Dingen gemacht, als dieser. Beispiel bei den Domainenbauern wird im preußischen Staate, wo der Domainen so viele sind, die größte Wirkung hervorbringen. Es wird nöthig sein, das Widerspruchsrecht des Bauern bei allgemeinen Einrichtungen zu seinem Besten, z. B. bei Theilungen der Gemeinheiten, Ausbauung der Höfe auf den Grundstücken der Eigenthümer ꝛc., sehr zu beschränken.

4. Herstellung des Zusammenhanges der Nation mit der Staatsverwaltung.

Die Nation mit der Staatsverwaltung in nähere Verhältnisse zu bringen, sie mehr damit bekannt zu machen und dafür zu interessiren, ist allerdings heilsam und nöthig. Die Idee einer Nationalrepräsentation, so wie sie von dem Herrn von Altenstein gefaßt ist, ohne Abbruch der monarchischen Verfassung, ist schön und zweckmäßig. Der Begriff gefährlicher Nationalversammlungen paßt nicht auf sie. Durch die Amalgamirung der Repräsentanten mit den einzelnen Verwaltungsbehörden wird sie den

Nutzen gewähren, ohne den Nachtheil zu haben. Sie soll keinen besondern constitutiven Körper, keine eigene Behörde bilden.

Es wird darauf ankommen:

a. Die Principien auf angemessene Weise zu bestimmen, nach welchen die Wahlen vorzunehmen sind, — nicht nach den Ständen, sondern aus allen Ständen, von den Communitäten; wie diese zu constituiren und wie von ihnen die Wahlen vorzunehmen sein würden.

b. Welchen Behörden Repräsentanten zuzugeben sind? Meines Erachtens würden die Communitätsverwaltungen und Obrigkeiten bloß aus Gewählten bestehen, den Kreisvorstehern; den Verwaltungskammern, dem Ministerium neben dem König selbst würden Repräsentanten beigegeben.

c. Die Qualifikation festzusetzen, welche eine jede dieser Gattungen von Repräsentanten haben muß, sowie die Art ihrer Nachweisung.

d. Ihre Legitimation. — Sie müßten Vollmachten haben, aber keine Instruktionen. Sie folgen ihren Einsichten.

e. Ihren Wirkungskreis. – Berathen und auf ihre Committenten wirken. Bei den Communitätsbehörden führten sie die Verwaltung allein und mit vollem Stimmrecht, bei den Kammern würde ihnen eine Decisivstimme, gleich den übrigen Gliedern, bei den Kreisvorstehern, weil diese blos executiv handeln sollen, und bei dem Ministerium nur eine Consultativstimme zugeeignet.

f. Ihre Zahl richtete sich bei den Communitäten nach den Umständen und Lokalerfordernissen, aber bei den Verwaltungskammern wäre sie gleich der der Königlichen Räthe. Die Präsidenten und Direktoren setzte der König allein. Bei jedem Kreisvorsteher wären zwei Repräsentanten hinreichend. Der Kreisvorsteher würde dagegen künftig nicht mehr aus dem Adel gewählt, sondern vom Könige, ohne Rücksicht auf den Stand. Bei dem Ministerium könnten drei Repräsentanten

den Beisitz haben. Ihnen müßte der freie Zutritt zu der Person des Königs, auch allein, stets offen stehen.

g. Die Dauer der Funktion möchte auf drei oder sechs Jahre zu bestimmen und dann zu einer anderweitigen Wahl zu schreiten sein, wobei jedoch der bisherige Repräsentant wieder erwählt werden könnte.

h. Die Belohnung müßten diese bloß in dem Verdienst um das Vaterland und in der Ehre setzen; sonst wird allerdings der Zweck verfehlt, und der Nachtheil bleibt, daß bloß besoldete Diener das Schicksal des Staates in Händen haben. Wie tief müßte die Nation stehen, in der sich nicht so viele Männer fänden, die bereit wären, wenigstens einige Jahre hindurch den bloßen Forderungen der Ehre und des Patriotismus zu genügen! [1])

5. Herstellung des möglichst freien Gebrauchs der Kräfte der Unterthanen aller Klassen.

Aus dem Hauptgrundsatze, daß die natürliche Freiheit nicht weiter beschränkt werden müsse, als es die Nothwendigkeit erfordert, folgt schon die möglichste Herstellung des freien Gebrauchs der Kräfte der Staatsbürger aller Klassen. Ueber den zu erleichternden Besitz der Grundstücke ist schon oben das Nöthige gesagt; auch ihre Benutzung muß frei sein und die Hindernisse, welche man ihr so häufig in den Weg gelegt hat, im Wahn, das Wohl des Staates zu befördern, müssen weggeschafft werden, sei es durch Aufhebung übel gewählter Polizeigesetze oder schädlicher Vermischungen der Eigenthumsrechte. Die Ausübung persönlicher Kräfte zu jedem Gewerbe oder Handwerk werde frei und die Abgabe darauf gleich, in den Städten und auf dem Lande. Die Abschaffung der Zünfte und der Taxen, wo nicht auf einmal, doch nach und nach, so wie der Herr von Altenstein es angiebt,

1) Anmerkung von Hardenbergs Hand: Ueber die Frage, ob die Kreisvorsteher nicht bloß aus den Repräsentanten zu nehmen sind, über die Zahl dieser letztern bei den Kammern, ihr Stimmrecht und ihren Rang wird noch unten bei der Geschäftspflege etwas vorkommen.

würde festzusetzen sein, sowie die möglichste Beseitigung aller ältern Monopole. Neue würden nicht ertheilt. Vorzüglich aber ist es nöthig, sich auch mit der Abschaffung der Zwangsrechte, als des Mühlen-, Brauzwanges ꝛc. zu beschäftigen. Die Lästigkeit und der Druck derselben sind anerkannt und es kommt nur darauf an, eine Entschädigung dafür auszumitteln, deren Ausfindung wohl nicht fehlen kann.

6. Abschaffung aller Polster der Faulheit.

Alle Pfründen, die mit gar keiner Dienstleistung verknüpft, oder nicht Belohnung wegen geleisteter Dienste sind, sollten unstreitig ganz wegfallen, also vornehmlich die Stiftsstellen, geistlichen Ritterorden ꝛc. Ueber die Verwendung ihres Einkommens ist schon oben etwas erwähnt worden.

7. Hülfsmittel.

Daß man dem Provinzial-Charakter nicht Gewalt anthun und aus Sucht, Alles in eine Form, besonders in eine nicht passende, zu zwingen, nicht überall alle Einrichtungen und Vorschriften auf gleiche Weise geltend machen müsse, damit bin ich vollkommen einverstanden. Doch scheint es mir weise, dem Ganzen einen einzigen National-Charakter aufzuprägen und nach und nach, jenen Maximen unbeschadet, dahin zu arbeiten, welches auch ohne Zwang geschehen kann. Die Verwaltung nach Provinzen würde ich diesemnach nicht beibehalten, die Verwaltungsdepartements nach den natürlichen Verhältnissen abtheilen und benennen und einem jeden eine Kammer vorsetzen. Der ganze Staat heiße künftig Preußen. In diesen Namen fließe der eigentliche Preuße, der Pommer, der Brandenburger zusammen; der König nenne sich bloß König von Preußen und nehme das einfache Wappen davon an, zumal da er so manche alte treue Provinz aus Titel und Wappen wird weglassen müssen.

Werden die Nationalfeste zweckmäßig eingerichtet und bei

schicklichen Gelegenheiten gefeiert, so können sie von Nutzen sein[1]). Hierauf aber kommt Alles anbei an.

8. Schluß.

Ich bin endlich mit dem Herrn von Altenstein nach der innigsten Ueberzeugung einverstanden, daß nur eine Radikalkur unsrer Verfassung dem Staate wieder neues Leben geben und ihm solches erhalten könne. Möge man sie doch nicht scheuen und mit starker Hand die nöthigen Maßregeln — ja keine halben — ergreifen! Hindernisse werden sich genug aufthürmen, aber sie werden zusammenfallen, wenn man ohne Weitläuftigkeit und mit Muth auf sie los geht. Sie mögen in der vorigen Verfassung, in angeblichen ständischen Rechten, oder wo es auch sei, liegen, man bekämpfe sie rasch und fest! Zeit ist nicht zu verlieren. Man übertrage die Ausführung nicht großen zusammengesetzten Commissionen, frage nicht viele Behörden. Selbst das Gutachten der Gesetzcommission dürfte diesesmal nicht zu fordern sein. Wenige einsichtsvolle Männer müssen die Ausführung leiten. Einzelne Unzufriedene werden sich finden, aber sie werden von der Menge der Zufriedenen und Vernünftigen gewiß sehr leicht verdrängt und vor dem Segen dieser letzteren wird ihre Stimme bald verstummen.

IV. Militärwesen.

Ohne ein recht kräftig organisirtes, stets schlagfertiges Militär kann der preußische Staat nicht wieder empor kommen. Er sollte ein Militärstaat sein, ja das Dasein des Militärs schien, wie der Herr von Altenstein sehr richtig sagt, der Zweck des Staates. Wie viele andere wichtige Rücksichten mußten nicht immer der militärischen weichen! Sie legte der Industrie und der natürlichen Freiheit so manche Fesseln an und man suchte es immer

1) Altenstein sagt hierüber. „Sehr vortheilhaft würden Nationalfeste wirken können. Die Nationalfeste werden sich von selbst bilden und dann gerade den richtigen Charakter erhalten, wenn die Volks-Repräsentation zu Stande kommt“.

dadurch zu rechtfertigen, daß Preußen ein militärischer Staat sei. Die Benennung war freilich geblieben, aber wie weit war man von der Sache! Noch mehr als bei andern Dingen, wenigstens mit noch mehr Selbstgenügsamkeit und Vorurtheil für das Alte, war man stehen geblieben, während andere fortschritten, besonders Frankreich. Bei aller Gemächlichkeit und Liebe zur Ruhe des Friedens war man stolz auf die Heldenthaten der Vorfahren, unbekümmert selbst ihrem Beispiel zu folgen, oder ob dieselben Mittel noch dazu tauglich wären, die man aus dem siebenjährigen, durch Friedrichs Glück und Genie so glorreich bestandenen Kriege anpries. Schon in der polnischen und der Rheincampagne war sein Geist von der Armee gewichen. Tapferkeit und Ehrliebe waren wohl noch herrschend, aber der General und der Offizier politisirten. Kabalen, um den Frieden zu erzwingen, traten im Hauptquartiere an die Stelle weiser, kräftiger Operationspläe. Die Tendenz, welche eine Armee haben muß und die allein den Sieg bringt: Krieg und Kriegsruhm, war nicht herrschend. Bequemlichkeit und Neigung zur Häuslichkeit, die, so schön sie ist, der Soldat vorzüglich der höhern Pflicht und dem hohen Ehrgefühl nachordnen muß, nahmen bei dem langen Frieden und dem friedfertigen, dem Kriege zur rechten Zeit stets ausweichenden Geiste der Regierung immer mehr überhand, insonderheit bei den älteren und so vielen verheiratheten Offizieren. Mangel an nöthiger Strenge im Dienst, zu wenig Sporn und Aufmunterung für Talent und wahre nützliche militärische Thätigkeit wirkten nachtheilig. Mehrere unsrer gelehrten Offiziere stifteten großen Schaden durch ihr Mißtrauen in unsre militärische Kraft und durch unweise Begründung und Verbreitung desselben, anstatt daß sie vorzüglich hätten dahin streben sollen, daß man das wegschaffte und verbesserte, was jene Kraft lähmte. Der militärische Haushalt, der, man sage zu dessen Vertheidigung was man will, der nagende Wurm am Guten ist, die fehlerhafte Einrichtung, daß der Kapitän mehr dabei interessirt ist, daß es Frieden, als Krieg sei, mußten bei der größeren, immer zunehmenden Theurung doppelt

schicklichen Gelegenheiten gefeiert, so können sie von Nutzen sein[1]). Hierauf aber kommt Alles anbei an.

8. Schluß.

Ich bin endlich mit dem Herrn von Altenstein nach der innigsten Ueberzeugung einverstanden, daß nur eine Radikalkur unsrer Verfassung dem Staate wieder neues Leben geben und ihm solches erhalten könne. Möge man sie doch nicht scheuen und mit starker Hand die nöthigen Maßregeln — ja keine halben — ergreifen! Hindernisse werden sich genug aufthürmen, aber sie werden zusammenfallen, wenn man ohne Weitläuftigkeit und mit Muth auf sie los geht. Sie mögen in der vorigen Verfassung, in angeblichen ständischen Rechten, oder wo es auch sei, liegen, man bekämpfe sie rasch und fest! Zeit ist nicht zu verlieren. Man übertrage die Ausführung nicht großen zusammengesetzten Commissionen, frage nicht viele Behörden. Selbst das Gutachten der Gesetzcommission dürfte diesesmal nicht zu fordern sein. Wenige einsichtsvolle Männer müssen die Ausführung leiten. Einzelne Unzufriedene werden sich finden, aber sie werden von der Menge der Zufriedenen und Vernünftigen gewiß sehr leicht verdrängt und vor dem Segen dieser letzteren wird ihre Stimme bald verstummen.

IV. Militärwesen.

Ohne ein recht kräftig organisirtes, stets schlagfertiges Militär kann der preußische Staat nicht wieder empor kommen. Er sollte ein Militärstaat sein, ja das Dasein des Militärs schien, wie der Herr von Altenstein sehr richtig sagt, der Zweck des Staates. Wie viele andere wichtige Rücksichten mußten nicht immer der militärischen weichen! Sie legte der Industrie und der natürlichen Freiheit so manche Fesseln an und man suchte es immer

1) Altenstein sagt hierüber. „Sehr vortheilhaft würden Nationalfeste wirken können. Die Nationalfeste werden sich von selbst bilden und dann gerade den richtigen Charakter erhalten, wenn die Volks-Repräsentation zu Stande kommt".

dadurch zu rechtfertigen, daß Preußen ein militärischer Staat sei. Die Benennung war freilich geblieben, aber wie weit war man von der Sache! Noch mehr als bei andern Dingen, wenigstens mit noch mehr Selbstgenügsamkeit und Vorurtheil für das Alte, war man stehen geblieben, während andere fortschritten, besonders Frankreich. Bei aller Gemächlichkeit und Liebe zur Ruhe des Friedens war man stolz auf die Heldenthaten der Vorfahren, unbekümmert selbst ihrem Beispiel zu folgen, oder ob dieselben Mittel noch dazu tauglich wären, die man aus dem siebenjährigen, durch Friedrichs Glück und Genie so glorreich bestandenen Kriege anpries. Schon in der polnischen und der Rheincampagne war sein Geist von der Armee gewichen. Tapferkeit und Ehrliebe waren wohl noch herrschend, aber der General und der Offizier politisirten. Kabalen, um den Frieden zu erzwingen, traten im Hauptquartiere an die Stelle weiser, kräftiger Operationspläe. Die Tendenz, welche eine Armee haben muß und die allein den Sieg bringt: Krieg und Kriegsruhm, war nicht herrschend. Bequemlichkeit und Neigung zur Häuslichkeit, die, so schön sie ist, der Soldat vorzüglich der höhern Pflicht und dem hohen Ehrgefühl nachordnen muß, nahmen bei dem langen Frieden und dem friedfertigen, dem Kriege zur rechten Zeit stets ausweichenden Geiste der Regierung immer mehr überhand, insonderheit bei den älteren und so vielen verheiratheten Offizieren. Mangel an nöthiger Strenge im Dienst, zu wenig Sporn und Aufmunterung für Talent und wahre nützliche militärische Thätigkeit wirkten nachtheilig. Mehrere unsrer *gelehrten* Offiziere stifteten großen Schaden durch ihr Mißtrauen in unsre militärische Kraft und durch unweise Begründung und Verbreitung desselben, anstatt daß sie vorzüglich hätten dahin streben sollen, daß man das wegschaffte und verbesserte, was jene Kraft lähmte. Der militärische Haushalt, der, man sage zu dessen Vertheidigung was man will, der nagende Wurm am Guten ist, die fehlerhafte Einrichtung, daß der Kapitän mehr dabei interessirt ist, daß es Frieden, als Krieg sei, mußten bei der größeren, immer zunehmenden Theurung doppelt

Dienste nicht mehr unentgeltlich und mit beträchtlichem Kostenaufwande, weshalb er befreit blieb. Gerechtigkeit fordert seine Beiziehung zu den Staatslasten und ihre gleichheitliche Vertheilung. Die Opinion heischt sie laut, und der Bürger und Bauer, deren Grundstücke belastet sind, werden immer scheel sehen zu den befreiten des Edelmannes. Auf der andern Seite ist Gleichheit in der Belastung der Grundstücke nie zu erreichen, da die Ungleichheit auf gar zu mannigfaltige Weise entsteht und ihr selbst nicht ohne höchst nachtheilige Beschränkung der natürlichen Freiheit entgegen gearbeitet werden kann. Die Belegung bisher befreiter Grundstücke mit Abgaben ist ferner eine willkürliche Veränderung des Eigenthums und ein Eingriff in dasselbe, bei welchem nicht nur der Besitzer, sondern auch derjenige gefährdet wird, der auf Treue und Glauben sein Kapital diesem Eigenthum anvertraute. Die Anfertigung neuer Kataster ist sehr weitläufig und langwierig; während derselben verändern sich die Verhältnisse und aus vielen Gründen wird der Zweck einer gleichen Besteuerung dennoch verfehlt, indeß allgemeine Unzufriedenheiten und schädliche Störungen entstehen. Auf der andern Seite verdient allerdings die Opinion große Rücksicht; es läßt sich auch nicht leugnen, daß eine neue Katastrirung wenigstens doch eine größere Gleichheit der Besteuerung bewirken werde, und wenn man sie einfach macht und nur nicht eine zu große Genauigkeit beabsichtigt, an Schwierigkeit und Langwierigkeit verliert; daß sich bei der neuen Katastrirung und Beiziehung aller befreiten Grundstücke eine neue reiche Quelle für die Staatseinkünfte eröffnen wird, wenngleich diejenigen, welche die Befreiung wegen ihrer dem Staate zu leistenden Dienste genießen, entschädigt werden; daß viele Gutsbesitzer gewinnen, wenn sie dagegen Gewerbe treiben können, die bisher nur dem Städter vorbehalten waren; endlich, daß die Besorgniß für den Kapitalisten vielleicht übertrieben ist. Die Sache ist so äußerst wichtig, daß sie die sorgfältigste Prüfung erfordert und ich mich

hier darauf beschränke, diese anzurathen und anheim zu stellen, ob man nach solcher sich entweder für eine neue Katastrirung und Zuziehung aller bisher befreiten Grundstücke zu den Abgaben entscheiden, oder nur festsetzen will, daß bei allen künftigen Auflagen die befreiten Grundstücke gleichheitlich mit allen übrigen belegt werden sollen. Für die Opinion wird schon dadurch viel gewonnen, wenn nicht bloß der Edelmann, sondern ein Jeder das Recht erhält, befreite Grundstücke zu erwerben. Die Befreiung von persönlichen Abgaben muß durchaus aufhören, wo sie noch ist, und ihre Entrichtung gleich sein.

e. Daß die Vorrechte des alten Adels zu Stiftsstellen, geistlichen Ritterorden rc. wegfallen, finde ich sehr angemessen. Familienstiftungen können bleiben, oder, wo die Hauptstiftung zum Besten des Staates aufgehoben wird, Ersatz auf andere Weise erhalten. Diese Hauptstiftungen oder ihre Pfründen verwende der Staat zu milden, wohlthätigen Bedürfnissen oder zur Belohnung von Verdiensten.

f. Neue Adelsertheilungen, darunter ich auch die Erhebungen in den Grafen- und Fürstenstand verstehe, würden als die ausgezeichnetste Belohnung vorzüglicher Verdienste um den Staat anzusehen und über die Ertheilung der Orden zu setzen sein, weil ihre Wirkung auf die Erben geht. Sie müßten nicht anders geschehen, als nach dem Ausspruch eines zu constituirenden Ehrengerichts, das in allem Betracht ehrwürdig sein müßte, und sollten dem ersten Erwerber einen höhern Rang als den des Geburtsadels geben. Ueberhaupt gehört eine vernünftige Rangordnung, die nicht einen Stand vor dem andern begünstigte, sondern den Staatsbürgern aller Stände ihre Stellen nach gewissen Klassen neben einander anwiese, zu den wahren und keineswegs zu den außerwesentlichen Bedürfnissen eines Staates. Dem König bleibe der Entschluß, ob er den Adel nach seinen verschiedenen Graden ertheilen wolle oder nicht, aber es werde unabweisliches Gesetz, daß Niemand

diese Auszeichnung erhalte, den das Ehrengericht nicht für würdig erklärte; dieses müßte das Recht haben, Würdige vorzuschlagen; ja man könnte gestatten, daß diejenigen, welche sich Ansprüche darauf erworben zu haben glaubten, sich bei dem Ehrengericht meldeten und die Beweise davon beibrächten, bei deren Prüfung aber die strengsten Regeln beobachtet werden müßten. Sowie übrigens Verdienste die Ertheilung des Adels bewirkten, so müßten auch Vergehungen gegen den Staat oder andere unwürdige Handlungen den Verlust des Adels nach sich ziehen, und auch hierüber müßte das Ehrengericht entscheiden und dem Könige den Ausspruch zur Bestätigung vorlegen. Es liegt auch gar nichts Hartes darin, daß die nachher geborene Nachkommenschaft eines solchen Mannes den Adel entbehre. Den Geburtsadligen belebe das Andenken an seine Vorfahren und an seinen Namen zum Eifer für das Große und Edle; die, deren Väter den Adel verscherzten, mögen darin einen mächtigen Trieb finden, ihn sich und ihren Nachkommen wieder zu erwerben. Das Ehrengericht könnte zuerst aus Mitgliedern bestehen, die der König wählte, etwa aus zwölf Mitgliedern und einem Präsidenten, dem Aeltesten unter dreizehn. Künftig wählte es aber seine Glieder selbst und hätte auch das Recht, solche, die sich unwürdig machten, auszuschließen. Man könnte füglich noch mehrere Zwecke mit diesem Ehrengerichte verbinden, z. B. den Ausspruch in Ehrensachen statt der dagegen mit Infamie zu belegenden Duelle ꝛc.

Nur noch ein Wort über Napoleons Meinung und Benehmen in Absicht auf den Adel. Von dem Geburtsadel, von dem Adel, wie er bei uns ist, ist bei ihm eigentlich nicht die Rede. Zwar suchte er Personen aus den ältesten Familien vorzüglich an seinen Hof zu ziehen, aber das geschah theils aus Eitelkeit, weil es ihm, dem aus dem Staube sich Emporgehobenen, schmeichelte, theils um den ehemaligen Adel zu gewinnen. Die Begünstigten, der gegenwärtige Adel bei ihm, sind seine Gehülfen und Kampfgenossen, die er theils fürchtet, theils zu weiterer Hülfe nöthig hat.

2. Der Bürgerstand.

Dadurch, daß einem jeden der Zugang zu allen Stellen, Gewerben und Beschäftigungen eröffnet wird, gewinnt der Bürgerstand und muß dagegen auch seinerseits auf Alles Verzicht leisten, was andere Stände bisher ausschloß.

3. Der Bauernstand.

Der zahlreichste und wichtigste, bisher allerdings am mehrsten vernachlässigte und gedrückte Stand im Staate, der Bauernstand, muß nothwendig ein vorzüglicher Gegenstand seiner Sorgfalt werden. Die Aufhebung der Erbunterthänigkeit müßte durch ein Gesetz kurz und gut und sogleich verfügt werden. Ebenso wären die Gesetze zu widerrufen, wodurch der Bauer verhindert wird, aus dem bäuerlichen Stande herauszutreten. Die Militairverfassung wird, wenn bei derselben richtige Bestimmungen angenommen werden, hierunter nicht leiden. Man erleichtere ferner den Bauern die Erlangung des Eigenthums, es sei in Rücksicht auf neue Erwerbungen, oder auf die Abkaufung der gutsherrlichen Rechte. Die Frohnverfassung aufzuheben, ist nicht nothwendig. Oft ist sie nicht nur nicht lästig, sondern sogar dem Dienstpflichtigen vortheilhafter, als eine Geldabgabe, nachdem die Lokalumstände sind. Veränderungen hierin überlasse man der freiwilligen Uebereinkunft und begünstige sie nur durch die Gesetze, indem man die Grundsätze bestimmt, nach denen die Naturaldienstleistung abgekauft werden kann. Der Willkür und dem Drückenden setze man Schranken durch feste Bestimmungen. Den größten und schädlichsten Druck verursachen aber die Kriegs- und Dienstfuhren oder der sogenannte Vorspann, weil er den Bauer nöthigt, aufs Ungewisse mehr Zugvieh zu halten, als er bedarf; weil er dadurch oft auf mehrere Tage in seinen Arbeiten gestört und von seinem Hofe entfernt wird; weil endlich diese Last so ungleich auf das Land vertheilt ist. Diesem Uebel, welches eins der größten Hindernisse der Industrie des Landmannes ist, muß kräftig ab-

geholfen werden, ohne die unnützen Weitläuftigkeiten und Schwierigkeiten zu beachten, welche man der guten Sache in den Weg gelegt hat. Die Mittel, in Friedenszeiten den Vorspann zu ersetzen, werden sich leicht finden; man wird sie gleichheitlich und gerecht auf das ganze Land vertheilen können. In Kriegszeiten müssen alle Kräfte dem Staate zu Befehl stehen, und auch in diesem Betracht werde ich bei dem Militärwesen einer Einrichtung gedenken, welche jede Bedenklichkeit heben würde. Um dem Bauernstande aufzuhelfen, ist ferner durchaus erforderlich, daß der Staat die Aufhebung der Gemeinheiten, der nachtheiligen Servituten, der Naturalfruchtzehnten durch eine verbesserte Gesetzgebung mehr begünstige, die Hindernisse, welche Vorurtheil und pedantische Förmlichkeit in den Weg legen, ernstlich beseitige und die Grundsätze, nach welchen verfahren wird und die Loskaufung geschehen soll, gleichfalls fest bestimme. Kein Staat hat hierüber bessere Verordnungen als Dänemark; auch hat kein Staat größere Fortschritte in diesen Dingen gemacht, als dieser. Beispiel bei den Domainenbauern wird im preußischen Staate, wo der Domainen so viele sind, die größte Wirkung hervorbringen. Es wird nöthig sein, das Widerspruchsrecht des Bauern bei allgemeinen Einrichtungen zu seinem Besten, z. B. bei Theilungen der Gemeinheiten, Ausbauung der Höfe auf den Grundstücken der Eigenthümer ꝛc., sehr zu beschränken.

4. Herstellung des Zusammenhanges der Nation mit der Staatsverwaltung.

Die Nation mit der Staatsverwaltung in nähere Verhältnisse zu bringen, sie mehr damit bekannt zu machen und dafür zu interessiren, ist allerdings heilsam und nöthig. Die Idee einer Nationalrepräsentation, so wie sie von dem Herrn von Altenstein gefaßt ist, ohne Abbruch der monarchischen Verfassung, ist schön und zweckmäßig. Der Begriff gefährlicher Nationalversammlungen paßt nicht auf sie. Durch die Amalgamirung der Repräsentanten mit den einzelnen Verwaltungsbehörden wird sie den

Nutzen gewähren, ohne den Nachtheil zu haben. Sie soll keinen besondern constitutiven Körper, keine eigene Behörde bilden.

Es wird darauf ankommen:

a. Die Principien auf angemessene Weise zu bestimmen, nach welchen die Wahlen vorzunehmen sind, — nicht nach den Ständen, sondern aus allen Ständen, von den Communitäten; wie diese zu constituiren und wie von ihnen die Wahlen vorzunehmen sein würden.

b. Welchen Behörden Repräsentanten zuzugeben sind? Meines Erachtens würden die Communitätsverwaltungen und Obrigkeiten bloß aus Gewählten bestehen, den Kreisvorstehern; den Verwaltungskammern, dem Ministerium neben dem König selbst würden Repräsentanten beigegeben.

c. Die Qualifikation festzusetzen, welche eine jede dieser Gattungen von Repräsentanten haben muß, sowie die Art ihrer Nachweisung.

d. Ihre Legitimation. — Sie müßten Vollmachten haben, aber keine Instruktionen. Sie folgen ihren Einsichten.

e. Ihren Wirkungskreis. – Berathen und auf ihre Committenten wirken. Bei den Communitätsbehörden führten sie die Verwaltung allein und mit vollem Stimmrecht, bei den Kammern würde ihnen eine Decisivstimme, gleich den übrigen Gliedern, bei den Kreisvorstehern, weil diese blos executiv handeln sollen, und bei dem Ministerium nur eine Consultativstimme zugeeignet.

f. Ihre Zahl richtete sich bei den Communitäten nach den Umständen und Lokalerfordernissen, aber bei den Verwaltungskammern wäre sie gleich der der Königlichen Räthe. Die Präsidenten und Direktoren setzte der König allein. Bei jedem Kreisvorsteher wären zwei Repräsentanten hinreichend. Der Kreisvorsteher würde dagegen künftig nicht mehr aus dem Adel gewählt, sondern vom Könige, ohne Rücksicht auf den Stand. Bei dem Ministerium könnten drei Repräsentanten

den Beisitz haben. Ihnen müßte der freie Zutritt zu der Person des Königs, auch allein, stets offen stehen.

g. Die Dauer der Funktion möchte auf drei oder sechs Jahre zu bestimmen und dann zu einer anderweitigen Wahl zu schreiten sein, wobei jedoch der bisherige Repräsentant wieder erwählt werden könnte.

h. Die Belohnung müßten diese bloß in dem Verdienst um das Vaterland und in der Ehre setzen; sonst wird allerdings der Zweck verfehlt, und der Nachtheil bleibt, daß bloß besoldete Diener das Schicksal des Staates in Händen haben. Wie tief müßte die Nation stehen, in der sich nicht so viele Männer fänden, die bereit wären, wenigstens einige Jahre hindurch den bloßen Forderungen der Ehre und des Patriotismus zu genügen! [1])

5. Herstellung des möglichst freien Gebrauchs der Kräfte der Unterthanen aller Klassen.

Aus dem Hauptgrundsatze, daß die natürliche Freiheit nicht weiter beschränkt werden müsse, als es die Nothwendigkeit erfordert, folgt schon die möglichste Herstellung des freien Gebrauchs der Kräfte der Staatsbürger aller Klassen. Ueber den zu erleichternden Besitz der Grundstücke ist schon oben das Nöthige gesagt; auch ihre Benutzung muß frei sein und die Hindernisse, welche man ihr so häufig in den Weg gelegt hat, im Wahn, das Wohl des Staates zu befördern, müssen weggeschafft werden, sei es durch Aufhebung übel gewählter Polizeigesetze oder schädlicher Vermischungen der Eigenthumsrechte. Die Ausübung persönlicher Kräfte zu jedem Gewerbe oder Handwerk werde frei und die Abgabe darauf gleich, in den Städten und auf dem Lande. Die Abschaffung der Zünfte und der Taxen, wo nicht auf einmal, doch nach und nach, so wie der Herr von Altenstein es angiebt,

1) Anmerkung von Hardenbergs Hand: Ueber die Frage, ob die Kreisvorsteher nicht bloß aus den Repräsentanten zu nehmen sind, über die Zahl dieser letztern bei den Kammern, ihr Stimmrecht und ihren Rang wird noch unten bei der Geschäftspflege etwas vorkommen.

würde festzusetzen sein, sowie die möglichste Beseitigung aller ältern Monopole. Neue würden nicht ertheilt. Vorzüglich aber ist es nöthig, sich auch mit der Abschaffung der Zwangsrechte, als des Mühlen-, Brauzwanges ꝛc. zu beschäftigen. Die Lästigkeit und der Druck derselben sind anerkannt und es kommt nur darauf an, eine Entschädigung dafür auszumitteln, deren Ausfindung wohl nicht fehlen kann.

6. Abschaffung aller Polster der Faulheit.

Alle Pfründen, die mit gar keiner Dienstleistung verknüpft, oder nicht Belohnung wegen geleisteter Dienste sind, sollten unstreitig ganz wegfallen, also vornehmlich die Stiftsstellen, geistlichen Ritterorden ꝛc. Ueber die Verwendung ihres Einkommens ist schon oben etwas erwähnt worden.

7. Hülfsmittel.

Daß man dem Provinzial-Charakter nicht Gewalt anthun und aus Sucht, Alles in eine Form, besonders in eine nicht passende, zu zwingen, nicht überall alle Einrichtungen und Vorschriften auf gleiche Weise geltend machen müsse, damit bin ich vollkommen einverstanden. Doch scheint es mir weise, dem Ganzen einen einzigen National-Charakter aufzuprägen und nach und nach, jenen Maximen unbeschadet, dahin zu arbeiten, welches auch ohne Zwang geschehen kann. Die Verwaltung nach Provinzen würde ich diesemnach nicht beibehalten, die Verwaltungsdepartements nach den natürlichen Verhältnissen abtheilen und benennen und einem jeden eine Kammer vorsetzen. Der ganze Staat heiße künftig Preußen. In diesen Namen fließe der eigentliche Preuße, der Pommer, der Brandenburger zusammen; der König nenne sich bloß König von Preußen und nehme das einfache Wappen davon an, zumal da er so manche alte treue Provinz aus Titel und Wappen wird weglassen müssen.

Werden die Nationalfeste zweckmäßig eingerichtet und bei

schicklichen Gelegenheiten gefeiert, so können sie von Nutzen sein[1]). Hierauf aber kommt Alles anbei an.

8. Schluß.

Ich bin endlich mit dem Herrn von Altenstein nach der innigsten Ueberzeugung einverstanden, daß nur eine Radikalkur unsrer Verfassung dem Staate wieder neues Leben geben und ihm solches erhalten könne. Möge man sie doch nicht scheuen und mit starker Hand die nöthigen Maßregeln — ja keine halben — ergreifen! Hindernisse werden sich genug aufthürmen, aber sie werden zusammenfallen, wenn man ohne Weitläuftigkeit und mit Muth auf sie los geht. Sie mögen in der vorigen Verfassung, in angeblichen ständischen Rechten, oder wo es auch sei, liegen, man bekämpfe sie rasch und fest! Zeit ist nicht zu verlieren. Man übertrage die Ausführung nicht großen zusammengesetzten Commissionen, frage nicht viele Behörden. Selbst das Gutachten der Gesetzcommission dürfte diesesmal nicht zu fordern sein. Wenige einsichtsvolle Männer müssen die Ausführung leiten. Einzelne Unzufriedene werden sich finden, aber sie werden von der Menge der Zufriedenen und Vernünftigen gewiß sehr leicht verdrängt und vor dem Segen dieser letzteren wird ihre Stimme bald verstummen.

IV. Militärwesen.

Ohne ein recht kräftig organisirtes, stets schlagfertiges Militär kann der preußische Staat nicht wieder empor kommen. Er sollte ein Militärstaat sein, ja das Dasein des Militärs schien, wie der Herr von Altenstein sehr richtig sagt, der Zweck des Staates. Wie viele andere wichtige Rücksichten mußten nicht immer der militärischen weichen! Sie legte der Industrie und der natürlichen Freiheit so manche Fesseln an und man suchte es immer

1) Altenstein sagt hierüber. „Sehr vortheilhaft würden Nationalfeste wirken können. Die Nationalfeste werden sich von selbst bilden und dann gerade den richtigen Charakter erhalten, wenn die Volks-Repräsentation zu Stande kommt".

dadurch zu rechtfertigen, daß Preußen ein militärischer Staat sei. Die Benennung war freilich geblieben, aber wie weit war man von der Sache! Noch mehr als bei andern Dingen, wenigstens mit noch mehr Selbstgenügsamkeit und Vorurtheil für das Alte, war man stehen geblieben, während andere fortschritten, besonders Frankreich. Bei aller Gemächlichkeit und Liebe zur Ruhe des Friedens war man stolz auf die Heldenthaten der Vorfahren, unbekümmert selbst ihrem Beispiel zu folgen, oder ob dieselben Mittel noch dazu tauglich wären, die man aus dem siebenjährigen, durch Friedrichs Glück und Genie so glorreich bestandenen Kriege anpries. Schon in der polnischen und der Rheincampagne war sein Geist von der Armee gewichen. Tapferkeit und Ehrliebe waren wohl noch herrschend, aber der General und der Offizier politisirten. Kabalen, um den Frieden zu erzwingen, traten im Hauptquartiere an die Stelle weiser, kräftiger Operationspläe. Die Tendenz, welche eine Armee haben muß und die allein den Sieg bringt: Krieg und Kriegsruhm, war nicht herrschend. Bequemlichkeit und Neigung zur Häuslichkeit, die, so schön sie ist, der Soldat vorzüglich der höhern Pflicht und dem hohen Ehrgefühl nachordnen muß, nahmen bei dem langen Frieden und dem friedfertigen, dem Kriege zur rechten Zeit stets ausweichenden Geiste der Regierung immer mehr überhand, insonderheit bei den älteren und so vielen verheiratheten Offizieren. Mangel an nöthiger Strenge im Dienst, zu wenig Sporn und Aufmunterung für Talent und wahre nützliche militärische Thätigkeit wirkten nachtheilig. Mehrere unsrer *gelehrten* Offiziere stifteten großen Schaden durch ihr Mißtrauen in unsre militärische Kraft und durch unweise Begründung und Verbreitung desselben, anstatt daß sie vorzüglich hätten dahin streben sollen, daß man das wegschaffte und verbesserte, was jene Kraft lähmte. Der militärische Haushalt, der, man sage zu dessen Vertheidigung was man will, der nagende Wurm am Guten ist, die fehlerhafte Einrichtung, daß der Kapitän mehr dabei interessirt ist, daß es Frieden, als Krieg sei, mußten bei der größeren, immer zunehmenden Theurung doppelt

nachtheilig werden und Knickerei und die schädlichsten Ersparnisse hervorbringen. Diese fanden überhaupt bei dem ganzen Militärwesen statt. Im Verhältniß mit dem, was der Staat für das Militär aufbrachte, war Alles überspannt; Alles war nach den Preisen eingerichtet, wie sie vor beinahe hundert Jahren waren. Statt die gehörigen Mittel anzuwenden, um ein richtiges Gleichgewicht herzustellen, wozu die Kräfte des Staates bei richtigen Maßregeln neue Quellen darbieten konnten, spannte man Alles immer mehr an. Das größte Verdienst, das beständige Streben war Sparen. Hierauf und auf das Rechnungswesen gingen die Bemühungen der verschiedenen Departements des Ober-Kriegskollegiums. An äußerer Schönheit hatte die Armee beträchtlich gewonnen, aber bei vielen wesentlichen, zum Kriege gehörigen Dingen waren sehr große Mängel. So waren z. B. die Festungen nicht im Stande und für ihr Approvisionnement nicht im Voraus gesorgt. Die heilsamen Pläne zu einer inneren Landesvertheidigung waren durch unnütze Schwierigkeiten und weitläuftige Deliberationen aufgehalten worden und nicht zu Stande gekommen. Ebensowenig so manche nützliche Veränderung, die man bei dem Train, der Verpflegung und andern Hülfsgegenständen beabsichtigte. Die Waffendepots und Fabrikationen waren nicht gehörig im Lande vertheilt, auf ihre eventuelle Fortschaffung hatte man nicht Bedacht genommen. Wie lange sah man die Gefahr, mit Frankreich in einen Krieg zu gerathen, vorher, und dennoch waren nicht einmal Magdeburg und Spandau im Vertheidigungszustande. Einzelne Proben von Muth und Patriotismus haben bewiesen, daß diese Tugenden im preußischen Heere nicht erstorben waren, aber Unglück und unverantwortlich schlechtes und feiges Betragen haben dennoch dem Militär Achtung und Vertrauen entzogen, und diese wieder zu gewinnen, ist das erste und dringende Bedürfniß. Eine gänzliche Umänderung und Entfernung der stattgefundenen Mängel bahnt hiezu den Weg am besten.

1. Zahl und Composition der Armee. a) Reguläre Truppen, b) Land-Regimenter oder Reserve, c) Land-Aufgebot, Volontär-Corps.

Es ist durchaus nöthig, gleich wieder so viel Streitkräfte beisammen zu haben, als irgend möglich ist, da der Fall, wo ein neuer Krieg unvermeidlich würde, sehr leicht und schnell wieder eintreten kann. Eine Macht zu organisiren, die keinen Reiz abgebe, eine Wirksamkeit nach Außen von ihr zu fordern, wie der Herr von Altenstein wünscht, scheint mir nicht wohl möglich. Sie sei noch so klein an regulären Truppen, man wird sie, wenn man ihrer bedarf, doch mit ins Spiel ziehen und mit sich fortzureißen wissen[1]). Daß mit den Mitteln, die der Staat jetzt auf das Militär wenden kann, so viel Streitkräfte als möglich aufgestellt werden, das ist's, worauf es ankommt. Um diesem so wichtigen Gegenstande durch richtige Bestimmungen zu genügen, muß auf die gegenwärtige Bevölkerung Rücksicht genommen werden und auf dasjenige, was der Staat an Geld und andern Bedürfnissen aufzubringen vermag. Beides, besonders das letzte, welches eine sorgfältige und einsichtsvolle Prüfung unsrer Ressourcen erfordert, kann ich hier nicht genau angeben; ich muß mich begnügen, ein ungefähres Calcul hinzuwerfen. Angenommen, daß wir noch 5 bis 6 Millionen Menschen haben und daß von 40 Einer Soldat sei, können noch 125,000 bis 150,000 Mann gestellt werden. Man rechnete, wenn ich nicht irre, 40,000 Seelen auf einen Regimentskanton, aber mehrere derselben hatten bei weitem nicht so viel.

1) Altenstein ist der Meinung, daß mit der alten Armee nichts mehr anzufangen sei; eine ganz neue Schöpfung müsse an ihre Stelle treten. Da es zunächst auf Vertheidigung und Behauptung der Selbständigkeit des Staates ankomme, müsse sich der Staat eine möglichst starke innere Macht ohne alles Aufsehen bilden und diese so organisiren, daß ihr eine Wirksamkeit nach Außen gar nicht zugemuthet werden könne, bis alles zu deren kräftiger Handhabung in Bereitschaft sei. Er fordert Verminderung der regulären Armee, da der Staat gar nicht im Stande sei, in auswärtige Kriege verwickelt zu werden.

Bei der neuen Einrichtung rechne ich gar nicht auf Ausländer, aber auch nicht auf die Fortdauer der bisherigen Exemtionen; folglich kann ich wohl mit Gewißheit 150,000 Mann ansetzen. So viel reguläre Truppen zu halten wird der Finanzzustand schwerlich erlauben. Infanterie ist leicht vermehrt oder formirt, bei der Cavallerie erfordert dieses weit mehr Zeit. Man beschränke sich also in Absicht auf erstere auf einen Stamm und halte von letzterer mehr, als im Verhältniß zu diesem erforderlich sein würde; die Compagnien können künftig, wenn es nöthig und möglich ist, bald verdoppelt werden, und so nützlich es mir scheint, die Zahl der Offiziere und Unteroffiziere dabei so stark als möglich anzunehmen, so würde es doch wohl nicht nöthig sein, die volle Zahl anzustellen, die bei einer dermäßigen Vermehrung erforderlich wäre. Aus den formirten und eingeübten Corps lassen sich schnell Stämme zu neuen nehmen.

An regulären Truppen würden vielleicht 45,000 Mann Infanterie und 25,000 Mann Cavallerie anzunehmen sein und dazu die nöthige Artillerie, Ingenieurs, Mineurs, Sappeurs, Pontonniers ꝛc. Außerdem aber würde ich 80,000 Mann Infanterie, Reservetruppen, oder Land-Regimenter vorschlagen. Und um die Vertheidigung desto sicherer zu machen, würde ich die ganze Volksmasse daran Theil nehmen lassen und dafür mehr zu interessiren suchen. Zu dem Ende wären die Städte und das Land, auf diesem vornehmlich Gutsbesitzer und Beamte, aufzufordern, freiwillige Corps zu errichten, nicht um auswärts gebraucht zu werden, sondern um blos zur Beschützung des eigenen Heerds zu dienen. Wird die Sache gehörig angegriffen, so würde auf diese Weise, glaube ich, eine große Anzahl herauskommen. Immer würden solche Corps von Freiwilligen einem gezwungenen Landesaufgebot weit vorzuziehen sein, also versuche man es wenigstens. Man ehre sie nur recht, und bald wird es eine Ehre werden, zu ihnen zu gehören. Nach den Umständen könnte man auch die Zusammenstellung von Cavallerie-Corps gestatten, wo sich Geneigtheit dazu fände. Ueberhaupt müßte man dem freien Willen

bei dieser Bewaffnung einen recht großen Spielraum lassen. Sollten auf diese Weise nicht wenigstens 100,000 bewaffnete Männer im ganzen Staat auftreten?

Hiernach würde eine bewaffnete Macht von 150,000 Mann, die im Nothfall gleich offensiv operiren, und zur Vertheidigung von 250,000 Mann entstehen, ohne Artillerie 2c. Die Stellung der 100,000 Freiwilligen würde mit dem oben angenommenen Verhältnisse zur Population zu vereinigen sein, da sie nur aus bereits Ausgedienten erfolgen würden und diejenigen, bei denen dieses der Fall nicht wäre, von der Verpflichtung zu wirklichen Kriegsdiensten durch die Eigenschaft als Freiwilliger nicht befreit werden dürften. Zur Vertheidigung unserer langen Seeküste und Binnenwasser würde es sehr zweckmäßig sein, eine wohleingerichtete Scheeren-Flotte, deren Kosten nicht sehr beträchtlich sein könnten, zu unterhalten und sie durch Werkverständige zum Dienst zu bilden.

2. Verpflichtung zum Kriegsdienste.

Die Militärconscription würde ganz umgeändert. Alle bisherige Exemtionen ohne Ausnahme würden aufgehoben. Jeder, der nicht auf andere Weise im Dienst des Staates angestellt ist, müßte zum wirklichen Kriegsdienst in den regulären und den Reservetruppen verpflichtet sein. Man mache aber aus dem Soldatenstande einen wahren Ehrenstand. Nur der unbescholtene Ausländer, der sich freiwillig anbietet, werde darin aufgenommen und dann als Einländer behandelt. Der Regel nach rechne man nicht auf Ausländer. Man dulde keinen Soldaten, der sich eines schimpflichen Vergehens schuldig gemacht hat, z. B. keinen Dieb, und schließe ihn noch vor der Bestrafung aus. Jede entehrende Strafe, die Stockprügel, das Gassenlaufen 2c. fallen weg. Der gemeine Soldat werde strenge, aber mit Achtung behandelt. Kein Deserteur werde wieder angenommen, oder Schande und Strafe verfolge ihn. Das Kriegsrecht muß revidirt und abgeändert werden. Die Dienstzeit bestimme man kurz, damit der Zwang nicht

drückend werde, auf sechs Jahre. Wer aber länger, ja so lange dienen wollte, als er nicht unfähig wäre, dem gestatte man es nicht nur, man gebe ihm nach der Länge der Dienstzeit Auszeichnung, allenfalls, wenn es der Staat vermag, höheren Sold. Ebenso dem Ausländer, dem man seine Capitulation treu halten muß. Damit auch dem besonderen Talent und der entschiedenen Neigung für eine andere Bestimmung die Möglichkeit bleibe, alle Zeit hierauf zu wenden, ob zwar nur die von sechs Jahren ihnen zum Theil entzogen würde, so gestatte man die Befreiung von der Verpflichtung gegen Stellung eines andern noch völlig rüstigen Mannes, der aber unter denen nothwendig gewählt werden müßte, die ihre eigene Verpflichtung schon erfüllt hätten. Man könnte hierbei auch, um nicht zu alte Soldaten zu bekommen, gewisse Jahre bestimmen. Ich würde rathen, jeden ohne Ausnahme erst zwei Jahre bei den Reservetruppen und dann vier bei den regulären dienen zu lassen. Auch die Edelleute, die Offiziers-Söhne würden mit zur Conscription gezogen. Aus denen, die bei den Reservetruppen zwei Jahre gedient hätten, würden die regulären Regimenter, sowohl Infanterie als Cavallerie, Artillerie, leichte Truppen 2c. completirt und dabei die Mannschaften nach ihrer Tauglichkeit zu dem verschiedenen Dienst vertheilt, ohne den Regimentern gewisse Kantons zu geben, welche bei den Reservetruppen stattfinden würden. Die Schönsten könnten zu einer besonderen Garde-Division gewählt werden, bei den übrigen aber müßte man schlechterdings auf Schönheit und Größe nicht sehen, sondern blos auf die übrigen Eigenschaften eines guten Soldaten, vorzüglich auf Brauchbarkeit und Kraft. Niemand, von welchem Stande er auch sei, würde gleich Offizier oder Unteroffizier. Die sogenannten Junker müßten wegfallen und ein Jeder als Gemeiner bei den Reservetruppen anfangen. Nach ausgedienten sechs Jahren müßten auch Diejenigen abgehen können, die Offiziere geworden wären, denn bis dahin dauerte nur ihre Verpflichtung.

3. Avancement und äußere Auszeichnung.

Die Aussicht zum Avancement müßte durchaus für alle Soldaten gleich sein, allenthalben gleiche Nacheiferung, gleiche Belohnung und ehrenvolle Auszeichnung. Die Unteroffiziere würden von den gemeinen Soldaten nach der Mehrheit gewählt, die Offiziere des ersten Grades von den Unteroffizieren, beides bei jeder Vacanz und unter dem Vorsitz des Chefs und der Stabsoffiziere[1]). Für Fremde könnte der König in jedem Regimente sich ein paar Stellen vorbehalten. Bei allen höheren hänge das Avancement von Ihm ab. Ob dieses wie bisher bis zum Stabsofficier blos in den Regimentern bleiben, oder sich auf Divisions erstrecken solle, würde näher zu prüfen sein. Anciennetät wäre der Titel zum Avancement, aber nur das Verdienst entscheide, besonders bei den Chefs- und Commandeurs-Stellen, wo das Dienstalter gar nicht in Betracht kommen müßte, sondern blos die Tauglichkeit[2]). Es müßte Einzelnen oder Mehreren erlaubt sein, bei dem Ehrengericht Untersuchungen und Aussprüche gegen Solche zu veranlassen, die sich unwürdig gemacht hätten, im Corps zu dienen. Würden sie schuldig befunden, so müßte sie der König entlassen. Anklagen aus böser Absicht würden scharf bestraft. Bei den Corps der Freiwilligen müßten alle Stellen ohne Ausnahme durch

1) Dahin ging auch die Grundansicht von Altenstein. Es heißt bei ihm: „Die ersten Grade sollten durch Wahlen gegeben werden, und die Gemeinen die Unteroffiziers, die Unteroffiziers die ersten Offiziersgrade wählen. Allenfalls könnte ein von den Offizieren gewählter Ausschuß der Gemeinen unter Vorsitz der Offiziere wählen". Diese Vorschläge näherten sich den ersten revolutionären Einrichtungen in Frankreich, ehe nämlich Volontärs und stehende Armee amalgamirt waren. Man hatte wohl wenig davon erfahren, welche verderblichen Wirkungen die Wahl der Offiziere dort hervorgebracht hatte, denen nur die absolute Gewalt der Conventcommissare zu steuern vermochte. Hardenbergs Vorschläge zeugen übrigens von einer sehr guten Kenntniß der Sache. Sie mögen die Veranlassung gegeben haben, daß man einen Augenblick daran gedacht hat, ihn selbst zu einer militärischen Stellung zurückzurufen.

2) Anmerkung von Hardenberg: Daß dieses auf die Generale noch weit mehr Anwendung finde, versteht sich von selbst.

Wahl besetzt werden, die Chefs dieser Corps nicht ausgenommen. Nur die Generals, wenn es nöthig würde, ihnen solche vorzusetzen, erwählte sodann der König. Bei allen Wahlen, auch bei denen der wirklichen Armee, müßte es frei stehen, zu dem höheren Grade auch Einen aus einem niedrigeren, als der der Wählenden ist, zu wählen, um dem sich auszeichnenden Verdienst desto mehr Aussicht zu geben. Uebrigens könnte es auch zur Strafe für gewisse Vergehungen dienen, von den Wählenden ausgeschlossen zu werden. Aeußere Auszeichnungen und Rang müßten bei den regulären Truppen, den Reservetruppen und den freiwilligen Bewaffneten schlechterdings ganz gleich sein, und jedes alte Vorurtheil muß der Betrachtung weichen, daß alle Bürger eines Staats sind und gleiche Ansprüche haben. Je weniger man den Soldaten von dem Bürger trennt, je mehr man bei beiden das wahre point d'honneur erweckt, desto mehr werden Patriotismus und schöne ehrenvolle Thaten die Nation verherrlichen und Alle sich nur als Glieder einer Familie lieben und behandeln. Der ganzen Nation ein Abzeichen zur Vereinigung zu geben, ist keine leere Idee. Man verordne eine schwarz und weiße National-Kokarde. Es wirkt auf den sinnlichen Menschen. Portepée, Schärpen und Fahnen müssen gleich sein für alle Arten von Streitern; Allen bleibe die Aussicht auf Militärorden, Ehrenzeichen und andere Belohnungen der Tapferkeit und Treue. Die Offiziere der regulären Truppen und der Reservetruppen würden unter einander rouliren, auch bei dem Avancement.

4. Montirung und Bewaffnung.

Wie und in welchem Verhältniß die verschiedenen Corps zu bewaffnen und zu kleiden sind, als schwere oder leichte Truppen, als Husaren, Jäger, Scharfschützen rc., diese allerdings nicht unwichtigen Fragen überlasse ich der militärischen Einsicht und Erfahrung, zu beantworten. Nur erlaube ich mir zu sagen: auch hierbei sehe man nur bei der Garde-Division auf Glanz und bei allen auf Zweckmäßigkeit, auf eine Kleidung, die einfach, durch

genaue Uebereinstimmung schön, bequem und schützend gegen die Witterung, auch nicht zu kostbar sei. Die Einkleidung alle zwei Jahre mit besserem Tuche scheint mir vorzüglicher zu sein, als die bisherige; auch scheint es mir räthlich, die Farben der Aufschläge nicht zu vervielfältigen, damit die Vorräthe immer zu mehreren Corps passen. Vielleicht könnte jede Division gleiche Montirung, nur mit einem Abzeichen für jedes Regiment haben. Von Montirungen und Waffen verschaffe man sich hinreichende Vorraths-Depots und lege die Fabrikationen an mehreren Orten an, hebe die nachtheiligen Monopole auf und sichere im Voraus die Rettungsmittel bei Unglück. Den Freiwilligencorps lasse man völlige Freiheit, wie sie sich bewaffnen und kleiden wollen. Nur müssen sie entschiedene militärische Abzeichen haben und in jedem Corps übereinstimmend gekleidet sein. Bei denen der Infanterie könnte die Bewaffnung in Ermanglung von Gewehren, größtentheils mit Picken, übrigens mit Büchsen oder gezogenen Gewehren geschehen. Wiederanschaffung und Herstellung von Artillerie ist eins der allerwesentlichsten Bedürfnisse; denn außer dem schweren und Festungsgeschütz ist zu wünschen, daß alle Truppen, auch die freiwilligen, mit Kanonen versehen werden, die sie immer bei sich haben und womit sie umzugehen verstehen. Das reitende Feldjägercorps scheint mir, so wie es jetzt ist, sehr zweckwidrig. Das Courierwesen ist ihrer eigentlichen Bestimmung sehr nachtheilig und zu diesem stelle man besondere sichere Subjecte an, oder brauche Zöglinge der Diplomatie dazu.

5. Eintheilunng in Divisionen und Armee-Corps.

Eine zweckmäßige Eintheilung der Armee in Divisionen und Armeecorps scheint mir höchst nöthig, damit die ganze Zusammenstellung in Friedenszeiten gleich so sei, wie sie im Kriege bleiben soll. Von Zeit zu Zeit könnten zwar Veränderungen nöthig und heilsam werden, aber man verspare nur jene Eintheilung nicht bis zum Kriege. Ein jedes Armeecorps habe immer einen commandirenden Chef, der für Alles verantwortlich sei. Alle controlire

der König selbst und durch Inspecteurs. Einem jeden Armeecorps werden auch Reservetruppen und freiwillige Bewaffnete zugetheilt. Es kann auch sein, daß ganze Corps nur aus den beiden letzteren Gattungen bestehen, da die Umstände es nöthig machen, daß die regulirten Truppen da stehen, wo am leichtesten und schnellsten Gefahr stattfinden kann. Die nöthigen Hülfsbehörden und Personen sind den Armeecorps gleich zuzuweisen für die Verpflegung und den Train, die Pontons, Lazarethe, auch das Postwesen. Auch finde ich es sehr zweckmäßig, daß jedem commandirenden in Kriegszeiten mit sehr ausgedehnter Vollmacht zu versehenden Generale sodann ein Civilcommissär beigegeben werde, der Ansehen hat, ihn berathe, die Verbindung mit den Civilbehörden unterhalte und schnelle Ausführung allenthalben besorge.

6. Beständige Mobilität und Magazine.

Vor allen Dingen ist es in der gegenwärtigen Lage Preußens und bei der nahen Nachbarschaft stets beweglicher Truppen höchst nothwendig und wichtig, daß die Armee immer ganz mobil sei, so daß die regulären Truppen jedesmal in 24 Stunden, die Reservetruppen in acht Tagen ins Feld rücken können. Alles muß also unumgänglich hierzu im Stande sein. Lieber weit weniger Truppen gehalten, aber gute und schnelle, und in jedem Augenblicke brauchbare. Es werden sich schon Mittel finden, die Pferde für die Artillerie und den Train, welche stets vorhanden sein müssen, nützlich zu Staatsdiensten, zur Anfuhr von Bedürfnissen, Erleichterung der Polizei und Hebung der Industrie und Cultur zu beschäftigen. Man kann sie hierzu den Gutsbesitzern, Beamten, Unternehmern 2c. zum Theil gegen die Ausfütterung anvertrauen, unter der Bedingung, sie im Falle des Bedarfs auf der Stelle in gutem Stande zu liefern. Man vermindere aber den Train und schaffe alles nicht durchaus Nöthige ab. An den erforderlichen Magazinen und den voraus bereiteten Mitteln sie zu verstärken, darf es nie fehlen. Es muß eine der ersten Sorgen sein, sie zu füllen und in mehreren sichern Orten aufzubewahren. Die

Verpflegungs-, Post-, Lazareth- und andere Officianten müssen, so weit es nöthig ist, da, und wenigstens designirt sein, alle aus rechtlichsten und zuverlässigsten Staatsdienern gewählt und mit Sicherung für die blos designirten zur Rückkehr auf ihre Posten, die unterdessen von Andern übertragen und versehen würden. Die Truppen müßten durchaus so dislocirt sein, daß sie leicht und gleich in gute Stellungen zusammen gezogen werden könnten. Die freiwilligen Corps würden sich auch in steter Bereitschaft halten; da sie aber nur zum inneren Dienst bestimmt sind, so erfordert ihre Mobilität so viele Anstalten nicht. Jeder Chef hätte dafür die Sorge und die Verantwortlichkeit.

7. Stete Thätigkeit, Dienstleistung und Exerciren 2c.

Nichts wirkt auf den Menschen, und besonders auf den Soldaten, nachtheiliger, als Unthätigkeit und der Hang zu solcher, der immer mehr zunimmt, je weniger man ihm entgegenstrebt. Das Militär müßte ohne Unterlaß beschäftigt und in Bewegung sein, sonst werden die Gefahren des Müssigganges bei diesem Stande gefährlicher, als bei irgend einem anderen. Die regulären Truppen dürften bei der abgekürzten Dienstzeit, und da sie die erste Schutzwehr des Vaterlandes sein sollen, ohne Noth den gemeinen Soldaten und Unteroffizier gar nicht außerhalb der Garnison beurlauben, den Offizier nur nach gewissen Bestimmungen und wenn kein Nachtheil daraus entsteht. Sie würden beständig in den Waffen geübt, sie müßten oft campiren, marschiren und wirkliche militärische Bewegungen machen, auch die Garnisonen verändern, Sowohl für den Offensiv- als Defensiv-Krieg müssen Pläne ganz vorbereitet vorhanden sein, die auf die nach der gegenwärtigen politischen Lage möglichen Fälle berechnet, aber mit dem größten Geheimniß zu behandeln sind. Bei den Revuen und Uebungs-Manövres würde ich einen ganz andern Gang befolgen, als bisher. Mehrere Tage, wo möglich ein paar Wochen hindurch, würde ich im Frühjahr und im Herbst ordentliche kleine Campagnen machen, bald offensiv, bald vertheidigungsweise, oft

in zwei Corps operiren, wovon eins das feindliche vorstellte und seine Operationen nach eigener Einsicht des Chefs von einem entfernten Punkte aus machte. Hierbei würde ich immer große strategische Pläne voraussetzen. Da die Truppen stets mobil sein sollen, so würde die Ausführung keine Schwierigkeiten haben, zumal wenn sie campirten, oder der Bequartirte bei dem Cantonniren vollständige Vergütung erhielte und durch strenge Disciplin vor Excessen gesichert würde. Man kann die Truppen auch unter Aufsicht der Officiere gegen Bezahlung zu öffentlichen Arbeiten, Erbauung der Festungen, der Chausseen z. E. gebrauchen und dabei in Lagern stehen lassen. Der ganze Dienst müßte auf den wirklichen Felddienst berechnet sein, das Exercice und das Manövriren so einfach als möglich. Alles Pedantische und Unnütze werde entfernt. Die Cavallerie brauche man zur innern Landes-Polizei. Sie wird sich besser dabei qualificiren, als bei ihrer bisherigen größern Unthätigkeit in Friedenszeiten. Die Reservetruppen müßten 2 Monate beisammen sein und campiren, sich von einem Ort zum andern bewegen, der Regel nach nicht in den Städten, oder auf dem Lande cantoniren. Sodann gingen sie wieder aus einander und höchstens bliebe was nöthig würde, eine kleine Anzahl in einer Garnison beisammen. Die Freiwilligen-Corps exercirten alle Sonntage und würden alle Jahre eine kurze Zeit, nach den Umständen über acht Tage, zusammengezogen, welches so viele Volksfeste geben würde[1]). Dieses würde völlig hinreichend sein, da man annehmen kann, daß der größte Theil der Freiwilligen aus vorhin im Dienst gewesenen Soldaten bestehen würde. In Kriegszeiten besetzten die Freiwilligen zum Theil mit die Festungen. In Friedenszeiten wirkten sie mit zur Handhabung der Polizei. Der König musterte zuweilen alle verschiedene Truppen-Corps und Gattungen und belebte den Eifer. Strenge Ordnung und Disciplin müßten überall herrschen, jeder Druck des Militärs gegen seine Mitbürger scharf geahndet wer-

1) Die Grundansicht stammt von Altenstein.

den. Den Regiments-Chefs und Commandeurs würde ich, um sie desto unpartheiischer zu machen, keine Compagnien geben.

8. Sorge für die Festungen und Sicherheit der Militär-Vorräthe und Fabrikationen.

Daß die nöthigen Festungen in vollkommenem Vertheidigungsstande erhalten und daß die nöthigen Maßregeln getroffen werden, damit sie alle Bedürfnisse, insonderheit auch an Lebensmitteln, entweder haben, oder doch sehr schnell damit versehen werden können; daß man ihnen rechtschaffene tapfere Commandanten vorsetze, ist äußerst nothwendig, widrigenfalls leisten sie gerade das Gegentheil ihres Zwecks; sie werden Waffen gegen den Staat. Eine genaue Prüfung, welche Festungen zu erhalten sind, wo nothwendig neue anzulegen sein werden, ist erforderlich. Die dermalige Lage des Staats scheint hierin ganz neue Plane zu erheischen, um die Punkte, die am meisten bedroht sind, einigermaßen zu sichern, und um sich Waffenplätze zu verschaffen, von denen die Operations-Basen ausgehen können. Die Residenz liegt jetzt noch weit unzweckmäßiger als vorhin. Eine Verlegung mehr in das Innere wird große Schwierigkeiten haben. Danzig hätte sich vorzüglich dazu geschickt, selbst wenn die Monarchie ihren Umfang behalten hätte, sowie in ihrer gegenwärtigen Ausdehnung. Der beste Fleck wäre zwischen der Oder und Weichsel. Aber Schifffahrt, wenigstens innere Wasser-Communication, ist für eine Hauptstadt von sehr großem Werth. Treptow an der Rega, Cammin, vorzüglich aber Wollin würden vielleicht am schicklichsten liegen. Wenigstens bringe man von Berlin alle militärische Vorräthe und Magazine, Zeughäuser, Kanonen, Gießerei und dergleichen weg, verlege jene rückwärts in mehrere sichre Orte vertheilt, vorzüglich aber die Kanonen- und Waffen-Fabrikation, wobei auch darauf zu sehen ist, daß die Fabrikationen möglichst in Gegenden kommen, wo das Material z. B. Holz leicht zu haben und der Transport nicht schwer sei. Die Gewehrfabrik liegt jetzt in Spandau höchst gefährlich. Es müssen durchaus mehrere

angelegt werden. Eben so ist es sehr unzweckmäßig gewesen, die Münzstellen abzuschaffen, die wir in mehreren Provinzen hatten. Die Festungen an der Oder scheinen mir jetzt die wichtigsten, besonders Stettin, Cüstrin, Glogau. Ob die Citadelle von Magdeburg noch einen großen Werth für die Vertheidigung habe, oder ob er ihr gegeben werden könne, wage ich nicht zu beurtheilen, aber die Linie an der Havel, von Werben oder Havelberg hinauf, Rathenau, Brandenburg, Treuenbrietzen, scheinen mir für solche wichtig und die Ueberlegung Sachverständiger nöthig, ob auf derselben ein oder mehrere feste Plätze anzulegen, ferner ob es nicht erforderlich sei, vielleicht Crossen, oder einen andern gelegenen Ort, in dieser Gegend zu befestigen, um die Sachsen bewilligte neue Militärstraße in Respect zu halten. Vielleicht können kleinere Verschanzungen oder Forts, Brückenköpfe, Blockhäuser im Voraus auf den Hauptpässen angelegt, großen Nutzen gewähren, wenn ein Vertheidigungskrieg stattfinden müßte. Vor allen Dingen befolge man aber auch hiebei die Regel: lieber weniger, aber was man hat, in vollkommen gutem, recht brauchbarem Stande zu haben.

9. Bezahlung des Militärs, Haushalt rc.

Die Bezahlung des Militärs muß schlechterdings den jetzt viel kostbarer gewordenen Bedürfnissen angemessen sein. Der Soldat muß sein Auskommen haben und besonders auch der Offizier so gesetzt werden, daß er nicht zu Plackereien und Knickereien seine Zuflucht zu nehmen braucht und diese ohne Nachsicht desto schärfer gestraft werden können. Der gegenwärtige Compagniehaushalt muß durchaus abgeschafft werden, der Kapitän einen vollkommen hinreichenden Gehalt bekommen. Hiebei zu sparen, würde mir höchst nachtheilig scheinen und die so nöthige strenge Disciplin unmöglich machen. Im Kriege muß das ganze Militär eine Feldzulage erhalten, denn der Offizier hat mehr Aufwand und der Gemeine kann gar keinen Nebenverdienst haben. Die Beziehung auf das, was Napoleon seinen Offizieren giebt, ist nicht

anwendbar; sein Bezahlungssystem paßt nur zu seinem Raubsystem. Die regulären Truppen würden das ganze Jahr hindurch die volle Bezahlung und Verpflegung erhalten, bei den Reservetruppen würde der Sold dem der ersteren völlig gleich sein, aber den Gemeinen und Unteroffizieren nur dann gegeben werden, wenn sie beisammen wären, also in der Regel nur zwei Monate im Jahre. Der Offizier, welcher gleichfalls Urlaub erhält, müßte sich während dessen auch einen Abzug von etwa $1/3$ oder der Hälfte gefallen lassen. Die Freiwilligencorps erhielten vom Chef der Corps bis zum Gemeinen keinen Sold vom Staate, so lange sie nicht gebraucht würden, dann aber ebenfalls denselbigen, wie die andern Truppen. Gewöhnlich müßten sie sich selbst ganz unterhalten, auch bei ihren Exercierversammlungen. Jedes Corps wird hiezu nach seinem Gefallen die Maßregeln verabreden, doch würde der Staat zu der ersten Bewaffnung die Kosten allenfalls ganz oder zum Theil geben, die Fahnen schenken, zur militärischen Musik eine Beihülfe geben ꝛc. Ueber den Aufwand behufs des Militärs wird unten bei den Finanzen das Nöthige vorkommen.

10. Militärische Gerichtsbarkeit.

Die militärische Gerichtsbarkeit muß sich nur auf Dienst- und Disciplinsachen erstrecken. In allen andern Dingen müssen die Militärpersonen dem ordentlichen Richter untergeordnet sein, sowie den Polizeibehörden. Dieses ist auch in Frankreich und England der Fall und zur Abschaffung des schädlichen Zunftgeistes sehr nöthig. Zweckmäßige Verfügungen können bestimmen, in welchen Fällen der Richter die Exekution selbst verhängen darf, oder den Vorgesetzten vom Militär dazu requiriren muß.

11. Erziehung und Bildung zum Soldatenstande.

Die Sorgfalt für die Erziehung des Staatsbürgers muß sich bei der großen Wichtigkeit des Soldatenstandes im Allgemeinen schon darauf erstrecken, einem jeden eine hierauf mit gerichtete Bildung zu geben und den Sinn für Patriotismus und die Pflicht,

das Vaterland zu vertheidigen, zu heben. Besondere Unterrichtsanstalten für das Militär, sowohl für die niedere als höhere Wissenschaft und die einzelnen Zweige derselben sind wichtig und erforderlich. Die jungen Offiziere der Reservetruppen könnten verpflichtet werden, abwechselnd solche Anstalten zu besuchen und dann den vollen Sold erhalten. Man könnte auch Kinder in zweckmäßige Institute aufnehmen und die gegenwärtigen dazu benutzen, aber sie würden nicht fernerhin ausschließlich für den jungen Adel bestimmt sein.

12. Invaliden-Wesen.

Sehr wichtig ist das Invalidenwesen, damit der tapfere Krieger die Gewißheit habe, nicht undankbar vom Staate verstoßen zu werden, dem er mit Gefahr seine treuen Dienste widmete. Unsre bisherige Invalidenversorgung war sehr mangelhaft, in Rücksicht auf den Invaliden selbst und in Absicht auf die Gegenstände, denen man ihre Dienste widmete. Selten waren sie ihnen gewachsen, sie nahmen Gehülfen an, und wie der Herr von Altenstein richtig sagt: der Staat hatte zwei Diener für einen, die beide ihre Bestimmung krüppelhaft erfüllten [1]). Ausnahmen von diesen Fällen beweisen nichts. Bei der vorgeschlagenen veränderten Organisation und der abgekürzten Dienstzeit werden sich die Invaliden unter den Gemeinen und Unteroffizieren sehr vermindern. Nur wer im Dienst wirklich unfähig wird, muß Anspruch auf Invalidenwohlthaten haben. Dann werde geprüft, ob und welche Mittel er hat, sich selbst zu ernähren. Nach dem Ausfall dieser Prüfung gebe man entweder eins für Alles, eine Beihülfe, oder halbe oder ganze Versorgung. Die letzte, entweder in Invalidencompagnien, von denen man noch bequeme Be-

1) Altenstein sagt: „Nur äußerst selten kann eine Civilstelle eine Invalidenversorgung sein. Bisher hatte die Uebertragung solcher Stellen an Invaliden gewöhnlich die Folge, daß die Stellen verdoppelt wurden, um von zweien krüppelhaft führen zu lassen, was Einer gut besorgt hatte, und wobei beide noch sich unglücklich fühlten".

wachungsdienste forderte, oder bei schwer Blessirten oder Kränklichen in gut eingerichteten Invalidenhäusern, bei vorzüglich Verdienstvollen erhöht und mit der Freiheit zu leben, wo sie wollen. Der mit Beihülfe oder halber Versorgung entlassene Invalide habe die Erlaubniß, die Uniform seines Corps und das Seitengewehr fortzutragen, wenn er will, damit er sich von dem bloß Verabschiedeten ehrenvoll unterscheide; der mit ganzer Versorgung versehene erhalte eine Kleidung, die nicht schlechter sei oder aussehe, als die des wirklichen Militärs, und überhaupt Auszeichnungen, die die Dankbarkeit des Staates andeuten. Die Versorgung der Invalidenoffiziere werde im Ganzen nach eben den Grundsätzen behandelt.

13. Kundschafter-Wesen.

Da man im Frieden aufmerksam sein muß auf das, was Krieg bringen kann, so versäume man auch in solchem das Kundschafterwesen nicht und schaffe sich die Mittel und Personen in Zeiten, um es bei ausbrechendem Kriege zur Vollkommenheit zu bringen. Auch hierin kann allerdings, wie in so vielen Stücken, Napoleon unser Lehrer sein.

Eine nähere und gründliche Bearbeitung der militärischen Gegenstände überlasse ich einsichtsvollen und erfahrenen Männern vom Metier. Aber ich habe die volle Ueberzeugung, daß der preußische Staat, wenn er im Ganzen die Ideen annimmt, die ich kurz anzugeben wagte, künftig nicht blos dem Namen nach, sondern in der Realität ein militärischer Staat sein würde, wo jeder Staatsbürger als Vertheidiger seines Vaterlandes und seines Königs mit glücklichem Erfolg aufträte und Preußen den Rang wieder geben würde, den es unter den unabhängigen Mächten behauptet hat.

V. Innere Polizei.

Ich werde mich bei diesem Gegenstande kurz fassen und auf die Abhandlung des Herrn von Altenstein um desto eher hin-

weisen können, da alles aus dem hier ebenfalls geltenden allgemeinen Grundsatze abgeleitet ist: daß die natürliche Freiheit durchaus nicht weiter beschränkt werden dürfe, als es im gebildeten Zustande des Menschen schlechterdings nothwendig ist, und da in dem Kapitel von der Grundverfassung die Grundlagen schon vorgekommen sind [1]). Man kann dreist annehmen, daß alles, was jenem Hauptgrundsatze zuwider ist, fehlerhaft ist und hiernach beurtheilen, welche Mängel bei unserer inneren polizeilichen Verfassung stattfanden und was derselben künftig für eine Einrichtung zu geben sei. Wenn man bei einem stetigen richtigen Ueberblick planmäßig und zusammenhängend verfährt, nur das Natürliche bezweckt, nur die Hindernisse, das Schädliche, wegzuschaffen strebt, das was den freien Gebrauch der Kräfte des Einzelnen lähmt, der unbeschränkt sein muß, wenn er die nützlichen Kräfte Anderer oder des Ganzen nicht hemmt, das entfernt, was die Sicherheit gefährdet; wenn man endlich nicht von Staatswegen die Vormundschaft des Einzelnen da übernimmt, wo der Einzelne selbst wirken kann, so hat man die Forderungen erfüllt, die man an die Polizei zu machen berechtigt ist.

1. Landwirthschafts-Polizei.

Bei der Landwirthschaftspolizei wird die Wegräumung der Hindernisse fast allein alles wirken, was man verlangen kann und überall Thätigkeit und Leben verbreiten. Gewerbefreiheit und Gleichstellung in Absicht auf diese mit den Städten gehört vorzüglich hieher. Wo diese nicht durch eine günstige Lage und Kraft der Industrie blühend werden, ohne nachtheilige Beschränkung des platten Landes, da ist es besser, sie sinken zu Dörfern herab. Der Staat hat dann, wenn nur die Abgaben gleich sind, kein Interesse dabei, daß sie Städte bleiben; vielmehr ist es sein

1) Altenstein faßte das Wort Polizei in einem sehr hohen Sinne. Sie ist ihm das wichtigste Mittel, die Bedingungen zur Ausführung des höchsten Zwecks des Staates zu sichern. „Eine richtige, aus dem gehörigen Standpunkt gefaßte Polizei sichert die freie Entwicklung aller Staatskräfte und wird dadurch die Grundlage der größtmöglichen Kraftanstrengung nach Außen".

Vortheil, daß Alles nach seiner natürlichen Tendenz im Staatskörper wirke und so im gesunden Zustande zur Vollkommenheit emporwachse. Freier Absatz der Produkte ist das zweite Hauptersforderniß. Kommen dann noch Beispiele und fortgesetzte wissenschaftliche Kultur, die so wie Unterrichtsanstalten von selbst folgen werden, hinzu, so wird die Landwirthschaft, diese Hauptstütze und Quelle des Nationalwohlstandes, solchen gewiß unglaublich erhöhen und sichern. In ihr liegt in den preußischen Staaten noch der reichste unbearbeitete Stoff zu neuer Kraft und Macht.

2. Gewerbe-Polizei.

Dem, was ich über die Freiheit der Gewerbe schon an anderen Orten gesagt habe, weiß ich hier nichts Wesentliches hinzuzusetzen.

3. Handels-Polizei.

Bei der Handelspolizei beherzige man ja vor allen Dingen das Laissez faire, was ein Deputirter der Kaufmannschaft Colbert als sein Gutachten sagte, da dieser solches von ihm forderte. Wo man wegen eines größeren Gewinnes des Ganzen, oder um die Staatseinkünfte zu vermehren, dem Baum Zweige nehmen, oder beschneiden, oder sie in ihrem Wachsthum leiten, oder irgend eine Form einzwingen will, da verfahre man ja mit der äußersten Vorsicht. Die Natur des Baumes erfordert Freiheit.

Ich bin völlig überzeugt, daß wir die Vortheile des Handels, die großentheils und besonders in dem preußischen Staat auf der Landwirthschaft beruhen, dem Fabrikensystem zum wahren Nachtheile des Staates aufgeopfert haben. So manches Ausfuhr- oder Einfuhrverbot, so manche Beschränkung durch Monopole oder andere Begünstigungen auf Orte oder Personen, brachten Schaden statt Gewinn für das Ganze; und man kann wohl mit Gewißheit annehmen, daß dieser durch sorgfältige Aufmunterung und Unterstützung der Industrie bei Handels- und Gewerbefreiheit weit größer gewesen sein würde und dauerhaftere, der Natur des Landes angemessenere Fabrikationen nebst einer an-

sehnlicheren und kraftvolleren Bevölkerung hervorgebracht hätte, als Alles, was durch Kunst und mit so vielem Aufwande bewirkt worden ist. Gewiß hätte auch die Staatsbalance hierbei gewonnen. Ich bin weit entfernt, gegen alle Fabriken sprechen zu wollen. Der Staat kann und muß nach den Umständen diese oder jene unterstützen, ihre Anlage befördern, sie aus der Fremde herbeiziehen, aber die recht nützlichen entstehen von selbst, wenn der Handel blüht; sie gedeihen nicht, wo dieser kränkelt und ersterben mit ihm. Sie sind natürlich, nicht erkünstelt, sie bedürfen keiner Ausfuhr- oder Einfuhrverbote, um sich zu erhalten. Die Erfahrung liefert hierin so viele Beweise! Eine Revision und Abänderung unserer Handels-, Zoll- und Accisеverordnungen gehört allerdings zu den dringendsten Bedürfnissen, so wie der Zeitpunkt ohne Zweifel der günstigste ist, um eine Aenderung im Systeme vorzunehmen, die vor dem Kriege, der viele Fabricationen zerstörte oder hemmte und die einstweilige Aufhebung vieler Handelsbeschränkungen veranlaßte, nicht ohne große Schwierigkeiten durchzusetzen gewesen wäre. Auch darin bin ich mit dem Herrn von Altenstein einverstanden, daß, wo nicht gänzliche Importationsfreiheit stattfinden kann, die Einfuhr doch gegen eine Abgabe zu erlauben sei [1]). Die Ausfuhrverbote, um wohlfeile Preise zu erzwingen, haben diesen Zweck nicht erreicht und allemal nachtheilige Folgen gehabt. Vorurtheil und Kurzsichtigkeit hängen zwar noch immer an solchen und stützen sich auf Autoritäten statt auf Gründe, z. B. auf die Meinung Friedrichs des Großen, der bei aller Größe doch nicht unfehlbar war, aber alle Staatskundige von Einsicht sind über diesen Gegenstand längst einig. Vorzüglich gehören die Getreidesperren, deren Schädlichkeit und Unnützlichkeit so klar erwiesen und anerkannt ist [2]), und die Woll-

1) Eine solche nämlich, wie Altenstein sagt, welche noch den Handel zuläßt. Erwähnungswerth ist der Grundsatz Altensteins: „Es würde thöricht sein, auf ein Fabrikat keine Kraft zu verwenden, die, auf einen Gegenstand verwendet, den vierfachen Gewinn giebt".

2) Anmerkung von Hardenberg: Daß man hiebei auf Magazine für besondere Gegenstände, für das Militär, für einzelne Anstalten oder Klassen von

ausfuhrverbote hieher, deren Verfechter insonderheit die Militärpersonen waren. In Absicht auf erstere glaubte man der irrigen Opinion huldigen zu müssen und durch letztere die Etatspreise Friedrich Wilhelms I. zu halten, die mit allen anderen Preisen der Dinge ganz unverhältnißmäßig und daher unhaltbar sind. Der Handel und die Gewerbe müssen allerdings zu den Staatseinkünften beitragen, aber nach dem anerkannten Hauptgrundsatz, sonst leiden die Einkünfte selbst mit. Der anscheinende Gewinn auf einen hochbesteuerten Artikel wird oft durch weit ansehnlicheren Verlust auf andere verschlungen und je höher der Accisesatz, desto größer der Reiz der Kontrebande und der Verlust durch diese, so daß die Erfahrung gelehrt hat, bei mäßigen Sätzen komme mehr ein, als bei übertriebenen. Eine Revision und Aenderung bei der Accise wird diesem nach nothwendig sein.

Die Bank und die Seehandlung haben als Handelsinstitute dem Staat keinen Vortheil gebracht, sondern geschadet. Es war anerkannt, daß die erstere wenigstens einer gänzlichen Veränderung unterworfen werden müsse. Letztere war eigentlich nur ein Komptoir für das Monopol des ausländischen Salzhandels und für die Staatsschulden. Will der Staat seine Gelder, die er in Vorrath haben muß, durch ein Handelsinstitut benutzen und der Circulation zu Gute kommen lassen, so werde diesem Handelsinstitut eine Einrichtung gegeben, wodurch es dem Publikum nutzen kann und nicht vielmehr schadet. Die Erleichterung des Handels und Verkehrs durch Wegbau, innere Schifffahrt, Verbesserung der Seehäfen und Rheden, auch Begünstigung der Seeschiffahrt und

Arbeitern, für große Städte, vorzüglich für Berlin, welches ein ganz eigenes Versorgungs-System erfordert, Bedacht nehmen müsse, versteht sich von selbst. Getreide-Magazine zur Versorgung des ganzen Landes sind zumal in einem großen Staate unnöthig und unmöglich. Ich habe mich in meinen Abstimmungen bei dem General-Directorio vom 29. März 1802 und 27. August 1805 über diese wichtige Materie umständlich geäußert. Auch von einigen andern Arten der ersten Bedürfnisse als Holz, Kohlen, Torf, Salz, muß der Staat Vorräthe halten, um dem Mangel vorzubeugen, wenn er es nöthig findet, auch der Theuerung; aber wo nicht, wie bei dem Salz, eine wichtige Finanz-Rücksicht zum Grunde liegt, neben völliger Handelsfreiheit.

Handelsverträge, wo diese räthlich und möglich sind, ist von großer Wichtigkeit. Der so nützliche Bromberger Canal und die Netze großentheils gehören nun einem auswärtigen Staate; auf ihre Benutzung und gute Unterhaltung ist daher nicht mit Gewißheit zu rechnen und die Frage also wesentlich, ob die Localumstände nicht erlauben, eine andere Wassercommunication zwischen der Weichsel und Oder einzurichten.

4. Sicherheits-Polizei.

Die Sicherheitspolizei muß nicht minder sich ganz nach dem Hauptgrundsatze richten, aber in allen Dingen, die nach solchem als gut und richtig anerkannt sind, rasch und kräftig verfahren. Das Militär und die Freiwilligen müssen ihr dabei zu Hülfe kommen. Ist es denn nicht ehrenvoll für die Soldaten in Friedenszeiten, dem Mitbürger und sich selbst auch diesen Schutz zu gewähren? Die Kommunitäten werden mehr thun, wenn sie selbstständiger werden, und die vorgeschlagene Nationalrepräsentation wird auch hierbei nützlich wirken. Daß die Aufsicht auf geheime Agenten und Kundschafter jetzt wichtiger sei als je, wird Niemand leugnen, der unsere Lage und das französische System kennt, zumal da Frankreich durch die Occupation so viele neue Mittel erworben hat, jenes System in Anwendung zu bringen. Die geheime Polizei sei also hierauf wachsam, aber sie mache einen geheimen Theil der anderen aus, wie der Herr von Altenstein aus richtigen Gründen anräth.

Eine nähere Verbindung zwischen der Kriminaljustiz und der Polizei halte ich ebenfalls für nützlich, sowie die Abschaffung des Lotto, gegen das ich so oft eiferte, für dringend nöthig [1]).

In Absicht auf die in doppelter Rücksicht sehr wichtigen geheimen Gesellschaften [2]), daß sie nämlich dem Staat nicht schaden,

1) In den fränkischen Fürstenthümern war es eben aufgehoben worden.

2) Altenstein bemerkt, daß geheime Gesellschaften leicht mißbraucht, aber auch für den Staat sehr nützlich wirken können. „Kein höherer Zweck kann leicht erreicht werden, ohne daß sich solchem die Kräftigeren und Besseren des Zeitalters ganz hingeben. Diese wirken nur durch eine Vereinigung kräftig

daß sie ihm vielmehr nützen, bemerke ich nur, daß ich die Freimaurerei in den preußischen Ländern als einen mächtigen Hebel für große Dinge im Innern und Auswärtigen ansehe, wenn der Staat den Geist derselben benutzen und in solcher Thätigkeit und Patriotismus zu edlen großen Zwecken beleben und unterstützen will.

5. Armen-Polizei.

Ueber die Armenpolizei begreift es das Wesentliche in sich: daß man die Quellen der Armuth verstopfen und die Unterstützungen nur nach dem Grade der Arbeitsunfähigkeit und Arbeitsleistung geben, den Kommunitäten die Hauptsorge übergeben müsse.

6. Gesundheits-Polizei.

Ueber die Gesundheitspolizei: daß der Staat für die Bildung und Anstellung geschickter wissenschaftlicher Aerzte und Heilkünstler besorgt sei und Anstalten für hülflose Kranke zweckmäßig einrichte, mit Einem Worte: das beachte, was der Einzelne nicht beachten kann [1]).

7. Bevölkerungs-Polizei.

Wird der mehrmals erwähnte Hauptgrundsatz treu befolgt, herrschen Achtung wahrer Religiosität neben Toleranz und strenge

und sicher. Oeffentlich kann diese schwer stattfinden, weil man ihr entgegenarbeitet. Das Geheimniß selbst ist ein festes Band der Vereinigung." Man darf wohl in dieser und einer schon oben vorgekommenen Aeußerung Hardenbergs den Ursprung des Tugendbundes suchen, der eben als Träger der Ideen, die im Staate durchdrangen, Bedeutung gewann.

1) Die Artikel kommen in derselben Folge auch bei Altenstein vor. Für den späteren Minister der Geistlichen- und Medicinalangelegenheiten ist bezeichnend, daß er auch in dieser Hinsicht alles von der Ausbildung der Wissenschaft erwartet. Er findet, die Vormundschaft des Staats gehe schon zu weit. „Werden der wissenschaftlichen Ausbildung keine ängstlichen Fesseln angelegt und wird der Zustand der Wissenschaft nicht vom Staate selbst auf einen Punkt gebannt, so wird sich deren wohlthätige Ausbildung auf das ganze gemeine Leben erstrecken. Jede Wissenschaft schreitet unaufhaltsam fort, und der Gewinn übersteigt im Ganzen den Nachtheil, den einzelne Verirrungen herbeiführen können". Auch hier gedenkt er der schon in den fränkischen Fürstenthümern unternommenen Verbesserungen.

unpartheiische Gerechtigkeit im Lande, verfährt man, wie es in Absicht auf die Grundverfassung und persönliche Verhältnisse eben vorgeschlagen ist, werden die Abgaben nach einem weisen System und sich gleich bleibenden Prinzipien erhoben, kann der Unterthan auf Schutz rechnen, so wird sich das ubi bene patria bald bewähren. Die Pflanze wird schnell wuchern; Ausländer werden von selbst mit ihrem Vermögen einziehen, und es wird keiner künstlichen Verordnungen und Anstalten zur Vermehrung der Bevölkerung bedürfen.

8. Post-Polizei.

In Absicht auf die Postpolizei bin ich mit dem Grundsatze völlig einverstanden, daß die polizeiliche Rücksicht die finanzielle überwiegen und auf ihre Vollkommenheit schon der Opinion wegen zu sehen sei, da es allerdings gar nicht thunlich ist, das Postwesen der natürlichen Freiheit zu überlassen. Ferner bin ich auch damit vollkommen einig, daß die Besetzung der Postmeisterstellen mit Invalidenoffizieren nachtheilig und unschicklich sei.

9. Bergwerks-Polizei.

Wenn die Bergwerkspolizei nach den festgestellten Grundsätzen wegen der freien Benutzung des Eigenthums und der Gewerbe beurtheilt wird, so folgt von selbst, daß das Finanzielle auch hierbei gegen das Polizeiliche zurückstehen müsse. Aber belehrende Beispiele gebe der Staat auf seinem Eigenthume, und wo allgemeine Unternehmungen, die Einzelnen nützen, aber von ihnen nicht geleistet werden können, erforderlich sind, als z. B. große Stollen 2c., da trete er zu.

10. Schöne Künste und Wissenschaften.

Von einem recht hohen Standpunkte könnte man die Religion in eben dem Sinn, als die schönen Künste und Wissenschaften, zur Polizei rechnen [1]). Bei beiden wird es wohl keinem einfallen,

1) Hardenberg wird erst verständlich, wenn man Altensteins Erörterung liest. „Bei dem hohen Standpunkt, den ich für die Polizei gewählt habe,

derselben ihr Wesen zuzuzählen, aber wohl die Art ihrer Behandlung, Unterstützung und Benutzung abseiten des Staates, welcher dabei die höhere geistige Tendenz neben dem Einfluß auf den physischen Wohlstand seiner Bürger immer vor Augen haben muß.

Unser Hauptgrundsatz paßt auch bei den Wissenschaften und Künsten. Nur die Hindernisse: den Zunftgeist, die positiven Meinungen und Vorschriften entfernt, und alles wird leicht und schnell fortschreiten [1])!

kann ich ihrer (der Wissenschaften und Künste) freilich hier gedenken, so unschicklich es auch ist, sie unter dem, was man gewöhnlich Polizei nennt, zu begreifen und so sehr sie auch eine ganz eigene Abhandlung als der nächste Uebergang zur Religion, mit welcher sie so nahe verwandt sind, verdienten".

1) Altenstein bemerkt: „Noch ungleich größer aber als nach der gemeinen Ansicht, ist der Werth der Wissenschaften und schönen Künste, wenn man sie von einem höhern Standpunkt betrachtet. Sie sind in ihrer Blüthe das Produkt und der Ausdruck des höchsten Zustandes der Menschheit. Was von diesem ergriffen wird, geht diesem höheren Zustand entgegen. Sie ergreifen in ihrer vollen Kraft, was sich ihnen nähert, mit Allgewalt. Mit ihrer Verbreitung und ihrem Gedeihen im Staate erhöht sich im allgemeinen der Zustand der Menschheit in solchem. Ist es Zweck des Staates, der Menschheit die höchsten Güter theilhaftig zu machen, so kann es nur durch die schönen Künste und Wissenschaften geschehen. Nur durch sie wird reges und kräftiges Leben und ein Emporsteigen zu dem Höheren bewirkt.

„Es versteht sich von selbst, daß hier nur von ächter Wissenschaft und wahrer schönen Kunst die Rede ist, nicht von Afterwissenschaft und Kunst, von dem, was Beschränktheit für solche ausgiebt. Es würde zu weit führen, dieses weiter auseinanderzusetzen. Das Aechte ist von dem Falschen leicht zu unterscheiden. Was nicht die Menschheit an das höhere Geistige und das Hingeben an solches leitet, steht als Wissenschaft oder schöne Kunst sehr tief. Aus dieser höheren Tendenz der ächten Wissenschaft und schönen Kunst, welche sich auch noch in den untersten Gliedern regt, indem diese Mittel sind, das Höhere zu erreichen, ergiebt sich ihr Nutzen oder ihr Werth für das Ganze. Es läßt sich begreifen, wie durch sie das Studium lebendig und kräftig wird, der Mensch sich solchem und der Erfüllung dessen, was er für Pflicht erkennt, ganz mit Liebe und Aufopferung alles Anderen hingiebt, und wie die schönen Künste die Sinnlichkeit ergreifen, sie zu höheren Gefühlen veredeln und diese selbst dadurch aufs Höchste gebracht werden. Es bedarf keiner Ausführung, wie hiedurch das, was man Patriotismus nennt, und alle die wichtigsten geistigen Kräfte erhöht und belebt werden. Es liegt in der als leitendes Prinzip angenommenen höchsten Idee des Staats, daß er den höchsten Werth auf ächte Wissenschaft und schöne Kunst lege. Frankreich, bei einer untergeordneten, auf bloße Kraftäußerung

Ueber die Preß- und Lehrfreiheit ist viel geschrieben und gestritten. Man erschöpft alles, dünkt mich, wenn man sagt: sie sei so weit ausgedehnt, als es die Umstände immer gestatten. Diese müssen bei den Verfügungen einer weisen Regierung allein über die seltenen Ausnahmen entscheiden. So kann es allerdings eine nothwendige Maßregel sein, einen fremden Staat oder seinen mächtigen Herrscher zu schonen, um nicht große Uebel über das Vaterland zu bringen. Schriften, die blos zur groben Sinnlichkeit verführen, muß die Censur allerdings verwerfen.

Die Anstellung eines eigenen Vorstehers oder Ministers des öffentlichen Unterrichts und der Erziehung, der ausgerüstet mit den hierzu erforderlichen Eigenschaften und versehen mit tüchtigen Gehülfen, alles was dahin gerechnet werden mag und die Bildung der Staatsbürger angeht, leite und dem die Fonds und andere Mittel zu Erreichung des Zweckes nicht fehlten, würde ungemein nützlich sein. Der Staat gebe an Gelde, was er vermag, und erwecke nur bei den Kommunitäten Sinn für die gute Sache. Alle öffentliche Sammlungen und wissenschaftliche Institute müßten unter der Kuratel jenes Ministers stehen, dazu ich Alexander von Humboldt allerdings sehr qualificirt halte. Ganz richtig finde ich es auch, daß öffentliche Sammlungen den Zweck vornehmlich haben müssen, das anzuschaffen, was Privatpersonen

gerichteten Tendenz kann die Wissenschaft und Kunst nicht von diesem einen Standpunkte betrachten. Es ist mit solchem in Widerstreit, indem es solche zu einem niedrigeren Zweck zu gebrauchen sucht und sie entweiht. Die Wissenschaft und Kunst wird sich dereinst rächen, indem sie sich der höheren Tendenz anschließt und dieser den Sieg versichert. Preußen muß dieses benutzen. Es scheint schwierig, daß der Staat in einem Augenblick, wo ihm alle Ressourcen genommen sind und er alle Kräfte bloß zur Erhaltung nöthig hat, den großen Anforderungen genüge, welche Kunst und Wissenschaften an ihn machen. Die Schwierigkeit liegt nur in der unrichtigen Ansicht, wonach man glaubt, daß nichts für Kunst und Wissenschaft ohne großen Kostenaufwand geschehen könne. Allerdings muß im Staate zuerst für die Erhaltung gesorgt werden, ehe für die schönen Künste im gewöhnlichen Sinne des Wortes gesorgt werden kann. Allein in so fern Wissenschaft und Kunst selber die Mittel zur Erhaltung erhöhen, dürfen sie nicht vernachlässigt werden".

nicht so haben können, und daß es hauptsächlich auf gute wissen= Auswahl, Ordnung und Aufsicht ankomme.

Eine schärfere Auswahl ist aber vor allen Dingen bei den Mitgliedern der höheren wissenschaftlichen Institute, besonders der Akademie der Wissenschaften nothwendig, damit sie aus großen Köpfen bestehen, die der Nation wirklich Ehre machen und durch Unterricht und ihre Schriften nützen. Auszeichnung und Ehren=bezeugung werde dem Gelehrten und dem Künstler nach Verdienst.

11. Erziehung und öffentlicher Unterricht.

Daß bei diesem so äußerst wichtigen Gegenstande nach voll=ständigen richtigen Planen gehandelt werde, daß der Staat allen=falls Zwang eintreten lassen könne und müsse, damit der Mensch nicht unerzogen bleibe, hierin stimmt meine Ueberzeugung ganz mit der des Herrn von Altenstein überein[1]. Er hat bei diesem Gegenstande der Juden erwähnt[2], weil es allerdings in Absicht

1) Altenstein sagt: „Der Staat kann und muß nöthigenfalls mit Zwang veranlassen, daß alle seine Bürger einen gewissen Grad von Erziehung und Unterricht erhalten. Ist irgend eine Vormundschaft des Staates zu rechtferti=gen, so ist es die, welche er bei allen Kindern übernimmt, da sie wirklich un=mündig sind und die Eltern im allgemeinen nicht für fähig gehalten werden können, die Vormundschaft zu führen. Die Sache ist für den Staat zu wichtig, um alles dem Zufall zu überlassen. Es ist bisher viel zu wenig hierunter geschehen".

2) Altenstein: „Ein vorzüglich wichtiger Gegenstand ist die Erziehung und der Unterricht bei den Juden. Alle Versuche, die Juden dem Staate weniger schädlich zu machen, sind vergeblich, wenn sich nicht der Staat eines großen Theils ihrer Erziehung und ihres Unterrichts bemächtigt. Ist der Jude ver=bildet, so werden alle Anstalten, ihn zum nützlichen Staatsbürger zu machen, vergeblich sein. Er wird mit voller Kraft dagegen arbeiten. Das einzige Mittel, eine Reform zu bewirken, ist die Einrichtung von Unterrichtsanstalten für solchen, in welchen er so beschäftigt wird, daß er nicht durch den Talmud u. s. w. verbildet werden kann. Wird dabei auf körperliche Anstrengung ge=sehen und dem Juden die Uebernahme aller bürgerlichen Lasten zur Pflicht ge=macht, dagegen auch in dem Maße, wie solches geschieht, der freie Gebrauch seiner Kräfte gestattet und nur der gemeine Schacher mit schweren Lasten be=legt, so wird sich die Reform von selbst ergeben.

„Bei der Veränderung der ganzen Verfassung ist dieses möglich, und in dem jetzigen Augenblick ist die größte Aufmerksamkeit auf die Juden doppelt wichtig, da Frankreich sich ihrer zu bemächtigen sucht".

auf die ihretwegen zu beobachtendeu polizeilichen Grundsätze vornehmlich darauf ankommt, sie zu veredeln und die einzigen wirksamen Mittel, eine Reform derselben zu Stande zu bringen, der zweckmäßige Unterricht ihrer Kinder und ihre Theilnahme an der Gewerbefreiheit und den bürgerlichen Lasten ist. Die größte Aufmerksamkeit verdient die Bemerkung, daß Napoleon durch Berufung des großen Sanhedrins sich der Juden zu bemächtigen sucht. In ihrer Zerstreuung über die ganze Welt und in ihrem ausgebreiteten Einfluß liegt die Möglichkeit, den seinigen noch auf vielseitige Weise geltend zu machen. Auch damit bin ich ganz einverstanden, daß die Freiheit im Unterricht nicht durch positive Vorschriften beschränkt werden und daß der Zweck nicht sowohl die Anfüllung des Menschen mit positiven Kenntnissen, als die Ausbildung seiner Denkkraft und deren Hinleitung zu dem höheren Geistigen sein müsse [1]). Diese Ausbildung der Denkkraft und des Gedächtnisses erfordert natürlich positive Kenntnisse; ohne diese würde leere Spekulation entstehen. Daß die Lehrart auf den niederen und höheren Schulen hiernach eingerichtet und besonders auch auf Universitäten der Vortrag mehr dahin geleitet werde, den Lehrling selbst denken und das Gehörte verarbeiten zu lassen; daß die höhere Speculation von dem Unterricht auf Universitäten verbannt werde, ist nöthig und zweckmäßig. Berlin

1) Altenstein: „Die Universitäten bedürfen einer gänzlichen Reform. Es wird jetzt auf solchen gelehrt, aber ohne daß man des Erfolgs sicher sei. Das Wesentlichste ist Lesen und Anhören. Es giebt dieses in unserem Zeitalter, wo die Zerstreuungssucht und Flachheit so sehr herrschend ist, weit weniger Bildung, als es früher der Fall war. Die ganze Unterrichtsmethode müßte geändert werden. Der Vortrag müßte so sein, daß die Aufmerksamkeit stets gespannt und der Zuhörer durchaus genöthigt wäre, selbst zu denken und das ihm Gegebene zu verarbeiten. Außer dieser wesentlichen Veränderung müßte beachtet werden, daß es rathsam sein dürfte, die höhere Speculation nicht auf Universitäten zu lehren, sondern es, so wie alles, was große Hülfsmittel erfordert und eigentlich die wissenschaftliche Bildung vollendet, da lehren zu lassen, wo sich hiezu leichter alle Bedingungen vereinigen. Berlin würde dazu ganz geschickt sein. Dem reiferen Jüngling schadet die Hauptstadt nichts: sie muß ihm im Gegentheil nützen, und der junge Staatsdiener kann bei seinen Geschäften in der wissenschaftlichen Bildung fortschreiten, was so sehr wichtig ist".

mit seinen Hülfsmitteln aller Art paßt sich allerdings weit besser hiezu; der Akademiker werde hiezu mitbenutzt, und dem jungen Staatsmann wird sich auch das Mittel darbieten, in der Wissenschaft fortzuschreiten und Lücken auszufüllen. Eine große Universität, auf die der Staat alles wendete, was erforderlich wäre, würde vollkommen hinreichend sein. Setzen sich Bedenklichkeiten entgegen, so ist's an Königsberg und Frankfurt genug, aber wichtig, kein Monopol aus dem gelehrten Unterricht zu machen und die Besuchung auswärtiger Universitäten und wissenschaftliche Reisen eher zu begünstigen, als zu hindern. Die weiteren Details über Bildungsanstalten für Lehrer über höhere und niedere Schulen, Industrieschulen u. s. w. übergebe ich, als zu weitläufig für den vorliegenden Zweck.

12. Hülfsmittel der Polizei.

Eine gute zweckmäßige Polizei erfordert Fonds, Was der Staat hierzu braucht, wird er mit Recht fordern und finden. Die Kommunitäten werden bei einer richtigen Leitung auch viel thun. Die kleinen bisher bewilligten Prämien können freilich ohne Nachtheil wegfallen und Verwilligungen zu Meliorationen sollten auch nur dann erfolgen, wenn allgemeine nutzende Verbesserungen der Zweck sind. Die Wiederaufhelfung der jetzt ruinirten Provinzen ist ein dringendes Bedürfniß, dem so bald und so kräftig als möglich zu genügen ist. Das Wie kommt auf die Umstände, die Hülfsbedürftigkeit und die Art des Schadens an. Ersatz für diesen ist nicht möglich, aber Eröffnung der Möglichkeit, sich durch Fleiß und Industrie wieder empor zu heben, und Aufmunterung hiezu.

Eine bessere Organisation des Personals ist nöthig. Unten wird noch die Rede davon sein.

Ebenso eine richtigere Anordnung des Tabellenwesens, welches bisher wegen seiner Unzuverlässigkeit und seines unzusammenhängenden Planes wenig brauchbare Resultate, am aller-

wenigsten aber die obersten gab [1]). Alles muß zusammen passen, das Unnütze entfernt und das Detail stufenweise immer mehr das Allgemeinere, wo nicht mit Gewißheit, welches bei vielen Gegenständen nicht möglich ist, doch nach der höchsten Wahrscheinlichkeit liefern und deutlich anschaulich macheu. Alle in das ganze Fach der Polizei einschlagenden Verordnungen würden endlich zu revidiren und nur das Brauchbare nach dem vorstehenden System beizubehalten, auch nach solchem zu ergänzen sein.

VI. Finanz-Wesen.

Der Finanzier, der die Regeln seines Verfahrens nur der einseitigen Routine, ohne wissenschaftliche Bildung und ohne Fortschritte in den Kenntnissen des Zeitalters verdankt, unwissend in dem, was andere Staaten und ihre Finanzverfassungen betrifft und beschränkt auf die Bekanntschaft mit dem väterlichen Boden und die auf solchem entstandenen Einrichtungen und Formen; der Finanzier, der jene Regeln blos nach der Oekonomie eines gewöhnlichen ordentlichen Hausvaters, wohl gar nach der des strengen und geizigen abmißt, wird seine Kunst in dem ängstlichen Zusammenhalten, Zusammenscharren und Erhöhen der Staatseinnahmen aus althergebrachten Quellen und nach althergebrachten Formen setzen, unbekümmert, ob die steigende Kultur und die sich ändernden Verhältnisse hier neue entstehen, dort eine versiegen oder weniger ergiebig werden lassen, ob sie durch eine kluge Leitung möglichst benutzt werden, ob sie sich etwa unnütz verlaufen, wohl gar in ihrem Lauf Schaden anrichten, ob ihnen Abfluß oder Zuflüsse zu verschaffen, oder ihre Benutzung durch geschickte Veranstaltungen vervielfacht werden könne; er wird, zwingt ihn die Noth neue Quellen aufzusuchen, nur nach den gewöhnlichen,

1) Altenstein: „Im preußischen Staat war das Tabellenwesen nicht in Ordnung. Es lieferte höchstens statistische Materialien. Wollte man Resultate, so fehlte es überall, weil bei deren Anfertigung nicht daran gedacht worden war. Eine große Schwerfälligkeit, Aengstlichkeit, Widerwille gegen die Sache, war überall sichtbar“.

oft nach den drückendsten Mitteln greifen, oder sich nicht zu helfen wissen und den heilsamen Zweck aufgeben; er wird bei den Ausgaben immer nur zu sparen trachten, oft engherzig und unklug das Gute dadurch hindern, oder für die Staatseinnahmen selbst höchst nachtheilig wirken.

Den großen Unterschied nicht fühlend zwischen einer Privathaushaltung und der eines Staates und unbekannt mit den Spekulationen, die der wahre Finanzier auf den Zustand der Nationalindustrie nach allen ihren Zweigen, auf den Geldverkehr und auswärtige Konjunkturen, auf die beständigen Veränderungen in diesen Dingen baut, wird er sich damit begnügen, Geldüberschüsse zu haben, und wenn er am Ende des Jahres nachweisen kann, daß diese Ueberschüsse mehr betragen, als im vorhergehenden oder bei dem Anfange seiner Wirthschaft, so wird er das Ziel der Kunst erreicht glauben, nicht darauf achtend, ob diese Ueberschüsse aus blos zufälligen oder fortwährenden Ursachen entstanden, ob sie Früchte eines gesunden, neuer erhöhter Fruchtbarkeit entgegenwachsenden Stammes oder getriebene, durch ungewöhnlich begünstigende Umstände gereifte, oder gar die letzte Kraft des ersterbenden Baumes sind; ob dieser bei gehöriger Wartung nicht noch mehr und bessere hätte tragen können. Beurtheilen kann er es nicht, wenigstens nicht richtig; denn sein Rechnungswesen, obgleich sehr ordentlich, gleichfalls nach hergebrachter Form geführt, seine auch nach dieser angelegten Haushaltungspläne oder Etats liefern keine reine Uebersicht irgend eines Verwaltungszweiges, alles ist pedantische Kalkulatur; die Dunkelheit wird sogar als Staatsmaxime angepriesen und erhalten, so daß den besseren Köpfen die Data zu richtigen Finanzspekulationen und Vorschlägen entweder ganz fehlen oder sie sich doch nur unzulänglich und nach vieler Mühe überkommen lassen. So versteckt der argwöhnische Geizige seine Schätze, daß man ihre Existenz nicht ahne. Ein pünktliches Handeln und Treiben nach der einmal angenommenen Form; das ist die Summe seiner Wissenschaft, und da er glaubt, daß hierin Alles liegt, so sieht er stolz auf den herab,

der nicht von Jugend auf in sie eingeengt wurde, oder sich davon entfernt. Der ist ihm kein Finanzier. Neue, noch so gute und richtige, anderwärts bewährte Ideen und Grundsätze, werden von ihm verworfen und bitter verlacht, für eitle Hirngespinnste ausgegeben, denen das Alte weit vorzuziehen sei. An eine gründliche ruhige Prüfung ist nicht zu denken; sie anzufangen ist das sichere Mittel, die Sache ganz zum Stillstande zu bringen.

Nach einer solchen oberen Leitung richtet sich natürlich der Regel nach, was unter ihr arbeitet, da Thätigkeit sich in der beliebten Form herumzutreiben, korporalmäßige Beobachtung derselben, Anstrengung der Untergebenen zu solcher und ehrerbietiges Unterwerfen unter die höhere Meinung das Hauptverdienst ausmachen nnd den Weg zum Glück eröffnen. Die Bildung des jungen Finanzmannes ist ganz damit übereinstimmend. Formen sind dabei die Hauptsache, über Formen und veraltete, sogenannte Kameralgrundsätze, wird er hauptsächlich geprüft.

Daß die vorstehende Schilderung auf die bisherige Leitung des Finanzwesens im preußischen Staate passe, wird Niemand leugnen, der solche genau kennt und richtig zu beurtheilen versteht. Ausnahmen fanden unter den preußischen Staatsmännern, mithin auch bei dem, was sie theilweise wirkten; Ausnahmen finden jetzt auch allerdings bei mehreren einsichtsvollen, mit wissenschaftlichen Kenntnissen ausgerüsteten Männern statt, aber sie konnten nicht durchdringen. Und eben diejenigen, die diese Ausnahmen machen, werden darin gewiß beistimmen, daß jenes der Geist des preußischen Finanzwesens war; vorzüglich wird solches der Herr Minister Freiherr von Stein thun, der schon angefangen hatte, diesem Geiste so kräftig entgegen zu wirken.

Ueber die Folgen dieses Geistes bedarf es keiner umständlichen Ausführung. Ordnung und Ersparniß füllten unter Begünstigung einer kaum so lange zu erwarten gewesenen trügerischen Ruhe von Außen die Kassen ziemlich wieder und verhüteten, daß das Uebel sich nicht in jeder Beziehung äußerte, aber das Gute geschah nur einzeln ohne Zusammenhang, kein großer Zweck

wurde erreicht und insonderheit die Kraft nicht in Thätigkeit gesetzt, die dem Staat zu seiner Erhaltung in den Stürmen der Zeit so wesentlich nothwendig war.

Wie sind sie jetzt, nachdem er seinen fürchterlichsten Wirkungen untergelegen, wieder zu beleben und zu verstärken?

Ich will versuchen, den Gutachten des Herrn Geheimen Finanzraths von Altenstein und des Herrn Geheimen Raths Niebuhr auch meine Meinung hier hinzuzufügen.

1. Etats- und Rechnungswesen.

Etats- oder Wirthschaftsplane und Rechnungen haben den doppelten Zweck, erstlich den Verwalter und den Rechnungsführer eines jeden Gegenstandes zu leiten und die Erfüllung ihrer Pflichten zu kontroliren, zweitens Uebersichten zu gewähren, nach denen man die Verwaltung selbst beurtheilen und richtige Ideen und Plane zu ihrer Vervollkommnung fassen könne. Der erste wurde im preußischen Staate theilweise erreicht, der zweite, einige einzelne Zweige vielleicht ausgenommen, gar nicht. Denn um den Verwalter zu leiten, von dem man nicht blos mechanische Dienste fordert, und um den Vortheil oder Nachtheil bei der Verwaltung gehörig zu würdigen, sind reine und vollständige Uebersichten nöthig, die unsere Etats und Rechnungen nicht lieferten. Ich weiß nicht, ob die Generalkontrole dergleichen verschaffte, zweifle aber, daß es vollständig und zweckmäßig geschah, ob der König selbst in Stand gesetzt wurde, das Ganze der Finanzverwaltnng und ihre Hauptzweige richtig und fortwährend zu überschauen. Die leitenden Behörden, selbst die erste, konnten es nicht; diejenigen unter ihnen, die über die ihnen anvertrauten Gegenstände klar sehen wollten, mußten dazu besondere Anstalten treffen.

Man hat einmal die Absicht gehabt, bei der Generalkontrole alle Rechnungen nach der italienischen Buchhaltung zu zerlegen, ließ übrigens aber die Rechnungen nach der alten Art fortführen. Die Sache ist, so viel ich weiß, bald ins Stocken gerathen und wäre sie auch fortgesetzt, so hätte sie zu keinem richtigen Resultat

führen können, weil die Rechnungen nicht zu dem Plan stimmten. Sollte er nützlich werden, so müßte man alle Rechnungen auf kaufmännische Art einrichten und systematisch in einen Centralpunkt leiten, der die Hauptresultate klar darstellte. Das wesentlichste Erforderniß eines guten Rechnungswesens ist: daß bei jedem Gegenstande sein Einkommen und der Aufwand auf solchen vollständig, der Gewinn oder Verlust rein erscheine. Je einfacher und klarer dieses geschehen kann, je größer wird die Vollkommenheit sein. Die Gegenstände lassen sich dann leicht klassificiren und die Resultate in den allgemeineren Rechnungen stufenweise zusammenfassen bis zu der allgemeinsten. Ich hatte in den fränkischen Provinzen alles darauf angelegt, das Rechnungswesen nach diesen Grundsätzen zu formen, aber es mußte 1798 dem übrigen durchaus angepaßt werden. Bei der Generalkontrole wird sich eine Auseinandersetzung aus der damaligen Periode, ich glaube von 1799, finden, darin ich die Einrichtung eines zweckmäßigen Rechnungswesens abgehandelt habe.

Eine Reform desselben und der Revision ist unumgänglich erforderlich. Letztere kann in Absicht auf die mehrsten Specialrechnungen, gewiß viel zweckmäßiger bei den den Rechnungsführern zunächst vorgesetzten Behörden geschehen. Nur die Hauptrechnungen würden einer obersten Revisionsbehörde vorbehalten, die ihre Aufmerksamkeit nicht sowohl auf die Richtigkeit und Form wendete, zu deren Kontrole sie mechanische Arbeiter hätte, sondern auf die Sache selbst und ihre Behandlung. Sie müßte aus vorzüglich einsichtsvollen Staatsmännern bestehen, die nicht blos hiebei thätig wären. Ihre Arbeiten würden sehr wichtig und durch ihre Benutzung folgereich, aber nicht durch Häkeleien und kleinliche Details weitläufig werden. Die Generalkontrole und die Oberrechenkammer, diese kostbaren schwerfälligen Anstalten, die an Hogarths Machine superbe pour servir de tire-bouchon erinnern, würden dagegen wegfallen. Um den wahrscheinlichen Erfolg einer jeden Unternehmung zu beurtheilen, ist ein Plan oder Ueberschlag erforderlich, wie viel mehr also bei einer von so

hoher Wichtigkeit, als die Finanzverwaltung eines ganzen Staates ist. Bei der Diskussion über die Ways and Means und der Eröffnung des Budgets legt der englische Minister dem Parlamente einen solchen Ueberschlag der Staatseinnahmen vor und begleitet diese Darlegung mit raisonnirten Vorschlägen, erstere zu erfüllen. Unsere Etats hatten auch den Zweck, Vorherbestimmungen der Einnahme und Ausgabe zu sein; die provisorischen Abschlüsse, die der König am Ende des Etatsjahres erhielt, sollten die disponiblen Fonds darlegen, damit ihre Verwendung festgesetzt werden könne. Diese Festsetzung vertrat gewissermaßen das Budget der Engländer, aber bei allem, was diese durch Mangel an vollständiger Uebersicht, fehlerhafte Einrichtungen leisteten, war der wesentliche Unterschied, daß der Engländer von dem Bedürfniß des Staates ausgeht und diesem seinen Finanzplan anpaßt [1]), anstatt daß bei uns, ganz außerordentliche Fälle ausgenommen, dem Bedürfniß, selbst dem dringenden, z. B. dem Festungsbau und der guten Unterhaltung der Festungen, nur dann genügt wurde, wenn die einmal bestimmten Einnahmen hinreichten oder sich zufällige Ueberschüsse fanden. Daß hiebei keine recht kräftige zweckmäßige Verwaltung geführt werden könne, leuchtet ein; die Kunst des Finanziers muß sich also darin zeigen, daß er die Mittel zu dem als wahr anerkannten Staatsbedürfnisse auf die mindest drückende Weise anschaffe, und da die Verhältnisse, besonders die äußeren, veränderlich sind, so wird für jedes Jahr ein neuer allgemeiner Ueberschlag des Staatsaufwandes und seiner Quellen nöthig. Die Etats für die Rechnungen müssen dabei fortgehen, und mit den Rechnungen selbst, nach den oben angegebenen Grundsätzen verbessert. Ihre Anfertigung kann auch unbedenklich auf mehrere Jahre geschehen, und wenn die Kommunitätsangelegenheiten durch Vormundschaft des Staates nicht mehr so wie bisher beschränkt

1) Die beiden Gutachten sind gerade in diesem Punkte sehr verschieden. Aber auch Altenstein geht von dem Grundsatze aus, „daß künftig jährlich der Bedarf zur Erfüllung der Staatszwecke ausgemittelt und durch solchen die beizuschaffende Summe bestimmt werden müsse".

werden, so wird eine große Menge von Etats und Rechnungen wegfallen.

2. Jährliche allgemeine Darstellung der Finanzlage und des Staatsaufwands mit seinen Quellen.

Eine jährliche allgemeine Darstellung der Lage der Finanzen und des Staatsaufwandes mit seinen Quellen wird, wenn man sie nach dem, was oben vorgeschlagen worden, öffentlich den Repräsentanten der Nation vorlegte, schon den jetzt so dringend nöthigen Kredit mehr sichern und sowohl diesen wichtigen Zweck, als den der leichteren und populäreren Aufbringung noch besser erfüllen. Sie wird insonderheit sehr nützlich sein, wenn man bei den Staatsabgaben von dem Bedürfniß ausgehen will. Man wird einwenden, daß die Befolgung dieses Grundsatzes eine dem Kredit und dem Unternehmungsgeiste nachtheilige Ungewißheit über den Werth eines Grundstückes oder eines Gewerbes verbreiten werde, daß dadurch überhaupt alle die Vorzüge verloren gehen würden, welche Sicherheit und Vertrauen bei der Unveränderlichkeit der Auflagen hervorbringen. Aber einmal ist der Schaden, welcher daraus entsteht, daß für wesentliche Bedürfnisse des Staates nicht gesorgt werden kann, unleugbar der größere, und dann ist die Sicherheit vor neuen Auflagen und die Unveränderlichkeit der alten doch immer von den Umständen abhängig und läßt sich nie verbürgen. Sie kann auch ein Uebel werden. Bei einem vollkommen hinreichenden, nicht todt liegenden, sondern wohl benutzten, jedoch stets realisablen Schatz würde ich wenigstens die Unveränderlichkeit der Grundabgaben zur Regel machen. Jene Voraussetzung kann aber im preußischen Staat sobald nicht eintreten, und eine weise Administration wird überhaupt, auch bei der Annahme jenes Grundsatzes, diese Regel möglichst beobachten und ohne gegründete Ursachen die Abgaben aller Art nicht leichtsinnig verändern oder ohne Noth erhöhen oder durch neue vermehren. Soll der Bedarf durch die Repräsentanten aufgebracht und ihnen die Subrepartition in den meisten Fällen

überlassen werden, so ist vor allen Dingen das Verhältniß der Hauptraten und ihre zweckmäßige Eintheilung festzusetzen. Die Verfertigung des ersten Budgets wird die schwerste und wichtigste sein.

3. Staatshaushalt.

A) Revision sämmtlicher Einnahmezweige sowie aller Ausgaben.

Eine genaue Prüfung sämmtlicher Einnahmezweige muß derselben vorhergehen, so wie aller Ausgaben und Bedürfnisse. Bei ersterer ist genau zu untersuchen, wo nach den festgestellten Grundsätzen entweder die Beibehaltung oder Abschaffung, Erhöhung oder Herabsetzung der Einnahme oder sonst Modifikationen stattfinden müssen. Bei letzterer ist nicht nur auf die gewöhnlichen Bedürfnisse, sondern auch auf die künftig alle Jahre erforderlichen und die nur ein für allemal nöthigen, zu sehen und hiernach zu bestimmen, was als neue fortwährende Abgabe, oder nur ein für allemal aufzubringen, oder durch außerordentliche Hülfsmittel, Anleihe 2c. anzuschaffen sei. Die von dem Herrn von Altenstein angegebenen allgemeinen Grundsätze sind ohne Zweifel richtig, bei der Einnahme: — Abschaffung oder Veränderung der Einkünfte, die zwar Ertrag liefern, aber sonst einen überwiegenden Nachtheil haben, z. B. des Lotto und einiger aus dem Bergwerksregal, Veränderungen nach dem neu anzunehmenden Handels- und Gewerbesystem; die Wahl solcher neuer Quellen, wodurch der Nationalwohlstand eher befördert als gelähmt wird, der Vorzug, der der Erhöhung schon bestehender Abgaben vor neuen zu geben ist, wo sie thunlich ist, weil man schon an sie gewöhnt war; möglichste Gleichstellung und Gleichförmigkeit — ich setze noch hinzu — die Erhebungsart, welche am wenigsten drückt und stört; — bei der Ausgabe das einfache, aber sehr wahre Princip: jede unnütze Ausgabe zu vermeiden, aber keine nothwendige zu scheuen. Erst bei dieser viel umfassenden Arbeit und durch Benutzung aller erforderlichen Nachrichten und Hülfsmittel kann

ein Ueberschlag, in Zahlen ausgedrückt, entstehen, bei dem man zwar der Wahrheit nahe zu kommen suchen, jedoch nicht zu ängstlich auf kleinliche, doch schwer zu erreichende Genauigkeit sehen, sich aber nur dafür hauptsächlich hüten muß, nicht zu knapp zu rechnen. Es ist nicht möglich hier weiter etwas Befriedigendes zu liefern.

B. Bemerkungen über einige Zweige der Einnahmen.

Ich beschränke mich auf einige Bemerkungen über einige Zweige der Einnahme, denen des Herrn von Altenstein kurz folgend.

a. Aus Regalien.

Bei den Einkünften aus einigen Regalien gilt der Hauptgrundsatz auch hier: die natürliche Freiheit so wenig als immer möglich zu hemmen und dadurch ihren Früchten zu schaden, sowie der, der Geldeinnahme den höheren Zweck nicht aufzuopfern. Sie finden ihre Anwendung hauptsächlich bei dem Bergwerk- und Forstregal, bei dem Salzankauf, bei der Post, bei der Münze. Wegen des Salzankaufs wird mit Kaufleuten kontrahirt werden können, obgleich der Verkauf, als eine sehr ergiebige und wegen der Vertheilung ins Kleine am wenigsten drückende Quelle der Staatsabgaben vom Staat beibehalten werden muß. Bei dem Verlust der letzten und beträchtlichsten Salzwerke wird das Ankaufsquantum groß sein. Vielleicht lassen sich aber noch nicht benutzte Salzquellen finden und zu eigener Fabrikation benutzen. Das Münzregal leidet durch die Verminderung des Staates nur dann, wenn man darauf rechnet, Gewinn durch Ausprägung schlechter Münzen zu machen, sowie durch unsere so weit getriebene Fabrikation von Scheidemünze geschah. Wäre es möglich, durch vortheilhaften Ankauf von Metallen und durch verbesserte Fabrikation bei gutem Gelde Gewinn zu machen, so würde es dabei auf die Ausdehnung des Staates nicht so sehr ankommen. Die braunschweigischen Herzöge prägten eine mit der Größe ihres

Landes ganz unverhältnißmäßige Summe von Louisd'or in gehöriger Güte und mit ansehnlichem Vortheile.

b. Von Grundsteuern.

Es wird darauf ankommen, ob man sich zu einer neuen Katastrirung und dann zur Beiziehung der befreiten Grundstücke entschließen will. Die Gründe für und wider habe ich in dem Kapitel von der Grundverfassung kurz angegeben. Findet man, daß die für die Besteuerung der adelichen Güter das Uebergewicht haben, so lasse man ja die Besteuerung allgemein werden. Auch die Domänen müssen derselben unterworfen sein. Der Betrag scheint zwar den Domanialeinkünften abgehen zu müssen. Dieses wird aber nicht ganz der Fall sein, zumal bei veränderter Nutzung und mehrerer Vertheilung.

c. Von indirekten Abgaben.

Der Herr von Altenstein hat nur die Accise genannt. Er begreift darunter alle indirekten Abgaben, auch die Zölle, Imposte 2c.; den Ausfall, den die größere Handelsfreiheit bewirkt, wird die Besteuerung der Gegenstände, deren Einfuhr bisher ganz verboten war, die Verminderung der Kontrebande und der mehrere Anfall allerdings decken. Bei der Erhebung scheint mir durchaus eine Einrichtung nöthig, die solche vereinfache, sie sicherer und weniger lästig mache. Die fast allgemeine Venalität der geringeren Accisebedienten ist durch ihre schlechte Besoldung beinahe privilegirt. Ihre Schaar ist groß, die Aufsicht schwer und Plackerei unvermeidlich. Nur dann aber scheint eine solche Einrichtung möglich, wenn die indirekten Abgaben das platte Land sowie die Städte treffen, wenn man die Sätze von eingehenden Artikeln gleich an den Grenzen erhebt, die auf die Konsumtion von dem Verkäufer oder Verfertiger. Die Kontrole ist hiebei auch schwer, aber sie ist möglich, wie die Erfahrung in mehreren Ländern lehrt. Die Regierung muß dabei den Druck und die Behelligungen möglichst vermeiden, die gewissenhafte Anzeige zur Ehrensache machen, Vertrauen auf solche zeigen, dann aber De-

fraudationen desto strenger mit Schimpf und Strafe belegen. Unser bisheriges Accissystem war unstreitig der Moralität sehr nachtheilig. Nur dann, wenn die Accise auch auf dem platten Lande eingeführt wird, kann eine völlige Gewerbefreiheit eintreten und durch diese wird dem Landmann die Lästigkeit der Abgabe ersetzt werden. Nur dadurch wird es möglich werden, manche Sätze niedriger zu bestimmen und doch nicht dabei zu verlieren, sondern zu gewinnen. Bei einzelnen Gegenständen wird man zwar den höchsten Ertrag nicht herausbringen, weil die Erhebungsart einfach und leichter zu kontroliren sein muß, aber bei dem Ganzen wird man Vortheil haben. Dann braucht die Visitation der Reisenden nur an den Grenzen zu geschehen, und es können milde Grundsätze dabei angenommen werden, ohne sie einen Aversionalsatz zahlen zu lassen. Die Erhöhung der Accisesätze von einigen ersten Lebensbedürfnissen halte ich mit dem Herrn von Altenstein für wenig drückend, aber doch sehr ergiebig und um desto anwendbarer, wenn die Städte und das platte Land gleich belegt werden. Ueberhaupt dürfte es sehr nöthig sein den Accisetarif zu vereinfachen und dafür zu sorgen, daß die Verpflichtung und die Abgabe allgemein und deutlich über jeden Gegenstand bekannt sei.

d. Von den Domänen.

Man darf nur die Art der Veranschlagung unserer Domänen kennen, um sich zu überzeugen, daß sie einen höheren Ertrag liefern können, zumal wenn die Landwirthschaft durch Freiheit des Absatzes und der Gewerbe gehoben, wenn, nachdem die Verhältnisse sind, eine andere Art der Benutzung durch Vertheilung 2c. gewählt wird. Eine zweckmäßig eingeleitete Veräußernng 2c. von Domänen halte ich für eins der besten und unschädlichsten Mittel, den jetzigen außerordentlichen Bedürfnissen des Staates zu genügen. Es wird dabei auf die Art der Veräußerung und den Zeitpunkt ankommen, damit man sie nicht verschleudere. Was der Herr von Altenstein über die Hausgesetze in dieser Hinsicht sagt, ist sehr richtig! Wenigstens können sie unter den gegen-

wärtigen Umständen gar nicht im Weg stehen. Der Verkauf eines Theiles der Forsten wird sich schon um deswillen vorzüglich lohnen, weil ihr reiner Ertrag im Verhältniß mit der Grundfläche meistentheils so sehr gering war. Man muß freilich in Absicht auf die künftige Benutzung dieser Fläche nicht zu ängstlich sein und auf die als Forst übrig bleibenden königlichen Gründe desto mehr Sorgfalt wenden. Werden diese richtig ausgewählt und bewirthschaftet, so wird der Ertrag sich gegen den jetzigen wohl kaum vermindern und die Veräußerung reiner Gewinn sein.

C. Bemerkungen über einige Zweige der Ausgaben.

Ebenso wie bei den Einnahmen, werde ich auch über die Ausgaben nur Einiges hersetzen. Das Nähere beruht hiebei vorzüglich auf einer genauen Berechnung des Bedürfnisses.

a. Militärausgaben.

Die Ausgabe behufs des Militärs betrug, so viel ich mich erinnere, gegen 14 Millionen; wenigstens war dieses der Etat der Generalkriegskasse, wobei jedoch gewöhnlich nicht unbeträchtliche Ersparungen stattfanden. Ohne alle Data, kann ich nicht angeben, was die 70,000 Mann reguläre Truppen, 30,000 Mann Reserve und die Ausgaben auf die Freiwilligenkorps, der Unterhalt der Magazine, Festungen und alles dessen, was die stete Mobilität erfordert, kosten würden; indessen, glaube ich, wird folgender ganz ungefähre auf das Verhältniß der Truppenzahl gegründete Kalkül wenigstens keine zu geringe Summe bestimmen. Wenn 250 m. Mann 14 Millionen gekostet haben, so kosten 70 m. $3^{23}/_{25}$ Millionen; rechne ich 4 und wegen der verhältnißmäßig stärkeren Kavallerie, besserer Bezahlung und Mobilität 5, so wird gewiß damit auszukommen sein. Die 80 m. Mann Reservetruppen können, da sie nur zwei Monate beisammen sein sollen, wahrscheinlich mit $1^1/_2$ Millionen gehalten werden. Rechne ich nun noch $^1/_2$ Million für die Unterstützung der Freiwilligen, die Unterhaltung von Festungen, — die Anlegung neuer und Wie=

derinstandsetzung der ruinirten, gehört zu den außerordentlichen Anstrengungen — für Nebenkosten ꝛc., so würde mit der Hälfte des bisherigen Aufwandes ausgereicht werden. Die Generalkriegskasse wird aber schwerlich die Hälfte ihrer Einkünfte verlieren. Einige Ausgaben, z. B. die Werbekosten, werden auch wohl zu ersparen sein. Sollte wider Vermuthen etwas fehlen, so muß es der Staat für diesen so wichtigen Gegenstand aufbringen. Eine augenblickliche Ersparniß wird auch dadurch eintreten, daß die Errichtung der neuen Truppen nicht so schnell von statten gehen kann. Der Betrag wird zu den Errichtungskosten selbst aber schwerlich hinreichen, und ich wünsche, daß, um diese Ersparniß zu bewirken, ja nicht gesäumt werde.

b. Civilbesoldungen.

Mit dem Herrn von Altenstein völlig einverstanden bin ich auch gegen alle Ersparung durch Verringerung der einzelnen Besoldungen, die nothwendig die nachtheiligsten Folgen haben muß; ihre Erhöhung ist vielmehr bei so vielen zu niedrig belohnten Dienern wahres und dringendes Bedürfniß, wenn auch hier der höhere Zweck: der zweckmäßige Dienst und die Moralität nicht empfindlich leiden sollen. Kann man die Maschine simplificiren durch Abschaffung unnützer Schreibereien, und Stellen sparen, so wird dieses sehr wohlthätig werden.

c. Pensionen.

Auch bei den Pensionen wirkt Ersparung an dem, was wirklich erfordert wird, höchst schädlich und ist unbillig und undankbar. Aber man verfahre mit Festigkeit und verwende alle Sinekuren, die Einkünfte der Stifter, Klöster, geistlichen Ritterorden zu Pensionen und Belohnungen für wirkliche Staatsdienste; so wird es an Fonds nicht fehlen und gegen die bisherige Ausgabe gewiß noch eine Ersparung entstehen.

d. Hofausgaben.

Bei den Hofausgaben zu sehr zu sparen, ist auf mehrerlei Weise nachtheilig, nicht allein wegen der äußern Anständigkeit,

sondern auch in Rücksicht auf die Einkünfte selbst, wenn die Abgaben von der Consumtion erfolgen. Dieses letzte Argument spricht für die Besetzung der höheren Hofstellen mit reichen Leuten, die Aufwand aus eigenen Mitteln machen; es kommt den übrigen, gegen die Herabsetzung der Besoldungen und Pensionen hinzu. Daß die Hofetiquette, die Hoffeste dem Geist, der der Staatsverwaltung zum Grunde gelegt werden soll, angepaßt und als ein sehr wirksames Mittel, ihn zu unterstützen und die Achtung, das Zutrauen, die Herzen der Unterthanen zu gewinnen, benutzt werde, ist eine nicht unrichtige Betrachtung.

D. Resultat der Einnahme und Ausgabe.

Eine jede Angabe in Zahlen, wie viel bei der Einnahme zu gewinnen, bei der Ausgabe zu ersparen, wie hoch also der disponible Ueberschuß sein werde, scheint mir ohne die oben verlangte Berechnung sehr gewagt. Inzwischen kann man doch wohl mit Gewißheit annehmen, daß der Ueberschuß, wenn er auch nicht gerade 4 Millionen beträgt, doch nicht geringe ausfallen und sowohl zu successiver Erfüllung aller Staatsverbindlichkeiten, als zu Erreichung wichtiger finanzieller Zwecke hinreichen wird, zumal da zu hoffen ist, daß das mehrere Interesse, welches die Nation durch die Repäsentanten an der Staatsverwaltung erhält, und der Einfluß dieser letzteren die Aufbringung der Kosten zu nützlichen Verbesserungen und Einrichtungen von denen, die Vortheile davon haben, mithin vom ganzen Lande oder von einem Theile desselben, durch außerordentliche Beiträge sehr erleichtern werden. Eine große Beruhigung! Wenn sie nur nicht durch neue Unglücksfälle getrübt wird.

4. Staatsvermögen.

Außer dem Herrn von Altenstein hat der Herr Geheime Rath Niebuhr diesen sehr wichtigen Gegenstand in seinem anliegenden kernhaften Gutachten behandelt, welches mit besonderer Aufmerksamkeit gelesen zu werden verdient. Bloß der Vollständigkeit

wegen will ich hier die Hauptsachen erwähnen, einige Gedanken hinzufügen und mich übrigens auf die Meinung jener beiden Herren beziehen.

A. Geldwesen.

a. Zustand.

Den Zustand des Staates in Absicht auf das Geldwesen wie er nach der Räumung des Landes vom Feinde sein wird, schildert Herr Geheime Rath Niebuhr mit traurigen Farben, aber leider der Wahrheit gemäß. Das Gold wird fast gänzlich fort sein, das grobe Courant größtentheils, da es eingeschmolzen über Hamburg nach Holland für die Franzosen ging. Bei der Stockung des Handels und der Ausfuhr werden uns die Kurse nachtheilig bleiben, das Fortschleppen des guten Geldes wird fortdauern, so lange noch etwas da ist. Die Scheidemünze, die nicht ausgeführt wurde, wird sich in einem sehr schädlichen, überwiegenden Verhältnisse befinden; sie wird aus den abgetretenen Provinzen hinzuströmen, die Kurse werden sich vielleicht gar in Münze bestimmen. Die Tresorscheine werden sich alle im Lande anhäufen und auch aus den abgetretenen Provinzen dahin zurückkommen, man mag sie immer realisiren oder nicht.

b. Maßregeln.

1. Münzwesen.

So lange sich der Handel und der Wohlstand nicht wieder heben, wird die Ausprägung von Courant, um dem Mangel abzuhelfen, nicht thunlich sein. Die weitere Ausmünzung geringhaltiger Scheidemünzen muß durchaus unterbleiben. Herr Geheime Rath Niebuhr schlägt vorerst folgende Maßregeln vor, um gute Geldsorten bei uns möglichst zu fixiren und dem Eindringen der Scheidemünzen und dem Falschmünzen Einhalt zu thun:

1) Alle fremden guten Geldsorten nach einer Devalvation und zu ihrem vollen Werthe in allen Zahlungen annehmen zu lassen.
2) Den Münzfuß zu verändern und den 28-Fl.-Fuß einzuführen.
3) Die Einlieferung und schnelle Umprägung der Scheidemünze

zu verfügen und die veränderte in gewissen Raten zurückzugeben.

2. Tresorscheine.

Die Fundirnng der Tresorscheine ist sobald als immer möglich zu veranstalten, die Realisation jedoch mit Klugheit vorzubereiten, für jedes Büreau die erforderliche Summe genau zu berechnen und nicht eher anzufangen, bis sie allgemein geschehen und ununterbrochen fortgesetzt werden kann. Unterdessen würde den Tresorscheinen ihr legaler Cours gelassen, auf die ediktmäßige Zahlung des 1/4 gehalten und eine gewisse Epoche für den Anfang der Realisation im Voraus bestimmt. Ein gutes realisables Papiergeld zu haben, wird unter den jetzigen Umständen eine doppelt große Wohlthat und wahrscheinlich die Emission noch einer Million zu den fünf ausgegebenen unbedenklich sein. Alles kommt auf die Solidität der Realisation an. Das Beispiel von Sachsen nach dem siebenjährigen Kriege giebt uns belehrende Erfahrung und ermunternde Hoffnung. Wegen des Courses der Tresorscheine in den abgetretenen Provinzen läßt sich keine besondere Anstalt treffen, da die Stempelung jetzt nichts mehr nützen würde und im Frieden dieserhalb gar nichts ausgemacht ist.

B. Geldinstitute.

Nach dem Urtheile der einsichtsvollsten Sachverständigen waren unsre Geldinstitute, die Bank und die Seehandlung, fehlerhaft und dem Zwecke solcher Anstalten nicht entsprechend. Dieses war anerkannt und die nöthige Reform eingeleitet, aber durch die eingetretenen Unglücksfälle wurde die Ausführung unterbrochen und so, wie man sie beabsichtigte, unmöglich gemacht.

a. Die Bank.

Die Bank ist überladen mit Effekten, die schwer zu realisiren sind. Der Plan, sie aufrecht zu erhalten, kann nur von Männern entworfen werden, die mit ihrem Zustande ganz genau bekannt, alle Verhältnisse zu Rathe ziehen, die in unserm Staate stattfinden werden, wenn dieser von den fremden Truppen ganz

wegen will ich hier die Hauptsachen erwähnen, einige Gedanken hinzufügen und mich übrigens auf die Meinung jener beiden Herren beziehen.

A. Geldwesen.

a. Zustand.

Den Zustand des Staates in Absicht auf das Geldwesen wie er nach der Räumung des Landes vom Feinde sein wird, schildert Herr Geheime Rath Niebuhr mit traurigen Farben, aber leider der Wahrheit gemäß. Das Gold wird fast gänzlich fort sein, das grobe Courant größtentheils, da es eingeschmolzen über Hamburg nach Holland für die Franzosen ging. Bei der Stockung des Handels und der Ausfuhr werden uns die Kurse nachtheilig bleiben, das Fortschleppen des guten Geldes wird fortdauern, so lange noch etwas da ist. Die Scheidemünze, die nicht ausgeführt wurde, wird sich in einem sehr schädlichen, überwiegenden Verhältnisse befinden; sie wird aus den abgetretenen Provinzen hinzuströmen, die Kurse werden sich vielleicht gar in Münze bestimmen. Die Tresorscheine werden sich alle im Lande anhäufen und auch aus den abgetretenen Provinzen dahin zurückkommen, man mag sie immer realisiren oder nicht.

b. Maßregeln.

1. Münzwesen.

So lange sich der Handel und der Wohlstand nicht wieder heben, wird die Ausprägung von Courant, um dem Mangel abzuhelfen, nicht thunlich sein. Die weitere Ausmünzung geringhaltiger Scheidemünzen muß durchaus unterbleiben. Herr Geheime Rath Niebuhr schlägt vorerst folgende Maßregeln vor, um gute Geldsorten bei uns möglichst zu fixiren und dem Eindringen der Scheidemünzen und dem Falschmünzen Einhalt zu thun:

1) Alle fremden guten Geldsorten nach einer Devalvation und zu ihrem vollen Werthe in allen Zahlungen annehmen zu lassen.
2) Den Münzfuß zu verändern und den 28=Fl.=Fuß einzuführen.
3) Die Einlieferung und schnelle Umprägung der Scheidemünze

zu verfügen und die veränderte in gewissen Raten zurückzugeben.

2. Tresorscheine.

Die Fundirnng der Tresorscheine ist sobald als immer möglich zu veranstalten, die Realisation jedoch mit Klugheit vorzubereiten, für jedes Büreau die erforderliche Summe genau zu berechnen und nicht eher anzufangen, bis sie allgemein geschehen und ununterbrochen fortgesetzt werden kann. Unterdessen würde den Tresorscheinen ihr legaler Cours gelassen, auf die ediktmäßige Zahlung des 1/4 gehalten und eine gewisse Epoche für den Anfang der Realisation im Voraus bestimmt. Ein gutes realisables Papiergeld zu haben, wird unter den jetzigen Umständen eine doppelt große Wohlthat und wahrscheinlich die Emission noch einer Million zu den fünf ausgegebenen unbedenklich sein. Alles kommt auf die Solidität der Realisation an. Das Beispiel von Sachsen nach dem siebenjährigen Kriege giebt uns belehrende Erfahrung und ermunternde Hoffnung. Wegen des Courses der Tresorscheine in den abgetretenen Provinzen läßt sich keine besondere Anstalt treffen, da die Stempelung jetzt nichts mehr nützen würde und im Frieden dieserhalb gar nichts ausgemacht ist.

B. Geldinstitute.

Nach dem Urtheile der einsichtsvollsten Sachverständigen waren unsre Geldinstitute, die Bank und die Seehandlung, fehlerhaft und dem Zwecke solcher Anstalten nicht entsprechend. Dieses war anerkannt und die nöthige Reform eingeleitet, aber durch die eingetretenen Unglücksfälle wurde die Ausführung unterbrochen und so, wie man sie beabsichtigte, unmöglich gemacht.

a. Die Bank.

Die Bank ist überladen mit Effekten, die schwer zu realisiren sind. Der Plan, sie aufrecht zu erhalten, kann nur von Männern entworfen werden, die mit ihrem Zustande ganz genau bekannt, alle Verhältnisse zu Rathe ziehen, die in unserm Staate stattfinden werden, wenn dieser von den fremden Truppen ganz

befreit sein wird. Es ist beruhigend, daß der Herr Geheime Rath Niebuhr Mittel zu finden hofft, den Gläubigern den Werth ihrer Forderungen zu sichern, wobei er aber voraussetzt, daß nicht à bureau ouvert gezahlt werde; daß in der Zwischenzeit keine Partialzahlungen dieser Art geschehen, der Staat vorerst allen Einkünften aus der Bank entsagen und die Reform des alten Systems mit einer bessern Organisation und Operationen zur lebhaftesten gewinngebenden Cirkulation der Fonds vorgenommen werde. Der Staat muß aber seine Geldvorräthe der Bank zur Benutzung geben, ihr die, worüber er als Obervormund disponirt, fernerhin zu geringen Zinsen zuweisen und was er ihr schuldig ist, abbezahlen.

b. Die Seehandlung.

Nach der mir sehr richtig scheinenden Meinung des Herrn Geheimen Raths Niebuhr sind zwei Geldinstitute, wie die Bank und die Seehandlung, zumal unter den gegenwärtigen Umständen, nicht von Nutzen. Die Seehandlung würde daher mit Ablauf ihres Oktrois im künftigen Jahre aufzuheben, der Ankauf des Salzes Privatunternehmern zu übertragen und die Schuld dieses Instituts ihrer eigentlichen Beschaffenheit nach als Staatsschuld zu übernehmen sein. Die Operationen in Absicht auf die Staatsschulden würden künftig bei der Bank geschehen und diese hielte Buch darüber.

C. Schuldenwesen.

a. Zustand.

Der Zustand des Staatsschuldenwesens ist uns hier nicht ganz genau bekannt; indeß ist die beruhigende Gewißheit vorhanden, daß alle Verbindlichkeiten des Staates, zwar nicht auf einmal und also ganz vollständig, doch nach und nach und so, wie es die Lage desselben zuläßt und rechtfertigt, werden erfüllt werden können, zumal wenn alle Schulden auf abgetretene Provinzen oder Institute strenge abgewiesen und keinem Gläubiger dieser Art, er sei Inländer oder Ausländer, etwas gezahlt wird.

Die Idee eines gänzlichen Staatsbankerotts, könnte auch in der Folge größerer Kredit und anscheinend erhöhte Kraft daraus entstehen, wird Jeder verabscheuen, der den Betrug bei dem Mangel einer gänzlichen Unfähigkeit zur Zahlung doppelt haßt und das Verderben erwägt, welches daraus nicht nur für so viele Einzelne, sondern für den Staat selbst entstehen würde. Eine Terminzahlung verdient allerdings den Vorzug vor einer Zahlung nach Procenten, die gleich stattfände. Es kommt darauf an, vor allen Dingen genaue Zusammenstellungen der verschiedenen Arten von Schulden verfertigen zu lassen und sie gehörig zu klassificiren. Die Abtheilung in auswärtige und inländische wird insonderheit nöthig sein, ferner in solche, die vor dem Ausbruche des Krieges und wegen desselben kontrahirt worden, wozu die Rückstände für Lieferungen, an Besoldungen, Pensionen 2c. gehören, Bankschulden, Seehandlungsschulden, die sich aber alle wieder nach der ersten Abtheilung auch in ausländische und inländische unterscheiden werden.

b. Maßregeln.

I. Auswärtige Schulden.

Die sodann wegen einer jeden Gattung zu ergreifenden Maßregeln muß eine genaue Prüfung aller Verhältnisse ergeben. Bei den auswärtigen Schulden giebt theils der Friedenstraktat Vorschriften, von denen man sich ohne Nachtheil nicht wird entfernen dürfen, theils legt sie uns der Klugheit wegen Erhaltung des Kredits auf. Freilich wird eine willkürliche Abänderung der ursprünglichen Verbindlichkeiten dabei nicht stattfinden dürfen, aber hier und da könnte eine Uebereinkunft möglich sein, Aufschub der Zahlung. Die Entrichtung der Zinsen müßte man schlechterdings in den ordentlichen Gang zu bringen trachten.

II. Inländische Schulden.

In Absicht auf die inländischen Schulden bin ich nicht für die Zurückzahlung nach dem Alter der Schuld oder der Aufkündigung in gewissen Terminen. Ich finde es auch hart, die

Gläubiger zu sehr zurückzusetzen, welche Forderungen wegen des letzten Krieges haben, und halte den Plan des Herrn Geheimen Raths Niebuhr für den besten, nach welchem:

1) die Bankschuld der Bank aus eigenen Kräften abzutragen überlassen bleibe;
2) die inländischen Schulden, mit Ausnahme der wegen des Krieges kontrahirten, aber die der Seehandlung mit eingeschlossen, dergestalt fundirt würden, daß die Gläubiger gegen Auslieferung ihrer Verschreibungen für ihr Kapital und die bis zu dem zu bestimmenden Termin rückständigen Zinsen drei neue Verschreibungen erhielten:
   a. über $1/3$, wovon die Zinszahlung sogleich wieder fortliefe und erfolgte;
   b. über $1/3$, wovon die Zinszahlung nach fünf Jahren anfinge, mit Hinzufügung der Zinsen, die rückständig geblieben;
   c. über $1/3$, wovon die Zinszahlung nach zehn Jahren mit den rückständigen Zinsen und Zinszinsen, nach vollen Jahren gerechnet, erfolgte.

Die wegen des Krieges kontrahirten Schulden könnten, wie es scheint, nach vorhergegangener Liquidation und Prüfung Verschreibungen erhalten, wie die zweite Klasse zu b.

Ein heilig zu haltender sinkender Fonds sicherte die allmählige Verminderung der Schuld durch Ankauf dieser Stocks für Rechnung des Staates; übrigens würde der Werth derselben auf inländischen und ausländischen Märkten sowohl hiedurch, als durch treue Erfüllung der einmal übernommenen Verbindlichkeit aufrecht erhalten.

D. Anschaffung der jetzt erforderlichen außerordentlichen Geldbedürfnisse.

a. Gegenstände derselben.

Unter den gegenwärtigen Umständen sind außerordentlich große Geldbedürfnisse zu bestreiten. Die Gegenstände derselben sind:

1) die an Frankreich noch zu zahlenden Contributionen;

2) die Instandsetzung und Wiederherstellung der Festungen, der Magazine, der Armaturen und alles dessen, was Bezug auf das Militär hat, desgleichen andre, nach dem Plane nützliche oder nothwendige Einrichtungen;
3) die nothwendige Unterstützung der Unterthanen;
4) die Sammlung eines Schatzes, welcher unentbehrlich ist, weil bei dem Entstehen eines Krieges sonst die Mittel, ihn zu führen, nicht schnell genug herbeigeschafft werden können.

b. Anschaffungsmittel.

Die Mittel, das Geld zu diesen Bedürfnissen aufzubringen, können folgende sein:

1) Die Benutzung aller baaren Vorräthe, sowohl an Gelde, als an Tresorscheinen, sobald diese wieder gehoben sein werden.
2) Die Kreirung einer Million neuer Tresorscheine.
3) Die Einziehung aller Aktivkapitalien. Ob diese auch bei den Instituten, z. B. der Wittwenkasse, der Invalidenkasse 2c., geschehen solle, um das Geld für den Staat zu benutzen, der sodann der Schuldner dieser Institute würde, zweifle ich. Wenigstens erfordert die Sache eine sehr reifliche und einzelne Prüfung und scheint mir sogleich nicht ausführbar, insofern es inländische Schulden betrifft. Woher sollen diese bei dem allgemeinen Geldmangel das Geld nehmen, um einer ins Große gehenden Aufkündigung zu genügen, und wird der Staat dabei gewinnen, wenn Mancher dadurch stürzt?

   Aber daß die Institute ihre Forderungen an ausländische Schulden und an die nunmehr ausländisch gewordenen in den abgetretenen Provinzen so schnell, als es möglich ist, einziehen und dann dem Staate borgen, das ist sehr räthlich.
4) Der Verkauf von Domainen, darüber schon oben das Nöthige gesagt ist.
5) Die Abkaufung der Grundabgaben nach dem 4 Pfennig-Fuß und mit dem Rechte der Wiedereinlösung für den Staat, daraus gewiß ein ansehnliches Kapital erfolgen wird.

6) Auflagen oder gezwungene Anleihe.
7) Freiwillige Anleihe im Inlande und im Auslande.

c. Einige Bemerkungen.

Der Betrag der noch an Frankreich zu zahlenden Contributionen ist uns nicht bekannt, und bei den höchst schwankenden Stipulationen des Friedens über diesen Gegenstand ist er es vielleicht noch nirgends ganz genau. Die Folgen hievon sind schrecklich und geben allerlei Vorwände zur Verzögerung des Abzuges der Truppen. Alles muß angestrengt werden, um Bestimmtheit in diesen wichtigen Gegenstand zu bringen, wo sie etwa noch nicht ist, und dann, um die Verbindlichkeiten zu erfüllen und die Räumung des ganzen Landes zu bewirken, vor welcher keine kräftige Ausführung irgend eines Planes, höchstens nur Vorbereitung und einzelnes Stückwerk stattfinden kann. Sollte es nicht zu bewirken möglich sein, daß die französischen Bevollmächtigten sich mit Zins tragenden Verschreibungen, in gewissen Terminen zahlbar, begnügten, wenigstens zum Theil?

Ich kenne die Lage der Sache, die vermuthlich auch nach den Umständen an jedem Orte verschieden ist, nicht genau genug, um bestimmte Gedanken zu äußern; nur die Frage scheint mir noch wichtig: Ist es billig, daß die Contributionen so von jedem Orte oder jeder Landschaft getragen werden, wie der Feind sie auflegte, oder sollte nicht vielmehr das ganze Land die ganze Last verhältnißmäßig übernehmen, auch von denen ein Beitrag hiernach geleistet werden, die wenig oder gar nichts litten, ja vielleicht gar gewannen?

Wegen der Instandsetzung alles desjenigen, was zum Militär und andern nöthigen Dingen gehört, sind, wenn die Grundsätze erst bestimmt sein werden, genaue Ueberschläge und ein zweckmäßiger Plan in Absicht auf die Art und die Zeit der Ausführung erforderlich.

Die Unterstützung der Unterthanen muß mehr in dem Wohlthätigen der neuen Staatseinrichtungen, als in der Abreichung

von baarem Gelde gesetzt werden, doch wird immer eine Summe für Geschenke in außerordentlichen Fällen an Gelde oder Naturalien bestimmt werden müssen.

Bei der Sammlung des Schatzes ist wenigstens vorerst die Summe zum Ziel zu nehmen, die ein Jahr Krieg erfordern würde, welches auch auf eine Berechnung ankommt; ferner sind die Epochen zu bestimmen, in welchen sie aufs schnellste kompletirt werden kann. Die Existenz des Staates kann hievon abhängen. Die Fürsorge, daß das in Vorrath zu haltende Geld nicht unbenutzt liege, ist unter den jetzigen Umständen unumgänglich nothwendig. Die Bank benutze also den Schatz, aber so, daß im Fall des Bedürfnisses das Geld unfehlbar da sei.

Zu den gezwungenen Anleihen würde es gehören, wenn der Staat von allen seinen Bewohnern das Silbergeräthe forderte und späterhin zahlbare Schuldverschreibungen dafür ausstellte. Ich habe gegen diese Maßregel einzuwenden, daß sie sehr unverhältnißmäßig trifft und daher immer einzelne Ungerechtigkeiten mit sich führt. Ein gezwungenes Anlehen nach dem Verhältniß des ganzen reinen Vermögens scheint mir weit zweckmäßiger, wenn es überhaupt schlechterdings unvermeidlich ist, und dabei könnte man es frei lassen, nach bestimmten Grundsätzen Silber abzuliefern, ja dazu durch gewisse Vortheile einen Reiz geben, damit das todt liegende Metall in den Umlauf komme. Die Schwierigkeiten bleiben bei der Ausmittelung des reinen Vermögens immer groß; aber es lassen sich doch Wege dazu finden, wenn man nur nicht zu sehr auf Genauigkeit sieht, darauf es im Ganzen nicht ankommt. Der eigenen Angabe kommt z. B. die Kontrole durch die Hypothekenbücher ꝛc. hinzu. Ob es räthlich sei, die Ritterpferdsabgabe zwangsweise abkaufen zu lassen, wird sich aus einer leicht aufzustellenden Berechnung des Aufkommens und der Prüfung ergeben, ob die dazu erforderlichen Gelder aufgebracht werden können.

Die Schwierigkeiten bei freiwilligen Anleihen sind in beiden Gutachten des Herrn von Altenstein und des Herrn Geheimen

Raths Niebuhr sehr richtig geschildert. Man wird indeß immer Versuche machen können nur auf eine kluge, dem Kredit nicht nachtheilige Weise. Diesem wird ein kluges, festes Benehmen, sowohl in Absicht der auswärtigen, als der inländischen Angelegenheiten, die beste Stütze geben. Bei einem Zwangsanlehen im Lande wird kein freiwilliges leicht gedeihen. Ich würde immer mit diesem erst anfangen. Auch dabei könnte Silber angenommen und die Annahme begünstigt werden, um es der Cirkulation zuzuwenden. So wird man sich beeifern, es zu geben, zumal wenn der Hof mit gutem Beispiele voran geht und das Goldservice, was nicht an Silbergeschirr unentbehrlich ist 2c., vermünzen läßt. Durch Verpfändung der Juwelen wird allemal ein beträchtliches Kapital auswärts zu haben sein und diese wohl ohne Anstand beschlossen werden können.

5. Schluß.

Auf eine Berechnung der Erforderniße an Geld zu den Zwecken, welche die gegenwärtige Lage erheischt, lasse ich mich hier ebenso wenig ein, als auf die der Erhöhung bei der Einnahme, der Ersparung bei der Ausgabe und des Ueberschusses, da Alles, was man hierüber sagen möchte, wie auch der Herr von Altenstein selbst angeführt hat, äußerst schwankend ist, mithin nur beispiels- und erläuterungsweise dastehen kann. Sind nur die Grundsätze erst bestimmt und die Data vorhanden, so werden sich jene Berechnungen leicht machen lassen, und werden die Grundsätze nur kräftig und konsequent verfolgt, wird von Außen ihre Ausübung nicht gewaltsam gestört, so läßt sich die Erreichung des Zweckes, auch ohne sie in Zahlen darzustellen, doch mit Zuversicht vorhersagen.

VII. Religion.

Der Herr von Altenstein hat diesen Gegenstand auf eine Art ausgeführt, die von seinen Einsichten und den schönen Gefühlen

seines Herzens zeugt und diesem Ehre macht [1]). Was er sagt, verdient mit voller Aufmerksamkeit gelesen und vom eignen Gefühl ergriffen zu werden; völlig einstimmend, setze ich mit ihm das Wesen der Religion darin, daß man das Leben als eine Stufe zu einem höhern Zustande betrachte, dessen Ahnung tief in uns gelegt ist, und in dem Streben nach dem Uebersinnlichen, welches uns zu diesem höhern Zustande führt. Nur dieses ist die wahre, reine Quelle der Pflichterfüllung, der Beruhigung, der Hoffnung, des Muthes. Hierin liegt der Glaube an das unbegreifliche Wesen, das wir Gott nennen; an Unsterblichkeit, an eine weise Leitung unsrer Schicksale nach einem großen Weltplan; hierin und in der Bedingung der geistigen Ausbildung für den künftigen Zustand, der stete Antrieb, nichts zu versäumen, was diese befördern kann. Der Mensch genieße das Sinnliche, er befördere den angenehmen Genuß desselben bei seinen Mitmenschen, aber er betrachte es nie als Zweck. Stets sei es dem Uebersinnlichen untergeordnet! Auch der Einzelne muß sich dem allgemeinen Weltplane nach seiner besten Ueberzeugung hingeben und für solchen nach seinen Kräften zu wirken, übrigens aber sich selbst und andere so glücklich als möglich zu machen suchen, und welches Glück ist vollkommener, als dasjenige, welches uns zu einem

1) Altenstein: „Der Zustand der Religiosität ist der höchste Zustand der Menschheit. Zu diesem gelangt, schätzt der Mensch diese Welt erst richtig. Er betrachtet sie mit allen ihren Genüssen und Schmerzen als eine Stufe, um einen höhern Zustand zu erhalten, von dem er die Ahnungen und den Vorgenuß schon auf dieser Welt hat, wenn er sich solchem ganz hingiebt. Recht und gut zu handeln, ist ihm nicht mehr bloß kalte, schmerzliche Pflicht oder das Werk ängstlicher Berechnung und Abwägung, den unangenehmen Folgen eines entgegengesetzten Handelns zu entgehen, es ist ihm selbst höchstes Glück. Nur so handelnd fühlt er sich glücklich und im Besitz des höheren Zustandes. Mit diesem Gefühl wird er die irdische Welt genießen und erhöhtes Glück bei diesem durch keinen inneren Widerstreit getrübten Genuß fühlen. Mit diesem männlichen Gefühl aber wird er auch den Schmerz ertragen, der ihm vorübergehend erscheint und der im Vorgenuß des Höheren aufgeht. Er wird sich selig fühlen, sein eigenes Glück mitzutheilen und zu der Verbreitung des beglückenden Zustandes beizutragen. Ueberzeugt, daß nur Pflichterfüllung dahin führt, wird er diese nach ihrem ganzen Umfange mit Wärme üben".

Höhern, zu dem Uebersinnlichen, leitet; welcher Genuß ist schöner, als der, welchen uns das Uebersinnliche gewährt oder der wenigstens mit ihm in harmonischer Beziehung steht? Religiosität und Liebe sind nahe verwandt, beide das wohlthätig erwärmende Feuer im Menschen. Ohne sie bleibt die Kraft tödtend und kalt, der Genuß thierisch und ohne Werth.

Nach welchem positiven Lehrbegriff der Mensch zu dieser Religiosität gelangt, ist nicht wesentlich. Auch die Bibel sagt: „Wer Gott fürchtet — d. i. wer immer mit Rücksicht auf Gott, auf das Uebersinnliche handelt — und Recht thut, in allerlei Volk, der ist ihm angenehm“.

Der Staat, der das große sittliche Ziel hat, das wir dem preußischen vorgesteckt haben: Veredelung der Menschheit, hat die Verpflichtung doppelt auf sich, diese Religiosität zu befördern und dadurch seine Unterthanen dem höhern Glücke zuzuführen. Dadurch wird er mächtig darauf hinwirken, daß die Tendenz allgemein und herrschend werde. Ein Kampf, geführt, um den Sieg des Guten über das Böse zu erringen, der ächten, edlen Freiheit und Religiosität über Sklaverei und heuchlerische Immoralität und raubsüchtigen Despotismus, ein solcher Kampf wäre der herzerhebendste, und guter Erfolg muß ihn krönen; der Monarch, der ihn leitet, der Wohlthäter der Menschheit, das rechte geistige Oberhaupt werden. Napoleon, in Egypten Mahomedaner und jetzt katholischer Christ, geht davon aus, die Religion als Mittel zu benutzen, den Pöbel im Zaume zu halten und seine Macht zu sichern und zu erhöhen. Viele seiner Schritte deuten dahin, daß er die Absicht hat, sich auch als geistliches Oberhaupt aufzustellen, um als weltliches desto unumschränkter zu herrschen.

Daß der gegenwärtige Zeitpunkt den preußischen Staat vorzüglich auffordert, die Religiosität zu heben, ist unwidersprechlich und die Mittel dazu scheinen allerdings folgende:

1) Er beweise hohe Achtung dafür, öffentlich und fortdauernd. Ein zweckmäßig angeordnetes Fest durch den ganzen Staat, wenn er vom Feinde befreit und der König in Seine Re-

sidenz zurückgekehrt sein wird — nicht der Freude — aber der rechten Würdigung unsers Zustandes und unsrer Pflichten gewidmet, feiere den Antritt der neuen Epoche und werde durch eine angemessene Publikation verfügt, die dem Ausdruck jener Achtung vorzüglich mit gewidmet sei.

2) Bürgerliche Ordnung und Moralität ehre der Staat allenthalben und halte sie aufrecht.

3) Der Freiheit in Vortrag und Lehre, in Untersuchungen über die Religion, werde nichts in den Weg gelegt — die Wahrheit wird oben bleiben.

4) Anstalten, die die Einzelnen nicht treffen können, unterstütze oder treffe der Staat mit Liberalität.

5) Er gebe dem geistlichen Stande die gehörige Würde durch die erforderliche Bildung, die Abschaffung von Gebühren für geistliche Verrichtungen, die ihn schänden, durch Strenge gegen Unwürdige und Sittenlose und Sorgfalt bei Besetzung der Stellen. Er wirke dahin, daß junge Leute aus den höhern Ständen sich auch dem geistlichen widmen.

6) Er sorge dafür, daß der Geistliche mit seiner Familie sein Auskommen habe, und wo die Gemeinden es nicht vermögen, es ihm zu schaffen, da trete er zu.

7) Der Religionsunterricht in den Schulen werde der Haupttendenz gemäß eingerichtet, dem Kinde früh die Beziehung auf Gott und das Uebersinnliche und lebhaftes Gefühl für solches eingeprägt. Dem Geistlichen werde die Sorge dafür vorzüglich zur Pflicht gemacht.

8) Der Staat übe Toleranz, er mische sich nicht in die Sache des Gewissens und dulde jeden Gottesdienst, der nicht öffentliches Aergerniß giebt und der andere stört, verfolge keine Religionssekte, sobald sie nicht der bürgerlichen Ordnung widerstrebt. Daß er eine Religionspartei, die er für die zweckmäßigste hält, vorzüglich seiner Fürsorge theilhaftig macht und sie in diesem Sinne als herrschende Kirche behan-

delt, dawider ist nichts. — Im Preußischen gehören beide protestantische hieher.

9) Bei der religiösen Verehrung werde die Sinnlichkeit des Menschen nicht vergessen. Man achtet nicht genug hierauf. Wie sehr hebt z. B. ein schöner, wohl ausgeführter Choral das Gefühl. Das Aeußere ist nicht das Eigentliche, aber es ist ein wesentliches Hülfsmittel.

10) Jede Störung der öffentlichen Gottesverehrungen, jeder Beweis von Nichtachtung werde untersagt und entfernt. So unrecht es wäre, den Sonntag in träger Unthätigkeit hinzubringen, wenn man durch Thätigkeit nützen kann, so unrecht z. E. dem Landmann zu verbieten, nach dem Gottesdienst das Korn einzufahren, das Gefahr läuft, im Regen zu verderben, so viel mehr unrecht ist es, während des Gottesdienstes offen Gewerbe zu treiben, die Spiel- und Kaffeehäuser zu öffnen und Truppen zu exerciren.

VIII. Justizwesen.

Der Staat muß das Ganze seiner Verwaltung mit gleicher Aufmerksamkeit umfassen und auf jeden Theil, ohne Vorliebe, die Fürsorge wenden, die er erfordert. Wenn das Justizwesen hierunter im preußischen Staate begünstigt wurde, so mag wohl eine Hauptursache darin mit gelegen haben, daß die Kameralisten den stolzen Wahn hatten, auf der höchsten Stufe der Vollkommenheit zu stehen. Gesetzgebung und Rechtspflege sind allerdings sehr verschieden. Zur ersten gehört eine vollkommene, auf Wissenschaft und Bekanntschaft mit den Gegenständen gegründete Kenntniß, die der bloße Jurist nicht besitzt. Sieht der Staat die Sache richtig und aus dem rechten Standpunkte an, so wird er die Gesetzgebung nur Männern anvertrauen, die sich durch ihre Bildung ganz dazu eignen. Dem Juristen gebührt hiebei gar kein Vorrecht; hat er sich aber die erforderliche Qualifikation erworben, wozu der Mann von Kopf, wenn er sich die Grundwissenschaften

früher erworben hat und fortstudirt, auch bei der Rechtspflege sehr gute Gelegenheit hat, so wird er dabei vorzüglich mit gebraucht werden können; den Juristen als solchen das Uebergewicht bei der Gesetzgebung zuzueignen, sowie die Leitung und Direktion derselben ihnen ausschließlich anzuvertrauen, wird immer eine sehr nachtheilige Einseitigkeit zur Folge haben, wie sich in mehreren Fällen, als z. B. bei der von dem Herrn von Altenstein angeführten Aufhebung der Erbunterthänigkeit, bei den Gesetzen über Gemeinheitstheilungen ꝛc., gezeigt hat. Das Gute der bisherigen preußischen Justizverfassung, der Vorzug, ein verständliches Gesetzbuch in der Sprache der Nation zu haben, macht es doppelt wünschenswerth, daß die an sich nothwendige Verbesserung der Mängel derselben nicht vernachlässigt werde. Die Tendenz, die wir dem Staate anweisen, erfordert sie durchaus. Daß die völlige Unabhängigkeit der Justiz von allem Einfluß befestigt und erhalten, daß Rechtlichkeit und Unbestechlichkeit stets befördert und das Gegentheil mit Schande und Strafe ernstlich gerügt werde, versteht sich von selbst. Man könnte, wie ich oben bei dem Militär vorgeschlagen habe, auch über die Justizbedienten, sowie über jeden Staatsbeamten dem Ehrengerichte das Recht der Untersuchung und des Ausspruchs in Fällen der entehrenden Pflichtwidrigkeit, die bei solchem zur Anzeige gebracht würden, zueignen.

Uebrigens möchten folgende Maßregeln nöthig sein:

1) Die Trennung der Gesetzgebung von der Justiz, welche dazu mitwirkte, wie andere Zweige der Verwaltung, und die baldigste Ernennung einer zweckmäßigen Behörde, damit die Verordnungen, die die Reorganisation erfordert, dem Vorurtheile nicht als willkürlich oder nicht hinreichend vorbereitet erscheinen.

2) Eine einsichtsvolle und parteilose Revision des allgemeinen Landrechts und der Gerichtsordnung. Sie wird ohnehin unumgänglich, wenn die in Absicht auf die Grundverfassung gethanen Vorschläge angenommen werden. Hiebei sehe man insonderheit auf die Abschaffung der vielen Förmlichkeiten,

die für eine Nation von Betrügern und Verbrechern verordnet zu sein scheinen, den Charakter verderben und den Werth und das Gefühl von Treue und Glauben herabsetzen, indem sie eine große Erschwerung der Gewerbe und des Verkehrs sind. Wo die Instanzen vermindert werden können, wird solches allerdings die Prozesse abkürzen, Kosten ersparen und von Nutzen sein, wenn dagegen auf die Urtheilssprüche der Richter ein desto größeres Vertrauen gesetzt werden kann.

3) Das Sportelwesen muß vor allen Dingen einer gänzlichen Reform unterworfen werden; denn der Vorwurf, den man unsrer Justiz macht, daß sie mehr als irgend eine andere kostbar sei und sportulire, ist nur zu gegründet. Es wäre zu wünschen, daß die Justiz ganz unentgeltlich verwaltet würde. Man führt verschiedene Gründe dagegen an, sie scheinen mir aber nicht von Gewicht zu sein. Es würden sich z. B. wohl andere Mittel finden lassen, den Fleiß der Justizbeamten zu befördern und der Prozeßsucht zu steuern. Der Staat muß aufbringen, was die Verwaltung der Justiz kostet. Mir scheint ebenso wenig Härte darin zu liegen, daß Jedermann für den Schutz zahle, den ihm die Gesetze im Fall eines Rechtsstreites gewähren, als für den des Militärs im Fall eines Krieges. Sollte man die Gründe für die Beibehaltung von Sporteln überwiegend finden, so verwalte sie wenigstens der Justizbeamte nicht, so mögen sie nicht der Justiz allein zu Gute kommen, sondern dem Staate überhaupt berechnet werden, der die Justizbeamten gehörig besolden muß.

4) Die Sorge für die Bildung tüchtiger Juristen ist allerdings von großer Wichtigkeit. Für die als Jurist hat der preußische Staat Anordnungen gemacht, die große Vorzüge vor denen anderer Staaten haben; indeß hat man dabei auch zu sehr auf Form und zu wenig auf Wissenschaft gesehen. Der Jurist, sowie der Staatsmann, der Kameralist, der Geistliche, der Soldat sollten in Absicht auf die Grundlage all-

gemeiner Kenntnisse und besonderer von ihrem Vaterlande zuerst einerlei Bildung haben und dann erst die des erwählten Fachs auf solche bauen, ohne jene zu vernachlässigen, vielmehr die, die ihnen als Hülfsmittel besonders dienen könnten, immer im Allgemeinen mit fortstudiren.

5) Bei der Anstellung der Richter und bei der Aufsicht auf sie ist es gewiß wichtig, außer der Fähigkeit auf die Erhaltung ihrer Würde Rücksicht zu nehmen. Der unbärtige Jüngling sollte nicht Richter sein.

6) Ferner sollte die Abschaffung fehlerhafter und schlechter Gerichtspersonen nicht erschwert, sondern durch weise Gesetze vielmehr befördert werden. Das Ehrengericht könnte auch hiebei wirksam sein. Daß es nicht fiskalisiren solle, müßte aber bestimmt werden.

7) Die Abschaffung der Patrimonial-Gerichtsverwaltungen, besonders in Kriminalfällen, würde ich ebenfalls für sehr nützlich halten; nur muß der Gutsbesitzer die Mittel behalten, seine Bauern, Arbeiter und Gesinde ohne Weitläuftigkeit und Kosten zur Erfüllung ihrer Pflichten anzuhalten, und so wenig jenen das Gehör und das Recht versagt werden darf, so wenig darf der Gutsherr von der Willkür des vielleicht entfernten Richters hierunter abhängig gemacht werden.

IX. Geschäftspflege.

Einleuchtend ist die Wichtigkeit einer recht zweckmäßigen Organisation der leitenden und verwaltenden Behörden. Sie muß so einfach als möglich die Berathung durch einsichtsvolle, vollständig unterrichtete Männer anordnen, aber dafür sorgen, daß sie nicht durch Weitläufigkeit, Unwissenheit, Mangel an Zusammenhang und Egoisterei erschwert werde; die Ausführung Wenigen, wo immer möglich Einzelnen anvertrauen, die ungestört mit der nöthigen Macht und Responsabilität und mit vollkommener Kenntniß des Gegenstandes wirken können. Von der höch-

die für eine Nation von Betrügern und Verbrechern verordnet zu sein scheinen, den Charakter verderben und den Werth und das Gefühl von Treue und Glauben herabsetzen, indem sie eine große Erschwerung der Gewerbe und des Verkehrs sind. Wo die Instanzen vermindert werden können, wird solches allerdings die Prozesse abkürzen, Kosten ersparen und von Nutzen sein, wenn dagegen auf die Urtheilssprüche der Richter ein desto größeres Vertrauen gesetzt werden kann.

3) Das Sportelwesen muß vor allen Dingen einer gänzlichen Reform unterworfen werden; denn der Vorwurf, den man unsrer Justiz macht, daß sie mehr als irgend eine andere kostbar sei und sportulire, ist nur zu gegründet. Es wäre zu wünschen, daß die Justiz ganz unentgeltlich verwaltet würde. Man führt verschiedene Gründe dagegen an, sie scheinen mir aber nicht von Gewicht zu sein. Es würden sich z. B. wohl andere Mittel finden lassen, den Fleiß der Justizbeamten zu befördern und der Prozeßsucht zu steuern. Der Staat muß aufbringen, was die Verwaltung der Justiz kostet. Mir scheint ebenso wenig Härte darin zu liegen, daß Jedermann für den Schutz zahle, den ihm die Gesetze im Fall eines Rechtsstreites gewähren, als für den des Militärs im Fall eines Krieges. Sollte man die Gründe für die Beibehaltung von Sporteln überwiegend finden, so verwalte sie wenigstens der Justizbeamte nicht, so mögen sie nicht der Justiz allein zu Gute kommen, sondern dem Staate überhaupt berechnet werden, der die Justizbeamten gehörig besolden muß.

4) Die Sorge für die Bildung tüchtiger Juristen ist allerdings von großer Wichtigkeit. Für die als Jurist hat der preußische Staat Anordnungen gemacht, die große Vorzüge vor denen anderer Staaten haben; indeß hat man dabei auch zu sehr auf Form und zu wenig auf Wissenschaft gesehen. Der Jurist, sowie der Staatsmann, der Kameralist, der Geistliche, der Soldat sollten in Absicht auf die Grundlage all-

gemeiner Kenntnisse und besonderer von ihrem Vaterlande zuerst einerlei Bildung haben und dann erst die des erwählten Fachs auf solche bauen, ohne jene zu vernachlässigen, vielmehr die, die ihnen als Hülfsmittel besonders dienen könnten, immer im Allgemeinen mit fortstudiren.

5) Bei der Anstellung der Richter und bei der Aufsicht auf sie ist es gewiß wichtig, außer der Fähigkeit auf die Erhaltung ihrer Würde Rücksicht zu nehmen. Der unbärtige Jüngling sollte nicht Richter sein.

6) Ferner sollte die Abschaffung fehlerhafter und schlechter Gerichtspersonen nicht erschwert, sondern durch weise Gesetze vielmehr befördert werden. Das Ehrengericht könnte auch hiebei wirksam sein. Daß es nicht fiskalisiren solle, müßte aber bestimmt werden.

7) Die Abschaffung der Patrimonial-Gerichtsverwaltungen, besonders in Kriminalfällen, würde ich ebenfalls für sehr nützlich halten; nur muß der Gutsbesitzer die Mittel behalten, seine Bauern, Arbeiter und Gesinde ohne Weitläuftigkeit und Kosten zur Erfüllung ihrer Pflichten anzuhalten, und so wenig jenen das Gehör und das Recht versagt werden darf, so wenig darf der Gutsherr von der Willkür des vielleicht entfernten Richters hierunter abhängig gemacht werden.

IX. Geschäftspflege.

Einleuchtend ist die Wichtigkeit einer recht zweckmäßigen Organisation der leitenden und verwaltenden Behörden. Sie muß so einfach als möglich die Berathung durch einsichtsvolle, vollständig unterrichtete Männer anordnen, aber dafür sorgen, daß sie nicht durch Weitläufigkeit, Unwissenheit, Mangel an Zusammenhang und Egoisterei erschwert werde; die Ausführung Wenigen, wo immer möglich Einzelnen anvertrauen, die ungestört mit der nöthigen Macht und Responsabilität und mit vollkommener Kenntniß des Gegenstandes wirken können. Von der höch-

6) Auflagen oder gezwungene Anleihe.
7) Freiwillige Anleihe im Inlande und im Auslande.

c. Einige Bemerkungen.

Der Betrag der noch an Frankreich zu zahlenden Contributionen ist uns nicht bekannt, und bei den höchst schwankenden Stipulationen des Friedens über diesen Gegenstand ist er es vielleicht noch nirgends ganz genau. Die Folgen hievon sind schrecklich und geben allerlei Vorwände zur Verzögerung des Abzuges der Truppen. Alles muß angestrengt werden, um Bestimmtheit in diesen wichtigen Gegenstand zu bringen, wo sie etwa noch nicht ist, und dann, um die Verbindlichkeiten zu erfüllen und die Räumung des ganzen Landes zu bewirken, vor welcher keine kräftige Ausführung irgend eines Planes, höchstens nur Vorbereitung und einzelnes Stückwerk stattfinden kann. Sollte es nicht zu bewirken möglich sein, daß die französischen Bevollmächtigten sich mit Zins tragenden Verschreibungen, in gewissen Terminen zahlbar, begnügten, wenigstens zum Theil?

Ich kenne die Lage der Sache, die vermuthlich auch nach den Umständen an jedem Orte verschieden ist, nicht genau genug, um bestimmte Gedanken zu äußern; nur die Frage scheint mir noch wichtig: Ist es billig, daß die Contributionen so von jedem Orte oder jeder Landschaft getragen werden, wie der Feind sie auflegte, oder sollte nicht vielmehr das ganze Land die ganze Last verhältnißmäßig übernehmen, auch von denen ein Beitrag hiernach geleistet werden, die wenig oder gar nichts litten, ja vielleicht gar gewannen?

Wegen der Instandsetzung alles desjenigen, was zum Militär und andern nöthigen Dingen gehört, sind, wenn die Grundsätze erst bestimmt sein werden, genaue Ueberschläge und ein zweckmäßiger Plan in Absicht auf die Art und die Zeit der Ausführung erforderlich.

Die Unterstützung der Unterthanen muß mehr in dem Wohlthätigen der neuen Staatseinrichtungen, als in der Abreichung

von baarem Gelde gesetzt werden, doch wird immer eine Summe für Geschenke in außerordentlichen Fällen an Gelde oder Naturalien bestimmt werden müssen.

Bei der Sammlung des Schatzes ist wenigstens vorerst die Summe zum Ziel zu nehmen, die ein Jahr Krieg erfordern würde, welches auch auf eine Berechnung ankommt; ferner sind die Epochen zu bestimmen, in welchen sie aufs schnellste komplettirt werden kann. Die Existenz des Staates kann hievon abhängen. Die Fürsorge, daß das in Vorrath zu haltende Geld nicht unbenutzt liege, ist unter den jetzigen Umständen unumgänglich nothwendig. Die Bank benutze also den Schatz, aber so, daß im Fall des Bedürfnisses das Geld unfehlbar da sei.

Zu den gezwungenen Anleihen würde es gehören, wenn der Staat von allen seinen Bewohnern das Silbergeräthe forderte und späterhin zahlbare Schuldverschreibungen dafür ausstellte. Ich habe gegen diese Maßregel einzuwenden, daß sie sehr unverhältnißmäßig trifft und daher immer einzelne Ungerechtigkeiten mit sich führt. Ein gezwungenes Anlehen nach dem Verhältniß des ganzen reinen Vermögens scheint mir weit zweckmäßiger, wenn es überhaupt schlechterdings unvermeidlich ist, und dabei könnte man es frei lassen, nach bestimmten Grundsätzen Silber abzuliefern, ja dazu durch gewisse Vortheile einen Reiz geben, damit das todt liegende Metall in den Umlauf komme. Die Schwierigkeiten bleiben bei der Ausmittelung des reinen Vermögens immer groß; aber es lassen sich doch Wege dazu finden, wenn man nur nicht zu sehr auf Genauigkeit sieht, darauf es im Ganzen nicht ankommt. Der eigenen Angabe kommt z. B. die Kontrole durch die Hypothekenbücher ꝛc. hinzu. Ob es räthlich sei, die Ritterpferdsabgabe zwangsweise abkaufen zu lassen, wird sich aus einer leicht aufzustellenden Berechnung des Aufkommens und der Prüfung ergeben, ob die dazu erforderlichen Gelder aufgebracht werden können.

Die Schwierigkeiten bei freiwilligen Anleihen sind in beiden Gutachten des Herrn von Altenstein und des Herrn Geheimen

Raths Niebuhr sehr richtig geschildert. Man wird indeß immer Versuche machen können nur auf eine kluge, dem Kredit nicht nachtheilige Weise. Diesem wird ein kluges, festes Benehmen, sowohl in Absicht der auswärtigen, als der inländischen Angelegenheiten, die beste Stütze geben. Bei einem Zwangsanlehen im Lande wird kein freiwilliges leicht gedeihen. Ich würde immer mit diesem erst anfangen. Auch dabei könnte Silber angenommen und die Annahme begünstigt werden, um es der Cirkulation zuzuwenden. So wird man sich beeifern, es zu geben, zumal wenn der Hof mit gutem Beispiele voran geht und das Goldservice, was nicht an Silbergeschirr unentbehrlich ist ꝛc., vermünzen läßt. Durch Verpfändung der Juwelen wird allemal ein beträchtliches Kapital auswärts zu haben sein und diese wohl ohne Anstand beschlossen werden können.

5. Schluß.

Auf eine Berechnung der Erforderniße an Geld zu den Zwecken, welche die gegenwärtige Lage erheischt, lasse ich mich hier ebenso wenig ein, als auf die der Erhöhung bei der Einnahme, der Ersparung bei der Ausgabe und des Ueberschusses, da Alles, was man hierüber sagen möchte, wie auch der Herr von Altenstein selbst angeführt hat, äußerst schwankend ist, mithin nur beispiels- und erläuterungsweise dastehen kann. Sind nur die Grundsätze erst bestimmt und die Data vorhanden, so werden sich jene Berechnungen leicht machen lassen, und werden die Grundsätze nur kräftig und konsequent verfolgt, wird von Außen ihre Ausübung nicht gewaltsam gestört, so läßt sich die Erreichung des Zweckes, auch ohne sie in Zahlen darzustellen, doch mit Zuversicht vorhersagen.

VII. Religion.

Der Herr von Altenstein hat diesen Gegenstand auf eine Art ausgeführt, die von seinen Einsichten und den schönen Gefühlen

seines Herzens zeugt und diesem Ehre macht[1]). Was er sagt, verdient mit voller Aufmerksamkeit gelesen und vom eignen Gefühl ergriffen zu werden; völlig einstimmend, setze ich mit ihm das Wesen der Religion darin, daß man das Leben als eine Stufe zu einem höhern Zustande betrachte, dessen Ahnung tief in uns gelegt ist, und in dem Streben nach dem Uebersinnlichen, welches uns zu diesem höhern Zustande führt. Nur dieses ist die wahre, reine Quelle der Pflichterfüllung, der Beruhigung, der Hoffnung, des Muthes. Hierin liegt der Glaube an das unbegreifliche Wesen, das wir Gott nennen; an Unsterblichkeit, an eine weise Leitung unsrer Schicksale nach einem großen Weltplan; hierin und in der Bedingung der geistigen Ausbildung für den künftigen Zustand, der stete Antrieb, nichts zu versäumen, was diese befördern kann. Der Mensch genieße das Sinnliche, er befördere den angenehmen Genuß desselben bei seinen Mitmenschen, aber er betrachte es nie als Zweck. Stets sei es dem Uebersinnlichen untergeordnet! Auch der Einzelne muß sich dem allgemeinen Weltplane nach seiner besten Ueberzeugung hingeben und für solchen nach seinen Kräften zu wirken, übrigens aber sich selbst und andere so glücklich als möglich zu machen suchen, und welches Glück ist vollkommener, als dasjenige, welches uns zu einem

1) Altenstein: „Der Zustand der Religiosität ist der höchste Zustand der Menschheit. Zu diesem gelangt, schätzt der Mensch diese Welt erst richtig. Er betrachtet sie mit allen ihren Genüssen und Schmerzen als eine Stufe, um einen höhern Zustand zu erhalten, von dem er die Ahnungen und den Vorgenuß schon auf dieser Welt hat, wenn er sich solchem ganz hingiebt. Recht und gut zu handeln, ist ihm nicht mehr bloß kalte, schmerzliche Pflicht oder das Werk ängstlicher Berechnung und Abwägung, den unangenehmen Folgen eines entgegengesetzten Handelns zu entgehen, es ist ihm selbst höchstes Glück. Nur so handelnd fühlt er sich glücklich und im Besitz des höheren Zustandes. Mit diesem Gefühl wird er die irdische Welt genießen und erhöhtes Glück bei diesem durch keinen inneren Widerstreit getrübten Genuß fühlen. Mit diesem männlichen Gefühl aber wird er auch den Schmerz ertragen, der ihm vorübergehend erscheint und der im Vorgenuß des Höheren aufgeht. Er wird sich selig fühlen, sein eigenes Glück mitzutheilen und zu der Verbreitung des beglückenden Zustandes beizutragen. Ueberzeugt, daß nur Pflichterfüllung dahin führt, wird er diese nach ihrem ganzen Umfange mit Wärme üben".

Höhern, zu dem Uebersinnlichen, leitet; welcher Genuß ist schöner, als der, welchen uns das Uebersinnliche gewährt oder der wenigstens mit ihm in harmonischer Beziehung steht? Religiosität und Liebe sind nahe verwandt, beide das wohlthätig erwärmende Feuer im Menschen. Ohne sie bleibt die Kraft tödtend und kalt, der Genuß thierisch und ohne Werth.

Nach welchem positiven Lehrbegriff der Mensch zu dieser Religiosität gelangt, ist nicht wesentlich. Auch die Bibel sagt: „Wer Gott fürchtet — d. i. wer immer mit Rücksicht auf Gott, auf das Uebersinnliche handelt — und Recht thut, in allerlei Volk, der ist ihm angenehm“.

Der Staat, der das große sittliche Ziel hat, das wir dem preußischen vorgesteckt haben: Veredelung der Menschheit, hat die Verpflichtung doppelt auf sich, diese Religiosität zu befördern und dadurch seine Unterthanen dem höhern Glücke zuzuführen. Dadurch wird er mächtig darauf hinwirken, daß die Tendenz allgemein und herrschend werde. Ein Kampf, geführt, um den Sieg des Guten über das Böse zu erringen, der ächten, edlen Freiheit und Religiosität über Sklaverei und heuchlerische Immoralität und raubsüchtigen Despotismus, ein solcher Kampf wäre der herzerhebendste, und guter Erfolg muß ihn krönen; der Monarch, der ihn leitet, der Wohlthäter der Menschheit, das rechte *geistige* Oberhaupt werden. Napoleon, in Egypten Mahomedaner und jetzt katholischer Christ, geht davon aus, die Religion als Mittel zu benutzen, den Pöbel im Zaume zu halten und seine Macht zu sichern und zu erhöhen. Viele seiner Schritte deuten dahin, daß er die Absicht hat, sich auch als *geistliches* Oberhaupt aufzustellen, um als *weltliches* desto unumschränkter zu herrschen.

Daß der gegenwärtige Zeitpunkt den preußischen Staat vorzüglich auffordert, die Religiosität zu heben, ist unwidersprechlich und die Mittel dazu scheinen allerdings folgende:

1) Er beweise hohe Achtung dafür, öffentlich und fortdauernd. Ein zweckmäßig angeordnetes Fest durch den ganzen Staat, wenn er vom Feinde befreit und der König in Seine Re-

sidenz zurückgekehrt sein wird — nicht der Freude — aber der rechten Würdigung unsers Zustandes und unsrer Pflichten gewidmet, feiere den Antritt der neuen Epoche und werde durch eine angemessene Publikation verfügt, die dem Ausdruck jener Achtung vorzüglich mit gewidmet sei.

2) Bürgerliche Ordnung und Moralität ehre der Staat allenthalben und halte sie aufrecht.

3) Der Freiheit in Vortrag und Lehre, in Untersuchungen über die Religion, werde nichts in den Weg gelegt — die Wahrheit wird oben bleiben.

4) Anstalten, die die Einzelnen nicht treffen können, unterstütze oder treffe der Staat mit Liberalität.

5) Er gebe dem geistlichen Stande die gehörige Würde durch die erforderliche Bildung, die Abschaffung von Gebühren für geistliche Verrichtungen, die ihn schänden, durch Strenge gegen Unwürdige und Sittenlose und Sorgfalt bei Besetzung der Stellen. Er wirke dahin, daß junge Leute aus den höhern Ständen sich auch dem geistlichen widmen.

6) Er sorge dafür, daß der Geistliche mit seiner Familie sein Auskommen habe, und wo die Gemeinden es nicht vermögen, es ihm zu schaffen, da trete er zu.

7) Der Religionsunterricht in den Schulen werde der Haupttendenz gemäß eingerichtet, dem Kinde früh die Beziehung auf Gott und das Uebersinnliche und lebhaftes Gefühl für solches eingeprägt. Dem Geistlichen werde die Sorge dafür vorzüglich zur Pflicht gemacht.

8) Der Staat übe Toleranz, er mische sich nicht in die Sache des Gewissens und dulde jeden Gottesdienst, der nicht öffentliches Aergerniß giebt und der andere stört, verfolge keine Religionssekte, sobald sie nicht der bürgerlichen Ordnung widerstrebt. Daß er eine Religionspartei, die er für die zweckmäßigste hält, vorzüglich seiner Fürsorge theilhaftig macht und sie in diesem Sinne als herrschende Kirche behan-

delt, dawider ist nichts. — Im Preußischen gehören beide protestantische hieher.

9) Bei der religiösen Verehrung werde die Sinnlichkeit des Menschen nicht vergessen. Man achtet nicht genug hierauf. Wie sehr hebt z. B. ein schöner, wohl ausgeführter Choral das Gefühl. Das Aeußere ist nicht das Eigentliche, aber es ist ein wesentliches Hülfsmittel.

10) Jede Störung der öffentlichen Gottesverehrungen, jeder Beweis von Nichtachtung werde untersagt und entfernt. So unrecht es wäre, den Sonntag in träger Unthätigkeit hinzubringen, wenn man durch Thätigkeit nützen kann, so unrecht z. E. dem Landmann zu verbieten, nach dem Gottesdienst das Korn einzufahren, das Gefahr läuft, im Regen zu verderben, so viel mehr unrecht ist es, während des Gottesdienstes offen Gewerbe zu treiben, die Spiel- und Kaffeehäuser zu öffnen und Truppen zu exerciren.

VIII. Justizwesen.

Der Staat muß das Ganze seiner Verwaltung mit gleicher Aufmerksamkeit umfassen und auf jeden Theil, ohne Vorliebe, die Fürsorge wenden, die er erfordert. Wenn das Justizwesen hierunter im preußischen Staate begünstigt wurde, so mag wohl eine Hauptursache darin mit gelegen haben, daß die Kameralisten den stolzen Wahn hatten, auf der höchsten Stufe der Vollkommenheit zu stehen. Gesetzgebung und Rechtspflege sind allerdings sehr verschieden. Zur ersten gehört eine vollkommene, auf Wissenschaft und Bekanntschaft mit den Gegenständen gegründete Kenntniß, die der bloße Jurist nicht besitzt. Sieht der Staat die Sache richtig und aus dem rechten Standpunkte an, so wird er die Gesetzgebung nur Männern anvertrauen, die sich durch ihre Bildung ganz dazu eignen. Dem Juristen gebührt hiebei gar kein Vorrecht; hat er sich aber die erforderliche Qualifikation erworben, wozu der Mann von Kopf, wenn er sich die Grundwissenschaften

früher erworben hat und fortstudirt, auch bei der Rechtspflege sehr gute Gelegenheit hat, so wird er dabei vorzüglich mit gebraucht werden können; den Juristen als solchen das Uebergewicht bei der Gesetzgebung zuzueignen, sowie die Leitung und Direktion derselben ihnen ausschließlich anzuvertrauen, wird immer eine sehr nachtheilige Einseitigkeit zur Folge haben, wie sich in mehreren Fällen, als z. B. bei der von dem Herrn von Altenstein angeführten Aufhebung der Erbunterthänigkeit, bei den Gesetzen über Gemeinheitstheilungen 2c., gezeigt hat. Das Gute der bisherigen preußischen Justizverfassung, der Vorzug, ein verständliches Gesetzbuch in der Sprache der Nation zu haben, macht es doppelt wünschenswerth, daß die an sich nothwendige Verbesserung der Mängel derselben nicht vernachlässigt werde. Die Tendenz, die wir dem Staate anweisen, erfordert sie durchaus. Daß die völlige Unabhängigkeit der Justiz von allem Einfluß befestigt und erhalten, daß Rechtlichkeit und Unbestechlichkeit stets befördert und das Gegentheil mit Schande und Strafe ernstlich gerügt werde, versteht sich von selbst. Man könnte, wie ich oben bei dem Militär vorgeschlagen habe, auch über die Justizbedienten, sowie über jeden Staatsbeamten dem Ehrengerichte das Recht der Untersuchung und des Ausspruchs in Fällen der entehrenden Pflichtwidrigkeit, die bei solchem zur Anzeige gebracht würden, zueignen.

Uebrigens möchten folgende Maßregeln nöthig sein:

1) Die Trennung der Gesetzgebung von der Justiz, welche dazu mitwirkte, wie andere Zweige der Verwaltung, und die baldigste Ernennung einer zweckmäßigen Behörde, damit die Verordnungen, die die Reorganisation erfordert, dem Vorurtheile nicht als willkürlich oder nicht hinreichend vorbereitet erscheinen.

2) Eine einsichtsvolle und parteilose Revision des allgemeinen Landrechts und der Gerichtsordnung. Sie wird ohnehin unumgänglich, wenn die in Absicht auf die Grundverfassung gethanen Vorschläge angenommen werden. Hiebei sehe man insonderheit auf die Abschaffung der vielen Förmlichkeiten,

die für eine Nation von Betrügern und Verbrechern verordnet zu sein scheinen, den Charakter verderben und den Werth und das Gefühl von Treue und Glauben herabsetzen, indem sie eine große Erschwerung der Gewerbe und des Verkehrs sind. Wo die Instanzen vermindert werden können, wird solches allerdings die Prozesse abkürzen, Kosten ersparen und von Nutzen sein, wenn dagegen auf die Urtheilssprüche der Richter ein desto größeres Vertrauen gesetzt werden kann.

3) Das Sportelwesen muß vor allen Dingen einer gänzlichen Reform unterworfen werden; denn der Vorwurf, den man unsrer Justiz macht, daß sie mehr als irgend eine andere kostbar sei und sportulire, ist nur zu gegründet. Es wäre zu wünschen, daß die Justiz ganz unentgeltlich verwaltet würde. Man führt verschiedene Gründe dagegen an, sie scheinen mir aber nicht von Gewicht zu sein. Es würden sich z. B. wohl andere Mittel finden lassen, den Fleiß der Justizbeamten zu befördern und der Prozeßsucht zu steuern. Der Staat muß aufbringen, was die Verwaltung der Justiz kostet. Mir scheint ebenso wenig Härte darin zu liegen, daß Jedermann für den Schutz zahle, den ihm die Gesetze im Fall eines Rechtsstreites gewähren, als für den des Militärs im Fall eines Krieges. Sollte man die Gründe für die Beibehaltung von Sporteln überwiegend finden, so verwalte sie wenigstens der Justizbeamte nicht, so mögen sie nicht der Justiz allein zu Gute kommen, sondern dem Staate überhaupt berechnet werden, der die Justizbeamten gehörig besolden muß.

4) Die Sorge für die Bildung tüchtiger Juristen ist allerdings von großer Wichtigkeit. Für die als Jurist hat der preußische Staat Anordnungen gemacht, die große Vorzüge vor denen anderer Staaten haben; indeß hat man dabei auch zu sehr auf Form und zu wenig auf Wissenschaft gesehen. Der Jurist, sowie der Staatsmann, der Kameralist, der Geistliche, der Soldat sollten in Absicht auf die Grundlage all-

gemeiner Kenntnisse und besonderer von ihrem Vaterlande zuerst einerlei Bildung haben und dann erst die des erwählten Fachs auf solche bauen, ohne jene zu vernachlässigen, vielmehr die, die ihnen als Hülfsmittel besonders dienen könnten, immer im Allgemeinen mit fortstudiren.

5) Bei der Anstellung der Richter und bei der Aufsicht auf sie ist es gewiß wichtig, außer der Fähigkeit auf die Erhaltung ihrer Würde Rücksicht zu nehmen. Der unbärtige Jüngling sollte nicht Richter sein.

6) Ferner sollte die Abschaffung fehlerhafter und schlechter Gerichtspersonen nicht erschwert, sondern durch weise Gesetze vielmehr befördert werden. Das Ehrengericht könnte auch hiebei wirksam sein. Daß es nicht fiskalisiren solle, müßte aber bestimmt werden.

7) Die Abschaffung der Patrimonial-Gerichtsverwaltungen, besonders in Kriminalfällen, würde ich ebenfalls für sehr nützlich halten; nur muß der Gutsbesitzer die Mittel behalten, seine Bauern, Arbeiter und Gesinde ohne Weitläuftigkeit und Kosten zur Erfüllung ihrer Pflichten anzuhalten, und so wenig jenen das Gehör und das Recht versagt werden darf, so wenig darf der Gutsherr von der Willkür des vielleicht entfernten Richters hierunter abhängig gemacht werden.

IX. Geschäftspflege.

Einleuchtend ist die Wichtigkeit einer recht zweckmäßigen Organisation der leitenden und verwaltenden Behörden. Sie muß so einfach als möglich die Berathung durch einsichtsvolle, vollständig unterrichtete Männer anordnen, aber dafür sorgen, daß sie nicht durch Weitläufigkeit, Unwissenheit, Mangel an Zusammenhang und Egoisterei erschwert werde; die Ausführung Wenigen, wo immer möglich Einzelnen anvertrauen, die ungestört mit der nöthigen Macht und Responsabilität und mit vollkommener Kenntniß des Gegenstandes wirken können. Von der höch-

sten Stelle bis zu der untersten, muß alles stufenweise in einander greifen, so daß allenthalben und ununterbrochen mit der zum Zweck erforderlichen und bei der ersten, mit einer das Ganze zusammenfassenden Uebersicht und Autorität, mit voller Kraft und Konsequenz, es sei leitend oder selbst handelnd, zu einem Ziele hin gestrebt werde [1]).

Die Vorschläge, welche der Herr Geheime Finanzrath von Altenstein wegen der Anordnung der Behörden macht, haben meine vollkommenste Zustimmung. Wir haben diese Gegenstände sehr oft mit einander erwogen und ich würde nur abschreiben, wenn ich meine Ideen hier hersetzen wollte. Ich verweise also blos auf den Aufsatz des Herrn von Altenstein und füge nur einige Bemerkungen hinzu.

Die Frage: ob der König für seine Berathung und zur Leitung als oberste Behörde, einen ersten Minister oder ein Konseil anstellen solle, entscheidet sich nach meiner Ueberzeugung, in der gegenwärtigen Lage des Staates, wo es so sehr auf Einheit und Kraft ankommt, damit die Wiederherstellung ohne die Hindernisse, welche Verschiedenheit und Beschränktheit der Ansichten oder Handwerksneid in den Weg legen, schnell erfolge, ganz für einen Minister, der auf das Ganze wirke [2]). Zugleich sind aber

1) Der Grundsatz Altensteins war: „Die Staatsverwaltung bestrebt nicht sowohl in einzelnen Theilen in den Rädern einer Maschine, als in dem Gesetz und der Kraft, welche die mit innerem Leben erfüllten Theile erfassen und zu gleichmäßiger Bewegung und Kraftäußerung veranlassen".

2) Altensteins Vorschlag war: „nur Einen Minister an die Spitze der ganzen Administration zu setzen. Er muß stets das Ganze übersehen können und in solches auf allen Punkten theils direct, theils indirect kräftig einwirken. Ist er auch nicht der einzige Minister, so muß doch sein Verhältniß zu den übrigen Ministern und Behörden so bestimmt werden, daß vorstehender Zweck vollkommen erfüllt wird, und er mit Recht Premier-Minister genannt werden kann. Dieses wird sodann auch die schicklichste Benennung für ihn sein. — Zu wünschen wäre, daß der Premier-Minister durchaus alle Administrationszweige auf gleiche Art in sich vereinige und für alle gleichmäßig das Band zwischen dem König und der Administration sein könne. Es würde hiezu führen, wenn er für jeden Administrationszweig und für den Zusammenhang des Ganzen einen Rath hätte, welcher die ganze Leitung der Partie mit voller

für einige Fächer, für das Militär, die auswärtigen Geschäfte, das Justizwesen, die Religion und den öffentlichen Unterricht auch Minister anzustellen, deren Wirksamkeit und Verantwortlichkeit sich blos auf ihre Fächer erstrecke. Daß diese Anstellung in Absicht die beiden ersten Gegenstände nothwendig sei, hat Herr von Altenstein auseinandergesetzt [1]), bei den beiden letzten es nicht für so nöthig gehalten. Ich glaube aber, daß es der Opinion und des Wohlstandes wegen gut wäre, und daß der Wirkungskreis übrigens doch in der Hauptsache so bleiben könne, als er angegeben ist. Findet man in der Folge die Einrichtung eines Staatsraths aus mehreren Ministern mit gleichen Befugnissen besser, so läßt sie sich ohne Störung der Maschine bald bewirken.

Die Verhältnisse der verschiedenen Behörden unter sich und ihre Obliegenheiten und Befugnisse sind vom Herrn von Altenstein sehr richtig angegeben: der König steht auf dem Central-

Autorität und Repräsentation führte, der behufs des Vortrags bei dem König ihn mit seinem Rath unterstützte, und von ihm dagegen alle Befehle zur Führung der Partie nach dem ausdrücklich oder im allgemeinen von dem König erklärten Willen erhielt, deren Befolgung der Minister controlirte".

1) Altenstein: „Eine Ausnahme scheint bei folgenden Partien nöthig:

a) bei der Militärpartie. Ich bin weit entfernt, einen gewissen Zunftgeist bei solcher anerkennen und billigen zu wollen. Sie erfordert aber wirklich einen ganz eigenen Geist und sehr weit umfassende, mit andern staatswirthschaftlichen Zweigen nur wenig im Zusammenhang stehende Kenntnisse. Es ist schwer, daß ein in anderen Geschäften gebildeter Staatsmann solche besitze, zumal da die Theorie hiezu nicht ausreicht, wenn gleich die Erfahrung zeigt, daß Ausnahmen sehr wohl möglich sind. In dem ganzen Militärwesen liegt schon, daß der Stand nur durch ein Mitglied desselben mit dem Könige zusammenhänge. Die ganze Geschäftspflege ist mit sehr viel persönlicher Repräsentation, die sich auf keinen andern übertragen läßt, verbunden. Dieses alles macht die Ernennung eines eigenen Militär- oder Kriegsministers räthlich und giebt die Bestimmung seines Verhältnisses.

b) Die ersten Rücksichen treten, zwar vielleicht in minderem Grade, aber doch auch zum Theil bei den auswärtigen Verhältnissen ein. Die Führung der Geschäfte erfordert eine volle Repräsentation und die Ueberzeugung, daß der, welcher diesen Geschäften vorsteht, möglichst unabhängig sei. Beide Rücksichten machen die Ernennung eines auswärtigen Ministers räthlich und geben ein Verhältniß an die Hand".

punkte, die Mittel werden ihm erleichtert, Alles stets im Ganzen zu übersehen und auf hinreichende Kenntniß seine Entschließungen zu gründen: der erste Minister, sein Hauptorgan zur Ausführung seiner Befehle, erhält die nöthige Macht dazu, mit der vollständigsten Uebersicht und mit der nöthigen Hülfe durch die Geheimen Staatsräthe, aber der König wird in Stand gesetzt, durch die Vorträge derselben und der anderen Minister, den Premierminister[1]) selbst zu kontroliren und auch andere Meinungen als die desselben zu hören und zu erwägen. Dieser hat die Responsabilität für Staatsverwaltung nach den Befehlen des Königs, aber er ist dabei noch weiter gesichert durch die Mitwirkung der anderen Minister und der Geheimen Staatsräthe, sowie dadurch, daß sie als Chefs der ihnen besonders anvertrauten Parthien die vollste Responsabilität für solche ihrerseits auf sich haben und um desto leichter auf sich nehmen können, da sie den Vorträgen über solche bei dem König beiwohnen. Zusammenhang wird dadurch bewirkt und Einseitigkeit vermieden, daß der erste Minister alle Geschäftszweige, so weit es nöthig ist, leitet und unter den Geheimen Staatsräthen die erforderlichen gemeinschaftlichen Versammlungen gehalten werden, daß diesen ein oder mehrere Mitglieder beiwohnen, denen kein besonderer Geschäftszweig anvertraut ist, sowie die Repräsentanten, deren Zahl ich immer auf drei bestimmen würde. Die Stelle des mit keinem eigenen Geschäfte beauftragten Geheimen Staatsraths durch einen der Repräsentanten vertreten zu lassen, scheint mir nicht räthlich, weil dazu vorzüglich ausgebildete Kenntniß und Erfahrung gehört und die Repräsentanten überdem wechseln sollen. Für technische Behörden zur Berathung und für das Fortschreiten der neu zu gebenden Gesetze und für die Prüfung der angehenden Staatsdiener ist gesorgt. Die Oberpräsidenten oder Civilgouverneurs, eine Benennung, die dem

1) Anmerkung Hardenbergs. Sollte man bei der Benennung Premier-Minister irgend ein Bedenken haben, so würde der Name Staats-Kanzler mir sehr zweckmäßig scheinen, wogegen der Justiz-Minister nicht wieder den Titel Groß-Kanzler führen würde.

ihnen zugedachten Wirkungskreise allerdings angemessen scheint, werden das Band zwischen den eigentlichen verwaltenden Behörden und die Kontrole der Ausführung; in gewissen Fällen, wo vorzügliche Schnelligkeit und Einheit erforderlich ist, selbst Werkzeuge der Ausführung. Die Verwaltungskammern erhalten einen ausgedehnteren Wirkungskreis, indem alles, was nicht eigentlich militärisch, oder zur Justiz gehörig ist, ihrer Fürsorge anvertraut wird; die Hindernisse werden weggeschafft, die in dem Schwerfälligen des Kollegialganges liegen; die Verbindung mit der Nation wird durch die Repräsentanten besser bewirkt, das öffentliche Zutrauen und die Opinion werden mehr gewonnen und dadurch wird jedes Geschäft erleichtert. Die Unterbehörden werden einfach dem Zweck gemäß angeordnet und auch mit dem Volke in nähere Beziehung gebracht.

Folgende Bemerkungen scheinen mir noch eine Erörterung zu verdienen:

Die Idee, für Berlin einen besonderen Oberpräsidenten oder Civilgouverneur zu bestellen, finde ich sehr richtig. Das Interesse dieser großen Hauptstadt ist ganz verschieden von dem der Provinz und erfordert besondere Administrationsgrundsätze und besondere Fürsorge. Aus der Idee scheint mir schon zu folgen, daß auch die Provinzialkammer mit der Verwaltung der Stadt auf keine Weise etwas zu thun habe, sondern, daß dafür eine eigene Behörde existire. Die Folgen dieser Anordnungen werden sich bald sehr heilsam äußern. So bedarf Berlin allerdings Magazinanstalten verschiedener Art, an Getreide, Holz, Kohlen. Diejenigen, denen die Verwaltung besonders anvertraut wird, müssen dafür sorgen; dann wird das Geschrei gegen die Freiheit des Handels mit diesen Gegenständen, besonders mit Getreide, aufhören und der Staat wird in Absicht auf solche, sorgt er nur auch für die nöthigen Vorräthe behufs des Militärs, desto sicherer vor dem Vorurtheile, welches er bisher schonte, die richtigen Grundsätze befolgen können. Die Frage wird zu erwägen sein, ob Potsdam der Administration von Berlin, oder der der Provinz zuzutheilen

sei? Ich glaube das erste. Es ist die Sache der höchsten Behörde, darauf zu sehen, daß das Interesse beider Verwaltungsgegenstände, der Residenzen und der Provinz mit dem des Ganzen harmonire und da, wo sie in Kollision gerathen, die Richtschnur zu geben.

Eine richtigere Benennung der Behörden und der Staatsbeamten scheint mir nicht unwichtig zu sein. Die Kriegs- und Domänenkammern würde ich Administrations- oder Verwaltungskammern, die Justizkollegien Obergericht, oder Justizkammer, statt Regierungen nennen und das bis ins Lächerliche vom Kriege hergenommene Prädicat, überhaupt nur den Behörden und Staatsbeamten vorbehalten, die mit den Kriegssachen eigentlich zu thun haben. Die Kriegsräthe mit den friedlichen Beschäftigungen, die Regierungsräthe, die nicht regieren und die Legationsräthe, die nicht zu Gesandtschaften gebraucht werden, würde ich umwandeln in Hofräthe bei dem auswärtigen Departement, in Justizräthe bei den Obergerichten, in Kammerräthe bei den Kammern, in Kanzleiräthe zur Auszeichnung bei den Subalternen.

Der Vorzug durch das Wort Geheim könnte bei Staatsdienern bleiben, deren Geschäfte Geheimniß erfordern können oder zulassen, bei andern aber setze man das Ober an die Stelle, als z. B. Oberjustizrath, statt Geheimer Justizrath, Oberkriegsrath, statt Geheimer Kriegsrath. Das Prädikat Geheim sollte überhaupt weit seltener gegeben werden und nie an den Geheimen Oberhoftrompeter erinnern. Eine angemessene Rangordnung müßte die Verhältnisse bestimmen.

Der Herr von Altenstein bestimmt die Zahl der den Kammern beizugebenden Repräsentanten nicht und macht sie von den besonderen Umständen abhängig. Ich habe oben vorgeschlagen, sie der Zahl der vom König angestellten Räthe gleich zu machen, finde aber den Antrag des Herrn von Altenstein richtiger. Er will ihnen einen höheren Rang als den Räthen geben und dieses

kann allerdings nöthig sein, da sie ohne Sold dienen sollen. Er eignet ihnen nur eine Konsultativstimme, statt der entscheidenden zu, er will sie nur den Sitzungen des Plenum beiwohnen lassen. Ich bestimmte ihnen aber gleiche Rechte mit den Räthen. Die Einrichtung, wonach specielle Gegenstände von Einzelnen bearbeitet werden sollen, hat meinen ganzen Beifall und die Beiziehung der Repräsentanten möchte dabei nicht thunlich sein; ob sie aber bei dem versammelten Kollegium nicht eine Decisivstimme führen müßten, stelle ich einer weiteren Prüfung anheim. Herr von Altenstein will ihnen das Recht beilegen, die Ausführung des gefaßten Entschlusses zu suspendiren, bis die vorgesetzte Behörde entscheidet, welches doch immer in Fällen, wo Gefahr auf dem Verzuge wäre, nicht anwendbar sein würde.

Ob es nun räthlich sei, die Kreisbehörden blos aus Gewählten von den Kommunitäten bestehen und sie umsonst dienen zu lassen, darüber bin ich sehr zweifelhaft. Mir scheint es besser, einen besoldeten ganz qualificirten und vom Staat bleibend angestellten Kreisvorsteher zu haben, bei dessen Anstellung der Stand nicht in Betracht käme, bei dem aber zwei gewählte Repräsentanten ohne Sold, mit Konsultativstimmen und dem Rechte: Verfügungen, die ihnen nicht zweckmäßig schienen, bis zur Entscheidung der oberen Behörde aufzuhalten, angestellt würden.

Die Idee, die Kreisvorsteher und unteren Polizeibeamten mit der Volksbewaffnung in Verbindung zu setzen, habe ich für Franken selbst gehabt und finde sie noch sehr zweckmäßig, wenn eine nicht freiwillige Errichtung von Bürger- und Bauerncorps vorgenommen werden muß. Dann ist der Kreisvorsteher der beste Chef und die Polizeibeamten geben die besten Officiere ab; kommt aber die weit nützlichere und höher stehende Einrichtung mit freiwilligen Korps zu Stande, so ist die Verbindung mit den Kreis- und Polizeibehörden nicht damit vereinbarlich, doch kann das dazu gehörende Personal mit gewählt werden.

Daß die Invalidität der Militärpersonen kein Titel zur

Versorgung im Civil sein müsse, sondern blos die Qualifikation, damit bin ich vollkommen einverstanden, eben so damit, daß die Polizei, so wenig als die Justiz, von den Domänenbeamten zu versehen sei.

Die Instruktionen zweckmäßiger, als bisher und nicht blos formell, sondern über den Gegenstand der Dienstführung selbst und nach dem angenommenen Staatssystem abzufassen, ist allerdings eine nothwendige Sorge; dieses System und die Grundsätze, auf welchen es beruht, bedarf ferner einer allgemeinen und deutlichen Bekanntmachung durch Verordnungen: daß die Verwandlung des pedantischen veralteten Geschäftsstyls in den gebildeteren des Zeitalters, ohne Rücksicht auf die unerheblichen Einwendungen dagegen, geschehen könne, darüber habe ich mich bei mehreren Gelegenheiten geäußert und es ist längst die Absicht des Königs gewesen, die ich im Begriff war auszuführen. Jener alte Kurialstyl ist nur der Nimbus, mit dem sich unwissender Stolz verhüllt. Die viele unnütze Schreiberei abzuschaffen, muß ein Hauptgegenstand der Einrichtung eines besseren Geschäftsganges sein. Durch die gemachten Vorschläge wird solches bewirkt werden.

Bei dem, was der Herr von Altenstein über die Besoldungen und ihre zweckmäßige Bestimmung über einen festen hinreichenden Besoldungsetat und solchenfalls über ein Verbot der Gesuche um Zulagen, über Belobungen, Geschenke, Titel, Orden und Pensionen und die Verpflichtung des Staates, diese nach gewissen Verhältnissen zureichend zu geben und den Nachtheil einer zweckwidrigen und zumal ungleichen Ersparung bei diesem Artikel, ferner über Bildungsanstalten, Bestrafungen, Dienstentsetzung, nur durch Urtheil und Recht — wenn nur die gesetzlichen Vorschriften und die Form richtig bestimmt werden — [1]) endlich

1) Anmerkung von Hardenberg: „Wird der Vorschlag wegen des Ehrengerichts angenommen, so vertritt dieses hiebei die Stelle der Justiz-Collegien“.

über Urlaub für jeden, nach festen Grundsätzen, sagt, finde ich nichts, womit meine Ueberzeugung nicht vollkommen übereinstimmte.

Schluß und Nachtrag wegen der auswärtigen Verhältnisse.

Die Ausführung der in diesem Aufsatze und in denen der Herren von Altenstein und Niebuhr enthaltenen Vorschläge hängt zwar größtentheils davon ab, daß für den Staat ein Zustand der Ruhe eintrete und daß er von den fremden Truppen befreit werde. Bleiben diese, besteht noch immer Unsicherheit oder entsteht sogar durch den nur erst bei der Beendigung dieser Abhandlung bekannt gewordenen geheimen Separatartikel des Friedens, wodurch Preußen sich verbindlich gemacht hat, mit Frankreich gemeine Sache gegen England zu machen, wenn am 1. December dieses Jahres nicht zwischen diesen beiden Mächten Frieden gemacht und dabei nicht die Seerechte nach Frankreichs Absicht bestimmt sind, ein neuer Krieg; so wird der Gang der Wiederherstellung und Verbesserung allerdings sehr gelähmt werden. Manches wird ausgesetzt werden, außerordentliche Maßregeln und Anstrengungen werden hinzukommen müssen, dennoch das vorgesteckte Ziel sein, das so viel und sobald als möglich zu erreichen ist. Kein ergriffenes System ist vermögend, den Staat vor künftigen Gefahren und Hindernissen von Außen ganz zu schützen, aber man habe nur das erwählte Ziel unverrückt vor Augen und hüte sich, ohne Zusammenhang und Plan zu handeln.

Der Herr von Altenstein bestimmt sehr richtig, was unter allen Umständen gleich geschehen kann. Die feste Bestimmung, Annahme und Bekanntmachung der Hauptgrundsätze, auf die das System beruht; insbesondere:

1) Möglichste Aufhebung des Unterschiedes der Stände auch in Rücksicht auf die bessere militärische Einrichtung.
2) Die vorgeschlagenen Maßregeln und Verordnungen wegen der Freiheit der Unterthanen und des Erwerbes.

3) Die dringende Organisation des Militärwesens, neue Konskriptionseinrichtung ꝛc.
4) Gewerbefreiheit und Sicherheitsanstalten im Innern.
5) Die nöthigen Uebersichten im ganzen Finanzfache, das Schuldenwesen, die Aufsuchung außerordentlicher Geldquellen.
6) Die Organisation der obersten Behörde, die Verordnungen und Bekanntmachungen wegen allgemeiner Grundsätze, Festsetzung von Prinzipien über die Besoldungen, Pensionen.

Der obengedachte geheime Artikel erfordert den Nachtrag einiger Bemerkungen in Absicht auf die auswärtigen Verhältnisse. Er ist schrecklich! — Wir haben also keinen Frieden, sondern nach einer kurzen Frist, während welcher der übermüthige Sieger fortfährt uns die Lasten des Krieges drückend fühlen zu lassen und uns unsere letzten Ressourcen nimmt, einen neuen Krieg, gezwungen gegen einen freundschaftlichen Staat und gegen unser größtes Interesse, zu unserm empfindlichsten Nachtheile, verhindernd jedes Wiederaufblühen unseres Handels, unserer Gewerbe, unseres Wohlstandes. Wenn England uns auch nach der abgenöthigten Sperrung der Häfen schonen will, wird es, kann es das, wenn wir ihm Krieg erklären müssen? Das glücklichste Ereigniß für Preußen, für ganz Europa, wäre jetzt ein Frieden zwischen Frankreich und England, wäre es auch kein dauerhafter, nur ein Stillstand.

Worin soll die gemeine Sache, die wir mit Frankreich gegen England machen sollen, bestehen? Mit der Hafensperrung wird man sich nicht begnügen. Wird man die Konfiscation aller englischer Waaren, die Vertreibung oder Arretirung aller Engländer, Hülfstruppen nach Dänemark, Gibraltar, Portugal oder Egypten, Geldzuschüsse, Ausrüstung von Transportschiffen ꝛc. verlangen? Eine Konvention soll dieses bestimmen. Welche Vortheile wird man uns zusichern? Gewiß nicht große, wesentliche: denn warum hätte man denn bei den Friedensunterhandlungen so verächtlich gegen eine Allianz mit Preußen gesprochen und so harte, herabwürdigende und dessen Macht verringernde Bedingun-

gen aufgelegt? Warum führe man noch fort es zu drücken? Selbst den Satz wird man also nicht aufwerfen, nicht geltend machen können: „Keine halbe Maßregel, man sei ganz französisch"; denn hat der Staat nicht wenigstens sichere große Vortheile davon, so wäre dieses ein neuer Schritt zur Sklaverei.

Die Hauptfrage wird sein: Was thut Rußland? Hat es dieselbe Verbindlichkeit eingegangen? Es ist zu vermuthen, und wahrscheinlich ist man von dem, was geschehen ist, unterrichtet. Was kann Preußen denn übrig bleiben, als sich anzuschließen? Aber es zeige solchenfalls, wo es nur möglich ist, daß es nur dieses thue, weil es die Noth erfordert; es erfülle denn die eingegangenen Bedingungen treu, aber es strebe durch Rußland und durch unmittelbares Bemühen dahin, daß es Ersatz für die neuen Aufopferungen und wo möglich für die älteren erhalte. Die Begebenheiten können die Möglichkeit dazu darbieten, ohne daß Preußen die Grundsätze verletze. Liegen der Verbindung zwischen Rußland und Frankreich Plane auf die Türkei zum Grunde, so kann ihre Ausführung Gelegenheit zu Veränderungen geben, wodurch Preußens gerechte Ansprüche befriedigt werden können. Sachsen kann österreichische Besitzungen erhalten, z. B. Krakau, Lublin, Sandomir, und Oesterreich dagegen türkische, Preußen sächsische. Ueberhaupt hat Napoleon gewiß noch große Pläne im Kopf, deren Entwickelung sich vielleicht bald zeigen wird. Die größte Aufmerksamkeit und Schnelligkeit im Handeln ist also erforderlich, um die Gelegenheit zu benutzen. Das Wo und Wie läßt sich nicht vorher bestimmen. Auch wird man wohl nicht versäumt haben, sich von Rußland Ersatz für den abgetretenen Theil von Neuostpreußen zusichern zu lassen.

Es kann ein Krieg zwischen Frankreich und Oesterreich entstehen. Gegen diese Macht haben wir uns mit Frankreich nicht verbunden. Sie stand nicht gegen uns auf, als sie durch einen Bund mit Frankreich uns Schlesien gewiß wieder entreißen konnte. Könnten wir uns gegen sie erklären? Dazu müßte sie uns selbst neuen, dringenden Anlaß geben.

Wenn sich aber Rußland wieder mit Frankreich entzweite? Auf diesen und mehrere andere Fälle im Voraus etwas festzusetzen, ist nicht wohl möglich, die Umstände müssen bestimmen, welche Partie das Wohl und die Sicherheit des Staates und sein Fortschreiten sodann erfordert. Nur das läßt sich mit Bestimmtheit sagen, daß sie entscheidend, fest und zeitig genug ergriffen, kräftig und konsequent verfolgt werden muß.

Man halte sich, den höchsten Zweck des Staates immer vor Augen habend, an die Grundsätze und wähle die Maßregeln, die diesen am besten anpassen.

Ich wiederhole nochmals meine Ueberzeugung, daß Preußen dem Rheinbunde ja nicht beitreten müsse. Es würde dadurch Frankreichs Provinz, Napoleon dessen Oberherr. Man sage nicht, daß es unter veränderten Umständen leicht sein werde, wieder davon abzuspringen. Die Form ist hier sehr wesentlich und schwer wieder zu zerbrechen.

Noch gegen einen möglichen Fall empört sich das rechtliche Gefühl. Wenn man Preußen Schwedisch-Pommern anböte, müßte es nicht angenommen werden; Preußen darf seinem Alliirten, der ihm zuvorkommende Freundschaftsbeweise gab und gegen den nur die Noth es bundbrüchig machte, mit dem es im Frieden, in freundschaftlichen Verhältnissen ist, nicht berauben, wenn es auch darauf gar keine Rücksicht nehmen will, daß er solchem von der Seeseite sehr großen Schaden zufügen kann.

Mit den heißesten Wünschen für den preußischen Staat, dessen Beherrscher und sein höchstes Haus schließe ich diesen Aufsatz. Möge er wenigstens zum Leitfaden dienen, um noch bessere Vorschläge auszufinden, als die sind, die ich mit meinen Mitarbeitern anzugeben im Stande war!

Riga, den 12. September 1807.

In dem Journal Hardenbergs findet sich beim 12. September 1807 folgende, für die Entstehung der Denkschrift wichtige Notiz. Terminé l'ouvrage auquel j'ai travaillé tout le temps depuis que je suis ici, pour donner au Roi mon avis sur la réorganisation de la monarchie. Altenstein a donné son avis systématiquement et d'une manière très-circonstanciée, après que nous fûmes convenus des principes. Niebuhr a dit le sien sur les objets de grande finance. J'ai mis la plume à la main les premiers jours du mois d'août.

Hardenberg befand sich, wie bemerkt, damals in Riga, wo er am 16. Juli angekommen war. Von vieler Bedeutung ist das Schreiben, mit welchem er die Uebersendung seiner Denkschrift begleitete, das wir hier vollständig mittheilen.

Brief Hardenbergs an Friedrich Wilhelm III.

Riga, den 7. September 1807.

Geruhen Sie, allergnädigster König, die Arbeit, welche mir Ihr Höchstes Vertrauen auflegte, mit den Gutachten des Geh. F.-R. v. Altenstein und des G. R. v. Niebuhr huldreich anzunehmen. Wenn unsere Ideen über einen so wichtigen Gegenstand als die Reorganisation des Preußischen Staats ist, nützliche Ansichten darbieten, wenn sie irgend dazu beitragen könnten, den erneuerten und vermehrten Flor desselben hervorzubringen und Ihrer Monarchie den Rang zu gewähren, den wir bei der Ausarbeitung jener Aufsätze vor Augen hatten, so werden unsere heißesten Wünsche erhört sein.

Ew. Königl. Majestät bitte ich unterthänigst, diese Aufsätze Ihrer ganzen Aufmerksamkeit zu würdigen und ihrer Lesung und sorgfältigen Erwägung einige Stunden zu widmen, nicht etwa im eitlen Wahne ihres vorzüglichen Werthes und als ob ich unsere Meinungen für unfehlbar hielte, sondern weil sie die Umrisse eines Gemäldes enthalten, das ganz und in allen Theilen zu überschauen, jetzt für Ew. K. Majestät von so hoher Wichtigkeit ist.

Höchst Ihr eigener Blick und bessere Einsichten mögen diese Umrisse berichtigen und das Gemälde vollenden. Daß der Inhalt geheim bleiben und nur denen Wenigen bekannt werden dürfe, die Ew. K. Majestät an der Leitung des Ganzen Theil nehmen lassen, oder darüber hören wollen, wird Höchstdemselben selbst einleuchten. Nur Wahrheit konnte dabei die Feder führen und von der eigenen Ueberzeugung durfte nichts zurückgehalten werden.

Mir bleibt nur noch übrig für Ew. K. Majestät ganz allein, in der Sprache eines Ihnen ganz ergebenen treuen Herzens, einige Bemerkungen und Bitten hinzuzufügen. Ihre richtige Würdigung ohne irgend eine Mißdeutung kann ich schon wegen der Quelle, aus der sie fließen, von höchst Ihrem reinen Sinn für das Wahre und Gute ohne Beschuldigung einer Anmaßung gewiß hoffen. Nicht leicht hat ein Regent einen schwereren Stand gehabt, als der ist, in den Sie, gnädigster König, ein ungünstiges Geschick versetzt hat. Die harten Prüfungen desselben sind vielleicht noch nicht erschöpft, sie können noch härter werden. Verlieren Sie nie die hohe Fassung und Standhaftigkeit, mit welcher Sie solches bisher getragen haben, nie den schönen Glauben, daß durch Beharrlichkeit und Anstrengung, in deren Gefolge, selbst im höchsten Unglück, allgemeine Achtung und Liebe mit dem frohen Bewußtsein sich befinden, die gute Sache endlich siegen werde. Verfolgen Sie mit unverrücktem Muth den wohl überlegten systematisch zusammenhängenden Plan, den Sie sich vornehmen werden; halten Sie unwandelbar fest an den Grundsätzen, auf die er gebaut wird und die Sie einmal für richtig erkannt haben werden. Hören Sie Alles, prüfen Sie vorurtheilsfrei, und bei der Entscheidung vertrauen Sie vorzüglich sich selbst. Schreiten Sie mit Entschlossenheit vor. Ich war' so oft Zeuge der treffenden Beurtheilung, mit der Ew. K. Majestät Dinge ansahen, die Andere nicht begriffen. Setzt man Ihnen angebliche Unmöglichkeiten oder unübersteigliche Hindernisse entgegen, — die gewöhnliche Sprache der Beschränktheit und des stolzen Vorurtheils, — so wählen Ew. K. Majestät Andere zur Ausführung Ihrer Befehle. Eben die,

welche jene Sprache führen, pflegen auch starke und genialische Männer zu verschreien und Anstoß in ihren etwa hervorstechenden rauhen Außenseiten zu erregen. Aber in unsern Zeiten außergewöhnlicher Kraft-Aeußerungen kann nur genialische Kraft helfen, während schwache Menschen, wären ihre Formen auch noch so weich und angenehm, ein Spiel des Zufalls werden und unterliegen.

Der Minister von Stein hat, ich erwartete es von seinem Patriotismus, Ew. K. Majestät Ruf unbedingt gefolgt. Geruhen Höchstdieselben ihm Ihr Vertrauen ganz zu schenken und äußern Sie solches lebhaft. Es ist ihm unumgänglich nöthig, wenn er den hohen Zweck erfüllen soll, den Höchstdieselben ihm vorstecken. Bei seinem Charakter wird er Ihnen das seinige und seine Anhänglichkeit desto mehr sichern und Ew. K. Majestät werden dadurch die Cabalen gegen ihn desto besser entkräften. Hören Sie Alles über ihn, Allergnädigster König, aber lassen Sie dann nichts zwischen Sich und ihm aufkommen, sprechen Sie allemal Höchstselbst geradezu mit ihm und geben ihm Ihre Ansicht, Ihren Willen, ja Ihre Unzufriedenheit zu erkennen. Das wirkt auf einen Mann von Rechtlichkeit, geradem Sinn und hohem Pflicht- und Ehrgefühl am sichersten und befestigt das Vertrauen.

Der Kronprinz wird für eine Zeit erzogen, die sehr stürmisch und gefahrvoll werden kann. Es liegt Ew. K. Majestät am Herzen, daß es sorgfältig geschehe und Sie sehen gewiß Höchstselbst erleuchtet ein, daß es hiebei nicht auf gewöhnliche Unterweisung und Bildung ankommt. Sein verdienter Erzieher fühlt es, wie ich weiß, wie wichtig es ist, außer den Grundlagen solider Wissenschaft und dem Angewöhnen an ernsthafte Arbeitsamkeit und Thätigkeit einen hohen Heldensinn in ihm zu wecken, der ächt militärisch sei, und sich der Verfolgung des Großen und Edlen ganz hingebe. Genaue Bekanntschaft mit der Geschichte und lebhaftes Interesse für die großen Männer und Handlungen der Vorzeit, die ruhmvollen Beispiele in Ew. K. Majestät eigenem höchsten Hause und lebendige Schilderungen der Lage, in der

sich die Welt und die preußische Monarchie befinden, werden hiebei vorzüglich wirken und überdem ein wohlgewählter Umgang mit Staats- und Kriegsmännern, die fähig sind, das Gefühl immer mehr anzufeuern. Vorzüglich wichtig wird diese Fähigkeit bei der Wahl des Mannes sein, den Ew. K. Majestät dem Prinzen als Oberhofmeister beigeben werden, der ein ausgezeichneter Staats- und Kriegsmann zugleich sein sollte, vor allen Dingen aber ein kräftiger, charaktervoller Mann sein muß.

Einer der Hauptgegenstände ist noch die Wahl der Personen, denen Ew. K. Majestät zunächst nach dem Minister von Stein Ihre Geschäfte sowohl im Militär- als im Civilsache anvertrauen. Durch Fehler dabei kann leicht alles Gute vereitelt werden. Männer, die den Staat in die Lage brachten, in der wir trauern und die alle Achtung und Popularität verloren haben, werden Ew. K. Majestät gewiß nicht wieder anstellen; aber lange Erfahrung, viele Dienstjahre, und ein gewisses usurpirtes Ansehen, dürfen nicht die Titel sein, um die Leitung wichtiger Gegenstände und Parthien anvertraut zu erhalten. Ich will dem Urtheil und den Vorschlägen des Ministers von Stein hier nicht vorgreifen und nur einige wenige Männer nennen, weil ich sie aus eigener genauer Kenntniß Ew. K. Majestät vorzüglich empfehlen kann. Zuerst erwähne ich diejenigen, welche ich zu den Geschäften des Inneren zugezogen hatte und denen sie Ew. K. Majestät bis zur Ankunft des Ministers von Stein auch ferner überließen.

1) Der geheime Finanz-Rath Freiherr von Altenstein verbindet mit einer hohen Reinheit des Charakters und dem schönsten Gefühl für alles, was edel, wahr und groß ist, und der uneigennützigsten Hingebung für solches, ungemein gründliche und ausgebreitete Wissenschaft und den rastlosesten Fleiß, auch die selten beisammen anzutreffende Gabe, das Ganze zu übersehen und immer systematisch vor Augen zu haben und doch die Theile bis ins kleinste Detail zu verfolgen. Seine Abhandlung zeugt hiervon. Bescheidenheit hat ihm nie gestattet, um Zulagen oder Belohnun-

gen nachzusuchen. Unaufgefordert schlug ich ihn dazu vor, aber er steht geringer als seine jüngern Collegen.

2) Der Geheime Finanz-Rath von Schön besitzt die schönsten theoretischen und praktischen Kenntnisse der Staatswissenschaft, durch Reisen und sorgfältiges Studium fremder Länder gebildet, auch strenge Moralität. Er ist anscheinend rauh, aber feinfühlend und giebt sich ohne alle Persönlichkeit dem Guten hin; ist sehr thätig und arbeitet leicht und schnell. Er verdient das vollkommenste Vertrauen.

3) Der Geheime Finanz-Rath Stägemann ist mir nur sehr kurze Zeit bekannt gewesen, und da ich hier nur nach eigener vollkommener Ueberzeugung zu reden für Pflicht halte, so beschränke ich mich darauf, zu sagen, daß eine sehr große Leichtigkeit und Gewandtheit im Arbeiten und einsichtsvolle Beurtheilung ihn auszeichnen. Der Minister von Stein wählte ihn zum Director der Bank, in dem Augenblick, wo er die Verbesserung dieses wichtigen Instituts beabsichtigte. Er soll auch sehr gute juristische Kenntnisse besitzen und ist sehr vertraut mit den Verhältnissen in Preußen.

4) Der Geheime Rath Niebuhr, den ich näher kennen lernte, ist ein Mann von der seltensten und ausgebreitetsten Gelehrsamkeit, von sehr gründlicher und praktischer Kenntniß des Handels und der großen Geldpartien. Er gehört zu den reinsten und edelsten Menschen in jeder Beziehung. Schade, daß seine Gesundheit so schwach ist. Was er übernimmt, kann ihm mit vollem Vertrauen übergeben, Belohnungen müssen ihm aufgedrungen werden.

5) Außer diesen habe ich für auswärtige und innere Geschäfte seit zehn Jahren den Geheimen Legations-Rath Nagler vorzüglich gebraucht, der Ew. K. Majestät persönlich bekannt ist. Vorzügliche Geschäftskenntniß und Gewandtheit und der unbegrenzteste Diensteifer charakterisiren ihn bei großer Rechtlichkeit, Reinheit und einem lebhaften Ehrgefühl. Er hat mit ungewöhnlicher Anstrengung und mit Aufopferung seiner Gesundheit ge-

dient, und für außerordentliche Dienste, als die Baierischen Vergleiche, die Uebergabe von Ansbach u. s. w. die Belohnungen nicht erhalten, wozu ihm Hoffnung gemacht war. Die nützlichsten Dienste würde er in Deutschland im diplomatischen Fache leisten wozu ihm die wohlverdiente Ertheilung des Adels die äußerliche Fähigkeit geben würde. Seine Gesundheit leidet, und er wünscht deshalb eine Ober-Postamts-Stelle. Jene Thätigkeit würde aber dem Staate größere Vortheile bringen.

Auf alle Fälle empfehle ich ihn E. K. M. angelegentlich, er verdient Ihr höchstes Vertrauen ganz.

6) Der Präsident und bisherige Kreisdirectorial-Gesandte von Hänlein wurde von dem Grafen von Haugwitz nach Berlin berufen, um in den Angelegenheiten des beabsichtigten Nordischen Bundes gebraucht zu werden. Jetzt ist er ohne Anstellung in Altona, im diplomatischen Fache an einem oder mehreren deutschen Höfen gleichfalls sehr brauchbar nnd verdient E. K. M. huldreiche und gerechte Rücksicht um desto mehr, da er aus Anhänglichkeit die Anerbietungen des Großherzogs von Darmstadt ausschlug, bei dem er jetzt der erste Minister sein würde.

7) Den Gesandten von Schladen brauche ich Höchstdenenselben nicht zu empfehlen, da Höchstdieselben ihn selbst nahe kennen. Seine Rechtlichkeit und sein kräftiger Charakter machen ihn, sowie seine diplomatische Gewandtheit des höchsten Zutrauens und einer wichtigen Anstellung würdig.

Von den in Berlin zurückgebliebenen Geschäftsmännern erlaube ich mir zu erwähnen

8) Den Geheimen Finanzrath Sack, dessen vorzügliche Thätigkeit und Rechtschaffenheit, verbunden mit gründlichen Kenntnissen und Erfahrungen in vielen Fächern, mir genau bekannt ist.

9) Ebenso den Kriegs- und Domänenrath Heyde, den ich vor längerer Zeit aus der ansbachischen Kammer zum fränkischen Departement nahm, der mit großer Anstrengung, Treue und Aufopferung seiner Gesundheit die eifrigsten Dienste leistete und durch

Kopf, Kenntnisse und Erfahrung in jeder Administrationspartie sehr brauchbar ist.

Ich übergehe Andere, um nicht zu weitläuftig zu werden; doch nenne ich noch den geschickten und wohldenkenden Geheimen Finanzrath Klewitz, und von den sehr brauchbaren Dienern zur Ausführung den Präsidenten von Auerswaldt, den Kammerdirector Gruner.

Die bei der Abtretung von Ansbach in E. K. M. Dienst zurückgebliebenen Diener, die aus Vertrauen auf den preußischen Staat und aus Liebe und Anhänglichkeit Alles aufopferten, jetzt höchst unglücklich wurden, bedürfen bei dem billigen und menschenfreundlichen Herzen E. K. M. keiner besonderen Empfehlung. Geruhen Höchstdieselben den Vorschlägen Gehör zu geben, die der Geheime Legationsrath Nagler deshalb machen wird.

Von den fränkischen Dienern bin ich aber verpflichtet noch den Regierungsrath von Altenstein, Bruder des Geheimen Finanzraths, als E. K. M. höchster Fürsorge besonders würdig zu nennen.

Er war als Commissarius in Höchst Ihrem Namen in Hildburghausen, erwarb sich dort Achtung und Zufriedenheit und gehört zu den ausgezeichnetsten höheren Justizbedienten. Daher seine Beibehaltung nützlich sein wird.

In Bayreuth wird er schwerlich wieder ankommen.

Endlich wage ich noch Eins hinzuzusetzen: Geruhen E. K. M. den Männern, welchen Sie die Leitung wichtiger Geschäfte zunächst unter den Ersten Ihres Staates anvertrauen, oder die sonst durch ausgezeichnete Verdienste dessen würdig sind, das Glück, Höchst Ihrer Person sich zu nähern, zu gewähren. Ehren Sie solche zuweilen dadurch, daß Sie sie zu Ihrer Tafel ziehen. Sie glauben nicht, wie viel Sie dadurch ausrichten können. Ein Wort über Geschäfte, eine Aufmunterung mündlich von E. K. M. wirkt außerordentlich, und Höchstdieselben lernen Ihre Diener kennen.

In dem Schlusse meines Aufsatzes werden E. K. M. meinen Nachtrag wegen der auswärtigen Verhältnisse finden, die ich für nöthig hielt, weil mir der geheime Artikel, wodurch die Verpflich=

tung leider übernommen ist, am 1. December gemeine Sache mit Frankreich gegen England zu machen, nicht bekannt war, als ich zuerst über jene Materie dasjenige schrieb, was ich E. K. M. schon ehrerbietigst mittheilte.

Bei Dänemark ist unterdessen auch der Satz bewährt worden, daß die Neutralität vor den Uebeln des Krieges nicht dauerhaft bewahre. Ich habe meine Absicht, dahin zu gehen, nicht ausführen können und würde nach Tempelberg gehen, wenn nur die so sehnlich erwartete Räumung des Landes erfolgte. Hier bin ich ungern, und werde mich langsam dem Vaterlande, sobald es möglich, wieder zu nähern suchen.

Wo ich auch sei, wird mich immer die herzlichste Dankbarkeit und Liebe zu E. K. M. und die tiefste Verehrung beseelen, womit ich ersterbe

E. K. M.

Wir benutzen das mit Bleistift geschriebene Concept, bei welchem die Unterschrift fehlt.

Die sehr anerkennende, sehr eingehende Antwort des Königs vom 2. Oktober 1807 ist im dritten Bande S. 535 abgedruckt.

Pierer'sche Hofbuchdruckerei. Stephan Geibel & Co. in Altenburg.





